VOL II

R 5

TAGEBUCH

DES HERRN GENERALGOUVERNEURS FÜR DIE BESETZTEN POLNISCHEN GEBIETE

vom 25. Oktober bis 15. Dezember 1939.

V o r b e m e r k u n g .

Herr Reichsminister Dr. Frank befand sich bei Kriegsausbruch als Leutnant der Reserve bei der 4. MG. (E) Kompanie des Infanterieregiments 9 in Potsdam. Er erhielt den Auftrag, zu Besprechungen zum Generalfeldmarschall und dann zum Führer zu kommen.

Herr Reichsminister Dr. Frank begab sich am 12. September 1939 nach Rosenberg/Schles. zum Sonderzug des Generalfeldmarschalls und am 15. September in das Führerhauptquartier bei Gogolin.

Der Führer erteilte Herrn Reichsminister Dr. Frank am 15. September mündlich den Auftrag, als Oberverwaltungschef die gesamte zivile Verwaltung in den besetzten ehemals polnischen Gebieten zu übernehmen. Die mit Rücksicht auf die bestehende Militärverwaltung zunächst notwendige Unterstellung unter den Militärbefehlshaber solle baldmöglichst aufgehoben werden.

Herr Reichsminister Dr. Frank begann sofort nach der Rückkehr nach Berlin mit den Vorarbeiten und berief auf Grund zahlreicher Besprechungen mit den einzelnen Ministerien einen Organisationsstab. Nach schriftlicher Bestätigung des Auftrages des Führers übernahm Herr Reichsminister Dr. Frank seine Dienstgeschäfte zunächst in Posen. Die Eingliederung großer Gebietsteile in das Reich machte die Übersiedlung nach Lodsch erforderlich.

Die Militärverwaltung war mit dem 25. Oktober 1939 beendet. Mit diesem Zeitpunkt übernahm Herr Reichsminister Dr. Frank als Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete endgültig in unmittelbarer Unterstellung unter den Führer die Verwaltung des Generalgouvernements.

Lodsch,Donnerstag, den 26.Oktober 1939.
Lodsch,Freitag, den 27.Oktober 1939.

Herr Generalgouverneur besuchte mit dem Reichsführer ## H i m m l e r Warschau. Dort gab Herr Generalgouverneur im Palais Blanca ein Mittagessen zu Ehren der deutsch-sowjet-russischen Grenzkommission.

Herr Generalgouverneur gab in einer kurzen Ansprache bei diesem Empfang seiner Freude darüber Ausdruck, daß eine seiner ersten Handlungen im besetzten ehemals polnischen Gebiet der Empfang einer sowjetrussisch-deutschen Grenzkommission sei. Die Arbeit dieser Kommissionen verfolge das gemeinsame Ziel, die Bewohner des polnischen Gebietes, die durch eine verblendete Regierung in unsägliches Elend gebracht worden seien, wieder friedlicher Arbeit zuzuführen. Im Namen der sowjetrussischen Grenzkommission erwiderte Ministerialdirektor A l e x a n d r o w , daß die Grenzverhandlungen eine weitere Gelegenheit zum Beweis der Vertiefung der deutsch-sowjet-russischen Freundschaft darstellten, und daß der Geist, in dem die Verhandlungen geführt worden seien, der Geist der Zusammenarbeit zum Wohle der deutschen und sowjet-russischen Nationen, der beiden größten Völker Europas, sei.

Lodsch, Samstag, den 28. Oktober 1939.

9[20] Uhr.

Herr Generalgouverneur traf mit dem Küchenchef K e c k folgende Vereinbarung:

K e c k begibt sich am 1. November mit einem Vorkommando nach Krakau. Ihm wird die Führung und der Gesamtbetrieb des Kasinos für die Beamten und Angestellten der Gouvernementsregierung übertragen.

Weiter wurde der Plan der Einrichtung eines eigenen Clubs der Beamten des Stabes des Gouvernements besprochen.

Herr Generalgouverneur empfing zur Besprechung den Finanzpräsidenten S p i n d l e r , Regierungsrat Freiherrn vom S t r e i t und Regierungsrat D a h l ~~g u t~~ .

Einleitend betonte Herr Generalgouverneur, daß der Etat in seiner Totalität einschließlich der Steuern und der Monopole geregelt werden müsse, und gab allgemeine Richtlinien für die Finanzgebarung im Generalgouvernement. Er wies insbesondere darauf hin, daß alle Handlungen ausschließlich unter dem Gesichtspunkt ihrer Zweckmäßigkeit für das Deutsche Reich getroffen werden müssen.

Zu Einzelfragen des Etats führte Herr Generalgouverneur aus: Die Distrikte sollen etatmäßig als Unterabschnitte im Etat des Generalgouvernements geführt werden, sodaß eine einzige Vermögensperson (Fiskus: Generalgouverneur) anerkannt wird.

Ein gewisses Vermögensverwaltungsrecht könne den Großstädten (Krakau, Lublin, Warschau, Radom, Kielce) in beschränktem Umfang zugebilligt werden, jedoch müsse der Stadtetat dem Distriktschef unterstellt bleiben.

Da sich der Finanzbedarf zurzeit noch nicht übersehen läßt, wurde vereinbart, daß vorläufig weitere Vorschüsse gegeben werden sollen und daß etwa am 10. Dezember ein Abrechnungstermin stattfinden soll.

Die

Lodsch, Samstag, den 28. Oktober 1939.
(Fortsetzung)

Die Polen, die in einzelnen unteren Stellen der Verwaltung beschäftigt werden, sollen nach dem polnischen Satz, und zwar unter Zugrundelegung ihrer Beschäftigungsart, bezahlt werden. Pensionierte Beamte sollen einen Bruchteil ihrer- an sich geringen - Pension erhalten. (Höchstsatz Zloty 200,-). An Juden wird nichts gezahlt. Die Pension soll nur als widerrufliche Unterstützung gezahlt werden. Die Pensionszahlungen müssen auf die Beamten beschränkt werden, die entweder ihren Dienstsitz im Gouvernement hatten oder aus den Gebieten, die in die deutsche Reichsgrenze einbezogen worden sind, gekommen sind.

Anschließend wurden die Fragen der Gouvernementszölle und der Monopole (Tabak, Spiritus, Salz, Zündhölzer) besprochen und noch auf folgendes hingewiesen: Die Reichskreditkasse müsse noch weitere Vorschüsse zur Verfügung stellen; bereits nach etwa 10 Tagen würde ein Betrag vom etwa weiteren 20 000 000,- notwendig sein. Für die Dienststellen des Reichsführers ## würden RM 250 000,- zur Verfügung gestellt. Die Aufnahme von Darlehen durch die Gemeindeverbände bedürfe der Genehmigung des Generalgouverneurs.

Oberregierungsrat S c h e p e r s berichtete über die Grenzziehung im Westen. Es handelt sich um die Fragen Kutno, Lodsch und Dabrowa.

Oberregierungsrat S c h e p e r s wurde beauftragt, die Interessen des Generalgouvernements in Berlin zu vertreten und dort die Notwendigkeit der Erhaltung der Lebensfähigkeit des Generalgouvernements zu betonen..

Herr Generalgouverneur empfing den Arzt Dr. F i s c h e d e r - Berlin und übertrug ihm das Amt des Arztes beim Generalgouverneur in Polen. Seine Aufgabe wurde dahingehend umrissen:

Lodsch, Samstag, deb 28.Oktober 1939.
(Fortsetzung)

umrissen:
Die dauernde gesundheitsmäßige Überwachung und Betreuung der Beamten des Generalgouvernements zu übernehmen, die Amtsapotheke dauernd evident zu halten und ein Generalgouvernementsrevier einzurichten.

Dr. F i s c h e d e r erhielt den Auftrag, für den Fall seiner Abwesenheit einen geeigneten Vertreter zu beschaffen und sich mit dem Vorkommando nach Krakau zu begeben. Als Vergütung für seine Tätigkeit werde ihm das Gehalt eines Ministerialrats zugewiesen.

11[40] Uhr.

Herr Generalgouverneur empfing den Präsidenten L a u x m a n n (Post).

Als vordringlichste Arbeiten wurden besprochen: Die Herstellung einer telefonischen Verbindung mit den Distriktschefs, die Einrichtung einer Fernschreiberverbindung Krakau - Berlin und eines eigenen Kurierdienstes. Ferner wurde die Einrichtung eines Postamtes in der Burg in Krakau erörtert.

Präsident L a u x m a n n berichtete, daß das Dienstpostnetz bereits bestehe und die Anschließung der zivilen Post in Aussicht genommen sei.

Bei der Postzustellung für die Zivilbevölkerung sollen Polen herangezogen werden. Besonderes Augenmerk müsse der Herstellung der Briefmarken, insbesondere der Verwendung von Aufdruckmarken geschenkt werden. Beim Rundfunk liege wie im Reich die technische Leitung bei der Reichspost; Senderbesatzungen seien vorhanden. Eine besondere Bedeutung komme der Einrichtung von Kraftpostlinien zu, an deren Herstellung bereits gearbeitet werde. Zur Herstellung eines geordneten Postbetriebs sei

erforderlich

Lodsch, Samstag, den 28. Oktober 1939.
(Fortsetzung)

erforderlich, daß die Bautrupps (900 Mann) von der Wehrmacht zur Verfügung gestellt würden. Oberst B u r c k h a r d t habe bereits einen Verbindungsmann benannt.

12^{30} Uhr.

Herr Generalgouverneur empfing Hauptmann B e n n i n g - h o f f .

Dieser berichtete über die umfangreichen Wiederherstellungsarbeiten an den von den Polen gesprengten Brücken und wies darauf hin, daß an der Herstellung dieser Brücken Spezial-Pioniertruppen (zurzeit noch 25 Einheiten) beschäftigt sind.

Herr Generalgouverneur empfing den Polizeipräsidenten von Lodsch, SS-Obergruppenführer B e c k e r l e .

Es wurden Fragen des Polizei- und Beamteneinsatzes besprochen. Obergruppenführer B e c k e r l e wies darauf hin, daß bei der Bevölkerung die zunächst vorhanden gewesene Angstpsychose vorbei sei und daß sich in Lodsch mehr Juden als vorher aufhielten. Das sei mit ein Grund für die fortgesetzte Verschlechterung der Ernährungslage.

Herr Generalgouverneur empfing den Distriktschef in Warschau, Reichshauptamtsleiter Dr. F i s c h e r .

Er besprach mit ihm laufende Fragen, insbesondere auf dem Gebiet des Finanzwesens und der Monopole. Dr. Fischer wurde beauftragt, die Bürgermeisterfrage in Warschau zu klären und Feststellungen zu treffen, welche Mengen Kupfer und Schrott vorhanden sind. Dr. F i s c h e r verpflichtete sich, 300 beste Pelzmäntel für die Zentrale sicherzustellen. Herr Generalgouverneur ersuchte um Bericht über die diplomatischen Vertretungen, die sich noch in Warschau aufhielten, und

über

Lodsch, Samstag, den 28. Oktober 1939.
(Fortsetzung)

über ~~die Erschießungen von Juden~~ Dr. F i s c h e r berichtete noch, daß in Warschau eine Kabelverbindung nach Krakau liege und außerdem ein großes Kabellager vorhanden sei. Dr. F i s c h e r wurde aufgefordert, an der Grenze des Generalgouvernements Grenztafeln zu errichten.

17 Uhr.

Herr Generalgouverneur empfing Reichsamtsleiter Dr. H e u b e r und Dr. G r ü n e w a l d .

Dr. Grünewald berichtete über die eingegangenen Bewerbungsgesuche: Etwa 1100 Gesuche seien eingegangen. Von den Gesuchstellern seien 30% im Alter von 50 - 60 Jahren, 8% über 60 Jahre und nur 4% unter 30 Jahren.

Herr Generalgouverneur gab anschließend Richtlinien über die Behandlung der Gesuche. Da das besetzte Gebiet zu einer absolut rein nationalsozialistischen Domäne gewandelt werden müsse, könnten im Generalgouvernement nur rein aktivistische nationalsozialistische Kämpfer zur Verwendung kommen. Daher bitte er den Stellvertreter des Führers und die Reichsleiter L u t z e , H i m m l e r und H ü n l e i n um die Abkommandierung geeigneter, kämpferisch eingestellter Männer. Die Gesuchsteller sollten listenmäßig erfaßt und diese Listen den einzelnen Distriktschefs zur Verfügung gestellt werden. Die Aufgabe des Personalamtes bestehe lediglich darin, diejenigen Gesuchsteller auszuscheiden, die für die Verwendung in den besetzten Gebieten nicht in Frage kämen. Das Personalamt werde nur die Leute anfordern, die von den Distriktschefs angefordert werden, da diese es wissen müßten, wer in das Generalgouvernement herein und herausgehe. (Keinesfalls dürften den Distriktschefs irgendwelche Leute durch das Personalamt aufgezwungen werden. Zulassungsfragen sollten den einzelnen Fachabteilungen

Lodsch, Samstag, den 28. Oktober 1939
(Fortsetzung)

lungen überlassen bleiben, zumal auch hier polnische Beamte in Betracht kämen. Es werde eine Disziplinarstelle für die im Generalgouvernement beschäftigten Beamten eingerichtet werden. Polnische Beamte müßten weitgehend in unteren Beamtenstellungen als Angestellte beschäftigt werden, insbesondere als Bürgermeister in kleinen Städten und in der Monopolverwaltung. Die großen Güter sollten entweder zu Domänen gemacht oder aufgeteilt werden. Für die Polen müsse die Arbeitspflicht für die Juden der Arbeitszwang eingeführt werden.

Herr Generalgouverneur empfing Reichsamtsleiter Dr. d u P r e l zur Berichterstattung über Presseangelegenheiten und Distriktschef Dr. L a s c h zum Vortrag über die Verhältnisse in seinem Gebiet.

Dr. L a s c h erbat die Genehmigung des Generalgouverneurs für die später beabsichtigte Verlegung seines Dienstsitzes von Radom nach Kielce. Diese wurde ihm erteilt.

Herr Generalgouverneur empfing seinen Amtschef Ministerialrat Dr. B ü h l e r zum Vortrag über die laufenden Dienstgeschäfte des Amtes.

Anschließend fand eine Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit dem SS=Brigadeführer S t r e c k e n b a c h (SD) über die Tätigkeit des Sicherheitsdienstes im Generalgouvernement statt.

Lodsch, Sonntag, den 29.Oktober 1939.

12 Uhr.

Meldung des Sicherheits- und Begleitkommandos durch den ᛋᛋ-Hauptsturmführer B u c h n e r an den Herrn Generalgouverneur:

2 ᛋᛋ-Führer, 19 Mann, 1 LKW., 1 PKW.

12.3o Uhr.

Herr Generalgouverneur empfängt den Pressechef Dr. du P r e l, der über Pressefragen berichtet.

Anschließend hält Herr Generalgouverneur eine Besprechung mit dem Amtschef Ministerialrat Dr. B ü h l e r, dem Reichshauptamtsleiter Dr. F i s c h e r, den Reichsamtsleitern Dr. H e u b e r und Dr. L a s c h.

Herr Generalgouverneur ernennt den Reichsamtsleiter Dr. H e u b e r zu seinem Bevollmächtigten in Berlin und erteilt ihm den Befehl, die gesamten Dienstgeschäfte in Berlin am 1.November 1939 zu übernehmen. Der Dienstsitz befindet sich Berlin W 9, Leipziger Platz 15. Die Aufgabe des Bevollmächtigten umfaßt nach den Darlegungen des Herrn Generalgouverneurs die Gesamtvertretung der Interessen des Generalgouverneurs und des Generalgouvernements, insbesondere die Führung der in Berlin notwendigen Verhandlungen und Besprechungen betreffend die Gestaltung der Wirtschaftsentwicklung zwischen dem Deutschen Reich und dem Generalgouvernement und die Vertretung des Generalgouverneurs in seiner Eigenschaft als Mitglied des Reichskabinetts in allen den Fragen, die das Generalgouvernement angehen. Der Bevollmächtigte erhält den Auftrag, allen Dienststellen des Generalgouvernements zur Verfügung zu stehen, ebenso wie sämtliche Dienststellen des Generalgouvernements berechtigt sind, die Dienststelle des Bevollmächtigten in Berlin in Anspruch zu nehmen.

Herr Generalgouverneur erteilte seinem Amtschef Dr. B ü h l e r die Weisung, von dieser Ernennung und

Indienstsetzung

Lodsch, Sonntag, den 29.Oktober 1939
(Fortsetzung).

Indienstsetzung die Dienststellen des Reiches amtlich in Kenntnis zu setzen, und ordnete weiter an, daß die Dienstgeschäfte des Bevollmächtigten getrennt von den Dienstgeschäften des Ministeramts geführt werden. Das Amt des Generalgouverneurs stellt den notwendigen persönlichen und sachlichen Bedarf zur Verfügung. Der Bevollmächtigte ist mit seiner Dienststelle ein Teil des Amtes des Generalgouverneurs. Für die Inanspruchnahme der Räume im Hause Leipziger Platz 15 in Berlin durch die Dienststelle des Bevollmächtigten wird an den Hauseigentümer entsprechend Miete gezahlt werden.

16 Uhr.

Herr Generalgouverneur hielt eine Besprechung mit Reichsminister S e y ß - I n q u a r t, Amtschef Dr. B ü h l e r, den Distriktschefs W ä c h t e r, L a s c h, F i s c h e r und dem Bevollmächtigten Dr. H e u b e r.

Reichsminister Seyß-Inquart berichtete über die von ihm vorgenommene Einführung des Distriktschefs S c h m i d t in Lublin; bei der Amtseinführung seien 12 - 14 Abteilungsleiter zur Besprechung versammelt worden. Die Dienststellen seien alle sehr schwach besetzt, auf besondere Weisung des Reichsführers ᛋᛋ richte dort M e i s i n g e r die ᛋᛋ-Dienststelle ein. 9 Landräte seien bereits eingesetzt. Die Sicherheitsverhältnisse seien noch völlig ungeklärt, zumal die Wälder von Bilgoraj noch nicht durchforscht und befriedet seien. Sehr ungünstig sei die Ernährungslage, weil die Russen alles mitgenommen hätten, sogar die Nägel an der Wand. Die Juden, die Gauleiter Koch hinausgetrieben habe, kämen im Distrikt Lublin wieder über die russische Grenze zurück. Im Distrikt Lublin träfen in stärkerem Maße verschleppte deutsche Flüchtlinge ein. Zum Transport der Flüchtlinge würden von Warschau 4 Omnibusse zur Verfügung gestellt. In dem Distrikt Lublin habe sich die Notwendigkeit einer beschleunig-

ten

Lodsch, Sonntag, den 29.Oktober 1939
(Fortsetzung).

ten Beschaffung einer Anzahl von Lastkraftwagen ergeben; überhaupt müßten für jeden Distriktschef mindestens 4 Lastkraftwagen, 4 Krafträder mit Beiwagen und Lastkraftwagen zum Abschleppen zur Verfügung gestellt werden. In Lublin sei das Flüchtlingsproblem besonders dringend; die größeren Orte seien in diesem Distrikt fast alle zerstört und verbrannt.

Distriktschef Dr. W ä c h t e r berichtete über die Maßnahmen, die zum Einzug des Generalgouverneurs und seines Stabes getroffen worden sind.

Der Einzug wurde auf Dienstag, den 7.November 18 Uhr festgelegt.

Anschließend wurden arbeits- und sozialrechtliche Fragen besprochen.

Distriktschef Dr. W ä c h t e r führte aus:
Die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung komme keinesfalls in Frage; es dürfe nur Arbeitsentgelt für geleistete Arbeit oder Almosenunterstützung geben. Die sozialen Leistungen sollten nur denjenigen vorbehalten bleiben, die tatsächlich in Arbeit stehen.

Die Ernährungslage in seinem Distrikt sei für die nächste Zeit einigermaßen gesichert und durch die Beschaffung von 35 Lastkraftwagen das Transportmittelproblem einigermaßen gelöst. In seinem Distrikt seien die wilden Beschlagnahmen abgestoppt.

Distriktschef Dr. F i s c h e r berichtete über seinen Distrikt und insbesondere über die Verhältnisse in der Stadt Warschau:

Den Sicherheitsverhältnissen werde besondere Aufmerksamkeit gewidmet, da die Bevölkerung in ihrem Benehmen wieder anfange, frech zu werden. Besonders unangenehm mache sich der Mangel an Sicherheitskräften, vor allem auf dem Lande, bemerkbar. Zur Durchführung der Preisstopanordnung, die von Polen und Juden sabotiert

würde,

Lodsch, Sonntag, den 29.Oktober 1939
(Fortsetzung)

würde, würden Maßnahmen ergriffen werden, andererseits müsse auch der Gefahr der Warenverknappung entgegengetreten werden. Allgemein falle sehr unangenehm auf, daß sich die Soldaten vielfach mit der Bevölkerung anfreundeten.

Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erklärte zur Frage des Preisstops, er werde den Distriktschefs weitgehendste Vollmachten erteilen. Die Zentrale werde sich darauf beschränken, allgemeine Richtlinien aufzustellen.

Distriktschef Dr. W ä c h t e r wies darauf hin, daß die Arbeitslöhne im allgemeinen wegen der Preisteuerung zu niedrig seien. Bei der Ölgewinnung (für andere reichswichtige Betriebe werde es ebenfalls vorgeschlagen) seien bereits Lebensmittellager gebildet worden; aus diesen Vorräten würden an die Arbeiter Lebensmittel zu niedrigen Preisen abgegeben. Soweit eine solche Regelung bisher eingeführt sei, habe sie große Erfolge zu verzeichnen.

Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r führte aus, daß für das Generalgouvernement eine einheitliche Kraftwagenbezeichnung („Ost") eingeführt werde. Die Nummern 1 - 500 sollten dem Generalgouverneur und seinem Stabe vorbehalten bleiben. Den Distriktschefs werde aufgegeben werden, für die Anbringung der Grenztafeln zu sorgen; auch die Orts- und Wegebezeichnung solle zentral nach Reichsmuster geregelt werden. Diese Bezeichnungen sollen in großer Schrift deutsch und in kleiner Schrift polnisch gehalten sein. Dasselbe solle für die Weisungstafeln an den Straßen gelten. Der Wawel in Krakau werde nur mehr die Bezeichnung Krakauer Burg tragen.

Dr. W ä c h t e r teilte mit, daß sein Haushalt bereits aufgestellt sei (etwa 8 000 000 Reichsmark).

18 Uhr.

Lodsch, Sonntag, den 29.Oktober 1939
(Fortsetzung)

18 Uhr.

Herr Generalgouverneur gibt dem Distriktschef Dr. F i s c h e r die amtliche Bestallungsurkunde und verpflichtet ihn.

Anschließend machte Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r grundlegende Ausführungen über das Amt des Generalgouverneurs und seine Aufgaben.

In diesem Amt soll der gesamte Verwaltungssektor zusammengefaßt werden. Anordnungen des Amtschefs und des Polizeichefs seien auch für die Distriktschefs verbindlich. Um die schwere und vielgestaltige Arbeit ordnungsgemäß erfüllen zu können, müsse unter allen Umständen sichergestellt werden, daß die von der Zentrale herausgegebenen Grundsätze nicht in formal bürokratischer Weise behandelt werden. Es sei vielmehr Aufgabe der Distriktschefs, alles das zu tun, was geeignet ist, den Interessen des Reiches zu nützen. Ausschließlich dieses Reichsinteresse und das eigene Gewissen dürfte für die Führung des Distrikts maßgebend sein. Der Generalgouverneur oder sein Stellvertreter würden sich in die einzelnen Distrikte begeben und dann immer längere Zeit dort bleiben und dringende Fragen dort besprechen. Zweckmäßig seien regelmäßige Zusammenkünfte zur Besprechung grundsätzlicher Fragen. Derartige Besprechungen, zu denen die wichtigsten Referenten zugezogen werden sollen, würden in den Distriktshauptstädten angesetzt werden.

Distriktschef Dr. W ä c h t e r erhält hinsichtlich der Kathedrale in der Burg in Krakau die Weisung, daß ein Gottesdienst zu bestimmten Zeiten stattfinden könne, aber ohne Zuziehung von Laien.

19 Uhr.

Herr Generalgouverneur empfing den Oberlandesforstmeister Dr. E i s f e l d t zum Vortrag:

Dieser

Lodsch, Sonntag, den 29.Oktober 1939
(Fortsetzung)

Dieser berichtete über die großen Schwierigkeiten im Radomer Bezirk. Dort werde das tagsüber geschlagene Holz nachts von den Bauern abgefahren. Bau- und Nutzholz würden in gleicher Weise in großen Mengen gestohlen werden. Bei den einzelnen Forstämtern müsse daher ein Waldschutzstreifendienst eingerichtet werden. Besondere Schwierigkeiten ergäben sich daraus, daß ein Forstbeamter durchschnittlich 2 - 3oo Leuten gegenübersteht.

Herr Generalgouverneur empfiehlt den Anschluß der Forstdienststelle an die Polizeistation. Hinsichtlich der Wohnungsfrage müsse hier wie bei allen anderen Dienststellen des Generalgouvernements der Grundsatz durchgeführt werden, daß nur die Militärgebäude den militärischen Dienststellen, dagegen alle Staatsgebäude grundsätzlich den Generalgouvernementsbehörden zur Verfügung stehen müßten.

Reichsminister Dr. Seyß-Inquart erklärt, daß jeder polnische Forstmeister, der seine Waffen nicht abliefere, ebenso mit dem Tode bestraft werden müsse wie jeder andere Zivilist auch.

Herr Generalgouverneur ordnete an, daß alle Waffenerlaubnisscheine aufgehoben werden.

Es wurde beschlossen, daß das doppelte des bisher vorgesehenen Holzeinschlages geschlagen wird. Der Abschuß von Rotwild wird ab sofort verboten.

Oberlandesforstmeister Eißfeldt führte zur polnischen Holzwirtschaft folgendes aus:

Die Polen hätten keine konservative Holzwirtschaft getrieben, sondern alles Nutzholz weggeschlagen. Das Altholz sei so gut wie nicht vorhanden. 2/3 des Waldes sei Privatwald und ziemlich restlos abgeholzt. Das frühere Polen habe Holz exportiert; auf die Dauer ge-

sehen

Lodsch, Sonntag, den 29.Oktober 1939
(Fortsetzung).

sehen werde das Generalgouvernement ein Holzzuschußgebiet sein. In geeigneten Gegenden würden große Arbeitslager eingerichtet werden.

Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erteilte den Befehl, daß die Wälder pfleglich behandelt, aber bis zur äußersten Kapazität geschlagen werden sollen.

Lodsch, Montag, den 30.Oktober 1939.

Herr Generalgouverneur empfing Reichsminister S e y ß - I n q u a r t , Reichshauptamtsleiter F r a u - e n d o r f e r und Staatssekretär K r o h n zum Vortrag.

Es wurde eingehend die Regelung der Arbeitslosenversicherung und die Arbeitspflicht der Polen besprochen. Herr Generalgouverneur brachte zum Ausdruck, daß die Arbeitslosenversicherung und überhaupt das deutsche Sozialrecht den Polen gar nicht zur Verfügung gestellt werden sollte. Staatssekretär K r o h n vertrat die Meinung, daß die Sozialversicherung und die Arbeitslosenversicherung auch für die Polen aufrecht erhalten werden müßte, da anderenfalls Unterstützungen gezahlt werden müßten; er verspreche sich durch die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung einen wirtschaftlichen Vorteil. Bei den Distriktschefs solle eine Abteilung Arbeit ebenfalls gebildet werden.

Nachmittags hielt Herr Generalgouverneur eine eingehende Besprechung mit Ministerialrat Dr. B ü h l e r , ᛋᛋ=Obergruppenführer K r ü g e r , Reichsamtsleiter Dr. H e u b e r und Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h. ᛋᛋ=Obergruppenführer K r ü g e r berichtete über polizeiliche Fragen. Der Herr Generalgouverneur nahm grundsätzlich zu der Frage der Personalanforderungen Stellung: Jede Personalanforderung, die an das Reichsministerium des Innern gerichtet wird, solle in Zukunft ausschließlich über den Bevollmächtigten in Berlin gehen.

Anschließend wurden die Verordnungsentwürfe betreffend das Post- und Fernsprechwesen, die Abwehr von Gewalttaten, die Aufnahme von Krediten durch Gemeindeverbände sowie Bekanntmachungen über die Reichskreditkasse besprochen. Herr Generalgouverneur überreichte an Reichsamtsleiter Dr. H e u b e r die Bestallungsurkunde

und

Lodsch, Montag, den30. Oktober 1939.
(Fortsetzung)

und verpflichtete ihn zu treuer und gewissenhafter Mitarbeit.

Herr Generalgouverneur teilte mit, daß grundsätzlich entweder er selbst oder sein Vertreter Reichsminister Dr. S e y ß - I n q u a r t im Generalgouvernement anwesend sein würden. Auch durch seine eigene Abwesenheit solle der Amtsbetrieb keine Unterbrechung erleiden. Es dürfe nichts liegen bleiben.

Hinsichtlich der Dienststellung des ᛋᛋ=Sturmhauptführers B u c h n e r wurde angeordnet, daß er in seiner Eigenschaft als Burgkommandant ausschließlich dem ᛋᛋ=Obergruppenführer K r ü g e r direkt untersteht. Der Termin für den Einzug in die Burg zu Krakau wurde auf den 7. November 18 Uhr festgelegt.

Lodsch, Dienstag, den 31.Oktober 1939

10 Uhr.

In einer eingehenden Arbeitsbesprechung, an der Reichsminister Dr. S e y ß - I n q u a r t , Reichshauptamtsleiter Dr. F r a u e n d o r f e r , Staatssekretär K r o h n und Oberregierungsrat L e u t e r t teilnahmen, legte Staatssekretär Krohn die Verordnung über die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und über die Durchführung der Arbeitspflicht der Polen vor.

Herr Generalgouverneur ordnete an, daß die Entlohnung der Arbeitspflichtigen nicht nach den normalen Grundsätzen erfolgen solle und daß die Durchführung der Arbeitspflicht nicht durch formale Verklausulierungen erschwert werden dürfe. Die Arbeitsbedingungen im einzelnen sollten durch die Distriktschefs festgesetzt werden. Die Arbeitspflicht der Polen habe ihre Grundlage in der Verschleppung des polnischen Geldes in das Ausland und diene der Wiedergutmachung der Schäden, die die Polen angerichtet hätten. Es dürfe daher nur Entlohnung für tatsächlich geleistete Arbeit oder Almosen geben. Deshalb dürften die deutschen Wirtschaftsstellen auch nicht an irgendwelchen Tarifbestimmungen und ähnliches gebunden werden.

Oberregierungsrat L e u t e r t führte aus: Das polnische Recht über die Bezahlung der Arbeitslosenunterstützung sei außer Kraft gesetzt, lediglich die Beitragspflicht sei bestehen geblieben. Über die Weiterverwendung dieser Mittel bleibe eine besondere Verfügung vorbehalten. Die Arbeitsämter hätten mit der Auszahlung von Beiträgen an Arbeitslose einen Teil der Wohlfahrt übernommen. Als Höchstsatz würden 4,5o wöchentlich und bei Familien 7.- wöchentlich gezahlt. In Lodsch seien 4o bis 5o ooo Arbeitslose.

Reichsminister

Lodsch, Dienstag, den 31.Oktober 1939
(Fortsetzung)

Reichsminister S e y ß - I n q u a r t wies darauf hin, daß die Arbeitslosen auf die Fürsorgeleistungen der Arbeitsämter keinen Anspruch erhalten dürfen.

10 45 Uhr.

Herr Generalgouverneur empfing den Präsidenten L a u x m a n n und bittet ihn, dafür Sorge zu tragen, daß ordentliche Telefonverbindungen in der Burg in Krakau und zwischen Krakau, Warschau, Lublin, Radom und ein Fernschreiberdienst nach Berlin baldmöglichst sichergestellt wird. Präsident L a u x m a n n teilte mit, daß er die von der Wehrmacht teilweise beschlagnahmten Postsparkassen sicherstellen wolle.

11 Uhr.

Herr Generalgouverneur empfing ᛋᛋ=Obergruppenführer K r ü g e r , General B e c k e r , ᛋᛋ=Brigadeführer S t r e c k e n b a c h und Oberstleutnant G u d e w i l l.

Brigadeführer S t r e c k e n b a c h berichtete:

Der Reichsführer ᛋᛋ wünsche, daß alle Juden aus den neu erworbenen Reichsgebieten entfernt würden. Bis zum Februar sollten auf diese Weise etwa 1 000 000 Menschen in das Generalgouvernement eingebracht werden. Die in den besetzten polnischen Gebieten vorhandenen gutrassigen Familien (etwa 4 000 000 Menschen) sollten in das Reich überführt, dort vereinzelt untergebracht und so völkisch entwurzelt werden. Für den Termin der Aussiedlungstransporte sei der 15. November vorgesehen.
Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß sowohl für die Ost-West-Bewegung als auch für die West-Ost-Bewegung besser große Transportstraßen festgelegt werden müssen. ᛋᛋ=Obergruppenführer K r ü g e r erklärte, daß ab 15. November das gesamte Eisenbahnnetz des Generalgouvernements für die Umsiedlungstransporte zur Verfügung steht. Herr Generalgouverneur

erteilt

Lodsch, Dienstag, den 31.Oktober 1939.
(Fortsetzung)

erteilt dem SS-Obergruppenführer K r ü g e r den Auftrag, diese Flüchtlingstransporte zu organisieren.

Im Anschluß an diese Besprechung wurde der Referent für Preiswucher empfangen, der einen Bericht über die gesamte Preislage gab und unter anderem darauf hinwies, daß im Generalgouvernement in gewissem Umfange Lohn- und Preisstoppbestimmungen, vor allem Höchstpreise für bestimmte Lebensmittel notwendig seien, daß aber in Warschau mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse die Preisüberwachung nur im Wege der Einzelüberwachung vorgenommen werden könne. Herr Generalgouverneur erklärte hierzu, das Generalgouvernement könne nicht im Sinne eines staatlichen Ordnungsbetriebs aufgebaut werden, unter allem Umständen müßte aber die Lebensmittelversorgung der deutschen Beamten, die oft sehr schwierig sei, sichergestellt werden. Ganz klar müsse der Unterschied zwischen dem deutschen Herrenvolk und den Polen herausgestellt werden. Neben den Beamten müßten die Volksdeutschen direkt versorgt werden. Die NSV, sei ausschließlich für die Deutschen da, während sich die Polen - von den Juden sei überhaupt nicht die Rede - selbst helfen müßten, damit die "polnische Gemeinschaftsseele" ihr Leistungsvermögen zeigen könne. Ihre Verpflegung sei nur insoweit wichtig, als sie sie erarbeiteten; an sich seien sie gar nicht gewöhnt, daß sich jemand um sie sorge. SS-Brigadeführer S t r e c k e n - bach wies darauf hin, daß das Generalgouvernement, das zurzeit 1o ooo ooo Einwohner habe, im Februar 13 ooo ooo zählen werde. Herr Generalgouverneur führt zur Ernährungslage aus; durch die fortschreitende Intensivierung der Landwirtschaft müsse es möglich sein, die Gesamtversorgung des Generalgouvernements sicherzustellen. Soweit möglich, könne die Verpflegung im Wege

der

Lodsch, Dienstag, den 31.Oktober 39.
(Fortsetzung)

der Gemeinschaftsspeisung erfolgen. Diese könne aber nur mit polnischen Kräften durchgeführt werden.

Es erschien der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Dr. G o e b b e l s in Begleitung von Ministerialrat M ü l l e r , Gauamtsleiter Dr. F i s c h e r , Chefadjutant H e u s i n g e r von W a l d e c k . Ferner waren anwesend Reichsminister S e y ß - I n q u a r t und Reichsamtsleiter Dr. d u P r e l .

Einleitend führte Herr Generalgouverneur aus:

X Den Polen dürften nur solche Bildungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden, die ihnen die Aussichtslosigkeit ihres völkischen Schicksals zeigten. Es könnten daher höchstens schlechte Filme oder solche, die die Größe und Stärke des Deutschen Reiches vor Augen führen, in Frage kommen. Es werde notwendig sein, daß große Lautsprecheranlagen einen gewissen Nachrichtendienst für die Polen vermitteln.

Reichsminister Dr. G o e b b e l s sprach sich grundsätzlich in Übereinstimmung mit den Ausführungen des Herrn Generalgouverneurs gegen die Einrichtung eines polnischen Theater-, Kino- und Kabarettbetriebes aus. Es würden in den größeren Städten und Märkten stationäre Lautsprecheranlagen aufgestellt werden, die zu bestimmten Zeiten Nachrichten über den Stand der Lage und Befehlsparolen für die Polen geben.

Reichsamtsleiter Dr. d u P r e l berichtete über das Zeitschriftenwesen im Generalgouvernement, insbesondere über die nunmehr herauszubringende Krakauer und Warschauer Zeitung. Herr Generalgouverneur weist daraufhin, daß der Amtsleiter für Presse und Propaganda im Amt des Generalgouverneurs (Freiherr Dr. d u P r e l.) selbständig und dem Generalgouverneur unmittelbar unterstellt ist, aber entsprechend den allgemeinen Wei-

sungen

Lodsch, Dienstag, den 31.Oktober 39.
(Fortsetzung)

sungen des Reichspropagandaministeriums zu handeln habe. Da im Generalgouvernement die Zentralstellen des Reiches nach dem Willen des Führers keinen Einfluß haben sollten, könne auch im Propagandasektor kein Reichspropagandaamt tätig sein, vielmehr müsse die Propaganda im Rahmen des Amtes des Generalgouverneurs untergebracht sein. Reichsminister Dr. G o e b b e l s erkennt diese Regelung voll und ganz an. Herr Generalgouverneur dankt ihm hierfür, da damit jede Gefahr eines Durcheinanderregierens ausgeschaltet sei. Reichsminister Dr. G o e b b e l s führt aus, daß das gesamte Nachrichtenvermittlungswesen der Polen zerschlagen werden müsse. Die Polen dürften keine Rundfunkapparate und nur reine Nachrichtenzeitungen, keinesfalls eine Meinungspresse behalten. Grundsätzlich dürften sie auch keine Theater, Kinos und Kabaretts bekommen, damit ihnen nicht immer wieder vor Augen geführt werden würde, was ihnen verloren gegangen sei. Wenn sich für große Städte, wie z. B. Warschau, die Notwendigkeit ergebe, durch Kinovorstellungen die Polen von der Straße wegzubekommen, dann müsse das von Fall zu Fall entschieden werden. Der Führer hat erst gestern erklärt, man dürfe den Polen nicht mit dem Aufbaufimmel kommen, die Polen sollten sich selbst etwas aufbauen. Es liege auch nicht in unserem Interesse, daß den Juden die Bärte abgeschnitten und sie entlaust würden. Herr Generalgouverneur erklärte, daß die höheren Schulen bereits geschlossen seien. Die Priesterseminare, die von der Wehrmacht bereits wieder eröffnet worden seien, würden grundsätzlich geschlossen werden, da es sich hier nur um Brutstätten des Deutschen Hasses handele.

Reichsamtsleiter Dr. D u P r e l begründet die Notwendig-

keit

Lodsch, Dienstag, den 31.Oktober 39.
(Fortsetzung)

keit der Einrichtung großer Tageszeitungen für die Deutschen im Generalgouvernement. Diese solle in Krakau gedruckt und mit einem entsprechenden Kopf für Warschau versehen,auch dort herausgebracht werden. Dr. D u P r e l schlägt den Titel der Zeitung "Deutsche Ostlandszeitung", die auch einige Wehrmachts- und Polizeibeilagen erhalten soll, vor und berichtet anschließend über die personelle Besetzung des vorläufigen Schriftleiterstabes. Reichsminister Dr. G o e b b e l s erklärte sich bereit, für den Aufbau dieser Zeitschrift für einige Zeit den Ministerialrat D ü r r als Hauptschriftleiter zur Verfügung zu stellen. Hinsichtlich des Filmwesens nahm Reichsminister Dr. G o e b b e l s mit besonderer Freude davon Kenntnis, daß die polnischen Filmtheater bereits beschlagnahmt seien,und sicherte zu, eine Liste der Filme zusammenzustellen, die zur Vorführung vor den deutschen Beamten und überhaupt vor den Deutschen im Generalgouvernement besonders geeignet seien. Diese Filme sollten dann in geeigneten Räumen zur Aufführung gebracht werden. Rundfunkmäßig könnte Krakau und Warschau von Kattowitz aus betreut werden; die Polen seien dagegen ganz vom Rundfunk auszuschließen. Die von dem Bürgermeister O t t o in Warschau vorgeschlagene Übernahme der Mitglieder des Warschauer Orchesters sei völlig ausgeschlossen. Man müsse überhaupt immer wieder prüfen, wohin sich der Nationalismus der Polen flüchte . Alle auftauchenden nationalistischen Bestrebungen müßten dann sofort wieder zerschlagen werden. Reichsminister Dr. G o e b b e l s sicherte zu, daß für die Deutschen im Generalgouvernement die besten Theater und Kabaretts des Reiches zur Verfügung gestellt würden. Insbesondere würden Gastspiele hervorragender Künstler vermittelt. Er werde sich selbst für

eine

In deutsche Reichsorchester

Lodsch, Dienstag, den 31.Oktober 39.
(Fortsetzung)

eine ganz besonders kulturelle Betreuung der Deutschen im Generalgouvernement bemühen und die besten Bühnen des Reiches (auch zum Beispiel die Berliner Scala) im Gebiet des Generalgouvernements, insbesondere in Krakau, Warschau, Lublin und Radom spielen lassen.

12^{30} Uhr,

Die Besprechung über Preisbildungsfragen wurde fortgesetzt.

Herr Generalgouverneur führte hierzu noch aus:

Bei der Einrichtung und Festlegung der Höchstpreise müsse verhindert werden, daß dadurch die Waren zum Verschwinden gebracht würden. Für die Arbeitsfähigkeit und Erhaltung der polnischen Bevölkerung müsse alles getan werden, während das Schicksal der Juden völlig gleichgültig sei. Wenn auch eine geordnete Politik vorläufig nicht möglich sei, so müsse doch alles getan werden, um wucherische Preissteigerungen zu verhindern.

Es folgte eine eingehende Besprechung der Sicherheitsfragen im Generalgouvernement.

Herr Generalgouverneur erklärte:

Die Aufgabe des Generalgouverneurs und seiner Organe sei vom Führer genau umschrieben. Notwendig sei die entgültige Sicherstellung des Raumes in Sinne und im Interesse des Deutschen Reiches. Die Vollmacht des Generalgouverneurs und seiner Organe sei im Gegensatz zur Wehrmacht, die nur einen spezialisierten Auftrag habe, umfassend. Eine Beschlagnahmeverfügung des Oberbefehlshabers des Heeres könne nur im Rahmen des allgemeinen Beschlagnahmerechts des Generalgouverneurs Geltung haben. Die Sicherung obliege, soweit es sich nicht um militärische Angelegenheiten handele, nur dem Generalgouverneur, insbesondere dem Polizeichef. Wie überhaupt alle Angelegenheiten, die nicht rein militärischer Natur sind, den Dienststellen des Generalgouverneurs zukommen. SS-Obergruppenführer K r ü g e r weist noch

darauf

Lodsch, Dienstag, den 31.Oktober 39.
(Fortsetzung)

darauf hin, daß die vorhandenen Polizeikräfte zur Sicherung des Landes in keiner Weise ausreichen. ᛋᛋ=Brigadeführer S t r e c k e n b a c h erklärt, daß für die Sicherung des Landes die Wehrmacht nicht verwendbar sei, daß die Polizei mit einer durchweg feindlich eingestellten Bevölkerung zu tun habe und daß die Vertrauensleute und Volksdeutschen sehr unzuverlässig und ungeeignet seien. Am 1. November werde die Grenze sicherungsmäßig besetzt. Hierzu führt Herr Generalgouverneur aus, die Einreise in das Generalgouvernement setze Paß und Visum voraus. Ein höherer ᛋᛋ=Führer werde die Regelung der Einreise in das Generalgouvernement übernehmen. Die Paßstelle, die bisher im OKW. eingerichtet sei, werde in das Amt des Bevollmächtigten in Berlin überführt werden. ᛋᛋ=Brigadeführer S t r e c k e n b a c h führt aus, daß der Reichsführer ᛋᛋ mit Rücksicht auf die Unzuverlässigkeit der Zollorgane besonderen Wert darauf lege, daß die Grenzkonrolle an der russischen Grenze ausschließlich durch den SD. durchgeführt werde. Herr Generalgouverneur erklärte sich mit dieser Regelung einverstanden und bittet S t r e c k e n b a c h , für eine besondere Sicherung der Weichselbrücken, Narew- und Saarbrückenzu tragen. ᛋᛋ=Brigadeführer S t r e c k e n b a c h hält es für notwendig, daß die 400 Grenzpolizeibeamten ihren Dienst beritten ausüben.

14 Uhr.

Herr Generalgouverneur empfängt den Ministerialdirektor S c h l u m p r e c h t , der die Weisung erhält, mit Ministerialrat Dr. B ü h l e r den Inhalt der Währungs-, Devisen- und Beschlagnahmeverordnungen zu besprechen und dafür zu sorgen, daß die auf Antrag des Leiters der Abteilung Wirtschaft ausgesuchten und vom Reichswirtschaftsminister bereits grundsätzlich genehmigten Beamten und Angestellten durch Funkspruch sofort gefordert und in Marsch gesetzt werden.

Herr

Lodsch, Dienstag, den 31.Oktober 39.
(Fortsetzung)

Herr Generalgouverneur erklärte, daß dem Leiter der Abteilung Wirtschaft die gesamte Wirtschaftspolitik in vollem Umfange, entsprechend den dem Reichswirtschaftsminister F u n k im Reiche zustehenden Reichsvollmachten für das Generalgouvernement übertragen werde. S c h l u m p r e c h t wird zum Leiter des Amtes für Wirtschaft im Amte des Generalgouverneurs bestellt und beauftragt, die verantwortlichen Richtlinien für die gesamte Wirtschaftspolitik des Generalgouvernements auf allen Gebieten zu leiten und sich dabei der Unterstützung aller anderen Dienststellen zu bedienen.

15[30] Uhr.

Landrat S i e b e r t meldet sich zum Dienstantritt.

Herr Generalgouverneur bespricht mit dem Distriktschef von Radom, Reichsamtsleiter Dr. L a s c h , wichtige Fragen des Distrikts und unterrichtet ihn über Flüchtlingsfragen, über die Einsetzung der polnischen Bürgermeister und über die Behandlung der Juden.

Lodsch, Mittwoch, den 1.November 39.

11 Uhr.

Herr Generalgouverneur beauftragt den SS=Hauptsturmführer von H a l l e r , den Reichsminister S e y ß - I n q u a r t bei dem Bevollmächtigten des Generalgouverneurs in Berlin zu vertreten.

Herr Generalgouverneur empfängt den NSKK. Obergruppenführer H o e f l e und brachte ihm den Wunsch zum Ausdruck, daß die Verkehrsaufgaben im Generalgouvernement weitgehend vom NSKK. durchgeführt werden sollen, zumal die Polizei durch die Sicherungsaufgaben voll in Anspruch genommen ist. Obergruppenführer H o e f l e , dem der gesamte NSKK. Einsatz im besetzten Gebiete untersteht, machte folgenden Vorschlag: Die bereits eingesetzten NSKK. Kompanien (Warschau 3, Krakau 1) werden von der Polizei untergebracht, verpflegt und besoldet. Daneben sollen folgende neue NSKK. Kompanien eingesetzt werden: in Lublin 3, in Krakau 2, in Warschau 1 (vollmotorisiert, Kurierdienst), in Kielce 1, in Tschenstochau 1. Die Anforderungen der NSKK. Kompanien müßten über General D a l u e g e geleitet werden. Korpsführer H ü h n l e i n bittet, bei der Tankstellenerrichtung im Generalgouvernement möglichst NSKK. Männer heranzuziehen. In Krakau solle außerdem eine motorisierte Kurierkompanie eingesetzt werden.

12 Uhr.

Herr Generalgouverneur empfing SS=Obergruppenführer K r ü g e r und bittet ihn, gemeinsam mit Obergruppenführer H o e f l e den Einsatz des NSKK. zu besprechen und einen Plan dem Generalgouverneur vorzulegen.

SS=Obergruppenführer K r ü g e r berichtet über Sicherheitsfragen und weist insbesondere auf folgendes hin: Die Wehrmacht werde ihre eingenommenen Plätze behalten und sich nicht an die Weichsel zurückziehen. Im Ostraum, zwischen Weichsel und Bug, würde eine besonders starke Ansammlung von Juden eintreten, wogegen die Wehrmacht Bedenken habe. Hieraus ergebe sich die Notwendigkeit,

die

Lodsch, Mittwoch, den 1.November 39.
(Fortsetzung)

die 22 000 Volksdeutschen östlich der Weichsel aus diesem Gebiet herauszunehmen und westlich der Weichsel, wenn möglich im Reich, anzusiedeln. Die Wehrmacht bitte darum, auch in der Frage der Umsiedlung beteiligt zu werden. Die zurzeit vorhandenen 9 Divisionen blieben wie bisher eingesetzt.

12^{30} Uhr.

Herr Generalgouverneur empfängt den Landesbaurat O h l e n d o r f (Dienststelle Dr. T o d t).

O h l e n d o r f berichtete:

In dem Generalgouvernement seien zwei Baustäbe, von denen einer herausgezogen werde. Die Bautrupps seien überall verteilt. Unendliche Schwierigkeiten bereite die Transportfrage. Die Steinbrüche der Lysa Gora seien bereits wieder in Betrieb genommen, auch eine ganze Reihe gesprengter Brücken. Groß seien auch die Materialschwierigkeiten; insbesondere würden Steine aus Schlesien dringend benötigt. Besonders groß sei der Mangel an Lastkraftwagen, da die Panjewagen zum Transport vielfach ungeeignet seien (geringe Ladefähigkeiten und zu große Entfernungen). Der bisher von der Dienststelle Dr. T o d t s zur Verfügung gestellte Betrag von 6 000 000 Reichsmark, reiche nur für den allerersten Anfang. Vordringlich sei die Einsetzung eines Hochbaufachmannes, der insbesondere für die Niederlegung des Warschauer Schlosses nicht entbehrt werden könne. Der Schwerpunkt des ganzen Bauwesens liege bei dem Straßenbau, da hunderte von Kilometern in Ordnung zu bringen seien. Die Brücke bei Sochaczew werde voraussichtlich Ende Februar fertig werden. Herr Generalgaouverneur weist darauf hin, daß die Straßen nach Lublin vor allen Dingen in Ordnung gebracht werden sollen, und er-bittet, eine Bestandsaufnahme des gesamten Straßennetzes und seiner Beschaffenheit. Landesbaurat O h l e n d o r f teilte mit, daß 30 Schneepflüge beantragt, aber nur 4 in Aussicht gestellt worden seien. Herr Generalgouverneur bittet, daß aus dem Reichsgebiet durch Dr. T o d t

Lodsch, Mittwoch, denl.November 1939.
(Fortsetzung)

weitere Schneepflüge herangeschafft werden. Abschließend berichtete Landesbaurat O h l e n d o r f über die Lage der Wasserstraßen und betonte dabei,daß die, von den Polen so sehr vernachlässigte Unterweichsel schiffbar gemacht werden müsse.

16 Uhr.

In einer fernmündlichen Unterredung mit Generaloberst B l a s k o w i t z weist Herr Generalgouverneur darauf hin, daß der Distriktschef in Lublin keine Räume zur Verfügung hat,und bittet, in der Wojewoidschaft einige Räume für ihn freimachen zu lassen. Generaloberst B l a s k o w i t z sicherte jedes Entgegenkommen in den Transport-, Siedlungs- und Betriebsstofffragen zu und erklärte, daß die Eisenbahn ab 15. November zur Verfügung stehen werde.

16^{30} Uhr.

Herr Generalgouverneur empfängt den Ministerialdirektor S c h l u m p r e c h t und erklärte ihm, bis zum 15. November müßten unter allen Umständen die Fragen der Währung, des Zolles, der Grenze und der Devisen geklärt werden.

Vor allem müsse nunmehr die technische Seite der Monopole geklärt und in einem besonderen Plan vorgelegt werden. Ministerialdirektor S c h l u m p r e c h t berichtet, daß die großen Tabaklager in Warschau und Radom durch die Wehrmacht beschlagnahmt worden seien. In dieses Beschlagnahmechaos müsse nunmehr wieder Ruhe gebracht werden. S c h l u m p r e c h t teilte die Absicht des Bürgermeisters W i n k l e r mit, eine Treuhandstelle im Auftrag des Generalfeldmarschalls zu errichten.
Herr Generalgouverneur wies darauf hin, daß diese Maßnahmen viel zu spät kämen und Beschlagnahmen im Generalgouvernement ausschließlich mit Genehmigung des Generalgouverneurs

Lodsch, Mittwoch, den 1. November 39
(Fortsetzung)

gouverneurs und seiner Dienststellen erfolgen könnten. Weiter sei eine grundsätzliche Regelung des Problems erforderlich, welche Fabriken im Generalgouvernement weiter betrieben werden sollten. Es müsse ein großer Industrieplan aufgestellt werden. Die Bestände an Rohstoffen, insbesondere an Altmaterial, müßten aufgenommen werden. Eine besondere Frage sei der Transport der militärischen Rohstoffe und des Munitionslagers in Warschau (etwa 24 Quadratkilometer Grundfläche) in das Reich. Das Generalgouvernement brauche dagegen Kohle.

20 Uhr.

Herr Generalgouverneur empfing den Distriktschef S c h m i d t (Lublin), den Leiter der Presseabteilung Dr. d u P r e l und anschließend Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r und Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h zum Vortrag über laufende Angelegenheiten.

21 Uhr.

Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit den Finanzpräsidenten S p i n d l e r und S e n k o w s k i und Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r über Monopolfragen.

Finanzpräsident S p i n d l e r berichtete:

Er beabsichtige eine Generaldirektion der Monopole unter dem Finanzpräsidenten S e n k o w s k i einzurichten; dieser solle auch seine Vertretung in der Finanzabteilung übernehmen. Von den im ehemaligen Polen vorhandenen Monopolen seien bereits das Tabak-, Brandwein-, Salz- und Zündholzmonopol wieder aufgenommen, während bei der Lotterie zunächst die Erfolgsaussichten überprüft werden müßten. In der Saline werde seit 4 Wochen gearbeitet. Die Salzvorräte reichten zur Versorgung des ganzen Generalgouvernements und auch zur Ausfuhr. Tabak sei auf Jahre hinaus vorhanden. Zurzeit würden nur Zigaretten hergestellt. Für die Zukunft sei die Herstel-

lung

Lodsch, Mittwoch, den 1. November 39.
(Fortsetzung)

lung von 5 Sorten Zigaretten beabsichtigt. Die Frage der Zigarrenfabrikation sei noch nicht entschieden. Wegen des Zündholzmonopols müsse noch mit dem schwedischen Konzern K r e u g e r verhandelt werden. Der Monopolbetrieb habe bereits 10 000 000 Zloty eingebracht.

Herr Generalgouverneur ernennt den Finanzpräsidenten Dr.S e n k o w s k i zum Leiter der Generaldirektion der Monopole.

Es wurde noch vereinbart, die Zollgrenze zum Deutschen Reich am 8. November zu besetzen; polnische Beamte sollten im großen Umfange übernommen werden, aber nicht zu den bisherigen hohen Gehältern.

Berlin, Freitag, den 3. November 39.

Herr Generalgouverneur empfing den Professor Dr. E m g e , Dr. G a e b und Herrn H e r b s t , sowie den Bevollmächtigten Dr. H e u b e r zum Vortrag.

12 Uhr.

Herr Generalgouverneur hat eine Besprechung mit dem Reichsminister und Chef der Reichskanzlei, Reichsminister Dr. L a m m e r s .

Es wurde zunächst die Frage über der Aufsicht der Akademie für Deutsches Recht besprochen, die bisher vom Reichsjustizminister und dem Reichsinnenminister geführt wurde. Reichsminister Dr. L a m m e r s sicherte zu, daß die Aufsicht über die Akademie für Deutsches Recht mit sofortiger Wirkung ausschließlich von Herrn Reichsminister Dr. F r a n k ausgeübt werde, befürwortend an den Führer weiterzuleiten. Reichsminister Dr. L a m m e r s sicherte weiter zu, daß er die Ernennung des Ministerialrats Dr. B ü h l e r zum Ministerialdirektor beim Führer befürworten werde. Anschließend wurde noch über die Besetzung der Dienststellen in Polen gesprochen. Reichsminister Dr. L a m m e r s erklärte, daß er den Reichshauptamtsleiter S c h i c k e d a n z als Generalbevollmächtigten für die Reichskanzlei entsenden wolle; er stellte eine schriftliche Bestätigung in Aussicht; er werde veranlassen, daß Reichshauptamtsleiter S c h i c k e d a n z alsbald nach Polen in Marsch gesetzt werde.

15 Uhr.

Herr Generalgouverneur empfing den Reichsamtsleiter G a u w e i l e r und besprach mit ihm die Vorbereitungsarbeiten für die Organisierung und Leitung der mit der Arbeitspflicht der Polen und dem Arbeitszwang der Juden zusammenhängenden Aufgaben.

Anschließend fand eine Besprechung mit Bürgermeister W i n k l e r statt.

Dieser

den Antrag,

Berlin, Freitag, den 3.November 1939.
(Fortsetzung)

Dieser trug vor:

Staatssekretär R e i n h a r d t sei mit der Einrichtung der Monopole einverstanden. Die Währungsverordnung könne erst nach der Festlegung der Grenze herausgebracht werden. Das Reichsinnenministerium habe quergeschossen. Der Generalfeldmarschall habe seine Entscheidung über die Festlegung der Grenze für den 8. November zugesagt. Die polnischen 500 und 100 - Zlotynoten müßten eingezogen werden.Es habe sich herausgestellt, daß die ehemalige polnische Regierung vielmehr Noten gedruckt habe, als bisher bekannt gewesen sei.

Bisher konnten schon Noten im Betrag von 1,3 Milliarden Zloty ausgewiesen werden. Die Druckstöcke seien auf russisches, ungarisches und rumänisches Gebiet verschleppt worden; daher müßten neue Noten gedruckt werden. Bürgermeister W i n k l e r schlägt die Errichtung einer eigenen Emissionsbank in Warschau vor und erklärt, daß die Reichsbank Dr. P e r s c h zur Verfügung gestellt habe. Bei der Neuherausgabe der Banknoten müsse der polnische Adler und die anderen polnischen Nationalzeichen entfernt werden. Herr Generalgouverneur ordnet an, daß die Zeichnung der Noten durch Dr. P e r s c h und durch Dr. H e u b e r erfolgen solle. Bürgermeister W i n k l e r trug weiter vor, der Hartgeldumlauf solle im bisherigen Umfang aufrecht erhalten werden. An Banknoten sollten im ganzen etwa 1 Milliarde gedruckt werden; der voraussichtliche Bedarf seien 5 000 000 Zloty. Das Verhältnis zwischen Zloty und Reichsmark solle vorläufig mit 1 zu 2 beibehalten werden.Neben der Emissionsbank solle eine zweite Bank, eine Landesdepositenbank als Gouvernementbank errichtet werden.Hierzu sollen die polnischen Banken benutzt werden.Bei der Postsparkasse, für die als Treuhänder der Postrat Dr. P o p p e r eingesetzt sei, seien Geldmittel nicht mehr vorhanden. Die Bekanntmachung

der

Berlin, Freitag, den 3. November 1939.
(Fortsetzung)

der Treuhandstelle Ost durch den Generalfeldmarschall habe folgende Aufgabe: Die Erfassung des Vermögens des polnischen Staates und Maßnahmen zur Rückleitung und Verrechnung durchzuführen. Beschlagnahmen dürften nur noch im Einvernehmen mit dem Generalgouverneur durchgeführt werden, bereits ergangene Beschlagnahmeanordnungen bedürfen der Bestätigung. Unberührt sollten die militärischen Requisitionen bleiben, jodoch hätten sich für die Zukunft auch die militärischen Stellen an die Haupttreuhandstelle Ost zu wenden.

Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß die militärischen Dienststellen in unglaublichen Mengen Vorräte angehäuft hätten, daher müßten die militärischen Beschlagnahmehandlungen ebenfalls einbezogen werden.
W i n k l e r werde von ihm als Treuhänder für das ganze Gebiet ernannt werden. Alle militärischen Beschlagnahmehandlungen, die nicht ausschließlich militärischen Zwecken dienten, müßten sofort aufgehoben werden. Er beabsichtige, eine Verordnung über die Errichtung einer Treuhandstelle für das Generalgouvernement in Krakau entsprechend dem Erlaß des Generalfeldmarschalls zu erlassen. Zum Leiter dieser Treuhandstelle des Generalgouvernements werde er Ministerialrat P l o d e c k machen.

Herr Generalgouverneur führt folgendes aus:

Es sind nunmehr folgende Verordnungen zu bearbeiten.
1. Eine Verordnung über die Zlotywährung (diese betrifft die polnische Emissionsbank in Warschau, deren Direktoren Dr. Pa e r s c h und Dr. H e u b e r werden sollen).
2. Verordnung über die Depositenbank des Generalgouvernements.
3. Die Verordnung über die Treuhandstelle Ost im Generalgouvernement.

Berlin, Freitag, den 3. November 39
(Fortsetzung)

ralgouvernement.

4. Verordnung über die Beschlagnahme des Vermögens des ehemaligen polnischen Staates. Die ersten beiden Verordnungen sollten nach endgültiger Besetzung der Grenzen erlassen und die beiden letzten Verordnungen entsprechend den Texten der Verordnung des Generalfeldmarschalls abgefaßt werden. Bürgermeister W i n k l e r erklärte, der Reichsführer ᛋᛋ H i m m l e r habe ihm noch über das Siedlungsprogramm berichtet. Der Gedanke der Weichselflußregulierung habe dem Generalfeldmarschall gut gefallen.

17[30] Uhr.

Herr Generalgouverneur empfing Staatssekretär K l e i n m a n n und Ministerialdirigenten Dr. K i t t e l .

Staatssekretär K l e i n m a n n führte aus:

Bei der Einrichtung der Ostbahn schwebe ihm als Vorbild die ehemalige Elsaß-Lothringische Eisenbahn vor. Die Ostbahn solle eine selbständige Stellung haben, aber unter der Aufsicht von Berlin stehen. Die leitenden Stellen müßten mit Deutschen, die mittleren und unteren mit Polen besetzt werden. Die Generaldirektion solle ihren Sitz in Krakau haben. Der Präsident der Generaldirektion solle allen Stäben des Generalgouvernements eingegliedert werden. Tarifmaßnahmen könnten nur einheitlich behandelt werden; sie sollten nach dem Muster der Deutschen Reichsbahn getroffen werden. Das Vermögen der Ostbahn solle ein Sondervermögen sein, das für das Generalgouvernement verwaltet werde. Das Eisenbahnmaterial der Ostbahn müsse nach der Verkehrsdichte bemessen werden. Zwischen der Ostbahn und der Reichsbahn müsse dann eine Güterwagengemeinschaft errichtet werden.

Bürgermeister W i n k l e r bittet, ihn von eventuellen Verhandlungen der Deutschen Reichsbahn mit Rußland

in

Berlin, Freitag, den 3. November 1939
(Fortsetzung)

in Kenntnis zu setzen, da hiermit viele wirtschaftliche Fragen insgesamt zusammenhängen. Ernste Schwierigkeiten werde die Kohleversorgung mit sich bringen; man müsse versuchen, bis zum 1. Juli das Kohlegebiet von Dabrowa auszunutzen. Da dort vorwiegend jüdische Arbeiter beschäftigt würden (15 000), würde eine starke Kohlenpreissteigerung eintreten, wenn diese jüdischen Arbeiter die hohen Löhne der deutschen Arbeiter erhalten würden.
Für den Bedarf der Ostbahn seien etwa 10 bis 15 Kohlenzüge aus dem Dabrowagebiet notwendig; hierunter müßten etwa 5 Züge bis Warschau durchgeführt werden.

Staatssekretär K l e i n m a n n teilte mit, er werde eine Anweisung erteilen, daß ihm täglich die nach dem Generalgouvernement zu liefernden Kohlenmengen gemeldet würden, damit eine Steigerung möglich sei. Er habe Auftrag gegeben, daß das gesamte Leermaterial nach Oberschlesien gebracht werde, um eine bessere Kohlenverteilung zu erreichen. Notwendig sei die Einrichtung eines eigenen Bahnschutzes. Für den Generalgouverneur werde ein Sonderzug aus den Wagen des ehemaligen Marschalls R y d z - S m i g l y zur Verfügung gestellt werden. Für eine gute Verkehrsverbindung zwischen den Distriktshauptstädten werde Sorge getragen werden.

Herr Generalgouverneur empfing den Stabsleiter R i e n h a r d t .

Dieser erklärte: Der gesamte Verdienst aus der Krakauer und Warschauer Zeitung solle dem Generalgouvernement selbst zufließen. Reichsamtsleiter Dr. H e u b e r regt an, daß Stabsleiter R i e n h a r d t einen Beauftragten für das Verlagsamt bestimmen solle.

Anschließend fand eine Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Oberregierungsrat S c h e p e r s statt wegen der Grenzziehung.

Herr Generalgouverneur wies darauf hin, daß die Durchführung der Ansiedlung der Polen im Generalgouvernement

dadurch

Berlin, Freitag, den 3. November 1939

(Fortsetzung)

dadurch gefährdet werde, daß zu viel Land für andere Zwecke angefordert werde. Insbesondere bereite es große Schwierigkeiten, da die Luftwaffe für jeden ihrer Flugplätze 100 qkm Land benötige.

Berlin, Sonnabend, den 4. November 1939.

11 Uhr.

Herr Generalgouverneur empfing Ministerialdirektor L e h m a n n .

Dieser schlägt vor, daß für militärische Angelegenheiten, ebenso wie im Protektorat Böhmen und Mähren, bei Sabotageakten die Militärgerichte zuständig seien. Den Vorschlag des Generalgouverneurs zur Bestellung eines Verbindungsmannes zum OKW. werde er dort zum Vortrag bringen.

Nach einer kurzen Besprechung mit Professor E m g e und Oberregierungsrat S c h e p e r s (Grenzfragen) empfing Herr Generalgouverneur den Reichsamtsleiter Dr. d u P r e l, der ihm über seine Tätigkeit als Pressechef Bericht erstattete.

Zur Besprechung gelangten weiter persönliche Auseinandersetzungen zwischen Stabsleiter R i e n h a r d t und Reichsamtsleiter Dr. d u P r e l . Herr Generalgouverneur verlangt, daß beide Herren eine Einigung treffen.

X Herr Generalgouverneur hatte von 13^{30} bis 15^{15} Uhr eine eingehende Besprechung mit dem Führer. Der F ü h r e r besprach mit Herrn Generalgouverneur die Gesamtlage, unterrichtete ihn von seinen Plänen und billigte die Arbeit des Generalgouverneurs in Polen, insbesondere die Niederlegung des Schlosses in Warschau und den Nicht-Wiederaufbau dieser Stadt, ferner den Einzug in die Burg zu Krakau, die Überführung der Kunstschätze und die Einrichtung einer Quäkerspeisung.

Krakau, Dienstag, den 7. November 1939.

Besprechung des Generalgouverneurs mit Reichsminister S e y ß - I n q u a r t , Ministerialrat Dr. B ü h l e r , ᛋᛋ=Obergruppenführer K r ü g e r , den Gouverneuren W ä c h t e r , L a s c h und F i s c h e r und dem Bevollmächtigten in Berlin Dr. H e u b e r über Grenz- und Flüchtlingsfragen und über den Einsatz der NSV.

Gouverneur Dr. F i s c h e r stellte die Einrichtung des polnischen Hilfskommitees für Warschau unter Oberaufsicht eines Volksdeutschen in Aussicht. Er betont, daß für die Juden ein besonderes Ghetto gebildet werden müsse. Nach Meldung des jüdischen Ältestenrates seien in Warschau noch 30 000 Juden vorhanden.

Herr Generalgouverneur billigt diese Maßnahmen und führt zu der Frage der Grenzregulierung aus: Die Grenze nach Ostpreußen müsse unter allen Umständen gesperrt werden, zumal die Russen ebenfalls eine Grenzsperrung durchgeführt hätten. Im übrigen sei die endgültige Festlegung der Grenzen dringend notwendig. Reichsminister S e y ß - I n q u a r t solle daher in Berlin diese Fragen zur Klärung bringen.

ᛋᛋ=Obergruppenführer K r ü g e r berichtet über die Not in den volksdeutschen Flüchtlingslagern.

Gegenüber der Bitte des Gouverneurs Dr. F i s c h e r , durch eine Verordnung zu gestatten, daß die einzelnen Landkreise sich gegeneinander abschließen könnten, betont Herr Generalgouverneur, daß das gesamte Generalgouvernement ein einheitliches Gebiet sei.

Oberregierungsrat S c h e p e r s berichtet über seine Besprechung in Berlin. Der Generalfeldmarschall sei mit einem Verbleib von Kutno und Lodsch im Generalgouvernement einverstanden, nicht dagegen hinsichtlich des Kohlengebietes von Dabrowa und Sosnowitz.

Krakau, Mittwoch, den 8.November 39.

9 Uhr.

Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Staatssekretär K l e i n m a n n über die Einrichtung der Burg.

9^{30} Uhr.

Herr Generalgouverneur besucht die Arbeitstagung der Landräte des Distrikts Krakau im Potozki-Palais, an der etwa 30 Landräte und Vertreter der Polizei und der anderen Verwaltungszweige teilnahmen.

Distriktschef Dr. W ä c h t e r berichtet einleitend über den bisherigen Verlauf der Tagung, auf der die Beschäftigung der Polen in den unteren Stellen der Verwaltung und der Polizei und die Schaffung von Verwaltungsburgen (Konzentrierung der Verwaltung und Verpflegung der Beamten) besprochen wurden. Allgemein müsse der Grundsatz gelten, der Deutsche ist der Herr des Landes, und danach hat sich der Pole zu richten.

Herr Generalgouverneur dankt den Landräten für die Erfüllung ihrer schwierigen Aufgaben und übermittelt ihnen klare Richtlinien für ihre Verwaltungsarbeit. "Jeder Verwaltungsbeamter müsse Diplomat und Politiker sein. Ihm muß die Erfüllung einer geschichtlichen Aufgabe mehr wert sein, als die Erfüllung eines formalen Verwaltungsaufbaues". Der Aufbau der Gouvernementsregierung und die Stellung der Distriktschefs wurde eingehend erläutert.

Distriktschef Dr. W ä c h t e r besprach Geld- und Wirtschaftsfragen und betonte, daß bei der Behandlung der Ukrainer, Goralen und Lemken immer ein gewisser Abstand bewahrt werden müsse.

11^{15} Uhr.

Besprechung des Herrn Generalgouverneurs in der Bergakademie mit Reichsminister S e y ß - I n q u a r t , Ministerialrat Dr. B ü h l e r , Staatssekretär M ü h l m a n n , Distriktschefs Dr. L a s c h und Dr. F i s c h e r , Reichsamtsleiter Dr. d u P r e l und Gesandter von W ü l i s c h.

Bei

Krakau, Mittwoch, den 8. November 39.
(Fortsetzung)

Bei einer Unterredung mit Reichsamtsleiter F r a u e n - d o r f e r über die Arbeitspflicht der Polen wies Herr Generalgouverneur darauf hin, daß die wichtigsten Straßen im besetzten Gebiet schneefrei gehalten werden müßten.

12 Uhr.

Besprechung des Generalgouverneurs mit Reichsminister S e y ß - I n q u a r t , Finanzpräsident S p i n d l e r, Ministerialrat B u r m e i s t e r über Finanz- und Etatfragen.

Finanzpräsident S p i n d l e r berichtete: Gemeinsame Kasinos seien für das Amt des Generalgouverneurs, ferner bei den Distriktschefs und den Kreishauptleuten vorgesehen. Durch die Bewilligung eines Kleidergeldes und einer Wohnungsbeihilfe solle den Beamten eine spürbare Verbesserung geschaffen werden. Die Kosten für die Kasinobauten usw. würden aus Kassenmitteln gedeckt werden. Finanzpräsident S p i n d l e r macht den Vorschlag der Einführung eines Zuckermonopols.

15 Uhr.

Herr Generalgouverneur empfängt Stabsleiter R i e n - h a r d t mit zwei Mitarbeitern, Reichsamtsleiter Dr. d u P r e l in Gegenwart des Amtschefs Ministerialrat Dr. B ü h l e r zu einer Besprechung über die Einrichtung der Warschauer und Krakauer Zeitung. Reichsamtsleiter Dr. d u P r e l berichtet, daß das Erscheinen der Zeitungen, die nunmehr endgültig "Krakauer Zeitung" und "Warschauer Zeitung" genannt wird, für den 12. November sichergestellt ist. Es wurde eine Einigung über die rechtliche Struktur der zu gründenden Verlagsgesellschaft erzielt.

Reichsamtsleiter Dr. d u P r e l weist darauf hin, daß von besonderer Bedeutung für die Steigerung des Zeitschriftenabsatzes der Abdruck von Nachrichten aus den Distrikten und über die Distriktspolitik sei. Abschließend stellt Herr Generalgouverneur fest, daß nach dem übereinstimmenden

Krakau, Mittwoch, den 8.November 39.
(Fortsetzung)

menden Willen aller Beteiligten es im Generalgouvernement nur einen einzigen großen Verlag für die deutsche und polnische Presse gäbe. Reichsamtsleiter Dr. d u P r e l wies noch darauf hin, daß Amtsverlag für die Verordnungs- und Distriktsblätter der Deutsche Rechtsverlag sei. Der Eigentümer der Druckerei, der nach Paris geflüchtet sei, solle enteignet werden.

Herr Generalgouverneur wünscht eine neue Verordnung, wonach Registereintragungen, die dem Eintragungszwang unterliegen, auch dadurch rechtswirksam werden können, daß eine Publikation im Verordnungsblatt erfolgt; die im Verordnungsblatt verkündete Rechtsänderung müßte dann in das Register nachträglich eingetragen werden.

16 Uhr.

Herr Generalgouverneur empfing den Präsidenten B e c k und eröffnet ihm, daß er das autonome Gebilde der Ostbahn aufzubauen habe. Eisenbahnrechtlich werde die Ostbahn eine Einheit darzustellen haben und dem Generalgouverneur direkt unterstellt sein. Präsident B e c k berichtet über den bereits aufgenommenen Eisenbahnverkehr. Im Vororts- Verkehr von Warschau seien bereits 20 Zugpaare eingesetzt. Auf der Strecke Tschenstochau - Warschau führen 10 Güterzüge hin und zurück, außerdem seien Personenzüge, gemischte Züge und D-Züge eingerichtet. Betriebsdirektionen seien vorgesehen für Krakau, Warschau, Radom, Lublin und Tschenstochau.

18 Uhr.

Sitzung der Distriktschefs und der Amtsleiter des Generalgouvernements in der Bergakademie.

Herr Generalgouverneur sprach einleitend über die Einrichtungen und den Aufbau des Generalgouvernements und wies darauf hin, daß der Generalgouverneur nach dem Willen des Führers in unmittelbarer Unterstellung unter

den

Krakau, Mittwoch, den 8.November 1939.
(Fortsetzung)

den Führer seine Aufgabe zu erfüllen habe. Auch die aufgestellte formale Ordnung dürfte niemals einen Beamten hindern, im Einzelfall von den allgemeinen Richtlinien abzuweichen, wenn dies notwendig sei.

Der Chef des Amtes, Ministerialrat Dr. B ü h l e r, berichtete über die allgemeinen Grundsätze des Amtes des Generalgouverneurs, in dem die Arbeiten sämtlicher Abteilungen zusammengefaßt seien. Die große Anzahl der Abteilungen, die zunächst nach dem Reichschema gebildet worden seien, würde für die Zukunft nicht aufrecht erhalten werden können. Den Abteilungen solle aber deshalb nicht ihre Selbständigkeit genommen werden; es solle nur durch eine Zusammenfassung in größere Gruppen eine Erleichterung der Arbeit erreicht werden. Inzwischen sei die Einrichtung eines Zentralein- und Auslaufamtes und einer zentralen Registratur erfolgt. Abschließend berichtet Ministerialrat Dr. B ü h l e r über die Einrichtung des Personalreferats und die Stelle des Bevollmächtigten in Berlin.

Der Polizeichef ᛋᛋ=Obergruppenführer K r ü g e r berichtete über den Einsatz der Polizei im Generalgouvernement. Im Generalgouvernement seien 4 Regimenter Ordnungspolizei eingesetzt, von denen je eines in jedem Distrikt untergebracht sei. Sicherheitsdienst und Geheime Staatspolizei seien noch mit Sonderaufgaben betraut. Im übrigen ständen Totenkopfverstärkungen zur Verfügung: 1 Regiment in Krakau, je 1 Sturmbann für Warschau, Lublin und Radom. Die 4 in Posen und Lodsch eingesetzten ᛋᛋ=Reiterschwadronen würden in das Generalgouvernement vorgezogen und würden zu einer Standarte ausgebaut. Besonders sollen beim Einsatz der ᛋᛋ=Reiterschwadronen die Gebiete östlich der Weichsel berücksichtigt werden. Zum geschlossenen Einsatz im Generalgouvernement stünden außerdem 9 Kompanien NSKK. bereit. Wichtig sei für den Polizeidienst der Einsatz der polnischen Polizei, nicht nur in den Städten,

sondern

Krakau, Mittwoch, den 8.November 39.
(Fortsetzung)

sondern auch auf dem Lande. Zurzeit seien in Warschau 3 000 Mann polnische Polizei zum Einsatz gebracht. Jeder Pole, der als Polizist eingesetzt werden solle, müsse erst genau überprüft werden. Bisher seien im ganzen 5 000 Mann wieder verwendet worden. Geeignete Volksdeutsche würden zur Polizeiverstärkung herangezogen. Die Polizeikräfte sollten möglichst konzentriert und kaserniert gehalten werden, um bei Gebrauch schnell einsatzbereit zu sein. Die wilde Umsiedlung müsse schnell abgestoppt werden. Zahllose Volksdeutsche kehrten jetzt regellos über die russische Grenze zurück. Vordringlich sei die Zurückbringung von 25 000 Volksdeutschen aus dem Raum Bug - Weichsel. Bis zum Frühjahr müßten 1 000 000 Polen und Juden aus Ost- und Westposen, Danzig, Polen und Oberschlesien in das Generalgouvernement aufgenommen werden. Die Zurückführung der Volksdeutschen und die Aufnahme der Polen und Juden (täglich 10 000) müsse planmäßig erfolgen. Besonders vordringlich sei die Einrichtung des Arbeitszwangs der Juden. Die jüdische Bevölkerung müsse möglichst aus den jüdischen Städten herausgezogen und zu Straßenarbeiten herangezogen werden. Die schwierigen Fragen der Unterbringung und Verpflegung seien noch zu klären.

Finanzpräsident S p i n d l e r berichtet über die Hilfsmaßnahmen für die Beamten, über Steuern und Monopole

Ministerialdirektor S c h l u m p r e c h t führt folgendes aus:

Die Ernährung der 16 000 000 Menschen im Generalgouvernement (gleich 200 auf 1 qkm) könne in einem rein landwirtschaftlich orientierten Gebiet nicht durchgeführt werden. Es müßten daher Schritte unternommen werden, Gewerbe und Wirtschaft einigermaßen in Gang zu bringen. Rohstoff- und Grundstoffindustrien müßten auf das höchste gesteigert werden. Unbedingt erforderlich sei die Erhaltung

der

Krakau, Mittwoch, den 8.November 1939.
(Fortsetzung)

der Rüstungsindustrie und einer gewissen Verbrauchsgüterindustrie. Bei dem Aufbau der polnischen Wirtschaft bestünden Schwierigkeiten nicht nur infolge der Auswirkungen des Krieges, sondern auch durch die Flucht der polnischen Intelligenz. Vorhandene kriegswichtige Rohstoffe müßten in das Reich abgeführt werden. Die Distriktschefs müßten eine große Inventuraufstellung machen, damit eine Grundlage zur Weiterarbeit vorhanden sei; in den großen Betrieben müßten sie Treunänder aus dem Reich einsetzen.

Herr Generalgouverneur berichtete über die Bankpolitik im Generalgouvernement; Einrichtung einer Emissionsbank für die Notenausgabe und einer zentralen Kreditbank mit der Aufgabe, die Geschäfte, die im Reich die Reichsbank ausführt, zu übernehmen.

Landesbauernführer K ö r n e r berichtete über landwirtschaftliche Fragen: Das Generalgouvernement benötige einen Zuschuß an Brotgetreide von 200 000 t und an Zucker von 50 - 60 000 t. Ein Überschuß bestehe bei Futtergetreide und bei Kartoffeln (200 000 t). Der Getreidezuschuß sei nicht schlimm, da Westpreußen und Posen einen Überschuß von 350 000 t mehr. Es komme hinzu, daß dort die Produktion sehr stark gesteigert werden könne. Es müsse eine zentrale Stelle für die Einfuhr von Getreide aus dem Reich geschaffen werden. Der höhere Preis des Getreides aus dem Reich könne durch die Ausfuhr von Geflügel usw. ausgeglichen werden. In den meisten Gebieten seien 80% einer normalen Feldbestellung durchgeführt worden. Der Führer habe selbst D a r r é gegenüber entschieden, daß das Reich dem Generalgouvernement das Brotgetreide zur Verfügung zu stellen habe.

Präsident B e c k berichtete über die Arbeit zur

Wiederherstellung

Krakau, Mittwoch, den 8.November 1939.
(Fortsetzung)

Wiederherstellung des Bahnbetriebs, insbesondere zum Wiederaufbau der gesprengten Brücken. Der zunächst von der Eisenbahn eingerichtete "wilde Betrieb" werde jetzt in Plänen zusammengefaßt und die Planung eines geregelten Verkehrs in Angriff genommen. Die von der Wehrmacht in Aussicht genommene Abziehung ihrer Baukolónnen nach dem Westen bedeute eine ungeheure Erschwerung der Wiederherstellung ordnungsmäßiger Verkehrsverhältnisse.

Reichsamtsleiter Dr. du Prel berichtete über die Arbeiten zur Einrichtung der deutschen Ostlandzeitschrift, die den Namen "Krakauer Zeitung" und "Warschauer Zeitung" führen werde. Diese Zeitung sei ausschließlich der deutschen Bevölkerung zugedacht und werde nur in deutscher Sprache gedruckt. Sie werde als das Blatt des Generalgouvernements insbesondere die Fragen des Ostraumes behandeln. Daneben seien an den Dienstsitzen der Distriktchefs und in Tschenstochau polnische Zeitungen vorgesehen. Diese seien aber keine Meinungsblätter, sondern reine Verkündungs- und Nachrichtenblätter mit der Aufgabe, auf die polnische Bevölkerung zur Steuerung der Gerüchtebildung politisch einzuwirken und ihnen die Befehle der Gouvernementsregierung zu übermitteln. Die Beschlagnahme aller Rundfunkapparate bei Polen und Juden solle das Abhören ausländischer Sender verhindern. Die Einrichtung stationärer Lautsprecheranlagen in größeren Städten sei vorgesehen.

Landgerichtsrat Büchner berichtete über die Verhältnisse der katholischen Kirche in Polen und betonte, daß in Polen eine Revolution immer nur mit Hilfe der katholischen Kirche möglich gewesen sei. Die katholischen Priesterseminare seien für die verschiedensten Verwaltungszwecke in Anspruch genommen. Es sei aber grundsätzlich eine Verordnung erwünscht,

durch

Krakau, Mittwoch, den 8. November 1939.
(Fortsetzung)

durch die eine Beschlagnahmemöglichkeit für alle Räume, die bisher nicht-amtlichen Zwecken gedient hätten, für Verwaltungszwecke gegeben werde . Auf diesem Wege könnten dann die Priesterseminare endgültig Verwaltungszwecken zugeführt werden. Es bestünden zurzeit Bestrebungen, die bisher in Posen und Westpreußen tätigen katholischen Priester in das Generalgouvernement hineinzubringen.

Finanzpräsident S e n k o w s k i berichtete eingehend über Monopolfragen, insbesondere über die Notwendigkeit der Brantweinerzeugung aus Kartoffeln.

Landesbauernführer K ö r n e r berichtete über landwirtschaftliche Fragen. Es sei notwendig, daß amtliche Kartoffellager eingerichtet würden. Die Landräte müßten darüberhinaus auch Getreidelager zur Sicherstellung der Ernährung ihrer Kreise einrichten. Die Brantweinerzeugung sei bisher wegen der großen Transportschwierigkeiten zurückgestellt worden. Jedoch könnten mit dem Eintreten des Frostes die Brennereiverbote aufgehoben werden.

Im Generalgouvernement sei ebenso wie im früheren Polen jeder nichtgenehmigte Tabakhandel verboten. Da ausreichende Rohtabaklager im Generalgouvernement vorhanden seien, würde die Zigarettenfabrikation in Warschau und Krakau wieder in Betrieb gesetzt werden. Polen habe drei große und gute Tabakanbaugebiete in der Gegend von Krakau, Lublin und Brest-Litowsk. Es sei notwendig, daß die Landräte scharfe Maßnahmen gegen den wilden Tabakhandel ergriffen und daß bei den jüdischen Aufkäufern Razzien veranstaltet würden. Der sichergestellte Rohtabak sei bei den Landräten zu sammeln und der Monopolverwaltung des Generalgouvernements zur Verfügung zu stellen. Um einen Tabakschmuggel in das Reich

zu

Krakau, Mittwoch, den 8.November 1939
(Fortsetzung)

zu verhindern, werde eine Erhöhung der Zigarettenpreise in Erwägung gezogen. Es sei beabsichtigt, auch Zigarren herzustellen. Außerdem werde erwogen, ein Großhandelsmonopol für Zucker einzuführen. Eine Verstaatlichung der Mineralölwirtschaft sei erstrebenswert.

Distriktschef Dr. L a s c h berichtete, daß in Radom Berge von Postgütern lagerten, die nicht bestellt werden könnten, weil sich die Postbeamten weigerten, Überstunden zu machen.

Distriktschef Dr. W ä c h t e r berichtet, daß in seinem Distrikt sich die Ukrainer, die einen alten Haß gegen die Polen hätten, sehr gut einfügten. Er beklagt sich darüber, daß ihm das Reichsinnenministerium nicht nur keine Beamten zur Verfügung stelle, sondern sogar die besten noch weghole.

Herr Generalgouverneur erklärt sich damit einverstanden, daß die ukrainischen Schulen sofort wieder in Gang gesetzt werden. Anschließend fand eine mehrstündige Besprechung über verschiedene Einzelfragen statt.

Krakau, Donnerstag, 9.November 1939

10 Uhr.

Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r berichtete über laufende Amtsgeschäfte. Anschließend fand eine Besprechung mit ᛋᛋ=Obergruppenführer K r ü g e r und General B e c k e r (Chef der Ordnungspolizei) über Sicherungs- und Siedlungsfragen statt.

Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß die Rückkehr der Volksdeutschen erst dann möglich ist, wenn die Grenzen festgelegt sind und die Grenzsicherung durchgeführt ist.

General B e c k e r sicherte zu, daß zur Verstärkung der Burgwache eine Kompanie Polizei eingesetzt werde und daß sich in starkem Umfange Polen gemeldet hätten. Er betonte, daß der Ausbau der Nachrichtenmittel durch die Post erfolgen müsse.

Herr Generalgouverneur empfing Präsidenten L a u x m a n n , der über die Herstellung der Telefonleitungen berichtete.

Bisher seien drei Leitungen, Krakau - Berlin, hergestellt. Die Verbindung Krakau - Warschau sei ebenfalls in Ordnung. Er ist damit einverstanden, daß die Leitungen, die die Polizei benötigt, von dieser selbst gebaut werden.

Herr Generalgouverneur empfing den Gesandten von W ü l i s c h zum Vortrag über Flüchtlingsfragen.

Von W ü l i s c h wies darauf hin, daß Diplomaten im Generalgouvernement nicht mehr anwesend seien; lediglich konsularische Vertreter seien noch anwesend.

Anschließend erschien Landesbauernführer K ö r n e r mit Dr. S c h o l z (Volksdeutsche Mittelstelle) zum Vortrag.

Dr. S c h o l z führte aus:

In

Krakau, Donnerstag, 9. November 1939.
(Fortsetzung)

In das Generalgouvernement würden etwa 120 000 Wohlynier hereingebracht, die dort in Winterlagern untergebracht werden sollten. Endgültig sollten diese in Posen und Pommerellen angesiedelt werden. Es sei aber dort noch nichts vorbereitet. Die nach dem deutsch-russischen Vertrag in das Reich zu überführenden Deutschstämmigen (die wechselseitig mit den Ukrainern ausgetauscht werden sollten) würden auf russischem Gebiet listenmäßig erfaßt und geschlossen zur Grenze geschickt werden. Die Heimkehr der Volksdeutschen aus dem sowjetrussischen Gebiet sei einheitlich organisiert, sodaß sich schon hieraus ergebe, daß die bisher über die Grenze kommenden Menschen nur zum allergeringsten Teil Volksdeutsche seien. Daher bestünden keine Bedenken, die Grenzen nach Sowjetrußland mit sofortiger Wirkung zu sperren.

Herr Generalgouverneur erklärt:

Es sei ausgeschlossen, daß zurzeit Winterlager für die durch das Generalgouvernement hindurchzuführenden Volksdeutschen eingerichtet würden. Die Grenze nach Sowjetrußland werde mit sofortiger Wirkung gesperrt werden, da zahllose Juden und Polen unter mißbräuchlicher Auslegung von angeblichen Abkommen mit der Sowjetunion in das Generalgouvernement eindringen. Im übrigen sei der Vertrag mit der UDSSR. noch gar nicht unterzeichnet. Die an sich wünschenswerte Aussiedlung der Volksdeutschen der UdSSR.könne nur geschlossen und einheitlich organisiert werden,und es müsse dafür Sorge getragen werden, daß der Durchgang durch das Generalgouvernement unverzüglich und beschleunigt durchgeführt werde. Auch die militärischen Dienststellen müßten von der Grenzsperre unterrichtet werden. Für die Ausstattung der Volksdeutschen mit ordnungsmäßigen Ausweisen müsse Sorge getragen werden, damit ein weiteres Eindringen unerwünschter Elemente verhindert werden könne.

Herr

Krakau, Donnerstag, den 9.November 39.
(Fortsetzung)

Herr Generalgouverneur empfängt Oberleutnant R o ß - b a c h zum Vortrag über Abwehrangelegenheiten.

18 Uhr.

Herr Generalgouverneur hielt Besprechungen mit SA-Obergruppenführer von P f e f f e r (Volkstumsfragen), Reichsminister S e y ß - I n q u a r t (Bericht über seine Besprechungen wegen der Grenzregelung in Berlin), Reichsamtsleiter Dr. d u P r e l (Pressefragen) und Ministerialrat Dr. B ü h l e r (laufende Angelegenheiten des Amtes).

Krakau, Freitag, den 10. November 1939.

9[30] Uhr.

Herr Generalgouverneur empfing die vier Führer der Volksdeutschen, die beim Einzug in die Burg mit Spalier gebildet hatten.

Herr Generalgouverneur besprach mit ᛋᛋ=Obergruppenführer K r ü g e r die Frage des Einsatzes der Volksdeutschen als Hilfspolizisten und die Einrichtung der Verpflegungslager für Volksdeutsche, wobei er betonte, daß insbesondere sanitäre Vorbereitungen in umfassender Weise getroffen werden müßten. Über die Betreuungszuständigkeiten für die Volksdeutschen müsse von vornherein restlose Klarheit geschaffen werden: Für die Erfassung der Volksdeutschen und ihren Transport bis zur Grenze sei die Volksdeutsche Mittelstelle zuständig, vom Grenzübergang bis zu den Lagern die Ordnungspolizei, für die Organisation in den Lagern die Volksdeutsche Mittelstelle; Einwandererzentrale sei die Sicherheitspolizei,

Herr Generalgouverneur empfing den Distriktschef Dr. W ä c h t e r , der das Ankleben von Hetzplakaten zum 11. November (polnischer Freiheitstag) in einigen Gegenden meldete.

Herr Generalgouverneur ordnete an, daß in jedem Haus, in dem ein Plakat angehängt bleibt, ein männlicher Einwohner erschossen wird.

Diese Anordnung wird durch den Polizeichef durchgeführt.

Ferner ordnete Herr Generalgouverneur an, daß Festgottesdienste aus Anlaß des 11. November selbstverständlich verboten bleiben. Distriktschef Dr. W ä c h t e r teilte mit, daß in Krakau 120 Geiseln vorsorglich festgenommen worden sind und daß ihm ᛋᛋ=Gruppenführer Z e c h gemeldet habe, daß in Krakau für den 11. November eine Demonstration junger Mädchen in Aussicht genommen sei.

ᛋᛋ=Obergruppenführer

Krakau, Freitag, den 10.November 39.
(Fortsetzung)

SS=Obergruppenführer K r ü g e r erklärte, daß in allen Städten, insbesondere in Krakau für den 11. November besondere Vorsorgemaßnahmen ergriffen worden sind.

SS=Obergruppenführer K r ü g e r berichtete über eine Mitteilung des Generals D a l u e g e, daß die für das Generalgouvernement zugesagten NSKK. Kompanien nach dem Westen kommen sollten.

Herr Generalgouverneur ordnet an, daß für die Bezeichnung Landeshauptmann die Bezeichnung Kreishauptmann eingeführt und jedem Distriktschef der Titel Gouverneur verliehen wird. Ferner soll eine Kennzeichnung der Juden (weiße Armbinde mit blauem Davidstern) eingeführt werden, die von allen Juden und Jüdinnen vom 12. Lebensjahr ab zu tragen sei. Jede Zuwiderhandlung müsse entsprechend bestraft werden.

Anschließend fand eine Besprechung mit General B o m b a r d t statt. (Vertreter des Generals Daluege).

Einleitend wies Herr Generalgouverneur darauf hin, daß eine Verantwortung für die Sicherung des Gebietes nicht mehr übernommen werden könne, wenn die polizeilichen Fragen weiter in der bisherigen Weise behandelt würden.

General B o m b a r d t erklärte:

Die Verstärkung der Polizeibattaillone werde noch in diesem Monat erfolgen. Aus Westpreußen, Posen und Kattowitz würden 1200 Polizisten zur Verfügung gestellt werden, wobei es sich aber durchweg um Volksdeutsche handele . Die Polizeibattaillone würden von einer Stärke von 105 Mann auf 131 Mann erhöht werden. Auch sei eine schwere Bewaffnung vorgesehen. Eine schwere Kompanie mit Panzerzug und Geschützzug sei ebenfalls in Aussicht genommen.

Generalmajor

Krakau, Freitag, den 10.November 1939.
(Fortsetzung)

Generalmajor B e c k e r erklärte hierzu, daß vor allem ein 13. Polizeibattaillon nötig sei. Die Zahl der Gendarmeriebeamten müsse stark vergrößert werden.

Bei der Besprechung von Grenzfragen wies Herr Generalgouverneur darauf hin, daß die Distriktschefs angewiesen seien, binnen 5 Tagen ihre Kreiseinteilungen vorzulegen hätten.

General B o m h a r d t führte aus:

Der Führer habe die neue Grenzeinteilung selbst vorgenommen. Der Staatssekretär S t u c k a r t habe die neue Grenzziehung bereits zur Verteilung gebracht. Das Ergebnis der Grenzziehungsbesprechung bei Staatssekretär S t u c k a r t sei folgendes: Die Nordgrenze solle eine Zollgrenze und eine politische Grenze sein, die durch den SD. gesichert werden solle. Die Südgrenze solle eine Grenze des Generalgouvernements und nur eine Zollgrenze sein. An der alten Reichsgrenze sei eine Grenzsicherung ebenfalls notwendig. Auch die Grenze zwischen dem Generalgouvernement und den Reichsgauen solle nur eine Zollgrenze sein. Herr Generalgouverneur erklärte, daß gerade die Reichsgrenze die wichtigste Grenze sei, da bei mangelnder Grenzsicherung gerade hier die Juden und Polen aus dem Generalgouvernement weglaufen würden.

Herr Generalgouverneur überreicht dem General B o m h a r d t die Urkunde betreffend seine Ernennung zum Generalmajor.

Herr Generalgouverneur empfing SA.Obergruppenführer von P f e f f e r und Reichsamtsleiter F r a u e n d o r f e r .

Herr Generalgouverneur führt aus, daß die Selbstverwaltung nach folgenden Grundsätzen geregelt werden solle: Die Bürgermeister sollen aus den Volksgruppen gewählt werden, die in dem dortigen Gebiet vorherrschen. Die Ernennung solle durch die Distriktschefs und in größeren Städten durch den Generalgouverneur erfolgen.

Der

Krakau, Freitag, den 10.November 1939.
(Fortsetzung)

Der Distriktschef habe über die großen Städte die Aufsicht zu führen. Jeder Akt eines Gemeindeorgans könne durch die Aufsichtsbehörde verhindert, aufgehoben oder abgeändert werden. Die Stadtkommissare müßten zugleich Stadtreferenten der Distriktschefs sein. Durch eine Verordnung müßten Ältestenräte der Juden eingerichtet werden, deren Aufgaben darin bestünden, die Befehle der deutschen Behörden an die Juden zu übermitteln und die Durchführung dieser Befehle sicherzustellen. Weisungen der Ältestenräte hätten die Juden auszuführen. Bei Nichtausführung solcher Weisungen durch die Juden müßten schärfste Strafen für die Ältestenräte vorgesehen werden.

Obergruppenführer von P f e f f e r bittet zu prüfen, ob nicht die Kreisstädte wie die Städte dem Landeshauptmann direkt unterstellt werden könnten. Herr Generalgouverneur erklärt hierzu: Der Landeshauptmann müsse ~~berechtigt sein,~~ in jedem Einzelfalle berechtigt ~~zu~~ sein, jede Anordnung aufzuheben, auch Zuständigkeiten der polnischen Bürgermeister (Starosten) vorübergehend oder dauernd auf sich zu übertragen. Er müsse in dringenden Einzelfällen auch unmittelbare Anweisungen geben können.

Herr Generalgouverneur besprach mit Reichsamtsleiter F r a u e n d o r f e r die Errichtung großer Auffang- und Lebensmittellager zur Aufnahme der aus dem Osten kommenden Volksdeutschen. Bei dem Lagerbau sollen in besonderem Maße polnische Arbeiter herangezogen werden.

Mit Obergruppenführer von P f e f f e r wurden grundsätzliche Fragen der gesamten Polenpolitik besprochen.

15 Uhr.

Herr Generalgouverneur besprach mit Reichsamtsleiter

Dr.

Krakau, Freitag, den 10.November 39.
(Fortsetzung)

Dr. d u P r e l führer J a n o w s k i Pressefragen und mit SS=Standarten- Fragen des Einsatzes der NSV. im Generalgouvernement.

J a n o w s k i , der zum Vertreter der NSV.im Amt des Generalgouverneurs bestellt wurde, berichtete, daß die Quäker bereit seien, zur Speisung der Polen einige 100 000 Dollar aufzuwenden.

Herr Generalgouverneur erklärte hierzu:

Die Quäker dürften nicht unmittelbar mit den Polen zusammenkommen, sondern nur über eine polnische bzw. jüdische Hilfsorganisation die Speisung vermitteln.

Winterlager zur Unterbringung von Volksdeutschen könnten auf keinen Fall in Frage kommen. Das Generalgouvernement könne lediglich für eine Durchschleusung der Volksdeutschen sorgen.

SS=Standartenführer J a n o w s k i erhielt den Auftrag, diesen Standpunkt in Berlin bei SS=Obergruppenführer L o r e n z zu vertreten und die Gründung einer polnischen Winterhilfsorganisation zu veranlassen.

J a n o w s k i schätzt seinen Finanzbedarf auf monatlich 1000 000 Zloty.

Herr Generalgaouverneur sichert J a n o w s k i seine volle Unterstützung zu und bittet ihn, sich mit der Finanzabteilung wegen der Zuteilung des Geldbedarfs in Verbindung zu setzen.

Ministerialrat Dr. B ü h l e r berichtet, daß seit drei Tagen die Grenzen festgelegt seien, sowie über laufende Angelegenheiten des Amtes.

Herr Generalgouverneur empfängt Geheimrat Z e t z s c h e der zur Bearbeitung der Wirtschaftsfragen bestellt wird.

Ihm

Krakau, Freitag, den 10.November 39.
(Fortsetzung)

Ihm wird die Führung der gesamten Wirtschaftspolitik im Generalgouvernement übertragen.

H=Standartenführer F e g e l e i n berichtet, daß am 11. November die Einsatzkommandos in Marsch gesetzt würden (1 Batterie, 1 Schwadron).

Gesandter von W ü l i s c h erhält den Auftrag, die Fragen betreffend die ukrainische Volksgruppe mit dem Auswärtigen Amt in Berlin zu besprechen.

Herr Generalgouverneur empfängt Staatssekretär K l e i n m a n n , der sich mit der von Herrn Generalgouverneur geplanten Regelung des Eisenbahnwesens im Generalgouvernement einverstanden erklärt.

Insbesondere soll für die deutsche Ostbahn ein besonderer Haushalt geführt werden. Anschließend wurde noch eine Anzahl Fragen besprochen.

Landesbauernführer K ö r n e r legt Herrn Generalgouverneur sein Ernährungsprogramm vor und erhält den Auftrag, wegen der Lieferung von 5 000 t Getreide wöchentlich mit dem Ernährungsministerium zu verhandeln. Der Preisunterschied zwischen dem deutschen und polnischen Getreide werde aus Etatmitteln des Generalgouvernements gedeckt werden.

Krakau, Sonnabend, 11. November 1939.

Herr Generalgouverneur empfing Ministerialrat Dr. B ü h l e r , ᛋᛋ=Obergruppenführer K r ü g e r , ᛋᛋ=Obergruppenführer H i n t z e zum Vortrag und anschließend Finanzpräsidenten S p i n d l e r , Ministerialrat B u r m e i s t e r und Oberregierungsrat D a h l g r ü n zur Besprechung von Finanz- und Zollfragen.

Mit Reichsamtsleiter Dr. d u P r e l wurden dann Angelegenheiten des Verlagsamts besprochen.

18 Uhr.

Herr Generalgouverneur besucht die Bergakademie und besichtigt die einzelnen Räume.

In der Bergakademie fand eine Besprechung statt mit Reichsminister S e y ß - I n q u a r t , Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r , General H i l b e r t , Gouverneur W ä c h t e r und Reichsamtsleiter Dr. d u P r e l .

Zakopane, Sonntag, 12. November 39.

Herr Generalgouverneur besucht mit den Herren seiner engeren Umgebung den Kurort Zakopane. Dort begrüßte ihn eine Abordnung des Bergvolkes der Goralen und versicherte ihm die Treue dieses Volksstammes zum Deutschen Reich.

Es wurden Fahrten auf die höheren Berge der Umgebung unternommen.

Krakau, Montag, 13. November 1939.

9^{30} Uhr.

Besprechung mit Reichsminister S e y ß - I n q u a r t, Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r stellt Ministerialdirektor Dr. L a u e n s t e i n vor.

Herr Generalgouverneur empfängt Dr. D i t t m a r (Reichserziehungsministerium), der mitteilt, daß er mit der Sicherstellung volkskundlich wertvollen Materials zu Forschungszwecken beauftragt sei.

Er wurde an den Amtschef Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r verwiesen.

10^{30} Uhr.

Herr Generalgouverneur empfängt den Postpräsidenten Dr. L a u x m a n n , der über Postfragen, insbesondere über die Einrichtung des privaten Postverkehrs und der Postkontrolle berichtete.

Ein allgemeiner Fernbriefverkehr ist bereits zugelassen, desgleichen Geldüberweisungen bis 2000 Zloty.

Gouverneur S c h m i d t , Lublin, erhielt fernmündlich die Weisung, die Grenzsperre sorgfältigst durchzuführen und die Namen der einzelnen Kreisstätte in seinem Distrikt bekanntzugeben.

Herr Gouverneur Dr. L a s c h erhielt fernmündlich den Auftrag, die Kreiseinteilung seines Distrikts sofort bekanntzugeben.

11^{30} Uhr.

Herr Generalgouverneur empfing Reichsminister S e y ß - I n q u a r t , ᛋᛋ=Obergruppenführer K r ü g e r , ᛋᛋ=Brigadeführer S t r e c k e n b a c h , Generalmajor B e c k e r und Finanzpräsident S e n k o w s k i .

ᛋᛋ=Brigadeführer S t r e c k e n b a c h berichtete, daß an Polizeibeamten ihm noch zugeteilt worden seien:

Krakau, Montag, 13. November 1939.
(Fortsetzung)

1400 Mann für das Gebiet und 1 000 Mann für die Grenzsicherung.

Reichsminister S e y ß - I n q u a r t berichtete über die Grenzziehung:

Der Führer habe sich die endgültige Entscheidung vorbehalten. Das Reichsinnenministerium habe daher nur eine vorläufige Verwaltungsgrenze festgelegt. Hinsichtlich Lodsch sei der Generalfeldmarschall, das OKW. und das Reichsinnenministerium für die Einbeziehung in das Generalgouvernement gewesen; dagegen habe sich der ᛋᛋ=Obergruppenführer L o r e n z ausgesprochen.

Herr Generalgouverneur führte aus:

Es sei notwendig, daß alle bisher erteilten Einreiseausweise aufgehoben würden; für die Einreise ins Generalgouvernement müsse ein neuer von der Paßstelle beim Bevollmächtigten in Berlin ausgestellter Ausweis erforderlich sein. Die Grenzsicherung an der Ostgrenze durch den SD. gehe auf einen besonderen Wunsch des Reichsführers ᛋᛋ zurück, da gerade an der Ostgrenze eine besonders sichere polizeiliche Überwachung notwendig sei.

NSKK. Obergruppenführer H ö f le berichtet, daß die Anforderungen der NSKK.-Kompanien bis heute im Innenministerium noch unbeantwortet liegen. Die 10 NSKK. Kompanien ständen entgegen den Angaben des Innenministeriums abrufbereit.

Herr Generalgouverneur erreichte durch eine fernmündliche Rücksprache mit General D a l u e g e die Zusicherung, daß die 10 Kompanien dem Generalgouvernement zur Verfügung gestellt würden.

15 Uhr.

Herr Generalgouverneur empfing in Gegenwart von Reichsminister

Krakau, Montag, den 13. November 1939.
(Fortsetzung)

minister S e y ß - I n q u a r t Reichsamtsleiter Dr. d u P r e l , Ministerialrat D ü r r und die Herren der Schriftleitung der Krakauer und Warschauer Zeitung.

Herr Generalgouverneur sprach den einzelnen Herren seinen Dank aus, und sprach zu ihnen über die Lage im Generalgouvernement.

16 Uhr.

Herr Generalgouverneur empfing Geheimrat Z e t z s c h e und Ministerialrat P l o d e c k .

Geheimrat Z e t z s c h e berichtete über Fragen der Preisbildung und Preisregelung. Herr Generalgouverneur gab Geheimrat Z e t z s c h e allgemeine Richtlinien über die einzuschlagende Richtung der Wirtschaftspolitik und betonte, daß immer wieder ausschließlich das Interesse des Reiches an erster Stelle stehen müsse.

Krakau, 13. November 1939
14. November 1939

Herr Generalgouverneur fuhr am 13. November 22 Uhr mit den Herren seiner engeren Umgebung mit einem Sonderzug der Ostbahn über Tarnow, Debica, Rzeszow, Jaroslau nach Przmysl.

Dort wurden am 14. November von einer Anhöhe das Grenzgebiet von Przmysl und anschließend die Grenzbrücken besichtigt.

Im Sonderzug fand eine Besprechung mit dem Vorsitzenden der deutschen Grenzsicherungskommission Legationsrat Grafen H o h e n t a l statt.

Während der Fahrt fanden eingehende Besprechungen über die Wirtschaftslage des Gebietes statt.

Krakau, Mittwoch, 15. November 1939.

9[30] Uhr.

Herr Generalgouverneur empfing Reichsminister S e y ß - I n q u a r t , ᛋᛋ=Obergruppenführer K r ü g e r , Generalmajor B e c k e r , Oberstleutnant S p a l k e (Verbindungsstab Rußland), Major Dr. H o f f m a n n , Major von T s c h a m m e r und O s t e n .

Herr Generalgouverneur unterrichtete die Anwesenden über den Stand der Flüchtlingsfragen im Generalgouvernement.

Von den bisher über die Ostgrenze hereinkommenden Menschen sei nur ein ganz geringer Prozentsatz deutscher Abstammung. So seien von etwa 80 000 Flüchtlingen nur 500 Volksdeutsche gewesen. Da die Umsiedlungsaktion für die Volksdeutschen erst später in geordneten und genau geregelten Bahnen sich vollziehen werde, bleibe die Grenze gesperrt. Er sei jedoch bei ordentlicher Garantie dafür, daß die Flüchtlinge deutscher Abstammung seien, jederzeit bereit, die Grenzen für Volksdeutsche zu öffnen. Es sei dringend notwendig, daß die Russen in ihre Grenzgebiete hohe Sowjetemissäre schicken, die die Macht haben, sich bei den örtlichen Instanzen durchzusetzen. Es dürfe nicht so weiter gehen, daß wir 26000 Menschen übernehmen und ~~sie~~ nur 3000 über die Grenze hinüberschieben können. Auf jeden Fall dürften nur immer diejenigen zu uns herüber gelassen werden, die drüben bereits als Deutsche ausgewiesen werden können. Gesandter von W ü l i s c h vertrat ebenfalls die Meinung, daß die Grenze gesperrtbleiben müsse, da die Russen die Unterzeichnung des Austauschabkommens hinauszuschieben versuchen.

Herr Generalgouverneur empfing Generalleutnant von B a r c k h a u s e n (Wehrwirtschaftsstelle).

Herr Generalgouverneur weist auf die großen Schwierig-

keiten

Krakau, Mittwoch, 15. November 1939.
(Fortsetzung)

keiten hin, die sich der Lösung der Aufgaben im Generalgouvernement entgegenstellen und betont, daß zur Erfüllung dieser ungeheuren geschichtlichen Aufgabe die Zusammenarbeit aller Dienststellen unbedingt erforderlich sei. Alle rein militärischen Angelegenheiten sollten von den Militärdienststellen bearbeitet werden, jedoch müsse der Generalgouverneur von allen wichtigen Entscheidungen unterrichtet werden. Alle nicht rein militärischen Angelegenheiten müßten dagegen ausschließlich der Entscheidung der Verwaltungsdienststellen des Generalgouverneurs vorbehalten bleiben.

Generalleutnant von B a r c k h a u s e n entwickelt seine Pläne dahin:

Alle Rüstungs- und überhaupt alle wehrwirtschaftlichen Betriebe im Generalgouvernement sollten grundsätzlich an Ort und Stelle arbeiten bzw. wieder in Gang gebracht werden. Jedoch sollten auch dort tadellose Betriebe, die wirtschaftlich von besonderer Bedeutung sind, wieder in Betrieb gesetzt oder gehalten werden. er wolle selbstverständlich seine ganzen Maßnahmen nur im Einvernehmen mit dem Generalgouverneur treffen und sei selbstverständlich bereit, mit Geheimrat Z e t z s c h e in engster Fühlungnahme zu arbeiten.

Herr Generalgouverneur stellt fest, daß im gesamten Gebiet des Generalgouvernements ausschließlich die Dienststelle des Generalleutnants von B a r c k h a u s e n zu entscheiden habe, und bittet ihn, wegen der Finanzierung der Arbeiten sich mit dem Finanzpräsidenten S p i n d l e r in Verbindung zu setzen. In einer eingehenden Aussprache über wichtige Fragen der Rohstoffversorgung und Ernährung sicherte Herr Generalgouverneur zu, daß an Generalleutnant von B a r c k h a u s e n eine gerelle Berechtigung gegeben werde, wonach

die

Krakau, Mittwoch, 15. November 1939.
(Fortsetzung)

die Ein- und Ausfuhr militärischer Güter geregelt werde und von dem Ausfuhrverbot ausgenommen werde. Es herrschte Einigkeit darüber, daß die Verhinderung der wilden Ein- und Ausfuhr im allgemeinen Interesse liege. Die wilde Ausbeutung sei gefährlich und würde in kurzer Zeit völlige Verwüstung des Landes herbeiführen.

Generalleutnant von B a r c k h a u s e n gab die Versicherung ab, daß er ohne jede formale Einstellung in engster Zusammenarbeit mit dem Generalgouverneur und seinen Dienststellen arbeiten werde.

Herr Generalgouverneur empfing Ministerialrat W i l l e zu einer Besprechung über Fragen des Registerrechts und der Einrichtung der Sondergerichte.

Herr Generalgouverneur empfing Staatssekretär K r o h n.

Dieser erklärte, das Arbeitsministerium habe ein besonderes Interesse daran, daß freiwillige Landarbeiter zur Arbeit herangezogen würden.

Wer sich freiwillig melde, solle ein Handgeld erhalten.

Auf diese Weise werde eine weiter-gehende Unterstützung vermieden.

Der Chef der Technischen Nothilfe im Generalgouvernement, Landesführer H e r r m a n n , berichtete über seine Aufgabe, die in der Bergung von Werten und im Brückenbau bestünde. Er erklärte sich imstande, Bautrupps usw. zur Verfügung zu stellen.

Herr Generalgouverneur empfahl ihm, sich mit Generalleutnant von B a r c k h a u s e n in Verbindung zu setzen.

Besprechung

Krakau, Mittwoch, 15.November 1939.
(Fortsetzung)

Besprechung mit Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r über laufende Angelegenheiten des Amtes.

Herr Generalgouverneur empfing den Präsidenten K r i e g l e r zur Besprechung über Rundfunkfragen.

Dr. K r i e g l e r weist sich als Beauftragter des Herrn Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda für alle Fragen des Rundfunks aus, und erklärte:

Er unterstehe in dieser Eigenschaft dem Abteilungsleiter im Amt des Generalgouverneurs Dr. d u P r e l . Er werde in den nächsten Tagen eine vorschlagsmäßige Aufstellung über die Kosten vorlegen, die durch eine Aufnahme der Rundfunksender Warschau und Krakau im eigenen Generalgouvernements-Radiobetrieb sowie durch den notwendigen technischen Ausbau der Jagellonischen Bibliothek in Krakau für die Zwecke des Rundfunks entstehen würden. Mit der Postverwaltung im Generalgouvernement bestünden keine Schwierigkeiten. Die Post habe bereits die technischen Rundfunkanlagen besetzt; dies sei jedoch ihr gutes Recht. Der Vorteil einer Vereinigung der Sender Warschau - Krakau, die von Krakau aus unter Verwendung des eigenen polnischen Radiokabels betrieben werden könnten, liege in einer das deutsche Rundfunkleben zweifellos bereichernden Gestaltung des eigenwertigen Programms des Generalgouvernements mit eigenem Nachrichtendienst. Er schätze die notwendigen Aufwendungen für Aus- und Umbau der Anlagen auf 600000 Zloty. Den Jahresbetrag für die Sendungen auf etwa 4 bis 600 000 Zloty.

In einer fernmündlichen Unterredung mit Ministerialdirigenten M a r o t z k e (Preußisches Staatsministerium Berlin) führte Herr Generalgouverneur aus:

Auch

· Krakau, Mittwoch, 15. November 1939.
(Fortsetzung)

Auch die Treuhandstelle Ost müsse, soweit sie das Generalgouvernement betreffe, ein Teil des Amtes des Generalgouverneurs sein, da jede andere Regelung der Weisung des Führers wiedersprechen würde. Die Treuhandstellen könnten deshalb nur von dem Amtsleiter für Wirtschaft im Amt des Generalgouverneurs übernommen werden, da der Generalgouverneur die einzigste Reichsinstanz im Generalgouvernement nach dem ausdrücklichen Willen des Führers sei. Die veröffentlichte Anordnung des Generalfeldmarschalls über die Treuhandstelle Ost nehme hierauf keine Rücksicht. Die Bergung der gesamten Werte im Generalgouvernement könne nur dann gewährleistet werden, wenn die Treuhandstelle dem Amt für Wirtschaft angegliedert sei. Der Generalgouverneur werde die Treuhandgeschäfte selbständig führen und dem Generalfeldmarschall fortlaufend berichten. Eine Unterstellung unter Bürgermeister W i n k l e r könne unter keinen Umständen in Frage kommen, da der Generalgouverneur ausschließlich dem Führer und dem Generalfeldmarschall unterstehe.

Ministerialdirigent M a r o t z k e erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Anschließend empfing Herr Generalgouverneur Reichsminister S e y ß - I n q u a r t , Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r , SA-Obergruppenführer von P f e f f e r , Reichshauptamtsleiter Dr. F r a u e n d o r f e r über laufende Angelegenheiten.

Krakau, Donnerstag, den 16.November 39.

10 Uhr.

Herr Generalgouverneur empfing Gesandten von W ü l i s c h und Legetationssekretär K ö h n e , anschließend in Gegenwart des Gesandten von W ü l i s c h den Vertreter des Internationalen Kommiteés des Roten Kreuzes, den Schweizer J u n o d , der seinen Auftrag für das Generalgouvernement folgendermaßen beschrieb:

Zusammenfassung aller neutralen Bestrebungen betreffend Hilfeleistungen für die im Polenfeldzug Verwundeten und Einrichtung einer zentralen Stelle für die Sammlung von Nachrichten über Kriegsgefangene in Polen.

Herr Generalgouverneur bittet Gesandten von W ü l i sch, sich dieser Sache anzunehmen, aber auch dafür Sorge zu tragen, daß ein Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes eingeschaltet wird und daß jede Möglichkeit eines Eindringens feindlicher Propaganda verhindert wird.

12 Uhr.

Herr Generalgouverneur empfing Geheimrat Z e t z s c he Finanzpräsidenten S p i n d l e r und S e n k o w s k i und Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h zu einer Besprechung der Verordnung über Steuerrecht und Steuerverwaltung sowie über Einrichtung der Finanzinspektöre.

Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß baldmöglichst eine allgemeine Geschäftsordnung fertiggestellt werde, in der vor allem die Frage der Zusammenarbeit und der Mitzeichnung der einzelnen Abteilungen des Amtes geregelt werden.

Finanzpräsident S e n k o w s k i erklärte, mit Wirkung vom 1. Dezember müsse auch im Generalgouvernement auf alkoholische Getränke und Rauchware ein Kriegszuschlag von 20% wie im Reich eingeführt werden.

Herr Generalgouverneur empfing Bürgermeister W i n k l e r zu einer eingehenden Aussprache, zu der dann auch der Geheimrat Z e t z s c h e und die Finanzpräsidenten S p i n d l e r und S e n k o w s k i herangezogen wurden.

Krakau, Donnerstag, den 16. November 39.
(Fortsetzung)

22 Uhr.

Herr Generalgouverneur fährt mit dem Sonderzug der Ostbahn in das Erdölgebiet (Westgalizien).

Krakau, Freitag, den 17. November 39.

Vormittags kommt der Sonderzug in Zogorz an. Es wurde dort die Grenzbrücke über den San besichtigt.

In Sanok begrüßt eine urkainische Trachtengruppe Herrn Generalgouverneur und überreicht ihm Brot und Salz. Dr. K a r a n o w i t s c h , der Führer der Abordnung, dankt Herrn Generalgouverneur für die Befreiung des urkainischen Volksteils aus der polnischen Unterdrükkung.

Die Erdöl- und Erdgasquellen in Krosno und Jasko sowie eine Ölraffinerie in Jedlice wurde besichtigt. Unterwegs berichten Generalmajor N e u l i n g und Generalleutnant S t r e c c i u s über die militärische Lage in ihrem Befehlsbereich.

Abends fuhr der Sonderzug nach Krakau zurück.

Krakau, Sonnabend, den 18. November 39.

Ankunft des Sonderzuges in Krakau 9 Uhr vormittags.

Im Laufe des Vormittags fanden Besprechungen mit dem Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r statt.

17[30] Uhr.

Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Berlin zu Besprechungen, insbesondere zu einem Vortrag beim Führer.

Krakau, Mittwoch, den 22.November 39.
bis Donnerstag, den 23. November 39.

Vormittags Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs vom Schoberhof nach Krakau über Wien und Brünn.

Einladung des Herrn Generalgouverneurs durch Bürgermeister N e u b a c h e r in dem Wiener Ratskeller.

15 Uhr.

Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Krakau.

Krakau, Donnerstag, den 23. November 39
bis Donnerstag, den 30. November 39.

Am 23. November 22 Uhr fährt Herr Generalgouverneur mit seinem engeren Mitarbeiterstab im Sonderzug zu einer 7 tägigen Besichtigungsreise nach Kielce, Radom, Warschau, Lublin.

Am Abend des 23. fanden im Sonderzug eingehende Besprechungen statt.

Am 24. November wurde Herr Generalgouverneur nach der Ankunft in Kielce durch den Distriktschef von Radom Gouverneur Dr. L a s c h und General von K e i s e r begrüßt.

Es wurde eine Autofahrt in das Waldgebiet der Lysa Gora unternommen. Nach einer Kranzniederlegung an deutschen Heldengräbern wurde ein Waldbestand und ein großes Rüstungsindustriewerk in Starachovice besichtigt.

Gegen Abend wurde ein feierlicher Empfang in Radom durch Gouverneur Dr. L a s c h veranstaltet.

Am 25. November wurde das Gut Woznicki (300 ha), eine Lederfabrik und ein Tabak-Monopolbetrieb besichtigt.

Nachmittags fand eine Arbeitsbesprechung mit den Kreishauptmännern und Stadtkommissaren statt.

Am 26. November erfolgt der Einzug des Generalgouverneurs in Warschau. Im Palais Brühl wurde er durch den Distriktchef von Warschau, Gouverneur Dr. F i s c h e r , begrüßt. Herr Generalgouverneur legte auf dem Friedhof Powacki einen Kranz für die Gefallenen und ermordeten Volksdeutschen nieder.

Nachmittags fand eine Arbeitssitzung im Palais Brühl statt, in der Herr Generalgouverneur grundsätzliche Richtlinien für den politischen und verwaltungsmäßigen Einsatz im Generalgouvernement gab.

Am 27. November eröffnet Herr Generalgouverneur in

einer

Krakau ,Donnerstag, den 23.November 39
bis Donnerstag, den 30.November 39.
(Fortsetzung)

einer denkwürdigen Kundgebung die deutsche Volksschule in Warschau (früher: Batory Gymnasium). Im Hof des ehemaligen polnischen Sejm (heute: Polizeiunterkunft) sprach Herr Generalgouverneur vor dem Polizeiregiment Warschau. Nachmittags fand eine Fahrt zu der Pulverfabrik Palmiri mit dem großen Sprengtrichter (Durchmesser 40 m) statt. Um 23 Uhr erfolgt die Abfahrt mit dem Sonderzug nach Lublin.

Am 28. November kam der Sonderzug in Lublin an. Nach der Begrüßung durch Gouverneur S c h m i d t fand in dem Soldatenheim Uliza Spitalna eine Kundgebung statt, auf der Stadtpräsident Dr. C u h o r s t , General F l u g b e i n und Gouverneur S c h m i d t sprachen. Nach einem Besuch im Flüchtlingsheim wurde eine Arbeitsbesprechung mit den Abteilungsleitern und Kreishauptmännern des Distrikts Lublin abgehalten.

Am 29. November traf der Sonderzug in Zamosc ein. Dort begrüßte im Rathaus der Bezirkshauptmann W e i h e n m e i e r und der Führer der Volksdeutschen im Cholmer Land L i n d n e r Herrn Generalgouverneur.

Anschließend wurde Chelm mit der Verwaltungsburg und einer großen Sägefabrik besucht. Dort wurde Herr Generalgouverneur mit Generalleutnant B ü c k s und Stadthauptmann K a l m u s begrüßt. Nach einem kameradschaftlichen Beisammensein im Kasino in Chelm wurde um 18 Uhr die Rückfahrt nach Krakau über Lublin, Warschau, Tschenstochau angetreten.

Am 30. November gegen 15 Uhr traf der Sonderzug in Krakau ein. Herr Generalgouverneur nahm um 16 Uhr die Meldung der im Burghof angetretenen SS=Reiter entgegen.

Krakau, Freitag, den 1. Dezember 1939.

Herr Generalgouverneur empfing vormittags Reichsminister S e y ß - I n q u a r t , Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r , Reichsamtsleiter Dr. d u P r e l und Gesandten von W ü l i s c h zur Besprechung über laufende Angelegenheiten.

Landesbauernführer K ö r n e r berichtete über landwirtschaftliche Fragen:

Er halte die Einführung eines Zuckermonopols für nicht zweckmäßig. Alle Großgüter über 100 ha sollten beschlagnahmt werden. Für die Einsetzung der Treuhänder habe er bereits 400 Männer an der Hand, die bei den Großgütern eingesetzt werden können. Es müsse auch Vorsorge getroffen werden, daß nichtordnungsmäßig bewirtschaftete Güter sowie die Güter von Juden und die Güter mit besonders wichtigen Nebenbetrieben (Zuckerfabriken, Mühlen usw.) enteignet werden könnten. Das landwirtschaftliche Forschungsinsitut solle bestehen bleiben und ausgebaut werden. Dort sollten Polen unter deutscher Aufsicht zur Arbeit herangezogen werden. Es müßten Maßnahmen gegen die allzu große Verschleppung von Lebensmitteln auf dem Wege der Feldpost getroffen werden. In Berlin würden täglich 10 000 Feldpostpäckchen und in Breslau 10 000 Feldpostsäcke eingehen. Die Wehrmacht habe sich bei den Pferdemusterungen mit der Abteilung Landwirtschaft nicht in Verbindung gesetzt; auch könnten die Eingriffe in die Viehbestände nicht mehr in dem bisherigen Umfang weitergehen. In der Landwirtschaft müßten die technischen Fortschritte zur Steigerung der Erzeugung ausgenützt werden, insbesondere müßten auch bei landwirtschaftlichen Maschinen Einheitstypen geschaffen werden; er werde ein Typenvereinfacherungsprogramm vorlegen. Hinsichtlich der landwirtschaftlichen Preise müsse völlige Klarheit darüber geschaffen werden, daß die landwirtschaftliche Preisregelung federführend nur

von

Krakau, Freitag, 1. Dezember 1939.
(Fortsetzung)

von der Abteilung Landwirtschaft im Interesse einer einheitlichen Marktordnung getroffen werden können.

Herr Generalgouverneur erklärt, im Generalgouvernement würden die landwirtschaftlichen Preise nicht vom Preiskommissar, sondern ausschließlich von der landwirtschaftlichen Abteilung bestimmt werden. Bei allen Zweifelsfragen insbesondere auch in der Frage des Zuckermonopols müsse er verlangen, daß alle beteiligten Abteilungen derartige Fragen gemeinsam besprechen und unter sich eine Einigung herbeiführen. Die Feldpostsendung von Lebensmitteln müsse unterbunden werden, da die geregelte Lebensmittelversorgung in der Heimat sonst in Unordnung geraten würde. Es werde sich als zweckmäßig herausstellen, daß sich die Abteilung Landwirtschaft zusammen mit den anderen wirtschaftlichen Abteilungen im Generalgouvernement zu einer gesamtwirtschaftspolitischen Arbeitsgemeinschaft zusammenfindet.

Herr Generalgouverneur empfing Generalleutnant von B a r c k h a u s e n , den Leiter der Rüstungsinspektion Ost.

Dieser sichert die Vorlage eines eingehenden Berichts über die Rüstungsindustrie im Generalgouvernement zu und erklärt:

Alle Aufträge, zur Ingangsetzung oder zum Abbruch von Industriewerken, das habe er in Berlin durchgesetzt, gingen in Zukunft nur durch seine Hand.

Maschinen in arbeitsfähigen Betrieben sollten an Ort und Stelle weiter verwendet werden. Maschinen in beschädigten Betrieben sollten entweder im Generalgouvernement verwertet oder, wenn dies nicht möglich sei, in das Reich überführt werden.

Herr Generalgouverneur sichert zu, daß alles das, was der Wehrmacht in Polen gehört habe, nunmehr der deutschen Wehrmacht zufallen solle, dies gelte insbesondere

auch

Krakau, Freitag, 1. Dezember 1939.
(Fortsetzung)

auch für die staatlichen Rüstungsbetriebe.

Zur Frage des Werkschutzes, namentlich in den Rüstungsbetrieben wies Generalleutnant von B a r c k h a u s e n darauf hin, daß er sich wegen des gerade im Generalgouvernement besonders notwendigen Werkschutzes bereits an ℍ=Obergruppenführer K r ü g e r gewandt habe. Dieser habe ihm jedoch keine Leute zur Verfügung stellen können, da Volksdeutsche als Selbstschutzleute noch zu unverlässig seien. Auch General D a l u e g e sei nicht in der Lage gewesen, ihm Selbstschutzleute - es seien mindestens 1200 erforderlich - zur Verfügung zu stellen.

Herr Generalgouverneur richtete an Generalfeldmarschall G ö r i n g ein Fernschreiben, in dem er um die Übersendung der erforderlichen Werkschutzmänner bat.

Herr Generalgouverneur empfing den Präsidenten L a u x m a n n , der die Entwürfe für die neuen Briefmarken im Generalgouvernement vorlegte. Er führte aus:

> Der zugelassene offne Briefverkehr der Polen habe einen außerordentlichen Umfang angenommen, da die Polen zwei Monate lang keine Briefe mehr hätten schreiben können. Von den früher in Betrieb gewesenen 1200 Postanstalten seien bisher 500 wieder in Tätigkeit. Telefon und Telegraph dürften von Polen keinesfalls betrieben werden.

Herr Generalgouverneur empfing den Distriktschef von Lublin, Gouverneur S c h m i d t , zur Besprechung von Umsiedlungsfragen und anschließend General U l e x und Gesandten von W ü l i s c h , die zum Mittagessen eingeladen wurden.

15[45] Uhr.

Herr Generalgouverneur empfing den ~~Landrat~~ Min.R. W i l l e mit Oberregierungsrat G a n s z e r .

> Ministerialrat W i l l e berichtete über Justizangelegenheiten und über die Frage, wem das Gnadenrecht

bei

Krakau, Freitag, den 1. Dezember 1939.
(Fortsetzung)

bei Urteilen der Wehrmachtgerichte zustehe.

Herr Generalgouverneur erklärt hierzu:

Er behalte sich auch die Überprüfung der Vollstreckung der Urteile der Wehrmachtgerichte vor. Es müsse aber auf jeden Fall die Möglichkeit einer Überprüfung der Kriegsgerichtsurteile geschaffen werden. Unmöglich sei, daß solche Strafen in polnischen Gefängnissen zusammen mit polnischen Gefangenen vollstreckt würden. Die Möglichkeit einer Überprüfung kriegsgerichtlicher Urteile erfolge daraus, daßer in seiner Eigenschaft als Generalgouverneur als unmittelbarer Vertreter des Führers in diesem Gebiet gelte. Auch bei der ordentlichen Strafvollstreckung gehe es nicht an, daß Deutsche zusammen mit Polen und Juden in einem Gefängnis zur Vollstreckung gebracht werden. Es sei wünschenswert, daß die Sondergerichte aus erzieherischen Gründen geeignete Nachrichten an die Presse geben. Die Beamtendisziplinarsachen sollten ebenfalls in der Justizabteilung des Generalgouvernements entschieden werden.

Ministerialrat W i l l e sicherte zu, daß die Frage der Trennung der Deutschen von Polen und Juden im Strafvollzug sofort geprüft werde. Ein hoher Strafanstaltsbeamter aus dem Reich werde wenigstens vorübergehend zur Verfügung gestellt werden. Sondergerichte seien bisher in Krakau, Warschau, Lublin, Radom und Kielce eingerichtet. Hinsichtlich freiwilliger Gerichtsbarkeit, (Notariat und Rechtsanwaltschaft) würden sofort die einschlägigen Fragen werden in der Abteilung Justiz geprüft werden. Ebenso werde die Frage, ob nicht den Kreishauptleuten die Befugnisse der Standesbeamten erteilt werden können, einer Prüfung unterzogen.

Herr Generalgouverneur empfing den SS=Sturmbannführer

Krakau, Freitag, den 1. Dezember 1939.
(Fortsetzung)

E g g e r s d o r f , den SD.-Führer des Generalgouvernements.

Dieser führte aus, er sei als Leiter des Sicherheitsdienstes dem SS-Brigadeführer S t r e c k e n b a c h, dem Leiter der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes im Generalgouvernement unterstellt.

Herr Generalgouverneur unterrichtete E g g e r s d o r f über die im Generalgouvernement zu leistenden Aufgaben.

Herr Generalgouverneur empfing Finanzpräsidenten S e n k o w s k i und den Kommandanten des Grenzschutzes H o s z f e l d , dem der gesamte Grenzschutz des Generalgouvernements untersteht.

H o s z f e l d berichtete über die Lage an der Grenze. Der Grenzschutz sei bereits aufgebaut. An der ungarischen Grenze habe eine Verstärkung des Grenzschutzes sich als notwendig erwiesen. Die Polen, die von Ungarn kämen, und die Polen, die aus dem Generalgouvernement entweichen wollten, würden gefangen gesetzt. Es sei auch schon stellenweise zu Gefechten gekommen. Die Unterbringung der Männer des Grenzschutzes sei durchweg ordentlich. Eine große Sorge bereite jedoch die Verpflegungsfrage. Der Grenzverkehr nach der Slowakei sei durch ein Abkommen zwischen Berlin und den slowakischen Stellen in Preßburg sehf erschwert (Paß mit Sichtvermerk in Preßburg). Es müßten gewisse Ausnahmen durch die Einrichtung eines kleinen Grenzverkehrs erreicht werden. Die Slowakei sei bereits stark ausverkauft. Die Zollgrenze stehe mit allen Einrichtungen dem Generalgouvernement kostenlos zur Verfügung. Es sei wünschenswert, auch zollstrafrechtliche Vorschriften einzuführen. Außerdem müsse baldmöglichst festgestellt werden, was die Juden, die nach Rußland, Ungarn oder der Slowakei über

die

Krakau, Freitag, den 1. Dezember 1939.
(Fortsetzung)

die Grenze gehen, mitnehmen dürften.

Herr Generalgouverneur empfing Reichsamtsleiter S c h i c k e d a n z , den Vertreter des Reichsministers Dr. L a m m e r s , und sicherte ihm die Einrichtung einer eigenen Abteilung für reichswichtige Angelegenheiten im Amt des Generalgouverneurs zu.

Reichsamtsleiter S c h i c k e d a n z wurde darauf hingewiesen, daß unter den einzelnen Abteilungen des Amtes kein Vorrang eingerichtet werden könne, jedoch würden demnächst die einzelnen Abteilungen zu Arbeitsgemeinschaften zusammengefaßt. S c h i c k e d a n z werde insbesondere über die Regelung der Planstellungen der Beamten und über die Kirchenfrage besonders unterrichtet werden.

Herr Generalgouverneur empfing Reichsamtsleiter O p d e n h o f f , den Vertreter des Stellvertreters des Führers, und unterrichtete ihn über den Aufgabenbereich des Generalgouvernements und seine Stellung zu den einzelnen Reichsdienststellen. O p d e n h o f f werde als Verbindungsmann des Generalgouverneurs zum Stellvertreter des Führers eine eigene Abteilung im Amte des Generalgouverneurs erhalten.

Es sei wünschenswert, wenn sich O p d e n h o f f durch eine Reise durch das Generalgouvernement recht bald einen persönlichen Eindruck verschaffen würde. Herr Generalgouverneur wies noch darauf hin, daß Krakau zu einer deutschen Regierungszentrale ausgebaut werden solle,und daß die restlose Ausbeutung und Auspowerung des Generalgouvernements eine ernste Gefahr für die dem Generalgouvernement vom Führer gestellten Aufgaben bedeute.

Krakau, Sonnabend, 2. Dezember 39.

10 Uhr.

Herr Generalgouverneur empfing Reichsminister S e y ß - I n q u a r t , Landesbauernführer K ö r n e r und Geheimrat Z e t z s c h e und führte aus:

Die politische und wirtschaftliche Führung des Generalgouvernements müsse völlig vom grünen Tisch befreit werden. Er beabsichtige, beim Generalfeldmarschall durchzusetzen, daß der Generalgouverneur auch dessen Beauftragter werde. Zur Vereinfachung der Aufgaben im Amte des Generalgouverneurs sollten die einzelnen Abteilungen zu größeren Gruppen von Arbeitsgemeinschaften zusammengefaßt werden. Neben der Führungsabteilung des Amtes seien alle Abteilungen nach wie vor gleich berechtigt, sie sollten jedoch etwa in drei Gruppen zu Arbeitsgemeinschaften zusammengefaßt werden. Das Gesetzgebungsrecht liege ausschließlich beim Generalgouverneur. Die übrigen Verwaltungsfunktionen könnten auch vom Reichsminister S e y ß - I n q u a r t wahrgenommen werden.

Nach einem Vortrag des Oberregierungsrats S c h e p e r s über Raumordnungsfragen empfing der Generalgouverneur den Landesführer H e r r m a n n von der Technischen Nothilfe, der mitteilte, daß alle Vorbereitungen zur Sprengung des Warschauer Schlosses getroffen seien. Nach seinen ausdrücklichen Anordnungen dürften jedoch keine Bohrlöcher geladen werden, bevor eine besondere ausdrückliche Weisung des Generalgouverneurs ergehe. Alle Wertgegenstände im Schloß seien bereits geborgen. Zur Sicherung der lebenswichtigen Betriebe, insbesondere der Wasser- und Elektrizitätswerke habe er bereits in Berlin entsprechende Leute angefordert. Es sei beabsichtigt, zunächst die Orte am Sitz des Distriktschefs mit solchen Sicherungstrupps zu versehen.

Herr Generalgouverneur empfing SS=Standartenführer J a n o w s k i mit seinen Mitarbeitern in der NSV.

SS=Standartenführer

Krakau, Sonnabend, 2. Dezember 39.
(Fortsetzung)

H=Standartenführer J a n o w s k i berichtete über die Vorbereitungen zur Einholung der Betreuung der Wolhyniendeutschen.

Herr Generalgouverneur bat, dafür Sorge zu tragen, daß die Durchführung der Volksdeutschen durch das Generalgouvernement möglichst rasch vor sich gehe, damit sie auf schnellstem Wege in die für sie bestimmten Gebiete im Reich einrücken könnten, und regt an, daß eine eigene Osthilfe von der NSV. gegründet wird. H=Standartenführer J a n o w s k i bittet um die Erteilung einer Sondergenehmigung für die NSV.-Wagen, damit die von der NSV. eingeführten Waren nicht verzollt werden brauchen.

Herr Generalgouverneur empfing H=Standartenführer F e g e l e i n und Oberst R a u .

Oberst R a u überreicht ein Verzeichnis der wichtigsten Gestüte des Generalgouvernements und erklärt:

Er persönlich sei für eine Züchtung von Pferden mit allen Mitteln. Bis jetzt seien aus dem Generalgouvernement etwa 250 Vollblüter herausgeholt worden. In Übereinstimmung mit dem Oberbefehlshaber des Heeres werde er seine ganze Kraft für eine gesunde Pferdeaufzucht einsetzen. An wertvollen Pferden seien insgesamt 1 500000 noch vorhanden. 35 bis 40 000 Pferde wolle die Wehrmacht noch durch Aushebungen in Anspruch nehmen. Im Generalgouvernement seien im wesentlichen nur Warmblutgestüte vorhanden. Eine Zerschlagung der großen Güter würde die Grundlage für eine Pferdeaufzucht beseitigen. Seine Absicht gehe dahin, möglichst alle Gestüte als Quellen der Produktion zu erhalten.

Herr Generalgouverneur erklärt, es müsse nunmehr mit aller Kraft eine geordnete Gestütsverwaltung eingerichtet

werden,

Krakau, Sonnabend, 2. Dezember 1939.
(Fortsetzung)

werden, Die Gestüte sollten, soweit irgend möglich, wieder in Gang gebracht werden. Oberlandesstallmeister Rau solle diese Aufgabe in seinem Stab übernehmen.

Herr Generalgouverneur empfing Reichsminister S e y ß - I n q u a r t , Gouverneur W ä c h t e r , Geheimrat Z e t z - s c h e und Finanzpräsidenten S e n k o w s k i .

Geheimrat Z e t z s c h e berichtete über die Erdölgewinnung und über Monopolfragen und führte aus:

Die Gewinnung und Verarbeitung des Erdöls müsse ausschließlich im Generalgouvernement erfolgen. Dies sei deshalb notwendig, weil sich das Generalgouvernement auch selbst ernähren müsse; nur auf diese Weise könne ein gewisser Ausgleich geschaffen werden. Das Erdöl-und Erdgas-gewinnungsrecht müsse ausschließlich beim Generalgouvernement liegen; es müsse ein Treuhänder eingesetzt werden, der sich mit den Beskidengesellschaften auseinanderzusetzen hätte. Die Verarbeitungs- und Gewinnungsgesellschaften seien mit je 250 000 Reichsmark gegründet; diese Gesellschaften hätten sich bisher noch nicht mit dem Eigentumgewinnungsrecht auseinandergesetzt, sodaß eine positive Unterlage für diese Gesellschaften bisher noch fehle. Durch die Einsetzung eines Treuhänders könne auf die Erzeugung und ihre Steigerung ein maßangeblicher Einfluß ausgeübt werden.

Finanzpräsident S e n k o ws k i erörtert nochmals die drei Möglichkeiten des Vorgehens bei der Erdölgewinnung und Verarbeitung. 1.Einrichtung des Monopols, 2. Privatwirtschaftliche Regelung unter Einsetzung eines Treuhänders, 3. Vorläufige Zurückhaltung gegenüber den Angriffen des Großkapitals aus dem Reich.

Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß er in Berlin bei seinen Besprechungen mit dem Generalfeldmarschall diese Fragen klären werde.

18^{10} Uhr.

Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Berlin.

v

Jm Reinhardt 4/12/39

84a

Berlin, den 4. Dezember 1939

Bei der Besprechung, die am 4. Dezember 1939, nachmittags 6 Uhr unter Vorsitz des Generalfeldmarschalls G ö r i n g in dessen Dienstwohnung stattfand und an der die Herren Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k, Reichsminister S e y s s - I n q u a r t, Reichswirtschaftsminister Dr. F u n k und ich teilnahmen, wurde zunächst die Frage der Errichtung einer Emissions- und Kreditbank in Krakau erörtert. Herr Dr. F r a n k trug vor, dass man zur finanziellen Entlastung des Reiches die erforderlichen Schritte für die Herausgabe neuer polnischer Zloty-Scheine eingeleitet habe. Die Verhandlungen über die Gründung der beiden Banken müssten so schnell wie möglich zu Ende geführt werden, damit man aus dem GG. baldmöglichst die Reichskreditkassenscheine und die Reichsmarknoten herausziehen könne. Bei dieser Massnahme werde man das Umrechnungsverhältnis 2 : 1 anwenden, obwohl der innere Wert der neuen Zloty-Scheine möglicherweise ein geringerer sei. Da sich aber nicht übersehen lasse, ob das Umrechnungsverhältnis auf die Dauer aufrecht erhalten werden könne, sei es zweckmässig, es weder in dem Statut der Notenbank noch in einer anderen amtlichen Verlautbarung der Öffentlichkeit bekannt zu geben.

Herr Dr. F r a n k erklärte sich hiermit einverstanden, betonte aber, dass man sowohl wegen der Beamtenbesoldung im GG. als auch wegen der von den Angestellten und Beamten, ihren Angehörigen in Deutschland zu überweisenden Geldbeträge ein festes Umrechnungsverhältnis aufstellen müsse, damit nicht auf dem Umwege über den Ankauf polnischer Zloty-Scheine eine zum Nachteil der Gehalts- und Lohnempfänger des GG. sich auswirkende künstliche Entwicklung der neuen Zahlungsmittel eintrete.

Nach kurzer Aussprache schlug Herr Gfm. vor, dass man bei der neuen Währung auf eine Sicherstellung der Bezüge der im GG. tätigen Beamten und Angestellten unter allen Umständen bedacht sein müsse. Es sei deshalb nötig, den Beamten und Angestellten im GG. ihre Heimatbezüge ungeschmälert zukommen zu lassen und ihnen daneben eine Zloty-Bezahlung in gleicher Höhe zuzubilligen. Sollte in der Folge eine weitere Entwertung des Zloty eintreten und damit ein anderes Umrechnungsverhältnis wie 2 : 1 Platz greifen müssen, so sei in Aus-

sicht genommen, den Angestellten und Beamten eine weitere Zloty-Zahlung zu gewähren. Hiermit waren alle Anwesenden einverstanden. Herr Gfm. stellt Fühlungnahme mit dem Herrn Reichsfinanzminister in Aussicht. -

Der zweite Punkt der Aussprache betraf die wirtschaftliche Ausnutzung des GG.. Herr Dr. F r a n k stellte als obersten Grundsatz die Sicherstellung des Reichsbedarfs fest und wollte deshalb alle Rüstungsbetriebe im GG., die für diese Zwecke in Frage kommen könnten, aufrecht erhalten wissen. Als Rüstungsbetriebe seien alle die Unternehmen anzusprechen, die unmittelbar oder mittelbar die heimische Wirtschaft zu entlasten im Stande seien. Alle Erträgnisse, die bei diesen Unternehmungen herausgewirtschaftet werden könnten und nicht im GG. gebraucht würden, müssten dem Deutschen Reich zugeführt werden, wobei man im Einzelfall zu prüfen habe, ob es zweckmässiger sei, im GG. Roh- und Halberzeugnisse zu gewinnen, um in Deutschland die Fertigstellung zu übernehmen, oder ob die Herstellung des Fertigerzeugnisses selbst im GG. den Vorzug verdiene. Hierbei sei auch die Treuhänderbestellung in Betracht zu ziehen. Bereits jetzt sei alles polnische Staatsvermögen unter Treuhandstellung gesetzt. Darüberhinaus werde man noch das jüdische Vermögen, das ausländische Vermögen sur bei polnischen Unternehmungen und sonstiges polnisches Vermögen zur Durchführung der Aufgabe des Generalgouverneurs heranziehen und zu diesem Zwecke Treuhandbestellungen vornehmen. Diese Treuhandbestellungen würden durch die "Treuhandstelle im Amt des Generalgouverneurs in Krakau" überwacht und überprüft, wobei auch eine Verwertung der Vermögensmassen und eine Sicherstellung des Erlöses im Interesse des Reiches vorgesehen sei. Die "Treuhandstelle im Amt des Generalgouverneurs" sei auf Wunsch des Herrn Bürgermeisters W i n k l e r mit dem von ihm in Vorschlag gebrachten Ministerialrat P l o d e k als Leiter besetzt worden, wobei sich Herr Bürgerm. W. auch damit einverstanden erklärt habe, dass Herr Pl. sich ausschliesslich nach den Weisungen der Abteilung Wirtschaft im Amt des Generalgouverneurs, im übrigen aber Fühlungnahme mit der Haupttreuhandstelle Ost in Berlin zu halten habe.

Herr Dr. F u n k wollte zwar die Abhängigkeit der Treuhandstelle in Krakau von der Haupttreuhandstelle Ost in Berlin festgelegt wissen, konnte sich aber der Auffassung des Herrn Gfm. nicht

verschliessen, wonach, wenn einmal eine Treuhandstelle im GG. von dem Generalgouverneur errichtet sei, man diese Stelle auch an die Weisungen des Generalgouverneurs binden müsse. Eine Abhängigkeit der Stelle von Berlin könne deshalb nicht zugestanden werden. -

Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Frage behandelt, ob sämtliche Teile des GG. als Aufbaugebiete zu behandeln seien oder ob auch Abbaugebiete festzusetzen wären.

Auf Vorschlag von Herrn Dr. F r a n k wurde unter Billigung von Herrn Gfm. der südliche Teil des GG. einschliesslich des Distrikts Radom als Aufbaugebiet bezeichnet, während der Distrikt Warschau einer Auferstehung nicht zugeführt werden sollte. -

Im Laufe der Aussprache stellte Herr Dr. F u n k die Behauptung auf, dass Herr Ministerialdirektor S c h l u m p r e c h t ungerechtfertigterweise aus den Diensten des GG. entlassen worden sei.

Herr Dr. F r a n k wies diese Angabe mit aller Entschiedenheit unter Bezugnahme darauf zurück, dass Herr Dr. Schl. selbst um seine Entlassung gebeten habe, weil er eine ihm unter dem Präsidenten P i e t s c h in München angebotene Stelle im Bayerischen Industriellenverband übernehmen wolle. -

Als dritter Punkt wurde die Behandlung der Beskieden-Mineralöl-Gesellschaften erörtert.

Herr Dr. F r a n k betonte einleitend, dass die Mineralöl-Gewinnung im Jasloer Erdölrevier zu Gunsten des Deutschen Reiches betrieben werden müsse, dass aber die Gewinne den deutschen Mineralöl-Firmen, die an den Gesellschaften beteiligt seien, nicht ausschliesslich zufallen dürften, denn sonst könne das GG. die ihm aufgetragene finanzielle Selbständigkeit nicht durchführen.

Herr Dr. F u n k stellte sich zunächst auf den Standpunkt, dass das GG. die Ausbeutung des Mineralöls ausschliesslich dem Reiche überlassen müsse und deshalb keinerlei Massnahmen ergreifen dürfe, die die Einführung von deutschem Bohrgerät nach dem GG. und die Ausfuhr des gewonnenen Erdöls nach dem Reich erschweren könnte.

Herr Dr. F r a n k wies beide Behauptungen mit dem Hinweis zurück, dass die Bohrgeräte aus Deutschland noch garnicht in das GG. eingeführt worden seien, und dass das GG. keinerlei Ausfuhrzölle

erhebe. Eine Erschwerung des Geschäftsbetriebes der beiden Beskieden-Gesellschaften durch finanzielle Massnahmen kommen mithin nicht in Betracht.

Herr Gfm. gab darauf Herrn Dr. F u n k bekannt, dass man entweder dem GG. die Erhebung von Steuern, Zöllen und sonstigen Abgaben überlassen müsse, wenn man seine finanzielle Unabhängigkeit fordere, oder aber dass man den gesamten Etat des GG. auf das Reich zu übernehmen habe.

Da man die letzte Massnahme nicht durchführen wolle, müsse man auch dem GG. weitgehendst Einnahmequellen zubilligen und müsse sich auf den Standpunkt stellen, dass auch die Gewinne der Beskieden-Gesellschaften beim GG. zu verbleiben hätten.

Als daraufhin von Herrn Dr. F r a n k zur Durchführung dieser finanziellen Selbständigkeit auch die Frage der Einführung eines Mineralöl-Monopols im GG. gestreift wurde, erhob Herr Gfm. hiergegen keinerlei Einwendungen. Er stellt vielmehr unter der von ihm noch nachzuprüfenden Voraussetzung der Erzielung übermässiger Gewinne durch die beiden Beskieden-Gesellschaften Herrn Dr. F u n k anheim, sich mit der Heranziehung der Firmen zu den Einnahmen des GG. einverstanden zu erklären.

Herr Dr. F u n k konnte hiergegen nichts vorbringen. - - -

Damit war die Aussprache beendet. Herr Gfm. überreichte sodann Herrn Dr. F r a n k zwei Urkunden über seine Bestellung als Reichsverteidigungskommissar für das GG. sowie als Generalbevollmächtigter für den Vierjahresplan.
Herr Dr. F r a n k stellte Herrn Dr. F u n k für den 5. 12. 1939 seinen Besuch in Berlin in Aussicht.

Nachrichtlich

Sonnabend, den 9. Dezember 1939.

10^{00} Uhr Der Herr Generalgouverneur empfängt Herrn Major von T s c h a m m e r u n d O s t e n mit Oberstleutnant S c h w a r z zur Meldung.

10^{30} Uhr Landgerichtsrat B ü c h n e r berichtet über kirchliche Fragen:

a) Katholische Kirche.
Nach der Religionsstatistik seien ungefähr 80 % der Gesamtbevölkerung des Generalgouvernements römisch-katholischer Konfession. Nach der Organisation der römisch-katholischen Kirche seien die Diözesen selbständige Verwaltungskörper; eine Verbindung zwischen den polnischen und den deutschen Diözesen sei daher nicht notwendig. Es sei zu erwarten, daß sich die deutschen Bischöfe im Reich aus politischen Gründen hüten werden, sich mit den polnischen Bischöfen zu verbinden, um sich nicht den Vorwurf landesverräterischer Haltung auszusetzen.

b) Die griechisch-unierte Kirche zähle 580 000 Anhänger. Hiervon seien die Mehrzahl Ukrainer. Eine Verbindung dieser Kirche mit entsprechenden Kreisen im Reiche komme nicht in Frage, weil es eine griechisch-unierte Kirche dort nicht gebe.

c) Die griechisch-orthodoxe Kirche, der 241 000 Einwohner, darunter 245 000 Ukrainer angehören, habe bisher als oberste Spitze den Metropoliten in Warschau gehabt. Dieser Metropolit sei nunmehr zurückgetreten und habe die Leitung der orthodoxen Kirche in die Hände des orthodoxen Erzbischofs von Berlin, Seraphim Lade, gelegt. Es sei zu empfehlen, diese Unterstellung unter Seraphim Lade zu billigen, ihm aber zur Aufgabe zu machen, einen ukrainischen Geistlichen, der das Vertrauen der Ukrainer genieße, als Generalvikar einzusetzen

und

und diesem weitgehende Freiheiten zu geben. Lade genieße das Vertrauen aller deutschen Stellen, auch die Geheime Staatspolizei habe politisch gegen ihn keine Bedenken.

d) Die <u>evangelische Kirche</u> zähle im Bereich des Generalgouvernements 168 000 Anhänger. Nach dem Zerfall der ehemals polnischen evangelischen Kirche habe die deutsche Gruppe innerhalb der evangelischen Kirche die Führung an sich gerissen. Es drehe sich jetzt um die Frage, ob man sich dieser deutschen evangelischen Gruppe noch als eines Instrumentes der Volkstumserhaltung bedienen wolle oder nicht.

e) Bezüglich der <u>katholischen Priesterseminare</u> sei man vor der Frage gestanden, ob man überhaupt solche Seminare, die heute die einzigen Anstalten von akademischem Status in Polen darstellen, zulassen solle. Er schlage die Errichtung zweier solcher Seminare vor.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erklärt sich damit einverstanden und ersucht, die Überwachung der Priesterseminare als wichtige Aufgabe anzusehen.

11^{15} Uhr Geheimrat Dr. Z e t z s c h e und Referent von T y m e n vom Reichswirtschaftsministerium besprechen Probleme, die mit der zukünftigen <u>rechtlichen Ausgestaltung</u> der mit der Ausbeutung des Ölvorkommens in den Beskiden befaßten <u>Beskidengesellschaft</u> im Zusammenhang stehen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erklärt es als einzige Notwendigkeit, dafür zu sorgen, daß das für die deutsche Wirtschaft notwendige Öl herbeigeschafft werde. Wenn es der Beskidengesellschaft möglich sei, diese Aufgabe zu erfüllen, dann möge sie es machen. Auf Einzelheiten der rechtlichen Gestaltung komme es hierbei nicht an.

Es

Es sei auch durchaus zulässig, daß die Gesellschaft bei ihrer Arbeit verdiene, da es sich ja doch bei ihr um eine kapitalistische Gesellschaft handele.

12^{00} Uhr Präsident B a u d e r hält Vortrag über den Bau des Straßennetzes im Generalgouvernement. Die geplanten Straßenbauten seien in mehrere Dringlichkeitsstufen eingeteilt. Für die erste Dringlichkeitsstufe, die die für das Jahr 1940 vorgesehenen Straßenbauten umfasse, sei ein Betrag von 55 Millionen Reichsmark erforderlich.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r bezeichnet als besonders dringlich den bevorzugten Ausbau der Strecken Krakau - Kielce und Krakau - Bielitz und ersucht, für deren beschleunigten Ausbau Sorge zu tragen. Zur Sicherung des Treibstoffbedarfes für die beim Straßenbau erforderlichen Maschinen ordnet er die zur Verfügungstellung von 1200 Tonnen Rohöl an.

12^{30} Uhr Der stellvertretende Chef der Technischen Nothilfe, H a m p e , und der Landesführer im Reichsamt Technische Nothilfe, H e r m a n n s , schildern die Eindrücke bei ihrer Inspektionsreise durch Westpreußen, Warthegau und Danzig. Sie bezeichnen als für die künftige Arbeit im Generalgouvernement als unerläßlich die Entsendung von fachkundigen Kräften in das Gebiet des Generalgouvernements.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet daraufhin die Absendung folgenden Telegrammes an den Wehrwirtschaftsstab im Oberkommando der Wehrmacht, Berlin, an:

"Wiederhole

"Wiederhole nochmals dringend Antrag auf Entsendung fachkundigen Personals zwecks Aufrechterhaltung ungestörten Betriebes der im Generalgouvernement befindlichen kriegswichtigen Betriebe. Entsprechender Antrag wurde telegraphisch Generalfeldmarschall Göring zugesandt, der die Durchführung aller erforderlichen Maßnahmen zusagte."

13^{00} Uhr ᛋᛋ-Oberführer H e i l e r legt die Grundsätze dar, nach denen die <u>zukünftige Gestaltung des Handels</u> erfolgen solle. Der gesamte Güterumschlag für Rohstoffe, Halbfabrikate und Fertigfabrikate solle nicht dem freien Handel übertragen werden, da eine Mittelstandsbildung nicht erwünscht sei. Der gesamte Güterumschlag solle Aufgabe einer staatlichen Monopol-Handelsgesellschaft werden. Es soll keinen privaten Handel mit Ausnahme des Kleinhandels mehr geben.

Montag, den 11. Dezember 1939.

15^{00} Uhr Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r empfängt eine Abordnung der Beskiden-Ölgewinnungs- und Ölverarbeitungsgesellschaft, bestehend aus den Herren:

Direktor Hans Schönemann,
Direktor Hermann Petri,
Direktor Kurt Glöckner,
Direktor Gustav von Rautenkranz,
Direktor Hubert Becker

zum Vortrag über Fragen der Erdölgewinnung und -Verarbeitung.

Direktor G l ö c k n e r teilt mit, daß die Beskidengesellschaft im November 1939 als G.m.b.H. gegründet worden sei. Sie zerfalle in die Beskiden-Erdölgewinnungsgesellschaft und in die Beskiden-Erdölverarbeitungsgesellschaft. Die Gesellschaft arbeite mit einer Belegschaft von etwa 4 000 Mann. Es geschehe alles, um die Produktion vorwärts zu treiben. Hierbei seien noch gewisse Schwierigkeiten zu überwinden. So seien z.B. in der Beschaffung der Kohlen große Stockungen eingetreten und es habe längere Zeit gedauert, bis diese Stockungen wieder beseitigt waren. Ebenso sei die Beschaffung des ungeheuren Bedarfes an Holz sehr schwierig. Eine weitere Schwierigkeit liege in der Versorgung der Belegschaft mit den nötigen Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs. Es fehle an Mehl, Getreide und Zucker.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erklärt, daß für die Behebung dieser Schwierigkeiten in der Versorgung mit Nahrungsmitteln der Distriktchef zuständig sei.

Bezüglich der Produktionssteigerung müsse jede nur denkbare Anstrengung gemacht werden, da die Versorgung

mit

mit Rohöl von außergewöhnlicher Bedeutung sei. Bedenken irgendwelcher formellen Art müßten unberücksichtigt bleiben; entscheidend sei, daß aus den Ölquellen die höchstmögliche Menge an Öl herausgewirtschaftet werde. Er ersucht die Herren der Beskidengesellschaft um die Vorlage eines Exposés über alle einschlägigen Fragen.

Direktor P e t r i gibt Aufschluß über die augenblicklich zur Verfügung stehenden Ölmengen. Aus den vorhandenen Beständen könnten sofort 3000 Tonnen Rohöl nach Deutschland geschafft werden, wenn die erforderlichen Kesselwagen hierzu bereit stünden. Es bleibe dann immer noch der für das Generalgouvernement erforderliche Bedarf übrig. An Benzin seien - ebenfalls unbeschadet des Bedarfs für das Generalgouvernement - rund 4 Millionen Liter vorhanden.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r dankt den erschienenen Herren für die von ihnen geleistete Arbeit und betont, daß er es als seine Aufgabe ansehe, diese Arbeiten zu ermöglichen und zu erleichtern. Er empfiehlt, enge Fühlungnahme mit Herrn Geheimrat Dr. Zetzsche zu halten.

16^{00} Uhr ᛋᛋ-Standartenführer D i e b i t s c h erstattet dem Herrn Generalgouverneur Meldung über die Aufstellung der von ihm geführten ᛋᛋ-Einheit.

16^{15} Uhr Ministerialdirektor J a r m e r und Oberregierungsrat Dr. S c h e p e r s halten dem Herrn Generalgouverneur Vortrag über grundsätzliche Fragen der Raumordnung im Zusammenhang mit dem geplanten Ostwall.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r hebt hervor, daß dieser geplante Ostwall nicht etwa so aufzufassen

sei

sei wie der Westwall, sondern es handele sich beim Ostwall um eine geschlossene Erdausgangsstellung und möglichst gute Verbindungsstraßen für die zurückliegenden Truppeneinheiten.

Ministerialdirektor J a r m e r bespricht die - vom wirtschaftlichen, nicht militärischen Gesichtspunkt aus gesehen - zweckmäßigste Linienführung des Ostwalles. Von diesem rein wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus würde es eine starke Behinderung bedeuten, wenn man die Linie unmittelbar an der Weichsel verlaufen lassen würde.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r schlägt vor, für die Bearbeitung aller Fragen der Raumordnung dem Herrn Oberregierungsrat Dr. Schepers einen größeren Stab von Mitarbeitern zur Seite zu geben, die dann in Verbindung mit den Distriktchefs die einschlägigen Fragen bearbeiten könnten. Voraussetzung sei eine gewisse Erziehung zum Raumdenken.

17^{00} Uhr Reichsamtsleiter Freiherr Dr. du P r e l berichtet dem Herrn Generalgouverneur über Presse- und Rundfunkfragen.

18^{00} Uhr Der Herr Generalgouverneur empfängt den Reichsamtsleiter S c h i c k e d a n z zu einer persönlichen Unterredung.

Dienstag, den 12. Dezember 1939.

11^{00} Uhr Landesbauernführer K ö r n e r berichtet dem Herrn Generalgouverneur über Aufgaben und Ziele der Pferdezucht im Generalgouvernement und übergibt zwei mit den einschlägigen Fragen sich beschäftigende Entwürfe, die der Herr Generalgouverneur den Akten für die Besprechung in Spala beizufügen anordnet.

11^{30} Uhr General R e i n i c k e wird in Begleitung von Reichsamtsleiter S c h m i d t vom Herrn Generalgouverneur empfangen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r bezeichnet die Zusammenarbeit mit der Wehrmacht als ganz ausgezeichnet und erklärt, daß keine Anordnung erfolge, ohne daß der eigens aufgestellte Verbindungsoffizier zur Wehrmacht informiert werde.

General R e i n i c k e bringt folgende Punkte zur Sprache:

1. Schaffung einer großen Zentrale zur Aufnahme der Uniformen der 380 000 polnischen Kriegsgefangenen.
2. Versorgung der ehemals polnischen Soldaten russischer und österreichischer Herkunft.
3. Versorgung der Familien der in Kriegsgefangenschaft befindlichen polnischen Soldaten.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r verfügt die Bearbeitung der die Rentenversorgungseinrichtungen des polnischen Staates betreffenden Fragen sowie der Frage der Versorgung der Angehörigen polnischer Kriegsgefangener und der hiermit im Zusammenhang stehenden Frage der Transferierung der erforderlichen Mittel durch Herrn Präsidenten Spindler.

12^{00} Uhr Der Herr Generalgouverneur überreicht dem Justizinspektor B o e c k das Ehrenzeichen für 25-jährige Dienstzeit.

15^{00} Uhr Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit dem Herrn Reichsjugendführer Baldur von S c h i r a c h .

Der Herr Reichsjugenführer ersucht den Herrn Generalgouverneur um Zulassung eines seiner fähigsten Mitarbeiter für Volkstumsfragen, des Parteigenossen Stadler, zur Betreuung der volksdeutschen Jugend.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r sagte dies zu und erklärte sich gerne bereit, den Parteigenossen Stadler mit dem Sonderauftrag der Betreuung der volksdeutschen Jugend im Generalgouvernement und der Erziehung dieser Jugend zum Nationalsozialismus zu beauftragen.

Der Herr Reichsjugendführer dankte dem Herrn Generalgouverneur für diese Zusage und wird veranlassen, daß sich Parteigenosse Stadler in den nächsten Tagen beim Herrn Gouverneur meldet.

Da Parteigenosse Opdenhoff an sich vom Herrn Generalgouverneur den generellen Auftrag zur Betreuung des deutschen Volkstums im Generalgouvernement hat, machte der Herr Generalgouverneur den Herrn Reichsjugendführer noch darauf aufmerksam, daß sich eine Unterstellung des Parteigenossen Stadler unter Opdenhoff in gewissem Sinne ergeben werde. All diese Fragen sollen noch einer besonderen Regelung vorbehalten bleiben.

20^{00} Uhr Reichsamtsleiter Freiherr Dr. du P r e l berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die wichtigsten Tagesereignisse

Tagesereignisse.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r genehmigte den Voranschlag für den Einbau eines Filmapparates in die Burg und verfügte außerdem die Vorlage der Planungen für die Errichtung eines Rundfunkhauses in Krakau an den Finanzreferenten Präsident Spindler.

Freiherr du Prel berichtete sodann über verschiedene Fragen der Beschlagnahme von Druckmaschinen durch deutsche Reichsstellen. Er wurde bezüglich dieser Fragen an den Leiter der Treuhandstelle für das Generalgouvernement, Herrn Ministerialrat Plodeck, verwiesen.

20^{30} Uhr Burghauptmann B u c h n e r legt dem Herrn Generalgouverneur den Etat-Voranschlag der Burg für Sach- und Personalbedarf und Sonderaufwendungen für Um- und Neubauten vor.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r verfügt die Weiterleitung dieses Etats über den Herrn Amtschef, Ministerialdirektor Dr. Bühler, an den Finanzreferenten, Finanzpräsident Spindler.

Mittwoch, den 13.Dezember 1939.

10^{30} Uhr Parteigenosse H o r n u n g meldet sich als Vertreter der Arbeitsfront, welche bittet, im Generalgouvernement Bau- und Siedlungsunternehmungen durchführen zu können. Er wird vom Herrn Generalgouverneur auf die besondere Struktur des Deutschtums im Generalgouvernement hingewiesen, die derartige Pläne erschwere. Im übrigen wird Herr Ministerialdirektor Dr.Bühler beauftragt, sich mit Parteigenossen Hornung über die Möglichkeit einer Verwendung der Arbeitsfront im Generalgouvernement zu besprechen.

13^{30} Uhr Empfang des Reichskriegsopferführers O b e r l i n d o b e r durch den Herrn Generalgouverneur.

18^{00} Uhr Geheimrat Z e t z s c h e berichtet dem Herrn Generalgouverneur über seinen Besuch beim Herrn Reichswirtschaftsminister am 12.Dezember. Bei diesem Besuch habe er volles Verständnis für die wirtschaftlichen Angelegenheiten des Generalgouvernements gefunden. Insbesondere habe er hinsichtlich der Personalfrage der Abteilung Wirtschaft im Amte des Herrn Generalgouverneurs erreicht, daß ihm vom Herrn Reichswirtschaftsminister die alsbaldige Abordnung der in Aussicht gestellten 15 Arbeitskräfte zugesichert wurde. Nach der Auflösung der Dienststelle des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft werde eine weitere Anzahl von Persönlichkeiten frei, deren Abordnung nach Krakau ohne weiteres möglichsei. Über dies werde eine größere Anzahl von jüngeren Herren in der Organisation der gewerblichen Wirtschaft entbehrt werden können, sodaß

man

man auch von dieser Seite eine Entsendung von Hilfskäräften und Referenden werde durchführen können.

Bezüglich der Durchführung des Vierjahresplanes habe er den Herrn Reichswirtschaftsminister gebeten, die verschiedenen Branchen der gewerblichen Wirtschaft, auf denen eine besonders intensive Durchrührung des Vierjahresplanes im Generalgouvernement regierungsseitig gewünscht werde, namhaft zu machen, damit auch auf diesem Gebiet den Wünschen des Herrn Generalfeldmarschals Göring Rechnung getragen werden könne. Der Herr Reichswirtschaftsminister habe hierzu seine Bereitwilligkeit erklärt.

Einen weiteren Punkt der Besprechung haben die verschiedenen Fragen der Ein- und Ausfuhr von Waren aller Art im Verkehr mit dem Deutschen Reich gebildet. In diesem Zusammenhang sei auch der Warenverkehr zwischen Generalgouvernement und Slowakei besprochen worden. Bei den Warenlieferungen nach Deutschland handle es sich um Salz, Kohle, Zement und Mineralöle.

Die Frage der künftigen steuerlichen Behandlung der Beskiden-Gesellschaften sei Gegenstand einer Besprechung mit Dr.Fischer, dem Leiter der Abteilung Mineralöle im Reichswirtschaftsministerium gewesen. Hierbei seien folgende Punkte als für die weitere Behandlung im Amte des Generalgouverneurs vordringlich erwähnt worden:

a) Verlegung des Sitzes der beiden Beskiden-Gesellschaften nach Jaslow;

b) Einräumung eines Sitzes im Vorstande der beiden Gesellschaften;

c) Bildung eines Treuhänders für die Naphta-Berechtigten des Beskidengaues;

d) Intensivierung der Erdölgewinnungsmöglichkeit durch weitgehende Übersendung von Bohrmaterial aus Deutschland einschließlich der hierzu benötigten Personen;

e) Übernahme des fertigen Mineralöles oder der daraus gewonnen Erzeugnisse entweder durch ein Mineralölmonopol im Generalgouvernement oder durch die Beskidengesellschaften.

Die aufgeführten Punkte werden den Gegenstand einer nach Berlin einzuberufenden Sitzung der Gesellschafter des Beskidengaues bilden.

Zur Frage der Emissionsbank in Polen habe er dem Herrn Reichswirtschaftsminister die grundsätzkiche Übereinstimmung der Ansichten des Herrn Generalgouverneurs mit den Ansichten der Reichsministerien bekannt gegeben. Der Herr Reichswirtschaftsminister habe folgende Fragen als der Klärung bedürftig bezeichnet:

a) Die Frage der Treuhandstelle im Amt des Generalgouverneurs;

b) die Durchführung des Vierjahresplanes und der wirtschaftpolitischen Aufgaben des Amtes oder der Abteilung Wirtschaft im Amte des Generalgouverneurs.

Anschließend an diesen Bericht übergab Geheimrat Z e t z s c h e dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe folgender Verordnungen:

1. VO. über die Emissionsbank in Polen;

2. VO. über die Behandlung der nach dem 31.8.39 bei Kreditinstituten im Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete entstandenen Guthaben;

3. VO. über die Errichtung einer Bankaufsichtsstelle.

4. VO. über die Beschränkung von Auszahlungen und Überweisungen der am 31.8.39 bei nichtstaatlichen Kreditinstituten im Generalgouvernement vorhandenen Guthaben.

5. VO. über die Wahrnehmung von Interessen der Inhaber von Erdölgewinnungsrechten im Generalgouvernement.

6, VO. betreffend Auszahlungen oder Überweisungen aus Guthaben bei den Banken des früheren polnischen Staates.

7. VO. des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete über die Individualversicherung im Generalgouvernement.

8. VO. über Bergwerksgerechtsame und Bergwerksanteile im Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete

Die Verordnungsentwürfe werden Herrn Oberlandesgerichtsrat W e h zur weiteren Bearbeitung überwiesen.

Donnerstag, den 14.Dezember 1939.

10^{30} Uhr Landrat Dr. S i e b e r t legt dem Herrn Generalgouverneur zwei Verordnungen über die Bewaffnung der Forstbeamten und über die Anmeldepflicht von Ausländern sowie Ausführungsbestimmungen über Ein- und Ausreise in das Generalgouvernement vor. Er berichtet sodann über die Bestrebungen der NSV., im Generalgouvernement eine polnische NSV. aufzuziehen, und äußert seine grundsätzlichen Bedenken gegen solche Bestrebungen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erklärt, daß derartige Bestrebungen sofort einzustellen sind, und ordnet das Erscheinen des hierfür zuständigen Standartenführers Janowski an.

Landrat Dr. S i e b e r t schneidet die Frage der Rangordnung an.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gibt folgende Rangordnung bekannt:

Gruppe 1: Der Generalgouverneur
" 2: Reichsminister Seiß-Inquard
" 3a: Ministerialdirektor Dr.Bühler
" 3b: Der höhere SS- und Polizeiführer
" 4: Distrikschefs
" 5: Abteilungsleiter beim Amt des Generalgouverneurs
" 6: Amtschefs und höhere Polizeiführer bei den Distriktschefs
" 7: Kreis- und Stadthauptleute
" 8: Abteilungschefs bei den Distriktschefs
" 9: Amtswalter oder Referenten bei den Kreis- und Stadthauptleuten.

Innerhalb dieser Gruppierung entscheidet das Lebensalter und bei gleichem Lebensalter das Dienstalter.

Landrat Dr. S i e b e r t bittet den Herrn Generalgouverneur um Entscheidung über den Rang des Stadtpräsidenten von Krakau und des Stadtpräsidenten von Warschau. Oberbürgermeister Zörner nehme den Rang eines Staatssekretärs für sich in Anspruch, weil er die entsprechenden Bezüge habe.

Der G e n e r a l g o u v e r n e u r erklärt, daß den Stadtpräsidenten nur der Rang eines Kreishauptmannes zukomme.

11^{00} Uhr Kreishauptmann K a l m u s berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Verhältnisse in seinem Amtsbezirk und über den Wunsch der dort ansässigen Volksdeutschen nach baldiger Rücksiedlung ins Reich.

Der G e n e r a l g o u v e r n e u r erklärt, daß für die Rücksiedlung dieser Deutschen alles in die Wege geleitet werden müsse und verfügt folgendes Fernschreiben an Herrn Reichsstatthalter Greiser-Posen:

" Die im Distrikt Lublin des Generalgouvernements wohnenden annähernd 30 000 Volksdeutschen haben nachdem mir eben erstatteten Bericht des Kreishauptmanns Kalmus in Chelm nunmehr den dringenden Wunsch, möglichst bald in für sie geeignetes Siedlungsland ins Reich zurückwandern zu dürfen. Es handelt sich hierbei um wertvollste, rein agrarische Volksdeutsche. Nach den Besprechungen mit dem Reichsführer SS Himmler kommt für diese Volksdeutschen hauptsächlich der Warthegau als Rücksiedlungsland in Frage. Ich bitte Sie um unmittelbare Mitteilung, unter welchen Voraussetzungen nunmehr die Rück-

kehr

kehr dieser Volksdeutschen in den Warthegau unverzüglich in die Wege geleitet werden kann. Ich habe den höheren SS- und Polizeiführer Krüger angewiesen, die Rückführung dieser Deutschen tunlichst zu beschleunigen."

11[30] Uhr Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit dem höhren SS- und Polizeiführer K r ü g e r .

15[30] Uhr Abteilungsleiter F r a u e n d o r f e r übergibt dem Herrn Generalgouverneur eine Denkschrift über die Lage des Arbeitsmartkes in Polen und berichtet über den Stand der Vermittlung von Arbeitskräften nach dem Reich. Bis jetzt seien etwa 30 000 Arbeitskräfte in das Reich vermittelt worden. Es sei zu hoffen, daß eine Steigerung bis zu einer Million Arbeitskräfte möglich sein werde.

Landrat Dr. S i e b e r t legt dem Herrn Generalgouverneur die von ihm angeordnete Verordnung betreffend Erstreckung der Arbeitsdienstpflicht auf die Altersklassen vom 14. bis zum 18. Lebensjahr vor und bittet um nochmalige Unterzeichnung der Verordnung über Arbeitslosenhilfe, an der auf Wunsch des Herrn Reichsministers Seiß-Inquard Änderungen vorgenommen wurden.

15[40] Uhr Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r empfängt den Generalarbeitsführer T o l e n s in Begleitung von Distriktschef W ä c h t e r zum Vortrag.

Generalarbeitsführer T o l e n s berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Möglichkeiten des Einsatzes des Arbeitsdienstes zum Aufbau der polnischen Pflichtarbeit. Er habe sich diesen Einsatz in großen Zügen folgendermaßen gedacht: Aus den polnischen Pflichtarbeitern werden Einheiten zu 20 bis 25 Mann unter Führung eines polnischen Vorarbeiters gebildet. 10 solcher Trupps, also etwa 250 Menschen werden einem Führer der unteren Laufbahn des Reichsarbeitsdienstes unterstellt und 10 solcher Gruppen zu je 250 Arbeitern werden unter einem Führer der mittleren

Laufbahn

Laufbahn, einem Oberstfeldmeister, zusammengefaßt.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r billigt diesen Plan und ersucht dringenst um baldige Entsendung von 40 Arbeitsdienstführern in den Distrikt Krakau. Der Distrikschef werde dafür worgen, daß diese Männer ihre Arbeit sofort aufnehmen können. Nach den Erfahrungen, die von ihnen gemacht werden, werde dann das endgültige Reglement gestaltet werden können. Der Herr Generalgouverneur verfügt folgendes Schreiben an den Herrn Reichsarbeitsführer Hierl:

> "Lieber Parteigenosse Hierl! Herr Generalarbeitsführer Tolens hatte die Liebenswürdigkeit, mich soeben mit den Grundgedanken vertraut zu machen unter denen Sie bereit wären, meinem Ersuchen, mir Arbeitsdienstführer zum Zwecke des Aufbaues der polnischen Pflichtarbeit zur Verfügung zu stellen, zu entsprechen.
>
> Ich bin grundsätzlich mit diesen Richtlinien und Grundgedanken einverstanden und bitte nunmehr um möglichst baldige Abstellung von einigen Dutzend bewährten Arbeitsführern, die zunächst einmal im Distrikt Krakau (etwa 30 000 qkm mit etwa 3 300 000 nichtdeutschen Einwohnern) Ihren Richtlinien entsprechendversuchsweise die Arbeit aufnehmen würden. Auf Grund der Erfahrungen, dieser ersten Gruppe würde dann die endgültige Aufstellung eines Reglements für den Einsatz der Arbeitsdienstführung im Generalgouvernement erfolgen.
>
> Ich danke Ihnen, lieber Parteigenosse Hierl, für Ihr Entgegenkommen und habe den Generalarbeitsführer Tolens gebeten, sich auch künftig persönlich um die Verwendung des Reichsarbeitsdienstes im Generalgouvernement anzunehmen und

ich

bin sehr zufrieden, daß er diesem meinem Ersuchen - Ihre Genehmigung selbstverständlich vorausgesetzt - seine Zusage erteilt hat.

Ich freue mich sehr auf das Eintreffen der Arbeitsführer, denen ich hier - schon um der großartigen Bedeutung Ihres Werkes, der Schaffung des deutschen Reichsarbeitsdienstes, willen - einen freundschaftlichsten Empfang bereiten werde. Ich werde alles tun, um der mir zur Verfügung gestellten Führungsgruppe die Arbeitsbewährung so schön wie nur möglich zu gestalten."

Generalarbeitsführer T o l e n s weist darauf hin, daß sich hier eine besonders gute Verwendungsmöglichkeit für Unterführer, die sonst wegen ihres Alters nicht mehr verwendet werden könnten, ergebe. Ein Alter unter 35 Jahren sei bei der Verwendung im Generalgouvernement nicht erwünscht; denn hier müsse hart zugefaßt werden und es sei eine erhebliche Menschenkenntnis erforderlich. Der Generalarbeitsführer erkundigt sich dann noch nach den Versorgungsmöglichkeit für ausscheidende Arbeitsführer.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gibt dem Generalarbeitsführer die Versicherung, daß die Distriktschefs alles tun werden um diesen Leuten zu helfen. Es werde für ihre Zivilverworgung durch Übernahme in andere Verwaltungen - Forst, Eisenbahn usw. gesorgt werden und auf diesem Wege sei auch die Überführung in die Heimat möglich.

Freitag, den 15.Dezember 1939.

10^{30} Uhr Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r empfärgt den Distriktschef von Lublin, Schmidt, der ihn bittet zu veranlassen, daß die beiden abberufenen Kreishaptmänner von Chelm und Hrubieschow, Kalmus und Berendt weiter an ihrer Dienststelle verbleiben können. Der Herr Generalgouverneur verfügt folgendes Fernschreiben an den Herrn Reichsminister des Innern:

> Die zwei Kreishauptmänner von Chelm, Kalmus und von Hrubieschow, Behrendt, sind infolge der in Gang gekommenen Rückführung der Wolhyniendeutschen gerade durch diese Grenzbezirke zur Zeit völlig unabkömmlich. Ich würde bitten, sie noch bis ersten März an ihrer jetzigen Dienststelle zu belassen; denn die beiden haben nach dem deutsch-russischem Ubereinkommen mehr als die Hälfte aller rückzuführenden Wolhyniendeutschen zu übernehmen und für ihre erste Betreuung zu sorgen, wofür sie schon Wochen lang Vorbereitungen getroffen haben.

10^{45} Uhr Landrat Dr. S i e b e r t teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß in der Frage der NSV. bereits eine Einigung zustande gekommen sei. Es habe ursprünglich so ausgesehen, als ob es Schwierigkeiten gebe zwischen der NSV. und der Stelle "Volkspflege". Nunmehr sei erreicht, daß die künftige Betreuung der polnischen Wohlfahrtsinteressen unter dem Begriff "Volkswohlfahrt" - nicht N3V- durchgeführt werde, während die "Volkspflege" den staatlichen Teil der Fürsorge übernehme. Die Leitung der "Volkswohlfahrt" obliege Herrn Janowski.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erklärt sich damit einverstanden und unterstellt Herrn Janowski der inneren Abteilung.

Standartenführer J a n o w s k i berichtet über den Aufbau des polnischen Hilfswerkes, das ähnlich dem Winterhilfswerk im Reich gestaltet sei, wobei in den Landgebieten Lebensmittel und Bekleidung und in den Städten Geld gesammelt werde. Es sei dafür Sorge getragen, daß die Organisation des Hilfswerkes nicht zu einer Zusammenballung von Männern führe, die unter Umständen irgend welche andere Ziele verfolge.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r warnt nachdrücklichst vor der Gefahr, daß die Polen irgend eine Möglichkeit bekommen, sich zu organisieren. Zur Verhütung dieser Gefahr ordnet der Herr Generalgouverneur an, daß der ganze Organisationsplan in Verbindung mit dem höhenen SS- und Polizeiführer aufgestellt und dann ihm, dem Herrn Generalgouverneur, zur Genehmigung vorgelegt wird. Es dürfe nicht aus dem Auge gelassen werden, Daß eiserne Härte erforderlich sei und daß mit allen Mitteln dafür gesorgt werden müsse, daß nicht unter irgend einer Form der Tarnung Versuche zur Bildung einer Art Gemeinschaftsordnung von Seite der Polen gemacht werde.

11^{00} Uhr Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r bespricht mit Herrn Dr. W a l b a u m Fragen der Gesundheitspflege im Gebiet des Generalgouvernements.

Er

Er ernennt Dr.Walbaum zum Gesundheitsführer im Generalgouvernement mit dem Rang eines Abteilungsleiters und umreißt in grundsätzlichen Ausführungen den Aufgabenbereich des Gesundheitsführers. Alles was nicht unmittelbar zur Gesundheitspflege gehöre, wie z.B. Sippenforschung, Volkspflege, Minderheitenbetreuung usw. falle nicht in das Aufgabengebiet des Gesundheitsführers, sondern gehöre in die Abteilung innere Verwaltung. Der Gesundheitsführer sei ausschließlich zuständig für alle Fragen der Gesundheitspflege und ihm unterstehe auch das Rote Kreuz im Gebiete des Generalgouvernements. Er könne bei allen Maßnahmen auf die volle Unterstützung des Generalgouverneurs rechnen.

Dr. W a l b a u m hält dem Herrn Generalgouverneur Vortrag über den gegenwärtigen Stand der Seuchengefahr im Generalgouvernement. Eine akute Gefahr sei zur Zeit als nicht gegeben zu erachten. Allerdings sei die Tatsache zu verzeichnen, daß die Deutschen in höherem Maße gefährdet seien als die Polen, bei denen eine gewisse Immunisierung gegen die Seuchen vorhanden sei. So habe die Ruhr bei den Deutschen 10% Todesfälle, bei den Polen nur 3% zur Folge gehabt. Die Meldungen über den Ausbruch von Seuchen erfolgen auf Grund des bisherigen polnischen Seuchengesetzes, das ähnliche Bestimmungen enthalte, wie das deutsche Seuchengesetz. Nach Eingang der Meldungen werden dann die Seuchenherde in entsprechender Weise abgeriegelt. Als Schutzmittel gegen Typhus habe man die Impfung, schwieriger dagegen sei die Bekämpfung des Fleck-

fiebers

fiebers, für das aber nunmehr auch ein Serum gefunden sei, dessen Herstellung allerdings sehr kostspielig und zeitraubend sei. Der Gefahr der Verschleppung der Seuchen bei den Umsiedlungstransporten habe man dadurch vorzubeugen versucht, daß die Züge immer nur zu Transporten in einer Richtung benützt werden und dann leer an ihren Ausgangsort zurückkehren.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erkundigt sich nach der Zahl der im Generalgouvernement tätigen deutschen Ärzte.

Dr. W a l b a u m gibt als Zahl der Ärzte einschließlich der Krankenhausärzte 16 an. Die polnischen Ärzte kämen nur für die Betreuung der Polen, aber nicht für die Deutschen in Frage. In Krakau bestehe ein deutsches Krankenhaus, an dem ein Chirurg und ein Internist tätig seien.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r verfügt die Unterstellung des Herrn Dr.Fischeder unter den Gesundheitsführer Dr.Walbaum.

Dr. W a l b a u m berichtet über das Heilbad Grinitza, das die Heilwirkung einer Reihe deutscher Bäder wie Pyrmont, Mergentheim und Kissingen in sich vereinige.

Der Herr Ge n e r a l g o u v e r n e u r regt an, eines der dort befindlichen großen Häuser für das Amt des Generalgouverneurs zu reservieren.

11^{45} Uhr Generaldirektor A r e n d t s meldet sich beim Herrn Generalgouverneur ab.

12^{00} Uhr Die Herren H a s s e l b l a t t und von S t a - d e n halten dem Herrn Generalgouverneur Vortrag über den Stand der Umsiedlung der Deutschen aus den Baltenländern und erwähnt hierbei die im Generalgouvernement ansässigen 12 bis 15 baltendeutschen Majoratsbesitzer, deren Güter 1919 ohne Entschädigung konfisziert worden seien.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r regt an, ihm hierüber schriftliche Vorschläge zu unterbreiten; vielleicht sei es möglich, für irgend eine Entschädigung zu sorgen. Die Ansiedlung dieser baltendeutschen Gutsbesitzer in der Gegend von Krakau sei als wünschenswert zu bezeichnen, da es sich hierbei um Leute handle, die mit der Härte des Ostens vertraut seien.

12^{15} Uhr Gesandter von W ü h l i s c h teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß der Papst den Wunsch geäußert habe, für die notleidenden Polen etwas zu tun. Er übergibt dem Herrn Generalgouverneur ein Schreiben des apostolischen Nuntius.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r verfügt, daß die Durchführung dieser Hilfsaktion nicht durch kirchliche Organisationen, sondern durch das Rote Kreuz und die Volkswohlfahrt zu erfolgen habe. Die eingehenden Spenden werden registriert und es werde dafür gesorgt,

daß

daß sie ausschließlich hilfsbedürftigen Polen katholischen Glaubens zugute kommen.

12[30] Uhr Reichsamtsleiter Freiherr du P r e l berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Tagesereignisse und teilt mit, daß der als Kenner der Ostfragen bewährte Leiter der hiesigen DNB-Stelle, Nehring, abberufen worden sei. Auf Vorschlag des Reichsamtsleiters du Prel verfügt der Herr Generalgouverneur folgendes Telegramm an den Vorstand des Deutschen Nachrichtenbüros, Dr.Albrecht-Berlin:

> Zur Erfüllung der im Osten gestellten schwierigsten Aufgaben benötige ich dringenst den bisherigen Leiter der hiesigen DNB-Stelle, Nehring, der als einzigartiger Kenner der deutschen Ostverhältnisse bisher hier erfolgreich die Verbindung zur Reichspresse hergestellt hat und der ohne mein Wissen plötzlich abberufen wurde. Ich bitte, ihn unverzüglich zurückzubeordern oder mir zu melden, warum die Rückbeorderung auf Schwierigkeiten stößt, damit ich Schritte ergreifen kann, um seine umgehende Rückkehr zu veranlassen.

Rücksprache des Generalgouverneurs mit dem Gesandten von Wühlisch am 20.Dezember 1939.

Unter anderem wurde dem Generalgouverneur die Tatsache der Beschwerde der Regierung der Sowjetunion darüber mitgeteilt, daß aus dem Generalgouvernement immer wieder Juden in die Sowjetunion von amtlichen Organen des Deutschen Reiches abgeschoben werden.

Der Herr Generalgouverneur ermächtigte den Herrn Gesandten von Wühlisch, direkt dem Herrn SS-Obergruppenführer Krüger mitzuteilen, daß jede derartige Aktion auch künftig völlig zu unterbleiben habe. Die Beschwerde der Sowjetunion ist völlig ernst zu nehmen und es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß durch derartige Aktionen das notwendige freundschaftliche Verhältnis zwischen der Sowjetunion und Deutschland getrübt würde.

Krakau, den 20.Dezember 1939.

Frank Dr.

20/3 Hdh

Inhaltsverzeichnis

zu

Band I

des Tagebuchs.

A.

	Seite
Abteilungen im Amt des Generalgouverneurs (Reichsschema)	43
Abwehr von Gewalttaten	16
Ältestenrat s.Juden	
Akademie für Deutsches Recht	32
Amtsbetrieb	17
Almosenunterstützung	11
Amtsapotheke	5
Angstpsychose bei der polnischen Bevölkerung	6
Anmeldepflicht von Ausländern	99
Arbeitsbedingungen der Polen	18

	Seite
Arbeitsdienstpflicht	
Einsatz d.A. im Generalgouvernement	101
Arbeitsdienstführer	102
Arbeitsdienstunterführer	103
Arbeitsentgelt	11
Arbeitsfront	95
Arbeitslöhne	12
Arbeitslosenhilfe	101
Arbeitslosenunterstützung	11,18
Arbeitslosenversicherung	16
Arbeitsmarkt	
in Polen	101
Arbeitspflicht	
der Polen	8,16,18,32,41,101
Arbeitstagung	
der Landwirte des Distrikts Krakau	40
Arbeitszwang	s.Juden
Arzt	
Dr. Fischeder	4
Ärzte	s.Gesundheitswesen
Aufdruckmarken	s.Post

		Seite
Aufbaugebiet		84c
Auffanglager		55
Ausfuhr		96
Ausländer	s.Anmeldepflicht	

B.

Bahnschutz	s.Ostbahn	
Baltendeutsche	s.Umsiedlung	
Banknoten		
Entfernung des polnischen Adlers		33
Bankpolitik		45
Bankwesen		98
Bau		28
Beamte		
Besoldung		84a
Club der Beamten		3
gesundheitliche Betreuung		5
Kleidergeld		41
Lebensmittelversorgung		20
pensionierte polnische Beamte		4
polnische Beamte		8
Rangordnung		99
Wohnungsbeihilfe		41

		Seite
Begleitkommando		9
Bergakademie		58
Bergwerke		
Bergwerksanteile)		98
Bergwerksgerechtsame)		
Beschlagnahme		29,34
durch polnische Dienststellen		34
des Vermögens des ehem.polnischen Staates		34
Beschlagnahmeverfügung		24
wilde Beschlagnahme		11
Besichtigungsreise		74
Beskidengesellschaft		84d,86,89,96
Bestallungsurkunden		
für Gouverneur Dr. Fischer		13
für Reichsamtsleiter Dr. Heuber		16
Bevollmächtigter		
des Generalgouverneurs in Berlin		9,16,43
Bewerbungsgesuche		7
Bilgoraj		
Wälder von Bilgoraj		10
Branntwein	s.Monopole	
Brennereiverbot		47
Briefmarken	s.Post	

Seite

Brotgetreide s.Landwirtschaft

Brücken
Wiederherstellung 6

Buchner, SS-Hauptsturmführer
Dienststellung 17

Burg zu Krakau 11,12,38,40,94

Burgwache 49

Bürgermeister, polnische 26

D.

Darlehn
Aufnahme von Darlehn durch die Gemeindeverbände 4

Depositenbank
des Generalgouvernements 34

Deutsche Ostlandzeitung s.Presse

Diplomaten
Diplomatische Vertretung in Warschau 6
ausländische Diplomaten 49

Distrikt
als Unterabteilung im Haushalt des Generalgouvernements 3

		Seite
Distriktchef		10,13
Schmidt (Lublin)		10
Disziplinarstelle		8
Dombrowa		
Grenzziehung		4
Kohlegebiet		36,39
Druckmaschinen	s.Presse	
Druckstöcke	s.Währung	

E.

Einfuhr		96
Einreise		
in das Generalgouvernement		25
Einreiseausweis		61
Einsatzkommando		57
Einwandererzentrale		52
Einzug		
des Generalgouverneurs in Krakau		11
Eisenbahnwesen	s.Ostbahn	
Emissionsbank		33,45,84a,97

	Seite
Erdgas	71
Erdöl	86
Besichtigung d. Erdölgebiets in Westgalizien	70
Bohrgeräte	84c
Erdölgewinnung	84
Erdölgewinnungsrechte	98
Jaslower Erdölgebiet	84c
Ölmangan	90
Ölraffinerie	71
Produktionssteigerung	89
Ernährung	
Ernährungslage	6,10,11
Ernährungsprogramm	57
Etat s.Haushalt	

F.

Fabriken	
Weiterbetrieb	30
Feldbestellung s.Landwirtschaft	
Fernschreibeverbindung s.Post	
Filmwesen	23,94
Finanzinspekteure s.Steuern	

	Seite
Finanzwesen	
Finanzbedarf	6,58
Finanzgebahrung	3
	3
Fischeder, Dr., Arzt beim GG.	4,107
Flüchtlingsfragen	26,64
Forstwirtschaft	
Bewaffnung der Forstbeamten	99
Forstfrevel	14
Waffenablieferung d.poln.Forstmeister	14
Waldschutzstreifendienst	14
Freiheitstag, polnischer	52

G.

Gastspiele	s.Theater
Geflügel	s.Landwirtschaft
Geheime Staatspolizei	43
Geldüberweisungen	s.Post
Gemeindeverbände	
Aufnahme von Darlehn und Krediten	4,16
Gemeinschaftsspeisung	21

		Seite
Gendarmeriebeamte		54
Generalbevollmächtigter	s.Reichskanzlei	
Generalgouvernement, Aufbau		42
Generalgouverneur		
Amt des Generalgouverneurs		43
Gesetzgebungsrecht im Generalgouvernement		82
Gestütverwaltung		83
Gesundheitswesen		103
Ärzte		107
Betreuung der Beamten		5
Gesundheitsführer		106
Seuchengefahr		106
Getreidelager	s.Landwirtschaft	
Getreideeinfuhr	s.Landwirtschaft	
Gewalttaten, Abwehr		16
Ghetto	s.Juden	
Gnadenrecht	s. Rechtspflege	
Goebbels Dr., Reichsminister		
Besprechung in Lodsch		21
Gogolin, Führerhauptquartier		1
Goralen		40,59

Seite

Gottesdienst
in der Kathedrale der Burg 13

Gouvernementsbank
s. Landesdepositenbank

Grenzen 29,33,56
Grenzbrücken 63,71
Grenzeinteilung 54
Grenzkommission dtsch.-russ. 2
Grenzkontrolle a.d.russ.Grenze 25
Grenzschutz 80
Grenzsperre 60
Grenztafeln 7,12
Grenzverhandlungen 2
Grenzverkehr 80
Grenzziehung) 4,36,61
Reichsgrenze)
Sperrung der Grenze nach Ostpreußen 39
Verwaltungsgrenze 61

Güterwagengemeinschaft
s. Ostbahn

Guthaben 97

H.

Von Haller
Vertreter des Reichsministers Dr. Seyß--Inquart beim Bevollmächtigten in Berlin 27

Hartgeldumlauf s.Währung

Haushalt
des Distrikts Krakau 12
Totale Regelung 3

Heuber Dr., Bevollmächtigter
Bestallungsurkunde 14

	Seite
Hetzplakate	52
Hilfskommitee, polnisches für Warschau	39
Hilfswerk, polnisches	105
Höchstpreise	20,24
Holzwirtschaft	14

I.

Industrie	
Industrieplan	30
Inventuraufstellung	45
Roh- u. Grundstoffindustrie	44
Rüstungsindustrie	45
Verbrauchsgüterindustrie	45
Infanterieregiment 9	1
Internationales Komitee d. Roten Kreuzes s.Rotes Kreuz	

J.

Juden	
Abschiebung von Juden i.d.Sowjetunion	110
Ältestenrat	55
Arbeitszwang	8,32,44
Behandlung der Juden	26
Einbringung von J. a.d.neuerworbenen Reichsgebieten in das GG.	19
Erschießung von Juden	7
Ghetto	39
Kennzeichnung	53

		Seite
Juden		
	Pensionszahlung	4
	Rückkehr nach dem Distrikt Lublin	10
	Straßenarbeiten	44
	Zahl der Juden in Lodsch	6
Junod	s.Rotes Kreuz	

K.

Kabellager		7
Kabelverbindung nach Krakau		7
Kartoffellager	s.Landwirtschaft	
Kasino für die Beamten und Angestellten		3,41
Kasinobauten		41
Kathedrale		
	auf der Burg zu Krakau	13
Keck, Küchenchef		3
Kirchen		
	evangelische Kirche	86
	griech.orthodoxe Kirche	85
	griech.unierte Kirche	85
	katholische Kirche	46,85
	katholische Priester	47
	Priesterseminare	22,46,86
Kleidergeld	s. Beamte	
Kohle		30
Kohlepreissteigerung		36
Kohlenversorgung	s.Ostbahn	

		Seite
Konsularische Vertreter		49
Kraftpostlinien		5
Krafträder für die Distrikte		11
Kraftwagenbezeichnung		12
Krakau		
Deutsche Regierungszentrale		81
Krakauer Zeitung	s.Presse	
Kreditbank		45,84a
Kreditkasse		16
Kreiseinteilung		54,60
Kriegsgefangene, polnische		92
Kriegsgerichtsurteile	s.Rechtspflege	
Krynica, Heilbad		
der Deutschen		24
der Polen		21
Kunstschätze		
Überführung ins Reich		38
Kupfer		6
Kurierdienst		5
Kurierkompanie		27
Kutno		
Grenzziehung		4
Verbleib im G.G.		4
		39

Seite

L.

Dr. Lammers, Reichsminister
Chef der Reichskanzlei 32

Landarbeiter, polnische 66

Landesdepositenbank
als Gouvernementsbank 33

Landräte
Richtlinienfür die Verwaltungsarbeit 40

Landwirtschaft 76
Ausfuhr von Geflügel 45
Feldbestellung 45
Forschungsinstitut 76
Futtergetreide 45
Kartoffeln 45
Kartoffellager 45
Landwirtschaftliche Maschinen 76
Landwirtschaftliche Preise 76
Zentralstelle für Einfuhr von Brotgetreide aus dem Reich 45
Zuschuß an Brotgetreide 45

Lastkraftwagen
für die Distrikte 11

Lautsprecheranlagen s. Rundfunk

Lebensmittellager 12,55

Leermaterial s. Ostbahn

Lemken 40

	Seite
Lodsch	
Einbeziehung in das Generalgouvernement	61
Grenzziehung	4
Übersiedlung der Verwaltung nach Lodsch	1
Verbleib im Generalgouvernement	39
Lotterie	30
Luftwaffe	
Flugplätze	37
Lysa Gora	
Kranzniederlegung an deutschen Heldengräbern	74

M.

Militärgerichte	
Zuständigkeit bei Sabotageakten	38
Militärverwaltung	1
Ministeramt	10
Monopole	4,6,29,30,33, 44,84
Branntweinerzeugung aus Kartoffeln	47
Mineralölmonopol	84a
Zuckermonopol	41,77
Zündholzmonopol	31

N.

Nachrichtenübermittlungswesen	s.Polen
Nehring	
Leiter der D.N.B.-Stelle	109
Noten	s.Währung

	Seite
N.S.K.K.	61
N.S.K.K.-Kompanien	27
N.S.V.	39,56,83,104,99
Polnische N.S.V.	99
O.	
Oberverwaltungschef	1
Organisationsstab	1
Ortsbezeichnung	12
Ostbahn	
Aufsicht des Reichsverkehrsministeriums	35
Autonomes Gebilde	42
Bahnschutz	36
Betriebsdirektionen	42
Eisenbahnmaterial	35
Eisenbahnwesen im G.G.	57
Generaldirektion	35
Güterwagengemeinschaft	35
Haushalt	57
Kohlenversorgung	36
Leermaterial	36
Sonderzug für den G.G.	35
Tarifmaßnahmen	35
Verkehrsverbindungen zwischen den Distriktstädten	36
Vermögen als Sondervermögen	35
Vorortverkehr von Warschau	42
Wiederherstellung des Bahnbetriebes	46
Ostlandzeitschrift	s. Presse
Ostwall	90

Seite

P.

Dr. Paersch s. Reichsbank

Palais Blanca in Warschau 2

Papst

Hilfe für notleidende Polen 108

Paßstelle 25,61

Pelze 6

Pensionszahlungen 4

Personalamt 7

Personalanforderungen 16

Personalreferat 43

Pferde

Aufzucht 83,92

Musterung 76

Warmblutgestüte 83

Pioniertruppen

für die Herstellung gesprengter Brücken 6

Polen

Arbeitslosenunterstützung 18

Arbeitslosenversicherung 16

Arbeitspflicht 8,16,18

Beschäftigung i.d.unteren Stellen der Verwaltung 40

Bezahlung 4

Nachrichtenübermittlungswesen 22

Polenpolitik 55

	Seite
Polizei	
Allgemein	16,60
Einsatz im G.G.	6,43
Einwandererzentrale	52
Kasernierung	44
Polizeikräfte	25
Polnische Polizei	43
Sicherheitsdienst	80
Sicherheitspolizei	80
Verstärkung von Polizeibataillonen	53
Volksdeutsche als Polizeiverstärkung	44
Posen	
Übernahme der Dienstgeschäfte in Posen	1
Post	
Aufdruckmarken	5
Briefmarken	5,78
Briefverkehr	78
Fernbriefverkehr	60
Fernschreiberverbindung	5,19
Fernsprechleitungen	19,49
Geldüberweisungen	60
Nachrichtenmittel, Ausbau	49
Postamt i.d.Burg zu Krakau	5
Postgüter	48
Postkontrolle	60
Postnetz für den Dienst des Generalgouvernements	5
Postsparkasse	19,33
Postverkehr, privater	60
Postzustellung durch Polen	5
Verordnung über Post- und Fernsprechwesen	16
Preisbildung	24,62

		Seite
Preisregelung		62
Preisstop		11,12,20
Preisüberwachung		20
Dr. Frhr. du Prel	s. Presse	
Presse		
Allgemein		8,9
Amtsverlag		41
Beschlagnahme von Druckmaschinen		94
Deutsche Ostlandzeitung		23,46
Deutscher Rechtsverlag		42
Krakauer Zeitung		36,41,62
Polnische Zeitungen		46
Pressechef Dr. Frhr. du Prel		38
Verlagsamt		36,58
Verlagsgesellschaft		41
Warschauer Zeitung		36,41
Zeitschriftenabsatz		41
Priester	s. Kirche	
Priesterseminare	s. Kirche	
Propaganda im Amt des G.G.		22
Przemysl		63

Qu.

Quäker		56
Quäkerspeisung		38

Seite

R.

Rangordnung s. Beamte

Raumordnung 90

Rechtspflege
- Registerrecht 66
- Urteile der Kriegsgerichte 79

Registratur, Zentrale im Amt des G.G. 43

Reich
- Abteilung für reichswichtige Angelegenheiten im Amt des G.G. 81

Reichsbedarf
- Sicherstellung 84b

Reichsbank
- Dr. Paersch, Bankdirigent 33

Reichsinteresse 13,62

Reichskanzlei
- Generalbevollmächtigter 32

Reichskreditkasse
- Gewährung von Vorschüssen 4

Reichswirtschaftsministerium 95

Reichsverteidigungskommissar 84d

Requisitionen, militärische 34

Rohstoffe, militärische 30

Rohstoffversorgung 65

Rohtabaklager s. Tabak

	Seite
Rotes Kreuz	
Internationales Komitee	69
Junod, Schweizer Vertreter des Internationalen Komitees	69
Rotwild, Abschuß	14
Rosenberg (Schlesien)	1
Rundfunk	
Allgemein	5,23,67
Beschlagnahme von Radiogeräten	46
Lautsprecheranlagen	21,46
Programm	67
Sender Warschau und Krakau	67
Rundfunkhaus in Krakau	94
Rüstungsbetriebe	65
Rüstungsindustrie	77
Russische Grenze	s. Grenze

S.

Saline	30
Salzvorräte	30
Schickedanz,	
Generalbevollmächtigter für die Reichskanzlei	32
Schlumprecht, Ministerialdirektor	26,84c
Bestellung zum Leiter der Abteilung Wirtschaft	25
Schoberhof	73
Schrott	6
Schulen, höhere	22

		Seite
Selbstverwaltung		54
Aufsichtsbehörde		55
Seuchen	s.Gesundheitswesen	
Sicherheitsdienst im G.G.		8,43
Sicherheits- und Begleitkommando		9
Sicherheitsfragen		11,24,27
Sicherheitspolizei	s.Polizei	
Dr. Siebert, Landrat		
Meldung zum Dienstantritt		26
Siedlungsprogramm		35
Sondergerichte		66,79
Sonderzug für den G.G.	s. Ostbahn	
Sowjetunion		110
Sosnowitz		39
Sozialrecht		
Starosten		55
Steuern		44
Finanzinspekteure		69
Steuerrecht		69
Steuerverwaltung		69
Strafvollzug		79
Straßenarbeiter	s.a. Juden	44

		Seite
Straßenbau		28,87
Straße Krakau-Bielitz		87
Straße Krakau-Kielce		87

T.

Tabak		29
Anbaugebiet		47
Handel		47
Rohtabaklager		47
Schmuggel		47
Tankstellenerrichtung		27
Tarifmaßnahmen	s.Ostbahn	
Technische Nothilfe		66,82,87
Telefonische Verbindung mit den Distriktschefs		5
Telefonleitungen	s. Post	
Theater		
Gastspiele		23
Totenkopfverbände		43
Treuhandstelle		29,34,97
Treuhandstelle Ost		34,68,84b
Treuhänder Winkler		34,68

Seite

U.

Ukrainer
Allgemein 40,48
Schulen 48
Trachtengruppe 71
Volksgruppe 57

Umsiedlung 19,28,44,64,78, 108

Uniform
Uniform d.polnischen Kriegsgefangenen 92

Unterweichsel s.Wasserstraßen

Urteile s.Rechtspflege

V.

Verbindungsoffizier zum O.K.W. 38

Verkehr 27

Verkehrsverbindungen s.Ostbahn

Verlagsamt s.Presse

Verlagsgesellschaft s.Presse

Vermögen des polnischen Staates 34

Vermögensverwaltungsrecht für die Großstädte 3

Vierjahresplan 96,97
Generalbevollmächtigter 84a

	Seite
Volksdeutsche	
Aussiedlung aus der Sowjetunion	49
Ausweise für Volksdeutsche	50
Betreuungszuständigkeit	50
Empfang von Führern der Volksdeutschen	52
Flüchtlingslager für Volksdeutsche	52
Hilfspolizisten	39
Jugend der Volksdeutschen	52
Lebensmittelversorgung	93
Mittelstelle	20
Rücksiedlung ins Reich	49,52
Winterlager zur Unterbringung von V.	100
Volkskunde	
Sicherstellung volkskundlichen Materials	56
Volkstumsfragen	60
Vorortverkehr	93
Vorräte	s.Ostbahn
Anhäufung von Vorräten durch militärische Dienststellen	34

W.

Währung	
Allgemein	29
Druckstöcke	33
Hartgeldumlauf	33
Währungsverordnung	33
Zeichnung der Noten	33
Verhältnis zwischen Zloty und Reichsmark	33
Zloty-Noten	33
Zloty-Währung	34

		Seite
Waffenerlaubnisschein		14
Waffenablieferung		
	der polnischen Forstmeister	14
Warenverknappung		12
Warmblutgestüte	s.Pferde	
Warschau		11
	Nichtwiederaufbau der Stadt	38
	Orchester, Warschauer Philharmonie	23
	Schloß in Warschau	38
Warschauer Zeitung	s.Presse	
Wasserstraßen		
	Unterweichsel	29
	Weichselregulierung	35
Wawel		12
Wegebezeichnung		12
Wehrwirtschaftliche Betriebe		65
Weisungstafeln		12
Werkschutz		78
Winckler, Treuhänder		32,34
Winterhilfsorganisation, polnische		56
Winterlager	s.Volksdeutsche	
Wirtschaft		45
Wirtschaftspolitik		56,62
Wohnungsbeihilfe	s.Beamte	

		Seite
Wohnungsfrage		14
Wolhyniendeutsche		50,83
	Z.	
Zakopane		59
Zeitschriftenwesen	s.Presse	
Zigaretten		
Allgemein		30
Fabrikation		47
Preis		48
Zigarren		
Allgemein		48
Fabrikation		31
Zloty-Noten	s.Währung	
Zölle		4,58
Zollgrenze		31,54
Zuckermonopol	s.Monopole	
Zündholzmonopol	s.Monopole	

Personelles Inhaltsverzeichnis

zum

T a g e b u c h 1 9 3 9

Alexandrow, Ministerialdirektor
Führer der sowjetrussischen Grenzkommission 2

Arendts, Generaldirektor 108

von Barckhausen, Generalleutnant 64. 77

Bauder, Präsident 87

Beck, Präsident der Ostbahn 42. 45

Becker, Generalmajor der Ordnungspolizei 19. 49. 54. 60. 64

Becker, Direktor der Beskidengesellschaft 89

Beckerle, SS-Obergruppenführer
Polizeipräsident von Lodsch 6

Benninghoff, Hauptmann 6

Blaskowitz, Generaloberst 29

Boeck, Justizinspektor 93

Bomhardt, Generalmajor der Ordnungspolizei 53. 54

Buchner, SS-Hauptsturmführer	9. 17. 94
Büchner, Landgerichtsrat	46. 85
Bücks, Generalleutnant	75
Dr. Bühler, Ministerialrat, Amtschef	8. 9. 10. 16. 30. 39. 40. 41. 43
Dr. Bühler, Ministerialdirektor	49.51. 56. 58. 60. 67. 68. 72. 76
Burmeister, Ministerialrat im Reichsfinanzministerium	41. 58
Dr. Cuhorst, Stadtpräsident	75
Dahlgrün, Oberregierungsrat	3. 58
Daluege, General der Polizei	27. 53
Diebitsch, SS-Standartenführer	90
Dr. Dittmar (Reichserziehungsministerium)	60
Dürr, Ministerialrat	62
Eggersdorf, SS-Sturmbannführer SD-Führer	80
Dr. Eißfeldt, Oberlandforstmeister	13. 14
Dr. Emge, Professor, Vizepräsident der Akademie für Deutsches Recht	32. 38

Fegelein, SS-Standartenführer	57. 83
Dr. Fischeder, Arzt beim Gen.Gouverneur	4
Dr. Fischer, Gouverneur	6. 9. 10. 11. 13. 39. 40. 74
Dr. Fischer, Gauamtsleiter	21
Flugbein, General	75
Dr. Frank, Reichsminister, Generalgouverneur	1
Reichsverteidigungskommissar	84d
Dr. Frauendorfer, Reichsamtsleiter	16. 18. 41. 54. 55. 68. 101
Funk, Reichswirtschaftsminister	84a
Dr. Gaeb	32
Ganser, Oberregierungsrat	78
Gauweiler, Reichsamtsleiter	32
Glöckner, Direktor der Beskidengesellsch.	89
Dr. Goebbels, Reichsminister	21
Göring, Generalfeldmarschall	84a
Dr. Grünewald	7
Gudewill, Oberstleutnant	19

von Haller, SS-Hauptsturmführer	27
Hampe, stellv. Chef der Technischen Nothilfe	87
Hasselblatt, Umsiedlungskommissar	108
Heiler, SS-Oberführer	88
Herbst	32
Herrmann, Landesführer der Technischen Nothilfe	66. 82. 87
Dr. Heuber, Reichsamtsleiter, Bevollmächtigter	7. 9. 10. 16. 32. 39
Heusinger von Waldeck, Chefadjutant bei Reichsminister Goebbels	21
Hilbert, General	58
Himmler, Reichsführer-SS	2
Hintze, SS-Obergruppenführer	58
Hoefle, Obergruppenführer des NSKK.	27
Dr. Hoffmann	64
Graf Hohental, Legationsrat	63
Hornung, Vertreter der Deutschen Arbeitsfront	95
Hoßfeld, Kommandant des Grenzschutzes	80
Hühnlein, Korpsführer des NSKK.	27

Janowski, SS-Standartenführer (NSV.)	56. 82. 105
Jarmer, Ministerialdirektor	90
Junod, Schweizer Vertreter des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes	69
Kalmus, Kreishauptmann	75. 100
Karanowitsch, Führer einer ukrainischen Abordnung	71
Keck, Küchenchef	3
von Keiser, General	74
Dr. Kittel, Ministerialdirigent	35
Kleinmann, Staatssekretär	35. 40. 57
Köhne, Legationssekretär	69
Körner, Landesbauernführer	45. 47. 57. 76. 82. 92
Kriegler, Präsident (Rundfunk)	67
Krohn, Staatssekretär	16. 18. 66.
Krüger, SS-Obergruppenführer	16. 17. 19. 27. 39. 43. 49. 52. 53. 58. 60. 64. 101
Dr. Lammers, Reichsminister	32
Dr. Lasch, Gouverneur	9. 10. 26. 39. 40. 48. 60. 74

Dr. Lauenstein, Ministerialdirektor	60
Lauxmann, Präsident der Deutschen Post Osten	5. 19. 49. 60. 78.
Lehmann, Ministerialdirektor im OKW.	38
Leutert, Oberregierungsrat	18
Lindner, Führer der Volksdeutschen im Chelmer Land	75
Marotzke, Ministerialdirigent	67
Meisinger, SS-Oberführer	10
Mühlmann, Staatssekretär	40
Müller, Ministerialrat im Propaganda-ministerium	21
Neubacher, Bürgermeister von Wien	73
Neuling, Generalmajor	71
Oberlindober, Führer der NSKOV.	95
Ohlendorf, Landesbaurat	28
Opdenhoff, Reichsamtsleiter	81

Petri, Direktor der Beskidengesellschaft	89
von Pfeffer, SA-Obergruppenführer	51.54. 55. 68
Plodeck, Ministerialrat	62
Dr. Freiherr du Prel, Reichsamtsleiter	8.9.21.30.38.40. 41. 46. 51. 56. 58. 62. 76. 91. 93. 109.
Rau, Oberst (Gestüte)	83
von Rautenkranz, Direktor der Beskidengesellschaft	89
Reinicke, General	92
Rienhardt, Stabsleiter	36. 41
Roßbach, Oberleutnant	51
Dr. Schepers, Oberregierungsrat	36. 38. 82. 90.
Schickedanz, Generalbevollmächtigter für die Reichskanzlei	32. 81. 91.
von Schirach, Baldur, Reichsjugendführer	93
Schlumprecht, Ministerialdirektor	25. 29. 44. 84c.
Schmidt, Gouverneur	10. 30. 60. 75. 78. 104.
Dr. Scholz (Volksdeutsche Mittelstelle)	49
Schönemann, Direktor der Beskidengesellschaft	89
Schwarz, Oberstleutnant	85

Senkowski, Finanzpräsident	30. 31. 47. 60. 69. 80. 84
Dr. Seyß-Inquart, Reichsminister	10. 14. 16. 17. 18. 19. 21. 39. 40. 41. 51. 58. 60. 64. 68. 76. 82. 84. 84a.
Dr. Siebert, Landrat	26. 99. 100. 101. 104.
Spalke, Oberstleutnant	64
Spindler, Finanzpräsident	3. 30. 41. 44. 58. 69.
von Staden (Umsiedlung)	108
Streccius, Generalleutnant	71
Streckenbach, SS-Brigadeführer	8. 19. 25. 60. 80.
Freiherr von Streit, Oberregierungsrat	3
Tolens, Generalarbeitsführer	101
von Tschammer und Osten	64. 85
von Tymen, Referent im Reichswirtschaftsministerium	86
Ulex, General	78

Dr. Walbaum, Obermedizinalrat	105
Dr. Wächter, Gouverneur	10. 11. 12. 13. 39. 40. 48.52. 58. 84. 101.
Dr. Weh, Oberlandesgerichtsrat	30. 69. 98.
Weihenmeier, Kreishauptmann	75
Wille, Ministerialrat	66. 78.
Winkler, Bürgermeister	32. 35. 69.
von Wühlisch, Gesandter	40. 49. 57. 69. 76. 78. 108. 110.
Zetzsche, Geheimrat	56. 62. 69. 82. 84. 86. 95.

END OF

VOL # 1

R.T.

VOL. #2

R 1

Abteilungsleitersitzung am 1. Dezember 1939.

Abteilungsleitersitzung am 1. Dezember 1939.

Abteilungsleiterbesprechung

am Freitag, den 1. Dezember 1939, 16 Uhr,
in der Bergakademie, Mickiewicza 5.

Name	Dienstbezeichnung	Abteilung
Bauder	Präsident	Bauwesen
Spannagel	Bergrat	Bergbau-Abteilung
Dr. Schepers	Ob.Reg.Rat	Raumordnung
Dr. Lenke	Senatspräsident	Arbeit
Tischer	Reg.Oberinspektor	Devisenschutz
Tetzner	Direktor einer Reichsbanknebenstelle	Devisen
Dr. Lauxmann	Präsident	Post
Dr. Saage	Amtsgerichtsrat	Justiz
Lippl	Reg.Baurat	Verkehr
Dr. Randt	Staatsarchivdirektor	Archivverwaltung
Gutbrod	Notar	Personalabteilung
Eckardt	Reg.Baurat	Bauwesen - Hochbau
Hosse	Direktor einer Reichsbanknebenstelle	Geld-, Bank- und Kreditwesen
Büchner	Landgerichtsrat	Abt. f. kirchliche Angelegenheiten
Dr. Wiemann	Ministerialrat	Veterinärwesen
Dr. Walbaum	Obermedizinalrat	Gesundheitswesen
Dr. Zetzsche	Geh.Reg.Rat	Wirtschaft
Körner	Landesbauernführer	Ernährung und Landwirtschaft
Dr. Bühler	Ministerialdirektor	Stab
Dr. Weh	Oberlandesgerichtsrat	Stab
Dr. Siebert	Landrat	Innere Verwaltung
Dr. Mühlmann	Staatssekretär	Erziehung
Schmidt	Ministerialrat	Preisbildung
Dr. Schulte-Wissermann	Oberregierungsrat	Preisbildung
Wegener	Landforstmeister	Abt. Forsten
Noetzold	Landgerichtsrat	Stab
Söller	Amtsgerichtsrat	Stab
Spindler	Finanzpräsident	Abt. Finanzen
Wille	Ministerialrat	Abt. Justiz
v. Wühlisch	Gesandter	Vertretung Ausw. Amt
v. Grolmann	Legationssekretär	Vertretung Ausw. Amt
Dr. Keith	Landgerichtsrat	Stab
Volkmann	Assessor	Stab

B e r i c h t

über die 1. Sitzung der Abteilungsleiter im Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete

Am 1. Dezember 1939

Nach einer einleitenden Begrüßung der Anwesenden durch Herrn Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r wurde in die sachliche Beratung eingetreten.

Amtsgerichtsrat S ö l l e r begann mit Ausführungen über die Raumfrage bezw. über die Unterbringung der einzelnen Abteilungen. Hiernach stehen z.Zt. zur Verfügung:

1. die Bergakademie mit ihren gesamten Räumen,
2. ein gegenüberliegendes Haus mit 70 bis 80 Zimmern,
3. ein Rohbau mit etwa 60 Zimmern, der in ungefähr 6 Wochen beziehbar ist,
4. das gegenüber der Bergakademie gelegene Gebäude, das in ca. 8 Wochen bezugsfertig ist,
5. die Universität mit sehr großen Räumen,
6. noch ein sehr großes Gebäude mit ca. 500 Zimmern, das z.Zt. noch von der SS.-Totenkopfstandarte bezw. Wehrmacht belegt ist.

Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r schlug vor, das Gebäude mit den 500 Zimmern zunächst in Aussicht zu nehmen und festzustellen, ob dies von der SS.-Totenkopfstandarte freigegeben wird. Jn diesem Falle könnte auf die übrigen Gebäude verzichtet werden und diese der Totenkopfstandarte zum Ausgleich zur Verfügung gestellt werden. Ein Bestand von etwa 500 Zimmern zuzüglich den Räumen in der Bergakademie dürfte zunächst für die Bedürfnisse des Gouvernements ausreichend sei

Baurat E c k a r t teilt mit, daß das Parterre und der 1.Stock der Bergakademie in etwa 14 Tagen - falls keine Änderung der Baupläne mehr getroffen würde - endgültig fertig seien. Der 2. Stock sei in etwa 3 Wochen beziehbar.

Reichsminister Dr. Seyß-Jnquart legte nahe, in Übereinstimmung mit dem Hinweis von Ministerialdirektor Dr. Bühler das Hauptaugenmerk auf das große Gebäude mit den 500 Zimmern zu richten. Er wies außerdem auf die Notwendigkeit einer baldmöglichsten Schaffung einer einheitlichen Telefonzentrale hin.

Herr

Herr Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r äußerte den Wunsch, daß jeder Abteilungsleiter im Gebäude der Bergakademie ein Zimmer erhalte, welches nicht groß zu sein braucht, während er grundsätzlich mit seiner Abteilung zusammen in dem großen Gebäude untergebracht werden solle.

Geheimrat Dr. Z e t z s c h e erklärte im Zusammenhang hiermit, daß er für die bei ihm zu errichtende "Treuhandstelle Ost" etwa 20 Zimmer benötige.

Notar G u t b r o d legte in eingehenden Ausführungen über die Personalfrage dar, daß in Zukunft eine Personalbeschaffung nicht mehr durch die einzelnen Abteilungen unmittelbar erfolgen könne, sondern daß diese über die Personalabteilung geleitet werden müsse. Er stellte fest, daß es an mittleren und unteren Kräften fehlt, die Referentenstellen dagegen seien allmählich besetzt. Er regte an, daß jeder Abteilungsleiter einem Herrn seiner Abteilung die Sorge für die Personal- und Verwaltungsangelegenheiten übertrage, damit die Personalabteilung sich ständig an den gleichen Herrn in den einzelnen Abteilungen werden könne.

Oberlandesfinanzpräsident S p i n d l e r erklärte, daß das Personal des Gouvernements sich zusammensetze aus im Altreich beamteten Kräften, die hierher abgeordnet seien und vom Gouvernement selbst angestellten. Eine Einrichtung von Planstellen für die vom Gouvernement selbst Angestellten sei nicht vorgesehen. Diese Angestellten unterliegen der Tarifordnung des Reiches. Sie erhalten jedoch grundsätzlich die gleichen Zulagen wie die hierher abgeordneten beamteten Kräfte. Dagegen sei eine Garantierung der Heimatbezüge für diese Angestellten nicht möglich. Die Zulagen, die für die hier Angestellten erteilt würden, nämlich Wohnungs-, Kleider- und Beschäftigungsgelder usw., seien jedoch so erheblich, daß die Bezüge sich in jedem Falle ausgleichen würden.

Landrat Dr. S i e b e r t erklärte, daß es nicht angängig sei, den hier Angestellten ein geringeres Gehalt zu bezahlen, als sie im Reich bekämen.

Präsident B a u s s unterstützte diese Bedenken und wies auf die großen Schwierigkeiten hin, die eine zu knappe Bezahlung der Angestellten seinerzeit im Protektorat hervorgerufen hat.

Landes-

Landesbauernführer K ö r n e r stellte die Frage, wie es mit den Beamten der öffentlich-rechtlichen Verbände stehe. Der Reichsnährstand verlange bis zum 1.1.1940 eine Erklärung, daß die von ihm gezahlten Gehälter der ins Gouvernement abgeordneten Beamten und Angestellten vom Gouvernement erstattet würden. Präsident S p i n d l e r gibt zur Antwort, daß die Erstattungspflicht des Gouvernements für Beamte und Angestellte der Länder und Gemeinden feststehe. Für die öffentlich-rechtlichen Verbände stehe sie noch nicht fest. Es solle diese Frage großzügig gehandhabt werden.

Ministerialdirektor Dr. S i e b e r t macht auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die aus einer Weiterzahlung der im Altreich an die abgeordneten Beamten gezahlten Gehälter entstehen, wenn im Altreich verschieden bezahlte Beamte im Gouvernement gleiche Funktionen ausüben, beispielsweise wenn ein Landrat und ein Assessor aus dem Altreich im Gouvernement die Stellung eines Kreishauptmannes versehen. Er regt eine interne Besprechung über diese Angelegenheit an.

Notar G u t b r o d bringt Bedenken bezüglich der Wohnungsfrage zur Sprache. Er regt weiterhin an, die Ministerialzulage auch für die in der Provinz des Gouvernements Beschäftigten zur Auszahlung zu bringen. Präsident S p i n d l e r lehnt dies ab, da die Wehrmacht dagegen protestiere.

Reichsminister Dr. Seyß-Jnquart stellt zur Diskussion, ob die Ministerialzulage überhaupt nötig sei, da in Kriegszeiten jeder Deutsche auch finanzielle Opfer bringen müsse. Präsident S p i n d l e r erwidert, daß die Ministerialzulage deshalb gegeben sei, weil einige Beamte sie im Altreich erhielten und andere nicht. Ein Wegfall der Ministerialzulage bei Versetzung ins Gouvernement für diejenigen Beamten, die sie im Altreich erhielten, sei aber nicht durchführbar, weil sonst eine Versetzung eine Schlechterstellung bedeute, der sich alle Beamten zu entziehen versuchen würden.

Ministerialrat W i l l e erhebt ebenfalls Bedenken gegen den Fortfall der Ministerialzulage.

Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r regt eine gemeinsame Unterbringung der weiblichen Angestellten in einem der beschlagnahmten Hotels an.

Oberregierungsrat Dr. S c h e p e r s weist auf die Unterschiedlichkeit der Preise für die Unterbringung und für die Unterkünfte hin.

Ober-

Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h nimmt zu der Praxis des Verordnungswesens Stellung. Er weist darauf hin, daß die Beteiligung der verschiedenen Abteilungen noch nicht hinreichend sichergestellt sei. Die federführende Abteilung müsse schon sehr frühzeitig die beteiligten Abteilungen zu den Vorbesprechungen heranziehen. Der Entwurf solle ihm in 5 Ausfertigungen vorgelegt werden. Diese Ausfertigungen würde er dann den beteiligten Abteilungen zur Stellungnahme zusenden. Danach werde er zu einer Schlußbesprechung laden. Der Abteilungsleiter der federführenden Abteilung müsse die Reinschrift in 3 Exemplaren vorlegen.

Landrat Dr. S i e b e r t weist in der Frage des Verordnungswesens darauf hin, daß hier die Verhältnisse in der Provinz noch einigermaßen durcheinander gingen. Die Distriktschefs gäben eigene Verordnungsblätter heraus, deren Jnhalt nicht nur mit den Verordnungen der Gouvernementsregierung häufig nicht in Einklang stünden, sondern ihnen sogar nicht selten direkt widersprächen. Dabei hätten die Distriktschefs selbst gar kein Verordnungsrecht.

Landgerichtsrat B ü c h n e r bittet namens der Abteilung für kirchliche Angelegenheiten bei allen die Juden betreffenden Fragen beteiligt zu werden.

Landrat Dr. S i e b e r t gab einen Überblick über den inneren Verwaltungsaufbau im Gouvernement. Dieses wird gegliedert in 4 Distrikte, deren jeder 10 Kreise enthält. Außer den 40 Kreisen, denen Kreishauptleute vorstehen, gibt es noch einige kreisfreie Städte, denen Stadthauptleute vorstehen. Diese sind nicht etwa die Bürgermeister, sondern stehen neben diesen. Sie sind die Vertreter der Distriktschefs in den Städten. Landrat Dr. Siebert macht dann weiterhin Ausführungen über den Jnhalt der Verordnung vom 28.11.1939 über die Verwaltung der Gemeinden. Jm Anschluß daran wies er besonders auf die Schwierigkeit in der Personalbeschaffung hin. Die Jnnere Verwaltung des Reiches sei ausgeblutet. Es müsse daher auf das Reservoir des hiesigen Personalamts zurückgegriffen werden.

Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r stellt fest, daß der Vertreter der Polizei nicht eingeladen worden ist. Er legt nahe, die Polizei in Zukunft einzuladen.

Reichsminister Dr. Seyß-Jnquart schlägt vor, die Ausbildung der unteren Kräfte der Jnneren Verwaltung im Gouvernement selbst vorzunehmen durch hierzu errichtete Schulen.

Ober-

Oberfinanzpräsident S p i n d l e r gibt einen Überblick über die Finanzverwaltung in Polen. Diese bedient sich in den lokalen Jnstanzen grundsätzlich der polnischen Finanzbehörden, wovon es 125 im Gouvernement gibt. Jn diesen arbeiten die polnischen Finanzbeamten bisher zur völligen Befriedigung der Finanzverwaltung. Von diesen Finanzämtern werden je 5 - 6 zusammengefaßt und einem deutschen Steuerinspekteur unterstellt. Die mittleren Steuerbehörden sind weggefallen, dafür ist die Kompetenz der lokalen Steuerbehörden dementsprechend erweitert worden. Die Zollämter sind dagegen nicht mit Polen, sondern ausschließlich mit Deutschen besetzt, auch in den untersten Stellen. Die Aufstellung der Finanzbehörden hat Ende September begonnen und ist heute bis auf einige ländliche Bezirke im Distrikt Lublin beendet. Bei den Steuerzahlern sind Schwierigkeiten bezw. Steuersabotage in bäuerlichen Bezirken bisher festgestellt worden. Von einer besonderen Strafverordnung wegen Steuersabotage ist jedoch nach Absprache mit Ministerialrat W i l l e bisher abgesehen worden. Die wirtschaftliche Bedeutung der im Gouvernement verbliebenen Teile Polens ist grundsätzlich gering; die wenigen gebliebenen wirtschaftlich bedeutenden Teile haben unter dem Krieg stark gelitten. Der polnische Staat hat vor dem Krieg ein Gesamtsteueraufkommen von 1 Milliarde Mark gehabt. Es ist jedoch vorläufig im Gouvernement höchstens ein Betrag von 100 Millionen Zloty zu erwarten. Hierbei werden die indirekten Steuern einen höheren Betrag erbringen als die direkten Steuern. Aber auch einschließlich dieser dürfte der Betrag von 700 Millionen Zloty nicht überschritten werden.

Landesbauernführer K ö r n e r bittet um Berücksichtigung seiner Abteilung bei Bearbeitung aller Monopolfragen. Bei seinem Referat über die landwirtschaftlichen Verhältnisse Polens nimmt er Bezug auf einen dem Herrn Generalgouverneur selbst am heutigen Tage vorgetragenen und überreichten Bericht. Hieraus ergibt sich, daß im Gouvernement ein Mangel an Brotgetreide, Fett und eventuell auch Vieh zu erwarten ist. Eine nennenswerte Ausfuhr von Lebensmitteln aus dem Gouvernement in das Reich wird in absehbarer Zeit nicht in Frage kommen. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß der Verbrauch der Bevölkerung in Polen sehr viel geringer ist als im Reich. Landesbauernführer Körner lehnte die Einführung von Lebensmittelkarten für das Gouvernement grundsätzlich ab. Den Schwierigkeiten könne am besten begegnet werden durch

eine

eine Festhaltung des Lohnniveaus und durch eine Zulassung der Erhöhung der Preise für einzelne Lebensmittel. Eine solche Erhöhung der Verbraucherpreise wird ganz von selbst einen geringeren Bedarf bei der Bevölkerung hervorrufen. Er wies noch darauf hin, daß, ebenso wenig wie eine Überversorgung der Polen im Gouvernement, eine solche der Angehörigen der deutschen Beamten undWehrmachtsangehörigen im Reich stattfinden dürfe. Das Hinausschicken von Lebensmitteln aus Polen in das Reich müsse grundsätzlich verboten werden. Zur Zeit gingen noch täglich etwa 15 Waggons Lebensmittel aus Polen in das Reich.

Landgerichtsrat N o e t z o l d erklärte, daß die Ausweisfrage für den Einkauf von Lebensmitteln durch die Gefolgschaft des Amtes des Generalgouverneurs nunmehr geregelt sei. Diese Ausweise werden in Zukunft vom Amt des Generalgouverneurs selbst ausgestellt.

Präsident B a u d e r gibt einen Überblick über das gesamte Bauwesen. Dies zerfällt in 3 Abteilungen: Straßenbau, Wasserstraßen und Hochbau. Personalschwierigkeiten ergeben sich hier im wesentlichen allein bei der Abteilung Hochbau. Jn finanzieller Hinsicht sei auf dem Gebiet des Straßenwesens zunächst die Beteiligung der Wehrmacht festzustellen. Jm übrigen unterliegen die größeren Straßen dem Etat des Generalgouvernements, die mittleren dem der Distrikte, die kleinen dem der Kreise. Auf dem Gebiet der Wasserstraßen sind in der Hauptsache einige Berichtigungen im Weichselstromlauf vorgesehen. Auf dem Gebiet des Hochbaus stehen sehr große Aufgaben bevor. Auch hierbei ist zunächst die finanzielle Beteiligung der Wehrmacht zu klären. Präsident Bauder sichert zu, daß bei allen Planungen die Abteilung Finanzen stets grundsätzlich vorher um Rat gefragt wird. Er weist noch darauf hin, daß sehr kritisch die Frage der Schneepflüge sei, da das Dieselöl für die Maschinen dieser Schneepflüge in Zukunft nicht mehr freigegeben werde.

Oberregierungsrat Dr. S c h e p e r s bringt die Frage der Erfassung der mit Verschlußsachen betrauten Personen zur Sprache. Er bittet die Abteilungsleiter, die Personen, die mit solchen Verschlußsachen betraut sind, ihm baldmöglichst zu melden, damit eine vollständige Erfassung vorgenommen werde und diese in ihre Pflichten nochmals besonders eingewiesen werden könnten. Er bittet weiterhin, ihm den Bedarf der einzelnen Abteilungen an Panzerschränken zu melden.

Ministerialrat

Ministerialrat S c h m i d t bittet, die Abteilung Preisbildung bei allen geplanten Maßnahmen rechtzeitig und möglichst frühzeitig zu verständigen, da ohne dieses eine Preispolitik nicht getätigt werden könne.

Regierungsbaurat L i p p l macht darauf aufmerksam, daß die Zahl der zur Verfügung gestellten Autoreifen außerordentlich gering sei, da der hierfür erforderliche Kautschuk nur in sehr geringer Menge vorhanden sei.

Reichsminister Dr. Seiß-Jnquart richtet einige abschliessende Worte an die Versammlung, in denen er seine Befriedigung über den Gang der Arbeitstagung zum Ausdruck brachte.

Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r schließt die Versammlung.

Krakau, den 5. Dezember 1939

Abteilungsleitersitzung am 2. Dezember 1939.

11. N

A n w e s e n h e i t s l i s t e

zur ersten Konferenz der Abteilungsleiter

auf der Burg

am 2.12.1939, 11^{30}

Anwesend:

Name (bitte deutlich!)	Abteilung
Hochmuth	
Dr. Siebert	Amma Kassenabt.
Dr. Lüchtenborg	Erziehung
Hohenner	Personalabteilung
Dr. Lanken	Arbeit
Dr. Klemann.	Veterinärwesen
Walbaum.	Gesundheitswesen.
Fischer.	Luftschutz.
Lützner	Presse
Vogel	Vorbeug.
Dr. Lenkowitz	Abt. Finanzen Gd. d. Mitt.
Hinrichs	Abt Finanzen

Dr. Jahnke — Ob.-Stabsarzt

Klipp — SA-Obergruf.

Schmidt — Hauptamtsleiter d. Hauptamts f. Volkswohlfahrt, SA-Oberf.

Brinckmann (Brinckmann) — Oberbaurat — Bauwesen

W. Schlüter — Amtsverwaltung (Schepers)

Lippert — Forsten (Eichfeld)

Dr. Lautermann — Reg.-Präsident

Schmidt — Landesplanung

" Lohmann — stellv. Angelegenheiten.

Willers (Hille) — Justiz.

Dr. Mehl — Chef d. Amtes

Dr. Rauch (Rauch) — Leiter der Archivverwaltung.

W. Mischke (Wöhlisch) — Gaubeauftr. Amt.

Ernst — Gen.-Dir. d. Anstalten.

Dr. Hedenhoff (Opdenhoff) — Stellv. d. F.

Schürkes — Chef der Reichsmanufaktur

Brüder

Chef des Hauses

Dr Keith (Keith)

Privatkanzlei

(1 Original und 1 Durchschlag angefertigt)

13

Protokoll über die 1.Konferenz der Abteilungsleiter
am 2.Dezember 1939.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k eröffnet die Konferenz mit grundlegenden Ausführungen über die Aufgaben der Regierung des Generalgouvernements. Es sei unbedingt erforderlich, daß der Primat der politischen Aufgaben im Generalgouvernement vor den rein formellen Verwaltungsbelangen aufrechterhalten werde. Hierzu brauche man Männer, die den Mut haben, eine neue Aufgabe auf völlig neuartige Weise zu lösen, die sich von jeder Schablone und jeder Übung freimachen, die sie vielleicht von irgendwoher mitgebracht haben. Was im Reiche stimme, brauche im Generalgouvernement noch lange nicht zu stimmen. Im Generalgouvernement gelte das, was im Reichsgesetzblatt stehe, nicht, es sei denn, daß es in Anwendung der Führerverordnung vom 12.Oktober 1939 geschehe und die Vollmacht hierzu habe nur der Vorsitzende des Ministerrats für die Reichsverteidigung und von dieser Vollmacht werde er nur im Einvernehmen mit dem Generalgouverneur Gebrauch machen. Die endgültige Struktur des Generalgouvernements sei nocht nicht bekannt, eben so wenig wisse man, ob es dauernd Generalgouvernement bleibe. Maßgebend für die Regierungstätigkeit im Generalgouvernement sei der Wille des Führers, daß dieses Gebiet das erste Kolonialgebiet der Deutschen Nation sei. Im Generalgouvernement habe der Standpunkt des Deutschtums zu gelten.

Für die Ordnung des inneren Dienstbetriebes seien folgende Gesichtspunkte zu beachten: Der Generalgouverneur werde künftig im wesentlichen sich nur mit den großen Leitlinien und Entscheidungen, die das Generalgouvernement betreffen

treffen, befassen. Alle Entscheidungen auf diesem Gebiet seien dem Generalgouverneur vorbehalten; bei der Erarbeitung der einzelnen Ergebnisse sei es Aufgabe der einzelnen Abteilungsleiter, mit den übrigen Abteilungsleitern jeweils vorher Rücksprache zu nehmen, damit dem Generalgouverneur ein Ergebnis vorliege, das keiner Debatte mehr bedürfe. Hierbei solle nicht mit langen Denkschriften und ähnlichem gearbeitet werden, sondern alle diese Fragen lassen sich im Wege persönlicher Aussprache rascher und besser klären.

Reichsminister Dr. Seyß-Inquart habe sich bereit erklärt, dem Generalgouverneur einen großen Teil der Arbeit abzunehmen und er sei hierzu auch der berufene Repräsentant. Der Chef des Amtes Dr. Bühler habe die geschäftliche Oberleitung, während Reichsminister Dr. Seyß-Inquart der führungsmäßige Stellvertreter des Generalgouverneurs sei.

Im Interesse der Abwicklung der Geschäfte sei es nötig, daß die Abteilungsleiter entweder in der Bergakademie oder in dem Gebäude das weiter für die Zwecke der Verwaltung in Aussicht genommen sei, dem Pilsudski-Heim, ihren Dienstsitz nehmen. Wenn die Geschäfte so gehandhabt werden sollen, wie es dem Befehl des Führer entspreche, nämlich daß das Amt des Generalgouverneurs die einzige Zentrale in diesem Gebiet sei, dann müsse auch an der zentralen Erledigung nach der technischen Seite hin festgehalten werden.

Grundsätzlich sei noch über die Verwaltung des Generalgouvernements zu sagen: Dieses Gebiet sei als Ganzes eine Beute des Deutschen Reiches und daher sei es nicht angängig, daß dieses Gebiet in seinen einzelnen Teilen ausgebeutet wer-

de, sondern das Gebiet als ganzes müsse der wirtschaftlichen Verwertung zugeführt werden und in seinem ganzen wirtschaftlichen Wert dem Deutschen Volke zugute kommen.

Die Verurteilung eines Erzbischofs und eines Bischofs zur Todesstrafe gebe Veranlassung zu der grundsätzlichen Bemerkung, daß ein totaler Kampf gegen jede Art von Widerstand im Generalgouvernement geführt werde. Die beiden Bischöfe seien zu Recht verurteilt worden, da bei ihnen Waffen gefunden wurden. Wenn trotzdem ihre Begnadigung zur Zuchthausstrafe erfolgte, so seien dafür gewisse andere Erwägungen maßgebend gewesen. Unerwünscht seien Presseverlautbarungen über die Erschießung von Juden mit der Begründung, durch solche Verlautbarungen die Juden abzuschrecken.

Die Sicherheitslage im Bereiche des Generalgouvernements sei nach Angabe der Polizei als relativ gut zu bezeichnen.

Reichsminister Dr. S e y ß - I n q u a r t bespricht die Einteilung des Amtes des Generalgouverneurs in seinen einzelnen Abteilungen und die zukünftige Unterbringung dieser Abteilungen in den beiden hierfür zur Verfügung stehenden Gebäuden Bergakademie und Pilsudski-Heim. Die Unterbringung werde dahin geregelt werden, daß die Regierungs- und Hoheitsabteilungen und die Wirtschaftsabteilungen im Pilsudski-Heim ihr Unterkommen finden. Im wesentlichen solle daran festgehalten werden, daß die Abteilungsleiter bei ihren Abteilungen verbleiben.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank teilt mit, daß er auf der Burg eine eigene Kanzlei eingerichtet und mit ihrer Leitung

den Landgerichtsrat Dr. K e i t h betraut habe.

Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r erklärt, daß die Anfangsschwierigkeiten in der Verwaltungsarbeit überwunden sind und daß anfangs Januar der technische Apparat für die Zentrale der Verwaltung des Generalgouverneurs so weit sein werde, daß er schlagfertig arbeiten könne. Im übrigen seien noch einige Fragen hinsichtlich der Versorgung der Angehörigen des Amtes mit Wohnung, Verpflegung und Unterbringung zu lösen. Es sei zu hoffen, daß auch in diesen Fragen und insbesondere in der Frage der Besoldung ein befriedigendes Ergebnis erreicht werde.

Wichtig sei auch die einheitliche Zusammenfassung des Nachrichtenwesens. Durch die Ernennung eines Nachrichtenoffiziers werde die Gewähr dafür geschaffen, daß bis zum letzten Kreishauptmann und Stadthauptmann eine mehrfache Verwendungsmöglichkeit geschaffen werde. Die Arbeiten auf dem Gebiete des Nachrichtenwesens werden energisch vorwärts getrieben.

Die Frage des Weihnachtsurlaubs für die Beamten des Amtes sei in der Weise gelöst, daß für den Urlaub die Zeit vom 16.Dezember bis 9.Januar zur Verfügung stehe. Jeder Angehörige des Amtes bekomme 7 volle Tage Urlaub zuzüglich der Reisetage, insgesamt höchstens 11 Tage. Am 10.Januar sei die Urlaubsaktion abgeschlossen.

Präsident S p i n d l e r bespricht die Frage der Vergütung für die vertraglich angestellten Angehörigen des Amtes. Grundsätzlich werden diese Vertragsangestellten nach der Reichstariford-
nung bezahlt, wobei zu berücksichtigen sei, daß zu den dort

vorgesehenen

vorgesehenen Sätzen Beträge hinzukommen, die namentlich für die Angehörigen der unteren Gruppen sehr stark ins Gewicht fallen.

Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r fügt hinzu, daß bei den Angestellten mit einem Satz von 120.- bis 160.- RM unversteuerter Zulagen zu den nach der Tarifordnung geltenden Sätzen zu rechnen sei.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k verweist darauf, daß die Gemeinschaftsverpflegung für die Angehörigen des Amtes weiter ausgebaut werde und daß unter diesen Umständen die gewährten Sätze als genügend zu erachten seien.

SS-Obergruppenführer Dr. K r ü g e r bezeichnet es als zweckmäßig, wenn über Vorfälle wie die bereits erwähnte Verurteilung der beiden Bischöfe nicht gesprochen werde, denn es bestehe sonst die Gefahr, daß sich Gerüchte bilden und weit höhere Zahlen genannt werden als tatsächlich in Frage stehen.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k schlägt vor, regelmäßige Besprechungen der Abteilungsleiter vorzusehen und zwar als feste Termine hierfür den 2. Freitag im Monat jeweils nachmittags 1/2 4 Uhr festzusetzen und weitere Besprechungen nach Bedarf einzuberufen.

Abteilungsleitersitzung am 8. Dezember 1939

Anwesenheitsliste.

2. Abteilungsleitersitzung zu Krakau, Burg.
Freitag, den 8.Dezember 1939.

N a m e	Dienstrang	Abteilung
Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k		
Dr. Seyß-Inquart	Reichsminister	Stellvertreter des Generalgouverneurs
Krüger	SS-Obergruppenführer	Höhere SS-und Polizeiführer
Dr. Bühler	Ministerialdirektor	Chef des Amtes
Dr. Siebert	Landrat	Innere Verwaltung
Körner	Landesbauernführer	Ernährung-u.Landwirtschaft
Dr. Walbaum	Obermedizinalrat	Gesundheitswesen
Spannagel	Bergrat	Bergbau
Büchner	Landgerichtsrat	kirchl.Angelegenheiten
Dr.Schepers	Oberregierungsrat	Raumordnung
Dr.Frauendorfer	Hauptamtsleiter	Arbeit
Dr. Wiemann	Ministerialrat	Veterinärwesen
Frerlin	Oberbaurat	Bauwesen
Eckardt	Regierungsbaurat	Bauwesen/Hochbau
Dr. Ganser	Oberregierungsrat	Justiz
von Wühlisch	Gesandter	Auswärtiges Amt
Dr. Weh	Oberlandesgerichtsrat	Chef des Amtes
Fischer	R.O.I.	Devisenschutz
von Tschammer und Osten	Major	Verbindungsoffizier zu Oberost
Dr. Freiherr du Prel	Reichsamtsleiter	Volksaufklärung u.Propaganda
Schickedanz	Stabsleiter	Reichskanzlei
Dr. Zetsche	Geheimrat	Wirtschaft
Dr. Lasch	Distriktschef	Radom
Spindler	Finanzpräsident	Finanzen
Eißfeld	Oberlandesforstmeister	Forsten
Plodeck	Ministerialrat	Wirtschaft
Dr. Mühlmann	Staatssekretär	Erziehung
Hosse	Direktor (Reichsbanknebenstelle)	Geld-Bank-u.Kreditwesen
Dr. Lauxmann	Präsident	Post

N a m e	Dienstrang	Abteilung
Tetzner	Direktor	Devisen
Dr. Rauch	Direktor	
Dr.Schulte-Wissermann	Oberreg.Rat	Preisbildung
Gutbrod	Notar	Personal
Dr. Keith	Landgerichtsrat	Chef d.Kanzlei Burg
Dr. Wächter	Distriktschef	Krakau
Dr. Fischer	Distriktschef	Warschau
Dr. Luxenberg	Landgerichtsrat	
Söller	Amtsgerichtsrat	b.Chef des Amtes

(1 Original mit 1 Durchschlag angefertigt) 21

Protokoll über die 2.Konferenz der Abteilungsleiter
am 8. Dezember 1939.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank berichtet über seine Unterredung mit Herrn Generalfeldmarschall G ö r i n g.

Diese Unterredung habe nach Inhalt und Auswirkung die größte Bedeutung für die Einheitlichkeit der ganzen Verwaltung des Generalgouvernements. Es sei klar, daß im engsten Zusammenhang mit der politischen und verwaltungsmäßigen Führung dieses Gebietes auch das Problem sehr bald akut geworden sei, wie die Gesamtheit der wirtschaftlichen Belange dieses Hoheitsbereiches geregelt werden solle. Ebenso habe Unklarheit darüber bestanden, wer innerhalb des Generalgouvernements für die Führung der Wirtschaftspolitik zuständig sei. Über diese Fragen habe nunmehr die Besprechung mit Herrn Generalfeldmarschall Göring die entscheidende Klärung gebracht dahingehend, daß auch auf dem Gebiete der Wirtschaft der Generalgouverneur als Generalbevollmächtigter des Beauftragten für den Vierjahresplan eingesetzt werde. Diese Ernennung des Generalgouverneurs zum Bevollmächtigten des Beauftragten für den Vierjahresplan habe zur Folge, daß im Generalgouvernement künftig wirtschaftspolitisch nichts geschehen könne, ohne daß der Generalgouverneur seinen fördernden oder hemmenden Einfluß geltend mache./Aufgabe der Dienststelle des Generalgouverneurs als Bevollmächtigten des Beauftragten für den Vierjahresplan sei es, das Beste und dem Reiche Nützlichste aus der Wirtschaft des Generalgouvernements herauszoholen./ Hierbei stehe im Vordergrund die Aufnahme des gegenwärtigen Status der Wirtschaft im Generalgouvernement als Grundlage der

Aufstellung

Aufstellung eines weitschauenden Wirtschaftsprogramms. Das 2. sei die Sicherstellung von Rohstoffen, Maschinen usw. für die Wirtschaft im Generalgouvernement und das 3. die Nutzbarmachung dieser gesamten wirtschaftlichen Potenz im wirtschaftspolitischen Sektor für das Reich durch Aufstellung eines nach Art eines Handelsvertrags zu gestaltenden Übereinkommens bezüglich der Handelsbeziehungen zwischen dem Reich und dem Generalgouvernement.

Reichsminister S e y ß - I n q u a r t teilt aus der Unterredung mit Herrn Generalfeldmarschall G ö r i n g mit, daß der Herr Generalfeldmarschall der Tätigkeit im Generalgouvernement eine besondere Wichtigkeit beimesse. Aus dieser Einschätzung der Arbeit im Generalgouvernement heraus habe der Herr Generalfeldmarschall auch den Standpunkt vertreten, daß die Männer, die in diesen Zeiten einen solchen Fronteinsatz leisten, auch in entsprechender Weise gestellt werden müssen. Es werde dies in Form einer zu den sonstigen Bezügen der hier tätigen Kameraden zusätzlich hinzukommenden Zulage geschehen. Die Einzelheiten hierüber werden noch den Gegenstand besonderer Besprechungen bilden, auf Grund deren dann entsprechende Vorschläge dem Herrn Generalgouverneur und dem Herrn Generalfeldmarschall gemacht werden. Eine gewisse Grenze liege in der Vorschrift, daß das Generalgouvernement sich selbst zu erhalten habe.

Wichtig sei ferner die Frage einer möglichst ökonomischen Personalverwaltung. Es dürfe keine Hypertrophie der Verwaltung entstehen, weil sonst die Gefahr nahe liege,

daß

daß die Beamten zu Bürokraten werden. Das Generalgouvernement in Krakau gebe nur die großen Richtlinien für die Arbeit im gesamten Generalgouvernement; die Verwaltung aber liege bei den Distriktschefs.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k hebt die Bedeutung der Ernennung des Generalgouverneurs zum Reichsverteidigungskommissar für das Generalgouvernement hervor. Es sei klar, daß alles, was im Gebiet des Generalgouvernements geschehe, von größter Bedeutung für die Verteidigungslage des Reiches sei. Der Generalgouverneur werde die Vollmachten, die ihm als Reichsverteidigungskommissar zustehen, in vollem Umfange in Anspruch nehmen.

SS-Obergruppenführer K r ü g e r bespricht die aus der Durchführung der Umsiedlung sich ergebenden Fragen. Seit 1.Dezember laufen täglich mehrere Züge mit Polen und Juden aus den neu zum Reiche gekommenen Gebieten im Bereich des Generalgouvernements ein. Diese Transporte werden etwa bis Mitte Dezember andauern. Von Berlin aus werde zentral ein Plan aufgestellt, damit die Distriktschefs sich darnach richten und auf längere Sicht arbeiten können. Es werde in diesem Plan festgelegt, welche Zahlen von Polen und Juden im Jahre 1940 umgesiedelt werden sollen. Ab Mitte Dezember werden die ersten Transporte von Wolhyniendeutschen durch das Gebiet des Generalgouvernements durchgeschleust bis nach Lodsch, wo sie vorübergehend bleiben, um dann in Quarantäne-Lager zu kommen. Eine Schwierigkeit der Umsiedlungsaktion liege darin, daß das für den neuen Bevölkerungszuwachs innerhalb des Generalgouvernements zur Verfügung stehende Gebiet nach Abzug

dessen

dessen, was für Sonderaufgaben der Wehrmacht usw. gebraucht werde, ziemlich schmal sei.

Die Frage der Zwangsarbeit der Juden könne nicht von heute auf morgen in befriedigender Weise gelöst werden. Voraussetzung hiefür wäre eine karteimäßige Erfassung der männlichen Juden im Alter von 14 bis 50 Jahren. Hierbei müßte geprüft werden, welchen Beruf diese Juden bisher ausübten, denn gerade in diesen Gebieten hätten die Juden verschiedene Handwerke betrieben und es wäre schade, wenn diese Arbeitskräfte nicht nützlich eingesetzt würden. Dazu gehöre aber eine durchgreifende Planung. Vorläufig müßten die Juden in Kolonnen zusammengestellt und dort eingesetzt werden, wo dringender Bedarf vorliege. Diesen Bedarf festzustellen, sei Aufgabe der Distriktschefs.

Die Polizei bekomme Verstärkung durch 4 Polizeibataillone. Der Einsatz erfolge in der Weise, daß jedes Gouvernement ein Bataillon bekomme. Im übrigen sei verfügt worden, daß die Polizeibataillone im Generalgouvernement von Zeit zu Zeit abgelöst und ausgetauscht werden gegen Bataillone in der Heimat. Noch vor Weihnachten erfolge die Ablösung von 4 Bataillonen. Irgendwelche Unsicherheit werde hierdurch nicht eintreten.

Dr. W a l b a u m teilt mit, daß vor wenigen Tagen ein Transport schwer seuchenkranker Kinder aus den jetzt zu Deutschland gekommenen ostoberschlesischen Gebieten unangemeldet im deutschen Krankenhaus in Krakau eingetroffen sei. Es sei Sorge dafür getragen worden, daß solche Vorkommnisse, die schwere Gefahren mit sich bringen, sich nicht wiederholen.

Dr. Siebert

Dr. S i e b e r t erblickt eine Gefahr darin, daß die Verwaltungstrupps am 15.Dezember aus dem Gebiet des Generalgouvernements herausgezogen werden.

Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r erwidert darauf, daß die Meldung eingegangen sei, daß Herr General von B l a s k o w i t z sich damit einverstanden erklärt habe, daß diese Truppen auch nach dem 15.Dezember bleiben und nur allmählich abgebaut werden.

Gouverneur Dr. L a s c h beklagt sich darüber, daß es verschiedene Stadtkommandanten bis heute noch nicht durchwegs erfaßt hätten, daß die vollziehende Gewalt in den Händen des Herrn Generalgouverneurs liege. Es wäre zu wünschen, daß Herr Major von Tschammer und Osten auf einen dementsprechenden Tagesbefehl der Wehrmacht hinwirken würde. Auch die Quartierfrage bedürfe einer grundsätzlichen und einheitlichen Lösung, denn auf die Dauer sei es unmöglich, daß höhere Verwaltungsbeamte in unzulänglichen Räumen untergebracht werden, während die Offiziere die besten Wohnungen inne haben.

Landesbauernführer K ö r n e r nimmt zu der Frage der Pferdemusterungen Stellung und hebt hervor, daß diesbezüglich auf die Belange der Landwirtschaft weitgehend Rücksicht genommen werde. So werde z.B. von der Aushebung tragender Stuten abgesehen, Fohlen bis zu 4 Jahre geschont usw. Die Musterungskommission, die ihre Tätigkeit im Osten begonnen habe, sei nun nach dem Westen verlegt worden und setze von dort aus ihre Arbeit fort.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k richtet an die Abteilungsleiter die Bitte, bis Anfang Januar zu einem Abschluß der aufbauenden Verordnungen zu kommen, damit dann ein festes Gebäude von Vorschriften für alle wichtigen Gebiete bestehe.

Gouverneur Dr. W ä c h t e r äußert den Wunsch, daß beim Erlaß der Verordnungen durch den Herrn Generalgouverneur einer der Distriktschefs beigezogen werde, damit die praktischen Erfahrungen, die draußen gewonnen werden, nutzbar gemacht und dadurch nachträgliche Rücksprachen vermieden werden.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k erkundigt sich nach den Erfahrungen, die von den Distriktschefs mit dem System der polnischen Bürgermeister gemacht wurden.

Gouverneur Dr. F i s c h e r antwortet, daß mit den polnischen Bürgermeistern durch die Kreishauptmänner zusammen gearbeitet werde. Das System habe sich bewährt.

Gouverneur Dr. W ä c h t e r erklärt, daß in seinem Bezirk das gleiche System durchgeführt werde. Über die Frage der Bewährung dieses Systems sei jedoch ein abschließendes Urteil noch nicht möglich.

Präsident Dr. S p i n d l e r beschäftigt sich mit den Fragen betreffend die Uniformierung der Beamten und den sich aus der Materialbeschaffung usw. ergebenden Schwierigkeiten.

Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h bemerkt hierzu, daß das Innenministerium auf dem Standpunkt stehe, daß dem Generalgouvernement allein die Verfügung über die Frage der Uniformierung seiner

Beamten

Beamten zustehe. Beamte, die sich im Reich die Uniform beschafften, seien auf keinerlei Schwierigkeiten gestoßen, da die Bestätigung des Generalgouvernements über die Notwendigkeit der Uniformbeschaffung als Ersatz des Bezugscheines gelte.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k bemerkt abschließend zur Uniformfrage, es solle sich jeder Beamte, soweit möglich, eine Uniform machen lassen.

SS-Obergruppenführer K r ü g e r hält eine grundsätzliche Klärung der Frage der Fahrpreisermäßigung für Angehörige von SS und Polizei für notwendig.

Gouverneur Dr. L a s c h erinnert daran, daß in der Verordnung des Herrn Generalgouverneurs betreffend die Einführung der Arbeitspflicht vorgesehen sei, daß Polen vom 18.Lebensjahr an zur Pflichtarbeit heranzuziehen seien. Erstrebenswert wäre aber auch eine Regelung für die Altersstufe von 14 bis 18 Jahren. Es sei die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß gerade die dieser Altersstufe angehörende Jugend der höheren Schulen eine Quelle des nationalen Widerstandes werden könnte.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k verfügt die Vorlage einer ergänzenden Verordnung, durch die die Arbeitspflicht auch auf die Jahrgänge vom 14. bis zum 18. Lebensjahr erstreckt wird. /

Abteilungsleitersitzung am 19. Januar 1940

Koppert.

29 4/1

(1 Original mit 2 Durchschlägen angefertigt)

A b t e i l u n g s l e i t e r - S i t z u n g.

Freitag, 19. Januar 1940, 10,30 Uhr.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Meine Herren! Wir treffen uns heute zur ersten Sitzung im neuen Jahre. Ich darf diesen Anlaß benützen, Ihnen meine besten Wünsche für Ihre Arbeit in diesem schweren und vielleicht entscheidenden Jahr unseres deutschen Schicksals auszusprechen.

Die Aufgaben, die der Führer dem Generalgouvernement gestellt hat, sind so umfangreich, so schwierig, so vielgestaltig, daß es eines Appells an Sie, sich dieser Schwierigkeit stets bewußt zu bleiben, nicht bedarf. Immerhin können wir sagen, daß ein erster Teil unserer Arbeit hier im Generalgouvernement abgeschlossen ist: der Rohaufbau unserer gesamten Verwaltungs- und Arbeitsorganisation.

Als wir vor wenig mehr als einem Vierteljahr darangingen, die von unseren Truppen eroberten polnischen Gebiete in die Macht- und Verwaltungshoheit des Reichs einzubeziehen, herrschte über Form und Durchführung dieser Aufgabe noch eine Vielfalt von Anschauungen und Erwägungen, die sich erst nach und nach zu ersten Formen und Umrissen klärten. Ein scharfer Querschnitt zieht sich durch das eroberte polnische Gelände: Die eine Hälfte etwa des an Deutschland gefallenen Gebiets wurde dem Deut-

schen Reich als integrierender Reichs- und Staatsbestandteil eingegliedert, mit allen Wirkungen einer solchen Eingliederung. So wurden Posen, Danzig, Westpreußen, große Teile von Oberschlesien deutsches Reichsgebiet. Die andere Hälfte des eroberten Geländes und deutschen Interessengebietes wurde formal nicht Reichsgebiet, aber doch in den Machtbereich des Gouvernements einbezogen.

So befinden wir uns in einem Uebergangsstatus. Noch ist nicht entschieden, welches das endgültige Schicksal des Gebiets des Generalgouvernements sein wird. Aber eins ist sicher: Aus der deutschen Machtsphäre wird dieses Gebiet nicht mehr entlassen werden.

Die endgültige Gestalt und Einbezogenheit dieses deutschen Interessengebiets in die deutsche Machthoheit liegt also in der Zukunft.

Das Generalgouvernement muß sich also ohne Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die sich aus der geschichtlichen Entwicklung ergeben, sein Leben einrichten. Wir kennen bereits die Fülle von Problemen, die fortwährend aufsteigen. Diese Erkenntnis fordert gebieterisch, daß jeder von uns zunächst eine strenge Erziehungsarbeit an sich selbst leistet. Wir alle mußten schon umdenken lernen; wir mußten uns loslösen aus dem Reichsdenken, vor allem dem Reichs-Verwaltungsdenken, dem Parteidenken, um den eigenartigen Kolonialcharakter und -bereich unseres Generalgouvernements mit zielklarer Vorstellung zu erfassen. Wir stehen hier auf staats- und verwaltungsrechtlichem Neuland. Als ich vor wenigen Tagen, am 12. Januar, Gelegenheit hatte, dem Führer in einem zweistündigen Vortrag die

Lage und Entwicklungslinien des Generalgouvernements aufzuzeigen, war es mir doch erfreulich, die anerkennenden Worte zu hören, mit denen der Führer unsere Arbeit hier würdigte. Ich möchte nicht verfehlen, entsprechend seinem Auftrag in seinem Neujahrstelegramm an mich auch Ihnen die Anerkennung und Wünsche des Führers für Ihre Arbeit zu übermitteln.

Die Erziehungsarbeit, die wir in stetem Bemühen an uns selbst leisten, mußten wir auch auf gewisse Reichszentralstellen übertragen. Es ist selbstverständlich, daß die besondere Situation in diesem Ostgelände - hier Reichsgebiet, dort nicht Reichsgebiet - von den etwas schwerfälligen bürokratischen Zentralen der Reichsverwaltungs- Hierarchie nicht ganz so glatt bewältigt werden konnte und kann, wie es notwendig ist. Diese Zentralen gingen einfach von der Maxime aus: Man behandelt das Generalgouvernement als Bestandteil,oder aber als eine Art Kehrichthaufen des Reichs, je nachdem es für das Reich nützlich ist und unmittelbaren Vorteil verspricht,oder aber sich als unangenehme Last erweisen könnte. Im ersteren Fall sichert man sich mit aller Autorität die Beute; im zweiten Fall überläßt man die Sache mit großzügiger Geste und schmunzelnd dem Generalgouvernement.

Auch hier haben wir also Erziehungsarbeit zu leisten gehabt und noch zu leisten. Ich darf wohl sagen: Abgesehen von wenigen hartnäckigen Sündern, die es in letzter Zeit noch zu überwinden galt, hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß es durchaus im Vorteil des Deutschen Reichs liegt, wenn das Generalgouvernement unabhängig und neutral bleibt.

Doch auch unsere eigene grundsätzliche Einstellung zu diesem Gebiet hat sich gewandelt. Am 15. September 1939 erhielt ich den Auftrag, die Verwaltung der eroberten Ostgebiete aufzunehmen, mit dem Sonderbefehl, diesen Bereich als Kriegsgebiet und Beuteland rücksichtslos auszupowern, es in seiner wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, politischen Struktur sozusagen zu einem Trümmerhaufen zu machen. Unter dem Einfluß der Erziehungsarbeit der letzten Monate hat sich diese Einstellung völlig gewandelt. Heute sieht man in dem Gebiet des Generalgouvernements einen wertvollen Bestandteil des deutschen Lebensraumes. Aus dem absoluten Zerstörungsprinzip ist der Grundsatz geworden, dieses Gebiet insoweit mit aller Förderung zu behandeln, als es dem Reich in seiner jetzigen Lage Vorteile zu bringen vermag. Eine wichtige Auswirkung dieses neuen Grundsatzes ist die Einführung des Vierjahresplans in diesem Gebiet, das damit ausgerichtet ist auf das gesamtdeutsche Ziel. Damit sind der arbeitenden Bevölkerung dieses Landes neue Lebensmöglichkeiten erstanden. Es ist mir eine Pflicht, Ihnen zu danken dafür, daß Sie sich bei der Ueberwindung dieser Schwierigkeiten zur Verfügung gestellt und soviel treue Kameradschaft bewiesen haben. Freilich, wir sind noch lange nicht durch; wir sind erst mitten im Aufbau begriffen. Es ist aber zu hoffen, daß wir wenigstens bis zum 1. April, wo die Etatisierung des Gebiets beginnen soll, mit dem Status unserer Verwaltung einigermaßen fertig sein werden.

Im Vordergrund unserer Arbeit stehen nun in aller Klarheit einige Probleme. Die Geschäftsverteilung muß planvoll aufgebaut werden. Die Zuständigkeiten, die gegenseitigen dienstli-

chen Beziehungen müssen in Form gebracht werden. Die Etatarbeiten müssen soweit gefördert werden, daß sie zum 1. April anlaufen können. Die Beziehungen zu den Reichsbehörden und der Abteilungen untereinander müssen ausgeklärt werden. Das Verhältnis des Generalgouvernements als Zivilverwaltungssektor zu den Dienststellen des Heeres hat inzwischen bereits eine erfreuliche Klärung erfahren.

Darüber hinaus aber erheben sich einige Probleme, die besonders vordringlich sind. Ich meine damit vor allem das in diesen letzten Wochen und Tagen immer schwieriger, ja geradezu katastrophal gewordene Verhältnis von Preis, Lohn und Währung. Wir stehen hier mitten in einer Krise, die wir nur mit äußerster Energie, mit einer taktischen Wendigkeit höchsten Grades werden meistern können. Zu diesem Zweck habe ich schon gestern zwei versierte polnische Bankfachleute empfangen. Unsere Stellung zu dem ganzen Problem kann nur folgende sein: Wir wollen der polnischen Bevölkerung eine Chance geben, die polnische Währung in Ordnung zu bringen, obwohl nicht das Deutsche Reich und Volk für das Absacken der polnischen Währung verantwortlich sind, sondern einzig und allein die Mißwirtschaft der polnischen Regierung, die das polnische Gold auf der Flucht mitnahm. Daher ist es zu allererst Aufgabe der Polen selbst, sich im Wege der Selbsthilfe, der wir unseren Schutz gewähren werden, die Währung sicherzustellen. Ich lehne es ab, etwa aus der Zloty-Krise eine allgemeine politische Krisis in diesem Lande werden zu lassen. Dabei muß naturgemäß verhindert werden, daß die Einkommen der im Generalgouvernement lebenden Deutschen,

der Beamten, Angestellten, Soldaten, in die Zloty-Krise mit hineingerissen werden. Zu diesem Zweck werden wir in zunehmendem Maße die Selbstversorgung der Behörden in die Wege leiten müssen. Der deutsche Beamte, Angestellte und Soldat muß mit den Geldmitteln, die ihm zur Verfügung stehen, den notwendigen Lebensbedarf decken können. Diese Aufgabe muß von den zusttindigen Abteilungen mit tunlichster Beschleunigung gelöst werden. Im übrigen bin ich in diesem Punkte optimistisch. Es wird uns, glaube ich, gelingen, den Zloty-Kurs einigermaßen zu halten. Es wird gelingen, dem jüdischen Preiswucher Einhalt zu gebieten. Unsere Polizei wird mit dem gebührenden Nachdruck, durch Abschreckungsmittel aller Art, Aufhängen von Juden an öffentlichen Marktplätzen usw. dem jüdischen Hamster- und Wuchertrieb das Handwerk legen. Hier gilt es, der deutschen Autorität mit jedem geeigneten Mittel zum Siege zu verhelfen.

Ein zweites, schweres und ernstes Problem ist die Kohlenversorgung. Besonders schlimm ist die Lage in einer Großstadt wie Warschau. Warschau hatte zu Beginn des Polenkrieges 1,4 Millionen Einwohner. Seitdem hat ein ununterbrochener Zustrom von Flüchtlingen eingesetzt, und Warschau hat heute 1,8 Millionen Einwohner, also fast eine halbe Million mehr. Die Wohnungsnot ist ungeheuer; bis zu 5oϕ Personen wohnen in einer Fünfzimmerwohnung. Die Zustände sind schauerlich. Aber die Leute leben immer noch lieber in Warschau und fühlen sich dort einigermaßen geborgen, als isoliert auf dem Lande. Der Kohlenvorrat Warschaus war vor drei Tagen auf 700 Tonnen Steinkohlen zusammengeschrumpft, und der Gouverneur Fischer sah sich gezwungen, die Bäckereien usw. zu schließen.

Das Kohlenproblem hängt nun naturgemäß eng zusammen mit dem Transportproblem. Kohlen- und Transportproblem hängen andererseits wieder zusammen mit dem Ernährungsproblem. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir im Generalgouvernement dazu nur sehr wenig tun können. Glücklicherweise können wir die Frage der Kohlenversorgung als gelöst betrachten. Nach einem Bericht, den mir der Leiter meiner Dienststelle für den Vierjahresplan, Generalmajor Bührmann, gestern erstattet hat, kann die Kohlenversorgung des Generalgouvernements nunmehr als völlig gesichert angesehen werden. Die Grube Dombrowa wird monatlich fast 400 000 t bester Steinkohle zur Verfügung stellen. Wir können somit die Kohlenversorgung als gelöst ansehen, sofern es gelingt, daß wir den Dombrowaer Steinkohlenbezirk als Zoll- und Arbeitsinland betrachten können, sodaß wir die Kohlenarbeiter auf der Grundlage des Lohnniveaus des Generalgouvernements beschäftigen können.

Schwieriger liegt das Transportproblem. Hier müssen wir nun jede Hoffnung aufgeben, daß die Eisenbahntransportlage sich in absehbarer Zeit bessern wird. Die Transportlage hat ja auch im Reich ungewöhnlich schädliche Ausmaße angenommen. Die Deutsche Reichsbahn betrachtet das Gouvernement immer noch als Reservoir für ihre Bedürfnisse. Sie hat in den letzten acht Wochen wiederum 430 Lokomotiven aus dem Bereich des Generalgouvernements zur Deckung der dringendsten Bedürfnisse des Reichs weggeholt. Der Bestand der Ostbahn im Generalgouvernement an Lokomotiven einschließlich Betriebs-, Rangier- und Schmalspurlokomotiven beziffert sich auf insgesamt 912. Das ist für den Gesamtbedarf des Gouvernements mit 100 000 qkm

ein ungeheures Minimum. Der Präsident unserer Ostbahn hat angesichts dieser Sachlage die Verhandlungen mit Berlim mit dem nötigen Nachdruck geführt. Der Erfolg ist denn auch nicht ausgeblieben. Trotzdem werden wir uns gezwungen sehen, den Personenverkehr im Generalgouvernement schon in der nächsten Zeit mehr und mehr zu drosseln und wir werden alle Maßnahmen ergreifen, die unerläßlich sind. Dabei verstoßen wir gewiß gegen die Interessen unserer Finanzen. Aber das kann ich nicht ändern. ~~Aber~~ Zunächst gilt es, für die Bedürfnisse des Generalgouvernements an Kohle und Lebensmitteln den Transport unbedingt sicherzustellen. Man darf nicht vergessen, daß wir bis zur Ernte 1940 aus dem Reich noch über 140 000 Tonnen Getreide einführen müssen, um die Ernährung der Bevölkerung des Generalgouvernements nur einigermaßen sicherzustellen. Dazu kommen noch die Bedürfnisse des Vierjahresplans, und das bedeutet in der gegenwärtigen Lage: die Bedürfnisse der deutschen Westfront nach den im Generalgouvernement hergestellten wehrwichtigsten Gegenständen: Munition, Waffen usw. Darüber hinaus muß der Durchtransport der Sowjetlieferungen an Getreide, Oel usw. sichergestellt werden. Berücksichtigt man hierzu noch die katastrophale Wetterlage der letzten Tage, wo die Züge bis zu 12 und 14 Stunden Verspätungen haben, wo die Kohlenzüge in Serien die Strecken belasten und vielfach nicht mehr weitergefahren werden können, weil keine Lokomotiven zur Hand sind, daß die Züge vielfach im Schnee steckenbleiben, dann zeigt das alles zur Genüge, daß die Transportlage im Generalgouvernement der schärfsten Aufmerksamkeit bedarf. Wir werden aber auch diese

37

Schwierigkeiten meistern, und ich hoffe, es wird uns gelingen, das notwendige Lokomotivmaterial zu erhalten. In diesem Zusammenhang wird Sie interessieren: Tagtäglich nehmen wir an dem ersten großen Umschlagplatz in Przemysl Oel und Getreide aus der Sowjetunion herein. Das sind Zufuhren, die für das Reich heute von entscheidender Bedeutung sind. Es ist eine wahre Freude, in diesem einen Punkt festzustellen, wie die englische Blockade völlig absurd wird.

Die Gesamtsituation bringt es mit sich, ja sie fordert es gebieterisch, daß die Umsiedlungsaktion zunächst bis in den März hinein völlig eingestellt wird. Ich habe bei allen verantwortlichen Stellen auf die absolute Unmöglichkeit hingewiesen, das Problem der Rückführung der Polen in den eigentlichen polnischen Siedlungsraum in der bisher geplanten Form zu lösen. Die Vertagung der Umsiedlungsaktion wird uns erlauben, die Methoden der Umsiedlung so zu verbessern, daß die Mißstände ausgemerzt werden, die auf diesem Gebiet in den letzten Wochen zu beobachten wären. Die Umsiedlung wird dann im März oder April unter weit günstigeren Bedingungen wieder einsetzen können.

Ein sehr erfreuliches positives Moment in dieser schweren Zeit ist die Rückführung der Wolhynien-Deutschen. Es ist für das Generalgouvernement eine hohe Ehre und eine freudig erfüllte Pflicht gewesen, diesen herrlichen deutschen Menschen die Rückkehr in die Heimat als ersten ermöglicht zu haben. Die Betreuung des wolhyniendeutschen Volkstums ist für jeden von uns eine beglückende Aufgabe. Hier kehrt bestes deutsches Bauernblut in die deutsche Heimat zurück. Wenn der Polenkrieg

keinen anderen Segen gebracht hätte als die Rückführung von weit über eine Viertelmillion wertvoller Deutscher, so wäre das allein schon Segen und Gewinn gewesen.

Freilich müssen wir mit der Sowjetunion auf dem Gebiet der Siedlungsaktion weiterhin einige peinliche Fragen erörtern. Man hat uns hier trotz heftigen Widerstandes und langen Sträubens eine societas leonina, einen unglaublichen Benachteiligungsvertrag aufgezwungen. Wir werden wohl 60 000 Flüchtlinge aus der Sowjetunion übernehmen müssen, dürfen aber nur 14 000 hinüberliefern. Es bleibt nur die Hoffnung, es möge dem Gouverneur Wächter, den ich zum Chef unserer Kommission für diese Fragen ernannt habe, und seinen Mitarbeitern gelingen, durch rigorose Handhabung des uns von Rußland zugesprochenen Aussiedlungsrechts die Angelegenheit dilatorisch zu behandeln und zu verhindern, daß die Sowjetrussen uns nicht wieder jene Juden, Zigeuner und Polacken ins Land hereinlotsen, die wir mit Glück und Schläue hinausgeworfen hatten.

Entscheidend wichtig ist nunmehr auch der Neuaufbau der Produktion im Generalgouvernement. Bisher stand der Gedanke im Vordergrund, das Land hier als Beuteland zu betrachten. Aber dieses Stadium ist nunmehr abgeschlossen. Jetzt gilt es, aus den Urelementen eine neue Produktion aufzubauen und dieser Produktion in den Dienst des Reiches zu stellen. Der Führer hat neuerdings die Kapazität der Rüstungsindustrie vervierfacht. Das bedeutet: Wenn eine Munitionsfabrik i.J.1939 eine Produktionsziffer X hatte, so muß sie 1940 die Zahl 4 X erreichen. Für das Generalgouvernement bedeutet das, die Produktion, die wir in diesem Lande nunmehr aufbauen müssen, hat sich in entsprechender Entwick-

lung zu bewegen. Die Werke haben also zu schuften und zu arbeiten. Den Polen, die in die Betriebe hineingestellt werden, muß Hören und Sehen vergehen, sodaß sie vor lauter Arbeit - disziplinierter Arbeit! - zu Sabotageakten gar nicht mehr kommen. Wir wollen die Erzförderung auf fast eine halbe Million Tonnen, die Förderung an Oel auf fast 280 000 Tonnen bringen. Das sind keine Phantasieziffern, sondern erreichbare Zahlen. Auch in allen anderen Fabriken wollen wir den Leistungsgrad steigern.

Doch dazu ein ernstes Wort! Soll dieses Programm durchgeführt werden, dann müssen die Betriebe eine bevorzugte Behandlung erfahren. Zu diesem Zweck hat die Dienststelle für den Vierjahresplan in Verbindung mit der zuständigen Abteilung des Generalgouvernements einen großzügigen Plan zur förderlichen Behandlung der in diesen Betrieben tätigen Arbeiterschaft aufgestellt. Dieser Plan umfaßt auch die Versorgung der Arbeiterschaft dieser Betriebe mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln. Die Betriebe, die in die Kategorie A des Vierjahresplans eingereiht sind - es sind rund 60 -, werden mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln in einer Weise beliefert, daß wir ohne Lohnsteigerung imstande sind, den Arbeitern den Reallohn zu gewährleisten. Die Arbeiter sollen sich für die 10 bis 12 Zloty, die sie täglich verdienen, alles das kaufen können, was sie zum Lebensunterhalt dringend brauchen. Ich darf alle Abteilungen bitten, mir dabei zu helfen, daß ich dem Wunsch und Befehl des Führers und Generalfeldmarschalls voll und ganz entsprechen kann. Dieser Befehl geht dahin, für die deutsche Wehrwirtschaft herauszuholen, was überhaupt herauszuholen ist. Mein Verhältnis

zu den Polen ist dabei das Verhältnis zwischen Ameise und Blattlaus. Wenn ich den Polen förderlich behandele, ihn sozusagen freundlich kitzele, so tue ich das in der Erwartung, daß mir seine Arbeitsleistung zugute kommt. Hier handelt es sich nicht um ein politisches, sondern um ein rein taktisch-technisches Problem. Wir müssen dafür sorgen, daß die Betriebe der Kategorie A in jeder Hinsicht eine Ausnahmebehandlung erfahren. Wir sind bereit, der polnischen Arbeiterschaft, wenn sie sich loyal im Dienste des Reichs betätigt, das Leben und alles, was damit zusammenhängt, sicherzustellen und zu gewährleisten. Ich darf Sie bitten, diese Behandlungsrichtlinie überall einzuhalten und auch den unteren Organen einzuschärfen. Ich wäre dankbar, wenn auch die Abteilung Propaganda in ihrem Bereich etwas zur Hebung der seelischen Situation dieser Arbeiter täte, durch Bücher, Filme und überhaupt Unterhaltung aller Art. Der Nutzen kommt ja unmittelbar immer uns, den Deutschen, zugute. Wo trotz aller dieser Maßnahmen die Leistung nicht steigt oder wo der geringste Akt mir Anlaß gibt, einzuschreiten, würde ich allerdings auch vor drakonischen Maßnahmen nicht zurückschrecken.

Ich komme nunmehr zu einigen kleineren Bemerkungen.

Die Dienststelle für den Vierjahresplan ist völlig getrennt von dem Amt des Generalgouverneurs. Es hat sich als zweckmäßig erwiesen, insoweit genau dieselbe Scheidung vorzunehmen wie im Verhältnis zwischen Reichsregierung und dem Beauftragten für den Vierjahresplan. Ich habe als Generalbevollmächtigter für den Vierjahresplan diese Stelle im Generalgouvernement errichtet. Die Dienststelle für den Vierjahresplan hat die wehrwirt-

schaftliche Führung dieses Gebiets in die Hand genommen. Sie arbeitet schon seit geraumer Zeit; nunmehr wird sie ihre Arbeit wesentlich intensivieren. Ich habe der Dienststelle zur Pflicht gemacht, daß sie auf das engste mit den Abteilungen des Amtes des Generalgouverneurs zusammen arbeitet. Diese Zusammenarbeit ist umso unerläßlicher, weil die Dienststelle für den Vierjahresplan auf die Mitwirkung des Behördensektors des Generalgouvernements geradezu angewiesen ist. Das ganze Gesetzgebungs- und Verordnungsrecht liegt beim Generalgouverneur. Die Dienststelle für den Vierjahresplan muß alle ihre beabsichtigten Maßnahmen und Anordnungen legislativ über den Sektor des Generalgouvernements leiten. Der Dienststelle liegt nichts ferner als etwa die Absicht, eine Art Nebenregierung im Lande aufzurichten. Umgekehrt wäre ich dankbar, wenn alle Abteilungsleiter der Dienststelle, die nunmehr eine ungeheure Verantwortung zu tragen hat, mit allem Verständnis und mit der größten Arbeitsbereitschaft entgegen kämen. Was das Verordnungswesen betrifft, so bitte ich Sie alle, der Einrichtung, die OLGR Dr. Weh auf meinen Befehl geschaffen hat, ganz besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es ist für mich als Generalgouverneur immer schwierig, Entwürfe, die mir einzelne Abteilungsleiter bringen, zurückleiten zu müssen; denn solche Entwürfe können mir grundsätzlich nur durch den OLGR Dr. Weh vorgelegt werden. In der Gesetzgebung und im Verordnungswesen ist auf einheitliche Gesetzgebung das größte Gewicht zu legen. Es gilt, eine klare Gesetzessprache für alle Abteilungen zu schaffen. Das kann nur von einer zentralen Stelle aus geschehen. Das Gewicht und die Präzisionskraft der einzelnen Verordnungen können dadurch nur gefördert werden. Ich darf

daher die Herren Abteilungsleiter bitten, ihre Verordnungsentwürfe künftig nur durch Dr. Weh vorlegen zu lassen. Das soll nicht heißen, daß ich etwa nicht bereit wäre, mit jedem einzelnen von Ihnen über den Inhalt einer Verordnung im status nascendi zu sprechen. Dr. Weh hat überdies nicht die Befugnis, sachliche Aenderungen anzubringen oder den Inhalt eines Entwurfs irgendwie umzubiegen. Seine Aufgabe ist im wesentlichen, die Sicherstellung der formalen Elemente und der Rechtsausgeglichenheit unseres legislativen Apparates.

Reichsminister Seyß-Inquart als mein Stellvertreter hat von mir seine Funktionen erhalten. Zunächst ist er für den Fall meiner Abwesenheit oder Verhinderung mein Vertreter. Diese Vertretungsbefugnis hat er auch schon wiederholt ausgeübt. Zweitens aber hat er in meinem Namen Sonderaufträge durchzuführen, die ich ihm gegebenenfalls erteile. Ich weise ihm bestimmte Komplexe zu mit dem Ersuchen, die Sachlage zu klären und mir darüber Vortrag zu halten.

Im übrigen aber bitte ich Sie, dem Amtschef Min.Dir. Dr. Bühler als den unmittelbar mit Ihnen zusammen arbeitenden Leiter des Gesamtbereichs der Verwaltung des Generalgouvernements anzusehen, der mir und meinem Stellvertreter unmittelbar unterstellt ist. Ich muß Sie daher bitten, künftig Entwürfe und Planungen immer zuvor mit dem Amtschef MinDir. Dr. Bühler zu besprechen, ehe Sie sie mir vortragen. Gleiches gilt in Angelegenheiten der Polizei für den höheren Polizeiführer, SS-Obergruppenführer Krüger. Die Autorität des Amtes wird repräsentiert durch den Amtschef, der als solcher vom Führer eingesetzt ist und daher auch die Autorität der gesamten Verwaltung zu repräsentieren hat.

Im übrigen habe ich bei der Einteilung der Abteilungen allen Herren das Entgegenkommen gezeigt, das sie erwarten durften. Ich kann mich von dem Vorwurf freisprechen, daß ich den Bedürfnissen eines Verwaltungszweiges nicht entsprochen hätte. Jeder Herr hat nunmehr den Rang eines Abteilungsleiters; jeder leitet einen Sektor und arbeitet so verantwortlich mit am Schicksal des Generalgouvernements. Die Rangordnung entspricht völlig dem dienstlichen Charakter der Obliegenheiten der einzelnen Herren. Hierbei lassen sich naturgemäß gewisse Schemata nicht ganz vermeiden. Es ist klar, daß eine kollegiale, kameradschaftliche Gleichgeordnetheit da sein muß. Man kann nicht alles an starre Schemen binden. Die Hauptsache ist, daß in jedem einzelnen Fall der Gerechtigkeit zum Siege verholfen wird. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, meine Herren, wenn Sie mir dabei nach Kräften helfen würden, damit wir uns nach und nach zu einer zweckmäßigen, klaren, aufgeschlossenen Kameradschaft emporsteigern. Die Zeit ist sehr ernst. Wir stehen vor einem ungeheuren Aufbruch des deutschen Schicksals, sodaß es mir eigentlich peinlich ist, davon zu sprechen. Ich werde aber nie mehr darauf zu sprechen kommen. Ich hoffe, daß in allen diesen Angelegenheiten das Taktgefühl herrscht. Entscheidend ist nicht der Platz an der Tafel, sondern der Platz im Leben. Und hier kann ich nur sagen: Es ist mir eine Freude, Ihnen dienstlich vorgesetzt zu sein. So können wir in dieses neue, junge Jahr eintreten zu frischer Arbeit. Von meiner Seite wird alles geschehen, um Ihnen diese Arbeit zu erleichtern. Ich erwarte aber auch von Ihnen das Vertrauen, das unerläßlich ist zu fruchtbarer Arbeit.

SS Obergruppenführer Krüger: Die Aufgaben der SS und Polizei im Generalgouvernement liegen fest und sind bekannt. Ueber Organisation, Gliederung und Einsatz ist Neues seit der letzten Sitzung nicht zu berichten, außer daß, was die Herren Distriktchefs interessiert, einzelne Bataillone der Ordnungspolizei im Augenblick in Ablösung begriffen sind. Im Hinblick auf die schwierige Ernährungslage müssen wir heute mehr denn je gegen das Verbrechertum kämpfen. Die Aufgabe der Polizei wird immer schwieriger. Dazu kommt noch der unheilvolle Einfluß der Witterungsverhältnisse. Es ist heute recht schwer geworden, mit den gegenwärtigen Bahnverbindungen und auf den übrigen Wegen vorwärts zu kömmen. Die einzelnen Bataillone oder Einheiten sind heute mehr oder weniger bei Aktionen in ihrem Raum auf sich selbst angewiesen. Wir können in der Regel nur grundsätzliche Direktiven geben, sofern die Nachrichtenübermittlung die Möglichkeit bietet, von der Zentrale aus den Einsatz zu lenken.

Inzwischen ist auch der Aufbau und Einsatz der polnischen Polizei soweit durchgeführt, daß man sich von ihrer Tätigkeit Nutzen versprechen darf. Die polnische Polizei hat sich bereits bei einigen Aktionen bewährt. Die polnische Polizei wurde bei den letzten Fahrten in die Distrikte herangezogen. Bisher war die polnische Polizei sozusagen auf sich selbst gestellt und bis zu einer gewissen Spitze nach außen hin auch eine rein polnische Institution. Es gab auch polnische Kommandeurstellen. Diese Regelung ist aber inzwischen aufgehoben worden. Der Befehlshaber der Ordnungspolizei hat eine Anweisung erlassen, daß an der Spitze der polnischen Polizei ein Kommandeur der Ordnungs-

polizei steht. Nunmehr werden die unteren Organe der polnischen Polizei unter Führung deutscher Polizeioffiziere eingesetzt. Ferner wird nunmehr die Organisation der Zwischenstationen bei den Kreishauptmännern grundsätzlich von Berlin aus zentral geregelt. Ich habe seinerzeit geltend gemacht, daß ein Kreishauptmann nicht in der Lage ist, sein ganzes Gebiet mit einer Gendarmeriestation von 25 Mann zu betreuen. Nunmehr sind innerhalb des Kreises Stationen errichtet. Diese Gendarmerieposten ziehen jetzt auf und kommen zur Unterstützung unter den Befehl des Kreishauptmanns.

Sehr am Herzen liegen uns die verschiedenen Umsiedlungen. Wir haben zurzeit nicht mit einer oder zwei, sondern mit sechs Umsiedlungen zu rechnen, die im Laufe des Jahres 1940 durchgeführt werden müssen. Die erste Umsiedlung galt dem Abschub von Polen und Juden aus den Reichsgebieten ins Generalgouvernement; sie setzte in der ersten Dezemberwoche des vorigen Jahres ein. Man kann hier, wenn man es kritisch betrachtet, nicht von einer Umsiedlung im eigentlichen Sinne sprechen, sondern von einer Aktion, die aus einer Notlage herausgeboren war. Wir übernahmen seinerzeit die Balten, die möglichst schnell in den Ostgebieten untergebracht werden mußten. Die Dienststellen waren gezwungen, in sehr kurzer Zeit über 80 000 Polen und Juden aus diesen Ostgebieten des Reichs herauszuschieben und hier im Generalgouvernement unterzubringen, um die dortigen Räume von Polen und Juden freizumachen. Das Unternehmen gestaltete sich in mehrfacher Hinsicht äußerst schwierig. Außer diesen 80 000 Polen und Juden, die ins Generalgouvernement hereinkommen sollten, wurden auf illegalem Wege weitere 30 000 Polen und Juden hereingeschoben.

Wenn die Durchführung dieser Aktion einigermaßen gelang, so ist das nur der intensiven Tätigkeit aller beteiligten Stellen des Generalgouvernements zu verdanken. Bei allen Umsiedlungsaktionen müssen selbstverständlich in erster Linie jene Dienststellen gehört werden, die diese Menschenmassen aufnehmen und lenken müssen. Denn hier handelt es sich um eine moderne Völkerwanderung. Dies haben die Zentralstellen Berlin in Verkennung der besonderen Verhältnisse im Generalgouvernement leider vielfach übersehen. So kam es, daß der Abschub teilweise auf große Schwierigkeiten stieß. Ich habe von den Herren Distriktchefs und meinen eigenen Mitarbeitern, den Befehlshabern der Ordnungs- und Sicherheitspolizei ein umfangreiches Erfahrungsmaterial über die Fehler und Mängel gesammelt, die festzustellen waren. Diese Mängel werden in Zukunft, wie ich annehmen darf, abgestellt werden.

Der Herr Generalgouverneur teilte vorhin mit, daß der sogenannte Fernplan, der mit dem 15. Januar beginnen sollte, zunächst auf den 1. März zurückgestellt wurde. Nach dem Teil I dieses Fernplans sollen aus den östlichen Reichsgebietsteilen 600 000 Juden zunächst in das Generalgouvernement gebracht werden. Von diesen 600 000 Juden sollen vorweg 40 000 sofort übernommen werden. Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei, der die technische Durchführung dieser Aufgabe in der Hand hat, hat sich bereits mit den beteiligten Distriktchefs in Verbindung gesetzt. Es handelt sich um die Distrikte Krakau und Radom. Diese beiden Distrikte würden bei den weiteren Abschüben von Juden jeweils um 20 000 Juden weniger erhalten.

Unabhängig hiervon läuft der Umsiedlungsvertrag mit Sowjetrußland, also das Durchschieben der Wolhynien-Deutschen durch unser Gebiet. Die ersten Transporte von Wolhynien-Deutschen wurden kurz vor Weihnachten durchgeleitet. Ich hatte Gelegenheit, an mehreren Stellen den Durchgang der Wolhynien-Deutschen in Eisenbahntransporten oder Fußmarsch zu beobachten. Ich kann nur sagen: Wir können uns nur dankbar darüber freuen, dieses herrliche Menschenmaterial für das Reich zu gewinnen. Diese Menschen sind bei einer Kälte von 30 Grad nach Märschen von fünf bis sechs Tagen vollkommen frisch und gesund über die Grenze des Generalgouvernements gekommen. Sie waren alle voll Freude und Begeisterung darüber, daß sie nun in die alte Heimat zurückkehren konnten. Was die eingesetzten Kräfte der ᛋᛋ, Polizei, der NSV und der Aerzte zur Unterstützung der Wolhynien-Deutschen geleistet haben, ist über jedes Lob erhaben. Diese Kräfte mußten jeden Augenblick einsatzbereit sein. Meist rollte der Transport schon eine halbe Stunde später an, nachdem er uns signalisiert worden war. Die Wolhynien-Deutschen waren gewöhnlich in den großen russischen Viehwagen, teilweise in den ungeheizten Personenwagen untergebracht. Sie waren auf der langen Reise vollkommen durchgefroren, ohne Nahrung und Getränk. In dieser Verfassung kamen die Menschen an der Grenze des Generalgouvernements an. Unter den Wolhynien-Deutschen sind auch alte Leute, Frauen und Männer bis zu 80 und 85 Jahren; es sind aber auch Kinder und Säuglinge darunter. Die Leute werden auf den Bahnhöfen von der SS und Polizei ausgeladen, in die Unterkunftsräume abgeschoben. Dort werden sie verpflegt, erhalten heiße Getränke und können sich kurze Zeit ausruhen. Denn wenn möglich

werden die Leute schon am gleichen Tage wieder verladen und in deutschen Transporten weiterbefördert. Sehr ungünstig hat sich bei diesen Aktionen der Mangel an Transportmitteln ausgewirkt. Die Reichsbahndirektion Ost hat, das muß man anerkennen, von sich aus alles getan, um den Durchzug der Wolhynien-Deutschen möglichst zu beschleunigen. Sie hat bei dem geringen Material an Maschinen, Lokomotiven und Waggons das Menschenmögliche geleistet. Natürlich konnte unter diesen Umständen nicht alles so zeitgerecht durchgeführt werden, wie wir es selbst im Interesse der Wolhynien-Deutschen wünschten. Aber auch hier ist schon Besserung geschaffen und man kann sagen, daß wir heute schon zwei Drittel der Wolhynien-Deutschen durchgeschleust haben. Wir haben noch mit 30 bis 35 000 Wolhynien-Deutschen zu rechnen. Die Wolhynien-Deutschen wurden zunächst im sogenannten Durchgangslager Lodsch aufgenommen. Dort werden sie registriert und ärztlich untersucht. Dann werden sie nach der Reichsgrenze abgeschoben, wo sie in Quarantänelager kommen und unter ärztlicher Betreuung etwa vier Wochen bleiben müssen.

Der zweite Teil des Umsiedlungsvertrags mit Sowjetrußland ist noch nicht durchgeführt. Sowjetrußland hat sich verpflichtet, seinerseits eine größere Zahl von in Polen angesiedelten Weißrussen und Ukrainern zu übernehmen. Die Delegierten der russischen Umsiedlungskommission sitzen auf unserem Gebiet und tun ihr Möglichstes, um die hier angesiedelten Ukrainer nach Rußland zu bekommen. Sie können erst dann mit ihrer Arbeit beginnen, wenn unsere Wolhynien-Deutschen durchgeschleust sind.

Ueber das bisherige Ergebnis der Werbung der russischen Delegierten kann ich nichts sagen; Zahlenmaterial hierüber liegt nicht

vor. Soviel mir aber bisher bekannt ist, ist der Erfolg der russischen Werbeaktion minimal. Die russischen Hoffnungen werden sich jedenfalls nicht erfüllen, daß etwa 1 Million Weißrussen und Ukrainer nach Rußland übersiedeln. Offenbar haben die Weißrussen und Ukrainer den Geschmack daran verloren, nach Rußland überzusiedeln.

Nach einer weiteren Vereinbarung mit Moskau sollen 60 000 Polen von uns aufgenommen und im Generalgouvernement untergebracht werden. Es handelt sich um Polen, die hier beheimatet sind. Rußland nimmt als Gegenleistung Polen, die im russischen Interessengebiet beheimatet sind, wieder ab. Diese Zahl wird auf 14 000 geschätzt. Die Leitung der ganzen Flüchtlingsaktion liegt in der Hand des Distriktchefs Dr. Wächter, der von einigen Herren der Ordnungspolizei und einigen anderen Delegierten unterstützt wird.

Unabhängig von diesen Umsiedlungsaktionen sollen im Frühjahr weiterhin diejenigen Volksdeutschen ausgesiedelt werden, die östlich der Weichsel beheimatet sind. Es handelt sich hier vor allem um Bewohner des Gebiets der Schwarzen Erde. Diese Volksdeutschen, schätzungsweise 30 000, werden im April ins Reich gehen und dort angesiedelt werden.

Eine weitere Umsiedlung findet innerhalb des Generalgouvernements statt. Hier handelt es sich praktisch um eine Forderung der Wehrmacht im Hinblick auf die geplante Ostverteidigung. Zu diesem Zweck werden Räume freigemacht, die insgesamt etwa 190 000 ha ausmachen und im Generalgouvernement auf verschiedene Plätze verteilt sind. Diese Plätze liegen grundsätzlich fest. Ich schätze die Zahl der Personen, die zunächst

ausgesiedelt werden müssen, auf etwa 120 000. Diese Leute müssen in den Restgebieten des Generalgouvernements untergebracht werden.

Eine weitere Aktion entspringt dem Bedürfnis des Reichs, eine erkleckliche Zahl von Landarbeitern und Landarbeiterinnen, aber auch von Industriearbeitern aus dem Generalgouvernement zu erhalten. Die Gesamtzahl dieser Arbeitskräfte, die an das Reich abgegeben werden sollen, beläuft sich nach meiner Kenntnis auf rund 1 Million.

Alle diese Umsiedlungsaktionen erfordern naturgemäß schwere Arbeit und den äußersten Einsatz der Kräfte der ϟ und Polizei. Sie erfordern weiterhin auch von den zuständigen Stellen des Generalgouvernements und der Distrikte eine ungeheure Arbeitsleistung. Gerade bei den Distrikten liegt die Hauptlast der Arbeit.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Herr Präsident Lenk, können Sie uns mitteilen, wie groß die Zahl der vom Reich angeforderten Arbeitskräfte ist?

Senatspräsident L e n k: Bisher sind 1,2 Millionen in Aussicht genommen. Ob diese Zahl erreicht werden kann, steht noch nicht fest, ist jedenfalls fraglich. Wir wollen uns alle Mühe geben. Ich hatte gestern eine Besprechung mit den Landesarbeitsämtern. Es wurde ein Plan aufgestellt, um die Aktion einheitlich durchführen zu können. Jedenfalls hoffen wir, eine möglichst hohe Zahl von polnischen Arbeitskräften in das Reich zu bekommen. Fraglich ist indes, ob die Million erreichbar ist.

Wir wollen die Aktion sofort beginnen; wir wollen auch mit der Propaganda sofort einsetzen, damit wir den Transportschwierigkeiten rechtzeitig begegnen oder ausweichen können. Es werden Plakate angeschlagen werden, in den einzelnen Arbeitsämtern wird die Propaganda einsetzen. Wir hoffen, daß die Transporte noch im Februar anlaufen können.

Präsident B e c k: Den Herren ist die schwierige Betriebslage der Reichsbahn im Altreich bekannt. Die mißliche Situation hat ihre Rückwirkungen naturgemäß auch auf uns im Generalgouvernement gehabt. Verschlimmert wurde die Lage durch die zahlreichen Urlaubertransporte, die zu Weihnachten durchgeführt werden mußten. Dazu kam noch ein sehr starker Weihnachtsverkehr. Der Kälteeinbruch führte dann dazu, daß wir in Deutschland an manchen Tagen bis zu 1000 Zügen abbestellen mußten, Das war notwendig bei dem ungeheuren Mangel an Loks, Personal und aus vielen anderen Gründen. Der Zustand wurde nachgerade unhaltbar. In dieser Lage trat die Deutsche Reichsbahn an uns heran, um von uns zu holen, was wir geben konnten. Wir haben Lokomotiven abgegeben, und zwar in einer kaum mehr tragbaren Zahl. Wir haben im Generalgouvernement nur noch 640 Lokomotiven, die bedingt lauffähig sind. Darunter können wir nur noch 480 Lokomotiven für den Zugverkehr benützen. Wir haben bisher 500 Personenzüge und 300 Güterzüge täglich zu fahren gehabt. Und seit Neujahr haben wir im Reiseverkehr Einschränkungen bis zu 25% vorgenommen. Wir beabsichtigten, bis zum 21. Januar noch einen gewissen Reiseverkehr zuzulassen. An sich liegen die Schwierigkeiten bei uns genau wie im Altreich: Mangel an Lok, Mangel an Lok-Umlauf.

Wenn nämlich Züge stecken bleiben, aus irgendeinem Grund nicht weiterkommen, dann steigt die Zahl der fehlenden Lok progressiv. An sich ist der Lok-Mangel ~~xx~~ effektiv nicht so groß, wie er sich auswirkt. Es ist heute so weit, daß das Personal nicht regelmäßig abgelöst werden kann. Dieser Zustand ist auf die Dauer untragbar, weil hier Gefahren heraufbeschworen werden, denen man schwer begegnen kann. Wir haben versucht, aus Oppeln [redacted] Lokomotiven zu erhalten, um die Kohlenzüge fahren zu können. Aber es wurde uns erklärt, man habe dort selbst 200 Züge stehen und könne sie nicht fahren. Häufig verstopfen die Züge unterwegs die Gleise. Dann können andere Züge nicht vorfahren, und es tritt eine allgemeine Zerrüttung des Verkehrs ein. Wir hatten bis zu 40 Züge auf den Strecken stehen, hauptsächlich auf der Strecke Czenstochau-Warschau. Der Bahnhof Czenstochau ist in einer ungeheuer schlechten Verfassung. Dies gilt auch von anderen polnischen Bahnhöfen.

Kurz gesagt: Wir sind im Generalgouvernement in derselben schlimmen Lage wie das Altreich; vielleicht sind wir noch etwas besser dran. Selbstverständlich werden wir alles tun, um die Kohlen- und Lebensmittelzüge, vor allem aber die Vierjahresplan-Züge zu fahren. Alles andere muß dahinter zurücktreten. Wir müssen den Reiseverkehr bis zum äußersten drosseln. Ich darf erwarten, daß die Herren hier das nötige Verständnis für diese extreme Lage aufbringen. Wir sind daran, noch radikalere Maßnahmen zu treffen. So ist daran gedacht, den Juden überhaupt das Reisen mit der Bahn zu verbieten. Gerade die Juden reisen sehr viel herum. Die Juden verschleppen das Fleckfieber, die Läuse und alles andere Ungeziefer.

Ich sagte schon: Das Personal ist jetzt schon bis aufs äußerste beansprucht und erschöpft. Wir leiden aber auch sehr stark unter dem schlechten Fernmeldewesen. Es ist uns bisher nicht gelungen, den Bahnfernmeldeapparat zu reorganisieren. So kommen immer wieder Störungen vor, die bei einem einigermaßen normalen Betrieb vermeidbar wären. Das alles wird naturgemäß durch die Kälte verschlimmert. Nun wurde mir allerdings gesagt, auch im holländischen Bahnbetrieb funktioniere das Fernmeldewesen bei mehr als 5° Kälte nicht mehr richtig. Ich muß bitten, für alle diese Schwierigkeiten Verständnis aufzubringen und mit Klagen etwas zurückzuhalten. Die Schwierigkeiten liegen in den Verhältnissen und nicht am guten Willen der Menschen.

Wir haben zurzeit rund 7000 deutsche Beamte, weitere 2000 volksdeutsche Angestellte und etwa 25 000 Polen im Bahndienst. Diese Polen leiden augenblicklich allerdings stark unter einer gewissen Lebensmittelknappheit. Sie können sich für ihre geringen Löhne nicht kaufen, was sie zum Leben brauchen. Diese Frage hat für uns fundamentale Bedeutung. Wir müssen unsere 25 000 polnischen Eisenbahner wenigstens so entlohnen, daß sie ihre dringendsten Lebensbedürfnisse befriedigen und ihren Dienst versehen können. Sonst sind wir aufgeschmissen. Wir möchten daher eine Erhöhung der Lohntarife erreichen.

Eine unserer wichtigen Aufgaben ist der Ausbau der Grenzbahnhöfe, und zwar auf Kosten des Reichs. Verhandlungen hierüber sind im Gange. Wir treffen die Vorbereitungen trotz des harten Winters. Selbstverständlich werden wir nicht große Prachtbahnhöfe bauen, sondern es muß dabei bleiben, daß wir ein Provisorium hinter ein Provisorium setzen. Auch ein zusammengestückelter

Bahnhof wird schließlich ein großer Bahnhof. Aesthetische Rücksichten dürfen dabei keine Rolle spielen. Wir werden es so machen wir in Przemysl. Dort wird trotz der Kälte Großes geleistet. Man ist dort dabei, trotz der engen Verhältnisse Anlagen zu schaffen, Züge von Normalspur auf Weitspur und von Weitspur auf Normalspur umzuleiten. Przemysl wird ein großer Umschlagbahnhof für Getreide-, Oel- und Holztransporte aus Rumänien und für die Wolhynien-Transporte. Was in Przemysl geleistet wird, verdient Bewunderung. Die Leute geben sich alle Mühe. Die Unterstützung der Behörden ist ausgezeichnet; kurz, es herrscht eine fabelhafte Zusammenarbeit. Hier können wir mit verhältnismäßig geringen Mitteln und bescheidenen Anlagen große Erfolge erzielen.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Ich darf Ihnen, Herr Präsident Beck, im Namen aller Abteilungsleiter und auch persönlich unseren Dank und unsere Anerkennung für Ihre fruchtbare Arbeit aussprechen. Ich bitte Sie, diesen unseren Dank auch Ihren Leuten zu übermitteln. Was die Versorgung der polnischen Eisenbahner betrifft, so werden wir uns überlegen, ob wir nicht auch die Eisenbahner unter die versorgungsbevorzugten Betriebe einreihen sollen. Es muß gelingen, den Reallohn der polnischen Eisenbahner so zu gestalten, daß die Leute für ihr Geld auch etwas kaufen können. Das geschieht am zweckmäßigsten durch innerbetriebliche Maßnahmen, durch Bereitstellung zusätzlicher Lebensmittel usw. Gegen eine Erhöhung der Lohntarife haben wir jedoch schärfste Bedenken.

Gouverneur Dr. W ä c h t e r: Es nützt nicht viel, wenn wir die besten Gedanken und Planungen in Papier, in Verordnungen umsetzen, ohne daß Klarheit darüber besteht, ob alle diese schönen Dinge von den unteren Instanzen, den Kreishauptleuten, auch in die Tat umgesetzt werden können. Nun sind diese Behörden leider noch ziemlich schwach ausgestaltet; ihr Personal bewegt sich zwischen 3 und 10 Mann. Diese kleinen Behörden müssen nun eine ungeheure Aufgabe bewältigen. Wir haben ja heute einen Querschnitt dieses Arbeitsbereichs erhalten. Man muß mit diesen kleinen Behörden möglichst schonend umgehen. Das bedeutet, daß man sie nur mit den grundsätzlichen Dingen befassen soll. Bei jeder Anordnung muß man sich fragen, ob und wie die untere Exekutivbehörde sie in die Tat umsetzen kann. Die kleinen Behörden müssen namentlich bewahrt werden von den zahllosen Anfragen zwecks Lieferung statistischen Materials, Gänsezählungen, Polenzählungen, konfessionelle Zählungen usw. Alle diese Dinge brennen uns keineswegs auf den Fingern, bedeuten aber für die kleinen Behörden einen ungeheuren Arbeitszuwachs. Die unteren Behörden haben ohnedies schon genug zu tun. Hier muß gebremst werden, bis die personelle Ausstattung der Aemter besser ist.

Anderseits gibt es Angelegenheiten, die von der Exekutive nicht ohne genaue Richtlinien geregelt werden können. Dringend notwendig ist die Herausgabe einer Verordnung über gebührenpflichtige Verwarnung und eine Verordnung über das Ständewesen/. Die Kreishauptleute sollen in der Lage sein, auf eine Verfehlung sofort mit einer Strafe zu antworten. Dafür muß eine legale Basis geschaffen werden. Dringend notwendig wäre eine Verbesserung des Telefonnetzes. Es ist mir häufig Tage hindurch unmöglich, mit meinen Kreishauptleuten telefonisch zu spre-

chen. Zurzeit kann ich z.B. Lublin nicht erreichen, obwohl in den Flüchtlingsfragen dringende Anordnungen zu treffen wären. Diese Fragen brennen uns heute auf den Fingern, und oft muß sofort eine Entscheidung gefällt werden. Wir hängen aber vollkommen in der Luft, weil wir die Verbindung nicht herstellen können. Meine Männer draußen schaffen ganz erstaunlich; unter den schlechtesten Verhältnissen leisten sie das Menschenmögliche. Sie sind von ihrer Aufgabe ganz erfüllt. Ich schäme mich manchmal, von ihnen noch mehr zu verlangen, nachdem sie ohnehin schon sich ganz und gar für die Sache einsetzen.

Zur Flüchtlingsfrage habe ich noch eine Bitte. Wir bekommen mit unseren Wolhynien-Deutschen immer noch andere Flüchtlinge mit herein. Hier muß gebremst werden. Die Wolhynien-Kommission bezeichnet diese Leute als Versprengte. Es handelt sich um eine Zahl von 5000 Menschen, die ich sonst auf das Quantum von 60 000 verrechnen könnte. Darunter sind sehr viele Volksdeutsche.. Die Russen wollen nicht zugeben, daß es Flüchtlinge sind; sie bezeichnen sie als Versprengte. Diese Leute wenden sich an unsere Flüchtlingskommission und bezeichnen sich als Volksdeutsche. Sie erhalten nicht die normale Kennkarte. Wir hatten auf diese Weise in der letzten Zeit fünf Fälle von Flecktyphus, die so eingeschleppt wurden.

ϟϟ Obergruppenführer K r ü g e r: Eine Aenderung kann hier nur dadurch erreicht werden, daß unsere Delegierten diese Leute nicht annehmen. Anderseits ist mir bekannt, daß mit Rücksicht auf die Witterungsverhältnisse sehr viele Menschen illegal über den zugefrorenen Bug herüberkommen und sich nachher einem

Sammeltransport anschließen.

Gouverneur Dr. W ä c h t e r: Ich möchte doch bitten, mit der russischen Kommission entsprechende Vereinbarungen zu treffen, damit diese Schwierigkeiten endlich beseitigt werden.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: So gewaltig kann die Ueberlastung der unteren Organe doch nicht sein, wie Sie sie hier geschildert haben. Ich kann mir ja freilich vorstellen, daß die Leute viel leisten. Aber die Zeit ist nicht mehr fern, da die Kreishauptleute das nötige Hilfspersonal haben und so entlastet werden. Im übrigen bitte ich alle Abteilungsleiter, die Wünsche der Distriktchefs zu beabhten und bei jeder Maßnahme an die untersten Instanzen zu denken.

Landesbauernführer K ö r n e r: Was die Erhebungen und Umfragen betrifft, so mußten wir eine Zählung der vorhandenen Rinder und Schweine vornehmen. Aber damit werden gar nicht die deutschen Verwaltungsstellen belastet, sondern der alte polnische Zählapparat, der Wojwode.

Landrat S i e b e r t: Der Verwaltungsaufbau des Generalgouvernements steht seiner Struktur nach seit 15. Januar. Damit ist der Befehl des Herrn Generalgouverneurs erfüllt. Im ganzen Bereich des ganzen Generalgouvernements bestehen 40 Kreishauptmannschaften, die mit den entsprechenden Hauptmännern besetzt sind. In personeller Hinsicht allerdings ist noch nicht alles in Ordnung. Daher stimme ich durchaus Gouverneur Dr. Wächter zu in der Forderung, man solle mit dem Erlaß von Verordnungen

und Anweisungen, die nicht unbedingt notwendig sind, bremsen. In Lublin beispielsweise muß ein Kreishauptmann mit zwei oder drei Männern die gesamte Verwaltungsarbeit bewältigen. Der rasche Verwaltungsaufbau im Generalgouvernement bringt es natur_ gemäß mit sich, daß im Anfangsstadium die Arbeit besonders schwierig ist. In einem Monat oder einem Jahr wird das viel besser sein. Heute ist jede einzelne Abteilung bestrebt, möglichst viele Anordnungen zum Aufbau ihrer besonderen Zwecke hinauszugeben. Das alles wirkt sich schließlich beim Kreishauptmann aus, der unmöglich heute schon all das durchführen ~~ka~~ kann, was man von ihm verlangt. Er wird sich bemühen, im Laufe der Zeit alles durchzuführen. Zunächst aber muß man es seinem pflichtgemäßen Ermessen überlassen, vorerst das auszuführen, was er im Interesse des Reichs und des Generalgouvernements für besonders vordringlich und wichtig hält. Die Verhältnisse bei den Außenbehörden werden sich im Laufe der nächsten vier Woe chen wesentlich bessern. Staatssekretär Stuckart hat erfreulicherweise zugesichert, daß etwa 100 bis 150 mittlere Beamte wenn auch nicht der inneren Verwaltung, so doch der Justiz, eintreffen werden. Der Leiter der Personalabteilung, Notar Gutbrod, hat weitere 50 bis 60 Leute in Aussicht gestellt. Wir können also schon für die nächsten Wochen mit einem zusätzlichen Personal von 200 Leuten rechnen, die die vordringlichsten Aufgaben sicherlich bewältigen werden. Jeder Kreishauptmann wird so im Laufe der nächsten vier Wochen zwei Leute zusätzlich erhalten, auch wenn wir berücksichtigen, daß wir von den Kreisinspektoren auf Grund der Vereinbarung mit Staatssekretär Stuckart 30 werden abgeben müssen. Außerdem wird es möglich

sein, die Distriktchefs, die zum Teil unter Personalmangel leiden, und zwar stärker als Krakau, mit Beamten zu versorgen. So wird allmählich die Verwaltungsmaschinerie in Gang kommen. Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß die Herren Distriktchefs nun endlich darangegangen sind, Verwaltungsberichte zu liefern.

Was die Verwaltung selbst anlangt, so bestehe ich darauf, daß die Einheit der Verwaltung im Generalgouvernement gewährleistet sein muß. Die Einheit der Verwaltung muß vor allem draußen bei den Kreishauptmännern durchgeführt werden. Der Kreishauptmann ist der politische Führer sämtlicher Instanzen draußen. Diesem politischen Führer sind, wenn auch nicht dienstaufsichtlich, die anderen Abteilungen unterstellt. Der Kreishauptmann muß ein gewisses Informationsrecht haben; denn letzten Endes ist er dafür verantwortlich, daß in seinem Kreis alles in Ordnung geht.

Ein zweiter Grundsatz ist, daß im Generalgouvernement jedes Nebeneinanderarbeiten verhütet werden muß. Es geht nicht an, daß dieselben Dinge in zwei oder drei Abteilungen gedroschen werden. Wir wollen bei uns den Fehler vermeiden, den wir vielfach im Reiche spüren, daß viele Stellen das Gleiche tun. Die neue Geschäftsordnung wird es ermöglichen, daß jeder Leerlauf vermieden wird. Danach müssen wir schon in unserem eigensten Interesse trachten. Wir haben nicht so viel Personal hier, als daß wir uns Doppelarbeit leisten könnten.

Was die Wünsche des Herrn Gouverneurs Dr. Wächter anlangt, so wird die gewünschte Verordnung in acht Tagen in seinen Hän-

den sein.

Meine Abteilung ist zurzeit einer Gesetzgebungsmaschine vergleichbar. Jeden Tag werden einige Groschen hineingeworfen, und nach acht oder vierzehn Tagen sollen die entsprechenden Verordnungen herauskommen. Es ist klar, daß hier Stockungen vorkommen müssen. In jedem einzelnen Fall müssen stundenlange Besprechungen mit den einzelnen Abteilungen, vor allem auch mit dem Reich stattfinden. In den Fragen der Ein- und Ausreise und des kleinen Grenzverkehrs müssen wir im Benehmen mit dem Reich versuchen, unsere gemeinsamen Interessen auf einen Nenner zu bringen. In den nächsten Tagen wird dem Herrn Generalgouverneur der Entwurf einer Verordnung zur Unterschrift vorgelegt werden, die die Frage der deutschen Volkszugehörigkeit einheitlich regelt. Auf Grund dieser Verordnung werden wir die Kreishauptleute mit Anweisungen versehen, die sie in den Stand setzen, endgültig zu bestimmen, wer dem deutschen Volke zugehört, also wer Deutscher ist und damit die Rechte und Pflichten eines Deutschen übernehmen kann. Wir werden aber auch bestimmen, wer später das Glück haben soll, in das Reich heimkehren zu dürfen.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Haben Sie schon etwas veranlaßt in der Angelegenheit Sport?

Landrat S i e b e r t: Ich habe zunächst mit dem Beauftragten für Wintersport Fühlung genommen. Ferner habe ich an die Kreishauptleute eine Anweisung herausgegeben, wonach die sportlichen Anlagen in erster Linie für die Deutschen sicherzustellen sind. Ferner habe ich ein Schreiben an den Reichssportfüh-

rer von Tschammer und Osten vorbereitet. Die Sache läuft also.

Generalgouverneur Dr. F ra n k: Wie steht es mit dem Archivwesen? Wer leitet das Archivwesen des Amtes?

Landrat S i e b e r t: Dr. Randt. Er ist gestern wieder einmal umgezogen und hat endlich einen Raum für das Archiv des Amtes gefunden. Er wird alles Material, das im Amt sich anhäuft, sammeln und so allmählich ein Archiv für das Generalgouvernement schaffen.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Wie steht es mit der Zulassung der Kraftwagen?

Landrat S i eb e r t: Die Sache ist vollkommen in Ordnung. Eine Durchführungsverordnung wird morgen oder übermorgen vorgelegt werden.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Wie steht es zurzeit mit den Grenz- und Einreisebestimmungen?

Landrat S i e b e r t: Die Ein- und Ausreisebestimmungen sind vollkommen geklärt und werden bereits gehandhabt. Hier sind allerdings gewisse Schwierigkeiten vorhanden, weil wir zur eigentlichen Ueberwachung verhältnismäßig wenige Leute haben. Der kleine Grenzverkehr ist noch nicht geregelt; wir stehen hier in Korrespondenz mit Berlin.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Wie steht es mit der Aufstellung der Grenztafeln?

Landrat S i e b e r t: Die ist in Vorbereitung. Ich habe hierüber mit OLGR Dr. Weh verhandelt.

Dr. W a l b a u m: Der Stand des Gesundheitswesens im Generalgouvernement ist zufriedenstellend. Es ist auf diesem Gebiet bisher schon viel geleistet worden. In Warschau allein sind 700 000 Typhus- Schutzimpfungen durchgeführt worden. Das ist eine selbst für deutsche Verhältnisse ungeheuerliche Ziffer; das ist geradezu ein Rekord. Es ist uns auch gelungen, des Typhus Herr zu werden, wenigstens ihn zurückzudrängen. Der Typhus ist in merklichem Rückgang begriffen. Immerhin mag man daraus ersehen, von welchen Gefahren wir dauernd bedroht werden. Daher habe ich auch vorgeschlagen, Amtsärzte bis zu den Kreishauptmannschaften herunter einzusetzen. Bei dem großen Arbeitseinsatz müssen wir auch dafür sorgen, daß die Leute in bestimmten Abständen entlaust werden. Die Zahl der Entlausungsanstalten ist aber noch gering. Ich würde empfehlen, in den einzelnen Distrikten Entlausungsanstalten zu errichten. Ihre Zahl kann nicht hoch genug sein. Zurzeit haben wir etwa ein halbes Dutzend Entlausungsanstalten; wir brauchen aber mindestens 30, und zwar zunächst in Lublin und Radom je zwei. In Radom ist eine Anstalt bereits in der Errichtung begriffen. Die Kosten betragen etwa 10.000 RM. An der Kostenfrage darf diese Sache nicht scheitern; das Geld hierfür ist gut angelegt.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Diese "lausige"Summe werden wir auch noch aufbringen.

Präsident S p i n d l e r: Vom Finanzstandpunkt bestehen dagegen keine Bedenken.

Dr. W a l b a u m: In den napoleonischen Kriegen waren etwa 4½ Millionen Soldaten eingezogen. Davon fielen im Felde 400 000 Mann; in den Lazaretten dagegen starben 2½ Millionen. Diese Zahlen zeigen, wie erfolgreich die modernen Methoden des Gesundheitswesens wirken.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Es wird zweckmäßig sein, wenn die Geschäftsverteilung möglichst bald allen Abteilungsleitern zugeht, damit keine Unruhe entsteht und keine Hemmungen verursacht werden.

LGR T a s c h n e r: Die Betriebsabteilung soll allen Abteilungsleitern als Einrichtung zur Verfügung stehen, die ihrer Natur nach einheitlich errichtet und betreut wird. In erster Linie handelt es sich hier um die gesamte Büroorganisation.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Ist der Einlauf zentral für alle Abteilungen eingeführt? Oder fehlen Abteilungen?

MinDir. Dr. B ü h l e r: Ich habe den großen Fachabteilungen zugestanden, ihren Einlauf am Sitz der Verwaltung zu zentralisieren. Ich möchte diese Befugnis aber lediglich den großen Verwaltungen zugestehen; im übrigen werde ich dafür sorgen, daß der Einlauf des Amtes zentral geordnet wird.

Präsident L a u x m a n n: Was die Telefonanlagen betrifft, so haben wir die Burgleitung und zwei Leitungen hat

die Wehrmacht. Die Leitung nach Lublin ist in letzter Zeit häufig gestört gewesen; sobald der Frost einigermaßen nachläßt, werden wir hier Ordnung schaffen. Im übrigen glaube ich, daß die Kreishauptleute nunmehr vollständig angeschlossen sind. Im übrigen fehlt es an Material für die großen Leitungen. Ich habe in dieser Sache bereits mit Generalmajor Bührmann Fühlung genommen. Der Postverkehr läuft ziemlich normal.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Herr Präsident Spindler, wie gestaltet sich die Finanzlage im allgemeinen?

Präsident S p i n d l e r: Bis jetzt können wir noch nicht ernsthaft daran denken, den Etat zu balanzieren. Ich hoffe aber, daß wir ihn im Laufe der Zeit verkleinern können. Es geschieht alles, um die Einnahmen zu erhöhen: Erhöhung der Zucker- und der Einkommensteuer. Auch aus dem Mineralöl werden wir weitere Einnahmen herausholen können. Abschließende Zahlen möchte ich nicht nennen. Auf der Ausgabenseite tauchen immer neue Posten auf, die eine Belastung des Etats darstellen. Aber die Lage ist nicht so, daß ich sie als bodenlos ansehen möchte. Ich hoffe, in Besprechungen mit dem Reichsfinanzministerium zu erreichen, daß einige Lasten von unseren Schultern genommen werden.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Mit welcher Bilanzsumme rechnen Sie schätzungsmäßig?

Präsident S p i n d l e r: Einnahmen: 500 Millionen Zloty; die Ausgaben schätze ich auf 600 Millionen Zloty.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Wir werden hier wohl auch die Emissionsbank einschalten können.

MinDir. Dr. B ü h l e r: Wochen mühsamer Kleinarbeit und quälender technischer Behinderung liegen hinter uns. Ich freue mich, Ihnen, Herr Generalgouverneur, melden zu können, daß wir beim Aufbau des Verwaltungsapparates des Generalgouvernements schon weit vorgestoßen sind. Die einzelnen Fachabteilungen sind schon zutiefst in den materiellen Problemen verstrickt. Ein unendliches Arbeitsfeld liegt vor uns. Uns hebt das glückliche Bewußtsein, daß freier Gestaltungskraft und einer ungehemmten, gesunden Entwicklung keine Schranken entgegenstehen. Dieses Bewußtsein hebt unsere Arbeitsfreude und stärkt uns den Willen, unsere Person ganz für die Sache einzusetzen.

Bei dem Mindestmaß an Einengung, das für die Arbeit der einzelnen Abteilungen besteht, darf ich aber wohl erwarten, daß die wenigen Anordnungen und Bestimmungen, die im Interesse des Zusammenhalts des Amtes und der einheitlichen Ausrichtung der Verwaltung erlassen werden, von den Herren Abteilungsleitern strikte eingehalten werden. Ich will nicht mehr davon hören, daß einzelne Abteilungen versuchen, ihren Einlauf dem allgemeinen Einlauf zu entziehen. Ich will auch nicht gehört haben, daß einer von Ihnen a limine die Einordnung in die allgemeine Erfassung der Personalien in den von mir aufgestellten Apparat ablehnen will. Ich will kein Erschwernis mehr nach der Richtung, daß einer der Herren glaubt, wichtige grundsätzliche Fragen mit mir nicht besprechen zu brauchen, weil er die Aussicht hat, über diese Dinge beim Herrn Generalgouverneur Vortrag halten zu

dürfen. Ich führe diesen Katalog von Kritik und Mahnung nicht weiter, weil ich annehme, daß es sich auch hier nicht um bösen Willen, sondern um Anfangsschwierigkeiten handelt, die in kurzem überwunden sein werden.

Auf einen wichtigen Punkt muß ich aber noch hinweisen. Ich bitte Sie, all Ihre Energie darauf zu verwenden, um einen lebendurchpulsten Kontakt mit den nachgeordneten Behörden, Distriktchefs und Kreishauptleuten ins Leben zu rufen. Die schönste Verordnung ist wertlos, wenn sie von den nachgeordneten Behörden nicht durchgeführt wird oder wenn sie, was noch schlimmer ist, überhaupt nicht durchführbar ist. Die Grundlagen für reibungslose Arbeit sind nunmehr geschaffen. Ich habe dafür gesorgt, daß mit jedem Kreishauptmann wenn nicht telefonisch, so doch auf dem Funkwege nachrichtenmäßig verkehrt werden kann. Wenn die Verkehrsverhältnisse sich im kommenden Frühjahr bessern werden, hoffe ich, daß Sie den persönlichen Kontakt mit den nachgeordneten Stellen weit mehr pflegen als jetzt. Ich darf Ihnen diesen Punkt als besonders dringlich ans Herz legen.

Im übrigen darf ich Ihnen, Herr Generalgouverneur, versichern, daß wir Männer Ihrer Verwaltung im Generalgouvernement unsere ganze Kraft für die uns von Ihnen gestellte gewaltige Aufgabe einsetzen werden. Wir sind glücklich darüber, unter Ihrer Führung arbeiten zu dürfen, der Sie seit Jahrzehnten ein vertrauter Berater und Freund unseres Führers sind. Unter Ihrer Führung fühlen wir uns geborgen und in unserer Arbeit geschützt.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Wir begehen am 30. Januar einen entscheidenden historischen Gedenktag. Vielleicht kann

uns Herr Dr. du Prel heute schon Aufschluß über das Programm geben.

Dr. Frh. d u P r e l: Es ist noch nicht bekannt, ob der Führer selbst am 30. Januar spricht oder ob ein Staatsakt abgehalten wird. Auf alle Fälle wird vom Generalgouvernement eine Feier abgehalten werden, ein Staatsakt des Generalgouvernements, der im Deutschen Theater stattfinden soll. Hierbei wird der Herr Generalgouverneur das Wort ergreifen. Die Feier wird übertragen von den Sendern des Generalgouvernements.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Wir grüßen den Führer! Unser Führer - Sieg Heil!

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 12,50 Uhr.)

Abteilungsleitersitzung am 15. Februar 1940

(1 Original und 1 Durchschlag angefertigt)

P r o t o k o l l

über die Besprechung der Abteilungsleiter am 15.Februar 1940, 10 Uhr 30.

Anwesend:

General Bührmann	Dienststelle für den Vierjahresplan
Regierungsrat Dr.Bergmann	"
Major Hartog	"
Rittmeister von Tupai	"
Oberlandesgerichtsrat Dr.Weh	Chef des Amtes
Direktor Tetzner	Devisen
Landgerichtsrat Taschner	Betriebsabteilung
Dr.Lenke	Abteilung Arbeit
Frhr.von der Goltz	Verbindungsoffizier des Befehlshabers Ost
Gesandter von Wühlisch	Auswärtiges Amt
Ministerialrat Wille	Justiz
Präsident Spindler	Finanzen
Präsident Bauder	Bauwesen
Ministerialrat Plodeck	Treuhandstelle
Spannagel	Bergbau
Zipper	Forsten
Dr.Hoppe	Arbeit
Landrat Dr.Siebert	Inneres
Assessor Dr.Volkmann	Pers.Referent beim Chef des Amtes
Dr.Walbaum	Gesundheitswesen
Dr.Albrecht	Abt.kulturelle Angelegenheiten
Lorenz	Abt.Straßenverkehr

Opdenhoff — Beauftragter des Stellvertreters des Führers

Gerteis — Abteilung Eisenbahn.

Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h begrüßt die erschienenen Abteilungsleiter und weist auf die Wichtigkeit der in Berlin zwischen dem Generalgouverneur und dem Generalfeldmarschall stattgefundenen Besprechungen hin. Es sei der Wunsch des Generalgouverneurs gewesen, die Abteilungsleiter möglichst bald von dem Ausgang dieser Besprechungen unterrichten zu lassen.

General B ü h r m a n n berichtet über die Besprechung des Generalgouverneurs mit Generalfeldmarschall Göring am 12.Februar 1940 in Karin-Hall. Bei der Besprechung seien sämtliche maßgebenden Persönlichkeiten des Vierjahresplanes anwesend gewesen, von den Reichsministern der Finanzminister von S c h w e r i n - K r o s i g k persönlich, sonst die Staatssekretäre , ferner die Statthalter und Gauleiter der an das Generalgouvernement angrenzenden Gebiete.

In einer mehrstündigen Besprechung seien die ganzen Probleme des Ostens erörtert worden. Der vom Generalgouverneur von Anfang an vertretene Standpunkt, daß im Gebiet des Generalgouvernements niemand anders etwas zu sagen habe, als der Generalgouverneur, habe dabei seine volle Bestätigung gefunden. Der Generalfeldmarschall habe strengste Anweisung erteilt,daß alle Verhandlungen irgend welcher Reichsstellen mit Dienststellen im Generalgouvernement nur über den Generalgouverneur

zu führen seien; unmittelbare Anweisungen von Behörden im Reich an Dienststellen im Generalgouvernement seien ausdrücklich verboten.

Der Generalfeldmarschall habe sodann betont, daß im Osten eine Konsolidierung der Verhältnisse eintreten müsse. Die Lage habe sich dort anders gestaltet, als man im Herbst vorigen Jahres gedacht hätte. Der Osten sei erobert worden nicht nur aus militärischen Gründen, um den Rücken für die Westfront frei zu machen, sondern auch um das Kriegspotentiel zu stärken. Bezüglich der Lebensmittel sei das im Generalgouvernement für das Jahr 1939/40 leider noch nicht möglich gewesen. Es lägen hier besondere Verhältnisse vor, da einzelne Gebiete schon im Frieden Zuschußgebiete gewesen seien. Im neuen Erntejahr müßten die Verhältnisse aber auch hier anders werden und es müsse alles geschehen, um mindestens 80% der Ernährung aus dem Generalgouvernement selbst heraus sicherzustellen. Der Generalgouverneur habe hierzu erklärt, daß nicht nur 80%, sondern 100% aus dem Generalgouvernement sicherzustellen seien, und daß alles geschehen werde, um dieses Ziel zu erreichen.

Aber nicht nur auf dem Gebiete der Ernährung - so habe der Generalfeldmarschall ausgeführt -, sondern auch auf anderen Gebieten müsse das Generalgouvernement eine Entlastung für das Reich bringen. Das beträfe besonders Erze, Eisen und andere Metalle, ferner Wolle, Hanf, Leder usw. Was hiervon als Rohstoffe oder als Halbfabrikate ins Reich auszuführen und was in Polen selbst fertigzustellen sei, müsse im einzelnen noch durch die zuständigen Dienststellen des Generalgouvernements und des Vierjahresplans festgelegt werden.

Der Generalfeldmarschall habe sich ferner mit scharfen Worten gegen die wilde Umsiedlung gewandt. Es dürfe kein Transport in das Generalgouvernement kommen, der nicht angemeldet sei. Die Landräte und Distriktschefs müßten hierauf ihr besonderes Augenmerk richten. Es wäre nicht zu verantworten, wenn durch die wilde Umsiedlung die Gefahr schwerer Seuchen heraufbeschworen würde.

Bei der Frage der Produktionssteigerung müsse unter allen Umständen der Gesichtspunkt der Steigerung des Kriegspotentiels im Vordergrund stehen. Fragen finanzieller Art - ob ein Unternehmen Verdienst abwerfe oder ob es Zuschüsse verlange - müßten demgegenüber zurücktreten. Herauf müsse - das sei der ausdrückliche Wunsch des Generalfeldmarschalls - ganz besonders geachtet werden.

In diesem Zusammenhang sei auch die Frage des Abtransportes von Rohstoffen ins Altreich zur Sprache gekommen. Der Generalfeldmarschall habe hierbei den Wunsch geäußert, daß noch mehr Rohstoffe ins Altreich transportiert werden sollten. Der Generalgouverneur habe demgegenüber gemeint, es wäre schon zu viel abtransportiert worden. Die Lage sei so,daß bei den großen Werken noch entsprechende Mengen an Roheisen, Schrott usw. lagern. Anderseits sei es selbstverständlich nicht angängig, daß Material hier mit alten Maschinen bearbeitet werde, während es im Reich mit modernen Maschinen produktiver verarbeitet werden könnte. Maßgebend sei eben auch hier die Frage, wie das Kriegspotentiel des Reiches gesteigert werden könne, indem man Polen ausnütze. Der Generalfeldmarschall habe genehmigt, daß die Kirchenglocken mit Ausnahme einer Glocke pro Kirche abgenommen werden, ferner die Kupferdächer, dann die Zinn-, Messing- und Kupfergeräte in den Haushaltungen. Das solle jedoch nicht in Form einer Verordnung geschehen, sondern es soll ein gemeinsamer Befehl des Vierjahresplanes abge-

wartet werden. Die ganze Aktion müsse in eine Form gekleidet werden, die einen ungünstigen Eindruck nach außen vermeidet. Von der Beschlagnahme der genannten Metallgegenstände seien Kunstgegenstände ausgenommen. Was in der nächsten Zeit unbedingt vermieden werden müsse, sei der Aufbau oder der Neubau von Häusern. Der Generalfeldmarschall habe in dieser Beziehung sich mit sehr scharfen Worten an die Gauleiter und Reichsstatthalter gewandt. Es sei Widersinn, wenn man auf der einen Seite Häuser einreiße um das Material daraus zu bekommen und auf der anderen Seite wieder neue Häuser mit diesem Material zu bauen. Es dürfe unter keinen Umständen jetzt etwas unternommen werden, was Zeit bis nach dem Kriege habe.

Auch die Behandlung der polnischen Arbeiter sei zur Sprache gekommen. Wenn man die Arbeitskraft der Polen für deutsche Zwekke notwendig habe - und zwar nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für die Forstwirtschaft, für die Wehrmacht und für die Rüstungsbetriebe -, müsse diese Arbeitskraft auch entsprechend geschont werden. Wenn man die Leute schlecht behandle und ihnen keine Nahrung gäbe, könne man auch nicht erwarten, daß sie mit Lust und Liebe und mit der nötigen Arbeitskraft bei der Sache seien. In dieser Beziehung sei es notwendig, daß man zu einer ganz anderen Auffassung komme.

Was die Umsiedlung der Polen anlange, so habe der Generalfeldmarschall die Ansicht vertreten, daß diese Umsiedlung durchaus nicht vordringlich sei,und zwar deswegen, weil man ja den Polen auf dem Lande brauche, und zwar als landwirtschaftlichen Arbeiter, als Besteller seines Grund und Bodens. Wer sollte denn z.B. im Warthegau, der nur zu einem geringen Prozentsatz deutsche Bevöl-

kerung habe, das Land bestellen, wenn die Polen hinausgeworfen werden? Hinsichtlich der Umsiedlung der Juden habe der Generalfeldmarschall den Standpunkt vertreten, daß diese Umsiedlung planmäßig in die Wege geleitet werden solle.

Bei der Besprechung der gegenwärtigen Transportlage habe sich herausgestellt, daß die Lage der Bahn im Gouvernement besser sei,als zur Zeit im Reich. Im Reich sei die Anordnung getroffen worden, daß für den Waggon- und Lokomotivenbau mehr Eisen zur Verfügung gestellt werde, und zwar sogar auf Kosten der Wehrmacht. Der Generalfeldmarschall habe den Auftrag gegeben, daß man sich im Generalgouvernement bemühen solle, statt der 3000 Waggons, die hier in Auftrag gegeben worden seien, 6000 fertig zu stellen. Da jedoch die Lage bezüglich der Waggons im Generalgouvernement außergewöhnlich ungünstig sei, stehe er - General Bührmann - auf dem Standpunkt, daß diese Waggons hier behalten werden sollen.

Der Errichtung einer Preisbildungsstelle habe der Generalgouverneur nunmehr zugestimmt. Sie werde demnächst mit dem entsprechenden Personal hierher kommen und entweder dem Generalgouverneur selbst oder der Dienststelle für den Vierjahresplan unterstellt werden.

Von ganz außerordentlicher Bedeutung sei es, daß zoll- und devisenpolitisch das Dombroaer Gebiet dem Generalgouvernement zurückgegeben werde. Das Gouvernement brauche daher die Kohlen nicht mehr zu kaufen, sondern die Kohlen liegen im Bezirk des Generalgouvernements. Der Nachteil dieser Lösung sei allerdings der, daß es sich bei dem Gebiet ernährungsmäßig um ein Zuschußgebiet handle und daß das Gouvernement nicht in der Lage sei,von

sich aus dieses Gebiet zu versorgen; es müßten mindestens für dieses Jahr Zuschüsse aus dem Reich gegeben werden. Eine weitere Schwierigkeit liege darin, daß die Löhne im dortigen Gebiet erheblich gestiegen und an die Löhne in Oberschlesien angegliedert worden seien.

Über die Besprechung in Karin-Hall sei ein ausführliches Protokoll angefertigt worden, das demnächst vorgelegt werde.

Regierungsrat Dr. B e r g m a n n führt ergänzend aus, daß vor der Besprechung in Karin-Hall eine Besprechung über Währungsfragen unter dem Vorsitz von Staatssekretär Neumann stattgefunden habe. Es sei bei dieser Besprechung der Gedanke erwogen worden, ob nicht eine Doppelwährung geschaffen werden könne, nämlich neben dem Zloty ein Edelzloty. Der Gedanke habe jedoch bei den zuständigen Berliner Stellen auf erheblichen Widerstand gestoßen. Man sei sich allerdings darüber klar, daß man den Leuten, die für deutsche Interessen tätig seien, also den Industriearbeitern usw. die Möglichkeit der Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit geben müsse, man glaube aber, das auf dem Wege durchführen zu können, daß man die entsprechenden Waren nur gegen Bezugsscheine abgebe, sowie das gegenüber den Deutschen gehandhabt werde, die auf diese Weise praktisch den Edelzloty, nämlich feststehende Preise für gewisse Waren haben.

Ministerialrat P l o d e c k begrüßt es, daß sich der Generalgouverneur entschlossen habe, eine neue Beschlagnahme-Verordnung herauszugeben, die unter seiner Oberleitung Ordnung in das Beschlagnahmewesen hineinbringen solle. Die wilden Zustände, die bisher auf diesem Gebiete bestandenhätten, müßten unter allen Umständen abgestellt werden, und infolgedessen sei es ein wesentliches Verdienst des Generalgouverneurs, daß er nunmehr diese Dinge

selbst in die Hand nehme. Der Generalgouverneur habe erklärt, daß er jeden, der sich nicht an die in der neuen Beschlagnahme Ordnung festgelegten neuen Richtlinien halte, persönlich rücksichtslos zur Verantwortung ziehen werde. Es sei daher zu wünschen, daß alle beteiligten Stellen von Mißständen auf dem Gebiete des Beschlagnahmewesens sofort der Treuhandstelle Mitteilung machen, damit die Dinge in Ordnung gebracht werden können.

General B ü h r m a n n weist auf die gefährlichen außenpolitischen Folgen hin, die von Gerüchten über Mißbräuche gerade auf dem Gebiete des Beschlagnahmewesens ausgehen können. Er bittet den Höheren ᛋᛋ- und Polizeiführer dringendst, in aller schärfster Form Anweisung an die unterstellten Dienststellen zu geben, damit gegen Übergriffe entsprechend eingeschritten werde.

Obermedizinalrat Dr. W a l b a u m gibt seine Befriedigung darüber Ausdruck, daß die wilde Umsiedlungsaktion nunmehr sistiert worden sei. Die Gefahren, die sich aus dieser Umsiedlung in gesundheitlicher Beziehung ergeben hätten, seien ungeheuer gewesen. Erst jetzt könne man daran gehen, das Gesundheitswesen in wirklich befriedigender Form aufzubauen.

Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h dankt Herrn General Bührmann für seinen Bericht und schließt die Sitzung.

Abteilungsleitersitzung am 8. März 1940

A n w e s e n h e i t s l i s t e

für die Abteilungsleitersitzung

am 8. März 1940

10 Uhr 30

in der Bergakademie.

N a m e	Dienststellung	Abteilung
Böhler	Bergassessor	Leiter des Amtes
Schulz	stellvertr. Kalkspalter	Kalkamt Ost u. Kohl. Felder
	Landrat	Forst. B.
Niemann	Bergassessor	Ref. Steuer, Veterinärsachen
Lorenz	Bergassessor	Krankenversicherung
Dr. Meyerdierks	Bergassessor z. A.	Grundstücksangelegenheiten
Dr. Berg	Bergassessor z. A.	Bergschadensachen
Albers	Bergassessor z. A.	Forst. a. Lagerbau.
Fischer	Bergassessor	Verkehrsamt a. Forstwesen
Schmidt	Bergassessor	Kraftfahrzeugstelle - Materialamt
Dr. Bergmann	Bergassessor	M. d. R.
Baumann	Bergassessor	Bergpolizeiverwalter.
	Bergassessor	Pol.

Name	Dienststellung	Abteilung
Zippelius	Oberamtsrichter	Forsten.
K. Fromm-Dorfer	Oberleutnant	Arbeit
K. Mehl	Oberamtsrichter	Gesetzgebung
Oberster	LGR	Kanzlei Dienst.
Fabian	Obl. Forstrat	Grundbuchamt
Fischer	Finanzprokurist	Finanzen
K. Arndt	ORR	"
Lucius	Min. Rat	Justiz
Cazmer	Direktor	Lehrer
Fischer	R. 03.	Referent f. d. Versicherungs-Schutz Betriebs-Ab.
Wehner	LGR.	
Dr. Christmann		Kultus
Forstrat	Leiter des Personalamts	
K. Ramm	Leiter der Hüttenverwaltung	
Ing. Flübel	Leiter der Abt. f. Verwaltungsrecht	Innere Verwaltung

Name	Dienststellung	Abteilung
Hoffeck	Hptm. Kal	Fortsch.-Stelle.
Hoffmann	Oberfeuerwerker	M.G. Abteil. 3. Gen. Kommdo.
Hübschen	Gefreiter	

Reinhard Pen —

Bruk

(1 Original mit 2 Durchschlägen angefertigt)

A b t e i l u n g s l e i t e r s i t z u n g

in der Bergakademie

Freitag, den 8. März 1940.

Beginn der Sitzung: 10^{40} Uhr,

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank:

Meine Herren!

Ich eröffne die heutige Abteilungsleitersitzung. Seit unserem letzten Zusammensein sind zwei Herren aus unserer Mitte ausgeschieden, und zwar Reichsamtsleiter Opdenhoff, der als stellvertretender Gauleiter nach München berufen ist, und der bisherige Präsident der Ostbahn, Herr Beck, der als Präsident des Reichsbahndirektionsbezirks nach Berlin berufen worden ist.

Ich freue mich, daß wir alle heute dem Chef des Amtes, Herrn Staatssekretär Dr. Bühler unsere Glückwünsche aussprechen können zu der vom Führer vollzogenen Ernennung zum Staatssekretär.

Ich hatte ursprünglich geplant, in regelmäßigen Abständen diese Abteilungsleitersitzungen abzuhalten. Es ist leider nicht geglückt, weil das bei der Fülle der Aufgaben und Dienstleistungen einfach nicht durchzuhalten war. Ich glaube nicht, daß wir in Zukunft von diesem Überdruck dienstlicher Belastungen befreit sein werden, sodaß ich hiermit die ursprünglich geplante regelmäßige Folge der Abteilungsleitersitzungen wieder aufhebe und mir die Einberufung dieser Sitzungen von Fall zu Fall vorbehalte. Ich werde Ihnen aber von den Abteilungsleitersitzungen ~~aber~~ jeweils eine Woche vor dem Termin Kenntnis geben, sodaß es Ihnen auf jeden Fall möglich sein muß, sich bereit zu halten. Ich werde

künftig

künftig streng darauf dringen, daß die Abteilungsleiter persönlich hier anwesend sind; eine Vertretung kann nur in den seltensten Ausnahmefällen zugelassen werden. Jede Einladung nach Berlin, jede weitere dienstliche Verpflichtung muß im Hinblick auf die Abteilungsleitersitzung künftig vermieden werden. Ich werde Entschuldigungen nur noch für den Fall einer ernstlichen Erkrankung entgegenehmen. Im allgemeinen wird wohl alle 5 bis 6 Wochen eine solche eingehende Sitzung stattfinden, sodaß es möglich sein muß, sich zeitlich darauf einzurichten.

Der Ausbau des Generalgouvernements als charakteristischer Sonderverwaltung des Reiches im Osten schreitet voran. Ich glaube, daß wir aus allen Abteilungen die Berichte entgegenehmen können, wonach mehr oder weniger jede Abteilung nunmehr im Aufbau ihrer geordneten Dienststelle, in der Festigung ihrer organisatorischen Idee, in der Niederlegung ihrer materiellen Gesetzgebungsgrundlagen usw. wieder wesentlich vorangeschritten ist. Ich kann wohl sagen, daß durch diese unsere Gemeinschaftsarbeit der Begriff des Generalgouvernements heute bereits eine weit über das engere staatsrechtliche Gebiet hinausgehende staatsbildende Funktion und verwaltungsreformatorische Mission erhalten hat. Wir können das mit Stolz feststellen; denn der Versuch des Generalgouvernements im Oktober 1939, den der Führer uns aufgegeben hat, ist ein erstmaliger Schritt in eine gänzlich neue revolutionäre Verwaltungsreform des Dritten Reiches überhaupt. Als solche bitte ich daher, diese Arbeit immer anzusetzen, anzusehen und zu betonen.

Ich möchte dieses charakteristische Eigenwertelement staatsbildender Art des Generalgouvernements noch mehr betont wissen,

als es bis jetzt vielleicht der Fall war. Es ist mir daher bei dem ganzen Aufbau immer nichts so peinlich gewesen, wie wenn allzusehr zwei Gesichtspunkte öfter wieder in den Vordergrund gerückt werden, wenn erstens die Abteilungsleiter sich zu sehr als Vertreter ihrer heimischen Ministerien fühlten und wenn zweitens Regelungen für das Generalgouvernement in allzu enger Übernahme von für das Deutsche Reich geltenden Vorschriften vorgenommen werden sollten. Meine Herren, ich möchte Sie bitten, sich darüber klar zu sein, daß die vollkommen eigenwertige Aufgabe des Generalgouvernements uns alle zwingt, schöpferisch zu arbeiten, und daß nichts so nachteilig wäre, wie etwa den Bequemlichkeitsstandpunkt anzuwenden: was im Reich gegangen ist, geht sicherlich auch hier. Ich habe oft die groteske Feststellung treffen können, daß einfach durch Übernahme von Reichsbestimmungen Begriffe, Institutionen und Wortbildungen in den Te-xt von Verordnungen hereingeschmuggelt werden sollten, die im ganzen Generalgouvernement unbekannt sind. Solche Bequemlichkeitsexzesse werde ich natürlich künftig noch viel mehr rügen als in der Vergangenheit. Hier müssen wir uns alle selber anstrengen. Wir müssen uns alle selber klar darüber werden, was wir wollen und sollen und wie wir die Aufgaben erfüllen müssen. Dieses starre Hinschauen nach Berlin, nach den Wünschen der Berliner Zentrale ist nur ein Zeichen dafür, daß man sich in diesem schöpferischen Rahmen unsicher fühlt. Ich kann grundsätzlich hier nur Mitarbeiter brauchen, die Lust haben, an dieser schöpferischen Eigenarbeit sich zu beteiligen. Das wollte ich nur nebenbei bemerkt haben. Im allgemeinen bin ich aber zufrieden, und im allgemeinen hat man, wie ich sagen kann, diese Einstellung nun

überall

überall klar übernommen, daß hier etwas Eigenes aufsteigt und daß das Argument wie etwa: die Zentrale in Berlin wünscht das und das, - oder: in Berlin geschieht das und das, und man soll auf Wunsch von Berlin das und das machen, - nur insofern interessiert, als es mit den Zweckmäßigkeiten des uns erteilten Führerbefehls in Verbindung gebracht werden kann.

So glaube ich denn, daß wir bei dem Ausbau des Generalgouvernements dem Führerbefehl entsprechend gehandelt haben. Denn das ist klar: wenn der Führer nicht so außerordentlich bedrückt wäre über die Entwicklung des Ressortkrieges in Berlin, wenn er davon nicht auch mir gegenüber gesprochen hätte, dann können Sie überzeugt sein, würde ich mit einem Hammer hier herumhauen. Ich tue das nicht aus meinem eigenen Belieben heraus, sondern weil ich vom Führer die Weisung habe, zu versuchen, ob es nicht möglich ist, endlich einmal eine nationalsozialistische Verwaltung aufzubauen, in der der Ressortegoismus zertrümmert am Boden liegt und das Gemeinschaftsinteresse des nationalsozialistischen Reiches allem anderen vorangeht. Ich bitte, davon überzeugt zu sein, daß die Vollmachten, die mir der Führer gegeben hat, auch deshalb so umfangreich gestaltet worden sind, um diese reformatorische Arbeit zu leisten.

Daher, meine Herren, möchte ich Sie sehr bitten, sich immer mehr und mehr in diese schöpferische Gemeinschaftsarbeit hineinzuarbeiten. Ich möchte das ausdrücklich betonen: Sie sind von mir aus nicht Sendboten Ihrer heimischen Ministerien, Sie sind für mich nicht die Repräsentanten irgendwelcher Berliner Zentralen, sondern für mich sind Sie die an wichtiger Stelle stehenden Mitarbeiter im Generalgouvernement. Daher ist für mich auch diese

Position

Position entscheidend: das Reich ist in seinem Verwaltungswirrwarr, in dem Durcheinander seiner Zentralen eine ungeheure Belastung. Wenn man den Führer sprechen hört, wie er in geradezu erbitterter Entrüstung an das innere Verwaltungsbild Deutschlands denkt, so kann man ermessen, was einmal auf diesem Gebiet entstehen wird, wenn der Krieg überwunden ist. Wenn der Führer sogar soweit geht, zu sagen, daß Ressortministerien später überhaupt nicht mehr existieren würden, so können Sie daraus ermessen, welch ungeheure negative Energie er auf diesem Gebiet haben muß.

Das Generalgouvernement ist demnach ein schöpferischer, neuer verwaltungsreformatorischer Begriff geworden. Das verpflichtet uns alle zu ~~dieser~~ einer schöpferischen Neuformung dieser Aufgaben, steigert aber auch ungeheuer unsere Verantwortung, gibt uns allerdings auch ein entsprechendes Recht, daß wir uns nämlich in diesem oder jenem irren oder korrigieren können. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Erfahrungen, die nun jeder einzelne von uns in diesen Monaten gemacht hat, mit Enttäuschungen örtlichen, persönlichen und charakterlichen Wesens erkauft werden mußten. Ich möchte damit sagen, daß wir nun wohl etwas irgendwie Fertiges schon geschaffen haben, daß aber dieses Fertige nichts Endgültiges ist und daß wir uns vorbehalten müssen, nach den Erfahrungen, die wir noch machen werden, den Ausbau unserer Verwaltung da und dort zu ergänzen, da und dort noch irgendwie neue Schlaglichter aufzusetzen usw.

Das eine ist sicher: Die Autorität des Generalgouvernements als Repräsentanten des Führer- und Reichswillens in diesem Gebiet

ist

ist allerdings stark, und ich habe niemals darüber einen Zweifel gelassen, daß ich mit dieser Autorität nicht spielen lasse. Ich habe das jeder Stelle in Berlin dann auch erneut erklären lassen, besonders nachdem Herr Generalfeldmarschall Göring am 12. Februar 1940 von Carin-Hall aus sämtlichen Dienststellen des Reiches mit Einschluß der Polizei, mit Einschluß sogar der Wehrmacht verboten hat, sich in die dienstlichen Angelegenheiten des Generalgouvernements ~~sich~~ irgendwie einzumengen./Dies war umso notwendiger, als die Versuche dazu ja bereits gesetzgeberischen Niederschlag gefunden hatten. Ich erinnere an die Verordnung über die Beschlagnahme des polnischen Staatsvermögens, die Herr Generalfeldmarschall Göring unter hundert anderen Briefen mit unterzeichnet hat. In diese Verordnung war auch das Generalgouvernement einbezogen. Auf meine Beschwerde dagegen hat Herr Generalfeldmarschall Göring denn auch am 12. Februar 1940 verfügt, daß diese Verordnung im Generalgouvernement keinerlei Anwendung finde und es daher bei der Verordnung des Generalgouverneurs bleibe, die am 15. November erlassen worden ist. Das gleiche gilt für den Versuch, den die SS einmal am 15. oder 16. Dezember 1939 gemacht hat, wo der Reichsführer SS auch mit Wirkung für das Generalgouvernement verfügen wollte, daß die gesamten Kunstschätze und sonstigen Werte der SS zugesprochen würden. Auf meine Beschwerde hin ist auch diese Verfügung aufgehoben worden. Das gleiche galt und gilt für die wiederholten Versuche der Treuhandstelle Ost, des Herrn Winkler, in unserem Generalgouvernement irgendwie autoritär Fuß zu fassen. Auch hier hat der Herr Generalfeldmarschall am 12. Februar 1940 endgültig entschieden, daß die Treuhandstelle Ost im

Generalgouvernement nicht das geringste mehr zu suchen habe. Wenn der Herr Generalfeldmarschall für sich erklärt, daß auch er künftig keine Verordnungen erlassen werde, die das Generalgouvernement betreffen, und dasselbe allen Reichsstellen zur Pflicht macht, so werden Sie ermessen können, daß mit dieser selbständigen Heraushebung des Generalgouvernements vor allem eine Steigerung unserer Verantwortung verbunden ist.

Der Führer hat auf der gleichen Linie am 30. Januar 1940 eine wichtige Entscheidung getroffen. In Berlin war es einigen Dienststellen etwas unheimlich geworden, daß der Generalgouverneur das Gnadenrecht im totalen Umfang haben sollte. Auf die schüchterne Frage ängstlicher Gemüter hat der Führer zu allem Überfluß auch noch schriftlich niedergelegt und am 30. Januar eine bereits im Reichsgesetzblatt veröffentlichte Verfügung erlassen, nach welcher der Generalgouverneur das gesamte Gnadenrecht im besetzten polnischen Gebiet zusammen mit dem Recht der Weiterübertragung auszuüben hat.

Das alles sage ich, um Ihnen als Chef der Verwaltung klar zu machen, daß ich genau so wie Sie meine Pflicht hier erfülle, daß ich mich genau so wie Sie bemühe, Ihnen die Arbeit in Ihrem Bereich sicherzustellen. Daher bitte ich Sie nun, künftig diese Linie stärkstens einzuhalten. Es gibt hier im Generalgouvernement keine Autorität, die an Rang höher, an Einfluß stärker und an Autorität größer wäre als die des Generalgouverneurs. Auch die Wehrmacht hat hier keinerlei Regierungs- und Amtsfunktionen; sie hat hier Sicherungsfunktionen und die allgemeinen soldatischen Aufgaben; sie hat keinerlei politische Macht. Dasselbe gilt für Polizei und SS. Es gibt hier keinen Staat im Staate, sondern wir

sind

sind die Repräsentanten des Führers und Reiches. Das gilt endlich auch für die Partei, sie hat hier keinerlei weiterreichenden Einfluß, es sei denn, daß älteste Nationalsozialisten und bewährteste Vorkämpfer des Führer die allgemeinen Angelegenheiten führen.

Lassen Sie mich ganz kurz auf einige Einzelfragen eingehen. Zum 1. April 1940 wird das Generalgouvernement zum ersten Mal einen Etat aufstellen. Ich möchte Sie bitten, meine Herren, für Ihre Abteilungen und Dienststellen der Abteilung Finanzen zu helfen, damit dieser Etat so aufgestellt wird, daß er tatsächlich sonnenklar ist. Wenn wir schon reformatorische Aufgaben auf allen Gebieten leisten wollen, so soll gerade der Etat des Generalgouvernements eine wirkliche Klarheit bieten. Wir werden im Laufe des Monats April mit sämtlichen Abteilungsleitern eine zusammenfassende Etatbesprechung halten, in der sie uns einen zusammenhängenden Vortrag über die finanzielle Lage ihrer Abteilung halten werden. Die Abteilungsleiter sind ja wohl ersucht worden, ihre Etatbedürfnisse anzumelden, sodaß wir diese Sitzung zwischen dem 20. und 30. April werden abhalten können.

(Zuruf des Oberregierungsrats von Streit)

- Gut, dann sagen wir um den 10. Mai herum. Ich möchte aber betonen, daß wir neben diesem völlig abzugleichenden Etat, der in Einnahmen und Ausgaben einigermaßen abschließt, nunmehr die Möglichkeit haben müssen, über die Emissionsbank dem Generalgouvernement einige Schulden aufzubürden. Davon werden wir auch Gebrauch machen; denn es kann nicht unsere Aufgabe sein, das Generalgouvernement etwa ohne Schulden aufzubauen. Das sehen wir

nicht

nicht ein; es ist auch nicht not-notwendig. Das Generalgouvernement hat Schulden zu machen und im selben Umfange wie das Reich an der gemeinschaftlichen Last des Deutschen Volkes Anteil zu nehmen. Wenn das durch Schuldenübernahme auf dem Umwege über die Emissionsbank möglich ist und dem Reich dadurch Entlastung gebracht werden kann, daß für die Errichtung öffentlicher Bauten, Sicherungsbauten usw. Anleihen aufgenommen werden, so soll und wird das geschehen. Allerdings bin ich gewillt, auf diesen außerordentlichen Etat im strengen Sinne der Haushaltsvorschriften nur solche Anlagen zu nehmen, die Dauercharakter haben. Ich werde mich schärfstens dagegen wenden, etwa Personalausgaben auf diesem Wege decken zu lassen.

Es ist klar, daß es hier einige Schwierigkeiten geben wird. Mir wird immer wieder darüber geklagt, daß die Einstufung der einzelnen Beamten und Angestellten zu schleppend vor sich geht. In Warschau habe ich mich über die außergewöhnlich ungünstige Lage der dortigen Beamten und Angestellten unterrichten lassen. Nach langen Verhandlungen ist es geglückt, für die Warschauer Beamten und Angestellten zu erreichen, daß 1. das Kasinoessen mit Hilfe des Generalgouvernementswesentlich verbilligt wird, 2. die Wohnungszulagen für die in Warschau lebenden Beamten und Angestellten erhöht werden und 3. den Beamten und Angestellten in den unteren Gehaltsgruppen eine Sonderzulage gewährt wird. Ich habe mit dem Abteilungsleiter der Finanzen und dem dortigen Gouverneur persönlich verhandelt. Da wurde der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß nun nach dem Vorbild von Warschau alle anderen Städte des Generalgouvernements mit ähnlichen Anliegen kommen würden, und das wäre voraussichtlich für unsere Etatslage nicht günstig. Nach dem Wunsch der Finanzverwaltung soll auf dem Gebiet der Verpflegung,

auch der Versorgung mit Textilien, der Erhöhung der Wohnungsbeihilfe usw. mehr geleistet werden als im Wege der eigentlichen Zulagen. Die Frage der Unterkunft unserer Behörden, ihrer Beamten und Angestellten muß einer großzügigen Regelung unterstellt werden. Was wir an Zulagen sparen, werden wir für Wohnung und Kleidung der Beamten aufwenden müssen. Da wir in dieser Gemeinschaftsarbeit zusammenhängen und ein Bestandteil der Autorität unseres Generalgouvernements vor allem die Kameradschaft ist, möchte ich Sie bitten, meine Herren Abteilungsleiter, daß Sie den Ihnen unterstellten Dienststellen für die Beamten und Angestellten ihrer Ämter zur Pflicht machen, dafür zu sorgen, daß die einzelnen Behörden Gemeinschaftskasinos haben. Aufgabe der Distriktchefs und Kreishauptleute ist es, dafür zu sorgen, daß ausreichendes Essen zu möglichst billigen Preisen zur Verfügung steht und daß da, wo es daran fehlt, die Finanz auch großzügig einzuspringen hat.

In diesem Zusammenhang bitte ich Herrn Präsidenten Spindler, überhaupt einmal allgemein die Frage zu klären, welche Bauten, Anlagen, Verbesserungen usw. noch im Jahre 1940 im gesamten Generalgouvernement bewerkstelligt werden müssen, um das Ziel zu erreichen, daß jeder Distrikt und jede größere Dienststelle ein anständiges dienstliches Gebäude und entsprechende Räume zur Verfügung hat, in denen sich die Beamten und Angestellten auch außerdienstlich treffen. Weiter müßte sichergestellt werden, daß in diesen Gemeinschaftskasinos zu denkbar erschwinglich niedrigen Preisen ausreichende Verpflegung verabreicht wird. Das muß in eine Gesamtplanung für die Lage der Beamten und Angestellten im Generalgouvernement aufgenommen werden. Es ist klar, daß wir

verpflichtet sind, sollen nicht da und dort Mißstände einreißen, die zur Lähmung dec Verwaltung führen würden. Wir dürfen hier nicht sparen. Deshalb bin ich auch bereit, größere Bauvorhaben, wenn sie in ihrer Dringlichkeit nachgewiesen sind, allenfalls auf den außerordentlichen Haushalt zu übernehmen. Dabei würde ich Herrn Präsidenten Spindler bitten, mir vorzutragen, unter welchen Bedingungen und in welchem Umfange die Schuldübernahme mit Verzinsung, Tilgung usw möglich ist.

Ganz allgemein möchte ich dann zur Polenpolitik folgendes sagen. Wir stehen in einer Periode der völligen Umkehr der Polenpolitik. Als ich damals den ersten Auftrag vom Führer bekam, da war wohl noch im September vorigen Jahres die schärfste Ausbeutungsabsicht gegenüber diesem Polenterritorium gegeben. Das hat sich mittlerweise etwas gewandelt, und zwar aus der Erkenntnis der Notwendigkeiten unserer Lage heraus. Meine Herren, Das Generalgouvernement ist einer der wichtigsten Faktoren für die industrielle und nahrungsmäßige Versorgung des Reiches. Seine Industrie ist sehr bedeutend, die Rohstoffe, die hier gefunden worden sind, sind von größter Wichtigkeit, und die Ermährungslage des Generalgouvernements mußte in einem ganz bestimmten Entwicklungsstadium zur Entlastung des Reiches beitragen. Wie sehr diese Bedeutung gesteigert ist, sieht man daraus, daß hier eine eigene Dienststelle für den Vierjahresplan eingerichtet wurde, die nunmehr die wesentliche Aufgabe hat, für die Wiederingangsetzung der Industrie zu sorgen.

Damit eng zusammen hängt die eigentliche Führung Polens. Vom Führer ist mir aufgegeben worden, das Generalgouvernement als Heimstätte des polnischen Volkes zu betrachten. Demnach ist keine irgendwie geartete Germanisierung möglich. Ich bitte Sie, in Ihren Ämtern strengstens auf die Zweisprachigkeit sehen

zu

zu wollen; ich bitte Sie auch, bei den Distrikten und Kreishauptmannschaften darauf hinzuweisen, daß dieser Sicherung des polnischen Eigenlebens nicht in gewalttätiger Weise entgegengetreten wird. Wir haben hier demnach vom Führer in gewissem Sinne die treuhänderische Pflege des polnischen Volkstums übernommen. Der Führer gedenkt ja einmal bei den kommenden Auseinandersetzungen mit den Westmächten seine Polenpolitik unter diesen Stern zu stellen. Das imperiale Bewußtsein, das im dritten Reich nunmehr aufsteigt, das im Generalgouvernement seinen ersten Ausdruck gefunden hat, macht es uns zur Pflicht, nichtdeutschen Volksstämmen und Völkern, die unter die Herrschaft des Deutschen Reiches geraten sind, die Eigenart ihres Lebens, wenn es mit den Interessen des deutschen Volkes vereinbar ist, sicher zu stellen. Wie sollten sonst andere Völker die Lust verspüren, unter deutschen Schutz zu kommen! Es ist klar, daß wir in diesem Sinne auch hier gewisse Verpflichtungen haben.

Ich habe zu diesem Zwecke auf ausdrücklichen Befehl des Führers auch die unmittelbaren Exekutionen von meiner vorherigen Genehmigung abhängig gemacht. Es gibt keine Vollstreckung des Todesurteils eines Standgerichtes ohne meine vorherige Genehmigung. Massenweise Exekutionen sollen hinfort unterbleiben.

Demnach ist es so, daß hier ein voller Wandel stattgefunden hat. Das wird sich auf den verschiedensten Gebieten ausprägen. Wir werden in gewissem Umfange nunmehr wieder Bildungsmöglichkeiten für die Polen zulassen müssen. Auf den Gebieten des ärztlichen und technischen Fachstudiums werden wir Abschlußprüfungen an den Universitäten wieder zulassen. Wir werden das Fachschulwesen des polnischen Volkes wieder in dem Umfange in Kraft setzen, daß es etwa die tiefste Stufe der deutschen technischen Mittelschule erreicht.

Wir

Wir müssen dafür sorgen, daß die Arbeiter und Angestellten, die im Dienste des Generalgouvernements stehen, nunmehr einen bevorzugten Schutz und eine bevorzugte förderliche Behandlung erfahren. Daß dies nicht zur Schwäche gegenüber dem polnischen Widerstandsgeist führen darf, ist klar; es darf sich nur um Maßnahmen handeln, die im Kriegsinteresse des Deutschen Reiches liegen. Ebenso ist klar, daß diese Maßnahmen nicht bedeuten dürfen, daß wir den polnischen Elementen auch nur den geringsten Anteil an der Führung und den Machtfunktionen im Generalgouvernement geben. Es entstehen hier eine Fülle von Fragen, mit denen die einzelnen Abteilungsleiter fertig werden müssen. Auf jeden Fall muß mit dem Willkürregiment einzelner Dienststellen gebrochen werden. Ich bitte vor allem, mit Nachdruck dafür zu sorgen, daß bei Beamten, die aus dem Reich kommen und die noch die Vorstellung haben, als ob das Generalgouvernement eine Heimstätte beutelüsterner Abteilungen sei, diese Vorstellung schon in der ersten Zeit des Erscheinens gebrochen wird. Es ist klar, daß diese Änderung in den wesentlichen Voraussetzungen der Polenbehandlung zweckmäßig kommen mußte und daher keinen Widerspruch darstellt zu den ursprünglichen Ansätzen.

Im allgemeinen kann man sagen, daß wir in zunehmendem Maß aus den Kreisen der Intelligenz, der Kirche und der früheren Offiziere mit Widersetzlichkeiten zu rechnen haben werden. Es sind bereits organisatorische Formen vorhanden, die gegen unsere Herrschaft hier im Land gerichtet sind. Wir brauchen deshalb nicht in Angst zu verfallen, sondern wir können den Dingen ruhig entgegensehen. Bei dem geringsten Versuch des Polentums, etwas zu unternehmen, würde es zu einem ungeheuren Vernichtungsfeldzug gegen die Polen kommen. Dann würde

94

ich vor keinem Schreckensregiment und seinen Auswirkungen zurückschrecken. Ich habe Befehl gegeben, daß einige hundert Mitglieder von solchen Geheimorganisationen auf 3 Monate sichergestellt werden, damit in der nächsten Zeit nichts passiert Das letzte Wort des Führers, das er mir mit auf den Weg gab war: sorgen Sie dafür, daß drüben absolute Ruhe ist; ich kann nichts brauchen, was im Osten die Ruhe stört. Dafür werde ich sorgen.

Nun, meine Herren, darf ich Sie bitten, so wie bisher Ihre Arbeit fortzusetzen und das Vertrauen zu mir zu haben, daß ich zu Ihnen so stehe, wie ich das Ihnen sage. Wir müssen uns allmählich daran gewöhnen, daß hier nicht der Ton alter bürokratischer Lebensformen, sondern ein rauherer Ton herrscht. Wer dieser Luft nicht gewachsen ist, der soll lieber seinen Abschied nehmen, als daß er uns durch Schlappigkeit besonders auffällt. Ich wünsche, daß dieser Ton besonders deshalb durchgehalten wird, weil wir immer weniger werden, d.h. weil die Polen im Lande zunehmen und zwar in ungeheurem Maße, weil die Juden noch mehr zunehmen. Es werden im Laufe dieses Jahres noch 300 000 Juden ins Land kommen und es wird dadurch die Relation zwischen der Zahl der Regierenden und der Regierten immer mehr zu unseren Ungunsten verschoben. Diese Verschiebung der zahlenmäßigen Relation bedingt eine Steigerung des persönlichen Einsatzes. Über Arbeitsmangel können wir uns nicht beklagen. Neben der eigentlichen Arbeit hat jeder immer eine Fülle von Repräsentationspflichten. Für die Besuche aus dem Reich sind wir dankbar, denn diese Besuche werden meist zu Erziehungsfahrten für die Reichszentralen und können sich auswirken im Sinne des Aufbaues gutnachbarlicher Beziehungen zwischen den befreundeten Mächten Deutsches Reich und Generalgouvernement.

Zum

M.

Zum Schluß möchte ich nur noch von der wesentlichsten Sorge sprechen, die ich in letzter Zeit hatte, von der Zloty- und Preisfrage. Wenn es uns gelingt, aus dieser Zloty-Krisis gerade noch mit einem blauen Auge herauszukommen, so muß ich gestehen, daß dies einer der großartigsten Erfolge der Gouvernementsverwaltung überhaupt war. Ich möchte hier nicht mit Lob sparen und jedem einzelnen von Ihnen danken, daß er trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, die mit dieser Frage zusammenhängen, mir und allen Mitarbeitern geholfen hat. Wir haben eine der schwersten Aufgaben der Gemeinschaftsarbeit kameradschaftlich und autoritär gelöst. Als ich erklärte, daß der Zloty stabil gehalten werde, hat man mir aus Berlin Telegramme und Sendboten geschickt und mir mitgeteilt, daß man über nichts so bestürzt sei als über diese Maßnahme. Ich habe damals eiskalt erklärt: ich trage die Verantwortung und wir werden den Zloty halten müssen. Vorgestern waren Herren aus Berlin bei mir und sagten: Gottlob, daß es geglückt ist, den Zloty einigermaßen stabil zu halten. Ich konnte mir die Bosheit nicht ersparen, etwas überrascht zu sein über diese Wandlung der Anschauungen in der Berliner Zentrale. Sie sehen daraus, wohin man käme, wenn man den Einflüsterungen aus Berlin blind folgen würde. Wir haben jetzt die Zlotykrise einigermaßen überwunden und werden, wenn in den nächsten Wochen der Umtausch aller Noten vollzogen ist, kaum mehr größere Schwierigkeiten haben. Das gleiche gilt hinsichtlich der Entwicklung der Preisverhältnisse im Generalgouvernement. Auch hier glaube ich, sagen zu können, daß es uns gelingen wird, die Dinge so zu gestalten, daß wenigstens von der Ernte 1940 ab ein einigermaßen einheitliches und stabiles Preisgebäude wird errichtet

richtet werden können und zwar auch dies nur dank der präzis funktionierenden Maschinerie unserer staatlichen Verwaltung. Wenn wir das Barockgebäude der Reichsverwaltungszentralen gehabt hätten, würde es uns genau so gegangen sein wie dem Reich auf dem Gebiete des Transportwesens. Die Transportlage des Reiches ist heute das Kriegsproblem geworden. Die Transportlage wird auch bei uns noch schmerzliche persönliche Einschränkungen fordern. Herr Staatssekretär Dr.Bühler wird bei seinen Ausführungen über die Urlaubsfrage darauf zu sprechen kommen.

Zum Schluß möchte ich noch eine Frage herausgreifen: die Grenzfrage. So schön die Lage unseres Generalgouvernements in jeder Weise ist, so haben wir doch eines nicht, nämlich Kohlen. Am 12.Februar habe ich dem Herrn Generalfeldmarschall gesagt, daß das Generalgouvernement ein nach dem Lebensstandard des Generalgouvernements verwaltetes und geführtes Kohlenrevier bekommen müsse. Der Herr Generalfeldmarschall hat diese Frage in Fluß gebracht und wir befinden uns jetzt mitten in den Verhandlungen.

Reichsminister S e y ß - I n q u a r t berichtet an Hand einer Karte über die Verhandlungen in der Grenzfrage und den voraussichtlichen Verlauf der neuen Grenze zwischen Generalgouvernement und Reich.

Staatssekretär Dr.Bühler erinnert daran, daß der Herr Generalgouverneur, als er im Oktober 1939 vom Führer die zivile Verwaltung und die Einführung der deutschen Ordnung im Osten übertragen bekam, seinen engsten Mitarbeitern, den Distriktschefs, die Weisung gab, niemals eine nützliche und praktische

Handlung zu unterlassen, nur deshalb, weil der Wortlaut irgendeines Gesetzes dieser nützlichen Handlung entgegenstehe. Diese Richtlinie für die Arbeit der Distriktschefs habe sich bewährt. Gegen manche Erwartungen habe sich trotz Ingebrauchnahme dieser Freiheiten durch die Distriktschefs und Kreishauptleute ein gesundes Verwaltungsgebilde entwickelt, das nun in ganzem Umfang zu arbeiten beginne. Wenn trotzdem heute gegen eine etwa vorhandene Tendenz einer Ausweitung dieser Freiheiten Stellung genommen werden müsse, so geschehe das aus dem Bewußtsein und der Erkenntnis heraus, daß der Zustand, in dem das Generalgouvernement sich vor mehreren Monaten noch befunden habe, nicht zu vergleichen ist mit dem Zustand von heute. Eigenmächtigkeiten seien heute nicht mehr am Platz und würden nur den Gesamtaufbau des Verwaltungsapparates stören und eine zentrale Leitung unmöglich machen. So dürfe es heute insbesondere auf dem Versorgungsgebiet nicht mehr vorkommen, daß irgendwelche Formationen oder Einzelpersonen eigenmächtig vorgehen. Mit allen Mitteln müsse das wilde Aufkäufertum beseitigt werden. Das gleiche gelte auf dem Gebiet der Beschlagnahme. Durch die Beschlagnahmeordnung sei eine Basis geschaffen, die die Begriffe von Mein und Dein wieder schärfer abgrenze. Wer gegen diese Ordnung verstoße, handle als Dieb, Räuber oder Erpresser. Dem Generalgouverneur - und nur ihm allein - sei vom Führer die Verantwortung für die Gestaltung der Verhältnisse im Generalgouvernement übertragen worden. Ausweise, Vollmachten und sonstige Schreiben irgendwelcher Reichsstellen, die ohne Einverständnis des Generalgouverneurs verfertigt und ausgestellt wurden, seien im Generalgouvernement ohne Wirksamkeit. Aber auch innerhalb des Generalgouvernements könne nicht jede Dienststelle über jede Sache an jedem Ort irgendeinen

Schein

M.

Schein ausstellen und irgendeine Vollmacht erteilen. Die grundsätzliche Regelung sehe wie folgt aus: Staatliche Ermächtigungen erteile der staatliche Hoheitsträger und zwar für den Bereich des von ihm verwalteten Gebietes. Verschwinden müßten die Ermächtigungen, die von Sekretären oder Schreibkräften im Vorzimmer der Hoheitsträger fabriziert werden und verschwinden müßten auch sonstige Scheine, die in angemaßter Zuständigkeit von irgendjemand draußen ausgestellt werden. Er habe Veranlassung genommen, im Amt des Generalgouvernements Strafanzeige zu erstatten gegen Leute, die geglaubt haben, mit der Autorität dadurch Schindluder treiben zu können, daß sie auf Ausweisen einfach Zahlen abänderten und dadurch die Ausweise fälschten.

Im Bereich der Gesetzgebungsarbeit werde von vielen Seiten darüber geklagt, daß die Zentrale eine derart fruchtbare Tätigkeit entfalte, daß die Praxis daran ersticke. Er habe die Überzeugung, daß diejenigen Stellen hieram lautesten schrien, die ihren eigenen Apparat noch nicht so weit in der Hand hätten, um die ihnen gestellten Aufgaben reibungslos durchführen zu können. Die Distrikte hätten einen der Zentrale nur wenig nachstehenden Apparat aufgebaut und seien, wenn dieser Apparat richtig funktioniere, leicht in der Lage, nach angemessener Zeit den Inhalt eines Verordnungsblattes zu bearbeiten. Auch hier müsse der Kreishauptmann prinzipiell alles zur richtigen Zeit zu erledigen suchen, und nur, wenn es trotz größter Anstrengung nicht gelinge, dann solle er eine Dringlichkeitsliste aufstellen und die vordringlichen Dinge zuerst, die weniger wichtigen später erledigen. Im Verordnungsblatt müsse jedenfalls die Autorität der Zentrale verankert werden, was hier verordnet sei, müsse auch durchgeführt werden. Sollten sich hier Unstimmigkeiten ergeben, so würde er für entsprechende Vorschläge dankbar sein, und er sei dann in der Lage, für das nächste Mal den Fehler abzustellen.

Er unterbreite dem Herrn Generalgouverneur für die künftige Gestaltung der Behandlung der Dienstangelegenheiten einige Vorschläge, und zwar greife er aus dem allgemeinen Geschäftsbereich das heraus, was für den Herrn Generalgouverneur und seinen Stellvertreter sowie für den Chef des Amtes Bedeutung habe. Er habe über die Vollziehungs- und Zeichnungsgewalt des Herrn Generalgouverneurs eine Anordnung herausgegeben. In dieser Anordnung sei ferner bestimmt, daß die Abteilungsleiter den Chef von allen grundsätzlich wichtigen Vorgängen in ihren Abteilungen zu unterrichten

richten hätten. Dies gelte insbesondere für Sachen, in denen Vortrag beim Herrn Generalgouverneur oder seinem Stellvertreter angeordnet sei.

Er wisse, daß diese Anordnungen auf dem Papier stehen bleiben würden, wenn die Abteilungsleiter nicht das Vertrauen zu dem Herrn Generalgouverneur und seinem Stellvertreter wie zum Chef des Amtes hätten, daß diese Anordnungen nicht den Zweck verfolgten, sie unter Kontrolle oder Zensur zu nehmen, sondern daß damit lediglich dem Wunsche Ausdruck gegeben sei, die Abteilungsleiter möchten mit ihnen zusammenarbeiten und nach den Richtlinien verfahren, die von hoher Warte aus für die Arbeit gegeben seien.

Zur Osterurlaubsregelung verweise er auf ein Schreiben, das der Reichsverkehrsminister ihm habe zugehen lassen.

(Das Schreiben wird verlesen.)

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet an, daß ein Abdruck dieses Schreibens allen Abteilungen zugestellt wird. Ihm sei auch aus Berlin die nachdrückliche Anweisung zugegangen, daß vor allem am Sonnabend vor Ostern nicht gefeiert werden solle. Man müsse sich im Generalgouvernement nun wohl ~~nicht~~ auf unbedingt daran halten. Im Generalgouvernement sei es doppelt schwer, während es für die Beamten, die über Ostern bei ihren Familien blieben, erträglicher sei, da sie ja dann nicht von ihrer Familie getrennt seien. Es wäre zu überlegen, ob man nicht unmittelbar an das Osterfest anschließend eine Art Ersatzurlaub gewähren sollte. Wichtig sei, daß auch während dieser Tage keine Besuche nach dem Generalgouvernement veranlaßt werden sollten. Jedenfalls müsse dieser Erlaß allen Dienststellen

bekannt

bekannt gegeben werden, damit etwaigen Beschwerden einigermaßen wirksam entgegengetreten werden könne. Dienstreisen hätten für diese Zeit überhaupt zu unterbleiben. Im übrigen sei die Erteilung eines Urlaubs in dieser Zeit von der ganz selten zu gebenden Genehmigung des unmittelbaren dienstlichen Vorgesetzten abhängig zu machen. Dafür hätte der Abteilungsleiter bzw. der Distriktchef die Verantwortung zu übernehmen. Über die Fälle der Erkrankung von Familienangehörigen werde am besten garnichts gesagt. Was die allgemeine Urlaubsregelung angehe, so könnte man vielleicht daran denken, in jedem der 12 Monate einem 1/12 der Beamten die Möglichkeit zu geben, ihren Urlaub anzutreten. Er bitte also den Amtschef, sich die Urlaubsregelung besonders angelegen sein zu lassen.

Gegenüber dem Vorschlag des Notars Gutbrod, den Beamten und Angestellten eine geldliche Entschädigung für nicht angetretene Urlaubsreisen zu gewähren, auf die ein Anspruch bestehe, bemerkt der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r , daß die Gewährung einer Reisekostenvergütung ohne angetretene Reise jeder Grundlage entbehre. Reisekosten seien ein nachzuweisender Aufwand. Angesichts des Ernstes der Zeit sei es wohl auch nicht notwendig, daß jemand dafür einen Ersatz bekomme. Er müsse so viel Opfersinn bei den Beamten und Angestellten voraussetzen, daß sie das nötige Verständnis dafür hätten. Der Sinn der ganzen Regelung sei der, daß kein Beamter und Angestellter von seinem ordentlichen Vierteljahresurlaub etwas aufzugeben brauche, der Urlaub

solle

solle nur auf die Zeit nach dem 31. März verschoben werden. Diese Verschiebung dürfe aber nun nicht wieder zu einem plötzlichen Stoßbetrieb führen, sondern müsse sinnvoll in Termine aufgeteilt werden. Wenn jemand seinen Urlaub nicht innerhalb der 3 Monate antrete, dann sei er damit einverstanden, daß er im zweiten Vierteljahr 14 Tage Urlaub erhalte.

Es würde sich für ihn nun noch darum handeln, daß er künftig die Verordnungen, die ihm vorgeschlagen würden, von dem Leiter der Abteilung Gesetzgebung vorgelegt bekomme. Eine Dienststelle müsse hier die Zusammenfassung haben. Das gelte für alle Arten von Verordnungen, auch für die Dienststelle des Vierjahresplans. Bei den Verordnungen, die die Kreishauptmänner interessierten, müsse künftig mehr unmittelbar auf die Geschäftslage der Kreishauptmannschaft Rücksicht genommen werden. Wenn man direkt mit den Kreishauptmännern spricht, so sehe die Lage in den Kreisen manchmal geradezu katastrophal aus. Angesichts der großen Aufgaben des Kreishauptmannes, angesichts der Tatsache, daß er vielfach mit völlig unzulänglichem Personal arbeiten müsse, sei es außerordentlich schwer, vom Kreishauptmann die Beherrschung aller dieser Verordnungen zu verlangen. Deshalb würde es sich vielleicht auch empfehlen, statt der Verordnungsblätter in vermehrtem Umfange dienstliche Vorschriften für die Praxis zu erlassen. Der Verordnungstext sei die Verwirklichung des gesetzgeberischen Willens, aber die Praxis wisse oft mit diesen Begriffen nichts anzufangen. Deshalb wäre es zweckmäßig, wenn jedem Verordnungsblatt einige Exemplare einer Erläuterung hinzugefügt würden. Die Kreishauptleute bäten auch noch besonders darum,

daß

daß im Hinblick auf die Tätigkeit der Woids diese Erläuterungen in polnischer Sprache gegeben würden.

Das Amt für Gesetzgebung erhalte in zunehmendem Maße die Bedeutung der Verwirklichung des gesetzgeberischen Willens. Er würde es begrüßen, wenn auch bei den Distrikten ein Beamter mit der Aufgabe betraut werde, auf diesem Gebiete tätig zu sein. Weiter müsse ein eingehendes Sachregister zu den Verordnungsblättern in regelmäßigen Abständen herausgegeben werden, was einer guten Praxis der Herausgeber des Reichsgesetzblatts entsprechen würde. Was in den Verordnungsblättern des Generalgouvernements stehe, sei, absolut asynthetisch, von allen Abteilungen zusammengeworfen, nur zusammengehalten durch den Druck, aber im übrigen inhaltlich, zeitlich, der Auswirkung und den Aufgaben nach völlig durcheinandergehend. Des weiteren müßte aus jedem Verordnungsblatt, soweit möglich, hervorgehen, welche Aufgaben jeweils für den Distriktchef, den Kreishauptmann, den Woid sich aus dieser Verordnung ergeben. Auf diesem Wege wäre etwa der Kreishauptmann darauf aufmerksam zu machen, daß er einen bestimmten Bericht zu erstatten habe. Man müsse also zu einer elastischen und praktisch brauchbaren Auslegungskunde des Verordnungsblattes kommen. Man müsse vielleicht zu einer Art Reichsanzeiger für das Generalgouvernement kommen, in welchem alle diese Dinge auf Grund eines Inhaltsverzeichnisses zusammengefaßt seien.

M.

Von Bedeutung sei das Verhältnis zwischen den Abteilungsleitern und den Distriktschefs. Bei den Distriktschefs führe häufig der Umstand zu einer gewissen Sorge, daß die Abteilungsleiter manchmal zu sehr in die unteren Behörden hineinregieren, ohne daß sie dabei allzusehr Rücksicht nehmen auf die Stellung des Gouverneurs. Es liege aber grundsätzlich im Interesse der gesamten Autorität des Generalgouvernements, daß die Chefs der Distrikte herausgehoben seien und als Repräsentanten der Totalität der Zuständigkeit natürlich auch von Ihnen informiert werden müssen. Es mache sich eben hier das alte Problem einer gewissen Gegensätzlichkeit der territorialen Zuständigkeit und der Fachzuständigkeit bemerkbar. Es lasse sich dieses Problem nicht anders lösen als durch eine kameradschaftliche, gegenseitig aufgeschlossene und zusammenarbeitende Inbezugsetzung. Es gebe in jedem Gesamtorganismus Bruchstellen und diese Bruchstellen - in diesem Fall das Zusammentreffen von fachlicher, zentraler Zuständigkeit und von territorialer Zuständigkeit - müssen in jedem Verwaltungsaufbau mit einer Gummielastizität versehen sein. Also kameradschaftliche, persönliche Gemeinschaft! Es wäre falsch, wenn ein Abteilungsleiter sagen würde, die Außenstellen gehen den Distrikt nichts an. Auf der anderen Seite wäre es aber ebenso falsch, wenn ein Distriktschef fachlich etwas tun würde ohne Rücksicht zu nehmen auf die gesamte, fachliche Politik. Das Verhältnis der Abteilungsleiter müsse also unter allen Umständen geklärt werden.

In den nächsten Wochen werde Reichsminister Seyß-Inquart und Staatssekretär Dr.Bühler mit den Abteilungsleitern in Anwesenheit des Finanzpräsidenten Spindler die Etatwünsche

und

und die Etatgestaltungsmöglichkeiten erörtern. Die Distriktschefs sollen feststellen, welche baulichen Notwendigkeiten vorliegen, wobei sie jedoch darauf zu verweisen seien, welch ungeheure Sparsamkeit geboten sei.

Bezüglich des Grandhotels wünsche er, daß alle rechtlichen Fragen in vorbildlicher Weise gelöst werden.

Der Sportbetrieb müsse mit Beginn des Frühjahrs in Gang gebracht werden. Es müsse festgestellt werden, welche Plätze zur Verfügung stehen und wer als Leiter für die einzelnen Sportarten vorgeschlagen werde.

Der Gedanke, aus dem Bereich von Burg und Bergakademie einen eigenen Distrikt zu schaffen, stoße auf Schwierigkeiten. Eine Lösung werde darin zu finden sein, daß man diesen Bereich aus der allgemeinen Verwaltungsbetreuung herausnimmt und unmittelbar der Betreuung durch das Amt des Generalgouverneurs unterstellt. Auf diese Weise könne die Frage ohne eine große Verordnung in praktischer Weise gelöst werden.

Der Herr Generalgouverneur erkundigt sich sodann noch nach der Unterbringung der einzelnen Abteilungen und den Möglichkeiten der Verpflegung ihrer Beamten und Angestellten.

Als Termin für die nächste Abteilungsleitersitzung wird - unter Vorbehalt der genauen Festsetzung des Tages - die erste Aprilhälfte in Aussicht genommen.

(Schluß der Sitzung 12^{20} Uhr).

Abteilungsleitersitzung am 12. April 1940

3 Exemplare gefertigt.

Herschel.

7 II 2 1874 Hh

107 7

A b t e i l u n g s l e i t e r - S i t z u n g

am Freitag, dem 12. April 1940

in der Bergakademie.

Beginn der Sitzung: 10^{30} Uhr.

Name	Dienstrang	Abteilung
Frank		
Bühler	R. L.	Chef des Amtes
Bobrik	Rätin	Volksaufkl. + Prop.
Hertel	Lpl.	Chef d. Amtes Bildg
Bossow	Feuerwehrmeister	Verwaltung u. Feuerwehr
Zipser	Oberlandwirtschaftsmeister	Forsten
Sendtner	Amtsrat	Kirchen
Regenbrecht	Reg. Rat a.d.	Reichsfragen
Ebner	Ltn.	Lehrer
Fischer	R. O. I.	Referent f. d. Jagdschutz
Hertwig	Hauptamt	Finanzen
Baumann	"	Pol.
Stiegl	Reg. Ins.	Wirtschaft-Erg-Volk
Dr. Bayer	OKK	Raumordnung
Wallbaum	O. Ver. Insp.	Gesundheitswesen.
Schütz	SS-Standartenführer	Kölleda SS u. Pol. Führer
Dr. Ade	Kpl.	Gesetzgebung
Ahlfeld	Gl.	Betriebs-Akt.

Dr Sauer	Oberregierungsrat	Justiz
Dr Franke	Reg.u.Med.u.Bau.Rat	Innere V
Dr Hoppe	Oberreg. Rat	Arbeit.
Hoffeld	Reg. R.	Forsten
Bauder	Präsident	Bauwesen
Dr Sempkowski	Finanzpräsident	Finanzen
Fiedler	"	"
Winkelsett	Inspektor	Ausw. Amt
Dr Bartels	Reg. Rat	Kultus
Dr Schumacher	Oberst	V. d. Mil. Oberbef.
Neudeck	Kreisleiter	Stellv. d.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r nimmt in einleitenden Ausführungen zu verschiedénen Fragen Stellung, die im Laufe der letzten Zeit akut geworden sind.

Er erwähnt zunächst, daß im Generalgouvernement ein Amt für die Bearbeitung der statistischen Angelegenheiten gebildet werde, dessen Leitung ein Referent im Amte des Generalgouverneurs übernehmen solle. Diese statistischen Angelegenheiten würden in zunehmendem Maße von Interesse sein. Vor allem lege er Wert darauf, daß, wenn es zu der Zusammenfassung der statistischen Arbeiten komme, jeder Abteilungsleiter und jede Dienststelle im Generalgouvernement imstande sei, die für die Erfüllung der dienstlichen Aufgaben notwendigen Zahlenunterlagen, soweit möglich, zu erlangen. Nicht gedacht sei an eine Überlastung der Außendienststellen mit statistischen Anfragen, Tabellenaufstellungen usw. Er habe diese statistische Zentrale auch zu dem Zweck gebildet, um statistische Arbeiten unter Umständen ~~xxxx~~ zu verhindern. Er denke nicht daran, zu allem Überfluß die Kreis- und Stadthauptmänner mit statistischen Aufgaben zu belasten. Man könne zur Zeit wohl feststellen, wie groß ungefähr die Zahl der Bevölkerung sei, wieviel Juden, Ukrainer es gebe, es werde aber nicht möglich sein, genauere Zahlen zu finden. Das zeige z.B. das Beispiel der Stadt Warschau: Nach polnischen Schätzungen habe diese Stadt eine Bevölkerung von 1,4 Millionen Menschen gehabt; als er nach Warschau gekommen sei, habe man ihm eine Zahl von etwa 1,8 Millionen genannt, und nun behaupte wieder der Ernährungsreferent der Stadt Warschau, die Einwohnerzahl dieser Stadt betrage höchstens 1,3 Millionen. Ein polizeiliches Meldewesen können man

mit den geringen Hilfskräften auch nicht durchführen. Was an zahlenmäßiger Erfassung möglich sei, das solle selbstverständlich eingehend und sauber durchgeführt werden. Es gebe auch einige Gebiete, auf denen diese statistische Erfassung ohne weiteres dienstlich möglich sei. So werde man vielleicht ohne große Schwierigkeit Feststellungen über das Finanzaufkommen, über den Verkehr, über die Zahl der deutschen Beamten und Parteigenossen, der Militärpersonen usw. treffen können. Für alle anderen allgemeinen dienstlichen statistischen Feststellungen sei aber keine Überstürzung oder besondere Eile am Platze. Jedenfalls müsse dafür gesorgt werden, daß die Arbeit der Abteilungsleiter zahlenmäßig unterbaut werde , soweit das dienstlich möglich sei.

Im engen Zusammenhang damit stehe das <u>Archiv- und Registerwesen</u>. Er habe angeordnet, daß eine Zentralstelle im Generalgouvernement dafür gebildet werde, und daß sie die leitende Archivdienststelle des Generalgouvernements sein solle. In ihr werde letzten Endes das gesamte archivarische Material des Generalgouvernements zusammenströmen. Er richte dabei die Bitte an die Abteilungsleiter, grundlegende Erlasse und wichtige Anordnungen, die sie in ihrem Dienstbereich treffen, in einer Form niederschreiben zu lassen, daß sie einmal als Archivgut Dauercharakter behalten können. Solche wichtigen Erlasse und Anordnungen dürften nicht auf billigem Schreibmaschinenpapier niedergeschrieben werden. Das Archiv des Generalgouvernements sei daher eine sehr wichtige Dienststelle und habe für die geschichtliche Betrachtung

der

der Vorgänge im Generalgouvernement die größte Bedeutung.

Das Sportleben im Generalgouvernement solle nunmehr in jeder Weise gefördert werden. Es müsse mit allen Kräften dafür gesorgt werden, daß die Beamten, Angestellten und Arbeiter der deutschen Behörden zu sportlichen Gemeinschaften zusammengefaßt werden, die mit den Angehörigen der Wehrmacht, der SS, der Polizei und allen anderen Verbänden im Generalgouvernement Wettkämpfe veranstalteten. Er halte es für eins der wichtigsten Merkmale des Generalgouvernements, daß auch hier dieses modernste Prinzip der Leibesertüchtigung durchgeführt werde. Er bitte auch alle Abteilungsleiter, sich persönlich an diesem sportlichen Leben in irgendeiner Form zu beteiligen. Gerade der Sportbetrieb führe zu echter Kameradschaft. Es müßten auch schöne Sporthäuser gebaut, Preise für Wettkämpfe gestiftet werden; den Sporttreibenden müsse auch Urlaub gewährt werden, und für die daraus entstehenden Aufwendungen habe gegebenenfalls die Finanzabteilung aufzukcmmen. Im Benehmen mit dem Reichssportführer habe er Dr. Niffka zum Sportreferenten für das Generalgouvernement berufen und Herrn Rehrl zu seinem Stellvertreter ernannt.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r bezeichnet es dann als außerordentlich wichtig, daß die Beamten und Angestellten des Generalgouvernements das Gefühl haben müssen, ihre Arbeit werde stets beobachtet, und die Möglichkeit einer qualifizierenden Beobachtung sei durchaus gegeben. Es dürfe nicht so sein, daß ein Beamter oder Angestellter sich vergessen fühle. Man müsse auch für die höheren Stellen im Generalgouvernement an einen Nachwuchs denken. Er

wünsche,

wünsche, daß diese höheren Stellen in zunehmendem Maße aus den Reihen der Anwärter in niedrigeren Positionen im Generalgouvernement selbst besetzt würden. Das entspreche seines Erachtens nur der Gerechtigkeit. Eine Möglichkeit der Anerkennung von Dienstleistungen im Generalgouvernement durch das Reich bestehe selbstverständlich. Natürlich könne es nicht ausgeschaltet sein, daß ein Beamter, der sich hier betätige, nicht den Anspruch verlieren dürfe, im Reich nun genau so dienstlich weitergeführt zu werden, wie es geschehen wäre, wenn er daheim geblieben wäre. Es müsse aber allmählich die Möglichkeit geschaffen werden, daß sich ein Beamter oder Angestellter auch innerhalb des Generalgouvernements zu bewähren vermag. Deshalb wünsche er, daß bei Vorschlägen für die Besetzung bestimmter Posten immer geprüft werde, ob man nicht einen geeigneten Bewerber aus den Reihen der hiesigen Beamten habe.

Am 20. April, dem Geburtstag des Führers, werde er das Institut für deutsche Ostarbeit in Krakau feierlich ins Leben rufen. Er rechne damit, daß sich die Abteilungsleiter auch persönlich an der Arbeit für dieses Institut beteiligten. Er werde ein engeres und ein weiteres Kuratorium gründen und sämtliche Abteilungsleiter in dieses erweiterte Gremium berufen, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß das Institut für deutsche Ostarbeit die geistige Heimstätte des Wirkens der führenden Männer im Generalgouvernement sei. Neben seinen wissenschaftlichen und Forschungsthemen solle das Institut die eminent praktische Aufgabe der Einführung der aus dem Reich kommenden Beamten und Angestellten in das

Leben des Generalgouvernements, seine Bedürfnisse, Nöte, Sorgen und Probleme erfüllen. Die gesamte Beamten- und Angestelltenschaft des Generalgouvernements, soweit sie irgendwie mit Führungsaufgaben betraut sei, werde sich einem Kursus in diesem Institut zu unterziehen haben. Man werde auch nach Abschluß eines solchen Kursus Prüfungen vornehmen und Zeugnisse ausstellen, sodaß also die Möglichkeit gegeben sei, auf diesem Wege eine Art Facharbeiterschaft für die Ostarbeit im nationalsozialistischen Sinne zu gewinnen. Der Aufbau des Instituts für deutsche Ostarbeit beschränke sich zunächst auf das Gebiet des Generalgouvernements, was aber nicht ausschließe, daß auch mit einigen anderen Instituten wie z.B. denen in Breslau und Königsberg Fühlung genommen werde.

Am 19. April werde die Gemeinschaft der Volksdeutschen im Generalgouvernement mit einer feierlichen Kundgebung, die auf der Burg stattfinde, und bei der die Vertreter der Volksdeutschen aus dem ganzen Generalgouvernement empfangen werden sollen, amtlich ins Leben gerufen. Damit finde die vorläufige Entwicklung des volksdeutschen Lebens im Generalgouvernement eine gewisse organisatorische Umformung. Die Hauptaufgabe dieser volksdeutschen Gemeinschaft müsse selbstverständlich die Vorbereitung der Überführung der Volksdeutschen in das Reich sein. Darüber hinaus werde es aber hier immer Volksdeutsche geben. Eine restlose Überführung der Volksdeutschen ins Reich sei auch nicht beabsichtigt. Diese Gemeinschaft werde sozusagen das Führungsinstrument für die deutschen Menschen im Generalgouvernement darstellen, soweit

sie nicht Reichsbürger oder Parteigenossen seien.

Am 19. April werde er auch Vertreter der Ukrainer und Goralen empfangen und von ihnen ein Geschenk entgegennehmen. Die Ukrainer sollten vom Führer die Chelmer Kathedrale, die ihnen von den Polen im Jahre 1922 geraubt worden sei, zurückerhalten. Man werde ihnen auch feste Zusicherungen für die Aufrechterhaltung ihres völkischen Lebens geben. Er werde ihnen die Genehmigung erteilen, Mittelschulen und eine Art Hochschule zu eröffnen, die den dringensten Bedürfnissen vor allem auf dem Gebiete der praktischen Berufe, wie dem der Ärzte und Ingenieure diene. Die Ukrainer bekämen auch ein Priesterseminar. Er habe den Ukrainern im Oktober erklärt, daß sie, wenn sie sich loyal verhielten und keinerlei Zwischenfall zwischen Ukrainer und Sowjetrussen vorkäme, dafür belohnt werden würden. Die Urkainer hätten sich an dieses Versprechen gehalten, und er werde das gleiche tun. Allerdings werde er nicht die Gründung einer großen völkischen Gemeinschaftsorganisation der Urkainer zulassen, jedoch könnte für eine größere Anzahl von Ukrainern eine Art Selbsthilfe- und Betreuungsorganisation geschaffen werden. Auf diese Weise werde die Möglichkeit geschaffen, ein gewisses Gemeinschaftsleben der Ukrainer in unverbindlicher Form entstehen zu lassen. Im übrigen werde es sich empfehlen, daß man im Generalgouvernement dem Grundsatz huldige: divide et impera.

Das Gebirgsvolk der Goralen habe eigentlich mehr dekorativen Charakter. Es habe aber auch das Bedürfnis, als ein besonderer Volksstamm anerkannt zu werden, und man werde diesem Wunsche, soweit möglich, Rechnung tragen

Er

Er könne heute im Kreise der Abteilungsleiter den Beauftragten des Stellvertreters des Führers, Kreisleiter Schalk begrüßen, der die Parteiangelegenheiten im Generalgouvernement unter seiner, des Generalgouverneurs, Führung betreuen solle. Er beabsichtige nicht, die Parteigenossenschaft im Generalgouvernement in einem Auslandsgau zusammenzufassen. Möge auch das Generalgouvernement in gewissen Beziehungen als Ausland gelten, so bestehe doch wohl für das Generalgouvernement der Wunsch, einmal nicht mehr Ausland zu sein, sondern irgendwie in das Gebiet des Großdeutschen Reiches eingebaut zu werden. Der Führer habe ihm in Berlin gesagt, daß er das Generalgouvernement nicht mehr herzugeben gedenke. Der Führer habe weiter für die völlige Durchführung der Eindeutschung des Warthegaues, Danzigs, Westpreußens und der süd-osteuropäischen und oberschlesischen Gebiete eine Zeit von etwa 10 Jahren bestimmt. In diesem Zeitraum solle nun alles getan werden, um vor allem den Warthegau, der sehr gefährdet sei, zur deutschen Volksgemeinschaft emporzuentwickeln. Ursprünglich sei man der Meinung gewesen, das sei dadurch möglich, daß man die Polen aus Posen einfach in das Generalgouvernement abschiebe. Allmählich habe man eingesehen, daß das nicht möglich sei, das Generalgouvernement habe sich die zentrale Einstellung des Reiches nicht gefallen lassen. Man werde sich aber im Generalgouvernement daran gewöhnen müssen, daß entsprechend der Zunahme der Deutschen im Warthegau und in Westpreußen zunächst auf Jahre hinaus die polnische, jüdische, Zigeuner- und sonstige Bevölkerung im Generalgouvernement eine Heimstätte finde. Es wäre also sinnlos, ja es würde geradezu

gegen

gegen die Politik des Führers verstoßen, wollte man im Generalgouvernement Deutschtumspolitik in dem Sinne treiben, wie es etwa im Warthegau notwendig sei. Die Politik im Sinne einer restlosen Eindeutschung könne für das Generalgouvernement erst dann beginnen, wenn der Warthegau, Westpreußen, Danzig, der Süd-ostraum und Oberschlesien in dem durch den Führerbefehl bezeichneten Sinne deutsch geworden seien. Das hindere natürlich nicht, daß die deutschen Beamten dieses Landes alles täten, um den Deutschtumscharakter in Führung und Geistesdurchdringung sowie die gesamte politische Zielrichtung der Reichspolitik in jeder Weise zu fördern. Dazu gehöre vor allem, daß die Deutschen, die in diesem Lande leben und sich betätigen, eine absolut geschlossene Einheit darstellen.

In seiner Anwesenheit habe der Führer einem aktiven Reichsminister verboten, sich in die Angelegenheiten des Generalgouvernements einzumischen. Das gelte ebenso für die Wehrmacht und auch für die Partei. Der Repräsentant des Führerwollens in diesem Gebiet sei der Generalgouverneur. Die Beziehungen zur Wehrmacht seien in wirklich loyaler Weise von beiden Seiten aufs beste gestaltet worden, wofür er insbesondere auch Oberstleutnant von Tschammer und Osten danke. Was die Wehrmacht brauche, werde vom Generalgouvernement sichergestellt, denn die Wehrmacht sei sich dessen bewußt, daß das Generalgouvernement eine vom Führer geschaffene Einrichtung sei.

Für die Partei bestehe eine besonders schwierige Lage. Im Laufe der letzten Monate hätten verschiedene Besprechungen mit Reichshauptamtsleiter Opdenhoff stattgefunden, Es

sei

sei nicht möglich, schon jetzt die Frage einer Parteimitgliedschaft der Volksdeutschen zu lösen. Bei einer Besprechung mit Kreisleiter Schalk sei man aber zu folgendem Ergebnis gekommen. Man werde die Parteigenossen, die im Generalgouvernement als Beamte, Angestellte, Arbeiter usw. tätig seien, so behandeln wie Parteigenossen, die sich irgendwo im Ausland auf längere Zeit aufhielten und dort zusammenlebten und sich träfen. Die Parteigenossen würden demnach kameradschaftlich aufklärend den Gemeinschaftskontakt regehalten und an allen Feiern der Partei im Reich durch Gemeinschaftskundgebungen usw. hier im Gebiet des Generalgouvernements teilnehmen. Wichtig sei vor allem, daß sich die Nationalsozialisten hier nicht in Verbände und Gliederungen der NSDAP. auflösten. Hier gebe es eine Überspezialisierung der Bewegung in diesem Sinne nicht. Er liebe es nicht, wenn sich auf diesem Boden die Angehörigen einzelner angeschlossener Verbände oder Gliederungen besonders heraushöben oder abgesondert von den anderen betätigten, sondern hier habe die Partei als Einheit zu fungieren, und diese Einheit werde am besten durch die kameradschaftliche Kundgebungsform von gesellschaftlichen Zusammenkünften betätigt. Er werde jedem Distriktchef und Kreishauptmann die Aufgabe geben, sich diesen Zusammenschluß der Parteigenossen persönlich angelegen sein zu lassen. Er habe Kreisleiter Schalk beauftragt, diese Kundgebungen und Zusammenkünfte regelmäßig zu überwachen. Darüber würden noch Einzelanweisungen herausgegeben werden. Das Reglement müsse schon am 1. Mai in Kraft treten. Man werde auch eine Reihe von ausgewählten Rednern nach dem Generalgouvernement kommen lassen,

diese müßten die Mentalität der Parteigenossen hier im Osten kennen. Für eine solche Aufgabe brauche man Parteigenossen, Kämpfer und Männer, die das Wort beherrschen, die nicht in einen Rauschzustand geraten, sondern imstande sind, den Parteigenossen hier im Lande die Lage vernünftig zu klären. Das Parteileben werde also im kameradschaftlich gepflegten Kreis vor sich gehen. Man werde Vertrauensleute der Partei bei jedem Distrikt- und Kreischef bestimmen, und nur sie würden als solche anerkannt werden. Alle Angehörigen von Gliederungen oder angeschlossenen Verbänden hätten an diesen Gemeinschaftsveranstaltungen und Kundgebungen der NSDAP. teilzunehmen. Außerhalb dieser Veranstaltungen gebe es kein Sonderleben von Gliederungen und Verbänden im Generalgouvernement.

Die Frage der <u>Errichtung von Bauten</u> im Generalgouvernement müsse im Zusammenhang mit dem Problem der Erstellung von Wohnungen für Beamte, Angestellte und Militärpersonen großzügiger geregelt werden, als das bislang geschehen sei. Er habe über diese Frage gestern mit einigen Generälen gesprochen und dabei festgestellt, daß Generäle, die Divisionen kommandierten, angesichts der Notlage auf dem Wohnungsmarkt gezwungen seien, in Häusern zu wohnen, die außer dem General nur noch Juden als Mieter hätten. Das gelte übrigens auch für alle Kategorien von Beamten. Dieser Zustand sei auf die Dauer vollkommen unerträglich. Wenn die Autorität des nationalsozialistischen Reiches aufrecht erhalten werden solle, dann sei es unmöglich, daß die Repräsentanten dieses Reiches gezwungen seien, beim Betreten oder Verlassen des Hauses mit Juden zusammenzutreffen, daß sie der Gefahr

unterlägen, von Seuchen befallen zu werden. Er beabsichtige deshalb, die Stadt Krakau bis zum 1. November 1940, soweit irgend möglich, judenfrei zu machen und eine große Aussiedlungsaktion der Juden in Angriff zu nehmen, und zwar mit der Begründung, daß es absolut unerträglich sei, wenn in einer Stadt, der der Führer die hohe Ehre zuteil werden lasse, der Sitz einer hohen Reichsbehörde zu sein, Tausende und Abertausende von Juden herumschlichen und Wohnungen inne hätten. Er werde mit dem Distriktchef von Krakau die Frage erörtern, ob eine solche Möglichkeit bestehe. Er denke sich das Verfahren so, daß in Krakau vielleicht noch etwa 5 000 oder höchstens 10 000 Juden blieben, die als Handwerker dringend benötigt würden, daß aber alle anderen Juden auf das Generalgouvernement verteilt würden. Die Stadt Krakau müsse die judenreinste Stadt des Generalgouvernements werden. Nur so habe es einen Sinn, sie als deutsche Hauptstadt aufzubauen. In Lublin befänden sich so viele Juden, daß die wenigen Deutschen dort fast garnicht in Betracht kämen, Wenn schon das Reich 450 000 Juden in das Generalgouvernement bringen wolle, so könnten auch noch 50 000 Juden aus Krakau in andere Teile des Generalgouvernements untergebracht werden. Er weise deshalb Ministerialrat Wolsegger an, in Verbindung mit dem Höheren SS- und Polizeiführer Maßnahmen für die Evakuierung der Juden aus Krakau vorzubereiten. Er sei bereit, den Juden zu gestatten, alles, was sie an Eigentum besäßen, mitzunehmen, mit Ausnahme natürlich von gestohlenen Gegenständen. Das Ghetto werde dann gesäubert werden, und es werde möglich sein, saubere deutsche Wohnsiedlungen zu

errichten,

errichten, in denen man eine deutsche Luft atmen könne. Was man mit den Polen anfange, sei eine spätere Frage; jedenfalls blieben sie zunächst einmal hier.

Das Grandhotel werde unbedingt für Zwecke des Generalgouvernements gebraucht. Alle Abteilungsleiter erhielten Besuche von Persönlichkeiten aus Berlin, die gut behandelt werden wollten und es auch im Interesse des Generalgouvernements müßten, die mit guten Eindrücken nach Berlin zurückkehren sollen. Selbstverständlich könnten im Grandhotel nicht auf die Dauer Wohnungen für die Wehrmacht reserviert bleiben. Die Wehrmacht habe hier auch Entgegenkommen gezeigt. Dafür müßten natürlich der Wehrmacht andere Hotels zur Verfügung stehen.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob die Juden nicht aus den Häusern, in denen deutsche Generäle wohnten, herausgebracht werden könnten, erwidert Landgerichtsrat Taschner, daß seine Abteilung die Wohnungsfrage nicht selbständig, sondern in Verbindung mit dem Deutschen Verkehrsamt der Stadt bearbeite.

Die weitere Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob es möglich sei, einen Wohnblock für die deutschen Beamten zu schaffen, bejaht Ministerialrat Wolsegger.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r betont nochmals nachdrücklichst, daß hier geholfen werden müsse. Das Grandhotel habe künftig ausschließlich für die Zwecke des Amtes des Generalgouverneurs als Gästehaus des Generalgouverneurs und der Abteilungsleiter zu dienen. Auf Rechnung des Amtes des Generalgouverneurs werde ein weiteres Hotel für die Wehrmacht zur Verfügung gestellt. Was die Judenaus-

Judenausweisung angehe, so könnte vielleicht so vorgegangen werden, daß den Juden, die bereit seien, bis zum 1. September die Stadt zu verlassen, gestattet werde, Wünsche für ihren neuen Wohnsitz zu äußern.

In der Aussprache ergreift zunächst Landesbauernführer Körner das Wort. Er führt aus, daß die Frühjahrsbestellung leider 4 Wochen zu spät gekommen sei. Man werde deshalb mit einer Verspätung der Ernte zu rechnen haben. Er müsse sich daher hinsichtlich der Versorgung der Bevölkerung auf einen mindestens 14 Tage bis 3 Wochen längeren Zeitraum einrichten, soweit die Bestände aus der alten Ernte in Betracht kämen. Das seien also neue Schwierigkeiten, über deren Umfang er noch nichts genaues sagen könne.

Die Bestellungsarbeiten liefen in den Distrikten Warschau und Lublin recht gut. In den Distrikten Radom und Krakau werde die Bestellung in diesen Tagen in Angriff genommen werden. Das Saatgut, das aus dem Generalgouvernement seit Monaten für die Frühjahrsbestellung bereitgestellt worden sei, werde jetzt verwendet. Das vom Reich versprochene Saatgut sei leider nicht in dem Umfang gekommen, wie man gedacht habe. Das sei darauf zurückzuführen, daß im Reich selbst große Auswinterungsschäden entstanden seien, die sich z.B. beim Brotgetreide auf etwa 40 % beliefen. Auch mangele es an Hafersaatgut. Leider seien auch hier die fest abgeschlossenen Mengen nicht herangekommen. Wenn man auch dagegen protestiere, so habe das doch wenig Zweck, wenn das Reich selber nichts zur Verfügung habe. Man habe auch bereits für diesen Fall Vorsorge getroffen; er habe schon

vor Monaten einen Befehl für die Saatgutvorbereitung an die Distriktchefs und Kreishauptmänner herausgegeben, daß sie entsprechende Mengen zur Verfügung halten sollten, wenn das Saatgut aus dem Reich ausbleiben sollte.

Selbstverständlich müßten sich diese Umstände auf die Versorgung einzelner Großstädte nachteilig auswirken, besonders auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung. Infolge des Frostes seien große Kartoffelbestände erfroren. Nun müsse man alles, was einigermaßen für Saatzwecke in Betracht komme, zurückhalten, zumal man die 500 000 Ztr. aus dem Reich nicht bekommen werde.

Dänemark brauche einen neuen Absatzmarkt für seine Sämereien, und es sei zu hoffen, daß man mit den Dänen darüber zu einem Abschluß komme. Das Reich selber habe aber auch noch einen großen Besitz an Sämereien und Saatgut.

Mit der Wehrmacht sei vereinbart worden, daß sie für diejenigen großen Güter, denen es ja angesichts der vorgeschrittenen Jahreszeit an Gespann mangele, Pferde zur Verfügung stelle. Die Wehrmacht habe auch daraufhin einen entsprechenden Befehl erteilt.

Was die Versorgung mit Brotgetreide und Vieh angehe, so seien hier die Brotgetreideanbauflächen und Viehzahlen in den einzelnen Distrikten und Kreisen zugrunde gelegt worden. Während die für die Aufbringung getroffenen Maßnahmen seit Ende Februar gut fortgeschritten seien, seien sie jetzt angesichts der politischen Verhältnisse und der erneuten Unsicherheit hinsichtlich der Währung ganz erheblich ins stokken geraten. In allen Kreisen habe die Zufuhr an Getreide

und Vieh stark abgenommen. Es fehle eben den Kreishauptleuten an Machtmitteln in Gestalt der Polizei usw., um die Dinge wieder ingang zu bringen. Interessant seien Versuche, die man in Lublin und Radom gemacht habe. In dem Augenblick, in welchem ein Kommando von Heimwehr oder Selbstschutz in die Dörfer komme, gehe die Umlage flott vonstatten; wenn es aber wieder fortgegangen oder überhaupt nicht gekommen sei, dann sei aus den Dörfern nichts herauszuholen. In Radom versuchte man, mit dem Selbstschutz zum Ziele zu gelangen. Die Ergebnisse seien bisher recht gut. Im Distrikt Lublin habe man den Nachweis erbringen können, daß die Pfarrer von den Kanzeln die Bevölkerung aufgehetzt hätten. Man habe diese Pfarrer eingesperrt, und 8 Tage später sei die Situation schon wesentlich besser geworden. Man führe alle diese Mißstände zum Teil auf die erneute Unsicherheit der Währung zurück, die durch den jetzigen Umtausch der Noten noch vergrößert werde, vor allem auch darauf, daß den Kreishauptleuten keine entsprechenden Machtmittel zur Verfügung ständen. Seit dem 15. Januar sei keine Exekution gegen einen Juden erfolgt. Interessant sei auch die Tatsache, daß die polnische Bevölkerung eigentlich besser versorgt sei als die vom Generalgouvernement verpflegte Bevölkerung bzw. die Bevölkerung, die für Deutschland arbeite. Der Schleichhandel sei wieder im wachsen, ebenso auch der Panie-Wagenverkehr. Allen diesen Mißständen könne man angesichts des Fehlens von Polizeikräften nicht wirksam entgegentreten.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r wendet sich mit Schärfe gegen diese Methode der Berichterstattung.

Kritik

Kritik sei keine Berichterstattung. Die Schwierigkeiten, mit denen die Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft zu kämpfen habe, seien bekannt. Hier handele es sich um Dinge, die von dem Abteilungsleiter im Benehmen mit seinen Organen ohne weiteres bereinigt werden könnten. Es dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, als ob eine andere Stelle die Verantwortung für diese Dinge trage. Für alles, was in dem Sektor Landwirtschaft und Ernährung geschehe, sei allein der Abteilungsleiter verantwortlich. Wenn er das Bedürfnis habe, mit einer anderen Behörde zusammenzuarbeiten, und diese Zusammenarbeit nicht nach seinem Wunsche geschehe, dann möge er sich an den zuständigen Abteilungsleiter wenden. Er, der Generalgouverneur, habe Landesbauernführer Körner weitestgehende Vollmachten erteilt, er habe zahlreiche Verordnungen und eine Fülle von Durchführungsverordnungen unterschrieben und alle irgendwie denkbaren Maßnahmen unterstützt. Im übrigen setze er in den Abteilungsleiter für Ernährung und Landwirtschaft auch das Vertrauen, daß er seine Aufgaben meistere. Er werfe deshalb die Frage auf, ob sich Landesbauernführer Körner mit dem Preiskommissar und auch mit der Polizei in Verbindung gesetzt habe.

Standartenführer Schulz bemerkt, daß Verhaftungen in großer Zahl vorgenommen worden seien. Die Verhafteten seien den zuständigen Gerichten übergeben worden. Was gegen sie erfolgt sei, sei ihm noch nicht bekannt.

Landesbauernführer Körner betont, daß das gesamte Ernährungsproblem nur zu lösen sei, wenn die fraglichen

Verwaltungsinstanzen

Verwaltungsinstanzen zur Durchsetzung der Anordnu
Polizei und sonstige Organe einsetzen könnten.
nur seine Absicht gewesen, einen Lagebericht z
Selbstverständlich habe er Maßnahmen ergriffen
derung der Zustände herbeizuführen. Erst geste
mit der Abteilung "Inneres" gesprochen, und zwa
lich über die Frage der Verhinderung des Schleic
mit Pferden. Von den Kreishauptleuten werde imme
darüber geklagt, daß ihnen keine Polizeiorgane u
wachungsstellen zur Verfügung ständen, die dies
zu unterbinden imstande seien.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u
Auffassung, man müsse dann eben die Folgen trag
sich die Ernährungslage verschlechtere. Ihm ste
Polizei zur Verfügung, wie sie der Haushalt des
vernements tragen könne. Ausschlaggebend könne
allein das Argument sein, daß die Polizei hier
wortung trage, denn man höre ja, daß die Polize
was in ihren Kräften stehe. Landesbauernführer
sich eben mit der Inneren Verwaltung und der Po
nochmals in Verbindung setzen; auch würde es si
mit der Wehrmacht über diese Dinge zu sprechen.
sich eben immer vor Augen halten, daß man hier
de lebe, dessen Einwohner von Haß erfüllt seien

Standartenführer Schulz empfiehlt, distri
kreisweise die Straßen auch nachts bewachen zu
rade im Hinblick auf die Verschiebung von Waren

Nachtd

Nachtdienst wertvolle Dienste leisten können. Die stellen der Polizei seien auch angewiesen worden, sem Monat eine Durchkämmungsaktion vorzunehmen, b einzelne Dörfer herausgegriffen würden.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r sich mit allen Maßnahmen einverstanden, die auf di biete ergriffen werden könnten,und verlangt die An einer Durchkämmungsmobilmachungsverordnung. Man mü immer vergegenwärtigen, daß man hier nicht in eine ordneten Lande lebe, das glücklich sei, von den De regiert zu werden. Man lebe hier gewissermaßen in land, und deswegen sei es auch verständlich, daß di kerung alles tue, um dem Generalgouvernement zu sch Dafür, daß der Versorgungsplan nicht so durchgehalt den könne, wie man das beabsichtigt habe, könne man niemanden zur Verantwortung gezogen werden. Im Rahme absolut möglichen würden ja sowieso alle Kärfte eing werden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erw Landesbauernführer Körner, daß 20 000 Pferde aus dem ralgouvernement bereits ins Reich exportiert worden s Übrigens habe die Pferdezählung ergeben, daß der Pfer stand infolge des Krieges nicht so stark gelitten habe ursprünglich angenommen worden sei.

Regierungsrat Dr. Bergmann weist in diesem Zusam hang darauf hin, daß man den Versuch unternommen habe, landwirtschaftlichen Bevölkerung Ware nur über die Gen schaften abzugeben.

Landesbauernführer Körner bemerkt, daß man von A an ins Auge gefaßt habe, eine Art Faktorei ins Leben z

zu rufen. Dieser Gedanke sei aber nicht so restlos durc
zuführen wie in den Kolonien. Man müsse eben bedenken,
Tausende von Juden und Bauern mit ihren Panie-Wagen die
re hinten herum verschöben, vor allem an die zahlreiche
Handwerker in den kleinen Städten.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r wünsc
hierauf vom Leiter der Abteilung Finanzen Aufschluß über die Entwicklung der Finanzen im Generalgouvernement.

Finanzpräsident Spindler bemerkt, daß die Vorarbeite zur Aufstellung des Haushalts für das Haushaltsjahr 1940 im großen und ganzen beendet seien. Am 15. April werde man die Lage einigermaßen übersehen können. Er halte an der Hoffnung fest, daß es gelingen werde, Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht zu halten. Die Einnahmen hätten bisher den Erwartungen entsprochen. Sehr erfreulich hätten sich die Einnahmen der Monopole entwickelt. Man habe in den letzten Monaten etwa 30 Millionen Zloty erlöst. Das bedeute, daß man mit Hilfe der Monopolverwaltung im Jahresdurchschnitt mehr als die Hälfte der Ausgaben bestreiten könne. Auch die Verbrauchssteuern für Bier, Zucker usw. seien entsprechend den Erwartungen aufgekommen. Allerdings würden die Brauereien in nächster Zeit infolge Mangel an Rohstoffen ihre Produktion einschränken müssen. Auf der Seite der direkten Steuern seien bisher die Einnahmen befriedigend gewesen. Zu befürchten sei, daß die Umsatzsteuer im Laufe des Jahres etwas absinken werde. Das sei auf die starke Einschränkung der gewerblichen Wirtschaft zurückzuführen. Alles in allem sei aber nicht zu befürchten, daß die Gesamtsumme von 600 Millionen Zloty unterschritten werde. Was die Frage der

Wehrmachtstraßen

Wehrmachtsstraßen angehe, so werde darüber in den nächsten Tagen in Berlin verhandelt werden.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r bezeichnet es als durchaus angemessen, daß auch das Generalgouvernement Schulden mache. Man könne zunächst mit Schatzwechseln arbeiten und dafür sorgen, daß sie auf dem Kapitalmarkt untergebracht würden. Jedenfalls müsse hinsichtlich des Arbeitsprogramms, des Bauens von Häusern und Wohnungen und der Errichtung von deutschen Siedlungen getan werden, was nur irgend möglich sei. Die Hauptsorge müsse aber darauf gerichtet sein, einen ausgeglichenen Etat zu haben. Im übrigen habe er den Eindruck, daß die Polen auf dem Gebiete der Steuern noch etwas zu liberal behandelt würden.

Finanzpräsident Spindler bemerkt, daß von Seiten der Abteilung Finanzen gewisse Erhöhungen der Einkommensteuer und der Grundsteuer vorgeschlagen worden seien, immer aber habe man große Schwierigkeiten mit den anderen Abteilungen gehabt. Er möchte allerdings mit weiteren Erhöhungen noch warten, bis man hinsichtlich der Stabilisierung der Preise und der Währung klar sehen könne. Im übrigen sei der Pole offenbar nicht gewohnt, freiwillig zu zahlen, man müsse hier schon mit Beitreibungen und mit starkem Nachdruck arbeiten. Auf dem Lande seien auch viele Verhaftungen vorgenommen worden.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r will hier mit aller Schärfe durchgegriffen sehen.

Finanzpräsident Spindler hebt hervor, daß er die Finanzinspektoren angewiesen habe, in ihren Energien nicht

nachzulassen,

nachzulassen, sondern sie zu steigern. Angesichts des großen Bedürfnisses könne man an eine Erhöhung der Trinkbrantweinsteuer denken.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r wirft dann die Frage auf, wie es mit dem Bau der Straßen im Generalgouvernement stehe.

Präsident Bauder teilt mit, daß einschließlich für die Wehrmacht eine Straßenbaulänge von 10 000 km in Betracht käme. An sämtlichen Arbeiten seien rd. 5 000 Leute beschäftigt.

In dem Zusammenhang wird auch zu der Errichtung der Truppenübungsplätze der Wehrmacht und der Luftwaffe Stellung genommen.

Oberregierungsrat Dr. Schepers bemerkt, daß die Forderung der Wehrmacht bzw. der Luftwaffe sich auf insgesamt 1600 qkm beliefen. Das würde die Umsiedlung von etwa 150=bis 160 000 Menschen bedeuten. Diese Frage werde zur Zeit im Einverständnis mit der Wehrmacht geprüft. Mit Rücksicht auf die vorhandene Erdgasleitung und zur Vermeidung der Umsiedlung sei man bestrebt, der Luftwaffe nahe zu legen, daß sie aus dem Distrikt Krakau ihre Plätze mehr nach dem Osten verlege. Entsprechende Verhandlungen mit dem Reichsluftfahrtministerium seien im Gange.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r weist darauf hin, daß auch in Krakau selbst von der Wehrmacht viele Plätze beansprucht würden, die für die Landwirtschaft von Wichtigkeit seien. Diese Pläne könnten unmöglich durchgeführt werden, und die Wehrmacht müsse hier ein Einsehen haben.

Zum

Zum Rundfunkwesen berichtet Dr. Freiherr du Prel, daß dem Generalgouvernement ein Kurz- und ein Langwellensender zur Verfügung stehe, die besonders weitreichend seien. Dieser Langwellensender sei nun vom Reich für Sprachsendungen beansprucht worden, für die der Sender Warschau besonders geeignet sei. Er habe eine besondere Schaltung auf Berlin erhalten. Die Schaltung der Sender des Generalgouvernements sei so, daß die Sender, soweit sie Reichssendungen aufnehmen, diese Sendungen auf dem Kabelwege übertragen, und zwar über Breslau und Kattowitz, und daß die eigene Sendung vom Generalgouvernement aus über Kattowitz gehe, weil dort ein großes Sendehaus vorhanden sei. Der Krakauer Sender verfüge nur über einen unzureichenden Senderaum und sei für Sendungen größeren Umfanges ungeeignet. Der ursprüngliche Plan, eine Einrichtung in der Jagellonischen Bibliothek dafür zu treffen, sei inzwischen zurückgestellt worden. Man habe also zunächst einmal den Zustand, daß im Generalgouvernement außer dem großen Langwellensender noch zwei Sender, Warschau und Krakau, existierten. Diese Stadtsender seien normaler Weise nur in einer Entfernung von etwa 20 bis höchstens 50 km zu hören. Diese Stadtsender seien seinerzeit für Detektorempfang gedacht gewesen. Da der Langwellensender Warschau angesichts der Sprachsendungen direkt auf Berlin geschaltet werden mußte, könnten für die Sendeleitung, die in Kattowitz sitze und die, wenn die Krakauer Stelle ausgebaut sei, nach Krakau übersiedeln werde, nur die Stadtsender Warschau und Krakau bestehen bleiben. Außerdem werde noch der Sender Lodsch herangezogen werden, weil er ein gewisses Gebiet des Generalgouvernements streife. Die

erste

erste Aufgabe sei nun die der Übersiedlung der Sendeleitung von Kattowitz nach Krakau. Inzwischen sei nun die Frage geprüft worden, welchen technischen Notwendigkeiten Rechnung getragen werden müsse, um das Sendehaus in Krakau entsprechend umbauen und für Sendungen betriebsfähig machen zu können.

Für die Regelung der Theaterfrage sei ein besonderer Theaterausschuß gebildet worden, dessen Vorsitz der Herr Generalgouverneur persönlich führe, und dem der Distriktchef von Krakau, der Stadthauptmann von Krakau und je ein Vertreter der Abteilung Finanzen und der Abteilung für Propaganda angehören. Inzwischen sei in der Person des bisherigen Regieleiters des Stadttheaters Hamm ein Intendant vom Theaterausschuß in Vorschlag gebracht worden, der von allen maßgebenden Stellen als einsatzfähiger und schöpferisch veranlagter Mann bezeichnet werde, was auch aus seinen Zeugnissen hervorgehe. Er sei mit der Aufgabe betraut worden, ein Ensemble zusammenzustellen. Außer dem deutschen Theater in Krakau sollten auch die Theater in Lublin, Radom, Kielce und Tschenstochau für Vorstellungen bereitgestellt werden, da sie sämtlich in spielfähigem Zustand seien, wenn auch der Fundus infolge des Krieges restlos beseitigt worden sei. Außerdem sei das Schauspielhaus in Warschau so wenig beschädigt, daß es mit verhältnismäßig geringen Aufwendungen wieder instand gesetzt werden könne. Der Plan für die Wiederherstellung sei vom Herrn Generalgouverneur grundsätzlich genehmigt worden, sodaß also auch an die Wiederherstellung des Theaters in Warschau herangegangen werden könne. Bis

zur

zur Wiederherstellung des Theaters könne ein großes Kino in Warschau als Theaterraum benutzt werden. Wie die Verhältnisse zur Zeit lägen, werde es wohl zunächst dabei bleiben, daß an zwei Tagen in der Woche in Krakau Theater gespielt werde, während an den übrigen Tagen das Ensemble in den anderen Städten des Generalgouvernements Vorstellungen geben könne. Diese Regelung werde voraussichtlich ab 1. September in Kraft treten.

Auf die Frage der Presse eingehend bemerkt Dr. Freiherr du Prel, daß der „Goniec Krakowski" nunmehr zum Hauptblatt Polens entwickelt werden solle. Für die Ukrainer bestehe ein kleines Nachrichtenblatt, das durch das Nachrichtenbüro Messe in Breslau bedient werde.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r geht dann noch kurz auf die Umsiedlung der Polen ein und weist darauf hin, daß bis jetzt 120 000 Polen umgesiedelt worden seien. Es müsse nun noch mit den 450 000 Juden aus Deutschland gerechnet werden. Welche Kosten dem Generalgouvernement dadurch entständen, sei leicht zu errechnen.

Weiter nimmt der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r zur Uniformfrage Stellung. Nach einer Verordnung des Führers sollten die Beamten grundsätzlich nur noch die blaue Uniform ohne Schulterstücke tragen. Diese Verordnung sei vom Reichsminister des Innern herausgegeben und im Reichsgesetzblatt veröffentlich worden, ohne daß er als Generalgouverneur dazu habe Stellung nehmen können. Nach einer schriftlichen Mitteilung des Staatsministers Dr. Meiss-

ner

Meissner sei aber diese Verordnung vom Führer restlos gebilligt worden. Er habe nun als Generalgouverneur einen Uniformerlaß herausgegeben, nach welchem nur die darin bezeichneten höheren Beamten zum Tragen der grauen Uniform berechtigt seien. Das seien der Generalgouverneur, sein Stellvertreter, der Staatssekretär, die Abteilungsleiter, die Distriktchefs, die Amtschefs sowie die Kreis- und Stadthauptmänner. Aber auch von den anderen Beamten könne die graue Uniform erst dann abgeliefert werden, wenn von der Wehrmacht das Tuch für die blaue Uniform geliefert sei.

Zur Eisenbahnfrage bemerkt Präsident Gerteis, daß in absehbarer Zeit die Personentarife nicht gesenkt werden können. Es handele sich hier im wesentlichen um eine finanzielle Frage. Die Ermäßigung des Tarifs von 7 auf 6 Groschen würde schon einen Ausfall von 20 bis 40 Millionen Zloty bedeuten. Die Eisenbahnverwaltung habe ein Defizit von 200 Millionen Zloty. Man rechne allerdings mit einem Verkehrszuwachs von 20 %. Aber selbst wenn man im Zuge der Ausweitung des Verkehrs auch die Juden wieder zur Beförderung auf der Eisenbahn zulassen würde, so würde eine Erniedrigung des Tarifs immer noch einen Ausfall von 25 Millionen Zloty mit sich bringen. Die Ostbahn denke daran, eine Anleihe aufzunehmen. Es sei aber ausgeschlossen, daß sich die Reichsbahn an einer Kreditgewährung für die Ostbahn beteiligen werde. In den 200 Millionen Defizit steckten 50 Millionen als Folgen der Kriegsereignisse. Es sei ein Kredit von 120 Millionen Zloty aufgenommen worden. In absehbarer Zeit

kämen

kämen aber die größeren Zahlungen für die Bauabteilung, wenn im Frühjahr die Arbeiten wieder in Angriff genommen würden. Beabsichtigt sei auch z.B., die Verkehrsverbindung zwischen Krakau und Zakopane zu verbessern und vielleicht den Fahrweg abzukürzen. Auch der Kraftwagenverkehr solle ausgebaut werden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Lauxmann, daß die Briefmarken des Generalgouvernements auch in ganzen Sätzen verkauft werden könnten. Er habe aber den Verkauf eingeschränkt, weil die Marken von Polen und Juden gehamstert würden. Demnächst werde eine neue Serie herauskommen. Aus dem Verkauf dieser Marken habe man bisher einen Betrag von 3 Millionen Zloty erlöst, lediglich für die Marken, ohne Rücksicht auf die Leistung der Post.

Obermedizinalrat Wahlbaum berichtet dann über die gesundheitlichen Verhältnisse im Generalgouvernement. Im Jahre 1919 habe man 220 000 Fälle von Flecktyphus in Polen gezählt, im Jahre 1920:190 000. Vom 1. Januar bis zum 1. April dieses Jahres seien nur 1000 Fälle von Flecktyphus festgestellt worden. Dieses geradezu phantastische Ergebnis sei durch ganz rigorose Maßnahmen erzielt worden. Beim Ausbrechen von Flecktyphus habe man die Häuser räumen lassen, ganze Straßenzüge abgesperrt; in Warschau seien z.B. 30 000 Menschen völlig vom allgemeinen Verkehr zurückgehalten worden. Dieser Erfolg sei auch der Hilfe der Behörden, vor allem der Polizei zu danken. Er habe übrigens festgestellt, daß der Flecktyphus fast ausschließlich von Juden verbreitet

werde.

werde. Was die sanitäre Grenzüberwachung angehe, so habe er durchgesetzt, daß bei allen Arbeitsakten eine nochmalige Untersuchung stattfinde. Er habe dieses Verlangen gestellt, weil er es für ausgeschlossen halte, daß durch eine einmalige Entlausung eine völlige Lausefreiheit erzielt werden könne. Er arbeite im übrigen völlig im Kontakt mit den Ärzten der Wehrmacht. Deutsche Zivilärzte gebe es im Generalgouvernement 40, polnische Zivilärzte ungefähr 8 000.

Geheimrat Dr. Zetzsche geht dann kurz auf die Textilversorgung und das Bezugscheinwesen ein. Infolge der besonderen Anweisungen, die durch die Abteilung Wirtschaft gegeben worden seien, vollzögen sich hier die Dinge in voller Ordnung. Lediglich die Ostbahnverwaltung habe einen besonderen Bedarf angemeldet. Demnächst würden auch die ersten Besprechungen mit der Beskidengauverwaltungsgesellschaft gehalten werden. Es sei zu hoffen, daß die ersten Bestände ausreichen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Geheimrat Dr. Zetzsche, daß im Gebiet des Generalgouvernements ungefähr 10 000 Automobile zugelassen seien. Die Vorschriften über die Benutzung von Automobilen würden auch überall durchgeführt.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet an, daß kein Automobil mehr mit einer polnischen Ziffer angetroffen werden dürfe, da es sonst eingezogen werden müßte.

Finanzpräsident Spindler bezeichnet die Anordnung des Staatssekretärs Dr. Bühler über die Benutzung von Automobilen

zu

zu Dienstreisen als sehr weitgehend. Es gebe im Gebiete des Generalgouvernements kleine Ortschaften, die mit der Eisenbahn nur unter größten Verzögerungen erreicht werden könnten. Man benötige oft das 3 oder 4fache mehr an Zeit als bei Benutzung eines Automobils.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r setzt als selbstverständlich voraus, daß die Abteilungsleiter in der Wagenbenutzung nicht gehindert seien. Es handele sich hier ganz allgemein um den gesamten Dienstwagenbetrieb. Wenn die Minister und Staatssekretäre im Reich von den allgemeinen Regeln ausgenommen seien, so müsse das auch für das Generalgouvernement gelten. Er nehme also die Abteilungsleiter von dieser Beschränkung aus, bitte aber trotzdem die Abteilungsleiter, sich eine freiwillige Selbstdisziplin aufzuerlegen und nicht gerade zu zeigen, daß sie Abteilungsleiter seien und das Recht hätten, so und so oft nach Zakopane oder einer noch weiter gelegenen Ortschaft zu fahren.Hier habe das eigene Verantwortungsbewußtsein zu entscheiden.

<u>Staatssekretär Dr. Bühler</u> nimmt zu seiner Verfügung über die Benutzung von Kraftwagen Stellung. Diese Verfügung solle vor allem dem Zweck dienen, die Wagen zu schonen und den Betriebsstoff zu sparen. Sie solle sich vor allem auf die Fälle beziehen, in denen der Abteilungsleiter nicht selber eine Reise unternimmt. Auch sei es z.B. vorgekommen, daß man für Fahrten in die Stadt zwei Wagen in Anspruch nehmen zu müssen glaubte. Auch solchen Auswüchsen habe er mit der Verfügung entgegentreten wollen. Er bitte jedenfalls den

Herrn

Herrn Generalgouverneur, es bei dem Grundsatz zu belassen, daß in erster Linie die Eisenbahn benutzt werden solle. Wenn ausnahmsweise ein Dienstgeschäft nicht anders erledigt werden könne als durch Benutzung eines Automobils, dann werde selbstverständlich Benzin zur Verfügung gestellt werden.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r will gleichwohl auch die Tatsache berücksichtigt sehen, daß es im Generalgouvernement ein wesentlich kleineres Eisenbahnnetz gebe als im Reich. Das Verhältnis der Dichte des Eisenbahnnetzes im Generalgouvernement zu derjenigen im Reich sei sehr viel mehr aufgelockert. Zudem stelle die Benutzung der Eisenbahn angesichts der Überfüllung der Züge und aller anderen Unannehmlichkeiten keine Freude dar. Endlich müsse er darauf bestehen, daß das Auftreten des deutschen Beamten insbesondere in den führenden Positionen gerade den Polen gegenüber immer etwas großzügig sei. Wenn ein deutscher führender Beamter in einer polnischen Ortschaft erscheine, so sei das immerhin ein notwendiger Akt, durch den die Autorität des Reiches wirkungsvoll vertreten werden müsse. Diese Auffassung stelle einen Bestandteil der machtvollen Durchsetzung der Autorität des Deutschen Reiches dar. Andererseits müsse, wie das in der Verfügung des Staatssekretärs Dr. Bühler zum Ausdruck komme, dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit im weitesten Umfange Rechnung getragen werden.

Er habe ein Schreiben der Wehrmacht erhalten, in welchem im Hinblick auf gewisse Bezüge der Polizeibeamten, die im Vergleich zu den Bezügen gleicher Kategorien der Wehr-

macht

Wehrmacht sehr viel günstiger wären, gewisse Vorschläge für die Angleichung dieser Gehaltsbezüge gemacht würden. Dieses Problem werde am 21. April besprochen werden, und es sei gewissermaßen mit dem Problem der Bezüge von Gemeinde- und Staatsbeamten zu vergleichen. Man werde hier zu gewissen Korrekturen kommen und eine Überprüfung der einzelnen gegenseitigen Situationen durchführen müssen. Man werde sich jedenfalls mit allen diesen Fragen eines erhöhten Aufwandes für Wohnung usw., der Urlaubsregelung und anderen Fragen allmählich beschäftigen müssen.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Schluß der Sitzung 13^{00} Uhr.

Abteilungsleitersitzung am 1o. Mai 194o

B 140

1 Exemplar mit einem Durchschlag gefertigt.

Herschel

Abteilungsleitersitzung

in der Bergakademie

Freitag, den 10. Mai 1940.

Beginn: 10^{35} Uhr.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank:

Ich eröffne die heutige Abteilungsleitersitzung. An einem Tage, an dem eines der größten Ereignisse dieses Krieges nun abrollt, an dem ein weiterer wesentlicher Akt dieses Kriegsdramas sich abspielt, treffen wir uns hier zur Arbeit. Das war ja immer das beste Zeichen und der beste Teil des deutschen Charakters, daß er unerschütterbar durch solche Ereignisse jeden deutschen Mann immer wieder veranlaßt, eine Sache um ihrer Selbst willen zu tun. Ich habe in den letzten Tagen in zunehmendem Maße in unserer Verwaltung da und dort eine gewisse Unruhe gespürt, gottlob nicht bei den Abteilungsleitern. Aber wir wollen uns gestehen, daß in unser aller Brust ein gewisses Bedauern darüber herrscht, daß wir nicht aktiv an dem großen Geschehen, das jetzt vor sich geht, teilnehmen können. Aber wenn wir dieses sehnsüchtige Verlangen schon hätten, als es nach Norwegen und Dänemark ging, dann würden wir jetzt dort oben wohl auch schon wieder das Sehnen verspüren, nun nach Belgien und Holland zu gehen, und wenn wir heute nach Holland oder Belgien kämen, dann weiß ich nicht, ob nicht schon wieder eine Sehnsucht nach anderen schutznotwendigen und schutzbedürftigen Ländern und Bereichen Europas und der Welt in uns spürbar wäre. Es ist schon ganz gut, wenn wir uns, statt dem Zuge unseres Herzens zu folgen, auf den deutschen Charakter besinnen und uns sagen: Die Aufgabe, die wir hier haben, ist uns vom Führer im Gesamtaufbau des Kriegsprogramms gestellt, und wir wollen hier mit derselben Energie, mit der wir bisher gearbeitet haben, unsere Aufgabe in ruhiger Sachlichkeit

fortsetzen

fortsetzen und so tun, als ob wir, weiß Gott, nichts wichtigeres auf der Welt zu tun hätten, als das Generalgouvernement Polen zu verwalten, zu führen, zu organisieren und als ein geordnetes Gebilde hinzustellen. Je intensiver wir uns dieser Aufgabe verschreiben, desto mehr dienen wir dem Reich und dem Führer, der uns in die Erfüllung dieser Aufgabe eingereiht hat und der auch weiß, warum er das getan hat.

Seit der letzten Abteilungsleitersitzung hat sich in unserem Generalgouvernement nur wenig von größerer Bedeutung zugetragen. Der Aufbau des äußeren Gefüges ist ja im wesentlichen vollendet. Ich habe nun den letzten Sektor, der uns für die Organisation aufgegeben geblieben war, nämlich den Sektor der Partei, in diesen Tagen ins Reine gebracht. In Zusammenarbeit mit dem Stellvertreter des Führers bin ich zu dem Wege gekommen, auf dem wir aus dem Generalgouvernement Polen einen eigenen Arbeitsbereich der NSDAP. schaffen, in welchem die nationalsozialistische, parteiorganisatorische und weltanschauliche Aufgabe durch Zusammenfassung der im Generalgouvernement lebenden Parteigenossen eine Heimstätte finden soll. Die Leitung dieses Arbeitsbereiches habe ich selber übernommen, und somit ist hier im Generalgouvernement eine Art Gauleitung entstanden, allerdings nur in sehr bedingt vergleichbarer Weise. Wir haben es zunächst mit Parteigenossen zu tun, die irgendwo schon im großen Heimatgefüge unserer Bewegung verankert sind und verankert bleiben werden.

Aber diese Parteiaufgabe des Arbeitsbereiches der NSDAP. ist doch ein wichtiger Punkt, indem er uns nämlich hier die Möglichkeit gibt, den Gesamtnimbus der NSDAP., ihre Parteigliederung, ihr Kämpfertum und ihre Gefolgschaft in die Gesamtaufgaben unserer

unserer Generalgouvernementsarbeit ideell einmünden zu lassen. Um diesen Kontakt so sicher wie nur möglich zu gestalten, habe ich folgende Regelung getroffen: Ich selber leite den Arbeitsbereich des Generalgouvernements und habe zu meinem stellvertretenden Bevollmächtigten in diesem Sektor den Beauftragten des Stellvertreters des Führers, Parteigenossen Schalk, berufen. Direkt unter mir gibt es keinen weiteren Gau, Distrikt oder Kreis, sondern nur Standorte der NSDAP., sodaß das Generalgouvernement je nach dem Bedürfnis in Standorte der NSDAP. eingeteilt wird. Einen dieser Standorte bildet der Bereich Krakau, andere die Bereiche Warschau, Lublin, Radom usw. Einen besonderen Standort stellt dann wieder die Burg zu Krakau dar. In diesen Standort Krakau Burg, dessen Leitung ich ebenfalls selbst übernehme, werde ich alle jene Parteigenossen berufen, die in besonders gehobener Stellung im Generalgouvernement tätig sind, so etwa meinen Stellvertreter, Herrn Reichsminister Dr. Seyß-Inquart, Herrn Staatssekretär Dr. Bühler, die Herren Abteilungsleiter, Distriktchefs, die SS-, SA-, NSKK-Führer usw. Darüber hinaus käme dann noch ein Kreis von Parteigenossen in Betracht, dessen Berufung ich mir besonders vorbehalten habe.

Die Parteiarbeit im Generalgouvernement wird sich im wesentlichen auf das Zusammenfassen der Parteigenossen beschränken, ganz gleich, in welchen Dienststellungen sie sich befinden oder welchen Gliederungen und Verbänden sie angeschlossen sind. Es ist unser Ziel, die einheitliche Bewegung durchzusetzen, durchzuhalten und zu verhindern, daß sich etwa hier im Generalgouvernement Spezialgruppen der NSDAP. bilden, je nach dem Bedürfnis oder der ausgeprägten Eigenart gewisser Verbände oder Gliederungen der NSDAP. Hier wird es nur eine Meinheitliche NSDAP. geben, nicht eine Arbeit

der

der Arbeitsfront, des Rechtswahrerbundes, des NS-Ärztebundes, der SS, SA, NSKK. Wer hier NSDAP-mäßig arbeitet, kann es nur als Parteigenosse tun. Dieses wesentliche und charakteristische Merkmal gilt zunächst einmal für unsere Arbeit.

Die Frage, ob wir Parteigenossen, die im Generalgouvernement ortsansässig sind, aufnehmen können, hängt sehr eng mit einem anderen wichtigen Problem zusammen. Ich habe nunmehr vom Reich die Befugnis erhalten, Personen die Reichsbürgerschaft zuzuerkennen, d.h., ich habe im Einvernehmen mit dem Reichsinnenministerium die Möglichkeit, deutschen Volkszugehörigen, die ihren Wohnsitz im Generalgouvernement haben, in besonderen Fällen die Reichsbürgerschaft zu geben. Dieses sehr weitgehende und wichtige Recht wird uns, was die Partei anlangt, nunmehr veranlassen, diese neuen Reichsbürger, die ihren Wohnsitz und ihre gesamte Lebensführung im Generalgouvernement ausschließlich haben, auf ihre Parteieignung zu untersuchen, sodaß wir im Laufe der Zeit aus diesen Reichsbürgern des Generalgouvernements Parteigenossen berufen werden.

Die Parteiarbeit wird sich im engsten Zusammenhang mit den staatlichen Funktionen halten. Das ist ganz selbstverständlich und auch garnicht anders denkbar. Schon durch die bestehende Personalunion ist die Gewähr gegeben, daß hier auf jeden Fall eindeutigste Gemeinschaftsarbeit geleistet wird.

Von anderen wichtigen Ereignissen möchte ich nur kurz erwähnen, daß wir für den dringend notwendigen Schutz unserer Forsten, unserer Forstbeamten und Forstarbeiter nunmehr das Forstschutzkommando in das Generalgouvernement übernommen haben, eine Truppe von etwa 1400 bis 1500 ausgewählten Männern, die, im wesentlichen forstlichen Berufen zugehörig, von der Luftwaffe ausgebildet und ausgerüstet, mir auf Veranlassung des Herrn Generalfeldmarschalls

Göring

Göring zur Verfügung gestellt, und vom Generalforstmeister Albers unserem Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt übergeben worden sind. Sie unterstehen also dem Kommando des Leiters der Abteilung Forsten, Dr. Eißfeldt. Dieses Kommando ist die wesentliche Schutztruppe auf dem gesamten Sektor der Forsten und wird die gesamte innere Ordnung der Forsten, Sicherung der Beamten gegen alle möglichen Bedrängnisse, Sicherung auch des Forsteigentums und der Forstarbeit durchführen. Das Kommando ist bewaffnet, militärisch, polizeilich ausgebildet und stellt eine eigene, scharf disziplinierte, von einem hervorragenden Soldaten, dem Major von Thümen, geführte Spezialtruppe im Dienste des Generalgouvernements dar.

Ein Zweites ist die Einrichtung des Sonderdienstes, eine Einrichtung, die notwendig wurde, weil es angesichts der Kriegsverhältnisse unserer deutschen Polizei leider nicht möglich ist, so viele Menschen in das Generalgouvernement zu schicken, daß die polizeilichen Belange des Generalgouvernements bis in die kleinsten Einzelheiten erfüllt werden können. Es hat sich die Notwendigkeit ergeben, daß die Kreis- und Stadthauptmänner über einen ihnen ausschließlich und unmittelbar unterstellten, gut bewaffneten, gut organisierten und disziplinierten Truppe von etwa 20 bis 30 Mann in jedem Kreis und jeder Stadt verfügen, die sie in dringenden Notfällen für außerordentliche Verhältnisse oder zur regulären Versorgung der von der Polizei nicht erfüllbaren, aber doch wichtigen Aufgaben heranziehen zu können. Dieser Sonderdienst wird gleichfalls aus dem Etat des Generalgouvernements finanziert. Er trägt eine eigene Uniform mit eigenen Abzeichen, eine eigene Armbinde und wird schon in diesen Tagen in großem Umfange den einzelnen Kreis- und Stadthauptmännern zur Verfügung stehen. Ich darf den

Leiter der Abteilung Inneres bitten, dafür zu sorgen, daß die Berufung dieses Sonderdienstes für die Kreise möglichst bald erfolgt.

Auf einem anderen Gebiet, nämlich dem des Theaters, habe ich die Entscheidung getroffen, daß das Deutsche Theater in Krakau eine Art Staatstheater wird und nunmehr in Betrieb zu nehmen ist. Ich habe einen eigenen Intendanten berufen, und vom 1. September ab werden wir das Generalgouvernement mit Schauspielen, kleinen Opern und Operetten bespielen können. Auch wird ein Orchester aufgestellt, sodaß nach alle dem die Möglichkeit besteht, daß jeweils hier in Krakau und dann durch das ganze Generalgouvernement hindurch in den Städten Kielce, Radom, Warschau, Lublin usw. Theateraufführungen stattfinden. Das wird sich, wie ich glaube, sehr gut bewähren, und für die kulturelle Aufgabe wird es von größter Bedeutung sein, daß wir ein eigenes Kunstinstitut dieser Art besitzen.

Das Institut für deutsche Ostarbeit ist im vollen Aus- und Aufbau begriffen. Direktor Dr. Coblitz hat die Arbeit übernommen, und wir werden schon im Monat Juni mit den ersten Kursen für die Beamten und Angestellten des Generalgouvernements beginnen. Es soll mit einem ganz besonderen, d.h. durch hervorragende Lehrkräfte geleiteten Kursus begonnen werden, und ich würde wünschen, daß wir auch daran Anteil nehmen. Es soll zunächst ein 8-tägiger Vortragszyklus stattfinden, zu dem ich die hervorragendsten Kenner des Ostens aus allen deutschen Universitäten nach Krakau bringen werde, die uns in grundsätzlichen Ausführungen die gesamten Ostprobleme jeweils in Einzelvorlesungen vortragen werden. Ich habe weiter zur Bedingung gemacht, daß über diese Einzelvorlesungen eine erste Broschüre im Rahmen der Schriftenreihe des Instituts herausgegeben werden kann. Darunter wird sich auch ein Vortrag eines bekannten Mitglieds des Generalstabes der Wehrmacht befinden, der uns eingehende

Schilderungen

14f

Schilderungen über den Polenfeldzug geben soll.

Am 19. Mai werde ich zusammen mit Herrn Generaloberst Blaskowitz, wenn er dann noch zur Verfügung stehen wird, in Danzig die Fahnen des deutschen Ritterordens zurückgeben, die dann nach der Marienburg gebracht werden sollen. Die Fahnen sind 1410 bei Tannenberg verloren und von den Polen erobert worden. Zugleich werde ich einige bei diesem Sieg der Polen erbeuteten Schwerter des deutschen Ritterordens zurückgeben. Also nach einer Zeitspanne von über einem halben Jahrtausend werden diese Siegesdokumente der Polen wieder dem deutschen Ritterorden auf der Marienburg zurückgegeben werden.

Ich bin den Herren dankbar, daß sie trotz der zwei Tage vor Pfingsten so zahlreich an dieser Sitzung teilnehmen. Ich ersehe daraus, daß sie alle dem dringenden Appell, während der Pfingsten nicht in die Heimat zu reisen, gefolgt sind. Die Herren würden mir aber noch eine schönere Pfingstfreude bereiten, wenn sie nicht im Auto, sondern im Eisenbahnzug nach Zakopane fahren würden. Und wenn Sie mir eine Karte schreiben würden, auf der zu lesen steht: Ich habe eben nach einem anstrengenden Fußmarsch diese oder jene Stelle erreicht, und sende Ihnen einen frohen Pfingstgruß, so ist mir das zehnmal lieber, als wenn Sie mir sagen: Ich bin mit 40 km Geschwindigkeit auf der Landstraße da und dort hingefahren.

Alles in Allem kann man nach diesem halben Jahr unserer Arbeit - denn am 7. Mai war es genau ein halbes Jahr, daß ich in die Burg zu Krakau eingezogen bin - nun schon feststellen: das Generalgouvernement steht in seinem wesentlichen Inhalt geordnet da. Was nun noch kommen wird, das sind die im Leben ja nie wegzuräumenden Schwierigkeiten und Probleme, in die sich jeder in seinem Amt zu schicken haben wird. Es werden Dinge sein, wie sie im Reich genau so

vor sich gehen, wie sie uns im Leben nie anders beschert werden können. Denn es gibt keine Staatsführung, keine Verwaltung ohne diese Probleme des Lebens. Und wenn wir heute den größten Sieg über England und Frankreich errungen haben, dann werden die Probleme gehäuft an uns herantreten, und nach 50 Jahren werden wir genau so vor diesen Problemen stehen wie heute. Es ist nur das einzige Kennzeichen der menschlichen Leistung, daß man im jeweils gegebenen Augenblick pflichtgemäß unter Aufbietung der besten Kräfte alles getan hat, was man vor seinem Führer und seinem Volk verantworten kann und verantworten soll. Daher bitte ich Sie auch, meine Herren, in Ihrem Schriftwechsel untereinander, in Ihrem gegenseitigen Verkehrston, wenn ich so sagen soll, auch in dem Ton, der in Ihren Abteilungen herrscht, trotz vielleicht manchmal kritischer Nervenstunden, denen ja jeder einmal unterliegt, immer daran zu denken, daß hier dem Einzelnen nur die Aufgabe dieser idealistischen Eingefügtheit in die große Zeit gegeben ist. Ich bedauere oft, wenn ich so aus Berichten der einzelnen Abteilungen, aus ihrem Schriftwechsel oder aus sonstigen schriftlichen Darlegungen entnehmen muß, daß da und dort leise persönliche Spannungen, Gereitztheiten, kleine Nervenexplosionen usw. zu beobachten sind. So menschlich begreiflich das auch sein mag, so möchte ich doch bitten, diese vielleicht notwendigen menschlichen exzessiven Aktionen auf ein Minimum beschränken zu wollen, denn sie sind in diesem Raum des Generalgouvernements gänzlich abwegig. Hier kann niemandem ein Stein aus seiner Krone fallen, wenn er irgend ein Referat nicht bekommt, wenn es ihm abgenommen oder ein neuer Referent bestimmt wird. Es ist ja auch vollkommen belanglos, wie im Einzelnen die Dinge geregelt werden. Entscheidend in diesem Raum ist, daß wir glücklich sein werden, wenn wir Männer finden,

die

die in unserem Dienst irgendeine Aufgabe, die uns der Führer und das Reich gestellt haben, mit dem Einsatz ihrer Persönlichkeit erfüllen.

Darüber hinaus ist es klar, daß auch die Rangordnungsfragen oder derartige Dinge, die ja leider im Reich wenigstens vor dem Kriege eine große Rolle gespielt haben, die manchmal auch so mit einem leisen Nebel durch die sonst sonnenerhellte Landschaft ziehen, von keiner Bedeutung sein dürfen. Diese Rang- und Sitzordnung ist hier vollkommen schnurz und piepe. Wenn ein Abteilungsleiter sagt: Aber erlauben Sie einmal, im Reich nehme ich den und den Rang ein, und hier sitze ich da oder dort, so sagen Sie ihm bitte: Nun, dann werden Sie ein anderes Mal eben weiter oben sitzen. Wir sitzen hier doch gewissermaßen auf einem Schiff zusammen, von dem aus wir das andere Ufer sehen. Es wäre genau so, wie wenn in der Mannschaft des Kolumbus, der mit dem Schiff den neuen Erdteil entdeckt, nun am 8. oder 10. Tage Rangordnungsschwierigkeiten entbrennen würden. Als Nationalsozialist verstehe ich das auch nur insofern, als wir selber ja von diesen an uns herangetragenen Sorgen nicht ganz frei sind. Leider hat sich in der Partei auch schon eine gewisse bürokratische Stimmung breit gemacht, sodaß ich durchaus nicht die Fehler und die Schuld auf der anderen Seite sehen will. Aber geben wir auch auf diesem Gebiet ein großzügiges Vorbild. Ich möchte jedenfalls bitten, daß meine Kanzlei Burg nicht mit Rangordnungsfragen bestürmt wird. Es kann immerhin sein, daß bei einem feierlichen Anlaß oder Empfang auf der Burg einer der Herren nicht ganz genau dort sitzt, wo er nach seiner Stellung und nach der Rangordnung des Reiches zu sitzen hätte. Lassen Sie sich doch dadurch nicht den Geschmack an dem so selten guten Essen auf der Burg verderben und glauben Sie nicht etwa, daß hier irgend jemand

vom Protokoll aus Heimtücke eine ganz schlimme Aktion gegen diese Persönlichkeit zu landen gewagt hätte, sondern gehen Sie davon aus, daß das alles in den Fährnissen der Uniformen, der Titel, Ränge usw. passieren kann, und daß wir leider im Dritten Reich trotz unserer Rangordnung noch kein richtiges System durchgesetzt haben. Wenn ich so viel Worte für eine Sache verliere, die kaum ein Wort verdient, so deshalb, weil leider von meinem Beamten auf der Burg darüber geklagt wurde, daß davon so viel Wesens gemacht wird. Das neue Kasino auf der Burg bringt eine wohltuende Entspannung, und ich habe davon abgesehen, dort eine Sitzordnung einzuführen. Hier fragt man nicht danach, wo, sondern wie man sitzt, ob man bequem und warm sitzt, was einem geboten wird, wenn man sitzt. Diese entscheidende Frage hoffe ich also im Burg-Kasino so zu lösen, daß auch die Herren, die wir die Freude haben bei uns begrüßen zu dürfen, zufrieden sein werden.

Im übrigen ist es nun noch zum Schluß meine amtliche Aufgabe, Ihnen mitzuteilen, daß Generaloberst Blaskowitz abberufen ist und schon in den nächsten Tagen dienstlich das Generalgouvernement verlassen wird. Bei dieser Gelegenheit wird die Frage zu prüfen sein, ob die ganze Systematik "Oberost" beibehalten oder nunmehr nicht entsprechend der neueren Entwicklung hier ein ganz neuer Modus gefunden werden wird. Wenn auch die Frage vielleicht jetzt nicht entschieden werden kann, so wird sie doch in absehbarer Zeit zur Entscheidung kommen. Denn die Frage "Oberost" ist seit dem Augenblick akut, da Ostpreußen in das Reich eingegliedert wurde, nämlich das neue Süd-Ostpreußen mit Ziechenau. Da im übrigen das Generalgouvernement vorerst noch nicht eingegliedert ist, und die rein politischen, verwaltungsmäßigen, wirtschaftlichen und sonstigen Unterschiede zwischen dem Generalgouvernement und dem Reich

sich noch dauernd in der Entwicklung befinden, ist der Begriff "Oberost" nicht mehr recht am Platze. Aber diese Regelung können wir ruhig der Wehrmacht überlassen; sie wird schon den richtigen Weg finden. Sicher ist aber, daßß alle Probleme, auch das der Luftwaffe, der besten Lösung zugeführt werden. Daß beiderseits die Absicht einer kameradschaftlichen Zusammenhaltung besteht, das hat insbesondere Generaloberst Blaskowitz gezeigt.

In der Aussprache nimmt zunächst Bankdirigent Paersch das Wort. Er führt aus, daß auf dem Gebiete der Währung gegenwärtig die Vereinheitlichung des Geldumlaufs im Gange sei. Die großen Noten über 100, 50, 20 und 10 Zloty sind bis zum 22. Mai aufgehoben und fast vollständig zur Einreichung gelangt. Der Betrag stelle sich auf 725 Millionen Zloty. Nun kämen nur noch einige Nachzügler, die nach der Verordnung das Recht hätten, die Noten bis Ende Mai einzureichen.

Der Betrag der 5- und 2-Zloty-Noten sei nicht mit Sicherheit festzustellen, weil die frühere polnische Regierung als kleinste Note nur die 20-Zloty-Note gehabt und bei den Mobilmachungsvorbereitungen überstürzt Noten zu 10,5 und 2 Zloty ausgegeben habe, ohne über den Umfang der einzelnen Emissionen nähere Aufzeichnungen zu machen. Man schätze, daß die angegebene Zahl von 725 Millionen Zloty sich durch das Angebot der Nachzügler an großen Noten und die Einreichung von kleinen Noten noch weiter um mindestens 100 Millionen Zloty erhöhen werde. Die sich daraus ergebende Gesamtziffer entspreche den Erwartungen.

Auf dem Gebiete der Vereinheitlichung des Geldumlaufs laufe noch die Neuausgabe der Scheidemünzen. Es würden Scheidemünzen aus Stahl zu 50 Groszy und aus Zink zu 20 bzw. 10 Groszy ausgegeben.

Die Neuausgabe sei seit einigen Tagen in Gang; die Knappheit an Kleinzahlungsmitteln dürfte damit bald behoben sein.

Auf dem Gebiet der Arbeit der Notenbank sei noch zu erwähnen, daß irgendwelche Schwierigkeiten hinsichtlich des Wertes des Zloty im Ausland nicht bestünden. Der Wirtschaftsverkehr des Generalgouvernements beschränke sich im wesentlichen auf die Beziehungen zum Reich. Der Verrechnungsverkehr wickle diese Beziehungen ab. Allerdings habe er bisher nicht ganz so gearbeitet, wie es wünschenswert gewesen wäre. Die Ursachen hierfür seien mannigfaltig. Eine davon sei die bisher nicht erfolgte Abrechnung und Gutschrift der Leistungen, die das Generalgouvernement in Form von Lieferungen an das Reich erbracht habe. Das Fehlen dieses Gutschriftspostens habe dazu geführt, daß bereits in der Vergangenheit die Verschuldung des Verrechnungsinstituts in Krakau gegen das deutsche Verrechnungsinstitut in Berlin langsam aber stetig gestiegen sei. Die Folge davon sei gewesen, daß Überweisungen nach hier nur mit Verzögerung möglich waren. Diese Verzögerung sei inzwischen abgestellt worden und es sei zu hoffen, daß in Zukunft der Überweisungsverkehr glatt vor sich gehen werde.

Im Zusammenhang hiermit stehe die Frage der Reichsmarkversorgung des Generalgouvernements. Für Urlaubsfahrten und Dienstreisen, für Zwecke der Verwaltung und des Militärs würden fortlaufend Reichsmarkbeträge benötigt. Ursprünglich sei die Grenze auf 300 Reichsmark für jeden, der dienstlich ins Reich fahren mußte, festgelegt worden. Schon damals seien aber Zweifel aufgetaucht, ob es möglich sein werde, diesen Betrag durchzuhalten. Nach verschiedenen Schwierigkeiten, die besonders darin bestanden, daß von den nachgeordneten Verwaltungs-

stellen und Militärbehörden die Vorschriften nicht richtig gehandhabt wurden, gelang es doch, diese Regelung einigermaßen einzuspielen. In letzter Zeit habe ~~es~~ sich aber durch die Einführung der Zwangsbewirtschaftung für gewisse Artikel im Generalgouvernement, insbesondere für Textilwaren, eine neue Schwierigkeit ergeben. Dadurch, daß gewisse Artikel, die im Generalgouvernement dringend benötigt werden, nur im Reich beschafft werden können, habe die Reichsmark die Tendenz bekommen, allmählich zu versickern und ins Reich abzugleiten. Verschärft sei diese Tendenz noch dadurch geworden, daß auch für die Reichsmünzen nur noch eine befristete Geltungsdauer bestehe. Aus all diesen Gründen habe man dazu übergehen müssen, die Zuteilung von 300.- RM auf 100.- RM herabzusetzen. Außerdem sei vorgesehen, den Leiter der Abteilung Devisen im Wege einer Verordnung zu einer weiteren Herabsetzung bis auf 10.- RM zu ermächtigen. Mit den zuständigen Reichsstellen sei vereinbart worden, daß den Beamten, die aus dem Generalgouvernement ins Reich kommen, keine Schwierigkeiten bei der Umwechslung von Zlotynoten in Reichsmarknoten gemacht werden.

Eine weitere Frage auf dem Währungsgebiet sei das Verhältnis der Währung zur Finanzwirtschaft. Das Verhältnis sei durchaus in Ordnung. Naturgemäß ergeben sich bereits jetzt die ersten kräftigen Ausstrahlungen der Finanzierungsprobleme des außerordentlichen Etats. Es sei zu hoffen, daß diese Probleme ihre Lösung finden. Auf dem Gebiete der Regelung der Kaufkraft habe die Emissionsbank eine wichtige Voraussetzung dadurch geschaffen, daß sie jedem Hereinströmen fremden Geldes wirksamen Widerstand entgegensetzte. Eine seit langem eingeleitete Maßnahme ziele auf die Zurückdrängung

des

des Geldumlaufes ab. Das Bestreben der Emissionsbank sei darauf gerichtet, alle überflüssigen und nicht benötigten Geldbeträge von Unternehmungen und Einzelpersonen in den Bankverkehr einzubeziehen. Auf diese Weise kämen die Noten zurück, und der Geldumlauf vermindere sich.

Die Notenbank habe also auf dem Gebiet der Währung alles getan, um die Kaufkraft des Zloty sicherzustellen. Sie bedürfe bei ihrer Arbeit jedoch auch der weitgehenden Unterstützung durch die Wirtschaftspolitik. Auf diesem Gebiet seien alle erforderlichen Schritte in die Wege geleitet, und es sei zu hoffen, daß weitere Erfolge erreicht werden.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r fragt den Leiter der Abteilung Arbeit Dr. Frauendorfer, ob die Überweisung von Geldbeträgen durch die im Reich beschäftigten polnischen Landarbeiter an ihre Angehörigen entsprechend geregelt sei.

Dr.Frauendorfer bejaht diese Frage, weist aber darauf hin, daß der Überweisungsmöglichkeit eine große praktische Bedeutung nicht zukomme, da den Landarbeitern bei den derzeitigen Löhnen Geldüberweisungen nicht möglich seien.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erkundigt sich nach der Höhe des Notenumlaufes.

Bankdirigent Dr. Paersch erklärt, die Höhe nicht genau angebenzu können, da der Bestand an 5- und 2-Zlotynoten noch nicht feststehe. Nach den bisherigen Feststellungen dürfe man einen Betrag von 725 Millionen annehmen.

Der Leiter der Abteilung Devisen Dr. Tetzner berichtet über die Devisenlage. Die Emissionsbank lege großen Wert darauf, eigene Devisen zu besitzen. Mit der Reichsbank seien Verhandlungen geführt worden dahingehend, daß die bei der Emissionsbank anfallenden Devisen auf einem Sonderkonto bei der Reichsbank, das der Emissionsbank zur freien Verfügung stünde, niedergelegt werden. Im übrigen habe der Reichswirtschaftsminister aus seinen Devisenbeständen in den notwendigsten Fällen Devisen zugeteilt, wenn es sich um die Beschaffung von unumgänglich notwendigen Artikeln - wie z.B. von Ersatzteilen für im Ausland gekaufte Maschinen - gehandelt habe. Devisen für Reisezwecke werden in Zukunft nicht mehr in größerem Maße, sondern nur noch für dringende Fälle zur Verfügung gestellt werden.

Bankdirigent Dr. Paersch stellt ergänzend fest, daß das Generalgouvernement an Gold und Devisen bis jetzt insgesamt 7 Millionen abgeliefert habe.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r bemerkt, daß die Werte, die vom Generalgouvernement seit Oktober in das Reich geliefert wurden - also nicht das Beutegut, sondern die regulären Lieferungen - von General Bührmann auf mindestens 300 Millionen Reichsmark geschätzt werden. Für diese Lieferungen sei keine Vergütung gegeben worden.

Reichsbahndirektor Lorenz geht bei dem Bericht über die Arbeit seiner Dienststelle von den Aufgaben aus, die

der

der Bevollmächtigte für den Nahverkehr im Reich habe und die sich zusammen fassen lassen in den Begriff: Regelung des Straßenverkehrs, zugeschnitten auf die Kriegsverhältnisse.

Die Kriegsverhältnisse bedingten auf dem Gebiete des Transportwesens erhebliche Einschränkungen. Bei diesen Einschränkungen dürfe allerdings ein gewisser Grad nicht überschritten werden, und zwar werde dieser Grad bemessen dadurch, daß die Kriegswirtschaft voll aufrecht erhalten werden müsse. Mit dieser Aufgabe verbunden sei die Sicherstellung der nötigen Transportmittel, wobei unter Transportmitteln nicht allein Kraftwagen, sondern auch Gespannfahrzeuge zu verstehen seien. Auch an die Sicherstellung des für die Bedienung der Transportmittel nötigen Personals müsse gedacht werden; denn gerade die Wehrmacht entziehe der Wirtschaft einen außerordentlich hohen Prozentsatz gelernter Fahrer. Ferner sei Vorsorge zu treffen für die nötigen Treibstoffe und sonstigen Materialien einschließlich der Ersatzteile. Gerade die letztere Frage mache außerordentlich viel Sorge, da sie abhängig sei von den Bestimmungen über Kontingentierung von Eisen, Stahl und sonstigen Metallen.

In organisatorischer Hinsicht sei es im Generalgouvernement notwendig, bei den Kreishauptmännern je ein eigenes Referat für den Straßenverkehr einzurichten, weil von Krakau aus die Belange der einzelnen Kreise nicht überblickt werden könnten. Aufgabe dieser bei den Kreishauptmännern zu errichtenden Stellen sei in erster Linie die Zulassung der Kraftfahrzeuge, denn nur durch eine ordnungsgemäße Zulassung und durch das Anlegen einer Kartei lasse sich ein Überblick über die im Generalgouvernement vorhandenen Kraftfahrzeuge ermöglichen.

lichen.

Weiter sei erforderlich eine Organisation des Transportgewerbes. Diese Organisation sei im Generalgouvernement nicht in der gleichen Weise wie im Reich - nämlich nur in den großen Verkehrszentren -, sondern rein örtlich aufzuziehen, denn nur so sei eine Führung der Transportunternehmer in gewerblicher und organisatorischer Hinsicht möglich.

Dringendste Aufgabe sei zur Zeit, auf dem gesamten Gebiet des Kraftverkehrs größtmöglichste Sparsamkeit bei allen kriegswichtigen Materialien, insbesondere Treibstoffen und Reifen walten zu lassen. Durch entsprechende Propaganda könne in dieser Beziehung aufklärend gewirkt werden. Insbesondere müsse der Kraftwagenverkehr vom Generalgouvernement in das Reich und umgekehrt eingeschränkt werden.

Der Herr Generalgouverneur empfiehlt, eine entsprechende Überwachung des Kraftwagenverkehrs durch Polizeistreifen vornehmen zu lassen.

Reichsbahndirektor Dr. Lorenz hält auch einschränkende Maßnahmen auf dem Gebiete des Güterverkehrs für notwendig ~~veranlaßt~~. Es sei unwirtschaftlich, einen Lastkraftwagen mit verhältnismäßig geringer Ladung von Krakau nach Warschau und von dort wieder leer nach Krakau zurückfahren zu lassen.

Der Herr Generalgouverneur legt dem Reichsbahndirektor Dr.Lorenz nahe, sich bei Durchführung seiner Aufgaben der im Generalgouvernement vorhandenen

Dienststellen

Dienststellen - Kreishauptmänner usw. - zu bedienen, bei denen er stets auf größtes Entgegenkommen stoßen werde.

Sodann erkundigt sich der Herr Generalgouverneur bei Oberregierungsrat Dr.Schepers nach dem Stand der Verhandlungen beziiglich Neugestaltung der Westgrenze des Generalgouvernements.

Oberregierungsrat Dr.Schepers teilt mit, daß Generalfeldmarschall Göring vom Führer die Entscheidungsbefugnis in vollem Umfange übertragen erhalten habe. Die von der Abteilung Raumordnung vorgeschlagene Grenzziehung habe auf den Widerspruch Schlesiens gestoßen. Schlesien habe einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, und der jetzt zur Verhandlung stehende Vorschlag sei ein Kompromiß zwischen dem Vorschlag der Abteilung Raumordnung und dem der Provinz Schlesien. Nach diesem Vorschlag käme ein Gebiet von 2400 qkm zum Generalgouvernement. Der Bevölkerungszuwachs würde ungefähr 350 - 400 000 Menschen betragen. An Kohle sei in dem einzugliedernden Gebiet eine Menge von 2,5 Millionen Jahrestonnen zu fördern. Gegen den Vorschlag habe sich auf seiten der Wehrmacht Widerstand erhoben mit der Begründung, daß dann die Grenze des Generalgouvernements zu dicht an das schlesische Industrierevier herangerückt würde und ein militärisches Vorfeld nicht mehr gegeben wäre. Ferner habe das Reichsinnenministerium das verwaltungstechnischen Gründen Widerstand geltend gemacht.

Der gegenwärtige Sachstand sei folgender: Reichsminister Lammers habe die Übertragung der endgültigen Entscheidungsbefugnis vom Führer auf den Generalfeldmarschall offiziell nicht mitgeteilt. Der Reichsinnenminister habe daher

von

von der Übertragung offiziell keine Kenntnis erhalten und die Angelegenheit dem Führer nochmals zur Entscheidung zugeleitet. Der Generalfeldmarschall habe daraufhin erklärt, daß er nun gezwungen sei, die Angelegenheiten nochmals dem Führer vorzutragen und seine Entscheidung zu erbitten.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r dankt Oberregierungsrat Dr. Schepers für seine Ausführungen und stellt fest, daß die Dinge jedenfalls in Fluß seien.

Er stellt dann den Abteilungsleitern Dr. Heuritsch in seiner Eigenschaft als stellvertretenden Leiter der Abteilung Wirtschaft im Amt des Generalgouverneurs vor. Es sei klar, daß gerade die Wirtschaftsfragen mit besonderer Sorgfalt in Angriff genommen werden müßten. Der Sektor der Preisentwicklung, der Warenversorgung usw. werde das Generalgouvernement in zunehmendem Maße beschäftigen. Er habe kürzlich von einem Abteilungsleiter gehört, ihm sei gemeldet worden, daß in Warschau eine Reichsmark für 45 Zloty schwarz gehandelt werde.

Major Hartog bemerkt, daß ihm aus Warschau auch etwas derartiges bekannt geworden sei.

Geheimrat Dr. Zetzsche meint, daß diese Schwierigkeiten insbesondere mit der Textilbewirtschaftung zusammenhingen. Es habe sich gezeigt, daß mit wirksamen Maßnahmen erst durchgegriffen werden könne, nachdem die Kontingentierung der vom Deutschen Reich nach dem Generalgouvernement einzuführenden Textilien festgestellt sei. Durch Verhandlungen mit der Dienststelle für den Vierjahresplan sei es gelungen, das Kontingent um 15 % zu erhöhen. Auf diesem Wege werde es auch gelingen, eine ordentliche Wirtschaft und einen normalen Wirtschaftsverkehr in Textilien mit dem Deutschen Reich zu bekommen. Man sei mit der Vorratsbestandsaufnahme und auch hinsichtlich der Preisbewirtschaftung so weit, daß man in absehbarer Zeit die benötigten Mengen werde abgeben können. Voraussetzung sei aber, daß die reichsdeutschen und volksdeutschen Bevölkerungskreise nicht zu viel Textilien auf Vorrat kauften. Man habe die Beobachtung gemacht, daß leider einzelne Angehörige des Reiches oder Volksdeutsche

doch schon im voraus Textilien zu kaufen suchen. Solche Forderungen müßten natürlich zurückgestellt werden. Erfreulich sei es allerdings, daß bei vielen amtlichen Dienststellen das Verständnis für die Schwierigkeiten aufgebracht werde. Es sei zu hoffen, daß es gelinge, noch so viele Vorräte hereinzubekommen, daß man eine Vorratswirtschaft für den Winter treiben könne, und zwar auf dem Wege, daß die Textilabfälle, die man systematisch gesammelt habe, sortiert, gereinigt und zu neuen Textilien verarbeitet würden. Das Programm sei mit dem Leiter der Stelle für Spinnstoffe im einzelnen durchgesprochen worden. Weiter sei es zu begrüßen, daß eine Zusammenarbeit gerade mit den Herren der Textilbewirtschaftungsstelle in Lodsch habe erzielt werden können. Anders liege es allerdings auf dem Gebiete der Lederwirtschaft, auf dem sehr große Schwierigkeiten beständen. Er erhoffe aber eine Besserung der Lage vor allem durch die Lieferung von Holzschuhen, wenn hier auch hinsichtlich der Beschaffung des Oberleders gewisse Schwierigkeiten beständen. Angesichts der Maßnahmen auf dem Gebiete der Textil-, Leder- und Abfallwirtschaft habe sich eine gewisse Beunruhigung der Bevölkerung gezeigt, die aber einer ruhigeren Stimmung Platz zu machen scheine, nachdem angeordnet worden sei, daß auch gegen Scheck eingekauft werden könne.

Auf dem Gebiete der gewerblichen Wirtschaft sei durch eine Zusammenarbeit mit dem Preiskommissar erreicht worden, daß alle Schwankungen in der Wirtschaft sofort zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht würden. Hier habe man feststellen müssen, daß gewisse Abfälle, z.B. solche von Papier, zu teuer bezahlt würden. Sobald man aber irgendwie erfahre, daß sich eine ungesunde Preispolitik zeige, würden sofort mit dem Preiskommissar Verhandlungen eingeleitet.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gibt seinem Befremden

Befremden darüber Ausdruck, daß zwei Juden wegen Preistreiberei nur zu einer Strafe von 1500 Zloty verurteilt worden seien. Möge es sich auch vielleicht um eine geringfügige Verfehlung handeln, so müsse doch unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß solche Urteile nicht veröffentlich würden. Solche Veröffentlichungen hätten nur dann einen Sinn, wenn in ihnen die Verurteilung einer Person zum Tode kundgegeben werde.

Ministerialrat Wille bemerkt, daß ihm bisher keine solche Urteile vorgelegt worden seien. Er werde jedoch dieser Sache nachgehen.

Standartenführer Schulz stellt fest, daß in den letzten Monaten 224 Festnahmen und 344 Anzeigen wegen Preistreiberei erfolgt seien. Die Fälle seien ordnungsgemäß den zuständigen Gerichten zur Aburteilung überwiesen worden.

Ministerialrat Wille gibt zu bedenken, daß die Fälle, die jedenfalls bis vor kurzem durch die früher bestehende Preisbildungsstelle an die Staatsanwaltschaften abgegeben worden seien, solche waren, für die die neue Verordnung keine Gültigkeit gehabt habe. Für die Zuständigkeit der Sondergerichte sei die Verordnung vom Januar maßgebend gewesen. Nicht jede Preisüberschreitung falle ohne weiteres unter jene Verordnung, in der Todesstrafe oder Zuchthausstrafe angedroht war. So seien also verhältnismäßig wenig Fälle vor die Sondergerichte gekommen. Die meisten Fälle, für die jetzt die neue Preistreibereiverordnung in Betracht komme, seien im großen und ganzen Bagatellfälle, die mit den Ordnungsstrafen der Preistreibereiverordnung erledigt werden müssen. Er habe seinerzeit die Preisbildungsverordnung, in der diese Ordnungsstrafen vorgesehen worden seien, sehr begrüßt. Wirklich große Preistreibereien seien verhältnismäßig wenig zur Aburteilung gekommen, und hier

sei

163

sei fast durchweg Zuchthausstrafe verhängt worden. Ein Todesurteil sei bisher nicht ergangen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r geht danach auf die Frage der Arbeitsdienstpflicht der Polen ein. Auf den Druck des Reiches hin sei nunmehr verfügt worden, daß, da sich genügend Arbeitskräfte nicht freiwillig zum Dienst im Deutschen Reich meldeten, ein Zwang ausgeübt werden dürfe. Dieser Zwang bedeute die Möglichkeit der in-Haftnahme von Polen männlichen und weiblichen Geschlechts. Dadurch sei es zu einer gewissen Unruhe gekommen, die sich nach einzelnen Berichten sehr stark ausbreite, und die zu Schwierigkeiten auf allen Gebieten führen könne. Der Herr Generalfeldmarschall Göring habe seinerzeit in seiner großen Rede auf die Notwendigkeit hingewiesen, eine Million Arbeitskräfte nach dem Reich zu verschicken. Geliefert seien bisher 160 000. Allerdings seien hier große Schwierigkeiten zu überwinden gewesen. Deshalb werde es sich empfehlen, bei der Durchführung des Zwanges die Kreis- und Stadthauptleute mit heranzuziehen, damit man dann auch vonvornherein der Überzeugung sein könne, daß diese Aktion einigermaßen zweckmäßig sei. Eine Verhaftung von jungen Polen beim Verlassen des Gottesdienstes oder der Kinotheater werde zu einer immer steigenden Nervosität der Polen führen. An sich habe er garnichts dagegen einzuwenden, wenn man das arbeitsfähige, oft herumlungernde Zeug von der Straße weghole. Der beste Weg wäre dafür aber die Veranstaltung einer Razzia, und es sei durchaus berechtigt, einen Polen auf der Straße anzuhalten und ihn zu fragen, was er tue, wo er beschäftigt sei usw.

Standartenführer Schulz bemerkt, daß Zwangsverhaftungen überhaupt noch nicht vorgekommen seien, weil zunächst noch die Auswirkung des neuen Erlasses abgewartet werden solle. Man habe allerdings

allerdings Flüchtlinge, die aus dem Sowjetgebiet kamen, angehalten, sich für den Dienst im Reich zu melden.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r weist darauf hin, daß die Polen aus dem Warthegau nach Möglichkeit gleich ins Reich verschickt würden. Das müsse aber auch mit den Polen geschehen, die aus Sowjetrußland, Rumänien, Ungarn usw. kämen, soweit sie arbeitsfähig seien.

Reichshauptamtsleiter Dr. Frauendorfer bemerkt, daß von seiner Abteilung aus überhaupt noch keine Zwangsaktionen durchgeführt worden seien. Die Frage sei übrigens mit allen zuständigen Stellen besprochen worden. In dem Erlaß sei ausdrücklich gesagt, daß zunächst Härten nach Möglichkeit vermieden werden sollten. Im übrigen habe er die Feststellung getroffen, daß die gemeldeten Zwangsmaßnahmen entweder gar nicht stattgefunden hätten oder jedenfalls stark übertrieben gewesen seien.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r bittet jedenfalls, davon Kenntnis zu nehmen, daß der Zwang zur Arbeit sehr vorsichtig ausgeübt werden müsse. Gerüchten über zwangsweise Verhaftung müsse sofort nachgegangen werden.

Ministerialrat Plodeck berichtet dann über die mit dem Treuhandwesen gemachten Erfahrungen. Es sei tatsächlich zu gewissen Mißständen innerhalb des Kreises der Treuhänder gekommen. Er habe deshalb auch auf einer Arbeitstagung in Warschau die Abteilungsleiter bei den Distriktchefs gebeten, dafür zu sorgen, daß unverzüglich die Gesamtzahl der vorhandenen Treuhänder auf ein erträgliches Maß zurückgeführt werde. In Zukunft würden die Personalien der einzelnen Treuhänder scharf geprüft werden, und es werde hoffentlich in verhältnismäßig kurzer Zeit gelingen, dem Übel, das ja zweifellos in großem Umfange vorhanden sei, wirksam zu steuern.

Der

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet an, daß gegen Treuhänder, denen irgendeine Unregelmäßigkeit nachgewiesen werden könnte, die schärfsten Maßnahmen ergriffen werden. Vor der Bestellung eines Treuhänders müssen auch genaueste Nachprüfungen seiner persönlichen Verhältnisse stattfinden, Strafregisterauszüge müssen verlangt werden usw.

Geheimrat Dr. Zetzsche weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß man bei den Neuzulassungen von Treuhändern schon die äußerste Vorsicht habe walten lassen. Man könne auch feststellen, daß die neu eröffneten Geschäfte mit einwandfreien Persönlichkeiten besetzt worden seien.

Gouverneur Dr. Wächter berichtet über die Aktion der Umsiedlung und des Austausches von Flüchtlingen. Die Sowjets hätten besonders darauf gedrungen, daß nun auch die Flüchtlinge, die sich an den russischen Grenzstationen gesammelt hätten, herüber genommen würden. Das Reich müßte im Zusammenhang damit ein Interesse daran haben, daß die Aktion durchgeführt werde, und könne deshalb diese Konzession machen. Es sei vorgesehen gewesen, 60 000 Flüchtlinge aufzunehmen, wofür sich andererseits die Sowjetunion verpflichtet habe, 60 000 Flüchtlinge aus dem Generalgouvernement aufzunehmen. Voraussetzung sei gewesen, daß der Wohnsitz des Flüchtlings vor dem Kriege hier Geltung gehabt habe. In den drei Grenzstationen und ~~und~~ vier Städten seien deutsche Kommissionen tätig, die die vorhandenen Flüchtlinge registrierten und die Voraussetzungen für ihre Aufnahme prüften. An der Grenze seien Auffanglager hergestellt worden, in die Flüchtlinge aufgenommen und in denen sie ärztlich betreut, einer Quarantäne unterzogen, und von denen aus sie dann über die Arbeitsämter dem Reich zur Verfügung gestellt würden. Darüber hinaus sei mit den Sowjets vereinbart, daß in

Lemberg

Lemberg und Kowel solche Stationen eingerichtet würden. Im Sowjetgebiet herrsche ein ungeheurer Andrang von Flüchtlingen, es seien nicht nur 60 000, sondern nach Angabe der Sowjetvertreter ungefähr 200 000. In einzelnen Orten, in denen Deutsche tätig seien, dränge sich die ganze Bevölkerung zusammen, um aus dem Sowjetgebiet herauszukommen. Das ganze Personal eines Hotels mit dem Direktor habe z.B. den dringenden Wunsch, nach Deutschland zu gehen. Die Maßnahmen der deutschen Kommission seien darauf gerichtet, grundsätzlich keine Juden herüberzunehmen, darüber hinaus möglichst arbeitsfähige Menschen zu bekommen. Die Erfüllung dieses Wunsches sei aber verhältnismäßig schwer. In manchen Orten werde das Haus der deutschen Kommission von Tausenden und Abertausenden Tag und Nachtbelagert. Da kämen Frauen mit 2,3 und 4 Kindern und bäten händeringend, sie aufzunehmen. Es spielten sich die furchtbarsten Szenen ab. Die Menschen würfen sich manchmal auf den Boden und seien nur mit Gewalt wegzubringen. Eigenartig sei, daß auch zahlreiche Juden lieber ins Reich gehen wollten, statt in Rußland zu bleiben. Eine Schwierigkeit bestehe noch darin, daß die Sowjets plötzlich erklärt hätten, sie wünschten nicht, daß die Registrierung auch in Kowel und Lemberg durchgeführt werde, und beriefen sich auf angebliche Transportschwierigkeiten. Die Registrierung solle nach dem Wunsch der Sowjets nur an den drei Grenzorten stattfinden, offensichtlich deswegen, damit die Registrierung von den Sowjets vorgenommen werden könne. So komme es, daß viele Menschen, darunter vor allem Juden, die die Sowjets gern los werden sollten, der deutschen Kommission zur Last fielen, und die deutsche Kommission auf diesem Wege mehr oder weniger gezwungen sei, in die Zahl von 60 000 auch die unerwünschten Juden hereinzunehmen. Nach einer ziemlich scharfen Auseinandersetzung hätten sich aber die Russen doch bereit erklärt,

ab

ab 13. Mai die Registrierung in Kowel und dann in Lemberg zuzulassen. Damit sei zu hoffen, daß die deutsche Kommission nicht mehr unerwünschtes Menschenmaterial zu nehmen brauche. Übrigens beriefen sich die Sowjets bei ihren Forderungen immer auf gewisse technische Schwierigkeiten. Was die Sowjets unter technischen Schwierigkeiten verständen, habe man in der Zwischenzeit schon zur genüge feststellen können. Man könne wohl sagen, daß sie die Arbeit der Kommission bis zum gewissen Grade sabotierten. Es werde eine Frage der nächsten Tage sein, wie sich die Leitung der Aktion in Kowel und Lemberg einlaufe. Im allgemeinen sei noch zu berichten, daß der Gesundheitszustand der Flüchtlinge überraschend gut sei. Man habe bisher nur 300 bis 500 Todesfälle gehabt, was angesichts der Gesamtzahl der in Betracht kommenden Flüchtlinge sehr wenig sei.

Es sei also nicht, wie man befürchtete, eine Bedrohung der Gesundheitslage im Reich gegeben. Vielmehr habe sich nur die schlechte Ernährung, der die Flüchtlinge ausgesetzt waren, ausgewirkt. Die Stimmung der Flüchtlinge sei außerordentlich sowjetfeindlich und deutsch- und generalgouvernementsfreundlich. Man sei bemüht, die Leute möglichst schnell in den Arbeitsprozeß ins Reich zu bringen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gibt davon Kenntnis, daß er auf Bitte des Herrn Staatssekretärs Mühlmann eine Teilung dieser Abteilung vorgenommen habe. Staatssekretär Mühlmann werde sich künftig nur noch mit den Angelegenheiten der Sicherung der Kunstschätze und mit der obersten künstlerischen Betreuung in den verschiedensten Bereichen befassen.

Staatssekretär Dr. Mühlemann schlägt als Leiter der Unterrichtsverwaltung Hofrat Watzge vor. Dieser sei alter Nationalsozialist und ranghöchster und rangältester Schulbeamter im Generalgouvernement.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erklärt sich damit einverstanden und ersucht die Abteilungsleiter davon Kenntnis zu nehmen, daß Hofrat Watzge in Zukunft für Angelegenheiten der Schulverwaltung selbständig zuständig sein werde.

Der Herr Generalgouverneur stellt sodann den Abteilungsleitern Herrn Major von Dazur, den Verbindungsoffizier zur

Luftwaffe

zur Luftwaffe vor und heißt ihn herzlich willkommen.

Zum Schluß gibt der Herr Generalgouverneur bekannt, daß er beabsichtige, in Zukunft 2 Gruppen von Abteilungsleitersitzungen zu unterscheiden, nämlich Abteilungsleitersitzung im engeren Sinn, an denen ausschließlich die Abteilungsleiter teilnehmen, und Abteilungsleitersitzungen im weiteren Sinn, zu denen auch die Stellvertreter der Abteilungsleiter und bei ganz großen Abteilungen - Finanz, Innere Verwaltung, Wirtschaft - auch die Leiter der einzelnen Geschäftszweige zugezogen werden. Als Termin für die nächste Abteilungsleitersitzung - im engeren wie im weiteren Sinne - wird der 14.Juni bestimmt. Es solle zuerst, um 10^{30}, eine Besprechung der Abteilungsleiter allein stattfinden, an die sich dann eine Sitzung unter Zuziehung der Stellvertreter und der übrigen Herren anschließe.

Mit einem Sieg-Heil auf den Führer schließt sodann der Herr Generalgouverneur die Abteilungsleitersitzung.

Schluß der Sitzung 12^{30}.

Abteilungsleitersitzung am 14. Juni 1940

Anwesenheitsliste

für die Abteilungsleitersitzung
am 14.Juni 1940
auf der Burg zu Krakau

Name	Dienstbezeichnung
Frank	
Bühler	
Boehm	
Dr. Lasch	
Dr. Lasch	
Pfeffer	
Fischer	
Gerteis	
Dr. Fischer	
Dr. Bauer	
Dr. Bauermann	
Buchholtzer	
Dr. Lasch	
Finanzpräsident	
Oberlandforstmeister	
Hein. R.	
Forstrat	
Kriminalrat	
Oberwachtmeister (Gendarmerie-Abteilung Krakau)	
Major	
Präs.	
Betriebsabteilung	

Anwesenheitsliste

für die Abteilungsleitersitzung
am 14.Juni 1940
auf der Burg zu Krakau

Name	Dienstbezeichnung
R. Brückner	Dienststellenleiter
Klukas	Leutnant d. Gendarmerie z. Zt. Zugführer im Verb. Kdo. Brückenbau Ostmark
W. Lasenberg	Landgerichtsrat
Schalzka	Stv. Kdr. z. Fg. z. V. Volksdeutsche Mittelstelle
Wilden	Leiter Abteilung Alt. Reich
Ulrich	Amtsleiter/Leiter der Hauptabteilung
H. Fischer	Hauptbannführer
Dr. Weh	Geschäftsführer
S. Hymmen	Landesgruppenführer
Hilgert	Major d. Gendarmerie
Hammer	Abt. V. z. V. – Stabsführer der Sicherheitspolizei
Gildehoffmann	Fortbildung
Ehrsam	Dozent
W. Bann	Geschäftsführer d. Beamten der Amts. Amts
H. Rauch	Leiter der Verwaltung
H. Neumann	u. Veterinärrat

173

Anwesenheitsliste

für die Abteilungsleitersitzung
am 14.Juni 1940
auf der Burg zu Krakau

Name	Dienstbezeichnung
Dr. Walbaum	Abtlg. Hauptschriftleiter.
Schmidt	Regierungsrat (Raumordnung)
Dreßler	Abteilungsleiter (Landwirtschaft)
Lorenz	Hauptamtsleiter
Dr. Freundorfer	OKR / Raumordnung
Dr. Haagen	Dienstst. f. d. V. Angel.
Hartsch	Höherer SS- u. Polizei-
Bormann	führer beim Reichsführer
Jänicke	Abt. Wirtschaft
Pfeffer	
Wächter	Apotheker Dr.
Dr. Seidler	Krankenhaus.

Abteilungsleitersitzung vom 14.Juni 1940.
Beginn 10^{45} Uhr.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung von dem bevorstehenden Einmarsch der deutschen Truppen in P a r i s und fährt fort:

Ich verstehe durchaus und billige es, daß in vielen von uns der Wunsch aufsteigt, bei den großen Ereignissen im Westen dabei zu sein und ich glaube, daß ich für uns alle die Erklärung abgeben kann, daß nur die Erfüllung eines uns vom Führer gegebenen Befehls uns hier festhält, daß aber unsere Gedanken bei dem großen Erleben dieser Tage sind. Aus der Betrachtung der geschichtlichen Zusammenhänge heraus muß für unsere Arbeiten im Generalgouvernement immer wieder der harte und große Entschluß sich ergeben, an diesem Platz im Namen des Führers auszuharren, nicht aus Zwang, sondern in voller Erfüllung der vom Führer gegebenen Befehle, um freudig und mit ganzem Einsatz der Persönlichkeit hier tätig zu sein und da gebührt Ihnen allen ein Lob dafür, daß trotz der stürmischen Bewegtheit dieser Tage alle hier an diesem Platz geblieben sind, ohne mit einem leisen Anflug von abenteuerlicher Neuigkeitssehnsucht, sich in andere Gebiete wegzudrängen. Wir werden gerne und freudig auch weiterhin unsere Aufgabe hier erfüllen.

Die heutige Tagung ist die reguläre Abteilungsleitersitzung und doch hat sich seit der letzten eine ganze Welt verändert. Ich habe vor wenigen Tagen den Besuch eines Herren aus dem Wirtschaftsministerium in Berlin bekommen. Auf meine Frage, wie die Stimmung in Berlin sei, sagte er mir, alles stehe unter dem Eindruck des Sie-

ges,

ges, alle Probleme, die noch vor kurzem kaum lösbar erschienen, alle Aufgaben, an deren Lösbarkeit man schon zweifelte, sie alle scheinen jetzt in ihrem Problemgehalt geglättet und in ein Stadium der Erfüllbarkeit eingetreten. Das ist die Umwandlung, die aus dem Glauben heraus in die Wirklichkeit eintritt! Das ist das, was der Führer in seiner Bewegung verwirklicht hat, wenn er sagt, daß zwar auch das Formelle, das bürokratische Selbstsichere und aktenmäßig Belegbare notwendig ist, daß alles aber nichts ist gegen den Glauben.

Es ist klar, daß mit der Umformung dieses Reiches auch ein gigantischer Zusammenbruch der bisherigen Ordnungssysteme und ihrer Repräsentanten verbunden ist. Mit dem Sieg über Frankreich ist der letzte Sieg über jene staatsorganisatorische Anschauung und Methodik errungen, die mit der französischen Revolution begann. Sind wir uns darüber klar, daß das nationalsozialistische Rechtsdenken, das nationalsozialistische Staatsideal und das Persönlichkeitsideal des Nationalsozialismus dadurch auch einen entscheidenden geistesgeschichtlichen Sieg davonträgt über das, was an früheren Systemen krank und morsch gewesen ist. Franreich stirbt und muß sterben, weil es dem Leben zu wenig vertraute und der Reform sich widersetzte. Aber auch das englische Weltreich steht vor seinem Ende. Da sollen wir, die wir diese Stunde erleben, nicht das größte Empfinden dieser deutschen Generation in uns tragen! Es werden Jahrtausende in die Geschichte schreiten und sie werden alle namenlos sein, aber unsere Zeit wird ihren Namen haben. Es ist die größte Stunde des Deutschtums, die nun anhebt. Wir haben noch nie ein so großes Reich besessen, noch nie hat auf deutschen Menschen eine solche Verantwortung geruht, wie diese Zeit sie gibt. Noch nie galt der deut-

sche

176

sche Name in der Welt so viel, wie er jetzt durch Adolf Hitler gelten wird. Eine Linie von Calais bis Lublin, wie wir sie heute schon besitzen, war noch nie unter deutscher Oberherrschaft.

Es ist unsagbar, was demnach für uns an Großem aufsteigt, unsagbar die Verpflichtung, unsagbar die Selbsterziehungsarbeit! Mit dem Weltreich beginnt für uns das Ende des Nationalstaates, beginnt für uns das Imperium! Hier sehen Sie die Bedeutung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei!

Wenn nur eine militärstaatliche äußere Macht jetzt erstehen würde, die keinen völkischen, blutmäßigen ideellen Inhalt besitzt, würde sie genau so in einem Jahrhundert gesprengt werden, wie alle diese Formen gesprengt wurden. Weil aber hier die unverrückbare Lehre unserer Partei steht, die sagt: Du bist nichts, Dein Volk ist alles, Dein Leben ist nur sinnvoll, wenn Du es der Arbeit für die Gemeinschaft widmest und nicht an Deinen eigenen Vorteil denkst und die weiter sagt, daß keine Arbeit schändet, deswegen werden wir auch das Weltreich erhalten. Wir dürfen auch als Bürger des Weltreiches nicht zu stolz sein, den Spaten und den Pflug zu führen. Weltreiche sind die große Probe aller Völker und wir müssen diese Probe bestehen. Das kann nur durch das Schulungsergebnis der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei gelingen.

Die Aufgaben, die wir im Osten haben, sind klar. Die Probleme, die hier zu lösen sind, können in der Form, wie sie vor einem Jahr gedacht worden sind, nicht gelöst werden. Wir können weder in das Gebiet des Generalgouvernements die Millionen Polen aufnehmen, die im Reich leben, noch können wir in der bisherigen Weise weiter mit der polnischen Nation verfahren. Was wir an Erfahrungen gesammelt

haben

177

haben, müssen wir verwerten und Sie können sich vorstellen, daß ich in all diesen Monaten auch geforscht, gedacht und Erfahrungen bei mir gesammelt habe. Ich bin gewillt, diese Erfahrungen dem Führer vorzutragen, sobald Gelegenheit dazu sein wird.

Es ist ein Wunder, daß wir aus dem Chaos und aus der Zerstörung, die wir vor wenigen Monaten nach dem Abschluß des Polenkrieges hier vorfanden, eine einigermaßen überschaubare Ordnung aufgebaut haben. Es ist gut, wenn wir an diese Ordnung und an den Befehlsapparat, den wir besitzen eher denken, als an die Schwierigkeiten, die wir nicht gelöst haben. Ich kann heute feststellen, daß jeder von uns seine Pflicht auf seinem Platze restlos getan hat.

Es haben sich einige Änderungen ergeben, von denen ich Sie heute in Kenntnis setzen möchte:

Herr Geheimrat Zetzsche hat mich gebeten, ihn von seinen Funktionen zu entheben. Im Hinblick auf seine hervorragenden Leistungen habe ich dieser Bitte entsprochen und ihn gebeten, die Sektion Wirtschaft im Institut für Deutsche Ostarbeit zu übernehmen, um auf diese Weise die reichen Erfahrungen seines viele jahrzehntelangen Wirkens im Dienste des Reiches für uns nutzbar zu machen. Herr Geheimrat Zetzsche, ich danke Ihnen für Ihre Mitarbeit und ich darf Ihnen sagen, daß wir alle dieser Arbeit gerne gedenken. Wir werden uns immer freuen, Sie auch in Ihrer neuen Eigenschaft in unseren Reihen zu sehen.

Zum Nachfolger des Herrn Geheimrat Zetzsche habe ich mit sofortiger Wirkung Herrn Ministerialdirigenten Dr. Emmerich ernannt. Ich heiße Sie hier in unserer Mitte willkommen und wünsche Ihnen für Ihre Arbeit das Beste.

Herr

178

Staatssekretär Mühlmann hat mich gebeten, ihn von seiner Arbeit als Leiter der Abteilung für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung zu entheben, da er durch seine künstlerisch ausgeprägte Sondermission verhindert ist, sich dem fachlichen Bereich dieser Abteilung zu widmen. Ich habe im Benehmen mit Herrn Staatssekretär Mühlmann Herrn Hofrat Dr.Watzke zum Leiter der Abteilung für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung berufen.

Das gesamte Bauwesen des Generalgouvernements hat eine grundsätzliche Zusammenfassung in einer Zentrale notwendig gemacht. Es mußte zur Sicherung der finanziellen Stabilität der Bauvorhaben und im Interesse einer künstlerischen Einheitlichkeit der Bauten eine grundsätzliche Regelung getroffen werden. Ich habe daher eine Zentralstelle geschaffen, die unter der Leitung des Oberbaurates Hofer steht, der die oberste Baubehörde des Generalgouvernements führen wird.Für die Bauten, an denen ich persönlich Interesse habe und alle größeren Bauten habe ich Herrn Geheimrat Rattinger zu meinem persönlichen Baubeauftragten ernannt. Ich hoffe, daß damit in das Gebiet des Bauwesens eine gewisse Stabilität kommt und daß wir auf diesem Sektor einen Beitrag zur Wiederansteckung der Wirtschaft auf diesem Gebiet leisten werden.

Wir hatten in der vergangenen Woche eine große Sitzung über Fragen der Preisbildung und der Ernährung gehabt. Die in dieser Sitzung gehaltenen Referate werden den Abteilungsleitern zugestellt. Es wird nunmehr an einem Generalplan der Wirtschaftsführung gearbeitet. Der Generalplan soll in einer Sitzung der Abteilungsleiter seine erste Formulierung erhalten. Ich wünsche, daß mit dem Beginn der neuen Ernte in allen einschlägigen Fragen Klarheit herrscht

und

und daß die Grundsätze, nach denen gewirtschaftet werden soll, endgültig festliegen, dann ist für jeden einzelnen ein gewisser Rahmen seiner Betätigung gegeben.

Der Leiter der Dienststelle für die Bodenforschung im Generalgouvernement, Professor Brinkmann, erstattet sodann in einem Vortrag Bericht über die Tätigkeit seiner Dienststelle und erläutert an Hand einer Karte das Vorkommen der einzelnen Bodenschätze im Bereich des Generalgouvernements.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ersucht die Abteilungsleiter, dem Leiter der Dienststelle für Bodenforschung bei seinen Arbeiten jede gewünschte Unterstützung zuteil werden zu lassen. Es bedarf keiner besonderen Begründung, daß gerade die Erforschung der Bodenschätze des Generalgouvernements im Interesse der Rohstoffversorgung der Industrie von größter Bedeutung sei.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r verbindet mit dem Dank an Professor Brinkmann den Wunsch, für erfolgreiche Fortsetzung seiner Arbeiten.

Es kommt sodann, ausgehend von einem an Herrn Generalgouverneur gerichteten Brief des Herrn Generalleutnants Barckhausen, die Frage der Ernährung der in den Rüstungsbetrieben beschäftigten Arbeiter zur Sprache.

Landesbauernführer Körner bemerkt hierzu, daß Major Hartog die Rüstungswerke im Bezirk Radom besichtigt und sich von dem Stand der Ernährung in diesen Betrieben überzeugt habe. Die Schwierigkeiten in der Ernährung mancher Betriebe hätten ihre Ursachen darin,

daß

daß diese Betriebe, denen neue große Aufgaben zugewiesen wurden, sich bereits für eine größere Gefolgschaft einrichten und dementsprechend Nahrungsmittel auf Vorrat legen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r teilt die Ansicht des Landesbauernführers hinsichtlich der Ursache der Ernährungsschwierigkeiten gewisser Werke. Die Vorratswirtschaft, die sich in manchen Werken herausgebildet habe, könne nicht geduldet werden. Im übrigen wäre es zweckmäßig, wenn alle Betriebe etwa bis Ende August eine Aufstellung ihres Personals herausgeben würden, damit man von der Zentrale aus einen Ernährungsplan der Betriebe organisieren könne.

Major Hartog beziffert die Zahl der Arbeiter in den A-Betrieben, die bevorrechtigt ernährt werden müssen, auf 160 000. Die Zahlen werden jeweils von den Werken gemeldet und werden dann an die Kreislandwirte weitergegeben.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r weist zum Schluß darauf hin, daß von der Verordnungssperre, die er bis Ende Juli verfügt habe, in erster Linie solche Verordnungen betroffen werden, durch die die Kreishauptleute und Distriktschefs eine Mehrbelastung erfahren würden. Neben diesen Verordnungen gebe es eine Reihe von anderen Verordnungen, die nur für die Spezialbehörden von Interesse seien und für diese Art von Verordnungen bestehe auch eine Ausnahme von der allgemeinen Verordnungssperre. Die Verordnungssperre gehe zurück auf einen Wunsch der Kreishauptmannschaften und Distrikte, daß ihnen endlich einmal zur Aufarbeitung des vorhandenen legislatorischen Materials Gelegenheit gegeben werden möchte. Es würde sich

empfehlen,

empfehlen, wenn die Abteilungsleiter an Ort und Stelle, nämlich bei den Kreisen oder auch bei den Gemeinden, sich überzeugen würden, wie demnun eigentlich praktisch die Verwirklichung ihrer Verordnungen aussehe. Man darf nicht in den Fehler verfallen, zu glauben, daß schon etwas geschehen sei, wenn man eine neue Verordnung erlasse. Eine Fülle von Verordnungen sei überhaupt nicht praktisch geworden, weil die Außenstellen nicht in der Lage waren, sie durchzuführen. Die Schuld hieran trage nicht allein der Generalgouverneur, sondern auch von den Distriktschefs und von den Kreishauptleuten und von anderen Dienststellen sei eine Fülle von Verordnungen und Anordnungen erlassen worden. Es wäre zweckmäßig, wenn die Distriktschefs und Kreishauptmänner einmal ihren eigenen Verordnungsapparat daraufhin untersuchen würden, was unbedingt aufrechterhalten werden muß und was beseitigt werden kann. Auf diese Weise könne man zu einer Bereinigung des ganzen Verordnungsmaterials kommen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r hebt in diesem Zusammenhang die Bedeutung des kürzlich erschienenen Werkes von Oberlandesgerichtsrat Dr.Weh „Das Recht des Generalgouvernements" hervor und bezeichnet es als erfreulich, daß heute schon die Möglichkeit bestanden habe, ein solches Werk zusammenzustellen.

Schluß der Sitzung 12^{15}.

Abteilungsleitersitzung am 12. Juli 1940

Abteilungsleitersitzung am Freitag, dem 12. Juli 1940, 11^{20} im großen Sitzungssaal der Bergakademie.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r eröffnet die Abteilungsleitersitzung mit folgender Ansprache:

Meine Herren! Ich habe am 8.Juli eine mehrstündige Besprechung beim Führer gehabt und habe bei dieser Gelegenheit dem Führer eingehend berichtet über die Entwicklung des Generalgouvernements und über die politischen, sozialen und sonstigen Probleme, die uns bewegen. Ich habe dabei das vollste Verständnis des Führers für unser Land gefunden und ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß der Führer mir persönlich und damit Ihnen allen seine Anerkennung für die Arbeit, die hier geleistet wurde, zum Ausdruck gebracht hat. Der Führer hat alle meine Vorschläge für die weitere Formung des Gebietes angenommen und sofort in die Tat umgesetzt. Er hat am 8.Juli eine Verfügung dahingehend getroffen, daß mit sofortiger Wirkung der Zusatz „für die besetzten polnischen Gebiete" wegfällt. Die Bezeichnung für unser Gebiet wird künftig lauten: „Das Deutsche Generalgouvernement Polen" oder „Das Generalgouvernement". Die Bevölkerung hier wird bezeichnet als „die Bevölkerung des Generalgouvernements". Daß es sich hierbei nicht nur um eine Umformung des Titels handelt, geht daraus hervor, daß der Führer sagt: die neue Bezeichnung soll zum Ausdruck bringen, daß das Generalgouvernement ein wesentlicher Bestandteil des Deutschen Reiches ist und für alle Zukunft bleiben wird.

Der Führer hat mir gesagt, daß er keinen Quadratkilometer dieses Gebietes hergeben wird. Diese Entscheidung ist von ungeheurer Bedeutung, denn sie ist sozusagen die Bestätigung der vielmonatigen Gemeinschaftsarbeit, die wir hier als Sendboten des Dritten Reiches geleistet haben im steten Hinblick auf die Geeignetmachung dieses Gebietes zum Eintritt in das Reich. Daß selbstverständlich durch diese Umformung an dem Aufbau des Generalgouvernements verwaltungsmäßig, organisatorisch und führungsmäßig nichts geändert wird, ist klar. Ebenso ist einleuchtend,

daß

184

daß die volle Autorität in diesem Gebiet ausschließlich beim Generalgouverneur liegt und daß keinerlei Reichszentralstellen hier unmittelbar hineinzuregieren vermögen.

Der Führer hat mir weiterhin bestätigt, daß das Gebiet eine Einheit bleibt und daß Krakau auch in Zukunft die Hauptstadt des Generalgouvernements bleiben wird. Für die Stadt Warschau hat der Führer bestimmt, daß ein Wiederaufbau der Stadt Warschau als polnische Metropole in keiner Weise in Frage kommt. Der Führer wünscht, daß im Zusammenhang mit der Gesamtentwicklung die Stadt Warschau auf den Rang einer Provinzstadt herabsinkt.

Außerordentlich beachtlich ist, daß der Führer mir eine großzügigste Repräsentation des deutschen Weltreichs zur Pflicht und Aufgabe macht. Er hat mir ausdrücklich bestätigt, daß alle Maßnahmen, die den Mitarbeitern des Generalgouverneurs und den Beamten und Angestellten eine derartige Repräsentation ermöglichen sollen, gebilligt werden. Ich werde nunmehr hoffentlich im Stande sein, durch den allmählichen Aufbau einer eigenen Ostzulage endlich dieses Problem so zu klären, daß wir für die Zukunft mit einem Zuzug der wertvollsten Kräfte rechnen können. Man kann nicht nur immer Idealismus verlangen, jeder Beamte und Angestellte muß für sich und seine Familie auch in materieller Hinsicht besorgt sein. Man kann es einem Beamten nicht verübeln und es nicht als Minderung des Beamtenbewußtseins ansehen, wenn ein Beamter bei der Prüfung der Frage, in welcher Dienststelle er sich betätigen will, auch diesen Gesichtspunkt in Betracht zieht. Es geht nicht an, zu sagen, daß der Beamte seine Pflicht tut ohne Rücksicht auf irgendwelche finanziellen Erwägungen. Das klingt sehr gut, läßt sich gut argumentieren und mit idealistischen Floskeln versehen, wird aber praktisch vollkommen wirkungslos sein. Das Interesse des Führers an der Burg, sein Interesse am Ausbau unserer Dienstgebäude und am Ausbau der Gemeinschaftshäuser in den Distriktshauptstädten war mir ein sicherer Hinweis dafür, wie sehr der Führer wünscht, daß entsprechend der großzügigen Art des entstehenden deutschen Weltreichs auch eine großzügige Behandlung dieser Frage einzusetzen hat.

Sehr

Sehr interessierten den Führer unsere kulturellen Vorhaben. Ich mußte Bericht erstatten über die Theaterpläne. Über die Burg sagte der Führer, daß er sie als stolzes Gegenstück zum Straßburger Münster ansieht und daß von Straßburg über Nürnberg und Prag nach Krakau eine großartige Linie deutscher Kulturbewußtheit und deutschen Machtausdruckes sich zieht.

Der Führer hat sich besonders anerkennend darüber ausgesprochen, daß es geglückt ist, das polnische Volk ruhig zu halten. Wenn man bedenkt wie wenig Kräfte wir im Lande hatten, um dieses Ziel zu erreichen, so kann ich nicht umhin, Ihnen, meine Herren, von der Anerkennung des Führers den Ihnen gebührenden Teil zu übermitteln. Wir können stolz darauf sein, daß der Führer uns diese Anerkennung zuteil werden ließ. Ich konnte daraus erkennen, wie sehr der Führer die Schwierigkeiten kennt.

Nun sind wir aber nicht so, daß wir auf solchen Lorbeeren und Anerkennungen ausruhen. Ich muß heute erneut als Mentor an Sie herantreten und Sie bitten, so wie bisher und vielleicht noch intensiver sich darüber klar zu werden, daß wir hier nicht zusammengekommen sind, zu einer vorübergehenden kriegsmäßigen Nebenbeschäftigung, sondern daß in kürzer Zeit an jeden einzelnen von Ihnen meine Frage herantreten wird, für welche Berufung innerhalb der amtlichen Laufbahn er sich zu entscheiden gedenkt; denn in engstem Zusammenhang mit der Neugestaltung des Gebietes des Generalgouvernements steht nunmehr der Ausbau einer eigenen Planstellenordnung. Ich habe gestern Herrn Staatssekretär Dr.Bühler, den Leiter der Abteilung Finanzen und den Leiter der Abteilung Innere Verwaltung beauftragt, eine erste schematische Skizzierung eines solchen Planstellenaufbaues für das Generalgouvernement in Angriff zu nehmen.

Im Zusammenhang mit dieser Schaffung eines Planstellenaufbaues steht eine Sofortmaßnahme, die ich getroffen habe. Ich werde künftig in großzügigster Weise gestatten, daß die Familien der Beamten hier im Generalgouvernement ansässig gemacht werden können. Ich möchte Sie bitten, daß Sie sich in Ihren Dienstbereichen die Genehmigung in jedem einzelnen Falle so vorbehalten, daß aus dieser Maßnahme nicht eine Gefährdung des Aufbaues hier im General-

180

gouvernement entsteht, aber ich möchte grundsätzlich sagen, daß wir durch diese Auflockerung unseren Beamten und Angestellten und Arbeitern allmählich das Gefühl der sicheren Lebensführung im Generalgouvernement vermitteln wollen.

Die Wehrmacht hat entsprechend der Entwicklung auch eine Umformung vorgenommen. Nach einer Mitteilung des Herrn Generalobersten von Brauchitsch an mich ist die Dienststelle „Oberbefehlshaber Ost" weggefallen. Es gibt mit sofortiger Wirkung im Generalgouvernement nur noch die Dienststelle des Militärbefehlshabers im Generalgouvernement. Es bedeutet das bereits eine Annäherung der Funktionen der Wehrmacht im Generalgouvernement an eine Art Dauerbetrieb. Völlig unabhängig davon vollzieht sich die mit der politischen Lage zusammenhängende Eingruppierung frischer Truppen im Generalgouvernement. Die neuen Divisionen, die hier einrücken, unterstehen nicht dem Militärbefehlshaber im Generalgouvernement, sondern dem General Küchler der seinen Sitz in Bromberg hat und ihn später in Litzmannstadt haben wird, und dem die gesamten Truppen der Ostfront von Memel bis zu den Karpathen unterstehen, allerdings nur in taktisch-kriegsführungsmäßiger Beziehung.

Sehr wichtig ist auch die Entscheidung des Führers, die er auf meinen Antrag gefällt hat, daß keine Judentransporte ins Generalgouvernement mehr stattfinden. Allgemein politisch möchte ich dazu sagen, daß geplant ist, die ganze Judensippschaft im Deutschen Reich, im Generalgouvernement und im Protektorat in denkbar kürzester Zeit nach Friedensschluß in eine afrikanische oder amerikanische Kolonie zu transportieren. Man denkt an Madagaskar, das zu diesem Zweck von Frankreich abgetreten werden soll. Hier wird auf einer Fläche von 500 000 km^2 reichlich Gelände für ein paar Millionen Juden sein. Ich habe mich bemüht, auch die Juden des Generalgouvernements dieses Vorteils teilhaftig werden zu lassen, sich auf neuem Boden ein neues Leben aufzubauen. Das wurde akzeptiert, sodaß in absehbarer Zeit auch hier eine kolossale Entlastung gegeben sein wird.

Wenn ich vorhin sagte, daß der Führer es besonders anerkannte, daß die Ruhe unter der polnischen Bevölkerung aufrechterhalten

wurde,

wurde, so möchte ich darauf hinweisen, daß die Schwierigkeiten, die da und dort im Protektorat aufgetreten sind und die wir jetzt teilweise auch in den West- und Nordgebieten sehen, wo die Bevölkerung teilweise zu drastischen Demonstrationen schreitet, darauf zurückzuführen sind, daß dort der Regierungsapparat nicht bis nach unten in der Hand einer entschiedenen deutschen Verwaltungsführung ist, sondern daß dort nur ein oberstes Gremium über dem an sich erhaltenen Unterbau der heimischen Verwaltung steht, dem natürlich diese unmittelbare Eindruckskraft und Durchsetzung nicht in gleichem Maße zur Verfügung stent, wie das bei uns der Fall ist. Ich darf Ihnen sagen, daß der Führer das Verhalten unserer Verwaltung gegenüber den Polen billigt und daß er vor allem auch die außerordentlichen Befriedungsmaßnahmen in vollem Umfange genehmigte.

Die Lage des Generalgouvernements, allgemein politisch gesehen, ist in letzter Zeit sehr interessant geworden. Wir hatten uns - aus dem stillen Winterschlaf, der uns die traumhafte Ruhe eines befriedeten Gebietes gab, erwachend - plötzlich im Strudel weltpolitischer Ereignisse gesehen. Wir haben aus vielen Quellen die Nachricht bekommen, daß eine weit verbreitete Stimmungsmache hier im Land spürbar sei", die etwa so lautete: „Um sich die Freundschaft Sowjetrußlands zu erhalten, wird der Führer zu weiteren Opfern schreiten müssen. Er wird, nachdem er nunmehr schon Rumänien hat opfern müssen, auch vom Generalgouvernement ein entscheidendes Stück an Rußland abtreten müssen". Man brachte das in Zusammenhang mit der Entwicklung der Ostseepolitik der Sowjetunion in Litauen, Lettland und Estland. Diese Stimmungsmache hat zu einer deutlich wahrnehmbaren Beunruhigung der Bevölkerung geführt, die sich in der Ostzone in einem starken Abzug der Bevölkerung äußert. Es war daher notwendig, in intensivster Weise dagegen einzuschreiten. Ich werde morgen in Przemysl an der sowjetrussischen Grenze in einem stark demonstrativ aufgemachten Staatsakt die Stadt Deutsch-Przemysl feierlich gründen und bei dieser Gelegenheit im Namen des Führers eine Erklärung über die Lage dieses Gebietes und über die Befriedung und die totale Sicherheit der Entwicklung unseres Verhältnisses zur Sowjetunion abgeben. Im übrigen wird zur Verstärkung dieser Beziehungen zur Sowjetunion gerade über das Gebiet des Generalgouvernements eine Reihe von Verbindungs-

strecken zwischen Sowjetunion und Deutschland ausgebaut. Auf dem Gebiete des Bahnverkehrs, des Telefon- und Telegrafenverkehrs werden entscheidende Verbindungslinien durch das Generalgouvernement ausgebaut. Die Bevölkerung des Generalgouvernements stand deutlich unter dem Eindruck der Angst, daß an die Stelle des deutschen Regimes das sowjetrussische treten könnte. Insofern wirkte sich diese Propagandawelle für uns aus, denn bei der Wahl unter den verschiedenen Formen autoritärer Regime wird zweifellos die polnische Erfahrung das deutsche Muster dem sowjetrussischen vorziehen.

Wir werden in diesem Zusammenhang auch eine autoritäte Machtquelle in Richtung gegen die Slowakei spürbar machen. Die Slowakei muß von uns in stärkstem Maße beeinflußt werden. Es ist notwendig, daß wir dort der Gefahr einer zu starken Selbständigkeits-Neignung begegnen und erklären, daß wir auf keinen Fall auf unseren Einfluß in diesem Raum verzichten. Eine entsprechende Erklärung haben auch die Ungarn zur Kenntnis genommen und in Rumänien geht die Entwicklung völlig konform. Diesen Gesamtblock des östlich - südöstlichen Einflußbereichs wird der Führer niemals mehr aus der Hand geben..Es ist klar, daß demnach in weitestem Sinne Polen, Slowaken, Tschechen, Ungarn und Rumänen unter eine irgendwie geartete, stärker oder schwächer zum Ausdruck gebrachte, aber doch total und entscheidend vorhandene deutsche Vorherrschaft gekommen sind. Es ist für uns wichtig, daß auch das Generalgouvernement durch den Ausbau von Handels und Wirtschaftsbeziehungen dazu beiträgt, das Gemeinschaftsgefüge dieses Machtblokkes des Deutschen Reiches zu fördern.

Inwiefern die Entwicklung des Generalgouvernements zum Reich hin schon in absehbarer Zeit zu weiteren Umformungen führen wird, steht dahin. Der Führer hat mir hier völlig freie Hand gelassen. Ich habe dem Führer erklärt, daß es mein nächstes Ziel sein wird, daß ich mit dem Reich zu einer Zoll- und Wirtschaftsunion kommen könnte. Es dürfte das unter Umständen eine kolossale Bedeutung für uns haben. Bedenken Sie, welch gigantische Aufbauarbeit im Deutschen Reich nach Schluß des Krieges vor sich gehen wird, welch ungeheures Hineinströmen von neuen Wirtschaftsexpansionistischen Möglichkeiten aus den neuen Kolonialreichen stattfinden

189

wird und welche Möglichkeiten sich aus dem Hineinströmen von Kontributionen usw. ergeben werden. Es ist klar, daß wir im Generalgouvernement im Interesse des deutschen Reiches und seiner Wirtschaft das Gebiet des Generalgouvernements an seiner Entwicklung unbedingt teilnehmen lassen müssen. Es wäre ein Nachteil sowohl für das Reich wie für das Generalgouvernement, auf die Dauer hier zwischen 2 Reichsgebieten eine künstliche Zoll- und Wirtschaftsgrenze aufrechtzuerhalten. Der Wegfall dieser Zoll- und Wirtschaftsgrenze wird aber dann noch nicht bedeuten den Wegfall der technischen Verwaltungs- und Führungsgrenze, die noch auf weite Sicht bestehen bleiben wird, nämlich solange als durch die zahlenmäßige Übermacht des Polentums die völlig autoritäre Führung in diesem Gebiet notwendig ist. Im übrigen kann ich gerade zu dieser Frage die Feststellung treffen, daß bei meinen Besprechungen in Berlin sowohl beim Reichswirtschaftsminister wie beim Reichsfinanzminister, bei der Treuhandstelle Ost und bei allen Dienststellen des Generalfeldmarschalls und auch bei allen Stellen der Partei und der Polizei, im Auswärtigen Amt usw. überall deutlich spürbar das Ansehen des Generalgouvernements sich zeigte und daß man überall gewillt ist, die Probleme, die sich aus der Entwicklung der letzten Monate ergeben haben, zu lösen und in wohlverstandenem Gemeinschaftsinteresse einer gedeihlichen Weiterentwicklung für beide Teile zuzuführen.

Einen allzu großen Abgang von Beamten und Angestellten in die neu erworbenen Gebiete im Westen und Norden haben wir vorerst nicht verspürt. Immerhin ist, wenn die Lebensverhältnisse für unsere Beamten und Angestellten im Generalgouvernement nicht wesentlich gebessert werden können, in zunehmendem Maße mit einer Steigerung der Sehnsucht zu rechnen, das Gebiet des Generalgouvernements mit nützlicheren, wertvolleren und vielleicht einträglicheren Gebieten zu vertauschen. Um dieser Entwicklung zu steuern, war es notwendig, daß ich jetzt beim Führer diese Umformung des Generalgouvernements aus einem besetzten Gebiet in ein stabiles Reichsgebiet durchgesetzt habe. Ich darf Sie bitten, von diesem Umstand amtlich den Ihnen unterstehenden Behörden und Behördenleitern vertraulich Kenntnis zu geben. Ich wünsche, daß jeder Beamte und Angestellte des Generalgouvernements von dieser Entscheidung des Führers Kenntnis erlangt und daraus auch die Möglichkeit

190

seiner eigenen Schicksalsgestaltung in stabilerem Rahmen erkennt.

Im allgemeinen bin ich mit dem Verhalten unserer Beamten und Angestellten zufrieden. Die Schwierigkeiten der Lebensführung und das manchmal recht beengte gesellschaftliche Dasein hat begleiflicherweise die Gefahr von Cliquenbildungen usw. mit sich gebracht. Es ist für mich notwendig, hier für eine gegenseitige Auflockerung zu sorgen und ich darf Sie bitten, mir zu helfen. Der Sportbetrieb hat überall rege eingesetzt. Ich glaube, daß bei einer Entwicklung auch des gesellschaftlichen Lebens durch den Ausbau von Gaststätten, Clubhäusern, Beamtenheimen usw. die Möglichkeit einer Intensivierung des Wohlgefühls im Generalgouvernement gegeben sein wird.

Immer noch macht sich das Anziehen der Preise in verschiedenen Gebieten bemerkbar, was wohl mit der Mangellage in weiten Bereichen zusammenhängt. Die neue Ernte wird voraussichtlich eine erträgliche Mittelernte werden und uns endlich das Fundament für den vielfach erörterten Generalwirtschaftsplan geben. Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht versäumen, Sie zu bitten, die Frage des dienstlichen und außerdienstlichen Wohlbehagens Ihrer Beamten sich besonders angelegen sein zu lassen. Kümmern Sie sich selbst darum, wie Ihre Beamten und Angestellten leben, wie sie wohnen und wie sie verpflegt werden. Überlassen Sie diese Sorge nicht ausschließlich den Distriktschefs, die ohnedies alle Hände voll zu tun haben! Es ist auch unerläßlich notwendig, daß Sie den engsten persönlichen Kontakt mit den Außendienststellen halten und daß Sie auch die Sonntage und solche Zeiten, wo Sie frei sind dazu verwenden, um in das Land zu fahren. Selbstverständlich begreife ich Ihre Sehnsucht, in jeder freien Minute ins Reich zu fahren, ich muß Sie aber in zunehmendem Maße bitten, nach Hereinholung Ihrer Familien sich hier um dieses Land zu kümmern, denn dieses Land ist uns anvertraut. Sie können sich nicht allein auf die Ihnen unterstellten Dienstellen verlassen.

Das rein disziplinarische Verhalten unserer Beamten, Angestellten und Arbeiter war überraschend gut. Wenn ich mir die wenigen Fälle vergegenwärtige, die in diesem riesigen Bereich und in diesen schwierigen Monaten uns aufgefallen sind, so muß

191

ich gestehen, daß es eigentlich wie ein Wunder erscheinen muß, daß unter so geringen moralischen Verlusten eine so ungeheuere geschichtliche Aufgabe durchgeführt werden konnte.

Wenn ich die Berichte, die an mich kommen durchlese, so sehe ich daraus sofort, wer von den Beamten zum Optimismus und wer zum Pessimismus neigt. Ganz allgemein möchte ich dazu sagen, daß wir einen bestimmten Typ kämpferischer Entschlossenheit unbedingt haben müssen. Müde Naturen werden auf die Dauer bei uns nicht aushalten und unter irgend einem Vorwand wieder in ihre Ressorts zurückkehren. Halten Sie keinen, der weg will. Hier kann nur bleiben, der gern bleibt und der Freude an der schöpferischen Arbeit hat. Mit Leuten, die sich gezwungen fühlen, können wir die Aufgaben nicht meistern. Es ist mir lieber wir stellen fest, daß wir auf einem Gebiet langsamer arbeiten müssen, weil wir im Augenblick nicht genug Leute haben, die dann kommen werden, wenn die Männer zurückkehren, die in dem gegnerischen Feldzug gezeigt haben, daß sie ganze Kerle sind und daß sie mit allen Problemen fertig werden. Das sind die Idealisten, die wir für unsere Aufgaben brauchen.

Der Führer hat mir schließlich auch seine Anerkennung ausgesprochen über die Finanzen des Generalgouvernements, ebenso über die hervorragende Leistung auf dem Gebiet des Verkehrs und des Transportes und über die Ablieferungen an das Reich. Es ist ganz klar, daß die Entwicklung auf finanziellem Gebiet von uns beherrscht wird. Wir können mit ungefähr 6-700 Millionen Zloty Einnahmen rechnen. Wir werden aber etwas mehr Ausgaben haben. Wir können uns im Generalgouvernement nicht den Luxus leisten, einen völlig abgeglichenen Etat zu haben. Wir müssen vielmehr dem schlechten Vorbild des Reiches nacheifern und ein Defizit zu erlangen trachten. Die Ansätze im ersten Jahr sollen keine endgültigen sein, sondern sie sollen nur bedeuten, daß wir hier eine Art Gerippe, ein Schema haben, von dem aus wir in den nächsten Jahren daran gehen können, Abstriche oder Zulagen zu machen. Ich möchte haben, daß noch in der Sommerperiode der Etat einigermaßen fertig wird. Wir müssen eine überschaubare und saubere Finanzgebarung haben und auch hier bitte ich um Ihre Mitarbeit.

Damit

192

Damit habe ich im Wesen das gesagt, worüber ich heute sprechen wollte. Wir stehen vor neuen und schweren Aufgaben und ich darf Sie bitten, mir zu helfen, wie das auch bisher der Fall war. Ich verlasse mich auf Sie, wie der Führer auf uns alle sich verläßt.

Ministerialdirigent Dr.Emmerich legt die Grundzüge der künftigen Gestaltung der Wirtschaftspolitik im Generalgouvernement dar.

Bei der Betrachtung der hierauf bezüglichen Probleme müsse man von der Tatsache ausgehen, daß das Generalgouvernement eine selbständige, geschlossene Volkswirtschaft besitze. Es bestehe eine Zollgrenze gegenüber dem Reich. Die daraus sich ergebende wirtschaftliche Isolierung werde in gewissem Grad für absehbare Zeit aufrechterhalten werden müssen und zwar aus dem Grund, weil zwischen Reich und Generalgouvernement ein so großer Niveauunterschied bestehe, daß ein sofortiges Hochschleusen der primitiven polnischen Bevölkerung auf das im Reich herrschende Niveau zu schweren Störungen führen würde. Durch planvolle Aufbauarbeit lasse sich dieser Niveauunterschied allmählich verringern und am Schluß dieser Entwicklung sei dann ein völliges Wegräumen der wirtschaftlichen Grenzen möglich.

Die Volkswirtschaft des Generalgouvernements stelle eine Rumpfvolkswirtschaft dar, die in ihren Problemen verglichen werden könne mit der Rumpfvolkswirtschaft Ungarns. Wesentliche Gebiete, die einen Bestandteil des Wirtschaftskörpers darstellten, sind weggefallen. Aufgabe der Wirtschaftspolitik müsse es nun sein, die Volkswirtschaft in dem Restgebiet in ein leidliches Gleichgewicht zu bringen. Hierbei sei davon auszugehen, daß es sich beim Generalgouvernement um ein Agrargebiet handle, das nicht in dem Maße auf Veredlungswirtschaft abgestellt sei, daß das, was auf dem gewerblichen Sektor hereinkomme, bezahlt werden könnte. Es ergebe sich zwangsläufig die Notwendigkeit, auf dem agrarischen Unterbau ein industrielles Stockwerk von nicht unerheblicher Breite aufzurichten und die agrarische und gewerbliche Wirtschaft in ein richtiges Verhältnis zu einander zu bringen. Allerdings müsse dabei

der

193

der Gefahr entgegengetreten werden, daß überspitzte Autarkietendenzen mit all ihren schädlichen Folgen die Oberhand bekommen.

Der Reichtum des Generalgouvernements bestehe nicht in seinen Bodenschätzen, sondern in dem reichlichen Vorhandensein von Arbeitskräften. Diese Arbeitskräfte richtig einzusetzen, müsse ein wesentliches Ziel der Wirtschaftsführung sein. Die Lebenshaltungskosten im Generalgouvernement müßten solange niedrig gehalten werden, bis eine natürliche Entwicklung eine Steigerung des Lebensniveaus ermögliche.

Die Wirtschaft des Generalgouvernements, die eine Ergänzungsvolkswirtschaft zum Reich darstelle, sei in ihrem Verhältnis zum Reich naturgemäß weitgehend bestimmt durch das politische Verhältnis zum Reich. Man könnte sich vom wirtschaftlichen Standpunkt aus vorstellen, daß eine Art Dominionverhältnis geschaffen wird, ein Typ der europäischen Kolonie mit eigener Verwaltung, aber unter vollständiger Abstellung auf die Wirtschaft des Mutterlandes. Das könnte praktisch dadurch seinen Ausdruck finden, daß unter Aufrechterhaltung der Zollgrenzen dem Reich weitgehende Präferenzzölle eingeräumt werden, wodurch bewirkt würde, daß 80% des Außenhandels des Generalgouvernements Handel mit dem Reich wäre. Ein vernünftiges Verhältnis des Güteraustausches zwischen Generalgouvernement und Reich werde nur durch eine bis ins einzelne gehende Planung zu erreichen sein.

Mit der Frage der wirtschaftlichen Gestaltung des Generalgouvernements sei eng verbunden die weitere Frage, welche Rolle der Deutsche in der Volkswirtschaft dieses Gebietes zu spielen habe. Das Problem der wirtschaftlichen Durchdringung sei nur zu lösen durch den Aufbau einer deutschen wirtschaftlichen Oberschicht. Die wirtschaftlichen Schlüsselstellungen im Generalgouvernement müßten von Deutschen besetzt werden und es müsse eine systematische kommerzielle Wanderung vom Reich ins Generalgouvernement organisiert werden. Die daraus sich ergebende deutsche Oberschicht sei geeignet, die Verwaltung der Wirtschaft zu führen und das Rückgrat zu bilden für eine wirtschaftliche Selbstverwaltung in diesem Land, deren Aufgabe es sein müsse, ein Gegengewicht darzustellen gegen das Überhandnehmen des Bürokratismus.

Freilich

Freilich dürfe diese wirtschaftliche Selbstverwaltung im Generalgouvernement nicht einen Abklatsch dessen darstellen, was man im Reich habe, sondern sie müsse sich spezifisch ausrichten nach den besonderen Voraussetzungen, die hier gegeben sind. Es würde sich empfehlen, in den einzelnen Distrikten je eine Distriktskammer zu schaffen, die die sämtlichen Gruppen der Selbstverwaltung in sich berge und von einem Staatskommissar geleitet werde. Über den 4 Distriktskammern stehe eine Oberkammer oder Zentralkammern, die sich aus leitenden Persönlichkeiten der Distriktskammern zusammensetze. Die Zentralkammer sei als beratendes Organ des Generalgouverneurs gedacht.

Präsident Bauder berichtet über die in den letzten Tagen stattgefundene Besprechung mit Vertretern des Reichsverkehrsministeriums über den geplanten Ausbau der Weichsel. Das Reich beteiligige sich nunmehr in weitestem Umfang an der Durchführung dieses ungeheuren Projektes. Der Ausbau der Weichsel sei vom politischen volkswirtschaftlichen und verkehrstechnischen Standpunkt eines der allerwichtigsten Probleme. Ein Vergleich mit dem in weitestem Maße ausgebauten französischen Kanalnetz zeige, wie viel es auf diesem Gebiet hier noch zu tun gebe. Die Arbeiten seien nun bereits aufgenommen, nur sei leider in der Anlieferung des Materials eine Stockung eingetreten.

Präsident Gerteis verweist darauf, daß es sich dabei nur um eine vorübergehende, durch die augenblicklichen Truppentransporte und den Mangelan Lokomotiven bedingte Erscheinung handle.

Landesbauernführer Körner teilt mit, daß alle Maßnahmen zur Erfassung der bevorstehenden Ernte getroffen seien. Den Distrikten, Kreishauptmannschaften und Gemeinden sei das Lieferungssoll bereits bekanntgegeben. Den Kreishauptleuten sei zur Pflicht gemacht, die Ablieferungen der einzelnen Gemeinden nachzuprüfen. Bei erfolgter Ablieferung werden Ablieferungsbescheinigungen ausgegeben, auf Grund der dann die von der landwirtschaftlichen Bevölkerung benötigten Waren - Textilien, Petroleum, Tabak, Trankbranntwein usw. - zur Ausgabe gelangen. Von den genannten Waren

seien

seien erhebliche Mengen für diesen Zweck zur Verfügung gestellt worden.

Der vorhandene Lagerraum sei in großzügiger Weise erfaßt. An alle im Generalgouvernement liegenden Truppenteile müsse strikte Anweisung ergehen, sich jeglichen Zugriffes auf die Lagerräume und die Getreidevorräte zu enthalten. Die Erfassung der Ernte sei in den Monaten August bis Dezember das Hauptproblem des Generalgouvernements. Darauf müßten alle Dienststellen des Generalgouvernements erneut hingewiesen werden.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r tritt der Auffassung des Landesbauernführers, daß die Erfassung der Ernte das Kernproblem des Generalgouvernements sei, bei und fordert alle Abteilungsleiter auf, den Arbeiten des Landesbauernführers und seiner Dienststellen alle nur erdenkliche Hilfe zuteil werden zu lassen. Selbstverständlich müsse sich auch die Wehrmacht in die gegebenen Notwendigkeiten einfügen.

Oberregierungsrat Dr.Schulte-Wissermann erläutert die Schwierigkeiten, die einer befriedigenden Regelung der Preisbildungsfrage im Generalgouvernement entgegenstehen. Es könne auf dem Gebiet der Preisregulierung nur mit allmählich fortschreitenden Erfolgen gerechnet werden. Es sei unmöglich, eine Lösung zu finden, die von heute auf morgen die schwierige Frage in Ordnung bringe. Organisationsmäßig sei alles zu einer gedeihlichen Arbeit Erforderliche getan. Voraussetzung für eine solche gedeihliche Arbeit sei ein enges Zusammengehen mit den auf dem Gebiete der Wirtschaft arbeitenden Abteilungen und eine enge Fühlungnahme mit der Polizei, die sich von vornherein in weitestem Umfang den Aufgaben der Preisbildungsstelle gewidmet habe und in ihrer Arbeit nunmehr durch die Zuteilung von Kräften aus dem Reich wirksam unterstützt worden sei.

Bankdirigent Dr.Paersch bezeichnet als dringendstes Problem auf dem Gebiet des Kreditwesens die Frage der Erfassung der Ernte und die Frage der Abschöpfung der auf dem Lande befindlichen entbehrlichen Geldmittel. Durch das Schwinden der Warenvorräte wer-

den erhebliche Geldbeträge freigesetzt - ein Zustand, der in der gesamten Wirtschaft bestehe. Soweit es sich um Wirtschaftsunternehmungen handle, seien Maßnahmen eingeleitet, um das Geld abzuschöpfen und in die Kreditinstitute zu bekommen. Dagegen sei noch offen das Problem der Abschöpfung der Kaufkraft auf dem Lande. Die Landbevölkerung habe aus der Schleichhandelskonjunktur der letzten Monate erheblichen Nutzen gezogen und jetzt falle ihr aus dem Erlös der Ernte wiederum Bargeld an. Um diese sich ansammelnde Kaufkraft absaugen zu können, habe man verschiedene Maßnahmen eingeleitet, wie z.B. vermehrte Eintreibung von Außenständen bei der Landwirtschaft, Vorverlegung von Fälligkeiten usw. Es sei wünschenswert, daß alle Dienststellen des Generalgouvernements dieser Aufgabe der Erfassung der Kaufkraft ihr besonderes Augenmerk zuwenden.

Staatssekretär Dr. Bühler teilt auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs betreffend die Regelung des Sommerurlaubs mit, daß ein Drittel des normalen Urlaubs gestrichen werde, sodaß sich unter Hinzurechnung der Zweimonatsurlaube ein Gesamturlaub von etwa 2 Monaten im Jahr ergebe. Um eine Überbelastung der einzelnen Dienststellen zu vermeiden, sei angeordnet, daß nicht mehr als 3 Wochen Urlaub zusammenhängend einbebracht werden dürfen.

Schluß der Abteilungsleitersitzung um 13^{20}.

Abteilungsleitersitzung am 2. September 194o

Abteilungsleitersitzung am Montag,
dem 2.September 1940.

11[40] Beginn der Sitzung.

Der Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a

Meine Herren! Ich habe Sie heute hier zusammen
außerhalb unseres eigentlichen amtlich-normal
Wirkens Gelegenheit zu nehmen, uns von einem u
sten Mitarbeiter hier im Generalgouvernement i
bei uns üblich gewordenen Weise aufs herzlichst
schieden. Herr Ministerrialrat Siebert, der Sie
seit Beginn der Arbeit des Generalgouvernements
Verwaltung betraut haben, Sie sind zu einer neue
len Aufgabe ausersehen und werden - dessen bin ic
davon bin ich überzeugt - auch auf dem neuen Arbe
Ihren Mann stellen. Meine Herren! wenn ich immer w
laß nehme, bei der Verabschiedung eines unserer Mit
diesen feierlichen Rahmen zu wählen, so vor allem
halb, weil im normalen dienstlichen Leben zwar seh
Gelegenheit ist, Anordnungen zu treffen, dringliche
me zu erörtern und irgendwelche Lösungen kämpferisc
chen, aber so sehr wenig Gelegenheit gegeben ist, d
stung des einzelnen anzuerkennen. Daher muß man sol
Augenblick ergreifen, in welchem jemand aus unserer
scheidet, um dann alles zusammenzufassen, was man
Anerkennung zu geben hat.

Parteigenosse Siebert! Sie sind wie alle and
teilungsleiter in die schwerste Aufgabe hineingest
sen, die die deutsche Verwaltungsgeschichte seit g
Zeit kennt. Es ist ein Ruhmesblatt für alle die Mä
in der Regierung des Generalgouvernements die einz
ßen sachlichen Gebiete betreuen. Leistungen müssen
gesamten Reich auf allen Gebieten, an allen Stelle
vollführt werden. Das aber, was die Aufgaben im Ge
vernement schärfstens von allen anderen Aufgaben i
unterscheidet, ist, daß wir hier, von keiner Tradit
stärkt, etwas vollkommen Neuartiges und Eigenwerti

b

bauen haben. Daher liegt in der Bewährung der Leist
kraft des einzelnen im Generalgouvernement nicht so
die Anwendung eines bereits vorher gesammelten fach
Könnens, sondern insbesondere die Auswirkung einer
len schöpferischen Potenz. Es ist klar, daß gerade
ren Verwaltung hier eine besondere schöpferische Au
stellt war. Als der Führer damals das Generalgouver
gründete, hat er erklärt, daß auch die Innere Verwal
des Generalgouvernements vollkommen auf eigenen Füße
soll. Er hat dem Reichsministerium des Innern die Ei
kung in die Gestaltung des Generalgouvernements von
rein versagt, nicht um dieses Ministerium zu kränken
aus der Notwendigkeit des zeitlichen und weltgeschic
Anlasses heraus. Sie haben, Pg. Siebert, zu unser al
Freude, und wie ich auch wohl sagen kann, unter unse
kameradschaftlichem und menschlichem aufgeschlossenem
ken eine Innere Verwaltung aufgebaut, die sich durch
hen lassen kann. Wir haben ein festes Gefüge im Gene
vernement, wir haben ein Netz von Zuständigkeiten ge
fen. Wir haben durch klare Gliederung der Distrikte,
und Städte eine stolze Fundierung weiterer Ausbaumögl
ten gefunden und was nicht sonst noch alles dazukommt
dieses eigentliche Schema des Verwaltungsorganisatori
hinausgehend, was eben im Rahmen der gesamten Aufgabe
Inneren Verwaltung liegt. In jungen Jahren, Pg. Siebe
waren Sie damit auf einen verantwortungsvollen Poster
stellt. Bevor ich Ihnen meinen Dank abschließend zum
druck bringe, möchte ich Ihnen Ihrem Wunsche gemäß Ge
heit geben, einen Bericht zu erstatten.

Ministerialrat Dr. Siebert gibt hierauf einen um
senden Tätigkeitsbericht über seine Arbeit als Leiter
Abteilung „Innere Verwaltung" (siehe Anlage).

Der Höhere SS- und Polizeiführer Obergruppenführer Krüg

Herr Ministerialrat Dr. Siebert, in Ihrem umfassend
und erschöpfenden Rechenschaftsbericht über Ihre fast ei
jährige Tätigkeit an verantwortungsvoller Stelle im Gene

gouvernement

gouvernement haben Sie auch vornehmlich der Tätigkeit der SS und Polizei Erwähnung getan. In meiner Eigenschaft als Höherer SS- und Polizeiführer darf ich meinen besonderen Dank für die wunderbare und reibungslose Zusammenarbeit, für das große Verständnis zum Ausdruck bringen, das Sie unseren schwierigen und auch sehr schwer zu lösenden Aufgaben entgegengebracht haben. Besonders hervorheben möchte ich hier die so klare, ruhige und sachliche Form, in der Sie, Herr Ministerialrat Dr.Siebert, mit mir, mit meinen Polizeibefehlshabern und Abteilungschefs immer zusammengearbeitet haben. Es war uns jederzeit eine ganz besondere Freude, diese oft nicht leichten Probleme mit Ihnen gemeinsam besprechen und letzten Endes auch lösen zu können. Diesen meinen Dank möchte ich auch auf Ihre Mitarbeiter ausdehen, die unserer Arbeit ebenfalls stets großes Verständnis entgegengebracht haben. Ich wünsche Ihnen, Herr Ministerialrat, für Ihre weitere Tätigkeit die besten Erfolge und darf der Hoffnung Ausdruck geben, daß auch Ihr Nachfolger mit dem gleichen großen Verständnis mit SS- und Polizei zusammenarbeiten werde.

Jawohl <u>Gouverneur Dr.Wächter:</u>

Herr Ministerialrat! Ich habe die Ehre, als Chef der Distriktsverwaltung Krakau und zugleich im Namen der anderen Herren Distriktschefs und Kreishauptmannschaften meines Distrikts von Ihnen heute Abschied zu nehmen. Dieser Abschied fällt uns wirklich schwer. Wir haben Sie, Herr Ministerialrat, in diesem vergangenen 3/4 Jahr nicht nur als Leiter Ihrer so entscheidenden Fachabteilung achten, sondern auch als Kameraden jederzeit schätzen und lieben gelernt. Sie waren uns, die wir nun in diese ganz neuartige Aufgabe und Welt hineingestellt waren, immer ein aufgeschlossener, warmherziger Förderer und Unterstützer, und wir können Ihnen gar nicht genug für Ihre vorbildliche Tätigkeit danken. Sie waren für uns Distriktschefs, die wir alle nicht aus der Verwaltung, nicht aus der Beamtenschaft des Reiches gekommen sind, geradezu ein Vorbild des modernen deutschen Beamten, des deutschen Beamten, der in keiner Weise durch bürokratische Engherzigkeit gehemmt ist, sondern der großzügig, initiativ

und

und im nationalsozialistischen Sinne die Aufgaben der Verwaltung erkennt und aus dieser Erkenntnis auch die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen vermag. Ich hatte ~~sehr~~ oft genug das Glück, Sie immer wieder bei den Arbeitstagungen der Kreishauptleute des Distrikts Krakau begrüßen zu können. Sie haben jeweils in die aktuellen Probleme der Kreishauptmannschaft Einblick genommen und Gelegenheit gehabt, festzustellen, wie sehr Sie mit diesen Arbeiten in jedem einzelnen kleinen Fall vertraut waren und Ihre großen Erfahrungen im Verwaltungsbereich des Generalgouvernements in die Tat umsetzen können.

Herr Ministerialrat Siebert, ich danke Ihnen aus Anlaß Ihres Abschiedes noch besonders für die so aufrichtige Kameradschaft, die Sie uns erwiesen haben. In dieser Zusammenarbeit hat es niemals eine Schwierigkeit gegeben. Wir hatten immer das Gefühl, daß hier der Kamerad zum Kameraden spricht und mit ihm zusammenarbeitet. Im Verhältnis der Distriktverwaltung zu Ihnen war immer das unbedingte Ziel die Durchsetzung der Aufgaben des Generalgouvernements wie derjenigen des Reiches. Ich darf Ihnen also von ganzem Herzen danken und möchte namens der Distriktsverwaltung der Hoffnung Ausdruck geben, daß Sie sich in Ihrer weiteren Tätigkeit recht wohl fühlen mögen. Mögen Sie in Ihrer amtlichen und persönlichen Laufbahn Glück und volle Befriedigung finden.

<u>Herr Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank;</u> Herr Ministerialrat Dr. Siebert, Sie haben uns mit Ihrem zusammenfassenden abschließenden Bericht nochmals in eindrucksvoller Darlegung der Gesamtverhältnisse bewiesen, welche Leistungen Sie vollbracht haben. Es ist nicht unsere Art, Lobeserhebungen ins Ungemessene und Unhemmbare zu steigern. Keiner kann mehr tun, als seine Pflicht erfüllen, als das, was ihm aufgegeben ist. Wir leben ja in einer Zeit, in der die größten Maße klein geworden sind, in einer Periode der Weltgeschichte, in der allmählich aus dem Hintergrund der Nivelliertheit wieder die schöpferischen Giganten aufsteigen, die immer am Beginn einer neuen Weltordnung und eines neuen Glaubens vorhanden waren. In den herrlichen Gestalten unserer germanischen

Weltanschauung

Weltanschauung steht am Beginn der Kampf der Riesen. Es wogt und braust in den weltgeschichtlichen Katastrophen. Wenn der Atem einer Periode und Epoche matt geworden ist, dann wird über ein Meer von Katastrophen hinweg plötzlich eine neue Epoche angekündigt durch das Erscheinen einer neuen Riesenwelt. Daher ist es auch für uns, die wir in eine Aufgabe von seltener Eigenart hineingestellt sind, aber doch mehr als nur ein Bezirk von amtlichen Dienstgewohnheiten; denn wir haben etwas begonnen, was uns der Führer aufgegeben hat, eine Aufgabe, die wir in Gemeinschaftsarbeit lösen sollen.

So geht denn mit Ihnen, Herr Ministerialrat Siebert, nicht nur der Schöpfer der inneren Ordnung des Generalgouvernements, wenn ich so sagen darf, sondern uns verläßt einer der Kampfkameraden aus der ersten Aufbauperiode dieses neuesten Teiles unseres großmächtigen Reiches. Wir haben vom Führer die Aufgabe erhalten, für dieses Reich zu arbeiten, oder für dieses Reich Probleme vorweg zu lösen, wie etwa das Problem der "Inneren Verwaltung", das ja im Reich dringendst nach einer Reform schreit und das ja zweifellos eben in seiner gesamten Struktur zu einer Neuordnung des inneren Aufbaues führen wird. Die Formen der alten Gewaltenteilung zerbrechen ebenso wie die Selbstherrlichkeit einer formalistisch durchdrungenen bürokratischen Welt. Sie fallen dahin, aber das persönliche Element steigt auf und steht im Vordergrund. Das institutionelle Element wird zurückgedrängt. In dieser Zeit prallen die Dinge gewaltig aufeinander: Führung und Verwaltung, Neugestaltung, Neugestaltung aus dem Nichts heraus oder aus dem persönlichen Können einerseits und der Aufrechterhaltung einer wohlgemessenen, ablaufsicheren, geradezu vorausberechenbaren Apparatur der Wohlgefügtheit der Befehlsausgabe. Dieses Problem des Verhältnisses von Führung und Verwaltung ist das Problem des Verhältnisses von politischer Gestaltung und Willensverwirklichung im Dienstbereich. Im Generalgouvernement gilt es nun, Wege zu ganz großen neuen Zielen weiterzugehen. Es ist das erstemal, daß ein solcher Versuch gerade auch auf dem Gebiet der Inneren Verwaltung gemacht wurde, über ein Volk, das nicht unserer Sprache ist, nun diesen Aufbau der Verwaltung und über diese Verwaltung eine

sichere politische Führung aufzubauen. Ihr Name, Herr Ministerialrat Siebert, wird für alle Zeiten mit diesem ersten Versuch eines derartigen neuen Regimes deutscher Prägung über nichtdeutsche Völker verbunden sein.

Wenn ich mich nunmehr von Ihnen als Generalgouverneur verabschiede, entlasse ich Sie im Namen des Führers und des Reiches aus den Ihnen übertragenen Obliegenheiten, Sie waren uns ein vorbildlicher Beamter und ein vorbildlicher, unvergeßlicher Kamerad. Man mag im Leben 3000 Meilen nebeneinander wandern, es kommt einmal die Meile, an der man sich trennen wird. Keinem bleibt das erspart, im dienstlichen Bereich weniger denn anderswo. An Ihre Stelle wird ein anderer treten und an dessen Stelle in Zukunft wieder ein anderer. So geht es jedem von uns.

So mögen Sie denn nun, wenn Sie von uns gehen, als Erinnerung dieses schöne alte Bild eines der stolzesten deutschen Baudenkmäler Krakaus als Zeichen der Anerkennung des Führers und des Reiches für Ihre Leistung mitnehmen. Ich werde Ihnen auch noch mein Bild übergeben, damit Sie auch das Antlitz des Generalgouverneurs für einige Zeit wie ein drohendes Gespenst in den Frieden Bayerns mitnehmen können (große Heiterkeit). Ich glaube ja, daß Sie uns nicht vergessen werden, wie wir Sie nicht vergessen. Mögen Sie in der Zukunft sich des Glückes des persönlichen Aufstieges erfreuen, möge dieser Aufstieg in eine Periode des unhemmbaren weiteren Aufstieges des herrlichen großmächtigen deutschen Reiches fallen, dessen kleine Diener wir sind.

Ich übertrage mit sofortiger Wirkung dem bisherigen Kreishauptmann von Tarnow, dem Parteigenossen Kundt, die kommissarische Leitung der Abteilung Innere Verwaltung und beauftrage Sie, Herrn Stadtrat Lederle, die Dienstgeschäfte in seinem Namen von Herrn Ministerialrat Dr.Siebert zu übernehmen.

Ich verbinde mit dieser Berufung des Parteigenossen Kundt, der in Zukunft für eine andere Verwendung bestimmt ist, den Ausdruck meines Dankes und meiner Anerkennung für

die

die Kreishauptmänner im Generalgouvernement. Ich will durch diese Berufung ~~zum~~ eines Kreishauptmanns zum Ausdruck bringen, daß im Generalgouvernement die Möglichkeit des internen Aufstieges besteht. Bei den Kategorien der Beamten und der tatkräftigen Mitarbeiter des Generalgouvernements soll nicht der Eindruck entstehen, daß jemand, der an einer unteren oder mittleren Stelle steht, nun da zu bleiben hat und die höheren Stellen von auswärts lediglich auf Vorschlag der Berliner Zentralen besetzt werden. Diese innere Aufstiegsmöglichkeit müssen wir allmählich gewähren, und daher ist es für mich eine Freude, den Parteigenossen Kundt kommissarisch mit dieser Aufgabe betrauen zu können, weil ich gerade weiß, daß er als vorbildlicher Kreishauptmann, nach den Berichten des für ihn zuständigen Distriktchefs Wächter hervorragende Arbeit geleistet hat.

Ich schließe die Sitzung.

Schluß der Sitzung 12^{45}.

Abteilungsleitersitzung am 12. September 1940
---

206 12

Abteilungsleitersitzung

am Donnerstag, dem 12.September 1940.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r eröffnet die Abteilungsleitersitzung mit einer Ansprache, in der er unter anderem folgendes ausführt:

Wir können bei allem, was sich nun in entscheidungsvollster Stunde des deutschen Schicksals in diesen Tagen ereignet, glücklich sein, daß der Führer an der Arbeit des Ostens nach wie vor regstes Interesse zeigt. Der schönste Beweis für dieses Interesse liegt in der hohen Auszeichnung, die der Führer dem Generalgouverneur verliehen hat. Wir alle können hier eine Bestätigung dafür sehen, daß sowohl Art wie Erfolg unserer Arbeit beim Führer vollste Billigung und Anerkennung gefunden hat. Ich bin vom Führer ermächtigt, Ihnen, meine Herren, seinen Dank und seine Anerkennung zu übermitteln

Die Schwierigkeiten, die wir hier in diesem Gebiet bei Beginn unserer Arbeit vorgefunden haben, sind weit davon entfernt, heute gelöst zu sein. Fest steht aber die harte Entschlußfreude, sie zu lösen und fest steht auch in weitem Umfang Art und Lösung dieser Aufgaben. Das Generalgouvernement wird nicht mehr als besetztes Gebiet behandelt, sondern als Teil des Deutschen Reiches. Der Führer hat mir, als er diese Entscheidung traf, erklärt, daß er es mir anheimstelle, weitere Anträge bei ihm zu stellen, die der noch weiteren endgültigen Verschmelzung dieses Gebietes mit dem Reich dienen sollen. Ich habe vom Führer volle Freiheit des Termins. Es ist selbstverständlich, daß die Frage der Zollunion oder eines weiteren Zusammenrückens auf dem Gebiete der Währung und der Wirtschaftspolitik vollkommen abhängig ist von der allgemeinen politischen Entwicklung und von den Notwendigkeiten und Möglichkeiten des Reiches.

Ich habe im Zusammenhang damit mit Ermächtigung des Führers das Amt des Generalgouverneurs mit der Bezeichnung „Regierung des Generalgouvernements" versehen. Diese Entscheidung hat zu großen Erörterungen geführt. Alle Befürchtungen, die von besorgten Gemütern in verschiedenen Richtungen geäußert wurden, sind unbegründet. Die Regierung des Ge-

206

neralgouvernements

207

neralgouvernements ist die Regierung des nach Preußen größten geschlossenen Teiles des Deutschen Reiches. Die Bezeichnung Regierung wird daher der wirklichen Bedeutung dieser Dienststelle gerechter als die frühere Bezeichnung „Amt des Generalgouverneurs".

Ich habe mich ferner veranlaßt gesehen, denjenigen Abteilungsleitern, die über einen besonders großen Verwaltungsapparat mit einer entsprechend großen Anzahl von Beamten verfügen, den Titel Abteilungspräsident zu verleihen. Dieser Titel soll eine Anerkennung für die vielfältig gesteigerte Verantwortung darstellen, die diesen Herren Abteilungsleitern auferlegt ist. Die mit dem Titel Abteilungspräsident versehenen Herren erhalten keine höhere Rangstellung gegenüber den anderen Abteilungsleitern, sondern es handelt sich nur um die Verleihung eines persönlichen Titels, etwa so, wie der Distrikt chef für seine Person den Titel Gouverneur verliehen erhielt

Zu dem Rundschreiben, das in den letzten Tagen an Sie ergangen ist und das sich mit Fragen der Umformung der Regierung, der Aufhebung von Abteilungen, mit Stellenbesetzungsgrundsätzen usw. befaßte, möchte ich Ihnen nur sagen, daß alle Schlußfolgerungen, die Sie aus diesem Rundschreiben über Planungen der genannten Art gezogen haben, nicht zutreffen. Ich habe zu den in dem Rundschreiben angeschnittenen Fragenkomplexen noch keine Stellung eingenommen. Es ist nicht meine Absicht, Abteilungen aufzulösen, oder bewährte Einrichtungen, die wir mühselig aufgebaut haben, über Nacht verschwinden zu lassen. Ich bedaure, daß ein solches Rundschreiben ergangen ist und bitte Sie, überzeugt zu sein, daß ich keine Änderungen treffen werde, ohne Sie vorher rechtzeitig um Ihre Stellungnahme zu fragen.

In den kommenden Monaten wird uns eine Fülle von großen Problemen beschäftigen. Wenn ich zunächst von dem deutschen Sektor unserer Aufgabe sprechen will, so steht hier im Vordergrund die Festigung des Zusammenhangs der im Generalgouvernement tätigen Beamten und Angestellten mit der heimischen Verwaltung. Es sind wiederholt Klagen laut geworden darüber, daß Beamte und Angestellte, die hier tätig sind, bei Beförde-

208

rungen von ihrer Heimatdienststelle übergangen wurden, wodurch der Eindruck entstand, als ob die Versetzung ins Generalgouvernement eine wesentliche Schlechterstellung bezüglich der Beförderungsaussichten bedeuten würde. Ein solches Vorgehen würde im Widerspruch stehen mit dem Willen des Führers, da die Berufung in den Ostraum keine Strafversetzung, sondern die Übertragung einer ehrenvollen Aufgabe im Dienste des Reiches bedeutet.

In absehbarer Zeit wird sich im Reich ein ungeheurer Mehrbedarf an Verwaltungsrechtswahrern und vor allem auch an mittleren und gehobenen mittleren Verwaltungsbeamten ergeben. Es ist klar, daß das Generalgouvernement auf die Dauer seinen Bedarf nicht dadurch decken kann, daß es immer nur an das Reich und an die Heimatministerien appelliert. Es ist heute schon nicht mehr möglich, daß solche Ersuchen ohne weiteres befriedigt werden können. Ich trage mich daher mit dem Gedanken, eine Art zusätzliche Beamtenschulung hier im Generalgouvernement zu errichten und zwar sowohl für höhere wie für mittlere und gehobene mittlere Beamte. Ich beauftrage Sie, Herr Staatssekretär, im Benehmen mit der Abteilung Innere Verwaltung und in Verbindung mit Wehrmacht und Partei diese Frage in Angriff zu nehmen.

Was den Stellenplan betrifft, so habe ich ein Gremium gebildet, das sich mit der Ausarbeitung dieses Stellenplanes zu befassen hat. Wenn es in dem Rundschreiben heißt, daß wir uns bei dem Stellenplan des Generalgouvernements in engstem Anschluß an das Reich zu halten haben, so ist das genau das Gegenteil von dem was, was wir machen müssen. Wenn es uns gelingen soll, auf die Dauer hervorragende Beamte herzuziehen, so müssen wir diesen Beamten gewisse Vorteile gegenüber der Heimat zuweisen können. Der hier tätige Beamte muß von hier aus die Möglichkeit haben, sich etwas besser zu stellen, er muß vorwärtskommen. Es muß die Möglichkeit bestehen, daß ein Beamter durch seine Dienste im Generalgouvernement sowohl hier wie in der Heimat aufsteigen kann.

Ein weiteres Problem ist die Fürsorge für die bereits hier befindlichen Beamten, Angestellten und Arbeiter. Ich

freue

freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß dank dem Entgegenkommen der Abteilung Finanzen es möglich geworden ist, noch im Laufe dieses Etatjahres in den Distrikten die Gesamtsumme von 10 Millionen Zloty zusätzlich zur Verfügung zu stellen für den sofortigen Ausbau der Wohngebäude im Generalgouvernement. Davon treffen auf den Distrikt Krakau 4 Millionen und auf die anderen Distrikte je 2 Millionen. Das bedeutet, daß wir jetzt viele Wohnungen vollenden können, die ab sofort den deutschen Beamten und Angestellten zur Verfügung gestellt werden. Ich bitte die Herren Distriktchefs dafür zu sorgen, daß vor allem in den kleineren Städten an den Wohnungsbau herangegangen wird. Im nächsten Jahr wird dann eine um ein Vielfaches höhere Summe zur Verfügung gestellt und das große Wohnungsbauprogramm der deutschen Verwaltung im Generalgouvernement vorbereitet.

Wir haben für die Deutschen im Generalgouvernement aber auch kulturell zu sorgen. Es wurde das Staatstheater eröffnet, in Warschau wird voraussichtlich ein Stadttheater eröffnet werden. Ferner werden wir in Radom und Lublin Theater eröffnen und von Krakau oder Warschau aus bespielen lassen. In Krakau wird eine Kleinkunstbühne errichtet. Die Pflege der Kinoveranstaltungen wird im ganzen Generalgouvernement gefördert. Ich glaube, meine Herren Abteilungsleiter, daß sich jeder von Ihnen seinen Beamten besonders verpflichten würde, wenn er möglichst in geschlossenen Veranstaltungen für seine Betriebe diese Theater besucht. Ich darf Sie hier auf das Beispiel der Deutschen Ostbahn hinweisen. Dem Präsidenten der Abteilung Propaganda gebührt mein besonderer Dank dafür, daß er mit solcher Energie an die Ordnung der kulturellen Aufgaben im Generalgouvernement herangegangen ist. Die Zahl der Deutschen in diesem Raum wird sich in diesem Winter durch das Hereinströmen der Wehrmacht gewaltig vermehren. Wir werden hier in diesem Gebiet in diesem Winter ein Vielfaches der Soldaten haben, die wir im letzten Winter hatten. Das bedeutet für uns eine Verpflichtung; denn nun muß die Wehrmacht sehen, daß die von uns aufgebaute Verwaltung des Generalgouvernements im Stande ist, dem deutschen Soldaten hier eine deutsche Heimstätte mit den Mitteln und

Möglichkeiten zu gewährleisten, die uns hier gegeben sind. Ich darf Sie daher bitten, dafür zu sorgen, daß sich die Wehrmacht überall des Gefühls erfreut, hier bei uns absolut heimisch zu sein. Ich möchte nicht haben, daß wir im Winter Reibungen mit der Wehrmacht haben. Wenn sich in der Vergangenheit manches herausgestellt hat, was nicht angenehm war, so wird sich das in Zukunft vermeiden lassen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r kommt dann auf die in den nächsten Monaten sich vollziehenden großen Ausbauarbeiten für Eisenbahn, Post und Straßen zu sprechen und fährt dann fort: Im Zusammenhang damit steht die Steigerung der Wirtschafts- und Produktionskraft in allen Sparten. Eine besondere Schwierigkeit bereitet hierbei die Tatsache, daß unsere Produktion nach wie vor auf allen Gebieten zu teuer ist. Am Reichsdurchschnitt gemessen leiden wir an einer ungeheuren Übersetzung der Preise. Inwieweit wir das allmählich zurückschrauben können und ob es den Bemühungen aller Faktoren gelingt, zu einer normalen Wirtschaft zu kommen, hängt von sehr vielen Bedingungen ab.

Alles in allem möchte ich diesen Überblick auf den deutschen Sektor damit schließen, daß ich sage: Wenn wir auf unsere vielmonatige Arbeit zurückblicken, können wir einen deutlich wahrnehmbaren Fortschritt auf allen Gebieten der deutschen Arbeit feststellen. Es ist ganz unbestreitbar, daß die Methode, die wir eingeschlagen haben, sich bewährt hat. Daher muß an dieser Methode festgehalten werden, insbesondere an der zentralen Autorität des Generalgouverneurs. Es gibt keine Dienststelle des Reiches, die direkt oder indirekt in dies Gebiet hineinregieren könnte. Befehle erteilt nur der Generalgouverneur in unmittelbarer Vertretung des Führers, sonst niemand. Auf dieser klaren Grundlage wird es uns dann eines Tages möglich sein, am Schluß unserer Arbeit dieses Gebiet dem Führer zu übertragen als ein charaktermäßig vollkommen ausgeglichenes eindeutig funktionierendes Machtgebiet unseres Reiches.

Bei all diesen Arbeiten dürfen wir nicht vergessen, daß wir im Lande eines fremden Volkes stehen. Es wird manch-

mal

mal da und dort schon das Eigenleben der Deutschen isoliert angesehen, sodaß man den Eindruck haben könnte, in irgend einer befriedeten Gegend des Reiches zu leben. Wir haben bisher die Politik der völligen gegenseitigen Trennung zwischen Deutschen und Polen eingehalten. Ich selbst habe mit Polen noch keinen Kontakt aufgenommen und bitte auch Sie, keinen anderen Kurs zu gehen. Wir müssen in dem großen Gefüge der über große Zeiträume hinwegreichenden Struktur des Nationalsozialismus immer daran denken, daß, wenn wir diesen Raum nicht völlig durchdringen, er eines Tages für uns verloren sein wird. Es kann sich hier nur um ein Entweder-Oder handeln. Das Schicksal hat entschieden, daß wir hier die Herren, die Polen aber die uns anvertrauten Schutzunterworfenen sind. Ich bitte Sie, meine Herren, den Empfang von Polen, von Bittdeputationen usw. auf das dienstlich unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Es ist auch nicht möglich, daß wir den Polen den Lebensstandard der Deutschen geben. Es muß ein Unterschied zwischen dem Lebensstandard des Herrenvolkes und dem der Unterworfenen sein. Die Polen müssen die Grenzen ihrer Entwicklungsmöglichkeiten einsehen. Der Führer hat erneut auf meine ausdrückliche Frage entschieden, daß es bei der von uns getroffenen Beschränkung zu bleiben hat. Kein Pole soll über den Rang eines Werkmeisters hinauskommen, kein Pole wird die Möglichkeit erhalten können, an allgemeinen staatlichen Anstalten sich eine höhere Bildung anzueignen. Ich darf Sie bitten, diese klare Linie einzuhalten. Aus vielen Anlässen heraus muß ich mit allem Nachdruck diese ernste Mahnung an Sie richten. Auf der anderen Seite wäre es nun natürlich falsch Macht und Brutalität zu verwechseln. Gerade die Tatsache, daß den Polen jede Entwicklungsmöglichkeit nach oben genommen ist, muß uns veranlassen, uns um die Polen anzunehmen. Wir müssen sie verpflegen, kleiden, ihnen ihr Eigentum sichern und ihnen die Hoffnung lassen, daß, wenn sie brav sind, ihnen nichts geschieht. Die Polen werden in diesem Winter nahrungsmäßig so gestellt, wie sie das nur irgendwie verlangen können. Es ist dank der wirklich hervorragenden Leistung des Landesbauernführers Körner gelungen, ein System aufzubauen, in dem zum ersten Mal durch Verteilung von Lebensmittelkarten der

Bevölkerung der Großstädte im Generalgouvernement die Versorgung mit Lebensmitteln gewährleistet wird. Das ist den Polen im Laufe ihrer ganzen Geschichte noch nicht vorgekommen, daß sich eine Regierung in so klarer, sicherer und anständiger Weise mit den Belangen des Volkes abgegeben hat. Was wir in dieser Beziehung tun, das tun wir aus der ernstesten Verantwortung für dieses Gebiet.

Was die Behandlung der Juden anbelangt, so habe ich genehmigt, daß in Warschau das Ghetto geschlossen wird, vor allem, weil festgestellt ist, daß die Gefahr von den 500 000 Juden so groß ist, daß die Möglichkeit des Herumtreibens dieser Juden unterbunden werden muß. Im übrigen sind die Juden im Generalgouvernement nicht nur immer verlotterte Gestalten, sondern ein notwendiger handwerklicher Teil innerhalb des Gesamtgefüges des polnischen Lebens. Das haben wir nicht gewußt, wir wissen es heute, im Reich weiß man es nicht. Es ist das ein ernster Gesichtspunkt und zeigt, wohin es führt, wenn eine Nation Handlangerdienste gemeinschaftswichtigster Art durch Fremdvölkische erledigen läßt. Von unserem Standpunkt ist die Frage nicht von heute auf morgen zu lösen. Wir können den Polen weder die Tatkraft noch die Fähigkeit beibringen, an Stelle der Juden zu treten. Daher sind wir gezwungen, diese jüdischen Handwerker weiter arbeiten zu lassen.

Uns alle beschäftigt die ukrainische Frage. Wir sind dahinter gekommen, daß nach der Einstellung vieler Ukrainer das Generalgouvernement nur eines der vielen Mittel ist, die vom ewigen Schicksal dazu bestimmt sein sollen, der ukrainischen Nation das großukrainische Reich zurückzuerobern. Dazu können wir uns nicht hergeben. Ich möchte Sie dringend bitten, Ihren Behördenchefs immer wieder klar zu machen, daß die Ukrainer wohl Freunde des Deutschen Volkes, nicht aber Vertraute des Deutschen Volkes sind. Pflegen Sie die besten Beziehungen zu den Ukrainern, halten Sie aber immer die nötige Distanz. Vermeiden Sie es, bei Festansprachen an Ukrainer von der „Großukraine" usw. zu sprechen. Ich möchte Sie auch davor warnen, immer wieder in den ukrainischen Farben flaggen zu lassen, oder bei Aufmärschen die Ukrainer allzusehr als

Repräsentanten

213

Repräsentanten eines eigenen Machtgebietes in Erscheinung treten zu lassen. Die Ukrainer sind Angehörige des Großdeutschen Reiches, soweit sie im großdeutschen Raum wohnen. Sie sind nicht Repräsentanten der Groß-Ukraine auf deutschem Boden. Ich bitte Sie, sich an diese Grundsätze zu halten, bis uns der Führer den Befehl gibt, anders vorzugehen. Wenn der Führer eine Änderung herbeiführt, werde ich Sie rechtzeitig davon verständigen.

In 2 Monaten werden 30000 Volksdeutsche den Distrikt Lublin verlassen haben. Es ist unsere Pflicht, hier in dieser Sitzung diesen Volksdeutschen ehrende Worte zu widmen. Ich möchte mich als Generalgouverneur im Namen des Reiches und des Führers von diesen Volksdeutschen hiermit verabschieden und ihnen danken dafür, daß sie unter schwierigsten Verhältnissen oft durch viele Jahrzehnte in einer Familientradition auf weit vorgeschobenem Posten die Ehre des Deutschen Volkes hochgehalten haben. Unsere besten Wünsche begleiten die scheidenden Volksdeutschen in ihre Heimat. Die nächsten großen Sammeltransporte werden von Tomaszow und Petrikau aus das Generalgouvernement verlassen. Dann werden im ganzen Generalgouvernement, abgesehen von einigen Resten, größere zusammenhängende Siedlungen von Volksdeutschen nicht mehr vorhanden sein. Die zurückbleibenden Volksdeutschen verdienen unsere besondere Fürsorge. Die Situation dieser losgelösten volksdeutschen Familien ist sehr bedrängt. Es ist auch klar, daß das Generalgouvernement und die Distriktchefs einfach nicht alles tun können, was die Volksdeutschen brauchen. Es ist nicht möglich, daß in einer Gemeinde, in der 10000 Polen leben und einige Volksdeutsche, die Waren dieser Volksdeutschen zu anderen Bedingungen abgenommen werden wie die der Polen. So gibt es eine ganze Fülle von Schwierigkeiten, die alle damit zusammenhängen, daß diese Volksdeutschen nach der heutigen Struktur des Generalgouvernements sich auf der unrichtigen Ebene befinden. Die Problematik, die sich aus allen diesen Fragen ergibt, können wir nur dadurch lösen, daß wir die Volksdeutschen in die Führung, in die Verwaltung aufnehmen, oder daß wir sie einladen, das Generalgouvernement zu verlassen.

214

Bevor ich nunmehr einigen Herren Gelegenheit gebe, zu einzelnen Fragen Stellung zu nehmen, möchte ich noch Herrn General Becker von der Ordnungspolizei, der uns verläßt, unser aller Dank zum Ausdruck bringen für seine hervorragende, die Ordnung in diesem Gebiet mustergültig gewährleistende Arbeit. Herr General, wir lassen Sie sehr ungern ziehen, obwohl wir wissen, daß dienstliche Höherführung der Grund Ihres Scheidens ist. Wir wünschen Ihnen das Beste!

Anschließend an die Ansprache des Herrn Generalgouverneurs machen die Präsidenten Gerteis, Lauxmann und Bauder vertrauliche Mitteilungen über Einzelheiten des bevorstehenden Ausbaus von Eisenbahn, Post und Straßen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r nimmt die Darlegungen der Präsidenten zum Anlaß, um auf die ungeheure Wichtigkeit der geplanten Arbeiten hinzuweisen. Es müsse alles andere zurückgestellt werden, um den Bauvorhaben unter allen Umständen den Vorrang sicherzustellen. Nötigenfalls würde er, der Generalgouverneur, mit eiserner Strenge durchgreifen. Es dürfe nichts geschehen, was der Erfüllung des Befehls des Führers irgendwie entgegenstehen könnte.

General Becker berichtet über den Stand der Ordnungspolizei im Generalgouvernement. Es sei damit zu rechnen, daß in der Zeit vom 25.September bis 15.Oktober 10 Bataillone herausgezogen und durch neue, aktive Bataillone ersetzt werden. Ab 1.November werde die Gesamtstaerke der Ordnungspolizei im Generalgouvernement 12 Bataillone betragen. Der Einsatz der Ordnungspolizei in letzter Zeit sei auf allen Gebieten der polizeilichen Tätigkeit sehr stark gewesen. Die Einzeldienstkommandos haben sich bewährt. Ihre Hauptaufgabe sei die Preisüberwachung. Was die Gendarmerie betreffe, so seien bis jetzt von 160 Posten 130 eingerichtet; der Rest werde eingerichtet, sobald die Leute da seien. Zu den bereits vorhandenen 40 Funkstationen der Gendarmerie kämen weitere 40 hinzu. Noch sehr im Argen liege die Motorisierung der Gendarmerie. Es sei noch kaum ein Viertel des Bedarfs an Kraftwagen vorhanden, was die Durchdringung des Landes mit Polizei sehr erschwere.

Zu

215

Zu der oft erhobenen Forderung nach Dislozierung der Polizeikräfte, Auflösung der Bataillone und Ersetzung durch Einzeldienstbeamte sei zu sagen, daß es natürlich im Zuge der Entwicklung liegen werde, daß vielleicht das eine oder andere Bataillon verschwinden und dafür der Einzeldienst verstärkt werden wird. Ganz allgemein sei aber der Zeitpunkt hierfür noch nicht gekommen.

Mit der polnischen und ukrainischen Polizei habe man gute Erfahrungen gemacht. Es bestehe der Wunsch, daß die Stadt- und Kreishauptleute die Mittel für den Polizeibedarf sicherstellen. Auch sei die rechtzeitige Gehaltszahlung für polnische und ukrainische Polizei ein dringender Wunsch. Hinsichtlich der Ernährung sei bis jetzt nur der Distrikt Radom den bestehenden Wünschen entgegengekommen, nämlich daß die polnischen Polizeibeamten nach den für die Rüstungsarbeiter geltenden Grundsätzen Lebensmittelkarten bekommen. Es sei jedoch zu hoffen, daß auch in den anderen Distrikten die gleiche Regelung getroffen werde.

Reichsbankdirektor Tetzner berichtet über die Devisenlage und teilt mit, daß irgend welche Bedenken diesbezüglich zur Zeit nicht bestehen. Es sei aber notwendig, daß sich alle Anforderungen hinsichtlich Devisen im Rahmen der erteilten Kontingente halten.

Bankdirigent Dr.Paersch bemerkt, daß Gefahren für die Währung aus der Entwicklung des Handelsverkehrs mit dem Reich nicht zu befürchten seien. In allen Teilen der Bevölkerung des Generalgouvernements habe sich die Überzeugung von der Wertbeständigkeit des Zloty gefestigt. nachdem schon früher den Leuten klar geworden sei, daß der neue Zloty als Tauschmittel und Wertmesser geeignet sei, den alten Zloty zu ersetzen Die Fortsetzung der Preisbildungsmaßnahmen werde dazu beitragen, die Wertschätzung des Zloty in den breiten Schichten der Bevölkerung immer mehr zu steigern.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erwähnt, daß von seiten der Wehrmacht der Wunsch geäußert worden sei,

das

das Umrechnungsverhältnis von Mark zu Zloty abzuändern in 1:3.

Oberregierungsrat Schulte-Wissermann erklärt diesen Wunsch für unerfüllbar, weil er zu einer gefährlichen Verstärkung der Kaufkraft führen würde. Es müßten andere Wege gefunden werden, um den berechtigten Wünschen der Soldaten entgegenzukommen, und zwar durch verbilligte Lieferung bestimmter Artikel.

Ministerialdirigent Dr.Emmerich bezeichnet es als eine Hauptaufgabe der Abteilung Wirtschaft in den vergangenen Monaten, der Ernteerfassungsaktion der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft ihre Unterstützung zu leihen. Es sei mit der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft ein Programm vereinbart worden, wonach für einen Teil des Ertrags der Getreideablieferung gewerbliche Erzeugnisse im Reich bestellt werden. Bei dieser Aktion sei man von dem Gedanken ausgegangen, daß alles darauf ankomme, das Vertrauen der landwirtschaftlichen Bevölkerung in die Währung zu stärken. Der Bauer müsse wissen, daß die Kaufkraft des Zloty heute größer sei als in einigen kritischen Monaten der Vergangenheit. Desgleichen sei es notwendig gewesen, Waren hereinzubringen. Das Problem, die nötigen Waren bereitzustellen, sei nicht leicht zu lösen gewesen. Es mußten zusätzlich Waren aus dem Reich beschafft werden. Heute sei es so weit, daß die erforderliche Menge von Waren bereitstehe. Im wesentlichen handle es sich hierbei um Textilien und um Schuhwerk.

Zur Bewirtschaftungsstelle sei zu sagen, daß sie längere Zeit unter der Dienststelle des Generals Bührmann gearbeitet habe und jetzt, nachdem sie der Abteilung Wirtschaft eingegliedert sei, auf neue Gesichtspunkte ausgerichtet wurde. Die kriegswirtschaftliche Zielsetzung der Bewirtschaftungsstelle sei zu einem gewissen Abschluß gebracht und ihr Interesse ausgerichtet worden auf die Versorgung der Bevölkerung des Generalgouvernements. Die Arbeit der Bewirtschaftungsstelle sei naturgemäß unangenehmer Art, denn sie setze Eingriffe voraus und bringe es mit sich, daß die verteilende Stelle

ständig

217

ständig Anfeindungen ausgesetzt sei.

Präsident Schmidt von der Abteilung Propaganda teilt dann auf Anfrage des Herrn Generalgouverneurs noch einige Einzelheiten über das Programm vom 25./26.Oktober mit.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r schließt die Sitzung mit dem Hinweis darauf, daß die nächste Abteilungsleitersitzung verbunden werde mit dem Staatsakt am 25.Oktober.

Abteilungsleitersitzung am 6. November 1940

219 13

Abteilungsleitersitzung am Mittwoch, dem 6.November 1940
im Regierungsgebäude.

Beginn der Sitzung 19^{05}.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache:

Ich habe Sie zu einer Abteilungsleitersitzung mehr formalen Charakters heute zusammengerufen, weil es mir richtig erschien, daß wir den Beginn des 2. Jahres unserer Gemeinschaftsarbeit im Generalgouvernement durch eine Zusammenkunft dienstlicher Art einleiten. Ich möchte Ihnen in dieser heutigen Sitzung zunächst dafür danken, daß Sie in den ersten 12 Monaten des Generalgouvernements so hervorragend gearbeitet haben. Ich kann nur wiederholen, was jetzt schon so viele Prominente des Reiches gesagt haben, daß wir im Generalgouvernement auf die geschlossene Leistung von uns allen stolz sein können. Wenn da und dort eine Kritik an Maßnahmen oder am Verhalten des einzelnen geübt werden mußte, so sei dies an diesem Tage hiermit feierlich begraben. Ich kann nur wünschen, daß wir in dieses zweite Jahr unserer Arbeit mit echter kameradschaftlicher Gesinnung gehen und ich das Gefühl haben darf, daß wir uns alle zu diesem großen Gemeinschaftswerk vom Führer abgeordnet fühlen.

Grundsätzlich möchte ich dazu noch erklären, daß die Regierung des Generalgouvernements die Repräsentantin der absoluten Einheit, der politischen und verwaltungsmäßigen Einheit des Generalgouvernements darzustellen hat. Der Führer hat durch die grundlegende Verordnung, durch die er dieses Generalgouvernement geschaffen hat, zum Ausdruck gebracht, daß hier sämtliche Willensträger von Reichsaufgaben, die im Reich in Gestalt von Spezialaufträgen in Ministerien erfüllt werden, in einer Zentrale zusammengefaßt sind, und zwar in Gestalt der Regierung des Generalgouvernements. Ich darf auch ausdrücklich feststellen, daß sich an dieser grundsätzlichen Entscheidung des Führers in den vergangenen 12 Monaten nicht das geringste geändert hat.

Ich

220

Ich habe vor 2 Tagen Gelegenheit gehabt, zu einer persönlichen Aussprache vom Führer empfangen zu werden und ihm über das Generalgouvernement Bericht zu erstatten. Ich kann Ihnen, meine Herren, zu meiner und Ihrer großen Freude mitteilen, daß der Führer das Generalgouvernement, seine Verwaltung und Führung in jeder Weise anerkennt und mir dies in schönen Worten zum Ausdruck gebracht hat. Bei dieser Gelegenheit hat er vorgestern unerhört wichtige Entscheidungen im Sinne meines Antrages getroffen. Er hat mir damit manche Sorgen abgenommen, die ich aus diesem ersten Jahr nicht gerne in das zweite Jahr mit hinüber genommen hätte. Das wichtigste, was der Führer mir vorgestern sagte, ist, daß die politische Aufgabe, die er dem Generalgouverneur gestellt hat, allen Aufgaben im Generalgouvernement vorangeht. Das gilt vor allem im Hinblick auf die Klärung der Frage, ob das Generalgouvernement noch als Kriegsgebiet oder als eine für eine große politische Aufgabe bestimmte Domäne anzusehen ist. Es bedeutete mir eine besondere Freude, daß der Führer in meiner Anwesenheit dem Generalmajor Jodel, dem Vertreter des Oberkommandos der Wehrmacht, diese Feststellung ganz prägnant wiederholte. Auch für die Wehrmacht war es notwendig, einmal zu wissen, was denn nun eigentlich das Generalgouvernement darstellen soll. In einer besonderen Spezialfrage, nämlich der Frage der Einsiedlung von Polen ins Generalgouvernement hat der Führer ganz allgemein erklärt, daß der Generalgouverneur als sein Vertreter die politischen Aufgaben hier durchzuführen hat und daß es keine Einwände dagegen von irgend einer Stelle geben kann. Die politischen Aufgaben gehen hier im Generalgouvernement den militärischen Aufgaben voran.

Nach dieser grundsätzlichen Entscheidung des Führers ist es nun für uns wichtig, daß der Führer des weiteren vorgestern ebenfalls entschieden hat: Die gesamte Situation des Generalgouvernements bleibt für eine vorerst überhaupt nicht absehbare Zahl von Jahren unverändert; wir haben weder mit einer Zoll- oder Währungsunion, noch sonst einer Zusammenfassung zu rechnen. Nach der Entscheidung des Führers stellt

das

221.

das Generalgouvernement ein unter schärfster nationalsozialistischer Führung stehendes absolutes Machtgebilde des Deutschen Reiches dar, und zwar unter der ausschließlichen Führung des Generalgouverneurs. Gerade im Sinne dieser Politik des Führers liegt es, daß das Generalgouvernement eine absolute politische und wirtschaftliche Autarkie besitzt.

Als eine der wichtigsten Aufgaben bezeichnete der Führer die Regelung der Nutzbarmachung der Arbeitskräfte des Generalgouvernements im Dienste des Reiches sowohl wie im Dienste des Generalgouvernements selbst. Hier hat er ganz klar die Richtlinien herausgemeißelt, die für dieses System der Arbeit gelten sollen. Der Führer hat betont, daß es selbstverständlich unerläßlich ist, daß diese Arbeit und diese Arbeiter im Reich entsprechend bezahlt werden. In diesem Sinne bestätigte der Führer das, was ich ihm bereits am 2. Oktober dieses Jahres sagen konnte. Ich habe daraufhin festgestellt, daß ein solches System zur Zeit nicht nur nicht besteht, sondern daß wir gerade mit dem Gegenteil dieser Entwicklung zu rechnen haben. Der Führer hat daraufhin erneut bestimmt, daß dieses System auszuarbeiten ist, und zwar so, daß die Arbeitsordnung und Lohnsicherung im Reich mit solchen Tarifen festgestellt wird, die es den Arbeitern des Generalgouvernements ermöglichen, Überschüsse für den Unterhalt der Familie nach dem Generalgouvernement zu schikken.

In diesem Zusammenhang war es auch wichtig, daß der Führer eine Entscheidung in einer Frage traf, die mich in den letzten Wochen mit gewissen turbulenten Unruhemomenten erfüllte, nämlich der Frage der Grenzziehung bei Tomaschow - Petrikau. Ich hatte am 3.November den Besuch des Gauleiters Greiser, den ich darauf aufmerksam machte, daß eine Abtretung dieser Gebiete für uns völlig unmöglich und unerträglich wäre. Nach Darlegung dieser Gesichtspunkte hatte auch Gauleiter Greiser darauf verzichtet, auf die Abtretung dieser Kreise weiter zu bestehen; erhat mit mir gemeinschaftlich einen Brief an den Führer geschrieben, den ich persönlich am Montag dem Führer übergeben konnte. In diesem Brief

bestätigen

222

bestätigen wir beide, daß es an der Westgrenze des Generalgouvernements eine Fülle von Problemen gibt, die, im Süden angefangen, sich bis zu dem Zipfel von Ostpreußen und der Sowjet-Union hinziehen, als da sind die Kohlengruben von Dombrowa, die Grenzfrage bei Tschenstcchau, die Frage hinsichtlich der Stadt Litzmannstadt, die Frage hinsichtlich des Südufers der Weichsel vor Warschau, die Frage der Forsten bei Ostrowiecz usw. Es handelt sich hier um eine Fülle solcher Grenzfragen, die jetzt in einem Augenblick, in welchem alle Kräfte auf ein Ziel ausgerichtet werden müssen, zum mindesten nicht in der Form gestellt werden können, wie sie bei Tomaschow- Petrikau gestellt wurden. Der Führer hat diesem Antrage stattgegeben,und ich kann feststellen, daß diese Frage erledigt ist; Tomaschow und Petrikau bleiben in vollem Umfange beim Generalgouvernement.

Ich habe dem Führer auch über die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Einheit des Gebietes Vortrag gehalten. Wiederum war es der Führer, der mir sagte: Lassen Sie mir um Gottes Willen keine Ressorts hinein. Ich kann Sie, meine Herren, bitten, sich darnach zu richten; denn mit meiner Erklärung, die ich auf Grund der Verfügung des Führers, nach welcher das Generalgouvernement nicht mehr besetztes Gebiet ist, dazu öffentlich abgegeben habe, haben gewisse Berliner Zentralstellen Vorstellungen verknüpft, als ob nunmehr das Generalgouvernement eine Art Reichsstatthalterei geworden wäre. Ich mache darauf aufmerksam, daß ich nun mit der erweiterten Vollmacht des Führers die Einheit der Verwaltung in diesem Gebiet rücksichtslos und restlos ausbauen werde, daß hier ein Staat im Staate von keiner Stelle geduldet würde, daß ich jede irgendwie geartete Befehlsbeziehung zwischen Berliner Zentralen und hiesigen Dienststellen rücksichtslos unterbinden werde, daß ich entschlossen bin, mit aller Kraft dem politischen Willen des Führers zum Ausdruck zu verhelfen. Das kann man in keiner anderen Stelle durchführen als hier in der Zentrale. Auch keine andere Stelle ist befugt, sich darüber Gedanken zu machen. Daher bitte ich, alle Versuche von Berliner Zentralen, Dienststellen, die in unserem Gene-

ralgouvernement liegen, unmittelbar unter die Fuchtel einer Berliner Zentrale zu bekommen, mir sofort zu melden, - ich werde dann für das notwendige Korrektivum sorgen. Der Versuch z.B., unsere Ostbahn in ihrem Betriebe nunmehr irgendwie der Reichsbahn anzugliedern oder gar zu unterstellen, ist von vornherein abwegig, da ja eine Verfügung des Reichsverkehrsministeriums im Generalgouvernement auch völlig unwirksam wäre. Aber es ist klar, daß nun dieser geschlossene Block, den ich mit noch mehr Autorität als jemals zuvor erhalten werde, ja nicht die Aufgabe hat, ein Eigenleben zu führen, um sich vom Reich abzusondern, sondern um desto intensiver dem Reich zu nutzen. Es ist daher ebenso klar, daß diese ganze Autorität in der Führung allein den Sinn hat, dem Reich in seinem Schicksalskampf hier im Osten Ruhe und die absolute Gewißheit zu geben, daß in diesem Gebiet alles nur unter dem Gesichtspunkt des Nutzens des Reiches geschieht. Meine Herren, damit können wir uns sehen lassen! Was das Generalgouvernement in 12 Monaten seines Bestehens dem Reiche gegeben hat, ist ein Vielfaches von dem, was selbst kühnsten Erwartungen jemals entsprochen hätte. Wir haben es ja bei der Tagung des Wirtschaftsrates an Hand der Zahlen, die uns da genannt wurden, vernommen, welche Mengen z.B. an Grubenholz aus dem Generalgouvernement nach dem Reich geliefert wurden, welche Mengen von Rohstoffen, Fertigfabrikaten, Maschinen usw. von hier abtransportiert wurden, welch gewaltige Leistungen auch lediglich vom Transportstandpunkt möglich waren, welch ungeheure Massen von Ernährungssortimenten und sonstigen Werten aus dem Generalgouvernement ohne jede Belastung zum ausschließlichen Vorteil des Reiches hier geschaffen wurden. Insofern hat sich also die vom Führer uns gegebene Ordnung bewährt. Und daher können wir auch an dieser Einheit von niemandem rütteln lassen.

Zweifellos haben wir im Reiche mit unserer Arbeit ein gewisses Aufsehen erregt. Ich merke das an Briefen und an mündlichen Erklärungen, an den Erklärungen der Besucher, die durchaus nicht nur der Höflichkeitszone allein entsprechen. Ich kann es auch aus unserer eigenen Arbeit herleiten. Es wäre nun völlig falsch, zu glauben, daß wir auf diesen Lor-

beeren

beeren ausruhen und sagen könnten: Das Schiff haben wir nun fertig gebaut, jetzt mag es dahinsteuern, wie es will. - Nein, meine Herren, die schwierigste Aufgabe liegt noch vor uns. Jetzt kommt die Durchführung der notwendigen Vertiefung der Dinge, die sich in so großem Schwung im letzten Jahr über das Generalgouvernement ausgebreitet haben. Der Führer hat nunmehr nach einem Jahre Anlaß genommen, mir zu bestätigen, daß das, was ich aufgebaut habe, richtig ist, und daß es so, wie ich es aufgebaut habe, eben seinen Weg weitergehen soll. Es ist daher notwendig, daß wir an der Struktur dieser Einheit festhalten. Wer diese Einheit nicht mag, soll draußen bleiben. Unter Bedingungen in diese Einheit aufgenommen zu werden, ist nicht möglich. In dieser Einheit kann nur bestehen, wer sich ausschließlich zum Generalgouvernement und seinen Einrichtungen befehlsmäßig stellt. Selbstverständlich wird die feinere Arbeit, die jetzt beginnen muß, hauptsächlich die Bedeutung haben, daß Sie, meine Herren Abteilungsleiter, auch Ihre Abteilungen bis in die feinsten Ausstrahlungen im Lande, personell, sachlich, organisatorisch auf ihre Leistungsfähigkeit hin prüfen und Erfahrungen, die Sie in diesem Jahr gemacht haben, ganz offen, auch wenn sie negativ sein sollten, bekanntgeben, daß Sie aber nicht sagen: Es hat sich bis jetzt bewährt, es wird sich auch weiterbewähren. Sie müssen vielmehr dazu übergehen, zu stabilisieren, andererseits aber den Fundus zu erneuern, oder ihm eine neue Fassung zu geben. Es ist klar, daß diese Aufgabe von Ihnen, meine Herren, eine diffizile Arbeit verlangt. Bis jetzt konnte gewissermaßen der große Wurf in allen Dingen hingenommen werden; in der kommenden Zeit aber wird keine Gelegenheit mehr sein, in sachlichen oder gar formalen Dingen eine Entschuldigung zu finden. Es ist gleichsam so, daß ich von Ihnen in den kommenden Monaten verlange, daß Sie alles tun, um diese Einheit der Verwaltung wieder herzustellen, wo sie allenfalls gefährdet sein sollte. Ich darf bei dieser Gelegenheit sagen, daß ich, zunächst noch abgesehen von der Polizei, als Rückgrat der Regierung den Generalgouverneur betrachte, unter ihm die Regierung mit den Abteilungspräsi-

denten

und Abteilungsleitern, weiter die Distriktschefs mit ihren Ämtern, die Kreishauptmänner mit den Behörden des Kreises. Es wird notwendig sein, vor allem in den Distrikten dafür zu sorgen, daß sich dort nicht Dependancen der Zentralabteilung bilden und man dazu übergeht, die Außenstellen jetzt allmählich völlig zu beseitigen, sondern daß vielmehr gerade um der Einheit willen diese Außenstellen der Abteilungen der Zentrale in Krakau in engstem Kontakt an und über den Distriktchef zu führen sind. Es ist unerträglich, daß sich da und dort die Methode herausgebildet haben sollte, direkt aus den Abteilungen der Regierung des Generalgouvernements heraus ohne jede - sagen wir einmal - Rücksichtnahme auf die Notwendigkeiten der weiteren Distriktverwaltung sich mit den Außenstellen befehlsmäßig in allen Normen zu befassen. Ich habe mir mit Absicht einige Zeit gelassen, die Stelle des Leiters der Abteilung „Innere Verwaltung" neu zu besetzen. Es ist klar, daß an diese Stelle, die Herr Unterstaatssekretär Kundt kommissarisch führte, ein Mann kommen mußte, der als Fachmann der Verwaltung schon über eine ausgeprägte und anerkannte Erfahrung verfügt, auch ein Mann, der, wie ich es bei Ihnen allen als einen Vorteil anerkenne, aufs engste mit dem Heimatministerium und den heimatlichen Dienststellen in Verbindung steht. Ich begrüße daher heute in unserer Mitte den neuen Herrn Abteilungspräsidenten Oberlandrat Dr. Westerkamp als Abteilungsleiter der Inneren Verwaltung. Bisher Oberlandrat in Brünn, im Protektorat, ist er zu gleicher Zeit von mir auch als Verbindungsmann zum Reichsinnenministerium berufen worden. Es wird Ihre Aufgabe sein müssen, Herr Staatssekretär, Herr Unterstaatssekretär und Herr Abteilungspräsident, sich in dem eben von mir erwähnten Sinne nunmehr die Verfeinerung der Methoden der Einheitsgewährleistung des gesamten politischen und Verwaltungsleben im Generalgouvernement angelegen sein zu lassen. Ich muß entsprechend dem Willen des Führers darauf bestehen, daß alles, was hier im Generalgouvernement an Autorität vorhanden ist, im Generalgouverneur zusammenfließt. Daher muß dem auch ein Instrument entsprechen, das blindlings, schlagkräftig und autoritär diesen Aufgaben gewachsen ist.

Wir

226

Wir müssen wohl auch daran denken, den Kreishauptmännern, den Stadthauptmännern und Stadtkommissaren im Generalgouvernement eine starke zentrale Führung auch als Rückhalt für die eigene verantwortungsvolle Arbeit sicherzustellen. Von Ihnen, Herr Abteilungspräsident, wie von allen anderen Herren verlange ich, daß Sie in diesem Generalgouvernement kameradschaftlich mit allen zusammenarbeiten, daß Sie Ihre hauptsächliche Aufgabe darin erblicken, den Beamten und Angestellten des Generalgouvernements in allen ihren Ämtern ein Vorbild zu sein, wie Sie das bisher waren. Alle Dienststellen müssen bereitwillig die verwaltungsorganisatorischen Probleme mit lösen helfen. Vor allem muß durch möglichst baldige Einrichtung einer mittleren Verwaltungsschule im Generalgouvernement dafür gesorgt werden, daß wir dem dringendsten Bedarf an mittleren und gehobenen mittleren Verwaltungsbeamten aus eigener Kraft Abhilfe schaffen. Das sind im wesentlichen die Aufgaben, die Ihnen bei der Leitung Ihrer Abteilung zufallen werden.

Im Zusammenhang mit der zur Zeit stark ventilierten Frage der endgültigen Struktur einer einheitlichen Ausrichtung aller zentralen Ämter, werde ich die Möglichkeit haben, das Statut, das die Grundlagen für den Aufbau des Generalgouvernements darstellt, da und dort zu korrigieren oder endgültig neu zu fassen.

Die große Aufgabe, die die Partei im Generalgouvernement hat, hat ihren schönen Ausdruck in der Gründung des Arbeitsbereiches gefunden. Wenn irgendwo im weiten deutschen Machtbereich die Partei die Bezeichnung des Ordens verdient, dann hier im Generalgouvernement. Hier ist sie der Orden der deutschen Menschen, der berufen ist, wie der Ritterorden der deutschen Marienburg, von Krakau aus ein von Fremdvölkern bewohntes Gebiet unter deutscher nationalsozialistischer Glaubens- und politischer Führung zu halten. Wie sehr der Führer gerade in der letzten Zeit diese politische Sendung des Generalgouvernements betont, dafür habe ich Ihnen heute schon eine Erklärung gegeben. Sie hängt vielleicht auch damit zusammen, daß sich politisch die Situation zwischen

Deutschland

227

Deutschland und der Sowjet-Union in neue Bahnen begibt. Damit ist nun der Sektor Generalgouvernement wieder mehr in die politische Sphäre getreten. Für uns ist es eine Auszeichnung, daß der Führer uns wenigen Männern die Totalität der Repräsentation des Deutschen Volkes gegenüber 14 Millionen Menschen einer fremden Völkerschaftsmischung anvertraut hat. Nur wenn wir diesen höchsten Sinn unserer Arbeit begreifen, nur wenn es uns möglich ist, diesen unerhörten weltgeschichtlichen einmaligen Charakter dieser Aufgabenstellung zu erfassen, ihn bis in die feinsten Teile unserer Behördenorganisation zu leiten, wenn es uns weiter mehr und mehr gelingt, die Nichtse, die Verdiener, die Gaukler, die Trabanten aller Schattierungen aus unserer Mitte zu beseitigen und unsere Autorität nach draußen zu verteidigen, desto besser für uns. Wenn jemals das Wort Geltung hat: bange machen gilt nicht, so dann für uns.

Ich erhalte soeben die Meldung, daß die Polen offenbar in geheimen Konventikeln versuchen, uns in den nächsten Tagen zu beschäftigen. Man hat geheime Munitionsvorräte gefunden, Waffen, sogar Bomben. Meine Herren, seien Sie sich dessen bewußt, daß der Schlußkampf in diesem Gebiet noch kommen wird. Wer vom Reich nach dem Generalgouvernement kommt und in Krakau gewesen ist, der wird Ihnen erzählen: Mein Gott, was wollen Sie denn, das Generalgouvernement ist doch ein schönes Land, da gibt es noch alles, da ist es wunderbar, da haben die Leute ein gemütliches Leben. Vergessen Sie aber nie, daß derjenige, der in Krakau gewesen ist, das Generalgouvernement überhaupt nicht kennt. Gerade in den kommenden Tagen, in denen die Polen wieder ihren nationalen Feiertag werden begehen wollen, müssen wir durch eine besondere Intensität der Arbeit ihnen zeigen, daß uns nichts aus der Ruhe bringen kann. Die Stellung, die Sie, meine Herren, hier haben, ist eine besondere. Es ist daher schon angebracht, daß für die Sicherheit der Regierung und ihrer Mitglieder wie des Generalgouvernements besondere Vorkehrungen getroffen werden müssen. Ich werde bei der Durchführung des großen Bauprogramms des Generalgouvernements dafür sorgen, daß in einem bestimmten Viertel von Krakau, das sehr schön und

repräsentabel

228

repräsentabel angelegt werden soll, Dienstwohungen für die Abteilungsleiter geschaffen werden, die dann die Möglichkeit geben, wirklich eine repräsentable Gemeinschaft aufzurichten, ~~und~~ via unter einheitlichen Schutz gestellt werden kann. Im übrigen liegt uns nichts an der Blüte dieses Landes. Es ist vielleicht das schwerste Wort, das wir sagen müssen. Uns liegt nichts daran, daß etwa die Polen reicher oder sicher werden, oder sich in ihrem Eigentum immer beweglicher zeigen. Uns liegt nur daran, die deutsche Autorität in diesem Raum aufzurichten. Wir können dieses Werk nicht danach bemessen, wieviel individuelles Glück wir den einzelnen Polen nach der Auffassung der Regierungen früherer Jahrhunderte vermitteln werden, sondern wir messen diese Leistung darnach, je unmöglicher die Aussichten werden, daß sich Polen jemals wieder aufrichtet. Das möge hart und grausam klingen, aber im Völkerringen um Jahrtausende und Jahrmillionen kann es eine andere Entscheidung nicht geben. Es ist ganz klar, daß man für diese Arbeit nur ganz starke und harte Charaktere gebrauchen kann. Wer für diese Arbeit nicht geeignet ist, hat sich schon längst aus unserer Mitte entfernt, oder ist sonst auf irgendeine Art von uns gegangen. Wir denken hier imperial im größten Stil aller Zeiten. Dem Imperialismus, wie wir ihn entwikkeln, ist kein Vergleich gegönnt mit jenen kläglichen Versuchen, die frühere schwache Regierungen von Deutschland in Afrika unternommen haben, indem sie das dortige Land einem Kreis von Edelsteinsuchern zur Ausbeutung überließen, es aber im übrigen duldeten, daß Schädlinge à la Erzberger stets die deutschen Interessen verrieten. Der Führer hat auch vorgestern ausdrücklich erklärt, daß dieses Nebenland des Deutschen Reiches die harte Aufgabe zu erfüllen hat, um jeden Preis mit den Polen fertig zu werden, daß es auch von jeder Verpflichtung zu einer Verdeutschungspolitik frei sein soll. Der Führer hat weiter ausdrücklich gesagt, daß er dem Generalgouvernement keinerlei Verpflichtung für eine deutsche Gestaltung des Lebens hier auferlege, daß auch keinerlei Germanisierungstendenzen hier Raum hätten. Dieses Gebiet ist dazu berufen, das Arbeiterreservoir im großen Sinne zu sein. Wir haben hier lediglich ein gigantisches Arbeitslager, wo alles, was

Macht

Macht und Selbständigkeit bedeutet, in Händen der Deutschen ist. Ich habe in diesem Zusammenhang nur anzudeuten, daß vielleicht auch im Laufe weltgeschichtlicher Entwicklungen das Generalgouvernement umso wichtiger sein wird, als vielleicht jene Träume einer Hinausschiebung der Grenzen nach dem Westen nicht so reifen werden, wie das einmal gedacht war.

Der Führer gibt somit dem Generalgouvernement eine Fülle von Aufgaben und eine große Verantwortung. Wenn ich persönlich bis jetzt diese Aufgabe erfüllen konnte, dann besonders deshalb, weil ich das Glück hatte, in Ihnen, meine Herren, die Mitarbeiter zu finden, die allein dieser Aufgabe gewachsen sind.

Ich habe für morgen und übermorgen die Kreishauptleute und Stadthauptleute des Generalgouvernements nach Krakau gebeten. Ich wäre dankbar, wenn die Herren Abteilungsleiter beim Empfang der Kreishauptleute und Stadthauptleute zugegen wären, weil ich den Herren meinen Dank aussprechen und ihnen Auszeichnungen überreichen möchte. Morgen kommt Herr Reichsleiter Dr. Ley zu uns, und übermorgen werden wir in seiner Anwesenheit das Haus der NSDAP. einweihen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie auch an dieser Veranstaltung teilnehmen, ebenso wie an der morgen abend stattfinden Aufführung von Max Halbes Drama: „Der Strom".

Wünscht einer der Herren das Wort? - Das ist nicht der Fall.

Ich muß am 9. abends Krakau auf etwa 14 Tage verlassen. Ich bitte Sie, in der Zwischenzeit den Herrn Staatssekretär als meinen Vertreter zu betrachten, er ist von mir als geordneter Stellvertreter eingesetzt.

Ich schließe die Abteilungsleitersitzung.

Schluß der Sitzung 19[45].

Abteilungsleitersitzung am 19. Dezember 194o

1 Original mit
2 Durchschlägen

201 14

gefertigt. 19.12.40
Herschel st. Kraftfzgf.

1 Durchschlag erhält
Herr Staatssekr.Dr.Bühler

Abteilungsleitersitzung

am 19. Dezember 1940 im Regierungsgebäude.

Beginn der Sitzung: 11[15] Uhr

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k :

Meine Herren!

Bevor uns die Weihnachtsstimmung gänzlich überwältigt, wollte ich doch nochmals die Gelegenheit ergreifen, mit Ihnen gemeinschaftlich die Ergebnisse dieses Jahres zusammenfassend kurz zu erörtern, damit wir uns allenfalls eine Planung für die Arbeiten des nächsten Jahres überlegen. Für mich ist es eine besondere Freude, am Abschluß dieses Jahres feststellen zu können, daß sich die vom Führer für dieses Gebiet gegebenen Grundsätze im allgemeinen durchaus bewährt haben. Ich habe im Laufe dieses Jahres wiederholt Gelegenheit gehabt, dem Führer über unsere Arbeit Vortrag zu halten. Sie selber wissen ja, in welch' entscheidender und stets in der ursprünglichen Linie liegender Weise der Führer das Geschick des Generalgouvernements bestimmt hat. Heute können wir daher sagen: was im Rahmen der durch den Krieg und die sonstige Ungunst der Zeit hervorgerufenen Schwierigkeiten möglich war, ist geschehen. Ja, es ist mehr geschehen, und ich möchte sagen: wir haben auf manchen Gebieten das unmögliche möglich gemacht. Daß es geglückt ist, verdanken wir vor allem der segensreichen Einführung der absolutesten Geschlossenheit und Entschlossenheit unseres Arbeitsgebietes.

Die Aufgabenstellung, die der Führer dem Generalgouvernement gegeben hat, ist unverändert. Im Rahmen der allgemeinen Politik des Führers besteht die Aufgabe darin, aus den Restbeständen des polnischen Volkes eine Form von Nebenland des Deutschen Reiches aufzurichten, mit absoluter und ausschließlicher deutscher Führung, aber unter Heranziehung des einheimischen Elements. Dieses Ostziel hat der Führer auch wiederholt betont. Entscheidend und interessant wird es für Sie, meine Herren, als die Mitglieder der Regierung des Generalgouvernements sein, daß sich bezüglich unseres weiteren Nachbarn hier im Osten, der Sowjetunion, die Lage im allgemeinen stabil gestaltet

232

gestaltet hat. Es wäre ganz zweifellos so gewesen, daß dieses Generalgouvernement über Nacht das Aufmarschgebiet für die das Deutsche Reich verteidigenden Kolonnen unserer Wehrmacht hätte sein können. Diese Möglichkeit ist selbstverständlich davon abhängig, wie sich die Gesamtkonstellation hier im Osten gestaltet. Ich möchte ausdrücklich die Notwendigkeit hervorheben, daß wir jederzeit mit dieser Möglichkeit rechnen. Eine irgendwie geartete Friedensgarantie für diesen Teil der deutschen Machthoheit könnte niemand übernehmen, und der Führer selber hat mich vor wenigen Tagen in Berlin persönlich in diesem Sinne unterrichtet. Bereit sein ist auch hier für uns alles.

Das allgemein politische Ziel ist für uns im Generalgouvernement zunächst nicht die Abwandlung dieses Gebietes in einen Reichsgau. Das Generalgouvernement soll - das hat mir der Führer ganz deutlich insbesondere am 25. November dieses Jahres gesagt - auf die Dauer hinaus ein verwaltungsmäßig abgeschlossenes, eigenes staatsartiges Gebilde sein. Sämtliche Hoheitsrechte des Reiches werden im Namen des Führers hier durch den Generalgouverneur und seine Regierung ausgeübt. Diese Entwicklung war ja von Anfang an gegeben; sie mußte aber verschiedenen ob der Neuheit der Lage erst anerzogen werden. Man kann nicht oft genug diese Willensentschließung des Führers betonen; denn die Versuche einer bequemen Machtausweitung der Zentrale auch auf diesem Gebiet sind zahlreich. Es ist für uns notwendig, darauf hinzuweisen, daß eben gerade diese uns gegebene Aufgabenstellung die völlige Einbeziehung des Verwaltungsapparats des Generalgouvernements in den Zusammenhang des Reiches ausschließt.

Das Verhältnis zur Wehrmacht, die ja einen großen Teil dieser Ostaufgaben im Wehrsektor zu erfüllen hat, hat sich im großen und ganzen erfreulich entwickelt. Durch die Erstellung eines eigenen Militärbefehlshabers im Generalgouvernement hat die Wehrmacht im Laufe dieses Jahres auch die Schlußfolgerungen aus der Entwicklung gezogen. Durch die Beseitigung von Oberost ist dazu nun die klare territoriale - man möchte fast schon sagen - vorbereitend friedensmäßig garnisonartige Struktur dieser Binnenwehrmacht aufgebaut. Der Militärbefehlshaber im Generalgouvernement hat seinen Vertreter in die Regierung des Generalgouvernements entsandt, zwar nicht als Mitglied dieser Regierung, aber als dauerndes Verbindungsorgan. Diese

Stelle

234

Stelle hat sich im allgemeinen bewährt. Wenn auch kein Gegenvertreter der Regierung beim Militärbefehlshaber vorhanden ist - an dieser Dienststelle bestände vielleicht auch zur Zeit angesichts der Gesamtstruktur kein besonderes Interesse - , so kann doch die Dienststelle ohne weiteres aufrecht erhalten bleiben.

Die Wehrmacht selbst hat aber über diesen Vertreter des Militärbefehlshabers zwei besondere Bevollmächtigte in die Regierung des Generalgouvernements geschickt, und es freut mich, daß sowohl der Oberbefehlshaber des Heeres, Herr Generalfeldmarschall von Brauchitsch, wie auch der Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Herr Reichsmarschall Göring persönlich mir einen Verbindungsoffizier gegeben haben. Das bedeutet für den Generalgouverneur und seine Regierung einen Akt, der besonders hervorgehoben zu werden verdient, weil er in den Beziehungen der Wehrmacht zur Regierung des Generalgouvernements über die eigentlichen territorialen Beziehungen zwischen dem Militärbefehlshaber und dem Generalgouvernement hinaus von Wichtigkeit ist. Die Herren Oberstleutnant von Tschammer und Osten und Major von Dazur sind in dieser Eigenschaft mir gegenüber amtlich beglaubigt. Demnach ist auf dem Gesamtsektor des Militärischen die Zusammenarbeit nicht etwa nur bezüglich der territorialen, sozusagen der Standortaufgaben, sondern auch bezüglich der allgemeinen wehrstrategischen und militärtaktischen Gesichtspunkte völlig gewährleistet.

Verwaltungsmäßig hat dieses Jahr eine kompakte Zusammenfassung aller Verwaltungsorgane des Generalgouvernements gebracht. Ich freue mich außerordentlich, daß wir mit der letzten Verordnung über die Einheit der Verwaltung dieses Problem, an dem im Reich dauernd herumlaboriert wird, im Generalgouvernement gelöst haben. Hier wird niemand aus der Einheit der Reichsverantwortung austreten. In diesem Lande wird die Einheit des Führers, des Reiches und seiner Politik geführt, vertreten und durchgesetzt. Ich werde mich nach wie vor mit der vollen Autorität des Führers jedem Versuch entgegenstemmen, in dieser Einheitlichkeit der politischen und verwaltungsmäßigen Führung des Gebietes Unruhe oder Unkarheit hineinzubringen. Ich werde auch niemals einen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß ich nicht daran denke, die mir vom Führer gegebene Vollmacht mit irgendjemand zu teilen oder Teile von ihr an

jemanden

jemanden abzugeben. Ich habe erst unlängst bei den Verhandlungen mit der Reichsbahn und der Reichspost diesen Standpunkt mit restlosem Erfolge durchgesetzt. Nur so läßt sich ja auch dieses Gebiet verantwortungserfüllt führen. Alle Hoheitsrechte des Reiches werden demnach von dieser einheitlichen Verwaltung des Generalgouvernements wahrgenommen - nicht, meine Herren, daß hier ein territoriales Eigengebilde mit eigenen Belangen entsteht, sondern daß hier eine Waffe des Reiches in absoluter Geschlossenheit zur Durchsetzung der schwierigsten Aufgaben in der Ostpolitik gesichert bleibt. Man kann eine Kanone nicht zerreißen; sonst schießt sie nicht mehr. Daher kann man auch dieses Geschütz des Generalgouvernements nicht aufteilen. Es muß einheitlich und geschlossen bleiben, um dem notwendigen Willen des Führers und des Reiches hier zum Durchbruch zu verhelfen.

Nun ist es sehr interessant, daß sich jetzt der ganze Reigen der Machtinteressierten geschlossen hat. Auf allen Gebieten ist es so ziemlich dasselbe gewesen. Man hat den Versuch gemacht, irgend ein Stück der Verwaltung reichsunmittelbar zu führen, und dann hat sich in kurzer Zeit herausgestellt, daß das nicht möglich ist. Ich habe neulich dem Führer gesagt: wenn wir heute nochmals die Verordnung über die besetzten polnischen Gebiete machen würden, dann würden gewisse Klauseln dieser ursprünglichen Verordnung gar nicht mehr von uns eingeführt werden. Denn in dieser Verordnung steht z.B. etwas von einem Zentralamt, das beim Reichsinnenministerium gebildet wird. Der liebe Parteigenosse Stuckart, mein sehr geschätzter Freund, wird mir ohne weiteres zugeben und hat mir auch zugegeben, daß dieses Zentralamt niemals praktisch in Tätigkeit getreten ist. Mit vielen anderen Dingen ist es ebenso. Als der damalige Generalfeldmarschall, jetzige Reichsmarschall zu Beginn dieses Jahres eine Verordnung über die Beschlagnahme des polnischen Vermögens erließ, in die auch ohne weiteres das Generalgouvernement einbezogen war, wurde auf meinen sehr deutlichen Gegenschritt sofort vom Parteigenossen Göring verfügt, daß diese Verordnung auf das Generalgouvernement keine Anwendung findet, sondern daß es im Generalgouvernement bei der Rechtslage, die der Generalgouverneur geschaffen hat, bleibt. Als zu Ende des

236

vorigen Jahres der Reichsführer SS eine Beschlagnahmeverordnung erließ, nach welcher die Kunstschätze und Werte für das Ahnenerbe beschlagnahmt werden sollten, und dabei ohne weiteres auch das Generalgouvernement einbezog, hat er selbstverständlich auch das gleiche getan: er hat diese Verordnung sofort zurückgenommen und ihre Wirksamkeit für das Generalgouvernement nicht bestätigt. Bei der Reichsbahn wurde eine Verordnung des Reichsverkehrsministers erlassen, nach der die Ostbahn ohne weiteres der Generaldirektion Ost der Reichsbahn unterstellt werden sollte. Auf meinen sofort erfolgenden Gegenschritt mit der einfachen Feststellung, daß diese Verordnung im Generalgouvernement keine Wirksamkeit habe, wurde ein Abkommen getroffen, nach welchem alles, was notwendigerweise geschehen muß, im engsten technischen Zusammenarbeiten geschieht und die Probleme gelöst werden, ohne daß institutionell eine irgendwie geartete Unterstellung der Ostbahn unter die Reichsbahn in Frage kommt. Die Postverwaltung hat einen anderen Weg gewählt: sie beantragte eine Verordnung des Führers, durch die die Postverwaltung des Generalgouvernements in die Reichspostverwaltung eingegliedert werden sollte. Auf meinen Gegenschritt wurde unter Zurückziehung dieses Antrages mit Minister Ohnesorge ein Übereinkommen getroffen, das beiderseits völlig dasjenige gewährleistet, was für die Zusammenarbeit notwendig ist. So sehen Sie, um aus dem Bündel aller dieser Dinge einiges herauszugreifen, daß im Verlaufe dieser letzten 12 Monate überall die Notwendigkeit vorlag, die Autorität dieser Einheitlichkeit und Geschlossenheit des Generalgouvernements zu vertreten, daß diese Vertretung aber auch restlos all überall durchgeführt ist.

Das hat nun nicht etwa deshalb eine besondere Bedeutung, weil es einen Sieg der Regierung des Generalgouvernements darstellt - nein, ich will Ihnen ganz offen sagen: Die innere Verwaltungslage des Deutschen Reiches gibt dem Führer und seinen engsten Mitarbeitern dauernd Anlaß zu ernstester Betrachtung. Heute ist es so, daß wir zwar die Länder beseitigt haben, die die Einheit des Reiches zerstörten, daß wir aber an deren Stelle eine Fülle von Zentralisationstendenzen aller Art, von Absplitterungs-, Gegenseitigkeits- und von partikularistischen Zersetzungsformen aller Art haben, die das Regieren und Verwalten

Verwalten im Reich heute mit ungeheuersten Schwierigkeiten umgeben. Der Führer sagte mir am 25. November in einer unvergeßlichen Stunde, als er mir meine Vollmacht zur Reform des Rechts erneuerte: er erwarte, daß ihm die Erfahrungen des Generalgouvernements helfen würden, im Reich die Verwaltungsordnung aufzubauen; denn nach dem Kriege ist das eine der ersten und wichtigsten Aufgaben. Jeder denkt bei dem Begriff des Reiches schon beinahe nur an die Chancen, die er selber und sein Apparat besitzen, im Namen des Reiches möglichst die Macht auszuüben. Das Reich muß aber die totale Heimstätte aller Funktionen bleiben, und niemand darf glauben, daß er sich. machtgierig und selbstsüchtig, ohne Rücksicht auf das Allgemeinwohl und die Gemeinschaftsgefügtheit unseres Schicksals durchsetzen kann. Das gilt für alle. Und es ist nur ein Zeichen für die Schwäche so mancher ministeriellen Zentrale, daß sie sich gerade verwaltungsmäßig nicht durchzusetzen vermag. Wir von der Bewegung, die wir dieses Reich geschaffen und aufgebaut haben, fühlen uns auch legitimiert, ihm eine neue innere Form und eine neue innere Verwaltungsordnung zu geben. Die alten Repräsentanten haben ja hier völlig versagt.

Es ist klar, meine Herren, daß das nun der Hauptgrund ist, warum der Generalgouverneur und seine Regierung die einheitliche Neuentwicklung dieses Gebietes gegenüber den schwächenden und zerreißenden Einflüssen sicherzustellen haben, die aus manchen Fehlentwicklungen der Reichssituation hier hineinzukommen drohen. In diesem Sinne sehe ich die Aufgabe auch des Generalgouvernements als einen Bestandteil der Reformaufgaben des Reiches an.Deshalb wird man auch bei mir auf Granit beißen, wenn man glaubt, es könne irgendjemand an der Einheitlichkeit der Führung des Generalgouvernements rütteln.

Daher ist es auch sehr wichtig, daß wir im Laufe dieses Jahres ähnlich wie für den staatlichen Sektor auch für die Parteix eine Reformtat vollbrachten. Die Schaffung des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP. hat ähnlich wie die Schaffung der Einheit der Verwaltung im staatlichen Sektor auch in der Parteigeschichte ihre Bedeutung. Im engsten Benehmen mit dem Stellvertreter des Führers habe ich mich entschlossen, eine völlig neue Form der Parteiorganisation aufzuziehen, in der nun genau wie im Staat ebenso verhindert werden

mußte,

mußte, daß gewisse übersteigerte - sagen wir einmal - Sonderinteressen sich hier besonders in den Vordergrund drängen. So, wie wir im staatlichen Sektor nur das Reich sehen, nicht irgendeinen Teil der Ministerien oder der Verwaltung oder eine besondere Hoheit, sehen wir in der Bewegung nur die NSDAP. als das eigentliche Führungs- und Weltanschauungsinstrument, aber keine Gliederung oder keinen angeschlossenen Verband,-immer in dem großen Zusammenhang, daß wir hier nur wenige Deutsche sind, die einer wachsenden Mehrheit von Polen gegenüberstehen, und daß diese Einheitlichkeit erst erzogen werden muß. Es ist ja schon in der Bewegung manchmal spürbar, daß der Funktionär der Arbeitsfront nur noch von der Arbeitsfront spricht, aber dabei ganz vergessen läßt, daß doch die Arbeitsfront nur ein angeschlossener Verband der NSDAP. ist. Und so geht es bei allen anderen auch: Bei den Gliederungen der SA., der SS., des NSKK. sieht jeder nur seine Einrichtungen und Möglichkeiten und läßt dabei in den Hintergrund treten, daß die einheitliche NSDAP. die Heimstätte, ja die Wirkungsgrundlage für alle diese differenzierten Erscheinungsformen darstellt. Daher ist es für uns Nationalsozialisten im Generalgouvernement wichtig, uns dessen bewußt zu sein, daß wir im Arbeitsbereich eine Heimstätte der Nationalsozialisten, eine Wirkungsgrundlage der NSDAP. schlechthin primär und ausschließlich geschaffen haben. Das bedeutet ein Stück Reform mit absolut fruchtbringendem Ergebnis. Ich werde es als Reichsleiter der NSDAP. zu verhindern wissen, daß sich Sonderbildungen in den Vordergrund rücken. Der Arbeitsbereich der NSDAP. im Generalgouvernement ist, weltanschaulich gesehen, die wertvollste Errungenschaft für unsere Verwaltung. Wir haben damit das feste Fundament gefunden, dessen wir Deutsche hier bedürfen. Am 1. Januar werden wir auch die Parteigenossen, die im Generalgouvernement tätig sind, dem Arbeitsbereich anschließen, also schon nach wenigen Monaten seines Bestehens ist dieser Arbeitsbereich imstande, die sämtlichen Fuktionen eines regulären Gaues auszuüben. Ich freue mich über alle diese Entwicklungen, weil sie uns deutlich, ja geradezu plastisch vor Augen führen, daß wir Reformarbeit leisten, daß wir nicht einfach irgendwie weiterschlendern, weitertendeln, sondern mit ganz klaren - ich möchte fast sagen - technisch-mathematischen und logischen Schlüssen eine Arbeit aufbauen,

die

239

die dann auch das Ansehen genießen wird, das x uns und dem Generalgouvernement vom Reiche aus zuteil wird.

Wenn ich dies nun, soweit es die Struktur angeht, als Ergebnis dieses Jahres festhalte, wenn ich dem einheitlichen Reich unseres Führers Adolf Hitler im Generalgouvernement dieses Nebenland auf die Dauer anfüge, so geschieht das ja nur im Hinblick auf das Reich. Es ist nicht leicht, das zu verstehen. Aus der billigsten gedanklichen Atmosphäre, aus den banalsten Überlegungen heraus kann man selbstverständlich sagen, daß diese Methode hart anklingt an Methoden, wie sie etwa Bayern südlich des Mains erfahren hat. Wir wollen uns aber daran erinnern, daß wir nunmehr in der gleichen Periode des Aufbaues eines Reiches stehen, wie das vielleicht um die Mitte des vorigen Jahrhunderts vor dem Erstehen des Deutschen Reiches der Fall war. Nach diesem Krieg wird die Schlußform des Deutschen Reiches erstehen, die ebensoweit entfernt sein wird vom Deutschen Reich eines Bismarck wie dieses vom Staatenbunde eines Metternich. Wir müssen uns darüber klar sein, - gerade wir, die wir das erste koloniale Stück deutschen Reichslebens beherrschen, daß das kommende Weltreich nach anderen Funktionsgesichtspunkten regiert werden muß als das geschlossene nationale Reich der deutschen Nation. Viele Völker werden unter die Schutzherrschaft Deutschlands kommen. Viele Nationen werden in einer irgendwie gearteten Form ein gewisses Eigenleben unter der schützenden, führenden Hand des deutschen Machtrepräsentanten führen. Daher werden wir auch, rückstrahlend auf das Reich, gänzlich neue Verwaltungsgesichtspunkte entwickeln. Es ist aber völlig ausgeschlossen, daß dieses gewaltige Imperium nach der Methode eines zentralistischen Einheitsstaates mit übergroßen Monumentalministerien verwaltet werden kann. Hier hat der Führer die Linie schon gewiesen. Der Führer sagte mir: sein Ziel sei die Herstellung der garantierten Einheit des deutschen Gemeinschaftslebens in allen den Punkten, in denen es sich um das Schicksal handelt, dagegen nicht in den Punkten, in denen es sich nur um die Verwirklichung von Lebensbedürfnissen handelt. Die Entscheidung z.B. darüber, ob in einem Teil des Reiches eine Brücke über einen Bach gebaut werden soll, nach Berlin zu holen, ist Wahnsinn; das ist weder Verwaltung noch Politik, sondern einfach verrückt. Es gibt nun

eine

240

eine Fülle von in der Skala der Zentralisierung möglichen Aufgaben, von denen man sagen kann: hier ist der rote Strich; was darunter liegt, muß man ohne weiteres dem örtlichen, dem territorialen Repräsentanten anheim geben. Dann kommt in der Skala ein blauer Strich. Was zwischen rot und blau liegt, kann er im engsten Benehmen mit der Zentrale machen. Und dann folgen jene Aufgaben in der Skala, die ausschließlich von der Zentrale aus verwirklicht werden müssen. Nur wenn wir an Hand dieses Schemas endlich zu einer vernünftigen und elastischen Gestaltung unseres inneren Verwaltungslebens kommen, werden wir allen den Aufgaben gerecht werden, die uns das kommende Weltreich stellt.

Es ist nun klar, daß der Führer, als er ~~gerade~~ noch vor wenigen Tagen zu den Reichs- und Gauleitern sprach, gerade diesen Gesichtspunkt in den Vordergrund rückte und sagte: der Chef dieses gewaltigen Reiches muß möglichst von allem entlastet sein, was nicht unbedingt in die Zentrale gehört, sodaß damit - sein schönes Wort sei hier zitiert - eben seine Männer, die Gauleiter und Reichsstatthalter, die von ihm eingesetzten territorialen Repräsentanten des Reiches die große Formung der Aufgaben zu übernehmen haben, die innerhalb dieses Bereiches ohne Rücksicht auf die Zentrale erfüllt werden müssen.

Denn die Einheit des Reiches wird gewährleistet durch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, der alle die anzugehören haben, die irgendwie im Namen des Führers und Reiches arbeiten. Aus dieser Bewegungsgrundlage entsteht die weltanschauliche Einheit, die politische Grundhaltung und eine gewisse methodische Festigkeit. Es ist klar, daß hier nun in diesem weiten Feld die Problematik der Reform lie und wir hier im Generalgouvernement können uns glücklich preisen, daß uns der Führer die Möglichkeit gab, diesen kristallklaren Aufbau hinzustellen gegenüber den manchmal weniger klaren Zuständen in manchen Berliner Zentralen.

Es ist für jeden von Ihnen weit mehr als nur eine amtliche oder dienstliche Pflichterfüllung, hier in diesem Gebiet sich zu betätigen. Es ist eine ausgeprägte politische Aufgabe, die die Verwaltung hier hat, ganz anders wie in anderen Teilen der Machthoheit des Reiches. Hier sind die Beamten, Angestellten und Arbeiter, die aus dem Reiche kommen, nicht die Repräsentanten eines Ressorts oder irgendeines Spezialwissens, sondern die Repräsentanten der politisch kämpferischen Note, die das Dritte Reich den Problemen des Ostens gegeben hat. Dieses Gebiet wird, völkisch gesehen, immer polnischer, und es ist lächerlich, wenn man mir in Berlin an manchen Stellen sagt, man könne nunmehr aus dem Generalgouvernement einen Reichsgau machen. Die wenigen Deutschen, die wir hier hatten, sind zum großen Teil bereits weggekommen - die 24 000 Volksdeutschen aus dem Chelmer Land - und die wenigen, die wir noch haben, werden wir auch verlieren. Dagegen wird wieder eine halbe Million Polen ins Land kommen. Es ist klar, daß aus der Erkenntnis der besonderen Probleme in diesem Gebiet die nötigen Maßnahmen ergriffen werden müssen. Der Beamte, der hier tätig ist, muß einsehen, daß er als Deutscher an sich schon einen höheren Wert hat gegenüber dem beherrschten Volkstum; es muß die rassische Selbstsicherheit des Weltreichsangehörigen in dieser Verwaltung entwickelt werden. Beamte, die diesen Erfordernissen nicht entsprechen, können wir hier nicht brauchen, ebensowenig Beamte, die bei jedem einmal notwendigen Nein gegenüber einer Berliner Zentrale für ihre persönliche Beamtenlaufbahn fürchten. Ich bin glücklich, wenn ich am 1.April den Stellenplan habe und dann

diese

diese besorgten Beamtengemüter beruhigen kann. Ich muß mich oft ärgern, wenn da und dort die Meinung auftaucht, daß man durch Nachgiebigkeit etwas erreichen könne. Man erreicht nichts durch Nachgiebigkeit, sondern alles nur durch Selbstsicherheit und Härte. Wer sich hier nur als Repräsentant einer Berliner Zentrale fühlt, den kann ich nicht brauchen; ich brauche selbständige Männer, die eigene Aufgaben erfüllen können. Ich werde mir im kommenden Jahr die Arbeit aller Dienststellen daraufhin ansehen, ob diese Selbständigkeit des Arbeitens vorhanden ist.

Im allgemeinen muß ich sagen, daß das Verhalten der Beamten, Angestellten und Arbeiter ein ganz hervorragendes ist. Ich bin glücklich, diese Feststellung treffen zu können. Wenn man die Gefahren des Lebens hier im Osten in moralischer und gesundheitlicher Beziehung bedenkt, dann muß man sagen, daß es elitemäßig ist, wie sich die Beamten-, Angestellten- und Arbeiterschaft benimmt. Die geringe Zahl von Exzessen und Delikten ist ein Beweis dafür, daß grundsätzlich anständige Menschen im Generalgouvernement tätig sind. Dies gibt dem gesamten Wirken hier in diesem Raum auch erst die Grundlage der Kameradschaftlichkeit, auf die wir größtes Gewicht von Anfang an gelegt haben. Ich freue mich, daß durch die Verhandlungen in Berlin auf dem Gebiete der Besoldung, an denen wir uns beteiligt haben, ein Erfolg erzielt wurde, der es ermöglicht, die Sätze für unsere Beamten, Angestellten und Arbeiter in absehbarer Zeit zu erhöhen. Es hat sich herausgestellt, daß die von uns bezahlten Sätze durchaus nicht übersetzt sind, sondern vielmehr unter dem Durchschnitt dessen liegen, was man ansetzen könnte. Es ist für mich eine Freude, daß die Entwicklung so läuft. Es ist mir lieber, daß ich jetzt die Bezüge erhöhen kann, als daß ich durch irgendeine Maßnahme des Neides - der ja bekanntlich immer einer der stärksten Machtfaktoren in der Geschichte darstellt - gezwungen wäre, die Bezüge herabzusetzen.

Die Finanzlage des Generalgouvernements im staatlichen Sektor hat sich erfolgreich und segensreich weiter entwickelt. Ich möchte Ihnen in diesem Kreise sagen, daß sich der Etat etwa auf einem Betrag von 900 Millionen bis 1 Milliarde be-

243

wegen wird. Wir werden ein ansehnliches Defizit haben, aber im allgemeinen kann man die finanzielle Entwicklung des Staates als eine wider alles Erwarten ansteigende bezeichnen. Es macht sich nunmehr so vieles wohltuend bemerkbar, was wir in unserer Einzelarbeit immer wieder gepredigt haben. Wir haben durch unsere Politik auf dem Gebiete der Währung, der Wirtschaft die Möglichkeit gegeben, wieder mit festen Zahlen zu rechnen. Es ist gelungen, den Zloty stabil zu halten, was dazu geführt hat, daß man jetzt mitten im Krieg, erst ein Jahr nach Abschluß der Kriegshandlungen in diesem Gebiet so etwas wie eine aufsteigende Linie der Wirtschaftsentwicklung feststellen kann. Allerdings muß auf der anderen Seite festgestellt werden, daß sich die Finanzen der Gemeinden und anderer Körperschaften wie auch insbesondere die Finanzlage der Privatleute im Generalgouvernement in weitem Umfange sich nicht wesentlich gebessert haben. Die staatlichen Interessen müssen aber hier auf finanziellem Gebiet allen anderen vorgehen und dies umsomehr, weil auch von einer wirklichen Befriedung des Gebietes überhaupt nicht gesprochen werden kann.

Meine Herren, ich möchte Sie sehr davor warnen, sich durch die Ruhe Ihrer dienstlichen Bereiche einlullen zu lassen. Dieses Land ist nicht befriedet! In weitem Umfang bewegt sich die unterirdische Organisation des Widerstandes und nur mit den schärfsten Mitteln und außerordentlichsten Maßnahmen ist es möglich, einigermaßen eine Gewähr für die Sicherheit des deutschen Arbeitens in diesem Gebiet zu geben. In dem Augenblick aber, in dem die große Anzahl der Kriegsgefangenen und der Offiziere zurückkehrt ins Generalgouvernement, werden wir vor gesteigerten Schwierigkeiten stehen. Wenn diese Schwierigkeiten noch gehäuft werden dadurch, daß plötzlich aus irgendeinem weltpolitischen Ereignis große Truppenmassen aus dem Gebiet zurückgezogen würden, dann würden wir vor sehr ernsten Macht- und Sicherheitsproben stehen. In diesem Land muß der sehr harte Zug einer entschlossenen Führung herrschen. Der Pole hier muß spüren, daß wir ihm keinen Rechtsstaat aufbauen, sondern daß es für ihn nur eine Pflicht gibt, nämlich zu arbeiten und brav zu sein. Es ist klar, daß dies manchmal zu Schwierigkeiten führt, aber Sie müssen in Ihrem eigenen Interesse darauf sehen, daß alle Maßnahmen rücksichtslos ergriffen werden, um diesen Dingen

Herr zu werden. Sie können sich dabei auf mich unbedingt verlassen. Es ist wichtig, daß Sie der Arbeit, die vor allem die Poliezi hier auf diesem Gebiete leistet, Ihr ganz besonderes Aug merk zuwenden. Der Pg. Krüger hat es hier nicht leicht, nach allen Richtungen hin den Ausgleich zu finden, aber ich muß ihm hier das Zeugnis ausstellen, daß er es auf das beste verstanden hat, die Schwierigkeiten der außerordentlichen Maßnahmen in Einklang zu halten mit den Notwendigkeiten der Verwaltung.

Ich muß aber auch noch einige andere enrste Punkte besprechen. Eines der furchtbarsten Probleme war von Anfang an die Ernährung und die Sicherstellung von Produktion und Transport. Auf allen diesen Gebieten stehen wir mitten in einer Krise. Ich erhalte jeden Tag ein Telegramm, in dem mir irgendein Betrieb mitteilt, daß er seine Arbeit wegen Kohlenmangels einstellen muß. Durch das plötzlich in unser Gebiet hereingebrachte große Aufbauprogramm auf dem Gebiete des Straßen-, Eisenbahn- und Postwensens wurden einige Wochen versäumt, die sonst für den Kohlentransport zur Verfügung gestanden hätten. Jetzt ist es durch die klimatischen Verhältnisse außerordentlich schwierig, in der Kohlenversorgung so nachzukommen, daß allen Bedürfnissen entsprochen werden kann. Ich möchte Sie bitten, daß der Kohlenverbrauch so rationell wie nur irgend möglich gestaltet wird, denn es ist für uns einfach unmöglich, in dem geforderten Umfang sofort die Kohlen herbeizuschaffen. Die Ostbahn wird jedenfalls das Möglichste tun, um die Transporte zu steigern. Das einzig günstige ist, daß das Oberschlesische Kohlenrevier direkt vor der Tür liegt. Aus Ostpreußen, Pommern und Schleswig-Holstein sind mir von den dortigen Gauleitern derartige Bilder über die Kohlenversorgung in diesen Reichsteilen gegeben worden, daß ich sagen muß; mit unseren Klagen könnte ich zur Zeit in Berlin nicht durchdringen. Die Lage ist so, daß ich vor außerordentlichen Maßnahmen nicht zurückschrecken würde, um die Kohlenverteilung so zu gestalten, daß sie für die Gesamtheit des Generalgouvernements den besten Nutzen bringt. Jedenfalls kann ich Sie versichern, daß alles geschieht, was menschenmöglich ist, um dieser Kohlennot abzuhelfen.

Die Ernährung ist der zweite Krisenpunkt. Ich bekam heute ein Schreiben vom Transportchef der Wehrmacht, in dem

er bittet, für die Arbeiter der Ostbahn Lebensmittel zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Es ist im Ministerrat für die Reichsverteidigung grundsätzlich vom Reich aus für unmöglich erklärt worden, irgendwie den besetzten Gebieten einschließlich Generalgouvernement zu helfen. Wir stehen daher hier vor einer ganz außerordentlichen Notlage. Herr Präsident Körner, ich frage Sie: ist es möglich dem Wunsche des Transportchefs der Wehrmacht zu entsprechen? (Landesbauernführer Körner bejaht). Dann bitte ich Sie, das unverzüglich in die Tat umzusetzen. Sie, Herr Staatssekretär, bitte ich, den Transportchef der Wehrmacht zu verständigen, daß wir alles tun werden, was in unseren Kräften steht.

In zunehmendem Maße beobachte ich, daß die Kirche anfängt, unangenehm zu werden. Während bisher dieser mächtigste Gesinnungsblock des Polentums sich merkwürdigerweise sozusagen loyal verhielt, fängt nunmehr - offenbar unter der Versteifung gewisser politischer Situationen auf diesem Kontinent - die Kirche da und dort an unangenehm zu werden. Ich möchte schon jetzt betontn, daß ich mit allen Mitteln den Pfaffen den Krieg erklären werde, daß ich hier vor garnichts zurückschrecken ~~würde~~ und selbst Bischöfe sofort verhaften lasse, wenn das geringste passiert. Ich ersuche Sie, in diesem Zusammenhang strengstens dafür zu sorgen, daß der Besuch polnischer Kirchen während eines Gottesdienstes durch Beamte in Uniform strengstens verboten wird.

Es hat sich aus dem gesellschaftlichen und sonstigen Gegebenheiten dieses Landes die Tatsache entwickelt, daß jede Abteilung, jeder Bereich und jeder Distrikt ein deutsches Kasino, einen eigenen Treffpunkt für die Deutschen hat. Ich will jedoch nicht, daß diese Stätten zu Exklusivitätszirkeln werden,und ich werde jedes Verbot aufheben, daß dahin lautet, daß Angehörige irgendeiner anderen Dienststelle das Betreten des Kasinos verboten ist. Vorbildlich hat hier Herr Gouverneur Dr.Wächter gehandelt, der das neuerrichtete Haus Krakau nicht nur den Beamten seiner Dienststelle, sondern allen Deutschen zur Verfügung stellte. Ich will auch verhindert wissen, daß in den Kasinos Vorgänge sich abspielen, die absolut autoritätsschädigend wirken

und

und es wird sich daher empfehlen, die Kasinos zu einer bestimmten Zeit zu schließen oder zum mindesten von einer bestimmten Stunde ab den Ausschank alkoholhaltiger Getränke einzustellen. Es soll eine allgemeine Kasino-Dienst- und Gesellschaftsordnung entstehen und ich beauftrage Sie, Herr Staatssekretär, im Einvernehmen mit dem Höheren SS- und Polizeiführer hier eine allgemeine Regelung herbeizuführen.

Meine Herren! Der Krieg geht weiter. Der Führer hat vor wenigen Tagen in einem engen Kreis darüber gesprochen. Ich bin nicht ermächtigt, Ihnen das mitzuteilen, was der Führer sagte, aber eines will ich Ihnen sagen: der Führer ist von absoluter Siegeszuversicht in einem Maß erfüllt, daß es wahrhaft beglückend ist, ihm nahe zu sein. Wir werden im kommenden Frühjahr die stärkste Militärmacht sein, die es jemals in der Weltgegeben hat. Wir stehen vor der Einführung völlig neuer Waffen, die eine wahrhafte Revolution des technischen Wehrwesens herbeiführen werden. Es ist klar, daß damit das Jahr 1941 die Entscheidung im Sinne des Führers bringen wird. In diesem Augenblick haben wir nun im Osten unsere Aufgabe weiter zu erfüllen.

Ich werde in der zweiten Hälfte des Januar eine Rundreise durch das Generalgouvernement antreten und versuchen, einen größeren Teil der Regierung mitzunehmen. Es würde mich freuen, wenn die Herren Gouverneure es ermöglichen könnten, daß im Laufe der nächsten Monate jeweils in einer Distrikthauptstadt eine Sitzung der Regierung stattfinden würde. Damit wäre uns die Möglichkeit gegeben, an Ort und Stelle alle Probleme zu erörtern.

Ich richte mich nach den Möglichkeiten der einzelnen ~~Xx~~ Distrikthauptstädte. Aber soweit ich die Mitglieder der Regierung kenne, weiß ich, daß auch sie das Bedürfnis hätten, einmal gemeinschaftlich an Ort und Stelle mit den dortigen Faktoren in Anwesenheit des Generalgouverneurs, des Staatssekretärs, des Höheren SS- und Polizeiführers alle Fragen zu erörtern, die uns angehen.

Wir veranstalten in diesen Tagen allgemein Weihnachtsfeiern. Ich lege auf diese festlichen Stunden das größte Gewicht. Sie sollen dazu führen, daß doch für viele Deutsche allmählich das Generalgouvernement Heimat zu werden beginnt, Heimat im echten Sinne, der nun eben im Kolonialimperiaismus liegen muß. Wir können hier in Polen nicht nur als abkommandiert leben, sondern im Laufe der Zeit muß sich ein Eigenstamm von ortsbewußten und ortsverwurzelten Menschen sammeln. Dabei soll uns vor allem die Klarstellung der Beamten- und Angestelltensituation helfen. Ich möchte nur beiläufig erwähnen, daß zur Zeit die Verhandlungen wegen der Einreihung in den Stellenplan im vollem Gange sind. Dazu soll aber auch vor allem verhelfen der Geist, den Sie selber immer wieder in Ihre Gefolgschaft hineinbringen. Ich würde mich aber auch sehr freuen, wenn zwischen Partei und Staat anders als im Reich eine vollkommen enge gegenseitige aufgeschlossene Zusammenarbeit stattfindet. Der Besuch von Parteiveranstaltungen, Veranstaltungen der Hitlerjugend durch Beamte in Uniform müßte sehr gepflegt werden. Ich würde es außerordentlich dankbar begrüßen, wenn Sie, Herr Staatssekretär, Sie, der Höhere SS- und Polizeiführer und die anderen Mitglieder der Regierung amtlich dafür Vorsorge träfen. Ich möchte gerade hier das absolute Prinzip der Einheit von Partei und Staat betonen. Jede Parteiveranstaltung muß von dem großen Gedanken getragen sein, daß sich auch das Reich auf der weltanschaulichen Basis der Partei bewegt. Sie können überzeugt sein, daß wir damit dem Führer die größte Freude bereiten. Er liebt das Reich und das Volk, er schätzt die Wehrmacht, aber er ist doch aufs engste verbunden mit seinen alten Kampfgefährten. Wer 20 Jahre lang mit dem Führer marschierte, der weiß, daß dieses Schicksal, das wir gemeinschaftlich getragen haben, ein Band zwischen uns Männern geknüpft hat, das unzerreißbar ist.

So

So müssen Sie auch hier mit einer symbolhaften Bedeutung für die Zukunft betonen, daß Partei und Staat gerade im Generalgouvernement in äußerster Geschlossenheit zusammenstehen.

Meine Herren, ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie sich heute noch zu dieser Sitzung zur Verfügung gestellt haben. Wir wollen alle Gelegenheit nehmen, den Urlaub richtig zu genießen. Erholen Sie sich voll und ganz: im nächsten Jahre werden schwerste Probleme über unser Land kommen. Das Deutsche Reich wird in einem Schlußkampf sondergleichen alle Energien aufbringen müssen. Für feinzisilierte Arbeit ist dabei wenig Gelegenheit, wohl aber für grobes Vorwärtsstürmen auf allen Gebieten, auf allen Fronten. Es ist schön, daß die Regierung heute in ihrer Mitte die Gouverneure der Distrikte begrüßen kann. Die Gouverneure bringen damit zum Ausdruck, daß sie sich als Repräsentanten der Gemeinschaft des Generalgouvernements fühlen. Gerade die Herren Gouverneure, die draußen die schwere Aufgabe der Verwirklichung der Regierungsmaßnahmen haben, können überzeugt sein, daß sich die Zentrale immer die schwierige Lage in den Distrikten vor Augen halten wird und muß. Durch die Verordnung über die Einheit der Verwaltung ist die Stellung der Gouverneure ganz klar umschrieben. Es ist auch in diesem Sinne ein Stück Reformwerk, ~~xxx~~ wenn der Ausgleich zwischen den zentral zu lösenden und den territorial bedingten Aufgaben in immer klarerer Prägung gefunden wird.

Meine Herren, ich bitte Sie, davon überzeugt zu sein, daß ich stolz darauf bin, Ihr Chef zu sein. Ich danke Ihnen für die Aufbauarbeit, die Sie im Dienste des Reiches und des Führers im Generalgouvernement geleistet haben.

Wir grüßen den Führer.

Sieg Heil! Sieg Heil! Sieg Heil!

Staatssekretär Dr. B ü h l e r :

Herr Generalgouverneur!

Ich darf den Anlaß der heutigen Abteilungsleitersitzung, der letzten im Jahre 1940, benutzen, um Ihnen namens Ihrer Gefolgschaft im Generalgouvernement, namens der Leiter Ihrer Ressorts und der Gouverneure unseren tiefempfundenen Dank für das große Vertrauen auszusprechen, das Sie uns im vergangenen Arbeitsabschnitt entgegengebracht haben. Wer wie ich und die Herren Abteilungsleiter Gelegenheit hatte, mit Ihnen beinahe täglich den persönlichen und dienstlichen Konnex aufzunehmen, der weiß, wieviel wichtige und entscheidende Fragen erst durch Ihr persönliches Eingreifen und durch Ihre richtunggebenden Weisungen eine endgültige Klärung fanden. In dem vergangenen Jahre ist es mir aber auch klar geworden, daß es nicht genügt, an führender Stelle nur über fachliche Qualitäten zu verfügen. Gerade die wichtigsten Entscheidungen sind dem Reich gegenüber erst dadurch möglich geworden, daß Sie, Herr Generalgouverneur, der fachlichen Arbeit Ihrer Mitarbeiter das politische Gewicht hinzugefügt haben. Daß Ihnen als altem nationalsozialistischem Kämpfer der unmittelbare Weg zum Führer offen steht, erfüllt uns alle mit Stolz und Genugtuung.

Das Jahr 1941 steht geheimnisvoll vor der Tür. Es wird an uns nicht geringere Anforderungen an Arbeitskraft, Verantwortungsfreude und persönlichem Einsatz stellen als das vergangene Jahr. Eins haber ist sicher: Wenn Sie, Herr Generalgouverneur, uns befehlen, dann werden wir Treue mit Treue zu entgelten wissen und stets in jeder Situation an Ihrer Seite zu finden sein.

Schluß der Sitzung: 12^{30} Uhr.

END OF

VOL. #2

RT

END OF

VOL. #2

RT

Vol. # 3

R.1

VOL. # 3

R.I.

Tagebuch 1940

Erster Band

Januar bis März 1940

Mei
8..40.

Montag, den 8.Januar 1940.

10[45]Uhr Der Herr Generalgouverneur empfängt die Herren Geheimrat Z e t z s c h e, Präsident S p i n d l e r und Präsident S e n k o w s k i zum Vortrag über Fragen des beabsichtigten Mineralölmonopols, dessen Ausführung in der Weise geplant sei, daß der Vertrieb des Mineralöls aus dem Tätigkeitsbereich der Beskidenölverwertungsgesellschaft ausscheidet und einer neu zu gründenden Vertriebsgesellschaft übertragen wird. Der Herr Generalgouverneur betont hierbei die unbedingte Notwendigkeit, daß alles daran gesetzt werden müsse, die Ölproduktion so ergibig wie nur möglich zu gestalten.

11[20]Uhr Landrat Dr. S i e b e r t berichtet dem Herrn Generalgouverneur über den Stand des Ausbaues der inneren Verwaltung und hebt dabei hervor, daß sich gewisse Schwierigkeiten daraus ergeben, daß die zentrale Gewalt noch nicht stark genug sei und die Gouverneure eine zu große Selbständigkeit hätten. Es komme vor, daß die Distriktschefs Verordnungen erlassen, ohne die innere Verwaltung vorher zu verständigen und daß Anfragen der inneren Verwaltung von den Distriktschefs nicht beantwortet wurden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß die ganzen Fragen der inneren Verwaltung in der Abteilung „Innere Verwaltung" im Amt des Generalgouverneurs zusammenlaufen müßten. In dringenden Fällen sei von den Distriktschefs sofort, sonst monatlich zu berichten. Bis in 4 Wochen müsse der Ausbau der inneren Verwaltung abgeschlossen sein. Notwendig sei eine klare Geschäftsverteilung, ein Zuständigkeitsplan, eine Disziplnarordnung für die Beamten und schließlich eine Herausgabe der gesamten Vorschriften für das Generalgouvernement.

12[10]

12[10]Uhr Landgerichtsrat Dr. B ü c h n e r übergibt dem Herrn Generalgouverneur eine vertrauliche Denkschrift des Herrn Reichsministers K e r r l über die Behandlung kirchlicher Fragen.

12[20]Uhr Oberregierungsrat Dr. S c h e p e r s hält Vortrag über die Planungen der Wehrmacht im Zusammenhang mit dem Ostwall und seinen Nebeneinrichtungen. Die Einschaltung des Generalgouvernements bei diesen Fragen sei sichergestellt Bei der am 16.I. in Lodsch stattfindenden Besprechung würden sowohl von der Seite der Wehrmacht wie von der Seite des Generalgouvernements alle Wünsche zur Sprache gebracht. Grundsätzlich sei zur Frage der Schaffung der Verteidigungszone zu bemerken, daß es unzweckmäßig scheine, in dieser Verteidigungszone ein rein polnisches Gebiet bestehen zu lassen. Es müsse vielmehr eine Zone geschaffen werden, die der Verteidigungszone eine gewisse Resonanz biete.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt hierzu, daß er die hiermit im Zusammenhang stehende Frage der Rückkehr der Deutschen aus der Gegend östlich der Weichsel in das Reich im Zusammenhang mit der Wehrlage im Generalgouvernement bei seiner in den nächsten Tagen erfolgenden Unterredung mit Herrn Generalfeldmarschall G ö r i n g zur Sprache bringen werde.

15[00]Uhr Präsident B a u d e r berichtet über den <u>Stand des Straßenbaues im Generalgouvernement.</u> Der Ausbau der von der Wehrmacht in Dringlichkeitsstufe I aufgeführten Straßenzüge, welcher unter allen Umständen im Jahre 1940 durchgeführt werden soll, erfordere einen Gesamtaufwand von 55 Millionen

lionen Reichsmark. Die Kosten für diese Straßenbauten müsse die Wehrmacht aufbringen. Der Ausbau der hierbei in Frage kommenden 692 km langen Straßenzüge im Baujahr 1940 sei technisch nur möglich, wenn bis Ende März das gesamte Baumaterial herbeigeschafft werde. Der Ausbau der vom Herrn Generalgouverneur für das Jahr 1940 geforderten Durchgangsstraßenzüge erfordere einen Gesamtaufwand von 14,9 Millionen Reichsmark. Es handle sich hierbei um die Straßen Wadowitz - Krakau und Radom-Kielce mit einer Gesamtlänge von 164 km. Die Unterhaltung der Durchgangsstraßen erfordere einen Jahressachaufwand von 3,4 Millionen Reichsmark. Die Unterhaltung und der Ausbau der Distrikts- und Kreisstraßen sei Sache der einzelnen Distrikte bezw. Kreise. Die Durchführung der Ausbauarbeiten im Sommer 1940 sei technisch nur dann möglich, wenn die für das Rechnungsjahr 1939 noch benötigten Mittel sofort zur Verfügung stehen. Bis jetzt sei seitens der Wehrmacht keinerlei verbindliche Zusage, sondern nur die Aufforderung ergangen, sofort mit den Arbeiten zu beginnen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt anknüpfend an einen Fall, der sich in Warschau ereignete, daß auch die Beauftragten der Bauabteilung sich den Anordnungen der Distriktschefs zu fügen haben. In allen fachlichen Angelegenheiten sei selbstverständlich die Bauabteilung führend, aber wichtig sei, daß in einem Distrikt nichts geschehe, ohne daß der Distriktchef gehört werde. Von diesem allgemeinen Grundsatz könne auch für die Bauverwaltung keine Ausnahme gemacht werden. Falls vom Distriktschef Forderungen erhoben werden, die Kosten verursachen, seien sie zuerst der Bauabteilung vorzulegen.

16^{00} Uhr

16⁰⁰Uhr Präsident B e c k erhält vom Herrn Generalgouverneur, der ihm den Dank und die Anerkennung für die außerordentliche schwierige Arbeit der Verwaltung der Ostbahn ausspricht, den Auftrag, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die Bahn den Anforderungen, die der Krieg an sie stelle, gerecht werden könne. Um den Transport kriegswichtiger Erzeugnisse und Rohstoffe zu ermöglichen, müsse nötigenfalls der Personenverkehr eingeschränkt oder ganz stillgelegt werden. Die innere Verwaltung müsse im Benehmen mit der Verwaltung der Ostbahn eine Verordnung ausarbeiten, wonach Personen, die von ihrem dauernden Wohnsitz die Eisenbahn auf einer Strecke von über 100 km benützen wollen, die Genehmigung der Wohnsitzbehörde haben müssen.

16⁴⁵Uhr Ministerialrat W i l l e berichtet dem Herrn Generalgouverneur über ein Schreiben des Herrn Staatsministers M e i s s n e r an den Herrn Reichsminister Dr. Gürtner, in dem die Frage der Ausbauung des Gnadenrechts im Gebiet des Generalgouvernements behandelt und die Ansicht vertreten wird, daß auch in diesem Gebiet die Ausübung des Gnadenrechts dem Herrn Reichsminister der Justiz obliege.

Der Herr Generalgouverneur stellt dem gegenüber fest, daß die Ausübung des Gnadenrechts im Gebiet des Generalgouvernements dem Generalgouverneur zustehe. Das ergebe sich aus der Führerverordnung vom 12.10.39. Es behalte bei dem bisherigen Verfahren sein Bewenden und es bestehe kein Anlaß, etwas daran zu ändern.

Ministerialrat W i l l e bespricht sodann Fragen der deutschen und polnischen Gerichtsbarkeit im Gebiete des Generalgouvernements.

ralgouvernements.

a) Amtssprache bei den Gerichten. Bei den deutschen Gerichten ist die deutsche Sprache ausschließlich Amtssprache. Bei den polnischen Gerichten ist zu überlegen, ob nicht auch ukrainisch zuzulassen sei.

b) Instanzenzug. Bei den deutschen Gerichten gibt es 2 Instanzen: Deutsches Gericht und deutsches Obergericht. Für später kann die Errichtung eines Höchsten Gerichtes als 3.Instanz in Erwägung gezogen werden. Die polnische Gerichtsverfassung kennt 4 Instanzen. Das Oberste Gericht in Warschau soll überhaupt nicht wieder aufgebaut werden. Es bleiben also: Amtsgericht, Landgericht und Oberlandesgericht. Jeder Rechtsstreit dürfe aber, um eine Bevorzugung der Polen gegenüber den Deutschen zu vermeiden, nur 2 Instanzen durchlaufen, entweder Amtsgericht und Landgericht oder Landgericht und Oberlandesgericht.

c) Bezeichnung der deutschen Gerichte. Es wird vorgeschlagen: Deutsches Gericht, Deutsches Obergericht und Distriktstrafgericht (bisher Sondergericht).

d) Behandlung der Vergehen gegen das Heimtückegesetz und der Vergehen gegen das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit den Vorschlägen einverstanden mit der Maßgabe, daß aus Zweckmäßigkeitsgründen die Sondergerichte ihre bisherige Bezeichnung beibehalten. Was die Behandlung der Heimtückevergehen anbelange, so sei im Bereich des Generalgouvernements der Generalgouverneur oder der Distriktschef zuständig zur Anordnung der Strafverfolgung. Hinsichtlich des Verbrechens der Rassenschande sei es bedenklich, diesen Begriff auch auf die Volksdeutschen auszudehnen. Für die im Generalgouvernement ansäßigen Reichsdeutschen sei die Anwendung der einschlägigen Bestimmungen selbstverständlich.

Ministerialrat

Ministerialrat W i l l e teilt noch mit, daß der Herr Reichsminister der Justiz sich bereit erklärt habe, die an den Gerichten im besetzten Gebiet als Richter beschäftigten Rechtsanwälte für die Dauer ihrer hiesigen Beschäftigung zu Beamten auf Widerruf zu ernennen.

17[25] Uhr ⌜ Der Herr Generalgouverneur empfängt den Leiter der Dienststelle für den Vierjahresplan, Generalmajor B ü h r m a n n mit den Herren Major H a r t o g, Regierungsrat Dr. B e r g m a n n, Landesbauernführer K ö r n e r und Leutnant H e n k e zur konstituierenden Sitzung der Dienststelle für den Vierjahresplan. Er führte hierbei aus: Neben dem Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete, dem die Erfüllung der großen politischen Aufgaben obliege, müsse eine Einrichtung bestehen, die die großen wirtschaftspolitischen Aufgaben zu erfüllen habe und diese Einrichtung sei die jetzt gegründete „Dienststelle für den Vierjahresplan". Erste und wichtigste Aufgabe im gegenwärtigen Zeitpunkt sei die Schaffung der wirtschaftlichen Voraussetzungen für das Gelingen der militärischen Aktionen im Westen. Zu diesem Zwecke müsse aus dem Generalgouvernement mit höchster Beschleunigung alles das herausgeholt werden, was die Vorbereitung dieser Aktionen zu unterstützen geeignet sei. Bei der Durchführung dieser Aufgabe müsse auch die Wehrmacht mithelfen. Die Dienststelle für den Vierjahresplan sei vom Amt des Generalgouverneurs vollkommen getrennt. Der Grund hierfür sei, daß durch diese Dienststelle eine Autorität begründet werden solle, die vollkommen ungebunden sei durch die Tradition des Generalgouvernements. Diese Regelung widerspreche auch keineswegs der Führerverordnung vom 12.10.39,

denn

denn der Führer habe bei dieser Verordnung nur daran gedacht, daß neben dem Generalgouverneur nicht eine andere zentrale Gewalt bestehen solle. Die Notwendigkeit der Schaffung der Dienststelle für den Vierjahresplan ergebe sich auch daraus, daß ein Einfluß, den der Generalgouverneur nicht habe, dem Generalbevollmächtigten für den Vierjahresplan zweifellos zustehe. Nur auf diesem Weg sei die Erreichung der beabsichtigten Ziele gewährleistet.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sodann die Dienststelle für den Vierjahresplan als konstituiert.

Dienstag, den 9.Januar 1940.

11^{00}Uhr Ankunft des Herrn Staatssekretärs S t u c k a r t, Besprechung des Herrn G e n e r a l g o u v e r n e.u r s und des Herrn Reichsministers S e y ß - I n q u a r t mit Herrn Staatssekretär S t u c k a r t und den Herren seiner Begleitung, Ministerialrat H u b r i c h und Regierungsrat S c h i e d e r m a i e r. Anschließend Frühstück beim Distriktschef Dr. W ä c h t e r und dann Fortsetzung der Besprechungen.

19^{00}Uhr Abendempfang.

10.1.40.

Mittwoch, den 10.Januar 1940.

10[00]Uhr Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r, Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h und Landgerichtsrat T a s c h n e r.

11[45]Uhr Distriktschef W ä c h t e r und Landrat Dr. S i e b e r t werden vom Herrn Generalgouverneur empfangen. Der Herr Generalgouverneur legt ihnen die von ihm geplante und mit dem Chef des Amtes besprochene Neueinteilung des Amtes des Generalgouverneurs dar. Das Amt gliedere sich in 3 große Bereiche: Chef des Amtes, Zentralabteilung, Fachabteilung. Die Zentralabteilung umfaßt die Abteilung Gesetzgebung, die Abteilung Raumordnung, die Kanzlei Burg und den Personalreferenten. Eine eigene Personalabteilung gebe es nicht mehr. Die Zahl der Fachabteilungen betrage ungefähr 15. Von Bedeutung sei auch die Rangordnung. Sie sei so gedacht, daß der Chef des Amtes und der Höhere SS- und Polizeiführer im Rang gleich seien, daß nach ihnen die 4 Distriktschef und nach diesen die Abteilungsleiter kommen. In der Höhe der Abteilungsleiter entscheide das Lebensalter. Nach den Abteilungsleitern kommen die Chefs der Ämter bei den Distriktschefs und dann die Kreis- und Stadthauptleute.

Der Herr Generalgouverneur bespricht sodann die ihm durch seine Ernennung zum Generalbevollmächtigten für den Vierjahresplan und zum Reichsverteidigungskommissar gegebenen außergewöhnlichen gesetzgeberischen und befehlsmäßigen Möglichkeiten. Er beabsichtige die Bildung eines Verteidigungsrates des Generalgouvernements, dessen Aufgabe die Beratung der obersten Prinzipien der Reichsverteidigung sei.

Distriktschef W ä c h t e r schneidet die Frage an, ob nicht im Hinblick auf die schwierige Kohlenversorgungslage

eine

eine Änderung der Westgrenze in den Bereich der Erwägungen gezogen werden könne.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt, daß an der Westgrenze zunächst nichts geändert werden könne, daß aber das Gebiet um Dombrowa als Zollausschlußgebiet erklärt werden könne, damit habe sich auch Reichsminister F u n k einverstanden erklärt.

Es kam sodann noch die Frage eines verstärkten Grenzschutzes bei Zakopane zur Sprache. Distriktschef W ä c h t e r erklärte hierzu, daß für dieses Gebiet die Schaffung einer Sperrzone beabsichtigt sei.

Der Herr Generalgouverneur teilte schließlich noch seine Pläne hinsichtlich der Pflege des Sportes im Generalgouvernement mit. Jeder Distrikt soll einen Sportreferenten bekommen, der für den Bereich seines Distrikts Referent für alle Sportarten und für das Gebiet des Generalgouvernements Referent für eine bestimmte Sportart sei. So werde der Sportreferent im Distrkt Krakau zuständig sein für die Betreuung des Wintersportes im Generalgouvernement, der Sportreferent von Warschau für den Wassersport im Generalgouvernement usw. Der oberste Referent für alle Sportarten im gesamten Generalgouvernement werde vom Reichssportführer geschickt werden.

12[15] Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Distriktschef W ä c h t e r und Oberbürgermeister Z ö r n e r über Fragen des deutschen Theaters in Krakau.

15[00] Uhr SS-Obergruppenführer K r ü g e r, General B e c k e r, SS-Oberführer H i n t z e und SS-Brigadeführer S t r e c k e n b a c h werden vom Herrn Generalgouverneur und Herrn Reichsminister Seyß-Inquart zu einer Besprechung empfangen.

16[40]

16[40]Uhr Oberlandforstmeister E i ß f e l d t berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Aufstellung einer 1500 Mann starken eigenen Forstschutztruppe, die weder dem Militär noch der Polizei unterstehen. Aufgabe dieser Truppe sei nicht nur der Forstschutz, sondem auch die fachliche Anleitung der polnischen Forstarbeiter. Die Truppe, die von Herrn Generalfeldmarschall Göring geschickt sei, werde von der Wehrmacht bewaffnet und verpflegt und sei einsatzmäßig dem Höheren SS- und Polizeiführer unterstellt.

Der Oberlandforstmeister legt dann dem Herrn Generalgouverneur eine Karte über die Verbreitung der einzelnen Waldarten im Generalgouvernement vor. Am häufigsten seien Kiefernwälder. Der Holzeinschlag bei Radom und Spala habe begonnen. Die Abfuhr werde durch die Gespanndienstpflicht organisiert. Die Verarbeitung des Holzes sei besonders schwierig, weil die Sägewerke größtenteils klein und unzulänglich seien. Der Holzhandel sei zu 90% in jüdischen Händen. Der Abtransport des Holzes ins Reich leide unter dem allgemeinen Waggonmangel.

17[20]Uhr Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit den Herren General B ü h r m a n n, Major H a r t o g, Regierungsrat B e r g m a n n, Landesbauernführer K ö r n e r und Leutnant H e n k e.

Der Herr Generalgouverneur hebt die Notwendigkeit hervor, die Arbeit der Dienststelle für den Vierjahresplan in übersichtlicher und klarer Weise zu gliedern. Der Aufgabenbereich der Dienststelle umfasse 3 große Sektionen:

1) Rohstoffgewinnungssektor,
2) Rohstoffverarbeitungssektor,
3) Fabrikationssicherungssektor.

In den Sektor 1) fallen alle diejenigen Fragen, die mit der Gewinnung der Rohstoffe: Kohle, Erz, sonstige Metalle, Öl, Holz, Zucker, Seife, Hanf, Flachs, Kalk, Stickstoff und Phosphaten zusammenhingen.

a) Kohle.

Die Lage auf dem Kohlenmarkt ist katastrophal. Eine entscheidende Verbesserung könne nur erfolgen, wenn das Dombrowa- Gebiet zum Zollausschlußgebiet erklärt würde. Es würde dann unter Aufrechterhaltung der Reichsgrenze die Zollgrenze zurückverlegt werden und das Generalgouvernement könnte jährlich 2-2 1/2 Millionen Tonnen Kohlen zu den im Generalgouvernement üblichen Bedingungen erhalten.

General B ü h r m a n n schlägt vor, einen Kohlenverteilungskommissar zu ernennen und ihn der Dienststelle für den Vierjahresplan anzugliedern. Regierungsrat B e r g m a n n empfiehlt die Bezeichnung „Überwachungsstelle für Kohle".

Der Herr Generalgouverneur ordnet die Schaffung dieser Überwachungsstelle an, der Leiter dieser Stelle wird noch bestimmt werden.

General B ü h r m a n n hält die Aufstellung eines Transportverbindungsmannes für nötig, insbesondere auch im Hinblick auf den Abtransport der Arbeiter, mit dem jetzt begonnen werden müsse, weil sich sonst alles in den Monaten März und April zusammendränge.

Landesbauernführer K ö r n e r bemerkt hierzu, daß in der 2. Hälfte des Januar mit dem regelmäßigen Transport begonnen werde. Die Reichsbahn sei bereit, täglich 10 Züge mit je 1000 Mann zu fahren.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß die Beiziehung eines Transportsachverständigen geplant sei. Die Auswahl der

Persönlichkeit

Persönlichkeit müsse der Bahn überlassen bleiben.

Landesbauernführer K ö r n e r hält die Zuziehung eines Eisenbahners für bedenklich, weil es sich ja um allgemeine Transportfragen, nicht nur um Eisenbahntransportfragen handle.

General B ü h r m a n n weist darauf hin, daß man überwiegend auf die Eisenbahn angewiesen sei, da für Transporte mit Kraftfahrzeugen der Betriebsstoff fehle.

Der Herr Generalgouverneur erklärt abschließend zur Frage der Kohlenversorgung: Die Versorgung mit Kohle ist gesichert bis 1.März, wenn die Transportmöglichkeiten bestehen, bezw. geschaffen werden. Nach dem 1.März muß Dombrowa als Zollausschlußgebiet zur Verfügung stehen, oder es müsse vom Reich verlangt werden, daß es weiterhin ohne Rücksicht auf die Lohnlage Kohlen zu dem im Generalgouvernement üblichen Preisen zur Verfügung stellt.

b) Erz.

General B ü h r m a n n führt hierzu aus, daß Verhandlungen stattgefunden haben über die Aufteilung der wichtigsten Gruben zwischen den Hermann Göring-Werken und der Friedrichshütte. Es komme darauf an, eine möglichst hohe Förderung zu erzielen. Es sei eine Steigerung von insgesamt 230000 Tonnen auf 450000 Tonnen möglich. Auf die Gruben bei Tschenstochau habe das Generalgouvernement leider keinen Einfluß. Es wäre aber zu erwägen, ob hier nicht eine klare Regelung wie bei der Kohle möglich wäre, um die Erzgewinnungsbasis zu vergrößern.

Leutnant H e n k e bemerkt, daß die im Generalgouvernement gewonnenen Erze für die hiesige Produktion vollauf genügen.

19.1.40.

General B ü h r m a n n weist darauf hin, daß die Polen 80% ihres Erzbedarfs eingeführt haben, was darauf zurückzuführen sei, daß die Ausbeutung der Erzlager nach ungenügenden Methoden vorgenommen wurde. Darin werde jetzt ein grundlegender Wandel eintreten.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß die Lage beim Erz nicht so dringend sei wie bei der Kohle, wenn die Produktion im Gang sei und daß auf eine erhebliche Steigerung derselben gehofft werden könne.

c) Öl.

Der Herr Generalgouverneur erklärt hierzu, daß er darauf bestehe, daß die Beskidengesellschaft ihren Sitz im Generalgouvernement nehme und die Produktion nach seinen Weisungen durchführe. Es sei mit einer ansehnlichen Steigerung der Produktion zu rechnen. Die Schwierigkeit bestehe aber darin, daß das Öl infolge Mangels an Tankwagen nicht abtransportiert werden könne. Notwendig sei auch die Beiziehung eines Ölsachverständigen.

d) Holz.

Oberlandforstmeister E i ß f e l d t schildert die Holzlage im Reich, die durch den Ausfall der Lieferungen aus Finnland (jährlich 2 Millionen Festmeter) katastrophal geworden sei und sich auch dadurch noch ungünstiger gestalte, daß die ganze Bauwirtschaft weitgehend von Eisen auf Holz umgestellt werde. Das Generalgouvernement werde im Laufe des Wirtschaftsjahres im Reich 1 Million Festmeter und an das oberschlesische Kohlengebiet zusätzlich weitere 1,2 Millionen Festmeter Holz liefern. Außerdem müsse der eigene Bedarf des Generalgouvernements gedeckt werden. Daß bei dem hierbei notwendigen Einschlag

auf

auf normale Verhältnisse keine Rücksicht genommen werden könne, sei klar.

e) Metalle (außer Eisen).

General B ü h r m a n n erklärt, daß noch gewisse Vorräte an Kupfer im Generalgouvernement vorhanden seien, die zum Teil zur Deckung des eigenen Bedarfs für elektrische Leitungen, Fernsprechleitungen usw. benötigt werde, die zum anderen Teil ins Reich ausgeführt werden können. An sonstigen Metallen (Zink, Blei) sei im Generalgouvernement so gut wie nichts vorhanden.

f) Flachs und Hanf.

Der Anbau von Flachs müsse gefördert werden. Durch eine geeignete Preisbildung könnte man den Anreiz dazu schaffen. Ob eine beträchtliche Steigerung des Anbaues möglich ist, hängt davon ab, ob das nötige Saatgut zur Verfügung gestellt werden kann.

g) Zucker.

Der Bedarf an Zucker werde im Generalgouvernement nur zu 60% gedeckt. Es müsse erreicht werden, daß die Anbaufläche für Zuckerrüben von 32000 auf 60000 Hektar gesteigert wird. Wenn man die Verknappung an Zucker künstlich aufrechterhalte, sei es möglich, im nächsten Jahr Zucker auszuführen.

h) Seife.

An Seife bestehe großer Mangel, da von den abziehenden Truppen viel mitgenommen worden sei. Bis vor kurzem habe man noch Seife aus reinem Fett und Öl hergestellt. Jetzt sei die Herstellung von Einheitsseife geplant. Eine Ausfuhr von Seife ins Reich sei nicht möglich.

i) Stickstoff.

Die

Die Produktion an Stickstoff kann von 10-12000 auf 20000 Tonnen gesteigert werden. Diese Produktion genüge, um die Hackfrüchte mit dem nötigen Dünger zu versorgen.

k) Phosphate.

Auch an Phosphaten sei so viel da, daß der Bedarf gedeckt werden könne.

l) Kalk.

Kalkwerke sind genügend vorhanden, nur fehlt es an hochwertiger Kohle, um den Kalk zu brennen.

Landesbauernführer K ö r n e r schildert sodann die Lage auf dem Gebiete der Versorgung mit Getreide und Kartoffeln. An Getreide müßten 135 000 Tonnen aus dem Reich zusätzlich eingeführt werden. Ferner sei es notwendig, daß die Wehrmacht sich aus der Heimat verpflege. Das Generalgouvernement sei bis 1941 nicht in der Lage, die Wehrmacht zu verpflegen. Es fehle an Lagerhäusern und an Vorräten. Die Errichtung großer Getreidespeicher sei vordringlich. Für die Kartoffelernte sei dieses Jahr die Witterung nicht günstig gewesen; es sei zu hoffen, daß im nächsten Jahr die Ernte besser ausfallen werde.

General B ü h r m a n n bezeichnet die Lage der Versorgung mit Leder als sehr ernst. Die Lederbestände sind von den Truppen abtransportiert worden. Es müsse eine Verordnung herausgebracht werden, die es den Polen verbietet, Stiefel mit Ledersohlen zu tragen.

Der Herr Generalgouverneur ordnet die alsbaldige Vorlage dieser Verordnung an.

General B ü h r m a n n führt weiter aus, daß auch an Gummi, sowie an Wolle und Baumwolle nur mehr ganz geringe Vorräte vorhanden seien. Schrott sei genügend vorhanden, doch

fehle

fehle es an der Möglichkeit, es abtransportieren zu lassen.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt abschließend, daß es notwendig sei, eine Eröffnungsbilanz zu machen sowohl hinsichtlich der Produktions- wie auch hinsichtlich der Fabrikationsseite. Die Betriebe müssen eingeteilt werden in 2 Kategorien: Kategorie A: Die Betriebe die lebenswichtig sind für die jetzige Lage im Reich; Kategorie B: Die weniger wichtigen Betriebe. Die Betriebe der Kategorie A müßten eine Sonderstellung einnehmen hinsichtlich der Versorgung ihrer Arbeiter.

Zu der von General B ü h r m a n n noch angeschnittenen Frage der Schaffung einer Preisausgleichstelle ersucht der Herr Generalgouverneur um einen bestimmten Vorschlag in der Arbeitstagung am 16.I.1940.

11.1.40.

Donnerstag, den 11.Januar.

10^{00}Uhr Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Herrn Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r und anschließend mit Herrn Reichsminister Dr. S e y ß - I n q u a r t, Herrn Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r und Herrn Landrat Dr. S i e b e r t über Fragen der allgemeinen Geschäftseinteilung.

15^{20}Uhr Abteilungsleiter Dr. F r a u e n d o r f e r berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Möglichkeiten und den Umfang des Abtransportes von Arbeitern ins Reich. Die Reichsbahn fahre täglich 10 Transportzüge mit je 1000 Arbeitern. Am 15.I. werde mit den Transporten, die vorübergehend abgestoppt worden waren, wieder begonnen.

Bei der Umsiedlungsaktion müsse vermieden werden, daß sie in diesem brutalen Stil weitergeführt wird wie bisher, da sonst zu befürchten sei, daß sich die Leute nicht mehr freiwillig für das Reich melden und weil auch die Möglichkeit des Einsatzes dieser Leute im Reich durch die Art der Umsiedlung beeinträchtigt werde. Als Zuschuß für die Arbeitslosenhilfe sei vom Reichsarbeitsministerium ein monatlicher Zuschuß von 3 Millionen Reichsmark in Aussicht gestellt worden.

Oberregierungsrat H o p p e legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf einer Tarifordnung für den öffentlichen Dienst vor. Die Tarifordnung umfaßt folgende Kategorien:

1) nichtdeutsche Arbeiter,
2) deutsche Arbeiter,
3) Angestellte im allgemeinen,
4) deutsche Arbeiter und Angestellte, die aus dem Reich abgeordnet und im Generalgouvernement neu angestellt werden.

Die

Die Bezüge der deutschen Arbeiter und Angestellten, die grundsätzlich und mit gewissen Abweichungen nach oben und an die Reichstarifordnung angegliedert sind, sind in Reichsmark, die Bezüge der polnischen Arbeiter und Angestellten sind in Zloty ausgedrückt. Ein ungelernter polnischer Arbeiter bekommt 58 Groschen Stundenlohn. Die Löhne für die polnischen Arbeiter wurden auf der hiesigen Vorkriegshöhe gehalten, wobei sich allerdings gewisse Schwierigkeiten durch die inzwischen eingetretene Steigerung der Preise ergeben. Eine Erhöhung der Löhne müsse aber unter allen Umständen vermieden werden.

Der Herr Generalgouverneur äußert Bedenken dagen, daß die Bezüge der Deutschen Arbeiter und Angestellten in Reichsmark ausgedrückt werden, und berichtet, daß dadurch in der polnischen Bevölkerung Mißtrauen gegen den Zloty bestehen.

Oberregierungsrat H o p p e begründet die getroffene Regelung damit, daß die Bezüge der deutschen Angestellten bedeutend höher sind als die der polnischen und daß dieser Unterschied noch mehr in Erscheinung treten würde, wenn die Sätze für die deutschen Angestellten auch in Zloty ausgedrückt würden.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Oberregierungsrat H o p p e, diese Frage noch einmal genau zu prüfen, da die Gefahr bestehe, daß auch die deutschen Beamten und Angestellten auf den Gedanken kommen, daß der Zloty nichts mehr wert sei.

Dr. F r a u e n d o r f e r legt dem Herrn Generalgouverneur eine Verordnung über die Pflicht zur Leistung von Gespanndiensten und eine Durchführungsverordnung hierzu zur Unterzeichnung vor.

Der Herr Generalgouverneur bespricht sodann die Notwendigkeit,

digkeit der besonderen Betreuung der wehrwirtschaftlichen Betriebe. Für diese Kategorie von Betrieben müsse hinsichtlich Arbeiterschutz, Verpflegung und Bekleidung der Arbeiter alles getan werden. Der Abteilung Arbeit als einziger Arbeiterbetreuungsstelle fiele hierbei eine besonders wichtige Aufgabe zu. Die wehrwirtschaftlichen Betriebe, die in einer besonderen Kategorie A zusammengefaßt werden, müßten in jeder Beziehung so gestellt werden, daß jeder Betrieb darnach strebe, in die Kategorie A eingereiht zu werden, was dann von der Leistung abhängig zu machen sei.

15[45] Uhr Dr. W a l b a u m hält dem Herrn Generalgouverneur Vortrag über den Gesundheitsstand im Generalgouvernement. Die Lage könne als befriedigend bezeichnet werden; eine Gefahr des Auftretens von Epidemien erscheine nicht gegeben. An Fleckfieber seien in Warschau 18 sichere und 18 unsichere Fälle zu verzeichnen gewesen, in Lublin 7 Fälle und in Krakau keiner. Was die Fälle von Typhus anbelange, so sei seit 1.9. keine Zunahme mehr zu verzeichnen. Die Zahl der Erkrankungen an sonstigen Infektionskrankheiten (Tuberkulose, Diphterie, Keuchhusten usw.) sei nicht ernsthaft. Eine gewisse Beachtung verdiene die Tollwut. Es habe eine epidemische Tollwut geherrscht und es müßten hiergegen vorbeugende Maßnahmen getroffen werden.

Dr. W a l b a u m bespricht sodann das Problem der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Die Zahl der infolge Geschlechtskrankheiten erwerbsunfähigen Kranken betrage in Polen 6%, also rund das 10fache wie in Deutschland. Eine Meldepflicht für Geschlechtskranke bestehe in Polen so gut wie überhaupt nicht. Es sei zu erwägen, eine allgemeine Ausweispflicht für

weibliche

weibliche Personen einzuführen, um Polinen, die sich als Dirnen herumtreiben, festzustellen und der ärztlichen Untersuchung zuführen zu können. Bedenklich sei insbesondere das Vorhandensein von Lues.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt den Gesundheitsführer, alles auf dem Gebiete der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten Notwendige zu veranlassen. In Verbindung mit der Abteilung Justiz müsse ein Verordnungsentwurf ausgearbeitet werden, der für die wissentliche Weiterverbreitung der Geschlechtskrankheiten die schwersten Strafen androhe. Um die Gefahr der Ansteckung durch unkontrollierte Dirnen zu beseitigen, müsse an die Errichtung behördlich konzessionierter und ärztlich überwachter Bordelle herangegangen werden.

Dr. W a l b a u m teilt über den Stand der ärztlichen Betreuung mit, daß in den Distrikten nunmehr 30 Ärzte zur Verfügung stehen. Die Zahl werde sich auf 80 erhöhen. Das vordringlichste sei die Einrichtung von Amtsärzten bei den Kreishauptmannschaften. Um den Schutz gegen die Typhusgefahr möglichst wirksam zu gestalten, habe er in einem Schreiben an den Chef des Amtes ersucht, dafür zu sorgen, daß Personen, die Reisen in das Generalgouvernement unternehmen und dort mit der Bevölkerung in Berührung kommen, geimpft werden.

Sonntag, den 14.Januar 1940.

16^{00}Uhr Der Herr Generalgouverneur empfängt die Herren Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r, Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h Geheimrat Z e t z s c h e und den stellvertretenden Präsidenten der Ostbahn G e r t e i s zu einer Besprechung wegen der außerordentlich bedrohlichen Versorgungslage der Stadt Warschau mit Lebensmitteln und Kohlen. Die Stadt Warschau verfügt nur noch über 5% des notwendigen Kohlenvorrates. Viele Bäckereien mußten bereits geschlossen werden; eine Katastrophe steht unmittelbar bevor.

Nach Darlegungen des Geheimrats Z e t z s c h e und des stellvertretenden Präsidenten der Ostbahn genehmigte der Herr Generalgouverneur folgenden Plan:

1) Geheimrat Zetzsche und der stellvertretende Präsident der Ostbahn halten sich künftig in dauerndem Kontakt über die gegenseitig mitzuteilenden Vorräte an Kohlen in den Oppelner Revieren und an Waggons, die imstande sind, aus dem Bezirk Oppeln Kohlen abzutransportieren.

2) Die bereits auf der Strecke liegenden Kohlenzüge werden durch Sonderzuweisung von Lokomotiven unverzüglich nach Warschau in Bewegung gesetzt, sodaß Warschau schon morgen in den Besitz von 2500 Tonnen Kohlen kommt.

3) Nach Fertigstellung der Brücke bei Deblin wird die Reichsbahn eine verstärkte Sonderversorgung für Warschau unternehmen die dann auch durchgeführt wird, wenn durch den Wegfall der infolge der unzulänglichen Bahnhofsanlagen in Tschenstochau stets eingetretenen Verkehrsstockungen die Abwicklung des Verkehrs nach Warschau wesentlich erleichtert wird.

Im übrigen ordnete der Herr Generalgouverneur die sofortige Unterrichtung des Gouverneurs Dr. Fischer an, der telefonisch verständigt, sich mit den getroffenen Maßnahmen einverstanden erklärte.

15.1.40.

Montag, den 15.Januar 1940.

15^{00}Uhr Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit General B ü h r m a n n, Major H a r t o g und Leutnant H e n k e. General Bührmann schlägt die Bildung einer dem Vierjahresplan angegliederten Preisbildungsstelle vor.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet es als vordringlich, die Löhne für die Betriebe der Kategorie A festzusetzen und dafür zu sorgen, daß die Arbeiter dieser Kategorie für ihren Lohn auch das zum Leben Notwendige kaufen können. Für die 40 - 50 Unternehmungen, die hierbei in Frage kommen, müsse durch den Vierjahresplan das Nötige getan werden.

Zur Frage der Kohlenversorgung bemerkt der Herr Generalgouverneur, daß er in Berlin Verständnis für die Forderung gefunden habe, Dombrowa zum Zollausschlußgebiet zu erklären. Die Frage müsse in der morgigen Arbeitstagung besprochen werden.

General B ü h r m a n n bezeichnet die Schrottlage als sehr schlecht, weil die Bahn nicht mehr imstande sei, den Schrott abzutransportieren. Im übrigen sei die Gründung einer Schrotteinkaufstelle in Warschau notwendig. Warschau sei wegen seiner zentralen Lage hierzu am besten geeignet.

Im Interesse der Entlastung der Bahn und zum Zwecke der Kohlenersparnis empfiehlt General B ü h r m a n n den Verkehr von Sonderzügen im Generalgouvernement stark einzuschränken. Der Herr Generalgouverneur ist mit diesem Vorschalg einverstanden.

General B ü h r m a n n kommt noch auf die Schwierigkeiten zu sprechen, die sich aus der Unzulänglichkeit der hiesigen Druckerei ergeben.

Der Herr Generalgouverneur ersucht, diese Frage mit dem Amtschef zu besprechen; es sei die Errichtung

einer

einer eigenen Druckerei geplant.

15^{45}Uhr Finanzpräsident S p i n d l e r und Oberegierungsrat S t r e i t halten dem Herrn Generalgouverneur Vortrag über die Etatslage.

Für die Etataufstellung liegen noch keine festen Zahlen vor und man sei bisher noch auf Schätzungen angewiesen. In der letzten Zeit habe sich die leise Hoffnung ergeben, daß es gelingen werde, den Etat auszugleichen, wenn nicht unvorhergesehene Ausgaben dazwischenkommen und wenn das Reichsfinanzministerium sich entschließt, von den starren Grundsätzen abzugehen, daß alle Ausgaben, die im Generalgouvernement anfallen, auch vom Generalgouvernement getragen werden müssen. An Einnahmen sei mit etwa 450 Millionen Zloty zu rechnen, davon 120 Millionen aus direkten Steuern, 70 Millionen aus Verbrauchssteuern und 250 bis 270 Millionen aus dem Monopol. Für die Einkommensteuer sei eine 20%ige Erhöhung in Aussicht genommen. Die Steuereingänge seien erfreulich im Steigen begriffen, doch lasse sich noch nicht sagen, ob diese günstige Entwicklung erhalten werde.

Der Herr Generalgouverneur bringt die Frage des Straßenbaues zur Sprache und ersucht um Äußerung, welche Beträge auf alle Fälle für Zwecke des Straßenbaues im Etat eingesetzt werden.

Oberregierungsrat S t r e i t hält einen Betrag von 20 Millionen für diese Zwecke für notwendig. Die Frage müsse noch mit dem Herrn Reichsfinanzminister besprochen werden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs nach der finanziellen Lage der Bahn und der Post teilt Präsident S p i n d l e r mit, daß bei der Bahn die Frage, ob ein Defizit vorhanden sei,

erst

erst geklärt werden müsse; bei der Post werde wohl mit einem Defizit zu rechnen sein. Eine sehr erhebliche Belastung stellen die Ausgaben für die Polizei dar.

Präsident S p i n d l e r kommt dann auf die Preisentwicklung und die sich daraus ergebenden Folgen zu sprechen. Wenn die Preisentwicklung so weiter gehe, sei die Aufstellung des Etats überhaupt nicht möglich. Der Herr Generalgouverneur hebt die Schwierigkeiten hervor, die einer wirksamen Preisregulierung im Wege stehen. Ein entscheidendes Durchgreifen sei nicht möglich, weil zu wenig Polizei da sei. Präsident Spindler erklärt, daß es für verfrüht gelten würde, jetzt schon eine Erhöhung der Bezüge vorzunehmen.

Der Herr Generalgouverneur erwidert, daß er nicht die Bezüge erhöhen, sondern eine einmalige außerordentliche Zuwendung in Aussicht nehmen würde. Im übrigen ergingen die Bemühungen dahin, für die in den Betrieben der Kategorie A beschäftigten Arbeiter einen ausreichenden Reallohn zu sichern.

Präsident S p i n d l e r weist auf die außerordentlichen Ausgaben hin, die durch die Judenzwangsarbeit entstehen. Der Aufbau dieser Einrichtung sei auf 90 Millionen veranschlagt. Es seien 4 Konzentrationslager geplant. Wenn diese Ausgabe in Wegfall käme und auch die Ausgaben für Straßenbauten nicht in der von der Wehrmacht geforderten Höhe gemacht werden müßten, könnte der Etat ausgeglichen werden.

Der

Der Herr Generalgouverneur betont, daß die Einsetzung eines Betrages in der genannten Höhe für die Zwecke der Judenzwangsarbeit nicht in Frage komme. Was die Straßenbauten anbelange, so müsse die Wehrmacht die Kosten tragen, wenn sie Straßen bauen wolle.

Präsident S p i n d l e r bringt die Frage der Finanzierung des städtischen Theaters in Krakau zur Sprache.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß sich Oberbürgermeister Z ö r n e r bereit erklärt habe, die Kosten für das Theater auf den Haushalt der Stadt zu übernehmen. Einer Klärung bedürfe noch die Frage der Kostentragung für die sozialen Gastspiele. Zur Aufrechterhaltung einer geordneten Haushaltführung sei es im übrigen notwendig, daß von allen Abteilungen ~~an~~ Anordnungen, die Kosten verursachen, zunächst der Finanzabteilung vorgelegt und dort geprüft werden.

16^{45}Uhr ⌜ General B a r c k h a u s e n, Rüstungsinspektor Oberost, legt dem Herrn Generalgouverneur Art und Umfang seines Auftrages dar, der im wesentlichen darin bestehe, die wirtschaftlichen Betriebe in die Planung des Oberkommandos der Wehrmacht einzuschalten.

Der Herr Generalgouverneur hält eine enge Zusammenarbeit zwischen General Barckhausen und der Dienststelle für den Vierjahresplan für erforderlich und gibt der Erwartung

Ausdruck,

15.1.40.

Ausdruck, daß sich diese Zusammenarbeit reibungslos vollziehen werde.

17^{00}Uhr Major W i e s e r meldet sich in Begleitung von Major Tschammer und Osten beim Herrn Generalgouverneur und teilt ihm mit, daß es der dringende Wunsch der Chelmer ukrainischen Bevölkerung sei, die Kathedrale in Chelm wieder zurückzubekommen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß die Wiedereröffnung der Kathedrale am 1.Mai erfolgen werde.

17^{10}Uhr Der Herr Generalgouverneur empfängt Ministerialrat Dr. P l o d e c k und legt ihm in grundsätzlicher Ausführung dar, wie er sich die Gestaltung des Beschlagnahmerechts denke, Die Beschlagnahmehoheit liege grundsätzlich beim Generalgouverneur. Sie werde delegiert an die Abteilungsleiter, sei aber gehemmt insofern, als die Verwirklichung des Beschlagnahmerechts nur geschehen könne durch die Treuhandstelle.Die Verwaltung und Verwertung der beschlagnahmten Objekte stehen derjenigen Stelle zu, in deren Interesse die Beschlagnahme erfolgt sei. Schließlich müsse auch die Frage der Entschädigung in geeigneter Weise geregelt werden; denn man könne micht allgemein sagen, daß entschädigungslos beschlagnahmt werde.

17^{30}Uhr

17^{30}Uhr Der Präsident der deutschen Handelskammer Warschau, Dr. G r e g o r y, berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die frühere Tätigkeit der deutschen Handelskammer für Polen, deren Präsident er seit 1934 war. Er schlägt vor, die Handelskammer umzubenennen in „Handelskammer im Generalgouvernement" und in dieser Kammer mit 4 Geschäftsstellen - Krakau, Warschau, Lublin, Radom - die Deutschen zu organisieren. Falls es nötig erscheine, auch die Polen zu organisieren, könne man die alten polnischen Kammern in abgeschwächter Form unter deutscher Führung weiter bestehen lassen.

Der Herr Generalgouverneur sichert Herrn Dr. Gregory seine Unterstützung für die ihm vorgetragenen Pläne zu und ersucht ihn, sich mit Geheimrat Z e t z s c h e in Verbindung zu setzen.

17^{50}Uhr Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h zur Vorlage von Verordnungen.

Dienstag, den 16.Januar 1940.

10^{00} Uhr Standartenführer G s t ö t t e n b a u e r berichtet dem Herrn Generalgouverneur über seine Tätigkeit in Warschau und die Schwierigkeiten, die sich bei der Versorgung der dortigen Bevölkerung ergeben. Die Preisentwicklung sei katastrophal, es bestehe eine offene Inflation, und es werde schwunghafter Schleichhandel betrieben. Man habe versucht, diesem Treiben dadurch Einhalt zu gebieten, daß man die Löhne nicht über den Vorkriegsstand erhöht habe. Wichtig sei die Einführung einer Wucherverordnung.

Der Herr Generalgouverneur weist auf die schwierigen Probleme hin, die sich daraus ergeben, daß für eine große Anzahl von Polen eine Sonderbehandlung Platz greifen müsse. Man benötige Tausende von Eisenbahnern, Tausende von Facharbeitern und Tausende von Polizisten. Wenn man diese Leute in die allgemeine Polenbehandlung mit einbeziehe, seien sie für die genannten Zwecke nicht zu verwenden.

11^{00}Uhr Landesbauernführer K ö r n e r teilt mit, daß gestern eine Tagung der Leiter der landwirtschaftlichen Abteilungen aus den 4 Distrikten stattgefunden habe. Es seien dabei Richtpreise für Brot, Getreide, Kartoffel, Fleisch, Milch und Zucker vorbereitet worden. In wenigen Tagen werden in den Distrikten die entsprechenden Preisrichtlinien bekanntgegeben werden. Es seien Richtpreise und nicht Höchstpreise vorgesehen. Preise, die bis zu 10% über den Richtpreisen liegen, sind noch nicht strafbar, was darüber liege, falle unter den Begriff Wucher. Im übrigen müsse man sich darüber klar sein, daß die Preissteigerung, wie sie jetzt zu verzeichnen sei,

nicht

nicht nur auf die Verknappung der Ware zurückgehe, sondern daß eine wesentliche Rolle die Veröffentlichung des Emissionsbankgesetzes gespielt habe.

Der Herr Generalgouverneur verfügt die Besprechung dieser Frage mit dem Dirigenten der Emissionsbank Dr. P a e r s ch

Landesbauernführer K ö r n e r schneidet die Frage des Grenzschutzes gegenüber dem Reiche an. Die Grenze sei viel zu schwach besetzt; alles was im Generalgouvernement mehr produziert werde, gehe über die Grenze; insbesondere werde ein schwunghafter Pferdehandel betrieben.

Hinsichtlich der Versorgung mit Brotgetreide sei nun seitens des Reiches eine gewisse Zusage erreicht worden und zwar liefere das Reich für die Monate Januar, Februar und März je 10 000 Tonnen, sodaß die Versorgung von Warschau, Krakau und der Industriegebiete bis 1.April gesichert sei.

Von großer Wichtigkeit sei die Versorgung der Landwirtschaft mit Stickstoff. Die Erzeugung sei ausreichend, die Transportlage jedoch sehr schwierig.

11^{30} Uhr Gesandter von W ü h l i s c h stellt dem Herrn Generalgouverneur den Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes für die besetzten polnischen Gebiete, DRK-Oberstführer Dr. S a n n e vor.

11^{40} Uhr Landrat Dr. S i e b e r t legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf einer Verordnung über die Familienunterstützung für Volksdeutsche vor und berichtet über weitere in Vorbereitung befindlichen Verordnungen, darunter eine sehr wichtige Verordnung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Landrat Dr. S i e b e r t

b e r t , eine geeignete Persönlichkeit für den Posten des Gouverneurs von Lublin ausfindig zu machen. Ferner verfügt der Herr Generalgouverneur, die Frage eines Amtsteiles der Krakauer Zeitung oder der Schaffung eines Amtsblattes der Abteilung „Innere Verwaltung" zu prüfen. Die Urlaubsfrage für die Beamten bedürfe einer grundsätzlichen Regelung.
Der Herr Generalgouverneur verfügt weiter, daß von den Abteilungen der Distriktschefs und von den Kreishauptleuten ab 1.März regelmäßig monatlich berichtet werde und zwar unmittelbar. Für die Abteilungsleiter, die Distriktschefs und die Kreishauptleute müssen eigene Dispositionsfonds geschaffen werden. Der Herr Generalgouverneur regt dann noch an, das Gebiet um die Bergakademie einschließlich der Sportplätze in einem noch näher festzulegenden Umfang als Exterritorialgebiet herauszuheben aus dem Hoheitsbereich der Polizei und der Stadtverwaltung. Die Frage soll imBenehmen mit dem Distriktschef und dem Oberbürgermeister geprüft werden.

12^{00}Uhr Ministerialrat W i l l e wird vom Herrn Generalgouverneur zum Vortrag über Urteile der Sondergerichte Lublin und Krakau empfangen.

12^{40}Uhr Distriktschef W ä c h t e r und Oberbürgermeister Z ö r n e r halten Vortrag über Versorgungsfragen der Stadt Krakau. Die Lage in den Hauptnahrungsmitteln könne noch als gut bezeichnet werden, Preissteigerungen in nennenswertem Umfange seien noch nicht erfolgt. Die Lage bezüglich aller anderen Artikel sei schlecht. Bezüglich Textilien müsse daran gedacht werden, eine Rationierung einzuführen, wie das bereits

in

in Tornow mit bestem Erfolg geschehen sei..

Anschließend werden Fragen des deutschen Theaters in Krakau besprochen.

Dienstag, den 16.Januar 1940.

15^{00}Uhr Der Herr Generalgouverneur empfängt Herrn S c h n e i d e r E d e n k o b e n zu einer persönlichen Unterredung.

15^{30}Uhr Das Vorstandsmitglied der Reichskreditkasse, Dr. P a e r s c h, erstattet Bericht über die Neuorganisation der Emissionsbank in Polen. Er erläutert die Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Stabilität des Zloty und zur Verhinderung der illegalen Einfuhr von Zloty-Noten aus dem sowjetrussischen Teil des früheren Polens.

Der Herr Generalgouverneur betont die Vordringlichkeit der Aufgabe, das Vertrauen der Bevölkerung in die Stabilität der Währung zu stärken. Vor allem gelte es, durch die Stabilisierung der Kaufkraft die Stabilisierung der Preise zu erreichen. Er unterzeichnet die Bestallungsurkunden für den neuen Vorstand der Emissionsbank in Polen, Prof. Dr.Mlynarski und dessen Vertreter Direktor Jedrzejowski, die er demnächst empfangen wird.

15^{45}Uhr Der stellvertretende Leiter der Dienststelle für den Vierjahresplan, Generalmajor B ü h r m a n n, erläutert kurz die Tagesordnung der Arbeitssitzung über die Durchführung des Vierjahresplans im Generalgouvernement, die auf 16 Uhr angesetzt ist.

16^{00}Uhr Arbeitssitzung über den Vierjahresplan. Vgl. hierzu die Niederschrift, die Dr. Koppert auf Anordnung des Generalgouverneurs gefertigt hat.

Mittwoch, den 17.Januar 1940.

11^{00}Uhr Präsident L a u x m a n n, Oberpostrat Dr. D a m r a u, Postrat Dr. S c h m i d t und Postrat B u r k h a r d berichten dem Herrn Generalgouverneur über Fragen des Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehrs im Gebiete des Generalgouvernements. Die Etatslage der Post sei etwas schwierig, da außergewöhnlich hohe Aufwendungen für den Bau von Fernkabeln bevorstehen. Eine Steigerung der Einnahmen wäre durch Einführung eines erhöhten Tarifes für Postsendungen der Beamten, die auch zum Reichstarif befördert würden, und durch Einführung der Gebührenpflicht für Dienstsendungen, zu ermöglichen. Ferner sei angeregt worden, daß auch die Wehrmacht für die Feldpostsendungen eine gewisse Pauschalsumme bezahle.

Die Postverbindungen können als befriedigend bezeichnet werden. Sendungen, die bis zum Abend in Krakau zur Aufgabe gelangen, sind am nächsten Tag in Warschau, Lublin, Radom, Wien und Berlin und am Abend des nächsten Tages in Süddeutschland.

Mit der Wiedereinführung des Kraftpostverkehrs sei bereits begonnen worden und zwar in der Weise, daß überall dort, wo die Post im Kraftwagen befördert werden müsse, statt der Postwagen Omnibusse eingesetzt werden. Es entstehe dadurch keine Verteuerung des Betriebes, wohl aber können auf diese Weise zusätzliche Einnahmen erzielt werden. Es sei beabsichtigt, das Kraftpostnetz weiter auszubauen.

Der Telegraphenverkehr nach dem Reich sei unbedingt gewährleistet, ebenso der Verkehr nach dem neutralen Ausland

Die

Die Telegramme können in deutscher und polnischer Sprache aufgegeben werden. Ungünstiger sei die Lage beim Fernsprechverkehr, weil das Fernsprechnetz nicht so ausgebaut sei und durch den Krieg erhebliche Zerstörungen erlitten habe. Die Wiederinstandsetzungsarbeiten seien aber auch hier in vollem Gange. Rund 80% der gesamten Ortsämter seien nun von der deutschen Reichspost übernommen, in den östlichen Gebieten werden sie noch von der Wehrmacht verwaltet. Noch nicht entschieden sei die Frage der Zulassung des polnischen Fernsprechverkehrs. Hinsichtlich des Rundfunks könne in Erwägung gezogen werden, den Polen die Teilnahme am Rundfunk in der Weise zu gestatten, daß sie Detektor-Apparate benutzen dürfen, der Erwerb dieser Apparate aber von der vorherigen Genehmigung durch die Post abhängig gemacht wird.

Der Herr Generalgouverneur dankt dem Präsidenten Lauxmann und seinen Mitarbeitern für ihre erfolgreiche und schwierige Arbeit. Er billigt die Vorschläge bezüglich der Neugestaltung der Tarife für Postsendungen der Beamten, sowie die Einführung von Dienstmarken für dienstliche Postsendungen. Beim Kraftpostverkehr müsse darauf geachtet werden, daß nur wirklich wichtige Fahrten und keine Luxusfahrten unternommen werden. Gegen die Zulassung des polnischen Fernsprechverkehrs bestünden keine grundsätzlichen Bedenken; eine entsprechende Überwachung müsse selbstverständlich durchgeführt werden. Vor allem sei eine Zulassung derjenigen Polen und Juden zum Fernsprechverkehr in Erwägung zu ziehen, die für die Zwecke des Vierjahresplanes als Händler, Aufkäufer, Transportunternehmer usw. tätig seien und in dieser Eigenschaft Befreiung von verschiedenen Vorschriften genießen.

12^{15} Uhr

12^{15}Uhr Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit dem Höheren SS- und Polizeiführer, SS-Obergruppenführer K r ü g e r, SS-Brigadeführer S t r e c k e n b a c h und Polizeioberst M ü l l e r.

15^{20}Uhr Der Herr Generalgouverneur empfängt Herrn Gesandten von W ü h l i s c h zu einer Unterredung.

16^{00}Uhr Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit General B ü h r m a n n, General B a r c k h a u s e n, Major H a r t o g, Landesbauernführer K ö r n e r und dem Leiter der Abteilung Arbeit, Dr. F r a u e n d o r f e r.

Landesbauernführer K ö r n e r berichtet, daß er angeordnet habe, daß die Landwirtschaftskammern mit deutschen Kommissaren besetzt werden und daß alle Organisationen bestehen bleiben, die der Produktionsförderung dienen. Als erste Voraussetzung für eine wirksame Preisfestsetzung bezeichnet er die Beseitigung der Inflationsstimmung. Ferner sei die Einführung eines Kennzeichnungszwanges für die Preise der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel erforderlich. Die Durchführung dieser Maßnahmen sei Aufgabe der neu zu schaffenden Preisfestsetzungsstelle.

General B ü h r m a n n schlägt vor, die Preisfestsetzungsstelle in den Vierjahresplan einzugliedern.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er eine allgemeine Preisverordnung herausgeben und die Dienststelle für den Vierjahresplan beauftragen werde, die Sache in die Hand zu nehmen. Notwendig sei es, dafür zu sorgen, daß die Löhne unbedingt auf dem bisherigen Stand gehalten werden, da sonst die Gefahr bestünde, daß die Landwirtschaft nicht mehr in

der

der Lage ist, die von ihr benötigten gewerblichen Erzeugnisse einzukaufen.

General B ü h r m a n n regt die Schaffung von Magazinen an, aus denen der Bauer die von ihm benötigten Arbeitsgeräte usw. beziehen könne. Es müsse ein Tauschverkehr eingerichtet werden wie in den Kolonialgebieten.

General B a r c k h a u s e n hält die Einbeziehung der Arbeiter der wehrwirtschaftlichen Betriebe in das System der Magazinierung für zweckmäßig.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet als den Ausgangspunkt aller Maßnahmen die Frage: welchen Lohn bekommt der Arbeiter und was kann er sich dafür kaufen? Es muß die Garantie dafür bestehen, daß der Arbeiter für seinen Lohn auch die zum Leben notwendigen Dinge einkaufen kann. Aus diesem Gedankengang heraus sei auch die Heraushebung der Betriebe der Kategorie A erfolgt, weil man dieses Prinzip zunächst nur für einen Teil der Betriebe in Kraft setzen könne. Wenn die Arbeiter der Kategorie A mit ihrem Lohn nicht den nötigen Lebensbedarf kaufen können, dann darf man nicht zu einer allgemeinen Lohnerhöhung übergehen, sondern es müssen für die Arbeiter dieser Betriebe zusätzliche Leistungen gewährt werden.

General B ü h r m a n n schneidet die Frage an, ob nicht auch die Wehrmacht in das Austauschverfahren einbezogen werden könne.

Der Herr Generalgouverneur erklärt das für unmöglich. Es könne sich bei der geplanten Regelung nur um ganz wenige Betriebe handeln. Erst später, wenn sich alles eingespielt habe, könne daran gedacht werden, an die Schaffung einer Kategorie B zu denken. Zunächst müsse eine Liste der Betriebe der

Kategorie

Kategorie A aufgestellt und sowohl den Beauftragten des Landesbauernführers in den einzelnen Kreisen als auch den mit der Bevölkerung der nicht landwirtschaftlichen Betriebe befaßten Arbeitsamtsleitern bekanntgegeben werden, die dann das Weitere zu veranlassen haben. Bei jedem Betriebe müsse eine Konsumzentrale errichtet werden. Das wichtigste sei, daß der klare Bevorzugungscharakter der A - Betriebe erhalten bleibt.

Der Herr Generalgouverneur kommt dann noch auf die durch die rücksichtslose Selbstversorgung der Wehrmacht entstehenden Schwierigkeiten zu sprechen und betont die Notwendigkeit, daß auch die Wehrmacht Verständnis dafür aufbringen müsse, daß die Versorgung der wehrwirtschaftlichen Betriebe nicht gefährdet werden darf.

Donnerstag, den 18.Januar 1940.

15^{00}Uhr Oberregierungsrat Dr. S c h e p e r s erstattet eingehenden Bericht über die Verhandlungen mit den Wehrmachtsteilen Heer und Luftwaffe zur Schaffung der Ostverteidigungszone. Im Zusammenwirken mit dem Vertreter des SS-Hauptamts sei es gelungen, ohne Schaden für die Landesverteidigung die zum Teil enormen Anforderungen der Wehrmacht zurückzuschrauben und auf landwirtschaftlich weniger wertvolles Gelände abzudrängen.

Der Herr Generalgouverneur begrüßt es mit Anerkennung und Dank, daß es möglich gewesen sei, die Belange des Generalgouvernements, gerade auch in wehrwirtschaftlicher Hinsicht, durchzusetzen. Er ernennt ORR Dr. Schepers zum Referenten für Reichsverteidigung und erwartet Vorschläge für den Aufbau dieses Referats.

15^{30}Uhr Ministerialrat W i l l e legt fünf Todesurteile des Sondergerichts Warschau gegen polnische Bandenräuber vor, die Anfang November 1939 hauptsächlich aus Juden bestehende Flüchtlinge überfallen und beraubt haben. Die Täter seien in der Hauptverhandlung geständig gewesen. Gnadenerweis sei von keiner Seite befürwortet.

Der Herr Generalgouverneur bestätigt die Urteile. Er regt an, die Abschreckungswirkung durch Publikation der Urteile und ihrer Vollstreckung in der Presse und durch Anschlag zu erhöhen. Zu diesem Zweck empfiehlt er die Einrichtung einer Justizpressestelle.

15^{45}Uhr Der Herr Generalgouverneur empfängt den Oberstleutnant G a b e l m a n n, Kommandeur einer Ergänzungstruppe, zur Meldung.

Freitag, den 19.Januar 1940.

10^{30}Uhr Sitzung der Abteilungsleiter. Der Generalgouverneur gibt zunächst einen umfassenden Überblick über die Arbeit im Generalgouvernement. Der Rohaufbau der Verwaltungsorganisation stehe nunmehr und die Arbeit könne ungehemmt einsetzen.

Der Höhere SS- und Polizeiführer, SS-Obergruppenführer K r ü g e r, berichtet sodann über den Stand der Umsiedlungsaktion und schildert die Rückführung der Wolhynien-Deutschen, die vor dem Abschluß stehe. Mehrere Abteilungsleiter erstatteten hierauf Bericht aus der Arbeit ihrer Ressorts. Der Generalgouverneur nimmt wiederholt zu wichtigen Problemen wie Preisgestaltung, Währungspolitik, Bekämpfung des Wuchers, Vierjahresplan usw. Stellung. Schließlich erörtert der Amtschef, Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r, Fragen verwaltungsorganisatorischer Art. Im einzelnen vgl. die von Dr. Koppert gefertigte Niederschrift.

15^{30}Uhr Landrat S i e b e r t berichtet über vordringliche Fragen seiner Abteilung: die katastrophale Finanzlage der Stadt Warschau, die rechtliche Stellung der deutschen Bürgermeister, die zugleich Beauftragte der Distriktschefs seien, der Versuch der Österreicher, im Beskidenland eine Verwaltung nach österreichischem Muster einzurichten, den Plan der Schaffung einer deutschen Stadt in Krakau mit der Bergakademie als Kern, die Nutzbarmachung polnischer Beamter durch die deutsche Verwaltung und die Behandlung der Ukrainer, die einen Volksverband bilden möchten.

Der Herr Generalgouverneur stellt klar, daß die deutschen Bürgermeister des Generalgouvernements zunächst Beauftragte der Distriktschefs und nur im Nebenamt Bürgermeister

seien.

seien. Die Ukrainer sollen einen eigenen Referenten im Amt des Generalgouverneurs erhalten, einen prominenten, politisch einwandfreien Mann, der die Angelegenheiten dieser Volksgruppe zu behandeln habe.

Samstag, den 20.Januar 1940.

10^{00}Uhr Amtschef, Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r, berichtet über die laufenden Angelegenheiten.

12^{00}Uhr Der Herr Generalgouverneur empfängt die Herren Präsident S p i n d l e r, Präsident S e n k o w s k i, Geheimrat Z e t z s c h e und OLGR Dr. W e h. Zur Erörterung stehen: Entwurf einer Verordnung über die Einführung eines Mineralölmonopols nebst Durchführungesvorschrift; der Entwurf eines Vertrages zur Gründung einer Monopol-Vertriebsgesellschaft und der Entwurf einer Verordnung über die Mineralölwirtschaft im Generalgouvernement.

Sonntag, den 21.Januar 1940.

10^{30}Uhr Der Herr Generalgouverneur empfängt den Gesandten von W ü h l i s c h zu einer persönlichen Unterredung.

11^{00}Uhr Beratung vordringlicher Maßnahmen auf dem Gebiet der Preisgestaltung und Währungspolitik. An der Besprechung nehmen teil: Reichsminister Dr. S e y ß - I n q u a r t, Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r, Generalmajor B ü h r m a nn SS-Obergruppenführer K r ü g e r, Geheimrat Z e t z s c h e Landesbauernführer K ö r n e r, OLGR. Dr. W e h. Im einzelnen vgl. die von Dr. Koppert gefertigte Niederschrift.

Mittwoch, den 24.Januar 1940.

10^{30}Uhr Besprechung mit Landrat S i e b e r t. Landrat Siebert überreicht die Skizze eines Verordnungsentwurfs. Er teilt mit, daß die angeforderten Beamten demnächst kommen würden. Weiter bittet er um das Einverständnis des Generalgouverneurs, daß für das Verbot der Reisen von Juden nur eine einfache Bestimmung des Inhaltes gegeben werde: Den Juden wird verboten, die Eisenbahn zu benutzen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sein Einverständnis und will besonders auf die Seuchengefahr hingewiesen sehen. Er wünscht etwa folgende Formulierung für eine Präambel der Verordnung:

Um auf jeden Fall die Gesundheitsführung der Gesamtbevölkerung sicher zu stellen und insbesondere, um ein Umsichgreifen des Fleckfiebers zu verhindern, wird folgendes verordnet: § 1 .....

Landrat S i e b e r t betont noch, daß keine Möglichkeiten bestehen, das Fingerabdruckverfahren durchzuführen

Der Herr Generalgouverneur ist einverstanden und wünscht im übrigen, daß von der Absendung von „Schrecktelegrammen" unter allen Umständen abgesehen werde.

Landrat S i e b e r t teilt weiter mit, daß die Ausführungsbestimmungen für eine Kraftfahrzeugverordnung fertig seien, und weist auf die Schwierigkeiten hin, die einer einheitlichen Bezeichnung der Wagen im Wege ständen. Der Herr Generalgouverneur will nur für die Polizei eine Ausnahme zulassen, nicht aber für die SS.

Landrat S i e b e r t überreicht dann einen Vortrag des Archivdirektors Dr. Randt - Berlin über das Archivwesen in Polen.

Der

Der Erzbischof läßt durch seinen Prälaten um Freilassung der über 60 Jahre alten Professoren bitten.

Der Herr Generalgouverneur gibt seine Einwilligung dazu.

Landrat S i e b e r t überreicht dann den Entwurf einer Verordnung über eine Einteilung der Verwaltungszuständigkeiten. Der Herr Generalgouverneur wünscht insbesondere dass hervorgehoben zu sehen, was zur ausschließlichen, unmittelbaren, direkten Verwaltung des Generalgouverneurs gehört, und hält es für geboten, einen Verwaltungschef für diesen Bereich einzusetzen.

Landrat S i e b e r t wirft die Frage auf, ob die innerhalb der 40 Kreishauptmannschaften bezw. Landkreise bestehenden 4 polnischen Starosteien aufrecht erhalten bleiben könnten, und zwar in ihrer Eigenschaft als Selbstverwaltungskörper.

Der Herr Generalgouverneur bejaht die Frage.

Weiter wird über die Einreihung der einzelnen Beamten in Gehalts- und Rangklassen gesprochen.

Die bisherige Regelung des Verpflegungs- und Kleidergeldes will der Herr Generalgouverneur entgegen einem Vorschlage des Landrats Siebert aufrechterhalten. Nur soll die Nachweisung durch die Abgabe einer einigermaßen gesicherten Erklärung ersetzt werden.

10^{50} Uhr Besprechung mit Gouverneur Dr. W ä c h t e r.

Gouverneur Dr. Wächter berichtet über die am 23. durchgeführten beiden Aktionen: Beschlagnahme der Leder-, Schuh- und Textilwaren sowie der Lebensmittel und Sichtung der Waren

und

und über den derzeitigen Stand der Lebensmittelversorgung. Zur Sicherstellung der Versorgung der Angehörigen der deutschen Verwaltung sind verschiedene Hotels mit sofortiger Wirkung für alle Nichtdeutschen gesperrt worden.

Der Herr Generalgouverneur wünscht eine entsprechende Regelung der Lebensmittelversorgung kasinomäßig auch für die Burg.

11^{00}Uhr Besprechung mit SS-Obergruppenführer K r ü g e r und General B e c k e r. An dieser Besprechung nehmen auch Gouverneur Dr. W ä c h t e r und Oberregierungsrat Dr. S c h e p e r s teil.

Der Herr Generalgouverneur weist auf den Gang der Entwicklung in der letzten Zeit hin. Angesichts der drängenden Notlage infolge der rücksichtslosen Aussaugung des ganzen Gebietes müsse man zu Maßnahmen rein disziplinärer Art greifen. Es dürfe nicht vorkommen, daß einzelne Stellen für sich zu beschlagnahmen begännen; das gelte für Polizei und SS wie für alle anderen auch.

SS-Obergruppenführer K r ü g e r gibt eine Schilderung der eingeleiteten bezw. noch einzuleitenden Maßnahmen polizeilicher Art, für die die Polizei, die Gendarmerie und Teile der Kriminalpolizei zur Verfügung ständen, und zwar 8000 Mann Polizei und 1500 Mann Gendarmerie und von der Kriminalpolizei vielleicht 18 Mann. In gewissem Umfange stehe auch noch die Feldpolizei zur Verfügung. Der Herr Generalgouverneur gibt der Erwartung Ausdruck, daß für die technische Durchführung der Sicherung an die Polizeistellen noch besondere Dienstanweisungen herausgegeben würden. Darin müsse zunächst zum Ausdruck kommen, daß diese Beschlagnahmen

der

der verschiedenen Polizeiorgane jetzt durchgeführt würden und daß der Erlaß des Reichsführers SS vom 16.November 1939 im Generalgouvernement nicht gelte.

Von ganz besonderer Wichtigkeit sei die Möglichkeit des Hereinlassens von Lebensmitteln in die Städte. Er bitte, ihm alle Fälle bekannt zu geben, in denen sich hier Schwierigkeiten gezeigt hätten.

General B e c k e r gibt zu bedenken, daß man sich zur Überwachung der Märkte auch der polnischen Polizei sehr wohl bedienen könne. Der Schutz der Zufuhren in die Städte werde schon seit Monaten angestrebt, doch seien hier mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden.

SS-Obergruppenführer K r ü g e r bittet um den Einsatz einer oder zweier Kompanien zur Durchführung einer Razzia bei den Bauern auf dem Lande.

Der Herr Generalgouverneur hält es für notwendig, daß im Vorspruch des herauszugebenden Erlasses auf den großen Ernst dieser Frage hingewiesen wird.

Es wird dann noch kurz über den bevorstehenden Besuch des Reichsführers SS gesprochen.

11^{50}Uhr Empfang des Bürgermeisters Dr. T e r h a r d t anläßlich seiner Abmeldung.

Der Herr Generalgouverneur dankt im Namen des Reiches dem aus seinem Amt scheidenden Beamten für die dem Generalgouvernement geleisteten Dienste und gibt seiner Anerkennung durch die Widmung seines Bildes Ausdruck.

11^{55}Uhr Oberregierungsrat Dr. S c h e p e r s von der Reichsstelle für Raumordnung wird vom Herrn Generalgouverneur anläßlich seiner Ernennung zum Chefreferenten des Reichsverteidigungskommssars

digungskommissars empfangen.

12[00]Uhr Vereidigung des Referenten beim Distriktschef in Krakau Dr. G s c h lie s s er.

17[10]Uhr Arbeitsitzung.

An dieser Sitzung nehmen teil: Generalmajor B ü h r m a n n, Oberregierungsrat Dr. S c h e p e r s, Major H a r t o g, Regierungsrat Dr. B e r g m a n n.

Nach einem einleitenden Bericht des Generalmajors B ü h r m a n n über die gegenwärtige Lage auf dem Gebiete der Kohlenversorgung wird zu den Richtlinien für die Lenkung der Wirtschaft im Generalgouvernement Stellung genommen, die in einem Entwurf vorliegen.

(Protokoll Beiakten I9/40.)

Donnerstag, den 25.Januar 1940.

10^{00}Uhr Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r.

11^{00}Uhr Reichsamtsleiter Dr. H e u b e r und Oberregierungsrat von S t r e i t legen dem Herrn Generalgouverneur den Etat für die Dienststelle des Bevollmächtigten des Generalgouverneurs in Berlin vor.

11^{30}Uhr Der Herr Generalgouverneur empfängt den Beauftragten des Reichssportführers, Oberregierungsrat Ritter von L e x mit den Herren M e u s e l und S c h n e e m a n n von der Reichsführung des Reichsbundes für Leibesübungen. Der Besprechung wohnte der Leiter der Abteilung Innere Verwaltung, Landrat Dr. S i e b e r t, bei.

Die Organisation des Sportes im Gebiet des Generalgouvernements müsse staatlich aufgezogen werden, da keine sonstige Organisation zu diesem Zweck zur Verfügung stünde. Notwendig sei ein Sportreferent für das Generalgouvernement, der die gleiche Position habe, wie das bei anderen Zentralen des Reiches auch der Fall sei. Neben diesem Sportreferenten für das Generalgouvernement soll jeder Distrikt einen eigenen Sportreferenten bekommen, dem außer der Betreuung des gesamten Sportes im Bereich seines Distriktes auch noch die Führung für eine bestimmte Sportart im Bereiche des ganzen Generalgouvernements obliege.

Oberregierungsrat von L e x schneidet die Frage an, ob später einmal den Polen die Ausübung von Sport gestattet werden kann.

Der Herr Generalgouverneur erwidert, daß vorläufig keine Möglichkeit hierzu bestehe und daß die weitere Entwicklung

abgewartet

abgewartet werden müsse.

Herr M e u s e l teilt mit, daß der Reichssportführer ein gewisses Interesse daran habe, daß, wenn Zakopane in ein staatsrechliches Verhältnis zum Deutschen Reich komme, dem Reichsbund für Leibesübungen gewisse Möglichkeiten der Betätigung dort eröffnet werden.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß die Frage der endgültigen rechtlichen Gestaltung des Generalgouvernements und damit auch die Frage der Zugehörigkeit von Zakopane noch nicht geklärt sei. Im übrigen wünsche er nicht, wenn jetzt schon größere Organisationen nach Zakopane kämen; es könne sich höchstens darum handeln, geschlossene Lehrgänge für Wintersport durchzuführen.

15[45] Uhr Notar G u t b r o d legt dem Herrn Generalgouverneur eine Aufstellung über das im Generalgouvernement beschäftigte Personal vor.

Der Herr Generalgouverneur bringt den Wunsch zum Ausdruck, daß sich der Personalreferent nicht nur um dienstliche und amtlichen Belange der Beamten, sondern auch um deren persönliches Wohl sorgen möge. Es dürfe nicht mehr so weit kommen, daß er - der Herr Generalgouverneur-in der Weise eingreifen müsse, wie das in den letzten Tagen der Fall gewesen sei.

Notar G u t b r o d führt die Schwierigkeiten, die in der Verpflegung der Beamten und Angestellten eingetreten sind, darauf zurück, daß zu viele Lebensmittelausweise ausgegeben wurden, darunter auch für polnische Arbeiter und Angestellte. Nun werden neue Ausweise ausgestellt für einen zah-

lenmäßig

lenmäßig bedeutend verringerten Personenkreis, sodaß damit gerechnet werden könne, daß die den Lebensmittelgeschäften zur Verfügung stehenden Mengen auch ausreichen werden. Durch die neuen Lebensmittelausweise werde auch die Möglichkeit von Doppelversorgung, die bisher für Polizei, SS usw. bestanden habe, unmöglich gemacht. Im übrigen habe man in den letzten Tagen durch die Verteilung von Brot und Büchsenfleisch an die Beamten und Angestellten helfend eingegriffen.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet es als das wichtigste, daß die Beamten und Angestellten spüren, daß für sie gesorgt werde. Er wünsche eine fortgesetzte auch außerdienstliche Betreuung der gesamten Beamten und Angestellten.

Notar G u t b r o d berichtet sodann dem Herrn Generalgouverneur über die von seiner Dienststelle geleistete Arbeit und teilt mit, daß bis 1.Mai die Anlegung von Personalakten für sämtliche im Amt des Generalgouverneurs beschäftigten Beamten und Angestellten abgeschlossen sein werde. Er schlägt dem Herrn Generalgouverneur vor, die Bezeichnung „Personalamt" für die bisherige Personalabteilung zu genehmigen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden und beauftragt Notar Gutbrod, dafür zu sorgen, daß der technische Apparat des Personalamtes möglichst rasch in Gang kommt.

16[45] Uhr Landgerichtsrat B ü c h n e r meldet sich beim Herrn Generalgouverneur ab. Der Herr Generalgouverneur dankt ihm für seine Mitarbeit und ersucht ihn um Vorlage eines schriftlichen Schlußberichts.

17[00] Uhr Der Herr Generalgouverneur empfängt Brigadeführer G l o b o d n i c k zu einer Unterredung.

17^{30}Uhr Legationsrat von G r o l m a n n stellt dem Herrn Generalgouverneur den Legationssekretär von B r e d o w vor.

Freitag, den 26.Januar 1940.

10^{00} Uhr Besprechung mit Herrn Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r

11^{00} Uhr Besprechung mit Herrn Landgerichtsrat Dr. L u x e n - b e r g .

12^{25} Uhr Besprechung mit Ministerialrat W i l l e und Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h.

Ministerialrat W i l l e berichtet über die Zuständigkeit der Wehrmachtsgerichte. und behandelt weiter die Frage, wie die Zuständigkeit der Wehrmachtgerichte, der Polizei-, Sonder-und Standgerichte im Generalgouvernement am zweckmäßigsten geregelt werden könne.

Weiter wird das Problem behandelt, ob nicht in größerem Umfange gerade aus Anlaß der Übertretung von Preiswuchervorschriften von der Geldstrafe Gebrauch zu machen ist. Der Herr Generalgouverneur weist in diesem Zusammenhange daraufhin, daß die Polizei selbst den Antrag gestellt habe, die Möglichkeit zu schaffen, daß nicht immer auf Zuchthaus oder Todesstrafe zu erkennen sei. Vielleicht eigne sich dieser Hinweis dazu, in eine generelle Verordnung aufgenommen zu werden.

Ministerialrat W i l l e bemerkt, daß bisher die Linie verfolgt worden sei, durch die Strafandrohung abschreckend zu wirken. Allerdings sei man in letzter Zeit etwas milder geworden. Wenn von seiten der Polizei jetzt eine erhöhte Anwendung von Geldstrafen angeregt werde, so sei das nicht zuletzt auf den völlig ungeordneten Strafvollzug zurückzuführen. Er beabsichtige deshalb auch, richtige Strafvollzuganstalten zu bilden. Tatsächlich seien die Verhältnisse auf diesem Gebiet katastrophal. Ministerialrat W i l l e gibt dann eine Schilderung der Belegschaft der vorhandenen Strafanstalten,

für die in Betracht kämen:

1) Polen, die von einem polnischen Gericht abgeurteilt, zwischendurch frei gelassen und dann von der Polizei wieder festgenommen worden seien, die auf ihre Aburteilung durch das Standgericht warteten,

2) Leute, die vom Sondergericht abgeurteilt seien,

3) Untersuchungsgefangene der Sondergerichte,

4) Leute, die vom Militärgericht abgeurteilt und zum Strafvollzug der Zivilbehörde überwiesen seien.

Der Herr Generalgouverneur hält eine Trennung der Strafanstalten zwischen Justiz und Polizei für dringend notwendig.

Ministerialrat W i l l e berichtet dann über das bisherige Ergebnis der Arbeiten zur Bereitstellung von Strafanstalten. Er rät davon ab, die Strafandrohungen dadurch zu verwässern, daß man nachträglich an die Stelle von Zuchthausstrafe Geldstrafe treten lasse.

Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h weist darauf hin, daß SS-Obergruppenführer K r ü g e r sich selber auch aus finanziellen Erwägungen heraus für die Verhängung von Geldstrafen ausgesprochen habe . In der Durchführungsverordnung zur Preistreibereiverordnung seien ja auch Geldstrafen vorgesehen. Weiter liege der Entwurf einer Verordnung vor, durch die die Polizei selbständig ermächtigt werden solle, gebührenpflichtige Verwarnungen zu erteilen, um so der Polizei eine größere Bewegungsfreiheit zu geben.

Ministerialrat W i l l e hat keine Bedenken dagegen geltend zu machen.

Der Herr Generalgouverneur legt großes Gewicht darauf, zu wissen, was in der Frage der Strafanstalten geschehe.

Zur Besprechung steht dann der Text einer Verordnung über die vorübergehende bezw. dauernde Schließung von Gewerbebetrieben

betrieben vom 26.I.40.

Der Herr Generalgouverneur wünscht den Text wie folgt geändert zu sehen:

Bei besonders schweren Verstößen gegen die Vorschriften dieser Verordnung können der Höhere SS- und Polizeiführer und die Distriktschefs den Gewerbebetrieb vorübergehend oder dauernd zu-schließen.

Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h legt den Entwurf einer Verordnung über die Volksdeutschen und Angehörigen des deutschen Volkstums vor, der die Billigung des Herrn Generalgouverneurs findet.

Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h bemerkt dann noch, daß die Notwendigkeit, die Verordnungstexte in den beiden Sprachen erscheinen zu lassen, eine große Belastung darstelle und manche Verzögerung mit sich bringe. In diesem Zusammenhang erwähnt er, daß SS-Obergruppenführer K r ü g e r sich dagegen gewendet habe, daß er seine Verordnungen bei der Zentralabteilung einreichen müsse. In dem Runderlaß sei ja die Gegenzeichnung des Amtschefs vorgesehen. Dem SS-Obergruppenführer K r ü g e r sei geschrieben worden, daß der Erlaß auf den Höheren SS- und Polizeiführer keine Anwendung finde.

Der Herr Generalgouverneur wirft die Frage auf, ob die Trennung des Verordnungsblattes in Teil 1 und Teil 2 unbedingt aufrechterhalten bleiben müsse.

Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h gibt zu, daß dadurch große Schwierigkeiten entstünden, betont aber, daß sich diese Zweiteilung aus praktischen Gründen nicht vermeiden lasse.

16[lo] Uhr Besprechung mit Landrat Dr. S i e b e r t. Behandelt wird die Frage der Ernährung der umzusiedelnden Polen aus Rußland.

Sonnabend, den 27.Januar 1940.

11^{00}Uhr Empfang des Gouverneurs S c h m i d t mit eingehender Berichterstattung.

Der Herr Generalgouverneur hat die Berichterstattung des Gouverneurs S c h m i d t entgegengenommen und hat gleichzeitig die persönliche Frage der Weiterverbleibung des Gouverneurs Schmidt in seiner Position als Distriktschef von Lublin mit Gouverneur Schmidt besprochen. Der Herr Generalgouverneur sagte, daß er dem Gouverneur Schmidt vom 4. bis 18.Februar Urlaub gebe, um dem Gouverneur zu ermöglichen, die Frage seiner Weiterbeschäftigung in der Partei zu regeln; er möchte aber unter allen Umständen Mitte Februar seinen Platz in Lublin wieder übernehmen, da es ganz ausgeschlossen wäre, daß er als Gouverneur eines der wichtigsten Distrikte angesichts der drängendsten Arbeiten dieser Periode Gouverneur bleiben könnte unter gleichzeitiger Wiederaufnahme seiner umfangreichen Parteitätigkeit im Reiche.

Zugleich verfügte der Herr Generalgouverneur, daß für die Dauer der urlaubsmäßigen Abwesenheit des Gouverneurs Schmidt von Lublin der Stadthauptmann von Krakau Z ö r n e r mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Gouverneurs des Distrikts Lublin beauftragt werden solle.

Zu diesem Zweck soll sich Reichsminister S e y ß - I n q u a r t unverzüglich mit Zörner und Schmidt zusammensetzen und die vorsorgliche Übernahme der Geschäfte vorbereiten.

Gouverneur Schmidt übergab einen schriftlichen Bericht über die Lage von Lublin, von dessen Inhalt der Herr Generalgouverneur Kenntnis nahm und der zu den Akten der Kanzlei gegeben wird.

Montag, den 29.Januar 1940.

10[00]Uhr Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Herrn Reichsminister S e y ß - I n q u a r t und Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r.

15[30]Uhr Der Herr Generalgouverneur empfängt SS-Standartenführer D i e b i t s c h und anschließend den Gesandten von W ü h l i s c h.

18[15]Uhr Geheimrat Z e t z s c h e und Assessor Dr. B r a u n legen dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf einer Verordnung über die Wiederinverkehrbringung abgestempelter 100-Zloty-Noten vor. Der Herr Generalgouverneur verfügt eine Besprechung über diesen Verordnungsentwurf, an der Bankdirigent Dr.Paersch teilnehmen soll.

21[00] Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r , Geheimrat Z e t z s c h e, Bankdirigenten Dr. P a e r s c h und Assessor Dr. B r a u n, über den Entwurf einer Verordnung über die Wiederinverkehrbringung abgestempelter 100 Zloty-Noten. Nach einer kurzen Aussprache, in der Bankpräsident Dr. P a e r s c h die Notwendigkeit der Wiederinverkehrbringung der 100 Zloty-Noten damit begründet, daß ohne diese Noten den Bedürfnissen des Zahlungsverkehrs nicht Rechnung getragen werden könne, genehmigt der Herr Generalgouverneur den ihm vorgelegten Verordnungsentwurf.

Dienstag, den 30.Januar 1940.

9[45]Uhr Der Herr Generalgouverneur verpflichtet die auf der Burg angetretenen neu angestellten Gefolgschaftsmitglieder des Amtes des Generalgouverneurs in feierlicher Form auf den Führer.

11[00]Uhr Staatsakt im Deutschen Theater mit Rede des Herrn Generalgouverneurs. (P. Briefkasten)

19[30]Uhr Konzert im Deutschen Theater.

Mittwoch, den 31.Januar 1940.

10^{30}Uhr Besprechung mit Finanzpräsident S p i n d l e r und Oberregierungsrat von S t r e i t.

Gegenstand der Besprechung ist der Entwurf einer Verordnung über die Anwendung der Bestimmungen der Reichshaushaltsordnung auf den Haushalt des Generalgouvernements.

Der Herr Generalgouverneur bringt zum Ausdruck, daß er die Reichsbestimmungen als zu schwerfällig für die Finanzwirtschaft des Generalgouvernements ansehe. Zwar sei nichts gegen eine einheitliche öffentliche Finanzgebarung in dem durch die Verhältnisse des Generalgouvernements gebotenen Rahmen einzuwenden, abzulehnen seien aber ziselierte, überflüssige Bestimmungen mit Tatbeständen, Rückverweisungen usw. Die Hauhaltsordnung des Generalgouvernements soll grundsätzlich den Gesichtspunkten, den Notwendigkeiten und dem Bedarf des Generalgouvernements dienen,und der Haushalt soll aus den Erträgnissen des besetzten Gebiets gedeckt werden. Dieser Eigenart entsprechend soll die Finanzpolitik des Generalgouvernements nach den diesen Notwendigkeiten entsprechenden Grundsätzen durchgeführt werden.

Im übrigen sollen nach Möglichkeit Einsparungen und Einschränkungen bei den Polizeiformationen,bei Neubauten, Straßenbauten, Umbauten (wie z.B. dem der Tuchhalle) vorgenommen werden.

Im Anschluß an diese Besprechung überreicht Finanzpräsident S p i n d l e r das Konzept einer Aufstellung über Dienstaufwandsentschädigungen.

11^{30}Uhr Bericht des Ministerialrats W i l l e.

Das

Das vom Sondergericht Krakau gegen den Johann Malek wegen Raubes, Einbruchs= Diebstahls und Mordversuchs verhängte Todesurteil wird von Herrn Generalgouverneur bestätigt.

11[4o] Uhr Bankdirigent Dr. P a e r s c h berichtet über die Durchführung der Verordnung vom 10.Januar 1940 betr. Hinterlegung der Noten der Bank Polski zu 500 und 100 Zloty. Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß auf die noch kommende neue Verordnung hingewiesen wird.

11[5o] Uhr Besprechung mit Generalleutnant B a r c k h a u s e n, Präsident B e c k, Geheimrat Z e t z s c h e, Major H a r t o g, Regierungsrat Dr. B e r g m a n n.

Der Herr Generalgouverneur gibt die Anweisung, daß ihm bis zum 5.Februar 1940 ein schematischer Überblick der Entwicklung in den einzelnen Ressorts bis Ende Januar 1940 mit eingehendem Zahlenmaterial gegeben werde.

Donnerstag den 1. Februar 1940

10^{00} Uhr

Besprechung mit Ministerialdirektor Dr B ü h l e r

10^{55} Uhr

Besprechung der Währungsfrage.

Anwesend: Min.Direktor Dr Bühler,
Oberregierungsrat K a d g i n
Major H a r t o g
Regierungsrat dr B e r g m a n n
Stabsführer R e i c h a r d

Zu der Besprechung werden später noch hinzugezogen
Präsident P a e r s c h
Reichsbankdirektor H a r t l i e b

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Befremden darüber Ausdruck daß ein Herr Winkler in Berlin sich in Dinge des Generalgouvernements einmische, die ihn nichts angingen. Oberregierungsrat Kadgin bemüht sich, die Bedenken des Herrn Generalgouverneurs zu zerstreuen. Er habe angenommen, daß die Maßnahmen des Winkler die Verwaltung des Generalgouvernements nicht beeinträchtigen, sondern durchaus legal nebenher laufen sollten. Es sei selbstverständlich unmöglich, daß von Berlin aus in einzelne Betriebe des Generalgouvernements hineinregiert werde.

Oberregierungsrat Kadgin gibt dann einen ausführlichen Bericht über die Währungsfrage, an den sich eine längere Aussprache anschließt. (Cf Protokoll der Besprechung Akten Ia/40)

11^{50} Uhr

Empfang des Direktor M a ß von der Auto-Union

16^{15} Uhr

Empfang von Dichtern.

Dienstag den 6. Februar 1940.

10 Uhr

Besprechung mit Min.Direktor Dr B ü h l e r .

10^{45} Uhr

Besprechung mit Oberregierungsrat Dr S c h e p e r s .

Oberregierungsrat Dr S c h e p e r s legt den Entwurf eines Erlasses über die Bildung der Dienststelle für Reichsverteidigungsangelegenheiten vor, der die Billigung des Herrn Generalgouverneurs findet.

ORR Dr Schepers bittet, eine Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses für Mitte Februar anzuberaumen, und legt dem Herrn G.G. gleichzeitig den Text der Einladung mit Tagesordnung für diese Sitzung vor. Der Herr Generalgouverneur bestimmt den 16. Februar als Termin für diese Sitzung und als Tagungsort das Dienstgebäude des Distriktschefs in Warschau.

ORR Dr Schepers wirft dann die Frage auf, ob der Wohnungsbedarf für die deutschen Verwaltungsbeamten siedlungsmässig so gelenkt werden solle, daß von vornherein deutsche Zentren entständen, die auch eine kulturelle Funktion hätten. Er stelle diese Frage, weil zu erwarten stehe, daß auch die Wehrmacht an die Dienststelle mit dem Ersuchen herantreten werde, eine größere Anzahl von Orten für eine mögliche Besetzung mit Garnisonen frei zu halten.

Der Herr Generalgouverneur betont, daß er mit möglichen Faktoren nicht rechnen könne, weil er selber nicht wisse, ob alles so bleiben werde. Möglichkeiten der Zukunft dürften nicht schon jetzt in einer Weise übersteigert werden, daß man gewissermaßen eine Hypothek auf die Zukunft habe. Die endgiltige politische Entscheidung über das Schicksal des Generalgouvernements liege allein in der Hand des Führers.

CRR Dr Schepers weist dann auf die großen räumlichen Anforderungen hin, die seitens der Wehrmacht für die Errichtung von Truppenübungsplätzen und Flugplätzen gestellt würden.

Der Herr Generalgouverneur will endlich einmal mit der Auffassung gebrochen sehen, als sei das Generalgouvernement Abstellplatz für alles, was man im Deutschen Reich nicht unterbringen könne. Diese und ähnliche maßlose Forderungen müßten zum Schweigen kommen. Krakau, Warschau, Lublin und Radom sollten die Zentren deutschen Lebens und deutscher Kultur werden, den deutschen Beamten sollten auch einigermaßen anständige Wohnräume zur Verfügung gestellt werden. Man könne aber nicht heute schon an die Errichtung von Wohnvierteln für deutsche Beamtenfamilien gehen, sondern das sei eine Aufgabe der späteren Zukunft. Auf diese Gedankengänge müsse sich auch die Wehrmacht einstellen.

12 Uhr

Besprechung mit Ministerialrat P l o d e c k

Min.Rat P l o d e c k berichtet über die Ergebnisse seiner Dienstreise nach Berlin. Man werde jetzt die Reichsverordnung vom 15. Januar 1940 zum Gegenstand der Erörterung machen. Er habe den Herren in Berlin die Erklärung abgegeben, daß die Wünsche des Herrn Winkler für den Herrn Generalgouverneur nicht maßgebend sein könnten.

Der Herr Generalgouverneur nimmt eingehend zu der Frage Winkler Stellung. Sollte Herr Winkler seine Stellungnahme nicht ändern, so werde ein ersprießliches Zusammenarbeiten nicht möglich sein. Er werde sich jedenfalls beschwerdeführend an den Herrn Generalfeldmarschall Göring wenden. Die Verordnung sei offenbar gemacht worden, ohne den Generalgouverneur zu hören,

Min.Rat Dr Plodeck berichtet dann weiter, daß er die Anwesenheit der Amtschefs in Krakau benutzt habe, um sie über die grund-

sätzlichen

sätzliche Arbeit seiner Dienststelle zu unterrichten. Gegenstand der Besprechung sei auch die Verordnung über das Beschlagnahmerecht als Hoheitsrecht des Generalgouvernements gewesen. Die Bestimmung, die die Ausnahmestellung für die S.S. heraushebe, habe den Wunsch ausgelöst, doch noch zu einer anderen Formulierung zu kommen. Das an alle Behörden gerichtete Rundschreiben aus Anlaß der Einführung des Beschlagnahmerechts sei schon vor acht Tagen hinausgegangen.

12^{15} Uhr.

Besprechung mit dem Gesandten v o n W ü h l i s c h .
Gesandter von Wühlisch berichtet, daß der Empfang der Vertreter des amerikanischen Roten Kreuzes den günstigen Eindruck hinterlassen habe, daß das Zusammenarbeiten mit den Polen gut sei. - Das gegen die Greuelpropaganda gerichtete Exposee des Herrn Generalgouverneurs habe ebenfalls eine gute Wirkung gehabt. Gesandter von Wühlisch wirft dann die Frage auf, ob nicht eine Reihe ehemaliger polnischer Politiker freigelassen werden könne. Der Herr Generalgouverneur behält sich seine Entscheidung vor.

Weiter teilt Gesandter von Wühlisch mit, daß in Paris ein internationales Komitee für Ukrainer gebildet worden sei. Ferner sei in Wilna durch deutsche und litauische Polizei eine polnische Terrororganisation aufgehoben worden, die angeblich zahlreiche Anhänger im besetzten polnischen Gebiet habe.

12[20] Uhr

Besprechung mit Reichshauptamtsleiter Dr Frauendörfer.

Reichshauptamtsleiter Dr Frauendörfer berichtet über den Einsatz von Reichsarbeitsführern. Er habe festgestellt, daß überhaupt nur insgesamt 130 Arbeitsführer notwendig seien. Es arbeiteten zur Zeit 71 000 Mann. - Dr Frauendörfer setzt sich dann für eine Betreuung der im Feldzug verwundeten polnischen Soldaten ein, die einen Aufwand von etwa 800 000 Zl erfordern werde, dem aber die Abteilung für Finanzen zustimme. - Die Verpflegung der polnischen Landarbeiter sei seit kurzem von der NSV eingestellt worden. Er bitte den Herrn Generalgouverneur, hier einzugreifen. - Dr Frauendörfer hält es weiter für dringend erforderlich, den Familien der nach dem Reich verschickten polnischen Arbeiter eine Hilfe wenigstens in Höhe der Arbeitslosenfürsorge zukommen zu lassen. Die ins Reich verschickten 41 000 Arbeiter hätten ihren Familien bisher nichts überweisen können, und diese Tatsache wirke natürlich auf den Willen der hiesigen polnischen Arbeiter, nach Deutschland zu gehen, sehr ungünstig ein. Daher müsse die Möglichkeit geschaffen werden, daß etwa die Arbeiter an einer großen Baustelle einige Mark an ihre Familien zu überweisen imstande seien. Große Schwierigkeiten mache die Umsiedlung, und seiner Dienststelle sei es unmöglich, eine noch größere Belastung auf sich zu nehmen. - Er mache weiter auf die polnische Gegenpropaganda gegen die Landarbeiterverschickung aufmerksam, die mit den gemeinsten Lügen arbeite.

12^{40} Uhr

Besprechung mit den Amtschefs.

Anwesend: Ministerialdirektor Dr B ü h l e r

Landrat Dr Si e b e r t

Amtschefs Dr B a r t h , W o l z e c k e r , K r ü -

ger als Vertreter

L-andrat Dr Siebert berichtet über die Tagung der Amtschefs vom 5.Februar 1940. Auf dieser Tagung seien u.a. Fragen der polizeilichen Versorgung der Kreise und Städte besprochen und der Wunsch laut geworden, die Polizeimannschaften zu je 10 Mann auf die einzelnen Ortschaften zu verteilen und den Kreis- und Stadthauptleuten ein Weisungsrecht auch gegenüber dem einzelnen Polizeibeamten zu geben. Die polnische Polizei solle dem Stadt- und Kreishauptmann direkt unterstellt werden, der auch über Einstellung und Entlassung bestimmen müßte.

Der Herr Generalgouverneur ist bereit, den Distrikten eine entsprechende Summe zur Verfügung zu stellen, damit sie geeignete Ukrainer und Volksdeutsche für den einfachen Polizeidienst heranziehen könnten.

Landrat Dr Siebert nimmt dann zu den Etats der Städte Stellung. Die Finanzlage sei am schlechtesten in Warschau, Chelm und Lublin, in denen große Fehlbeträge vorhanden seien. Selbstverständlich könne man die Städte nicht sanieren, sie müßten aber wenigstens ihre laufenden Verpflichtungen zu erfüllen imstande seien. Sehr wichtig sei die Frage, ob die Städte ihren langfristigen und vor allem ausländischen Schuldverpflichtungen (Dollaranleihen) nachkommen sollten, die aber wohl zu verneinen sei. Man werde natürlich sonst den Städten helfend zur Seite stehen. Als Maßnahmen kämen hier in Frage die Einführung der Bürgersteuer, der Wertzuwachssteuer, Bildung eines Ausgleichstocks weitgehende Einsparungen.

Die Stadt Warschau habe eine Schuldenlast von 140 Millionen Zl. Das Vermögen sei zur Zeit nicht abzuschätzen, weil vieles zerstört sei. Es übersteige aber zur Zeit sehr stark den Schuldenstand. Ob es realisierbar sei, sei eine andere Frage. Der Stadt werde wahrscheinlich von der Reichskreditkasse ein Darlehn von 15 Millionen Zl gegeben werden, außerdem würden Vorauszahlungen auf die zu erwartenden Steuereinnahmen in Höhe von 6 Millionen geleistet, und der Rest der Schuld müsse dadurch gedeckt werden, daß die Stadt den größten Teil ihrer Beamten entlasse. Für das nächste Jahr rechne Warschau mit einem Schuldenstand von 60 Millionen Zl.

Weiter wird zur Frage der Selbstverwaltung Stellung genommen und davon ausgegangen, daß die Stadthauptmänner im Grunde genommen Staatskommissare als Beauftragte der Distriktschefs seien.

Beonders notleidend sei die Stadt Deutsch-Przemysl, die in der Hauptsache von Pensionisten bewohnt sei.

In seinem Bericht geht Landrat Dr Siebert weiter auf die volksdeutsche Frage ein und teilt in diesem Zusammenhange mit, daß die angeforderten Beamten in absehbarer Zeit ihren Dienst antreten könnten.

Er habe auf der Tagung der Amtschefs über die Organisation der Ämter gesprochen und könne feststellen, daß im großen und ganzen hinsichtlich der inneren Verwaltung die Ämter der Distrikte mit denen der Zentrale gleich gingen, daß dagegen die sogenannte Einheit der Verwaltung noch nicht durchgeführt sei, da mancherlei Überschneidungen in den Distrikten vorhanden seien.

Der Herr Generalgouverneur verlangt, daß der Grundsatz der Einheitlichkeit der Verwaltung strikte durchgeführt werde. Es dürfe nicht in der gleichen Rangordnung eine größere Zahl von Spezialämtern geben, als das Amt des Kreises sie habe. In allen Fällen, in denen sich Schwierigkeiten ergäben, werde er die Entscheidung treffen.

Zur Erörterung stehen weiter das Passierscheinwesen, die Kraftfahrzeugverordnung und die Art der Veröffentlichung von Gesetzen und Verordnungen, für welchen Zweck Min-Dir. Dr Bühler den Zeitungsdienst herangezogen wissen will.

Landrat Dr Siebert bringt den einmütigen Wunsch der Amtschefs zum Ausdruck, wenigstens die Bezüge der unteren Beamten etwas aufzubessern.

Weiter bezeichnet er es als dringend notwendig, in das Polizeiwesen eine größere Einheitlichkeit hineinzubringen.

Der Herr Generalgouverneur will die Stellung der Amtschefs besondershervorgehoben sehen. Das werde auch in der Rangordnung des Generalgouvernements zum Ausdruck kommen. Er werde im übrigen den Gesichtspunkt der besonderen Heraushebung [illegible] Von Krakau als dem Sitz des Generalgouvernements allmählich zum Verklingen bringen und häufiger Warschau, Lublin und auch Radom zum echten Regierungssitz machen. Entscheidend sei, daß das Generalgouvernement nach der Heutigen Struktur keine Wohlfahrtsanstalt, kein Musterstaatsbetrieb sein dürfe, sondern daß hier alles absolut autoritär gestellt sei. Dazu gehöre auch die Stabilität des Personalstatus. - Denkbar wäre es, daß etwa im Mai eine Schulungswoche an einem vom Generalgouvernement zu finanzierenden Instituteröffnet werden würde. Er plane auch einen Wechsel in der Besetzung der Distriktchefstellen, ähnlich einer Wachablösung. Auch sonst könnten solche Auswechslungen von Beamten in Frage

amten in Frage kommen. Das Generalgouvernement sei bis zum gewissen Grade als Kolonialland zu betrachten: nicht Prüfungsvoraussetzungen seien hier entscheidend, sondern Persönlichkeit, Leistung und die Fähigkeit, sich der Autorität zu fügen und Kameradschaftlichkeit zu zeigen.

---

17 Uhr

Sitzung in der Bergakademie.

Anwesend:

Ministerialdirektor Dr B ü h l e r

Geheimrat Dr Z e t z s c h e

Regierungsrat Dr B e r g m a n n

Major H a r t o c h

Stellv. Präsident der Ostbahn G e r t e i s

Dem Herrn Generalgouverneur werden für seine dienstlichen Besprechungen in Berlin statistische und zahlenmässige Unterlagen überreicht.

21^{15} Uhr

Der Herr Generalgouverneur gewährt dem Vertreter des Völkischen Beobachters/Kleiß in Anwesenheit des Reichsamtsleiters Dr Gassner und des Schloßhauptmannes Buchner ein Interview.

(r. Beiakten)

Mittwoch, den 7.Februar 1940.

10 Uhr

Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Min.Direktor Dr. B ü h l e r .

10^{30} Uhr

Der Herr Generalgouverneur empfängt Ministerialrat W i l l e zur Vorlage von Urteilen.

11 Uhr

Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit SS-Obergruppenführer K r ü g e r .

12 Uhr

Landesbauernführer K ö r n e r , Major H a r t o g und Geheimrat Z e t z s c h e halten dem Herrn Generalgouverneur Vortrag über Fragen der Ernährung.

Landesbauernführer K ö r n e r erklärt, daß die Ernährungslage konsolidierter geworden sei, insbesondere sei die Lage hinsichtlich der Versorgung mit Brotgetreide nicht mehr so angespannt wie vor 14 Tagen. Er habe in Berlin die Forderung erhoben, daß in den Monaten Februar,März und April erhöhte Getreidezuwendungen aus dem Reiche kommen sollen, was auch zugesagt worden sei. Im übrigen seien insbesondere im Distrikt Lublin noch sehr erhebliche Getreidevorräte vorhanden. Sobald das Frostwetter aufhöre, werden Dreschkolonnen organisiert und die Dreschmaschinen in Betrieb gesetzt. Die Wehrmacht habe sich bereit erklärt, die hierzu benötigten Kohlen heranzutransportieren. Wenn die diesjährige Ernte gut ausfalle, sei zu hoffen, daß das Generalgouvernement künftig seinen Bedarf an Brotgetreide aus eigener Ernte decken könne.

Die Versorgung mit Kartoffeln habe unter den infolge der starken Kälte aufgetretenen Transportschwierigkeiten gelitten; mit dem Eintreten wärmerer Witterung sei eine erhebliche Besserung zu erwarten.

Die Fleischversorgung werde im Krakauer Bezirk in einigen Wochen wieder normal sein, in Warschau dagegen werde sie weiter-

hin ernst bleiben. Um die Aufzucht von Schweinen sicherzustellen, sei bis auf weiteres ein Schlachtverbot für Schweine erlassen worden.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet es als unbedingt erforderlich, für die Herstellung von Fleischkonserven und geräuchertem Fleisch in größerem Umfange zu sorgen, damit in Zeiten vorübergehender Ernährungsschwierigkeiten mit solchen auf Vorrat liegenden Nahrungsmitteln helfend eingegriffen werden könne. Es müsse alles getan werden, um eine Wiederholung von Zuständen, wie sie in den vergangenen Wochen sich ergeben hätten, zu vermeiden. Im nächsten Winter müsse hinsichtlich der Ernährung alles in Ordnung sein. Um die Ernährung der arbeitenden polnischen Bevölkerung sicherzustellen, sei es notwendig, daß jede Fabrik in eigener Regie Kartoffel- und Krautäcker habe und eine gewisse Vorratswirtschaft betreibe. Jeder Betrieb müsse gewissermaßen seine eigene Erzeugungsschlacht schlagen.

Geheimrat Zetzsche berichtet über den Stand der Fabrikation landwirtschaftlicher Maschinen und über die Versorgung der bäuerlichen Bevölkerung mit industriellen Artikeln. Für die Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen sei eine Fabrik vorhanden, deren Rohstoffversorgung durch den Vierjahresplan gewährleistet sei. Die für die landwirtschaftliche Bevölkerung nötigen industriellen Bedarfsgegenstände seien vorhanden und werden zu den verordnungsmäßig festgesetzten Preisen geliefert.

Der Herr Generalgouverneur kommt auf die Kohlenversorgung aus dem Dombroaer-Gebiet zu sprechen und beauftragt Geheimrat Z e t z s c h e , dem General B ü h r m a n n zu übermitteln, daß das Problem der Kohlenversorgung aus diesem Gebiet von der Dienststelle für den Vierjahresplan und von der Abteilung Wirtschaft gemeinsam in Angriff genommen und insbesondere die Frage geprüft werden müsse, wie man die Kohle aus Dombroa bekomme, ohne daß das Gebiet territorial oder zollmäßig dem Generalgouvernement angegliedert werde.

12^{45} Uhr

Besprechung mit Standartenführer J a n o w s k y, Major H a r t o g und Abteilungsleiter Dr. F r a u e n d o r f e r über Fragen der Verpflegung der aus dem Generalgouverne-

ment in das Reich abzutransportierenden polnischen Wanderarbeiter.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß die Verpflegung dieser Arbeiter mit allen Mitteln sicherzustellen ist. Wenn die NSV diese Aufgabe nicht erfüllen könne, müsse eine eigene Organisation für diesen Zweck geschaffen werden.

1^{00} Uhr

Vorlage von Verordnungen durch den Leiter der Abteilung Gesetzgebung, Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h .

Berlin.

Donnerstag, den 8.Februar 1940.

11[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Bevollmächtigten des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete in Berlin, Herrn Dr. H e u b e r, zu einer Besprechung.

Herr Dr. Heuber erstattet Bericht über die gesamten Arbeiten der Dienststelle des Bevollmächtigten (Ausbau der Dienststellen, allgemeine politische Fragen, Wirtschaftsvertragsverhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und dem Generalgouvernement; Organisation der Einreisefragen usw.).

Anschließend hat der Herr Generalgouverneur mit Herrn H e r b s t eine Besprechung, der offiziell in das Sekretariat Krakau des Generalgouvernements eingegliedert wird. Herr Herbst fragt an, wie es mit der Bezahlung der in Berlin bestellten Uniformen des Herrn Generalgouverneurs steht. Er wird an Fräulein M y l o verwiesen. Fräulein Mylo wird beauftragt, aus den März und Aprileinkünften des Herrn Generalgouverneurs je die Hälfte des von Herrn Herbst hier vorzuschießenden Betrages zu überweisen.

Außerdem berichtet Herr H e r b s t über die Geschäftslage der Akademie für Deutsches Recht im Rahmen seines Ressorts.

12[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt Staatsanwalt A d a m i als Leiter des Ministeramts, der ihm über die Lage des Ministeramts berichtet und über die Gesetzgebungsarbeit im Reich.

Herr Adami wird beauftragt, die Arbeiten der Akademie für Deutsches Recht am Volksgesetzbuch durch persönlichen Einsatz zu fördern, und soll zu diesem Zweck als Mitglied

in

in den Ausschuß der Akademie für die Schaffung des Deutschen Volksgesetzbuches einberufen werden.

Anschließend berichtet Herr Dr. H e u b e r noch eingehend über die Lage des NS.- Rechtswahrerbundes. Darnach zeigt der NS.-Rechtswahrerbund trotz des Krieges eine erstaunliche Stabilität seiner Organisation, seiner Mitgliederzahl und seiner Beitragseingangsentwicklung. Es sind trotz des Krieges keinerlei nennenswerte Ausfälle an Einnahmen oder Abonnements der Bundeszeitschrift eingetreten. Die Vermögenslage des Bundes hat sich sehr gebessert, er verfügt heute über fast 3/4 Million Reichsmark Reinvermögen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, etwa im März oder April eine Gauführertagung des NSRB. in Berlin, vielleicht auch in Krakau, abzuhalten.

Der Herr Generalgouverneur empfängt sodann Herrn Professor Dr. E m g e, Vizepräsident der Akademie für Deutsches Recht und Herrn Dr. G a e b, geschäftsführender Direktor der Akademie für Deutsches Recht, zum Vortrag über die Lage der Akademie für Deutsches Recht. Die Herren b erichteten von dem erfreulichen Aufstieg der Akademie. So wurde eine sehr erfreuliche Ausbautätigkeit der Ausschußarbeit festgestellt.

Der Herr Generalgouverneur genehmigte die Reise des Vizepräsidenten Professors Dr. E m g e nach Bulgarien und erklärte sich bereit, verschiedene von den Herren der Akademie angeregte, die Lage der Akademie fördernde Schreiben zu unterzeichnen. Mit Genugtuung nahm der Herr Generalgouverneur zur Kenntnis, daß die Klasse 4 „Völkische Wirtschaft" als wissenschaftlicher fachlicher Zusammenschluß der wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer Großdeutschlands innerhalb der Abteilung für Rechtsforschung der Akademie für Deutsches Recht

errichtet wurde.

Der Herr Generalgouverneur erklärte sich bereit, am 9.Februar vor dem Ausschuß für Luftverkehrsrecht der Akademie für Deutsches Recht zu sprechen. Er gab dann die Richtlinien für die Fortführung der Arbeiten der Akademie für Deutsches Recht und ordnete insbesondere die dauernde dienstliche Einbeziehung des Hauses des Deutschen Rechts in München in den Gesamtbetrieb der Akademie für Deutsches Recht erneut an.

Die angeschlossenen Organisationen der Akademie für Deutsches Recht wie die Ila oder die Deutsche Gefängnisgesellschaft, sowie die Deutsche Strafrechtliche Gesellschaft befinden sich in einer der Zeit entsprechenden, aber trotzdem gesicherten Lage.

Der Herr Generalgouverneur empfängt sodann Herrn Dr. du P r e l, Leiter der Abteilung Presse und Propaganda im Amt des Generalgouverneurs, den Pressereferenten des Auswärtigen Amtes und einige andere Herren vom Propaganda- und Auswärtigen Amt zur Vorbereitung der für den 9.Februar nachmittags 17^{45} in Aussicht genommenen Rede des Generalgouverneurs vor der gesamten Vertretung der Auslandspresse in Deutschland. Bei der Gelegenheit wurde der Gesamtkomplex der Presse-, Propaganda- und Aufklärungsprobleme im Verhältnis der Weltmeinung zum Generalgouvernement eingehend erörtert.

General B ü h r m a n n, Leiter der Dienststelle für den Vierjahresplan im Generalgouvernement, berichtete sodann dem Generalgouverneur über seine bisherigen vorbereitenden Besprechungen in Berlin. Er berichtete vor allem über die

erfreulich

erfreulich günstige Aufnahme, die die bisherigen Arbeiten des Generalbevollmächtigten des Generalfeldmarschalls Göring im Generalgouvernement auf dem Gebiet des Vierjahresplans in Berlin bei den maßgeblichen Stellen gefunden haben.

Der Herr Generalgouverneur beauftragte General B ü h r m a n n, an der heute nachmittag stattfindenden Währungssitzung beim Staatssekretär N e u m a n n teilzunehmen und dort die Grundsätze des Generalgouverneurs über die Währungslage im Generalgouvernement erneut darzulegen. Diese Grundsätze sehen eine gewisse Stabilhaltung des Zloty selbst unter schwierigsten Umständen vor.

General B ü h r m a n n berichtet dem Herrn Generalgouverneur auch noch über seine Besprechungen mit dem Leiter der Treuhandstelle Ost, W i n k l e r, aus denen er den Eindruck gewonnen habe, daß diese Dienststelle größtes Gewicht auf eine freundschaftliche Zusammenarbeit mit den Behörden des Generalgouvernements legt. Die Besprechung wurde sodann auf den 9.Februar, Beginn 10 Uhr im Ministeramt vertagt.

Berlin.

Freitag, den 9.Februar 1940.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet den Ausschuß für Luftverkehrsrecht in der Akademie für Deutsches Recht und hält eine Ansprache über die Aufgaben des Luftverkehrsrechts.

Anschließend empfängt der Herr Generalgouverneur den Professor Jens J e s s e n in seiner Eigenschaft als Sekretär „Ordnung der völkischen Wirtschaft" innerhalb der Akademie für Deutsches Recht und bespricht mit ihm eingehend die Organisation der Wirtschaftswissenschaft innerhalb des deutschen Lebens.

Darnach hat der Herr Generalgouverneur mit Herrn Staatssekretär M e i s s n e r eine Besprechung, vor allem in der Angelegenheit des früheren Gesandten W y g o t z i n s k i (persönlicher Wunsch des Führers), Warschau. Dabei wurde auch die technische Frage der Handhabung des Gnadenrechts erörtert.

Anschließend folgt eine Besprechung mit Reichsleiter B o u h l e r wegen des Transports polnischer Arbeiter ins Reich und über sonstige allgemeine Fragen.

14^{00}Uhr Der Herr Generalgouverneur empfängt die Vertreter des Propagandaministeriums und des Auswärtigen Amts in der Angelegenheit Auslandspresse und Generalgouvernement.

Anschließend empfängt der Herr Generalgouverneur Professor van L o o n, Holland zur Besprechung allgemeiner politischer Fragen, insbesondere auch zur Erörterung der holländischen Wirtschaftsinteressen und ihre möglichste Sicherstellung im früheren Polen.

Krakau - Burg.

Montag, den 19. Februar 1940.

10^{00} Uhr

Besprechung mit Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r

10^{45} Uhr

Besprechung mit Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r und SS-Obergruppenführer K r ü g e r .

11^{00} Uhr Besprechung mit Finanzpräsident S p i n d l e r , Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r und SS-Obergruppenführer K r ü g e r .

Gegenstand der Besprechung ist der P o l i z e i e t a t .

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r wendet sich zunächst entschieden dagegen, dass aus Mitteln des Generalgouvernements Polizeitruppen unterhalten werden sollten, die an sich nicht polizeilichen Zwecken im klassischen Sinne des Begriffes "Polizei" dienten, also nicht für Revier-, Strassen-, Marktpolizeiaufgaben usw. zur Verfügung ständen. Er beabsichtigt auch, von den Polizeimitteln alles das zu kürzen, was nicht den eigentlichen Polizeizwecken diene, und behalte sich vor, den Distriktschefs und Kreishauptmännern für den notwendigen Wachtdienst entsprechende Summen zur Verfügung zu stellen. Auch an den Hauptmassierungspunkten von Tausenden von Arbeitern, bei den Wasserwerken, behärdlichen Gebäuden u.a. müsse ein Sicherheitsdienst vorhanden sein. Für den Polizeietat müsse ein regulärer Satz von 100 Millionen Zloty zu Grunde gelegt werden; ausserdem wolle er sich noch 40 Millionen Zloty für die Dislozierung der Polizei zur Verfügung halten. Er wende sich vor allem gegen die Kasernierung der Polizeibattaillone in den Städten, in denen auch anderes Militär vorhanden sei, während das Land des polizeilichen Schutzes fast vollständig entbehre. Wenn das Reich das Bedürfnis habe, angesichts der militärischen Lage Polizeitruppen auszubilden und für militärische Zwecke bereitzu-

halten

bereitzuhalten, möge es auch finanziell für diese Truppen aufkommen.

Auf den Einwand des Finanzpräsidenten S p i n d l e r , dass das auch für die Totenkopfstandorte gelten müsse, erwidert SS-Obergruppenführer K r ü g e r , dass diese Einheiten den Etat des Generalgouvernements nicht belasteten, jedenfalls nicht mehr seit dem 15. November 1939.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Finanzpräsident S p i n d l e r , die Frage des Polizeietats in Berlin zur Sprache zu bringen. Finanzpräsident Spindler bemerkt, das Reichsfinanzministerium berufe sich darauf, dass es sich hier um Kosten der militärischen Besetzung handele, die sich aber insgesamt auf 600 - 700 Millionen beliefen und unmäglich dem Etat des Generalgouvernements aufgebürdet werden könnten. Der Herr Generalgouverneur betont, dass sich nunmehr die Polizei unbedingt auf die Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgaben einrichten müsse. Was darüber hinaus von der Polizei verlangt werde, müsse auf Kriegsetat gehen. Zudem habe seinerzeit der Führer angeordnet, dass im Falle von wirklich grossen Unruhen in Polen der militärische Befehlshaber den massierten Einsatz von Truppenkörpern zu verfügen habe. Er, der G e n e r a l g o u v e r n e u r würde in einem solchen Falle ausserordentliche Vollmachten geben. Insoweit seien auch die kasernierten Verbände der Ordnungspolizei nicht als polizeiliche Formationen anzusehen. Der Polizeietat müsse schon deshalb so hoch werden, weil die Polizeitruppe an sich nicht so polizeilich verwendet werden könne,

wie

wie es notwendig sei, sondern die kasernierte Polizei militärisch ausgebildet würde. Wenn das Reich den Wunsch habe, Polizeibattaillone hier bestehen zu lassen, die militärisch ausgebildet würden, dann müssten die Kosten eben auf den Militärhaushalt gelegt werden. Sein Wunsch sei es, bis zum 1. April 1940 ein klares Bild über den Stand der Dinge zu haben, um den Distriktschefs und Kreishauptmännern dann sagen zu können, wie es mit der polizeilichen Lage aussehe. Im übrigen müssten die zuständigen Dienststellen ihm darüber Vorschläge machen, inwieweit überhaupt Mittel der Summe nach in den Hauhalt eingesetzt werden könnten.

Finanzpräsident S p i n d l e r betont, dass die Einnahmen zur Zeit ganz gut flössen. Man hoffe, in Polen noch gewisse steuerliche Reserven/er/ fassen zu können. Gewisse Hemmungen bestänben bei der Abteilung Ernährung hinsichtlich der Frage, ob man den Bauern eine Grundsteuer in höherem Umfange auferlegen könne. Wenn hier auch eine gewisse Grenze zu ziehen sei, so sei doch immerhin ein gutes Ergebnis zu erwarten.

SS-Obergruppenführer K r ü g e r berechnet die Kosten der polnischen Polizei in Stärke von 8 700 Mann auf RM 30 450 000,--, wenn ein Durchschnittssatz von 3 500,-- Zloty zu Grunde liege. Dazu kämen 1 800 Gendarmen mit je RM 5 000,-- gleich 9 Millionen Reichsmark. Die Hilfspolizei in Stärke von 141 Hilfspolizeibeamten sei in den Einheiten der rd. 10 800 Mann Ordnungspolizei enthalten. Ein Teil des NSKK werde wieder herausgezogen, ebenso ein Teil der Ordnungspolizei. Wenn der Reichsführer SS dem Vorschlage zustimme, würden drei Bataillone für die Aufteilung in Frage kommen.

Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r ist der Meinung, dass ein Polizeibataillon in jedem Distrikt für den mittleren Einsatz, abgesehen von der Dislozierung, genügen würde.

SS-Obergruppenführer K r ü g e r sieht sich ausser Stande, angesichts der Witterung ohne weiteres ein Polizeibataillon zu verladen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r fasst das Ergebnis der Besprechung dahin zusammen, dass ein Weg gefunden werden müsse, auf dem den dringenden Bedürfnissen Rechnung getragen werden könne. Er müsse unter allen Umständen darauf bestehen, dass der Polizeietat auch restlos den ursprünglichen Aufgaben der Polizei dienstbar gemacht werde.

11^{45} Uhr Besprechung mit Major von T s c h a m m e r und O s t e n .

12^{00} Uhr Besprechung mit Gouverneur Dr. L a s c h .

Gouverneur Dr. L a s c h berichtet über die Lage im Distrikt R a d o m . Die Ernährungslage sei besser geworden, die Märkte seien gut beschickt. Gemüse fehle fast ganz. Die Fleischversorgung dagegen sei einigermassen zufriedenstellend. In Tschenstochau fehle es an Rindern und Schweinen, wie man dort überhaupt mit Schwierigkeiten zu kämpfen habe.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r weist darauf hin, dass infolge neuer Grenzziehungen die Bahn-

Bahnlinie Krakau - Tschenstochau nunmehr nur durch Gebiete des Generalgouvernements fähre.

Gouverneur Dr. L a s c h bemerkte dann noch, dass die deutsche Schule in Tschenstochau, die von besonderem Wert sei, demnächst eröffnet werde, und bittet den Herrn Generalgouverneuer an der Eröffnungsfeier teilzunehmen.

12^{30} Uhr Besprechung mit Ministerialrat W i l l e ,
Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h und
Amtsgerichtsrat S a g e .

Ministerialrat W i l l e legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

a) einer Verordnung über die deutsche Gerichtsbarkeit im Generalgouvernement,
b) einer Verordnung über die polnische Gerichtsbarkeit im Generalgouvernement,
c) einer Verordnung über den Uebergang von Rechtssachen in der deutschen und polnischen Gerichtsbarkeit,
d) einer Verordnung über die Kennzeichnung von Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement,
e) einer Verordnung über die Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts

vor und gibt eingehende Erläuterungen zu den Verordnungen. Charakteristisch sei für beide Gerichtsverfassungen, dass nur einmal ein Rechtsmittel eingelegt werden könne. Der oberste Gerichtshof in Warschau trete nicht mehr in Tätigkeit.

Es

Es wird dann zu den einzelnen Bestimmungen ~~über~~ d~~i~~e Verordnung über die deutsche Gerichtsbarkeit Stellung genommen.

Im § 2 werden auf Anordnung die Worte: "für den Bezirk jedes Distrikts" durch die Worte "für den Distrikt" ersetzt.

Für jeden Distrikt sind zwei Bezirksgerichte vorgesehen. Für den Distrikt Radom hält Ministerialrat W i l l e noch ein drittes Gericht für notwendig. Die Abhaltung von Gerichtstagen ist nach Ministerialrat W i l l e unbedingt erforderlich.

Gestreift wird kurz die Frage der Hypothekenämter im ehemals russischen Gebiet. Die dort beschäftigt gewesenen Hypothekenschreiber waren pensionierte Beamte, die nicht einmal sämtlich die Befähigung zum Richteramt hatten, recht erhebliche Gebühren einzogen und davon das Personal besoldeten.

Weiter weist Ministerialrat W i l l e auf den grossen Mangel an Staatsanwälten hin bei den Sondergerichten. Er habe schon erwogen, ob man für diese Aufgabe Rechtsanwälte heranziehen solle, doch neigten diese vielfach nicht zu der Tätigkeit als Staatsanwalt.

Dass ein Terminvertreter anwesend sei, halte er nicht für unbedingt erforderlich; das entspreche auch dem alten österreichischen Recht. Gegebenenfalls könnte die Aufgabe des Terminvertreters durch einen Amtsanwalt oder einen Beamten des gehobenen Dienstes erfüllt werden.

Reichsdeutsche Rechtsanwälte hätten die Frage aufgeworfen, ob sie im Generalgouvernement zugelassen werden könnten. Eine solche Zulassung sei aber nicht in Aussicht genommen. Dagegen, dass sich ein reichsdeutscher Rechtsanwalt mit einem hiesigen volksdeutschen Anwalt zusammentue, sei an sich nichts einzuwenden; er sei dann aber formell immer nur bei einem deutschen Gericht zugelassen, habe seinen Sitz in Deutschland und könne immer nur mit Spezialvollmachten hierher kommen.

Für besonders wichtig hält es der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r , dass die Disziplin im Gerichtssaal nach deutscher Methode geführt werde und ebenso streng sei wie bei den deutschen Gerichten. Verteidiger müssten unter Umständen ausgeschlossen werden können. Vielleicht müsse auch darauf hingewiesen werden, dass sie nur mit Genehmigung des Vorsitzenden auftreten dürften. Ministerialrat W i l l e betont, dass das nicht nur für Strafsachen, sondern schlechthin gelte. Dem Betreffenden werde die Fähigkeit gegeben, vor Gericht aufzutreten. Im Falle ungebührlichen Benehmens könne er vom Vorsitzenden genau so wie im Reich behandelt werden.

Was das Auftreten deutscher Staatsangehöriger vor Gericht angeht, so ist, wie Ministerialrat W i l l e berichtet, ein solcher Fall einmal in Warschau praktisch geworden. Hier habe der Vorsitzende selber gewünscht, dass dem Angeklagten ein Verteidiger gegeben werde. Man habe dafür Polizeisoldaten genommen, die die Befähigung zum Richteramt hatten.

Die

Die Frage des Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r s, wer als deutscher Volkszugehöriger zu betrachten sei, beantwortet Amtsgerichtsrat S a g e dahin, dass hierfür die besondere Kennkarte massgebend sei, über die demnächst eine Verordnung ergehen werde.

Wie Ministerialrat W i l l e weiter ausführt, sind die Sondergerichte zuständig:

1) wenn durch Verordnung des G e n e r a l g o u v e r n e u r s ausdrücklich die Zuständigkeit bestimmt wird,
2) in allen anderen Fällen, wenn die Schwere der Tat die Zuständigkeit des Sondergerichts angezeigt erscheinen lässt.

In Nr. 3 wird die Fassung wie folgt geändert:

"im Dienste deutscher Behörden oder diesen gleichgeordneten Stellen".

Ministerialrat W i l l e führt zur Erläuterung der Bestimmungen über die polnische Gerichtsbarkeit aus, dass grundsätzlich polnisches Recht gelte, von dem nur insoweit abgegangen werden solle, als es die Zwecke der Verwaltung erforderten. Das Verfahren richte sich nach deutschem Recht. - Die Gerichte würden entsprechend der Anordnung des Herrn Generalgouverneur angewiesen werden, bei Verfahren wegen Verbrechen gegen das Blutschutzgesetz, die sich gegen Volksdeutsche richteten, in jedem Falle die Entscheidung des Herrn Generalgouverneurs anzurufen. Nach dem Blutschutzgesetz bedürfe es zur Strafverfolgung der Zustimmung des Reichsjustizministers und Reichsinnenministers.

Bei

Bei Wiederaufnahme eines Verfahrens des Sondergerichts entscheide im Reich die Strafkammer. Man sollte hier aber das Sondergericht selbst einsetzen, wie es für die Zukunft auch im Reich vorgsehen sei.

Was das Verhältnis der polnischen zu den deutschen Gerichten und die Frage angehe, ob sie koordiniert oder subordiniert seien, so sei zu bedenken, dass die polnische und deutsche Gerichtsbarkeit grundsätzlich auseinanderfielen. Die polnischen Gerichte unterständen sämtlich der Ueberwachung durch die Distriktschefs. Zuständig sei zunächst immer das deutsche Gericht, das polnische nur dann, wenn der Staatsanwalt die Verfolgung der Tat abgelehnt habe. Es gebe noch vereinzelt polnische Staatsanwälte, auch einige ukrainische, Prokuratoren genannt.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r will in § 17 nicht von der polnischen Sicherheitsbehörde, sondern von der Sicherheitsbehörde des Generalgouvernements gesprochen haben. Es könne sich immer nur um Polen handeln, die im Dienste der deutschen Sicherheitsbehörde tätig seien.

Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h gibt zu bedenken, dass die polnische Polizei auch für deutsche Gerichte vordringliche Aufgaben übernehmen müsse.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r weist auf den Unterschied zwischen Justiz und Polizei hin. Es gebe wohl im Generalgouvernement Polen, die als Polizisten Dienst täten, aber keine polnischen Behörden. Aus diesem Gesamtbereich müssten immer die polnischen Beamten heraus genommen werden. Er würde deshalb lieber die Fassung wählen

wählen: "die polnischen Strafgerichte und die bei ihnen beschäftigten Beamten (der Staatsanwaltschaft) sind verpflichtet". Die Begriffe müssten scharf voneinander getrennt bleiben: es gebe eine deutsche Polizei und eine Gouvernementspolizei, die sowohl Deutsche wie Polen beschäftige. Im übrigen bedürfe es einer Bestimmung des Inhalts, dass Amtshandlungen gegen Reichsdeutsche oder deutsche Volkstumsangehörige im Generalgouvernement nur von Beamten und Angestellten der Polizei des Generalgouvernements vorgenommen werden dürften, die dem deutschen Volkstum angehörten. So dürften auch polizeiliche Massnahmen innerhalb deutscher Dienstgebäude nur von dem deutschen Volkstum zugehörigen Beamten und Angestellten der Polizei des Generalgouvernements vorgenommen werden.

Weiter wirft der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r die Frage auf, ob nicht dem Gerichtsvorsitzenden die Möglichkeit gegeben werden sollte, auch ohne Kennkarte über die Volkszugehörigkeit eine Feststellung zu treffen.

Die Frage des Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r s, ob hinsichtlich der Führung des Handelsregisters das Gericht von Amts wegen Feststellungen treffen müsse, wird von Ministerialrat W i l l e bejaht.

Zu § 22 bemerkt Amtsgerichtsrat S a g e , dass nach dieser Regelung das deutsche Recht gilt, sobald auch die Rechtsverhältnisse deutscher Staatsangehöriger zu berücksichtigen sind. Wann das der Fall sei, entscheide sich nach internationalem Privatrecht. Daraus ergebe sich auch, dass auf dem Gebiet des Personen-, Familien- und

Erbrechts

Erbrechts das deutsche Recht anzuwenden sei.

Zu der Frage der Eheschliessung hält es der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r für richtig, der hier gegebenen Vorschrift die Worte: "im Generalgouvernement" hinzuzufügen.

Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h gibt zu bedenken, dass die Ehe auch im Gebiet des deutschen Reiches geschlossen werden könne, deshalb also die Worte: "im Generalgouvernement" nicht ganz zutreffend seien.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r will grundsätzlich eine Bestimmung des Inhalts getroffen sehen, die Gewähr dafür biete, dass bei Eheschliessungen, die nach deutschem Recht im deutschen Reich verboten oder erschwert seien, die Verbote oder Erschwerungen sich auch im Generalgouvernement auswirkten, wenn es sich um deutsche Volksangehörige handele.

Zum Grundbuchwesen bemerkt Amtsgerichtsrat S a g e , dass massgebend sein müsse der Ort, in dem das Grundstück belegen sei. Man dürfe es nicht auf die Rechtsverhältnisse des Eigentümers abstellen.

Zu § 32 bemerkte Ministerialrat W i l l e , dass die Fristsetzung eigentlich mehr für Strafurteile praktische Bedeutung habe.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r will die Frage geklärt sehen, ob nicht allgemein diese Bestimmung des § 32 Abs. 1 vollstreckungshemmende Wirkungen hat.

Weiter

Weiter wirft der Herr G e n e r a l g ou v e r n e u r die Frage auf, wie es bei reichsdeutschen Beamten, Kaufleuten usw., die sich im Generalgouvernement niederließen, mit dem Wohnsitz zu halten sei:

Ministerialrat W i l l e erwidert, dass für Eheschliessungen und Ehescheidungen solcher Personen die Vorschriften des deutschen Rechts maßgebend seien. Habe der Betreffende seinen Wohnsitz im Reich, dann sei das deutsche Gericht zuständig, habe er auch im Generalgouvernement einen Wohnsitz, dann seien beide Gerichte zuständig.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r bezeichnet diese und ähnliche Fragen als der Klärung bedürftig.

Die Frage des Herrn Generalgouverneur, ob die Kirche einen grossen Einfluss auf die Volksdeutschen habe, wird von Ministerialrat W i l l e dahin beantwortet, daß dieser Einfluß wohl auch auf den katholischen Teil des deutschen Volkstums nicht sehr groß sei.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r unterzeichnet hierauf die Verordnung.

Es wird dann zur Verordnung über die polnische Gerichtsbarkeit Stellung genommen.

Ministerialrat W i l l e stellt hier zunächst die Frage der Überleitung in den Vordergrund. Eine Rolle spiele z.B. die Grundbuchauseinandersetzung: Die Grundbücher folgten in ihren bisherigen Distriktsgrenzen keineswegs den Grenzen des Generalgouvernements. Weiter würden Sachen, die beim Obersten Gerichtshof in Warschau

anhängig

anhängig gewesen seien, nicht rechtskräftig entschieden und unterlägen nicht der Gerichtsbarkeit des Generalgouvernements, soweit sie etwa aus der Provinz Posen erwüchsen; soweit sie im Gebiet des Generalgouvernements erwachsen seien, würden die Urteile rechtskräftig, weil es die oberste Instanz nicht mehr gebe. Die Richtlinien müssen hier vom Reichsgericht gegeben werden, dessen Entscheidung aber noch ausstehe.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r stellt mit allem Nachdruck fest, daß nach der alten verwaltungsrechtlichen These eine Verordnung einer untergeordneten Dienststelle nur auf Grund einer von der übergeordneten Dienststelle ausgehenden Ermächtigung ausgehen könne, die auch so bezeichnet sein müsse. Wie er sich auf den Führer stütze, müßten sich die untergeordneten Dienststellen auf ihn, den Generalgouverneur, stützen.

Weiter wünscht der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r eine Bestimmung des folgenden Wortlauts in den Text der Verordnung eingefügt zu sehen:

" Soweit für andere Volksstämme im Generalgouvernement das Bedürfnis nach eigenen Gerichtsbehörden erwächst, entscheidet über deren Einrichtung auf Antrag des Distriktschefs der Generalgouverneur."

Es müßte auch gesagt werden, daß Polen nicht Ukrainer sind. Er würde den § lo überhaupt nicht auf einen Volksstamm abstellen, sondern allgemein sagen: "Soweit für nichtpolnische Volkszugehörige, die größeren Grundbesitz haben, das Bedürfnis entsteht, eine eigene Gerichtssprache

richtssprache und für ihre Rechtssprechung ihrem Volkstum zugehörige Gerichte zu haben, entscheidet über die Einrichtung solcher nach anderer Sprache richtenden nichtpolnischen Gouvernementsgerichte der Generalgouverneur."Er gehe davon aus, daß, wenn über 5o% der Bevölkerung einen bestimmten Volksstamm angehörten, das Gerichtsleben diesem Volksstamm auszuliefern sei. Polen, Ukrainer, Lomken und andere Volksstämme sollten auf allen Gebieten das gleiche Recht haben. Er wolle nicht, daß ein sogenanntes polnisches Gericht ein Ausdruck im Sinne der alten staatsrechtlichen Terminologie sei. In den Bereichen des Generalgouvernements, in denen nicht polnische oder nicht polinische Volksstämme in geschlossenen Siedlungen lebten, müßten Sonderregelungen getroffen werden.

Ministerialrat W i l l e hält es für notwendig, eine neue Verordnung zu machen, die dem entspreche. Für die Soralen sei bisher nichts geschehen. Das Richterpersonal stände wohl in den Ukrainern zur Verfügung.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r bezweifelt, ob es richtig sei, Anordnungen, die nur Deutsche angingen, auch in polnischer Sprache zu verkünden.

Oberlandesgerichtsrat Dr W e h verweist in diesem Zusammenhang auf die einschlägige Veordnung, nach welcher das gesamte Recht des G e n e r a l g o u v e r n e u r s in deutscher und polnischer Sprache zu verkünden sei. In § 8 hält der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r folgenden Zusatz für erforderlich:

" In ganz begründeten Fällen, in denen es das Interesse des deutschen Volkes verlangt, kann der Generalgouverneur eine Ausnahme zulassen."

Zu § 2o, Gerichtssprache weist der Herr G e n e r a l-g o u v e r n e u r auf die Möglichkeit hin, daß das polnische Gericht auch deutsche Zeugen unter Eid vernimmt. Es frage sich nun, ob z.B. ein deutscher Polizeibeamter der Verhandlungsdisziplin des Gerichtsvorsitzenden unterstehe. Hier könnte die Möglichkeit bestehen, daß entgegen dem allgemeinen Grundsatz eine Autorität von einem Polen einem Deutschen gegenüber ausgeübt werde. Hier müsse zur Vermeidung von Schwierigkeiten irgendeine innerdienstliche Regelung getroffen werden.

Ministerialrat W i l l e bemerkt dann, daß die Juden in Strafsachen immer vor die deutschen Gerichte gebracht werden sollten; sonst gehörten sie vor die polnischen Gerichte. Nach polnischen Recht gelte auch für die Juden die kirchliche Ehescheidung. Im übrigen beständen keine Bedenken, auch Ausländer vor die polnischen Gerichte zu ziehen.

Nach Abschluß der Beratungen über die Verordnungen bezeichnet der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r es als zweckmässig, von diesen Verordnungen auch in der Presse zu berichten, um damit zu zeigen, daß sich die Deutschen nicht in die innerpolnischen Rechtsverhältnisse einmischten. Es sei wichtig, festzustellen, daß das polnische Volk nach dem ihm gemäßen Recht leben könne. Wenn

Wenn jetzt das polnische Recht in Anwendung gebracht werde, dann werde es sich wie jedes Recht auch weiter entwickeln.

Ferner sei zu bedenken, daß es in polnischen Gesetzen noch eine Fülle von Begriffen gebe, die heute nicht mehr existierten, so: Wojewodschaft, polnischer Staatspräsident, polnische Regierung usw. Auch eine polnische Auslandsvertretung existiere nicht mehr. Ferner sei an den Fall zu denken, daß ein polnischer Volkszugehöriger in der Schweiz lebe und im Generalgouvernement eine Amtshandlung vornehmen lassen wolle. Er müsse, da der formelle polnische Gesandte in der Schweiz von Deutschland nicht anerkannt werde, beim deutschen Gesandten Rechtshilfe finden. Das Generalgouvernement sei, international-rechtlich gesehen, ein Schutzstaat, eine Art Tunis. Es müsse irgendwo gesagt werden, daß die Deutschen im Ausland verpflichtet seien, den Angehörigen des Generalgouvernements Hilfe oder Unterstützung zu leisten, ihre Gesuche weiter zu leiten usw. Demnach müsse die polnische Gesetzeslage irgendwie eine Umformung auf den gegenwärtigen allgemeinen Status erfahren. In einer Verordnung müsse z.B. bestimmt werden, was an die Stelle der Wojawodschaft oder der polnischen Regierung trete. Darüber hinaus könnte auch das Interesse bestehen, gewisse polnische Rechtseigentümlichkeiten nicht weiter bestehen zu lassen. Es bedürfe einer Abteilung " polnisches Recht." Gerade bei der Justiz werde sich eine Fülle des Materials, eine Fülle von Streitfragen zeigen.

Ministerialrat W i l l e verweist in diesem Zusammenhang auf das Beispiel der Verordnung über die Gewerbeaufsicht, in der man schon etwas Neues an die Stelle der bisherigen Regelung gesetzt habe.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ist weiter der Auffassung, daß sich das Bedürfnis nach offizieller Auslegung des polnischen Rechts mehren werde. Man werde wohl zu einer Art polnischen Regierungs= oder Regentschaftsrats kommen, und der Leiter des polnischen Gerichtswesens würde dann für eine solche Aufgabe zuständig sein. Für die polnische Rechtsabteilung müsse ein zuverlässiger Pole genommen werden.

Ministerialrat W i l l e meint, daß man vorläufig von der Ernennung von Gerichtspräsidenten und ähnlichen hohen Justizbeamten absehen müsse, vielmehr nur von leitenden Beamten sprechen könne. Die Beamten müßten zunächst auf Widerruf beschäftigt werden. Sollte später daran gedacht werden, die Gerichtsbarkeit zu verfeinern und Präsidentenstellen zu schaffen, dann müsse die Entscheidung darüber natürlich dem Generalgouvernement vorbehalten bleiben.

Die Verordnung über die Verlängerung der Fristen wird nach kurzer Erläuterung durch Amtsgerichtsrat S a g e vom Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r unterzeichnet.

Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h teilt mit, daß vom Distrikt Krakau die Anregung gekommen sei, die Standgerichtsbarkeit auch den Kreishauptmännern zu übertragen,

und

und zwar mit der Begründung, daß die Polizei oft wochenlang nicht zur Stelle sei und eine Verurteilung deshalb nicht erfolgen könne. Es sei eine politische Frage, ob die Standgerichte erweitert werden sollten.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erklärt, daß er nunmehr die Vollstreckung der Urteile der Standgerichte an seine Genehmigung gebunden habe.

Ministerialrat W i l l e bringt dann noch die Frage des Patentamtes zur Sprache.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r will das Patentamt der Justiz unterstellen. Eine entsprechende Überleitungsverordnung müsse aber sehr bald ergehen.

Ministerialrat W i l l e berichtet weiter, daß er bereits mit den maßgebenden Stellen in Berlin Fühlung genommen habe und ein Beamter des Reichspatentamtes für die Aufgabe gewonnen worden sei. Die Aufbauarbeiten in Warschau seien zum Abschluß gebracht. Der Beantwortung harre nur noch die staatsrechtliche Frage, ob das polnische Patentamt auch in Zukunft bestehen bleiben solle. Bei einer demnächst in Berlin stattfindenden Besprechung stünden auch Patentfragen auf der Tagesordnung.

Ministerialrat W i l l e nimmt dann noch zu der vom polnischen Staatspräsidenten am 30.August 1939 erlassenen Amnestie Stellung, die das Reich offiziell nicht beachtet habe, da sich diese Amnestie, die bei Beginn des Feldzuges ausgesprochen worden sei, gegen die deutschen militärischen Interessen richtete. Es handle sich hier um eine politische Entscheidung, die er eben Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r zu treffen bitte.

Mißlich

Mißlich sei nur, daß man im Krakauer Distrikt diese Amnestie teilweise anerkannt habe. Die Amnestieverordnung sei an sich im polnischen Verordnungsblatt veröffentlicht worden und habe damit nach polnischen Recht Rechtswirksamkeit erlangt. Für Strafen bis zu einem Jahr Freiheitsstrafe könnte sie vielleicht angewandt werden, und zwar könnte das im internen Dienstwege geschehen.

Ministerialrat W i l l e hält dann dem Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r Vortrag über die Eingaben der Frau Rena R ö ß l e r , gegen deren Ehemann ein Verfahren wegen Plünderung angestrengt ist.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet an, daß das Verfahren beschleunigt durchgeführt wird.

Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h teilt mit, daß er für die Neuorganisierung des Verordnungsblattes ein Rundschreiben hat hinausgehen lassen. Weiter habe er einen Schriftwechsel wegen der Veröffentlichung der Verordnungen gehabt.

Bergakademie

16^{00}Uhr Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r empfängt den Distriktschef von Krakau, Gouverneur Dr.W ä c h t e r zu einer Unterredung.

16^{35}Uhr Besprechung des Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r mit Generalmajor B ü h r m a n n, Regierungsrat Dr. B e r g m a n n und Oberregierungsrat Dr. S c h e p e r s. An Hand von Karten wird die Grenzziehung des dem Generalgouvernement einzugliedernden Dombrowa-Gebietes besprochen.

Krakau - Burg

Dienstag, den 2o.Februar 194o

1o^{00} Uhr Besprechung mit Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r und Landesgerichtsrat Dr. L u x e n b u r g.

1o^{30} Uhr Besprechung mit Brigadeführer Streckenbach.

11^{00} Uhr Besprechung mit Gesandten von W ü h l i s c h und Dr. A l b r e c h t.

Gesandter von W ü h l i s c h berichtet, daß beabsichtigt sei, den Rahmen des Veit-Stoß-Altarbildes nach Nürnberg zu bringen.

Weiter legt er dem Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r ein Dankschreiben des Vertreters des amerikanischen Roten Kreuzes N i c o l s o n vor. Der Herr Generalgouverneur ordnet die Veröffentlichung dieses Schreibens- gegebenenfalls mit Photokopie - in der Presse an.

Gesandter von W ü h l i s c h wirft weiter die Frage auf, ob ukrainische Studenten nach Deutschland geschickt werden könnten. Der Herr Generalgouverneur behält sich seine Entscheidung vor und will im übrigen darüber orientiert werden, wie lange die Reichsregierung glaube, daß die Umsiedlungsaktion der Russen noch bestehen bleiben werde.

Gesandter von W ü h l i s c h teilt mit, der Hauptbevollmächtigte der Russen habe angeregt, die Umsiedlungs-

frist

frist zu verlängern.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r betont, daß er sich bereits gegen eine Verlängerung ausgesprochen habe, weil er den Ukrainern gegenüber freie Hand behalten wolle.

Weiter ersucht der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r den Gesandten von W ü h l i s c h, ihm zu bestätigen, daß gegen eine Beschäftigung des Gesandten z.D. von R ä m e l i n in einer nicht diplomatischen Stellung keine Bedenken beständen. Er habe die Absicht, dem Gesandten z.D. von Rämelin im Rahmen der Wirtschaftsabteilung den Sektor der zwischenstaatlichen Handelsbeziehungen, der Handelsverträge mit dem Deutschen Reich usw. anzuvertrauen, allerdings mit Unterstellung unter einen Abteilungsleiter.

Der inzwischen erschienene Dr. A l b r e c h t von der Kulturabteilung teilt mit, daß eine Nürnberger Kommission unter Leitung eines Baurats Streicher den Rahmen der Altarbilder von Veit Stoß in der Marienkirche nach Nürnberg bringen wolle. Er habe darüber ein Protokoll aufgenommen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet an, daß angesichts der Gesamtlage in Polen die Wegnahme des Altars um ein Vierteljahr vertagt wird. Auch für die Einschmelzung der Glocken solle eine Anweisung abgewartet werden.

11[15] Uhr

Besprechung mit Landrat Dr. S i e b e r t.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r nimmt zur Frage des Polizeihaushalts Stellung und erklärt, daß er von nun an in diesem Haushalt nur Mittel für rein polizeiliche Zwecke und Aufgaben zur Verfügung stellen werde; er entscheide darüber, ob die Mittel tatsächlich für polizeiliche Zwecke " im klassischen Sinne " verwendet wurden.

Landrat Dr. S i e b e r t weist auf die Schwierigkeiten hin, die auch er in der Polizeifrage habe.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet in diesem Zusammenhange an, daß ihm die Distriktschefs, Kreis- und Stadthauptmänner fortan direkt zu berichten hätten, und weist Landrat Dr. Siebert an, ihm diese Berichte gesammelt zuzuführen. Ferner solle Landrat Dr. Siebert für den Dienstbereich des Generalgouvernements (Bergakademie) die Funktion des Distriktchefs ausüben.

Landrat Dr. S i e b e r t unterbreitete dann dem Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r die Bitte des Erzbischofs um Ausstellung eines Passierscheines für eine Reise nach seiner Diözese in Deutschland.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erklärt sich bereit, den Erzbischof zu empfangen, und ersucht Landrat Dr. Siebert, diesen Empfang zu organisieren.

Landrat Dr. Siebert teilt weiter mit, daß er mit Notar G u t b r o d eine lange Besprechung wegen der Beamten gehabt habe, in der dieser auf die Schwierigkeiten hingewiesen

11[15] Uhr

Besprechung mit Landrat Dr. S i e b e r t.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r nimmt zur Frage des Polizeihaushalts Stellung und erklärt, daß er von nun an in diesem Haushalt nur Mittel für rein polizeiliche Zwecke und Aufgaben zur Verfügung stellen werde; er entscheide darüber, ob die Mittel tatsächlich für polizeiliche Zwecke " im klassischen Sinne " verwendet wurden.

Landrat Dr. S i e b e r t weist auf die Schwierigkeiten hin, die auch er in der Polizeifrage habe.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet in diesem Zusammenhange an, daß ihm die Distriktschefs, Kreis- und Stadthauptmänner fortan direkt zu berichten hätten, und weist Landrat Dr. Siebert an, ihm diese Berichte gesammelt zuzuführen. Ferner solle Landrat Dr. Siebert für den Dienstbereich des Generalgouvernements (Bergakademie) die Funktion des Distriktchefs ausüben.

Landrat Dr. S i e b e r t unterbreitete dann dem Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r die Bitte des Erzbischofs um Ausstellung eines Passierscheines für eine Reise nach seiner Diözese in Deutschland.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erklärt sich bereit, den Erzbischof zu empfangen, und ersucht Landrat Dr. Siebert, diesen Empfang zu organisieren.

Landrat Dr. Siebert teilt weiter mit, daß er mit Notar G u t b r o d eine lange Besprechung wegen der Beamten gehabt habe, in der dieser auf die Schwierigkeiten hingewiesen

gewiesen habe, die sich aus der Anhörung der beteiligten Stellen ergäben.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r wendet sich scharf gegen diese ressortmäßige Einschaltung " beteiligter Stellen ". Verschleppungen werde er dadurch entgegentreten, daß er von seiner unmittelbaren Gesetzgebung Gebrauch mache. Der Schwerpunkt der Ernennung der Beamten liege beim Generalgouvernement und nicht bei den Distrikten. Er ordne ferner an, daß ihm fortan sämtliche Amtsblätter vorzulegen sind. Ferner dürfe keine Exekution mehr ohne seine Genehmigung und ohne Feststellung des gesamten Tatbestandes stattfinden.

12^{00} Uhr

Besprechung mit Oberregierungsrat Dr. S c h e p e r s.

Oberregierungsrat Dr. Schepers berichtet über die neue Grenzziehung, die für das Generalgouvernement einen Zuwachs von 285o qkm bedeute. Die Einwohnerzahl des Gebietes betrage 75o ooo, die Siedlungsdichte 27o Menschen auf ein qkm, die Kohlenförderung 8 Millionen Tonnen pro Jahr, dazu komme noch eine kleine Erzförderung.

Dem Vorschlage des Oberregierungsrates Dr. Schepers, für den 2.März eine Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses anzuberaumen, stimmt der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r zu. Oberregierungsrat Dr. S c h e p e r s teilt dann noch mit, daß die Wehrmacht östlich der Weichsel keine Garnisonen einrichten wölle. Zudem könnten die Garnisonen erst nach Beendigung des Krieges endgiltig festgelegt werden. Er nimmt weiter Bezug auf ein Schreiben des Staatssekretärs F e d e r, in welchem er bittet,

einen

einen Vertreter für wissenschaftliche Arbeiten im Generalgouvernement entsenden zu dürfen. Oberregierungsrat Dr. Schepers erläutert dann den Begriff der Raumforschung, die eine besondere Abteilung in der Reichsstelle für Raumordnung wissenschaftlich bearbeite.

12^{30} Uhr

Besprechung mit Reichsamtsleiter Frhr. Dr. du P r e l und Regierungsrat S t a m p e (Propagandaministerium). Im Anschluß an die Besprechung wurden 11 Schriftleiter von deutschen Zeitschriften durch den Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r begrüßt. Der Herr Generalgouverneur hält eine Ansprache an die Schriftleiter im Fahnensaal, in der er auf die Geschichte des Generalgouvernements und seine Aufgaben als Generalgouverneur hinweist.

Dienstag, den 20.Februar 1940

16 Uhr 10

Der Herr Generalgouverneur empfängt in seinen Diensträumen in der Bergakademie den Leiter des Veterinärwesens im Generalgouvernement, Ministerialrat Dr. W i e m a n n zur Berichterstattung über die Arbeiten seiner Abteilung.

Min.Rat Dr.Wiemann weist auf die Schwierigkeiten hin, die sich aus dem starken Mangel an Tierärzten ergeben. Tierärzte aus dem Reich anzufordern sei unmöglich, da 50% der Tierärzte zum Militär eingezogen seien. Es müßten daher polnische Tierärzte herangezogen werden, doch müsse versucht werden, wenigstens für die Distrikte und für das Generalgouvernement noch einige deutsche Tierärzte zu bekommen.

Der Seuchenstand könne als befriedigend bezeichnet werden. Die einzige Seuche, die noch einige Sorge mache, sei die Tollwut, der jedoch durch geeignete Bekämpfungsmaßnahmen entgegengetreten werde.

Auf dem Gebiete der Fleischbeschau und der Lebensmittelüberwachung seien bereits Fortschritte erzielt. Zunächst sollen wenigstens in den Großstädten entsprechende Kontrollen eingeführt werden, wobei einer von den deutschen Tierärzten die Oberaufsicht über die polnischen Tierärzte haben solle. Zur Zeit bestünden bereits drei Veterinäruntersuchungsämter.

Der Herr Generalgouverneur dankt Min.Rat Wiemann für die von seiner Abteilung geleistete Arbeit und verfügt, daß der Leiter der Abteilung Veterinärwesen - vor allem bei gesellschaftlichen Veranstaltungen - in gleicher Weise behandelt wird wie der Leiter des Gesundheitswesens, Obermedizinalrat Dr. Walbaum.

16 Uhr 30

Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Distriktschef Dr. W ä c h t e r , Obermedizinalrat Dr. W a l b a u m, Notar G u t b r o d , Ministerialrat G a r e i s , Dr. P e i n e m a n n , Hauptsturmführer B u c h n e r und Herrn K e c k über Ernährungsfragen.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt einleitend, daß ihm beunruhigende Mitteilungen über die Ernährung im Distriktskrankenhaus Krakau gemacht worden seien, und beauftragt Obermedizinalrat Dr. Walbaum, der Angelegenheit nachzugehen und Bericht zu erstatten.

Gouverneur Dr. Wächter berichtet sodann über die Ernährungslage im Distrikt Krakau. Die Situation sei hier so, daß an gewissen Nahrungsmitteln, vor allem an Mehl und Schweinefleisch, auch unter normalen Verhältnissen Mangel herrsche und Zuschüsse aus anderen Gebieten erforderlich seien. Unter den gegenwärtigen schwierigen Witterungs- und Transportverhältnissen habe sich naturgemäß die Lage auf diesem Gebiet erheblich verschärft. Ausreichend vorhanden seien - normale Witterungsverhältnisse vorausgesetzt - Rindfleisch, Kartoffel und Molkereiprodukte. Die Beschaffung der nötigen Mengen an Rindfleisch usw. sei in der Weise geregelt, daß für jeden Kreis ein bestimmtes Lieferungsoll festgelegt worden sei, für dessen Einhaltung der Kreishauptmann zu sorgen habe. Dem Kreishauptmann müsse die Erfüllung dieser Pflicht dadurch ermöglicht werden, daß er die Gewähr habe, neben seinem Lieferungsoll nicht auch noch zusätzlich herangezogen zu werden. Seit Einführung dieser Regelung habe sich trotz der ungünstigen Witterungsverhältnisse die Zufuhr von Lebensmitteln erheblich gebessert, sodaß heute die gesamten Kasinos ausreichend versorgt seien. Die Beamtenschaft bekomme dort ungefähr das doppelte von den Quantitäten,

die im Reich zur Ausgabe gelangen. Daneben bestehe die Möglichkeit zusätzlicher Einkäufe, und zwar auch wieder in Mengen, die die Reichssätze überschreiten.

Ministerialrat Dr. Gareis gibt der Überzeugung Ausdruck, daß in Zukunft, wenn nicht ganz außergewöhnliche Verhältnisse eintreten, die Versorgung der Kasinos gesichert ist, allerdings mit der Einschränkung, daß Schweinefleisch nicht vorhanden sei. In der vorigen Woche seien beim städtischen Schlacht- und Viehhof 632 Rinder und 26 Schweine angeliefert worden. 150 Rinder seien an die polnische Bevölkerung verteilt worden.

Notar Gutbrod hebt hervor, daß sich die Einziehung der 30 000 Lebensmittelausweise günstig ausgewirkt habe. Jetzt seien Ausweise nur noch an reichsdeutsche Beamte und Angestellte und an solche Reichsdeutsche, die sich im Interesse des Generalgouvernements hier aufhalten, ausgegeben worden.

Küchenchef Keck bespricht die Schwierigkeiten der Lebensmittelbeschaffung für die ihm unterstellten Betriebe. Besonders unangenehm mache sich das Fehlen von Schweinefleisch und Kalbfleisch sowie von Gemüse und Hülsenfrüchten aller Art bemerkbar.

Dr. Peinemann erklärt, daß zwei Waggons Erbsen und Linsen im Protektorat bestellt und bereits im anrollen seien.

Der Generalgouverneur beauftragt Gouverneur Dr.Wächter, sofort mit den zuständigen Dienststellen der Wehrmacht in Verhandlungen über die Abgabe von Konserven und Hülsenfrüchten sowie über die Abtretung eines angemessenen Teiles der von ihr beschlagnahmten Kühlräume zu treten. Die Wehrmacht müsse in dieser Beziehung unbedingt entgegenkommen; denn zur Wehrsicherung des Generalgouvernements gehöre auch die Sicherung der Ernährung der

dort tätigen Beamtenschaft.

Es kommt sodann noch die Frage der Aufkäufe durch vom Küchenchef Keck beauftragte Aufkäufer zur Sprache. Der Herr Generalgouverneur ordnet hierzu an, daß diese Aufkäufe zu unterbleiben haben, und verfügt, daß dem Küchenchef Keck die für seine Betriebe benötigten Fleischmengen zur Verfügung zu stellen sind.

17 Uhr 30

Der Herr Generalgouverneur empfängt die Reichsamtsleiter Opdenhoff und Dr. Donnevert.

19 Uhr

Vorlage von Verordnungen durch Oberlandesgerichtsrat Dr.Weh.

3 d.A.
4/II Hkh

Krakau - Burg.

Mittwoch, den 21. Februar 1940.

10^{00} Uhr

Besprechung mit Ministerial-Direktor Dr. B ü h l e r

11^{15} Uhr

Besprechung mit SS-Obergruppenführer K r ü g e r und Landrat Dr. S i e b e r t.

Gegenstand der Besprechung ist der Polizeihaushalt.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r legt nochmals eingehend seinen Standpunkt in dieser Frage dar und betont, daß nunmehr bei den Haushaltsbesprechungen völlige Klarheit geschaffen werden müsse. Er beabsichtige, bei der Aufstellung des Gesamthaushalts nicht mehr die einzelnen Bereiche der inneren Verwaltung, der Kultusverwaltung usw. zugrunde zu legen, sondern einen nach Belangen eingeteilten Zweckmässighaushalt aufstellen zu lassen. Daraus ergebe sich zwangsläufig, daß der Polizeihaushalt der Erfüllung der notwendigen polizeilichen Aufgaben im Generalgouvernement diene. Hierfür müsse eine Dienstanweisung ausgearbeitet werden, in der auch genau umrissen werde, welche Aufgaben die Polizei innerhalb der inneren Verwaltung zu erfüllen habe.

SS Obergruppenführer K r ü g e r weist darauf hin, daß ihm für die Zwecke der Polizei eine Summe von loo Millionen Zloty zur Verfügung stehe, die verwendet werde in Höhe von 8o Millionen für die Gendamerie (2ooo Mann) und die polnische Polizei (8ooo Mann), zu denen noch looo Mann polnische Kriminalpolizei kämen.

Damit wären im Grossen gesehen etwa 9o bis 95 Millionen Zloty verteilt und bereits planmäßig verwendet. Gerade diese Kräfte seien vollkommen auf dem Lande eingesetzt. Die Möglichkeit, auch Ordnungspolizei auf das Land zu dislozieren, werde angesichts der Knappheit der Haushaltmittel nicht gegeben sein.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r will die Frage beantwortet wissen, welche polizeilichen Aufgaben überhaupt für notwendig gehalten werden und was angesichts der territorialen Struktur nach Großstädten, Landkreisen usw. für die Erfüllung der polizeilichen Aufgaben benötigt wird. Er sei nicht gewillt, sich von den Berliner Stellen in seine Befugnisse hineinreden zu lassen. Da er die Verantwortung für das Gebiet des Generalgouvernements habe, müsse er darauf bestehen, daß die polizeilichen Bedürfnisse erfüllt würden.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r wirft dann die Frage auf, wie es mit der Feuerwehr im Generalgouvernement stehe. Landrat Dr. S i e b e r t erwidert, daß eine Feuerwehr als solche existiere, daß sie aber mit Geräten sehr schlecht ausgerüstet sei.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet an, daß zur Unterdrückung von Preistreibereien die Polizei in erhöhtem Umfange für den Dienst auf den Märkten herangezogen wird.

12[15] Uhr

Vereidigung des Gouverneurs Z ö r n e r.

Anwesend sind Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r, SS Obergruppenführer K r ü g e r, Landrat Dr. S i e b e r t, Reichsamtsleiter Dr. Frhr. du P r e l .

Nach der Vereidigung begrüßt der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r den neu ernannten Distriktchef von Lublin Zörner mit einer Ansprache, in der er diesen auf die neuen Aufgaben, die ihm als Gouverneur gestellt werden, hinweist.

12[40] Uhr

Vereidigung des Stadthauptmanns S c h m i d t.

Im Anschluß an die Vereidigung wird über die Theaterfrage gesprochen und dann zur Finanzlage der Stadt Krakau Stellung genommen.

Krakau - Burg.

Donnerstag, den 22. Februar 1940.

10^{00} Uhr Besprechung mit Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r .

10^{30} Uhr Empfang des Staatsrats S c h u m a n n
und Dr. F r a u e n d o r f e r .

12^{30} Uhr Besuch des Generaloberst von B r a u c h i t s c h
auf der Burg.
Empfang im grossen Arbeitszimmer.

13^{30} Uhr Frühstück mit Ansprachen des Herrn G e n e r a l g o u -
v e r n e u r s und des Herrn Generaloberst von B r a u -
c h i t s c h . (s. S. 111)

19^{20} Uhr Abfahrt zum Offiziersheim.

19^{30} Uhr Abendessen bei General U l e x .

T r i n k s p r u c h
des Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r s aus Anlass des Besuches des Herrn Generaloberst von B r a u c h i t s c h .

- - - - - -

Herr Generaloberst !

Ich habe die hohe Ehre, in Ihnen den Repräsentanten des deutschen Heeres im Namen aller Deutschen im Generalgouvernement auf das herzlichste zu begrüssen. Ihnen gilt in dieser ernsten Stunde unser Gruss. Wir wissen, was es für Sie bedeutet, im entscheidungsvollsten Kriege der deutschen Geschichte der oberste Chef des deutschen Heeres zu sein, direkt vom Führer mit dieser Mission geschichtlichsten Ausmasses betraut. Wir wissen es umsomehr zu würdigen, dass Sie nunmehr den Weg in das von Ihren Truppen eroberte Gebiet des polnischen Ostlandes, des Generalgouvernements, zu einem Besuch gefunden haben. Ich kann nur sagen, dass wir, die wir als Soldaten einmal die Waffen getragen haben, nunmehr als Männer der Verwaltung uns bemühen werden, den Siegespreis für den heroischen Opfermut unserer Soldaten fest in der Machtsphäre des deutschen Reiches zu halten. Ich kann es mir hier auch nicht versagen, mit besonderer Herzlichkeit Ihnen, Herr Generaloberst von Blaskowitz, die Grüsse des Generalgouvernements zu entbieten, Ihnen, der Sie vom Führer eingesetzt sind, die Ostwacht militärisch

---

militärisch - soldatisch zu halten. Ich darf Ihnen, Herr Generaloberst von Blaskowitz, die Versicherung abgeben, dass wir uns hier bemühen, in ernster Kameradschaft mit den Dienststellen des Heeres zusammenzuarbeiten und eine, weiss Gott, nicht leichte Aufgabe zu meistern, in einem vom Kriege durchzogenen Lande die Interessen des Reiches in vollem Umfange zu wahren. . Es erfüllt uns mit besonderer Beglückung, Sie, Herr Generaloberst, in einem Augenblick hier begrüssen zu können, in welchem vor Ihnen schon die grossen Aufgaben dieses Jahres aufsteigen mögen, die Sie zu neuen gigantischen Verantwortungen emporreissen werden. Dass wir in diesem Augenblick Ihnen die Grüsse entbieten dürfen, ist für uns geradezu eine Weihestunde; denn auch hier müssen wir immer derer gedenken, die im Dienste des Volkes und Reiches gefallen sind und deren Opfer wir nun auch die Arbeit hier im Osten verdanken. Seien Sie überzeugt, Herr Generaloberst, dass so, wie im Kriege heute das oberste Gesetz des Gesamthandelns unseres Volkes der Dienst für Volk und Vaterland ist, im Generalgouvernement das soldatische Element schlechterdings das Grundprinzip auch unseres Verwaltungslebens ist. Wir bemühen uns, die besten Traditionen des preussisch-deutschen Soldatengeistes in unserer Verwaltungspraxis durchzusetzen. Wir haben hier nicht irgend-eine Barocktradition eines Aufbaus von Verwaltungszuständigkeiten übernommen, die sich gegenseitig überschneiden, sondern wir können hier, weiss Gott, sagen, dass der Aufbau der

vom Führer dem Generalgouvernement gegebenen Verwaltung vielleicht die glänzendste und neuste Staatskonstruktion darstellt, die es zur Zeit innerhalb des deutschen Machtbereiches gibt.

So glaube ich Ihnen, Herr Generaloberst, die Versicherung abgeben zu dürfen, dass alle Bedürfnisse Ihrer Soldaten hier im Generalgouvernement von allen Verwaltungsbehörden und Instanzen aufs gewissenhafteste betreut werden sollen.

Ich bitte Sie weiter, in das grosse deutsche Reich die Versicherung mitnehmen zu wollen, dass wir die Ostwacht Hand in Hand kameradschaftlich mit Ihrer Wehrmacht halten werden.

Ich trinke auf Ihr Wohl.-

A n s p r a c h e

des Herrn Generaloberst von B r a u c h i t s c h .

- - - - - -

Ich danke Ihnen, Herr Generalgouverneur, aufs herzlichste für Ihre Aufnahme und ganz besonders für die warmen Worte, die Sie gesprochen haben. Ich weiss, dass die Aufgabe, die Ihnen gestellt ist, nicht einfach ist. Es gilt nun, in diesem Gebiet, das das Schwert erobert hat, die Aufgaben durchzuführen, um das Gebiet für den Kampf voll ausnutzen zu können, in welchem Deutschland steht, und gegenüber dem der Feldzug in Polen im Osten nur ein Vorspiel gewesen ist.

Ich danke Ihnen ganz besonders für Ihren Willen, mit den Stellen des Heeres, die hier im Osten die Wacht halten müssen, im gegenseitigen Einvernehmen die Aufgaben zu lösen, die Ihnen hier gestellt sind. Wir stehen nun in diesem Kriege nur mit einer Front, und es ist für mich eine absolute Beruhigung zu wissen, hier im Osten, im Generalgouvernement, sind die Dinge so gelagert, dass da eine absolute Ruhe und Sicherheit herrscht und herrschen wird, und es nicht notwendig wird, mehr Kräfte hier zu belassen als unbedingt erforderlich ist, dass es vielmehr auch hier für mich einen Raum gibt, aus dem ich Kräfte herausziehen kann, um andere Teile hier hineinzulegen, wenn sie der Auffrischung und der Erholung bedürfen. Und so besteht ein Wechselspiel zwischen Osten und Westen, so besteht eine Verbindung zwischen den Aufgaben,

die

die vom Generalgouvernement zu erfüllen sind, und den Aufgaben, die uns im Westen bevorstehen. Ich bin überzeugt, dass sie hier gelöst und gemeistert werden. Ich bin dankbar dafür, dass es mir möglich war, in diesen Tagen hierher zu kommen und heute auch persönlich die Verbindung mit Ihnen, Herr Generalgouverneur, wieder aufzunehmen, nachdem wir die ersten Besprechungen seinerzeit bereits in Zedlin über alle Probleme und Fragen gepflogen haben. Ich freue mich, dass der Weg aufwärts steht, und ich bin überzeugt, dass binnen wenigen Wochen, wenn die Schwierigkeiten, die der Winter auf dieses Gebiet gelegt hat, behoben sind, auch wirtschaftspolitisch die Dinge in das Fahrwasser kommen, das wir zur Ausnutzung für das Kriegspotential Deutschlands brauchen, d.h. auf allen den Gebieten, die dafür in Frage kommen. Wenn ich jetzt in manchen Dingen etwas hier hineingreifen muss, besonders was die Landwirtschaft und die Pferdefrage angeht, so hoffe ich, dass das notwendige Verständnis dafür vorhanden sein wird, dass diese Dinge im Rahmen des grossen Problems eine Notwendigkeit sind.

Wir stehen vor dem grossen Daseinskampf, und zwar am Anfang dieses Krieges, und wir sind überzeugt, dass wir ihn zu dem Erfolge führen werden, zu dem der Führer das gesamte deutsche Volk führen will, nämlich einer Sicherheit des Lebensraumes, einer Stärkung und Festigung der Machtstellung Deutschlands, dass keine Macht der Welt mehr antasten kann.

So

So sind denn unsere Aufgaben geteilt, so sind wir auf verschiedene Posten gestellt; aber jeder einzelne steht auf einem Posten, den er ausfüllen muss und ausfüllen wird, um das Ziel zu erreichen, das uns vor Augen schwebt, das wir erreichen wollen, müssen und werden: die Sicherheit des deutschen Volkes für unsere Zukunft, für unsere Kinder und Kindeskinder. Sie, Herr Generalgouverneur, stehen hier auf diesem Posten, der sicher nicht leicht ist, und es mag scheinen, vielleicht etwas abseits. Aber es ist eine Aufgabe, die des Schweisses der Edlen wert ist, und ich glaube, dass haben Sie selber erkannt. Sie können gewiss sein, dass ich Ihnen bei der Erfüllung Ihrer Aufgabe, soweit es möglich und notwendig ist, helfen werde, dass die Truppen, die von mir hier stehen, im selben Sinne mit Ihnen zusammenarbeiten werden.

Ich leere mein Glas auf die Arbeit hier im Generalgouvernement, auf das Deutschtum, das hier wieder Wurzel fassen soll und muss. Dieses Land darf nicht noch einmal in der Lage sein, sich gegen Deutsche zu erheben. Möge es dem Generalgouvernement vergönnt sein, diese Aufgaben erfolgreich durchzuführen.-

Krakau - Burg.

Freitag, den 23. Februar 1940.

10^{00} Uhr Besprechung mit Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r .

10^{30} Uhr Kunstakademie

14^{00} Uhr Abfahrt nach T s c h e n s t o c h a u .

Krakau.

Freitag, den 23. Februar 1940.

14^{00} Fahrt nach Tschenstochau.

Etwa 25 km vor Tschenstochau bleibt die Wagenkolonne infolge Schneeverwehungen stecken. Der Herr Generalgouverneur fährt mit dem Geländewagen nach Tchebinia, von wo aus um 23^{10} mit der Eisenbahn die Fahrt nach Tschenstochau angetreten wird. Ankunft gegen 1^{00}. Der Herr Generalgouverneur übernachtet im Salonwagen.

Tschenstochau.

Sonnabend, den 24. Februar 1940.

8^{15} Empfang des Herrn Generalgouverneurs in Tschenstochau durch den Chef des Distrikts Radom, Gouverneur Dr. Lasch. Vor dem Bahnhof ist eine Ehrenkompanie aufgestellt, deren Front der Herr Generalgouverneur abschreitet.

8^{40} Frühstück im "Deutschen Haus" zu Tschenstochau.

Stadthauptmann Standartenführer Dr. Wendler hält hier folgende Begrüßungsansprache:

Herr Generalgouverneur!

Ich heiße Sie in der Stadt Tschenstochau als der westlichsten Stadt des Generalgouvernements aufs herzlichste willkommen. Ich bin der Dolmetsch der gesamten hier wohnenden und arbeitenden Deutschen, wenn ich Ihnen sage, daß wir uns über Ihren Besuch in dieser Stadt herzlich gefreut haben. Diese Freude dokumentiert wohl am besten die Sorge, die wir gestern hatten, als wir nicht wußten, wo Sie durch den Schnee und die Unbilden der Witterung aufgehalten wurden. Das ist wohl der beste Ausdruck unserer Gefühle, die wir nun bei Ihrem Besuch, Herr Generalgouverneur, empfinden. Gewiß ist es schade, daß Sie gestern aufgehalten wurden, aber heute werden Sie bei der Einweihung der deutschen Schule sehen, daß hier in Tschenstochau ein Geist herrscht, der Ihnen beweisen wird, daß Sie sich auf die Stadt Tschenstochau verlassen können, und daß wir die Aufgaben, die uns gestellt werden, wirklich zu meistern gewillt sind. Daß Sie persönlich zur Einweihung dieser Schule nach Tschenstochau kommen, freut uns ganz besonders. Es ist uns ein Beweis dafür, daß die Arbeit, die wir hier leisten, und die wir hier erfüllen, auch gewürdigt wird, eine Arbeit, die ja gerade an der deutschen Jugend, soweit sie hier vorhanden ist, für das Deutschtum und die

Zukunft

Zukunft des Deutschtums in Wirksamkeit treten soll.

Als wir den Auftrag bekamen, eine deutsche Schule hier einzurichten, da wußten wir zunächst nicht, wo anfangen. Wir haben dann ein Gebäude gefunden, haben die Kinder gesammelt, haben Lehrer für den Distrikt zugeteilt bekommen und haben uns daran gemacht, diesem Gebäude und diesem Schülermaterial ein deutsches Gesicht zu geben. Das ist uns, wie ich glaube, bezüglich des Hauses gelungen. Bezüglich der Kinder wird noch die Erziehung in Tätigkeit treten müssen. Es sind 222 Kinder, die dort draußen in eine deutsche Schule gehen werden, die zum ersten Mal in ihrem Leben dort hineingehen und mit deutschem Geist erfüllt werden sollen. In 5 Klassen sind die Kinder vom 7. bis allerdings zum 16. Lebensjahr erfaßt. Es sind also auch ältere Kinder darunter, und zwar weil die Mittelschulen geschlossen sind und wir für die deutschen Kinder, die später vielleicht einmal die Möglichkeit haben, drüben an einer deutschen Mittelschule weiterzulernen, keine Unterbrechung dieser schulischen Versorgung eintreten lassen wollen, weil wir sie andererseits in der deutschen Sprache soweit als möglich vervollkommnen und in die deutsche Lehrmethode einzuführen gedenken.

Es ist jetzt nicht an der Zeit, Ihnen einen Vortrag über die Verhältnisse in Tschenstochau zu halten. Herr Generalgouverneur! Sie kennen ja alle die Schwierigkeiten selber. Daß Sie die Schwierigkeiten kennen, sehen wir aus Ihren Anordnungen und aus dem, was Sie uns von diesen Schwierigkeiten vorweg abnehmen.

Im übrigen darf ich Ihnen versichern, Herr Generalgouverneur, daß von den Deutschen jeder seine Pflicht erfüllt, daß hier eine Kameradschaft herrscht, wie sie sein soll, und daß wir das Gefühl haben, zusammen mit unserem Distriktchef betraut zu werden und in unseren Sorgen und unserer Arbeit jeder Zeit die Stütze zu finden, die wir hier brauchen. Ich werde Gelegenheit haben, Ihnen die Vorstände der hiesigen deutschen Mitarbeiter noch vorstellen zu dürfen. Aber jetzt schon darf ich Ihnen sagen, daß ich Ihnen für alle diese deutschen Menschen, die zum Teil seit Monaten schon unter den schwierigsten Verhältnissen hier arbeiten müssen, ein herzliches Willkommen entbiete.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erwidert mit folgenden Worten:

Herr Stadthauptmann!

Ich danke Ihnen und Ihren Mitarbeitern aufs herzlichste zugleich im Namen meiner Begleiter für den freundlichen Empfang. Ich bin gern nach Tschenstochau gekommen und bedauere nur, daß gestern ein mißgünstiges Wetterschicksal uns gehindert hat, rechtzeitig hier einzutreffen. Ich bitte, die Verzögerung zu entschuldigen. Ich weiß, wie unangenehm es ist, wenn ein so liebreich vorbereitetes Programm wie das Ihre plötzlich aufgegeben werden muß. Aber wir sind schuldlos. Es ist eben der polnische Winter, der uns einen Streich gespielt hat, uns, den Männern des Generalgouvernements, die wir gleichzeitig deutsch und polnisch sein müssen

Sie

Sie haben hier eine der schwersten Aufgaben zu erfüllen. Sie sagten eben, Tschenstochau sei die westlichste Stadt des Generalgouvernements. Aber wir müssen uns mit der Grenzziehung abfinden. Die Grenzen, die nacheinander so gezogen worden sind, sind zweifellos endgültig. Es handelt sich nun nur noch darum, dafür zu sorgen, daß dieses Gebiet unter deutscher Hoheit sich im Interesse der deutschen Wirtschaftslage und des deutschen Kriegspotentiell entwickelt, wie es nur irgend deutsche Tatkraft erreichen kann. Ich weiß, daß diese Aufgabe bei Ihnen in den berufensten Händen liegt. Ich möchte Ihnen an dieser Stelle für die wirklich hervorragenden Leistungen danken, die Sie gezeigt haben. Ich kenne die Härten. Ich weiß, welch übermenschliche Sonderleistungen Sie gerade als westlichste Stadt des Generalgouvernements zu ertragen haben. Ich möchte Ihnen versichern, daß ich nach wie vor alles tun werde, um gerade Ihnen zu helfen, hier Ihre schwere Aufgabe zu erfüllen.

Aber auch Ihnen, Herr Gouverneur Dr. Lasch, möchte ich für den Empfang danken, den Sie uns in Ihrem Distrikt bereitet haben. Auch Ihnen gebe ich die Erklärung ab, daß ich gerne in Ihren Distrikt gekommen bin, weil ich weiß, daß Sie als einer meiner ältesten Mitarbeiter sich bewährt haben. Ich bitte Sie, Ihren Mitarbeitern meine Entschuldigung dafür zu übermitteln, daß ich leider nicht pünktlich hier eintreffen konnte.

9^{30} Besuch der Gassna-Gora mit dem Bilde der schwarzen Mutter Gottes in der Kathedrale.

10^{15} Einweihung der deutschen Schule in Tschenstochau. Nach dem Vortrag des Spinnliedes und des Frühlingsliedes "O wie ist es kalt geworden" nimmt Gouverneur Dr. Lasch das Wort zu folgender Ansprache:

Herr Generalgouverneur!
Deutsche Frauen und Männer!

Nachdem die Kinderstimmen verklungen sind, darf ich Ihnen, Herr Generalgouverneur, melden, daß zum ersten Mal in dieser Stadt deutsche Kinder an einer deutschen Schule deutsche Lieder gesungen haben. Es sei mir gestattet, im Namen der Eltern wie der Jungens und Mädels Ihnen dafür zu danken, daß Sie den Befehl gegeben haben, in dieser Stadt eine deutsche Schule zu errichten, die nun heute in Ihrer Anwesenheit ihre Eröffnung erfahren soll.

Die Volksdeutschen dieser Stadt haben, wie überall im ehemaligen Polen, unsagbares Leid erdulden müssen und waren in ihrer Opferfreudigkeit für deutsches Volkstum ungeheuer stark und tüchtig. Jetzt ist das Leid zu Ende. Die deutschen Menschen hier fühlen sich unter Ihrem Schutz, Herr Generalgouverneur, geborgen. Jetzt sollen auch ihre Kinder im deutschen Sinne hier erzogen werden. Sie sollen Anteil nehmen an der Geschichte, die der Führer in dieser großen Zeit schreibt. Sie sollen die Taten aller großen Deutschen aus dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben des Reiches kennen lernen. Gerade die Eröffnung dieser deutschen Schule

gibt

gibt mir Anlaß, Ihnen, Herr Generalgouverneur, zu versichern, daß auch die volksdeutschen Kinder mit ganzem Herzen bei der deutschen Sache sind, daß sie Ihnen von Herzen dafür danken, daß Sie ihnen diese kulturelle Einrichtung gegeben haben. Mögen die Erzieher, die das Glück haben, an dieser Schule zu lehren, die Voraussetzungen für Lehren und Lernen erfüllen, mögen sie sich der heiligen Aufgabe bewußt sein, aus den Kindern, die ihnen anvertraut werden, gute und starke deutsche Menschen zu machen. Mögen tüchtige deutsche Jungens und Mädels aus dieser Schule emporwachsen.

Herr Generalgouverneur! Ich darf Sie bitten, nunmehr die deutsche Schule zu eröffnen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r nimmt hierauf das Wort zu folgender Ansprache:

Herr Gouverneur!
Liebe deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!
Meine lieben Kinder!

In diesem Augenblick, in welchem wir die erste deutsche Schule in Tschenstochau eröffnen, bewegt uns allen der Gedanke an die Kraft des deutschen Schicksals. Daß ihr, liebe deutsche Jungen und Mädchen, nunmehr in dieser Stadt Tschenstochau zum ersten Mal in eine deutsche Schule gehen werdet, eine Schule, der wir kraft der Verfügung des Reiches die Entwicklung auch als Mittelschule sicherstellen werden, das muß uns alle mit einer ewigen Dankbarkeit gegenüber dem Walten des ewigen Herrgotts erfüllen, der unser deutsches Volk immer wieder in die tiefsten Tiefen hinabgeschleudert hat, um es dann doch wieder kraft einer einzigartigen schicksalshaften Erhebung emporsteigen zu lassen.

Wir haben hier in Tschenstochau noch niemals eine deutsche Schule gehabt. In einer Stadt, in der doch immerhin weit über tausend deutsche Volksgenossen leben, war es polnischer Herrschsucht vorbehalten, diesen deutschen Menschen das elementarste Recht vorzuenthalten, sich kulturell und der allgemeinen Bildung nach so zu entwickeln, wie es der Eigenart unseres Volkstums entspricht. Nunmehr ist das Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete jene staatliche Formung der deutschen Macht im Ostraum, unter deren Schutz sich freilich das polnische Leben auch entwickeln wird, aber vor allem auch jenen Trägern des deutschen Kulturbereiches und des deutschen Volkstums ihre Entwicklung zuteil werden soll, die bisher unter der polnischen Unterdrückung am schwersten zu leiden hatten.

Diese deutsche Schule in Tschenstochau entspricht einem echten Bedürfnis. Meine lieben deutschen Volksgenossen, Sie brauchen für Ihre Kinder eine Schule. Wir wollen mit dieser Schule nicht eine künstliche Germanisierungstendenz verbinden; es liegt uns nichts ferner als, sagen wir einmal, nun mit irgendwelchen autoritären Mitteln künstlich deutsche Bereiche zu schaffen. Aber diese deutsche Schule ist der Ausdruck der Berechtigung, die Ihr Euch durch Eure Treue zum deutschen Volkstum weiß Gott vor aller Welt erobert habt. Ihr habt an das deutsche Volk

geglaubt

geglaubt. Ihr habt im Dienste des deutschen Volkes die größten terroristischen Aktionen über Euch ergehen lassen müssen. Tausende und aber tausende Volksdeutsche dieses Gebietes wurden in das Lager von Beresa-Kratuska geschleppt, sie wurden gemordet. Nunmehr hat das deutsche Schwert sich über Euch erhoben und Euren Schutz in die Hand des unzerstörbaren grandiosen großdeutschen Reiches gelegt. Von jetzt ab seit Ihr Deutsche in diesem Raum nicht mehr schutzlos. Das deutsche Reich von heute ist das stärkste Reich der deutschen Geschichte und steht unter der gottgewollten Führung Adolf Hitlers nunmehr auch vor der größten Entfaltung. Ihr Mädels und Jungens, die Ihr nunmehr in diese Schule eintretet, erinnert Euch Zeit Eures Lebens an diese Stunde, da diese erste deutsche Schule in Tschenstochau auf Befehl des Führers errichtet wurde. In seinem Namen und im Namen unseres herrlichen deutschen Reiches vollziehe ich hiermit diesen feierlichen Akt. Ich eröffne die deutsche Schule in Tschenstochau. Möge sie Euch Kindern eine Heimstätte deutscher Kulturwerdung sein. Mögt Ihr darin lernen, deutsche Männer und Frauen zu werden und Euch so,wie Eure Eltern und Großeltern,als brave Menschen zu bewähren. Mögt Ihr immer daran denken, daß wir alle arbeiten müssen, daß einem das Leben nichts schenkt, daß man im Leben nicht herumtaumeln darf, sondern sich alles schwer erarbeiten muß.

Wir haben nunmehr das herrliche Glück, einen Menschen als unseren Führer zu besitzen, der jetzt diesen Lebenskampf an sich selber schwer genug hat erleben und erleiden müssen. Wenn Ihr mir so von Euren Sorgen erzählt, so weiß ich, wie jeder von uns es in seinem Leben schwer hat, wie er für seine Arbeit, für seine Wohnung, für seinen Betrieb kämpfen, wie er um seine Gesundheit, um seine Familie besorgt sein muß. Und wenn man meint, man ist nun mit seinen Sorgen am Ende, dann kommt am anderen Tag wieder etwas Neues, was einem Sorgen bereitet. Und es steigt aus diesem ewigen Ausgleich von Glück und Freude, von Sorgen und Nöten dann doch dieses Schicksalsbild eines Lebens auf. Denkt daran, was unser Führer Adolf Hitler für uns alles zu denken, zu sorgen, zu wachen hat. Was sind unsere kleinen Sorgen in unserem Leben gegenüber den Sorgen des Mannes, der nunmehr für 80 Millionen Deutsche das schwerste Schicksal zu gestalten hat! Aber wir werden uns durchsetzen. Es geht nicht an, daß dieses grandiose Kulturvolk der Deutschen der Knecht irgendwelcher überalterter Mächte werden soll. Wir tragen diesen Glauben in uns, den Glauben an die Kraft des deutschen Volkes und des deutschen Gemütes. Und so, Ihr Kinder, müßt Ihr Euch auch über die Sorgen des Lebens hinaus immer diesem großen deutschen Gemeinschaftsbereiche verbunden fühlen. Jeder einzelne von uns ist verantwortlich. Was aus Euch allen einmal wird, das kann man nicht sagen. Wenn man so die kleinen Männer und Frauen des Volkes sieht, unsere lieben deutschen Volksgenossen mit ihren versorgten und abgehärmten Gesichtern, wenn man beobachtet, wie sie über die Straße gehen, dann weiß keiner, ob nicht unter ihnen ein kommender Führer ist. Wir wissen heute, daß es keinen Rang und keine Klassen gibt, sondern es gibt heute nur den deutschen Volksgenossen mit anständiger Gesinnung und dem Willen zu ehrlicher Arbeit. Das ist das Glück dieser Kameradschaft, daß wir die Einbildung und den Dünkel, den ständischen Wahn und den kapitalistischen

listischen Übermut verloren, daß wir heute gelernt haben, ein Volk von Brüdern und Schwestern zu sein, eine Gemeinschaft von Kameraden und Kameradinnen, in der jeder dem anderen hilft die Sorgen zu tragen, und jeder bereit ist, dem anderen das Leben zu erleichtern und nicht zu erschweren. Weil wir diese Kraft der sozialistischen Geschlossenheit unseres Volkes haben, weil wir uns als Volk wieder in die Augen schauen, weil wir uns die Hände reichen, uns geschworen haben, zu einer Gemeinschaft zu werden und dieser Gemeinschaft eines deutschen Volkes, jeder an seinem Platz, zu helfen, deshalb haben wir auch das Recht, zu sagen, daß diese Volksgemeinschaft unüberwindlich ist.

Wir haben hier ein Wunder. Ich habe eben die Madonna Polens besucht und sie mir angesehen. Ich habe mir dabei gedacht: Welch ein Wunder. Aber vielleicht hat sich doch ein größeres Wunder an unserem deutschen Volke vollzogen. Wir haben alle diesen Glauben in uns, daß wir, auch wenn wir kein Bild haben, in uns doch die Wirlichkeit unseres deutschen Eigenlebens tragen. Wir sind Deutsche, und damit sind wir berufene Verwalter des Lichtes durch die Geschichte hindurch gewesen. Immer war es deutsche Tradition, die dem Licht zugetan war, die die Finsternis zu besiegen hatte.

Und so, Ihr Kinder, tretet ein in diesen Glauben. Ich nehme Euch feierlich auf in diese Gemeinschaft der Deutschen. Bleibt treue deutsche Kinder, wachst mutig auf, geht stolz dem Schicksal entgegen, und die deutsche Volksgemeinschaft wird Euch tragen und hegen und wird Eure Arbeit segnen. Euch aber, Ihr deutschen Eltern, soll die Gewißheit sein, daß Eure Kinder in dieser Schule zu braven deutschen Menschen erzogen werden, und daß diese Schule, da sie unter dem Schutz Adolf Hitlers und des Reiches steht, niemals mehr aufhören wird, eine fruchtbare deutsche Schule zu bleiben. Von jetzt ab bis in alle Zukunft wird Deutschland seinen Machtanspruch auf diese Gebiete nie mehr aufgeben.

Und so danke ich denn allen, die am Erstehen dieser Schule Anteil haben, Ihnen, Herr Gouverneur Dr. Lasch, Ihnen, Herr Stadthauptmann Dr. Wendler, wie allen Mitarbeitern, dem Lehrkörper und der Schulverwaltung, die sich hier diesem Werke verschrieben haben. Ihr habt etwas Schönes geleistet, Ihr dürft stolz darauf sein, die erste deutsche Schule in Tschenstochau mit Eurem Namen verbunden zu sehen. Den Eltern danke ich dafür, daß sie die Kinder geschickt haben. Denn was wäre schließlich der ganze Staat mit allen seinen Einrichtungen, wenn nicht die Eltern die Kinder in die Welt setzten. Und das ist ja auch das Schönste. Wir wollen die Kinder unseres Volkes als den größten Segen des Himmels pflegen. Denn wofür arbeiten wir, wofür arbeitet der Führer, wofür nimmt er jetzt sogar das Schicksal dieses Krieges auf sich? Doch nur dafür, daß unseren Kindern und Kindeskindern endlich einmal ein ~~Fxr~~ Friede zuteil werden soll, in dem der Aufbau des eigenen Glückes im Rahmen der Entwicklung der eigenen Nation wieder möglich ist.

Der

Der Führer hat mich beauftragt, Euch seine Grüße zu überbringen. In seinem Namen sei daher diese Schule für eröffnet erklärt.

Stadthauptmann Dr. Wendler:

Hiermit übernehme ich die von Ihnen, Herr Generalgouverneur, in so feierlicher Weise ihrer Bestimmung übergebene Schule in meine Obhut als Stadthauptmann der Stadt Tschenstochau. Ich bin der Sprecher der vielen Eltern und Kinder, wenn ich Ihnen unsere tiefste Dankbarkeit für den Befehl und für Ihr persönliches Erscheinen zu der feierlichen Übergabe zum Ausdruck bringe. Ich verspreche für die Kinder und Eltern, wie für die Lehrer, die hier wirken werden, daß deutscher Geist gemäß Ihrem Befehl in dieser deutschen Schule wirken soll. Ich verspreche, daß wir nach wie vor, ja vielleicht noch mehr als bisher, unsere Kräfte einsetzen, um Ihre Befehle, die Sie als der Beauftragte des Führers in diesem Gebiet übermitteln sollten, in die Tat umzusetzen. Als Nationalsozialisten bekräftigen wir dieses Versprechen mit dem alten Kampfruf: Adolf Hitler, unserm Führer und Reichskanzler Sieg Heil! Sieg Heil! Sieg Heil!

Die Versammlung stimmt begeistert in die Heilrufe ein. Die Feier schließt mit dem Deutschlandlied und dem Horst Wessel-Lied.

11[45] Frühstück im "Deutschen Haus" zu Tschenstochau.

12[45] Abfahrt nach Radom.

Radom.

17[45] Arbeitstagung der Abteilungsleiter und Kreishauptmänner des Distrikts Radom im Haus der Kreishauptmannschaft.

Die Arbeitstagung wird durch Gouverneur Dr. Lasch mit einem Gruß an den Herrn Generalgouverneur eröffnet. Nach Begrüßung der Gäste gibt Gouverneur Dr. Lasch eine eingehende Schilderung der Verhältnisse im Distrikt Radom.

Im Anschluß an die Ausführungen des Gouverneurs berichtet der Leiter der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft Schumann über die Ernährungslage im Distrikt.

Dann nimmt der Leiter der Abteilung Justiz, Oberlandesgerichtsrat Dr. Methner zur Frage des Aufbaues der Justizorganisation Stellung.

SS- und Polizeiführer Katzmann gibt einen Bericht über die Sicherheit und den Einsatz der Polizei im Distrikt Radom.

Der Kreishauptmann von Konskie, Dr. Albrecht, gibt eine eingehende Schilderung von den Verhältnissen und seiner Arbeit in diesem Kreise.

Die

Die Tagung wird unterbrochen und die Weiterberatung auf Sonntag, den 25. Februar 1940 vertagt.

Schluß der Tagung 19^{30} Uhr.

(Eingehendes Protokoll der Tagung siehe Beiakten.)

20^{00} Abendessen im "Deutschen Haus" zu Radom.

Distriktchef Gouverneur Dr. Lasch begrüßt den Herrn Generalgouverneur mit folgender Ansprache:

Herr Generalgouverneur!

Ich habe die hohe Ehre, Sie bei Ihrem ersten Besuch im Deutschen Haus zu Radom auf das herzlichste zu begrüßen und Ihnen dafür zu danken, daß Sie mir die Ehre Ihres Besuches gegeben haben. Ich begrüße ferner Herrn Generalleutnant Barckhausen, die Herren Gouverneure Wächter und Zörner, Herrn Brigadeführer Streckenbach, Herrn Standartenführer Diebitsch und den Herrn Stadtkommandanten, des weiteren die Herren Kreishauptleute und Stadtkommissare.

Herr Generalgouverneur! Sie haben den Mitarbeitern und Angestellten des Distrikts Radom mit diesem Deutschen Haus ein kostbares Geschenk gemacht. Es ist als eine Heimstätte gedacht, an der sich nach des Tages Arbeit die Beamten und Angestellten zusammenfinden, um hier Entspannung, Ruhe und Unterhaltung zu finden. Für alle ist es ein großes Glück, hier im Osten unter Ihrer Führung arbeiten zu dürfen.

Herr Generalgouverneur! Wir geloben Ihnen unverbrüchliche Gefolgschaftstreue und Pflichterfüllung bis zum Letzten.

Meine Herren, ich darf Sie bitten, sich zu erheben und mit mir auf das Wohl des Herrn Generalgouverneurs zu trinken.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erwidert mit folgenden Worten:

Herr Gouverneur!

Ich glaube, im Namen aller Gäste heute Abend hier sprechen zu dürfen, wenn ich Ihnen und Ihren Mitarbeitern herzlichst danke für den liebenswürdigen Empfang, den Sie mir bereitet haben. Es ist mir eine große Freude, in dem schönen Deutschen Haus in Radom anwesend zu sein. Ich freue mich auch mit allen Anwesenden, daß es gelungen ist, dieses schöne mustergültige Werk in dieser polnischen Stadt aufzubauen. Ich meine, daß es für die Verwaltung wie auch für die Zusammenarbeit aller im Distrikt tätigen Deutschen eine gewaltige Bereicherung des persönlichen und darüber hinaus des dienstliches Kontaktes bedeutet, wenn man sich hier so nach des Tages Arbeit nochmals gesellschaftlich zusammenfindet. Das durchleuchtet eines der wichtigsten Prinzipien, nach denen ja auch die Verwaltung dieser besetzten polnischen Gebiete aufgebaut werden kann. Wir können uns ja nicht nach Art der barocken Struktur einer traditionellen Bürokratischen Welt hier gegenseitig die Türen vor der Nase verrammeln und zuschlagen. Wir dürfen keine Scheuklappen

des

des Ressortsegoismus unserem Werk anlegen, sondern wir müssen aufgeschlossen einer zum anderen stehen, wir müssen alle Zeit an diese Gemeinschaftsaufgabe denken, die uns gestellt ist. Dieses Land darf nicht einem Ressort oder einem Teil des Reiches oder irgendeiner Spezialgruppe ausgeliefert werden, sodaß man vielleicht sagen könnte, dieses Land werde nach den Prinzipien eines Ministeriums oder nach den Grundsätzen verwaltet, die der Chef dieser oder jener Organisation aufgestellt hat. Nein, dieses Reich ist das Reich des Führers und stützt sich auf große Traditionen. Dabei hat aber keiner ein Vorrecht vor dem anderen. Hier gibt es nur eine Zentrale: Den Führer und seinen politischen Willen. Nur eine Institution, die uns alle trägt: Das Reich in seiner Gesamtheit in allen seinen Erscheinungsformen und HauptWirkungsbereichen. Es ist daher auch nur folgerichtig, daß dieses Haus, das sich Deutsches Haus nennt, eine Heimstätte für die hier tätigen Menschen sein soll, eine Heimstätte des Geistes, der nun einmal deutsche Männer immer bei ihrem Werk verbunden hat, eine Heimstätte jener alten Tradition, die sich darin zeigt, daß sich die deutsche Männerwelt zusammenfindet in zwar persönlich von gegenseitiger Achtung getragener, aber doch wieder gemütvoller Geselligkeit. Hier sind keine engen Grenzen gezogen, hier ist es nicht so, daß sich die einzelnen Abteilungen wie Festungen gegen-einander verschanzen und sich etwa triumphal glücklich preisen, wenn das eine Ressort oder die eine Abteilung von einem anderen Ressort oder einer anderen Abteilung angeknabbert werden und man dem anderen erfolgreich einen Strich durch die Rechnung machen kann. Darin liegt ja auch die Bedeutung des Generalgouvernements. Ich werde darauf morgen in der Sitzung noch eingehender zu sprechen kommen.

Für heute aber gilt Ihnen, Herr Gouverneur, mein Dank auch im Namen aller Gäste, Ihnen als meinem lieben Kampfgefährten. Ich möchte Ihnen ans Herz legen, sich auch weiterhin so wie bisher des Wohles aller Ihrer Mitarbeiter anzunehmen. Sie wissen, Parteigenosse Lasch, daß so, wie Sie nun über ein Jahrzehnt hinaus dem Führer dienen durften, es jetzt auch sein Befehl war, daß Sie hier zum Gouverneur ernannt wurden, um Ihnen eine Anerkennung für Ihre Verdienste zuteil werden zu lassen, die Sie sich im Aufbau des Dritten Reiches erworben haben. Ich werde dem Führer mit Freude melden, daß Sie sich in diesem Distrikt ebenso bewährt haben wie bei den anderen Aufgaben, die Sie bisher zu erfüllen hatten.

Ich trinke auf das Wohl des Herrn Gouverneurs.

Radom

Sonntag, den 25. Februar 1940.

2^{10} Fortsetzung der Arbeitstagung.

Zunächst berichtet der Kreishauptmann von Stachnovice Zetschmann über die Verhältnisse in seinem Kreis.

Hierauf nimmt der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r das Wort zu einer Rede, in der er zu allen maßgebenden Fragen in eingehender Weise Stellung nimmt.

Gouverneur Dr. Lasch schließt die Vormittagstagung mit folgenden Worten:

Herr Generalgouverneur

Sie haben uns eben in Ihren Ausführungen die Richtlinien für die kommende Arbeit gegeben. Wir alle, Ihre Mitarbeiter im Distrikt Radom, sind stolz und glücklich, Ihnen bei der wahrhaft großen Aufgabe, die uns der Führer für die Regierung dieses Ostraumes übertragen hat, zu helfen. Wir sind stolz darauf, uns Ihre Mitarbeiter nennen zu dürfen. Wir geloben Ihnen unverbrüchliche Gefolgschaftstreue, Gehorsam und Pflichterfüllung bis zum Letzten.

Die Sitzung wird auf 15^{30} vertagt.

Schluß der Vormittagstagung 14^{00} Uhr.

(Eingehendes Protokoll der Tagung siehe Beiakten.)

15^{45} Fortsetzung der Arbeitstagung im Haus der Kreishauptmannschaft.

Warschau.

Montag, den 26. Februar 1940.

9^{10} Abfahrt nach Warschau.

11^{15} Ankunft auf dem Hauptbahnhof in Warschau.

Fahrt nach dem Haus der ehemaligen Tschechischen Gesandtschaft, in welchem der Herr Generalgouverneur Wohnung nimmt.

13^{00} Anruf des Staatssekretärs Kleinmann aus Berlin.

Präsident Beck ist zum Präsidenten der Reichsbahndirektion Berlin berufen. Sein Stellvertreter Gerteis wird jetzt Präsident der Ostbahn.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit dieser Regelung einverstanden.

14^{45} Besprechung mit Ministerialdirektor Dr. Bühler, Gouverneur Dr. Fischer und Leiter des Amtes des Distrikts Warschau, Dr. Barth.

15^{00} Besprechung mit dem Polizeibefehlshaber Warschau, Gruppenführer Moder und Standartenführer Meisinger in Gegenwart des Chefs des Amtes, Ministerialdirektor Dr. Bühler und des Gouverneurs Dr. Fischer.

15^{15} Besprechung mit dem Stadthauptmann von Warschau, Dr. Dengel, in Gegenwart des Chefs des Amtes, Ministerialdirektor Dr. Bühler und des Gouverneurs Dr. Fischer.

Der Herr Generalgouverneur erkundigt sich eingehend nach den Verhältnissen in der Stadt Warschau.

Gouverneur Dr. Fischer berichtet, daß die Stadt nach Schätzungen, die allerdings nicht einwandfrei seien, jetzt eine Einwohnerzahl von ungefähr 1,8 Millionen habe, gegenüber der amtlichen polnischen Schätzung vor dem Kriege mit 1,3

bis

bis 1,4 Millionen Einwohnern. Über die Stimmung in Warschau sei nach dem Polizeibericht zu sagen, daß das hervorstechenste Merkmal eine offensichtliche Verschlechterung sei. Gerade auch für die unteren Schichten treffe dies zu. Er habe versucht, mit maßgebenden Leuten der anständigen loyalen Bevölkerung in Fühlung zu treten. Bei der Beurteilung der Verhältnisse müsse man bedenken, daß man in Warschau, wie überhaupt in Polen, eine Schicht nicht gegen die andere ausspielen könne. Man finde gerade in Warschau auch in den Kreisen der Handwerker und kleinen Leute die selbstverständliche Auffassung, daß z.B. an der Spitze der Stadt immer ein Mann aus den höheren Schichten stehen müsse. Er habe den Leuten gegenüber den Eindruck zu erwecken gesucht, daß er die loyalsten Absichten habe, er habe ihnen gesagt, daß er Leute brauche, die den Tatsachen ins Gesicht sähen, die einsähen, daß sie geschlagen seien, die aber andererseits nicht zu den Chauvinisten gehören. Vor allem müßtan jetzt in Warschau die Kommunalprobleme gelöst werden, die Probleme der Ernährung, des Abbruchs, des Arbeitseinsatzes.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r bringt in diesem Zusammenhang den Wunsch des Generalfeldmarschalls Göring zum Audruck, die deutsche Verwaltung so aufzubauen, daß das polnische Leben als solches gesichert sei. Es dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, daß Warschau eine nunmehr der Germanisierung anheim gefallene Stadt sei, sondern Warschau solle nach dem Willen des Führers eine der Städte sein, die in dem Polen zugedachten Reststaat als polnische Gemeinwesen weiterbestänben. Eine Verdeutschung oder Germanisierung sei vollkommen fallen zu lassen. Daraus folge weiter, daß gerade im gemeindlichen Sektor, zu dem jetzt Warschau vor allem gehöre, die polnische Selbstverwaltung möglichst praktisch in Erscheinung trete. Sowohl die Schilder der Ostbahn wie die Straßenbezeichnungen und die Aufschriften an den Läden dürften nie den Eindruck erwecken, als ob eine gewaltsame Germanisierungstendenz Platz griffe. Was hier geschehe, geschehe im Auftrag des Reiches und des Führers, und darauf schaue die ganze Welt. Wo eine polizeiliche Kontrolle notwendig sei,

wie

wie z.B. bei Preisaufschriften, sei die deutsche Sprache in erster Linie zu verwenden. Bei Verordnungen sei immer der polnische Text zu veröffentlichen. Rein deutsche Bekanntmachungen gebe es nur, soweit sie sich lediglich an die Deutschen in Warschau richteten. Weiter müsse durchaus die Möglichkeit bestehen, daß auch die anderen Volksstämme, die in Polen gelebt hatten, die gleiche Behandlung erführen, was vor allem für die Ukrainer gelte. Hier müsse so vorgegangen werden, daß nach außen eine gewisse Auflockerung eintrete.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r betont weiter, daß kein Interesse daran bestehen könnte, daß etwa die Polen ihre Hauptstadt wieder schöner und prächtiger aufbauten, noch dazu in einer Zeit, in der in Deutschland auch nicht gebaut werde. Für das deutsche Leben müsse eine Zentrale entstehen. Es müsse dafür gesorgt werden, daß die deutschen Beamten anständige und saubere Wohnungen haben, schöne Sportplätze, gute Restaurants, Krankenhäuser und Schulen. Die notwendigsten Maßnahmen müßten genügen, um eine einigermaßen notdürftige Unterkunft der Bevölkerung sicherzustellen.

Stadthauptmann Dr. Dengel erwidert auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, daß die städtische Verwaltung ungefähr 4000 Beamte zähle. Die Stadt solle eine Anleihe von 15 Millionen bekommen, die aber wohl nicht verbraucht werden würden. Die Stadt erhalte auch die Überweisungen, und zwar in Höhe von 60 % der anfallenden Steuern. Die Zahl der Bewohner habe um ungefähr 400 000 zugenommen, und zwar sei das aus den Mitteilungen der Polizeireviere zu schließen. Zur Zeit laufe auch eine Volkszählung. Wer nicht gemeldet sei, nehme nicht an der Lebensmittelrationierung teil. Dasselbe gelte für die Kundenlisten. Aus diesen Unterlagen gehe hervor, daß die Einwohnerzahl weit über 1,4 Millionen gestiegen sein müsse. Die Stadt sei in Polizeirevierbezirke eingeteilt. Alles laufe aber schließlich einheitlich in der Staatsverwaltung zusammen. Wollte man diese Organisation zerschlagen, so müßte man eine deutsche bzw. polnische Verwaltung machen. Er schlage vor, zunächst die Zentralverwaltung bestehen zu lassen, die aber mit anderen Männern besetzt werden müßte. - Die Ernährungslage der Stadt Warschau sei nach wie vor gespannt. Mehl und Getreidemengen seien ausreichend vorhanden. Die Kohlenzüge

liefen

liefen zwar unregelmäßig, aber normalerweise sei eigentlich die Kohlenzufuhr nach Warschau besser als beispielsweise die nach Würzburg. Der Kohlenhandel liege in der Hand des Kohlenkommissars Kirberg. - Die Fleischversorgung sei katastrophal gewesen, und man sei angesichts dieser Verhältnisse gezwungen, die Juden zum Fleischhandel wieder zuzulassen. Leider seien alle Energien, die bisher im Fleischhandel tätig gewesen seien, jetzt auf den Schleichhandelt verwiesen. Die Stadt verfüge über ein Kühlhaus, das aber noch nicht in Betrieb genommen sei. Durch die Wehrmacht fänden häufig Beschlagnahmen statt. An sich habe die Stadtverwaltung mit der Viehbewirtschaftung nichts zu tun, sie sei lediglich Verteiler, die Anlieferung geschehe durch die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft beim Distrikt. Ein festes Abkommen mit der Wehrmacht hinsichtlich der Fleischverteilung bestehe nicht. Der Auftrieb an Vieh sei in der letzten Zeit sehr gering gewesen: 2 bis 3 Schweine, 4 bis 5 Stück Rindvieh. Jetzt kämen aber schon 40 bis 50 Stück Vieh herein. - Auf dem Gebiete der Fett- und Kartoffelversorgung sei die Lage auch katastrophal. Milch gäbe es so gut wie garnicht. Das sei wohl eine Folge der Preisfestsetzung. Es würde sich empfehlen, für die Milchbewirtschaftung Zwangsgenossenschaften zu gründen. - Salz werde auf Lebensmittelkarten verteilt, und hier bestehe ein großer Schmuggel nach Rußland. Seife und Waschmittel seien von sehr schlechter Qualität. Hier bestehe eine Kontingentierung nach genau festgesetzten Plänen. - Der bauliche Zustand der Krankenhäuser sei einigermaßen zufriedenstellend, sie seien zum Teil auch in Betrieb. Mit Nahrungsmitteln würden sie durch die Verteilungsstellen der Stadt versorgt. Da an sich die Krankenhäuser dem Generalgouvernement gehörten, müsse eine Vermögensübertragung vom Generalgouvernement auf die Stadt Warschau erfolgen. - Was die städtischen Betriebe angehe, so rentierten sich die Straßenbahn ausgezeichnet, und man könnte vielleicht an eine Preiserhöhung denken. Das Wasserwerk sei, wie überall, ein Zuschußbetrieb. Mit der Gasversorgung durch das Gaswerk stehe es recht schlecht, da kein genügender Druck vorhanden sei und teilweise mangels anderer Heizmöglichkeit Gas in hohem Maße in Anspruch genommen werde. - Über den Zustand der städtischen Gebäude stehe

ihm

ihm eine genaue Aufstellung zur Verfügung, vor allem, was die Wiederinstandsetzung angehe.

Stadthauptmann Dr. Dengel bittet dann um die Genehmigung eines Planes für die Abrißorganisation.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet an, daß Staatssekretär Dr. Mühlmann über diese Dinge verständigt wird.

Stadthauptmann Dr. Dengel hofft, mit dem Darlehn von 15 Millionen und den Steuerüberweisungen für das nächste Jahr durchzukommen. Allerdings werde alles das, was vor dem 15. Oktober liegt, nicht bezahlt. Das gleiche gelte auch für den Schuldendienst. Im übrigen würden alle Verpflichtungen prompt erfüllt, auch die Gehälter würden regelmäßig gezahlt.- Auf dem Gebiete des Schulwesens bestehe ein Durcheinander, das in Deutschland nicht möglich wäre. Es gäbe Schulen, die für den Betrieb dem Staat gehörten, deren Haus aber im Eigentum der Stadt stehe. Auch Privatleute wären am Schulwesen interessiert.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Universitäten und Mittelschulen gesperrt worden seien. Auf die Dauer gesehen sei es aber unmöglich, daß etwa eine ärztliche Fortbildung nicht mehr stattfände. Auch das polnische Fachschulwesen müßte wieder ingang gebracht werden, und zwar unter Beteiligung der Stadt. Selbstverständlich dürften diese Schulen nicht der völkischen und nationalen Hochbildung dienen.

In diesem Zusammenhang weist Stadthauptmann Dr. Dengel auf den großen Kultur- und Bildungshunger der polnischen Bevölkerung hin.

Gouverneur Dr. Fischer berichtet, daß die Warschauer Philharmoniker in einem Kaffee Konzerte von künstlerischem Wert veranstalteten. - Die Seuchenlage in der Stadt Warschau sei zur Zeit nicht übermäßig gefahrdrohend, doch befürchte man für den Frühling und Sommer ein Umsichgreifen der Seuchen. Deswegen müßten auch die Abbruchpläne möglichst bald durchgeführt werden.

Es

Es wird dann noch über das Verhältnis der Stadt Warschau zum Distrikt gesprochen, und hier beklagt sich Stadthauptmann Dr.Dengel darüber, daß ihm die zahlreichen Zuständigkeitsstreitereien seine Arbeit sehr erschwerten. Er bittet deshalb auch, zum 1. April 1940 den Posten des Stadthauptmanns verlassen zu dürfen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r spricht dem Stadthauptmann Dr. Dengel seinen Dank für die geleistete Arbeit aus.

Warschau.

Dienstag, den 27. Februar 1940.

7^{05} Abfahrt vom Hauptbahnhof Warschau im Sonderzug nach Malkinia.

9^{30} Ankunft in Malkinia.

Besichtigung des Bahnhofs, kurzer Gang durch das Dorf.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r bezeichnet es als notwendig, daß die zweite Brücke über den Bug wieder hergestellt wird.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r begibt sich dann mit seiner Begleitung auf eine Eisenbahnrampe an die deutsch-russische Grenze, an der zwei russische Wachposten stehen.

10^{30} Abfahrt von Malkinia.

12^{30} Kurzer Aufenthalt in Rembertow.

14^{20} Ankunft in Siedlce.

Auf dem Bahnhof wird der Herr Generalgouverneur vom Kreishauptmann Gehrke begrüßt.

Der ukrainische Bürgermeister berichtet über die Lage in der Stadt.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r unternimmt dann mit seiner Begleitung in bereitgestellten Wagen eine Fahrt durch die Stadt. Befremden erregt der Umstand, daß auf Anordnung des Oberst Bickel der der militärischen Besatzung vorbehaltene Raum durch Stacheldraht abgegrenzt und ein Betreten oder Durchfahren dieses Raumes für andere Personen als Wehrmachtsangehörige verboten ist.

Nach dem Bericht des Kreishauptmanns leben in der Stadt 15 000 Juden. Die Bevölkerung mache einen schlechten Eindruck. Überfälle und Mordtaten seien an der Tagesordnung. Sechs Begriffe seien für die Stadt und ihre Umgebung charakteristisch: Malaria, Typhus, Kretze, Wanzen, Verlogenheit und größte Faulheit der Bevölkerung.

16^{00} Abfahrt nach Warschau.

18^{15} Ankunft auf dem Hauptbahnhof in Warschau.

18[35] Besprechung mit Architekt Horstmann über die Einrichtung des Hauses der ehemaligen Tschechischen Gesandtschaft.

Warschau.

Mittwoch, den 28. Februar 1940.

10^{00} Besprechung mit Finanzpräsident Spindler, SS-Obergruppenführer Krüger, Gouverneur Dr. Fischer, Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh und Landrat Dr. Siebert.

In dieser Besprechung wird eingehend zur Polizeifrage Stellung genommen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r hat an sich nichts dagegen einzuwenden, daß die Ordnungspolizei auf 6 Bataillone reduziert wird. Er gehe von dem Prinzip aus, daß ein Etat von insgesamt 130 Millionen Zloty, der auch für die Sicherheitspolizei gedacht sei, genügen würde. 10 Millionen müßten für außerordentliche Polizeibedürfnisse den Kreishauptmännern zur Verfügung gestellt werden. Der ganze Polizeietat einschließlich Kriminalpolizei und Ordnungspolizei müsse mit einer Summe von 120 Millionen Zloty auskommen. Dazu kämen noch 10 Millionen für außerordentliche Bedürfnisse der Kreishauptmänner auf polizeilichem Gebiet. Jedenfalls könne für den Gesamtetat der Polizei höchstens eine Summe von 130 Millionen Zloty in Betracht kommen.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zu Beamtenfragen Stellung genommen. Hier erklärt Finanzpräsident Spindler, daß er gegen eine Sonderzulage für die Beamten in Warschau erhebliche Bedenken vorbringen müsse. Er halte den Weg einer Verbilligung des Essens und Wohnens für besser.

Gouverneur Dr. Fischer teilt mit, daß für die Beamten und Angestellten ein gutes Kasino bestehe. Das Essen sei aber nicht sehr reichlich, sodaß sich die Beamten noch etwas dazukaufen müßten. Schließlich müßten die Beamten und Angestellten auch einmal eine andere Gaststätte oder eine sonstige Lokalität besuchen können. Die Beamten schränkten sich schon nach Möglichkeit ein, doch verständen sie nicht, weshalb sie hier in Warschau teurer leben müssen als ihre

Kollegen

Kollegen in anderen Städten.

Finanzpräsident Spindler erklärt sich bereit, dem Kasino einen größeren Zuschuß und den Beamten eine Beihilfe zu den Kosten ihrer Unterkunft zu geben. Eine Erhöhung der Tagegelder würde er nur schweren Herzens befürworten können.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß ihm unverzüglich ein Schema für die Regelung dieser Dinge vorgelegt werde.

Weiter beauftragt der Herr Generalgouverneur den Finanzpräsidenten Spindler, den Polizeietat mit SS-Obergruppenführer Krüger zu besprechen. Über das Grundsätzliche müsse nunmehr eine Einigung herbeigeführt werden.

Finanzpräsident Spindler teilt mit, daß man in Berlin mit der Absicht umgehe, auch den Militäretat dem Generalgouvernement aufzuerlegen. Man spreche dort von einer Summe von 1 Milliarde im Jahr.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er ein solches Ansinnen entschieden ablehnen werde; es sei denn, daß eine Sonderverfügung des Führers erginge. Auch soweit die Polizei Wehrmachtcharakter habe, gehe sie ihn als Generalgouverneur nichts an.

Gegenüber dem Hinweis des Finanzpräsidenten Spindler, daß Polen die Kosten der Besetzung tragen müßte, betonte der Herr Generalgouverneur, daß man dann mit ihm verhandeln müsse; denn das sei ein neuer Gesichtspunkt, der mit dem Etat nichts zu tun habe. Die Frage, ob das besiegte Polen eine Kriegsentschädigung zu zahlen habe, müsse in Form eines Friedensvertrags festgelegt werden. Im übrigen weise er den Finanzpräsidenten Spindler an, im Namen des Generalgouverneurs keine bindenden Erklärungen abzugeben. Ferner ordne er an, daß einmal eine Einigung darüber herbeigeführt werde, was unter allen Umständen geschaffen werden müsse, damit die polizeilichen Aufgaben gelöst werden können.

Maßgebend seien hier 3 Fragen:

1. Wie kann der Polizeietat noch erhöht werden?
2. Können nicht einige sachliche Aufgaben auf den außerordentlichen Etat übernommen werden? (z.B. Ausrüstungsgegenstände).
3. Müsse das Reich angegangen werden, zu den Polizeikosten etwas beizutragen?

Schulden

Schulden könne das Generalgouvernement machen, man könne z.B. Straßenbauten und andere Aufgaben auf den Schuldenhaushalt übernehmen; aber der Haushalt als solcher müsse unbedingt abgeglichen werden.

10[40] Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur folgende Verordnungen vor:

1. Verordnung über die Meldepflicht der deutschen Staatsangehörigen im Generalgouvernement.
2. Verordnung über die Errichtung einer Gesundheitskammer im Generalgouvernement.
3. Verordnung über die Einführung der Sommerzeit im Generalgouvernement am 1. April 1940.
4. Verordnung über die Errichtung der Wirtschaftsstelle für Metalle und über die Errichtung der Bewirtschaftungsstelle für Kohlen im Generalgouvernement.
5. Zweite Devisenverordnung für das Generalgouvernement.

Die Verordnungen werden von dem Herrn Generalgouverneur unterschrieben.

10[55] Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r empfängt den Oberregierungsrat Dr. Schepers zum Vortrag über Grenzfragen.

Grenzverhandlungen seien beim Reichsministerium des Innern am 24. Januar ergebnislos abgebrochen worden. Neue Vorschläge, insbesondere ein neuer Grenzvorschlag solle bis zum 6. März dem Reichsministerium des Innern eingereicht werden. Die Einbeziehung des Gebietes von Dombrowa werde vorläufig abgelehnt. Das Generalgouvernement müsse auf seinem Grenzvorschlag, der das Kohlenrevier von Dombrowa einbezieht, bestehen.

11[00] Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r überreicht dem neuernannten Oberregierungsrat Sohnrey die Urkunde über seine Bestallung zum Oberregierungsrat und weist ihn auf die Pflichten des Amtes hin.

11[10]

11[10] Besprechung mit Gouverneur Dr. Fischer, Leiter des Amtes Dr. Barth, Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh, Landrat Dr. Siebert, Leiter der Bauabteilung Heidelberg, Amtsleiter Gauweiler und Oberregierungsrat Dr. Sohnrey sowie Abteilungsleiter Gaudick.

Abteilungsleiter Gaudick nimmt eingehend Stellung zu den Wirtschaftsfragen im Distrikt Warschau. Er führt aus, daß am 1. August 1939 in den größeren Fabriken 64 000 Arbeiter beschäftigt gewesen seien. Die Beschäftigungszahl habe bis Mitte November nach Abschluß des Krieges nur noch 5 % betragen, also etwa 3 000 Arbeiter. Die durchschnittliche Beschäftigung am 1. Februar 1940 habe bereits wieder den Stand von 27,4 % der ursprünglichen Zahl erreicht. Hierbei seien nur die Betriebe mit über 20 Arbeitern berücksichtigt. Die Entwicklung entspräche durchaus den gegebenen Richtlinien, deren Grundgedanke ja darin liege, die Wehrwirtschaft des Reiches zu stärken, alle Betriebe nach Möglichkeit voll zu beschäftigen und daneben gewisse Ausweichbetriebe lebensfähig zu machen, auf die man vielleicht später zurückgreifen könne oder die für den Bedarf der Zivilbewirtschaftung arbeiten. Im Distrikt Warschau seien für die Überwachung der Betriebe 150 Treuhänder eingesetzt. Einige Betriebe, wie z.B. Mühlenbetriebe, Ziegeleien, Sägewerke, Fabriken für landwirtschaftliche Geräte usw. arbeiteten in einem größeren Umfange als vor dem Kriege. Mit dieser Entwicklung gehe auch der Handel. Zahlreiche Unternehmen würden neu gegründet. Bei der Industrie- und Handelskammer seien allein in den letzten 4 Wochen 360 Neugründungen genehmigt worden. Der Handel mit Textil- und Lederwaren sowie alle größeren Wirtschaftszweige seien früher fast vollkommen in jüdischen Händen gewesen. Es sei sehr schwierig, die Dinge wieder in Gang zu bringen, weil Ersatzorganisationen nicht beständen. Eine Überwachung der über 2 000 Textilbetriebe sei angesichts der geringen Zahl von Polizeimannschaften kaum möglich. Die angeordnete Beschlagnahmeaktion habe zu großen Schwierigkeiten geführt, und es wäre zweckmäßig, für solche Aktionen einen Zeitpunkt zu wählen, bis zu welchem man noch die notwendigen Vorbereitungen

treffen

treffen könne.

Gouverneur Dr. Fischer bemerkt, daß die Schwierigkeit bei der Krakauer Zeitung liege, die häufig Verordnungen veröffentliche, bevor man im Distrikt davon Kenntnis habe.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet an, daß mit Geheimrat Dr. Zetzsche über die Terminbestimmungen von Aktionen wirtschaftspolitischer Art vorher gesprochen werden solle; ferner sei die Krakauer und Warschauer Zeitung mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß sie nicht vorzeitig Aktionsgrundlagen in Form von Verordnungen veröffentliche, bevor noch die Aktionen durchgeführt würden.

Abteilungsleiter Gaudick berichtet dann weiter über die Verhältnisse im Bankwesen. Der Bankbeauftragte sei ein Reichsdeutscher, die Direktoren der 16 Banken seien Polen. Die eingeleiteten Maßnahmen hätten dazu geführt, daß das geschwundene Vertrauen zu den Banken und Sparkassen wieder zurückgekehrt sei. Ab 31. Oktober 1939 seien 3,2 Millionen Zloty bei den Banken neu angelegt worden, ab 31. Dezember 1939 seien es bereits 16,5 Millionen Zloty und ab 31. Januar 1940 24 Millionen Zloty gewesen. Die von den Banken gegebenen Kredite wären mit Hilfe einer Notenbank im Generalgouvernement leicht zu erhöhen. - Zwischen dem Reich und dem Generalgouvernement finde ein reger Austausch von Materialien statt. Aus dem Reich würden industriefertigerzeugnisse, landwirtschaftliche Arbeitsgeräte, Maschinen für die zerstörten Fabriken eingeführt, während das Generalgouvernement Holz, Schrott und Häute ausführe. Die Einfuhr sei kontingentiert und anmeldepflichtig. Die Anträge seien an die Wirtschaftsabteilung zu richten. Er habe den Eindruck, daß es notwendig wäre, eine Zentralstelle einzurichten, die Seitensprünge nach jeder Richtung hin vermeiden könnte.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gibt die Anordnung, daß eine enge Verbindung zwischen der Treuhandstelle und der Wirtschaftsabteilung hergestellt werde.

Abteilungsleiter Gaudick weist dann auf die Schwierigkeiten hin, die bei der Beschlagnahmeaktion entstanden sind. Er habe verschiedene Anträge auf Wunsch des Geheimrats Dr. Zetzsche nach Krakau gegeben. Verhandlungen der Wirtschaftsabteilung würden oft einfach abgelehnt, und zwar unter Hinweis auf eine Entscheidung des Generalmajors Bührmann.

Baurat

treffen könne.

Gouverneur Dr. Fischer bemerkt, daß die Schwierigkeit bei der Krakauer Zeitung liege, die häufig Verordnungen veröffentliche, bevor man im Distrikt davon Kenntnis habe.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet an, daß mit Geheimrat Dr. Zetzsche über die Terminbestimmungen von Aktionen wirtschaftspolitischer Art vorher gesprochen werden solle; ferner sei die Krakauer und Warschauer Zeitung mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß sie nicht vorzeitig Aktionsgrundlagen in Form von Verordnungen veröffentliche, bevor noch die Aktionen durchgeführt würden.

Abteilungsleiter Gaudick berichtet dann weiter über die Verhältnisse im Bankwesen. Der Bankbeauftragte sei ein Reichsdeutscher, die Direktoren der 16 Banken seien Polen. Die eingeleiteten Maßnahmen hätten dazu geführt, daß das geschwundene Vertrauen zu den Banken und Sparkassen wieder zurückgekehrt sei. Ab 31. Oktober 1939 seien 3,2 Millionen Zloty bei den Banken neu angelegt worden, ab 31. Dezember 1939 seien es bereits 16,5 Millionen Zloty und ab 31. Januar 1940 24 Millionen Zloty gewesen. Die von den Banken gegebenen Kredite wären mit Hilfe einer Notenbank im Generalgouvernement leicht zu erhöhen. - Zwischen dem Reich und dem Generalgouvernement finde ein reger Austausch von Materialien statt. Aus dem Reich würden industriefertigerzeugnisse, landwirtschaftliche Arbeitsgeräte, Maschinen für die zerstörten Fabriken eingeführt, während das Generalgouvernement Holz, Schrott und Häute ausführe. Die Einfuhr sei kontingentiert und anmeldepflichtig. Die Anträge seien an die Wirtschaftsabteilung zu richten. Er habe den Eindruck, daß es notwendig wäre, eine Zentralstelle einzurichten, die Seitensprünge nach jeder Richtung hin vermeiden könnte.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gibt die Anordnung, daß eine enge Verbindung zwischen der Treuhandstelle und der Wirtschaftsabteilung hergestellt werde.

Abteilungsleiter Gaudick weist dann auf die Schwierigkeiten hin, die bei der Beschlagnahmeaktion entstanden sind. Er habe verschiedene Anträge auf Wunsch des Geheimrats Dr. Zetzsche nach Krakau gegeben. Verhandlungen der Wirtschaftsabteilung würden oft einfach abgelehnt, und zwar unter Hinweis auf eine Entscheidung des Generalmajors Bührmann.

Baurat Heidelberg macht auf Unstimmigkeiten aufmerksam, die zwischen der Abteilung Bauwesen beim Generalgouvernement und der entsprechenden Abteilung des Distrikts Warschau entstanden seien. Er habe sein Amt so aufgebaut, wie er es nach Rücksprache mit Gouverneur Dr. Fischer für richtig gehalten habe. Er halte das Referat Raumplanung beim Distriktchef als Unterlage für die Raumplanung beim Generalgouvernement für sehr wertvoll. Die Bauabteilung des Distrikts sei durchaus bereit, mit der Bauabteilung des Generalgouvernements zusammenzuarbeiten und ihr das gesamte Material zur Verfügung zu stellen. Die Bauabteilung erstrecke sich nicht nur auf den Hochbau, sondern auch auf den Straßenbau. Es bedürfe einer beratenden Stelle für Gemeinde- und Kreisstraßen, die von der öffentlichen Straßenbauverwaltung nicht erfaßt würden.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet hierauf die Errichtung einer Abteilung Bauwesen für Tiefbau, Brückenbau, Wasserstraßen, Hochbau beim Amt des Generalgouverneurs im Verhältnis zu den entsprechenden Abteilungen in den Ämtern der Distriktschefs an.

Baurat Heidelberg berichtet weiter, daß seine vordringlichste Aufgabe darin bestanden habe, die Staatsliegenschaften, die sehr stark gelitten hätten und den Witterungseinflüßen ausgesetzt gewesen seien, zu erfassen. Diese Erfassung sei seit 1. Februar endgültig erfolgt. Der polnische Staat habe in der Stadt 364 Dienstgebäude (Ministerien usw.) mit einer Grundfläche von 973 000 qkm und einem bebauten Raum von 279 500 cbm Inhalt unterhalten. Zum Teil handele es sich um Beamtenwohnungen, die teilweise zerstört seien, nun allerdings doch wieder instand gesetzt werden mußten, weil sie gute Zinsen abwerfen, auch wenn sie später für neue Zwecke zur Verfügung gestellt würden. Der Gebäudewert habe vor dem Kriege 135 Millionen Zloty betragen, er schätze ihn jetzt auf vielleicht 80 Millionen Zloty. Er habe seine Bauabteilung mit 7 deutschen Kräften aufgezogen; früher seien darin 440 polnische Beamte und Angestellte beschäftigt gewesen. Er hoffe jedoch, auf einen Stamm von etwa 20 Beamten und Angestellten zu kommen. Auf dem Lande bestehe eine erfreuliche Tendenz, die alten Gebäude wieder zu errichten. Hier dürfe man jedoch nicht die alte Bauweise wieder aufleben lassen, weil sie zuviel Material erfordere. Er habe hier

schon

schon entsprechende Vorschläge für eine sparsame Bauweise gemacht. Ein Wiederaufbau des Distrikts werde sich nicht ganz umgehen lassen, weil die Evakuierung der Stadt Warschau von dem Wiederaufbau des Distrikts abhängen werde. Warschau sei die Zentrale der ganzen Industrie, die sich nach der Gegend von Lodsch erstrecke.

Baurat Heidelberg nimmt dann zu weiteren Einzelheiten des Wiederaufbaues der Gebäude der Stadt Warschau Stellung.

Zur Energiewirtschaft teilt Baurat Heidelberg mit, daß die Abnehmerzahl des Elektrizitätswerks in Warschau jetzt schon wieder 90 % gegenüber dem Vorkriegsstand betrage. Die Stromerzeugung habe 65 % des gleichen Monats im Vorjahre erreicht. Über Kohlenmangel habe die Energiewirtschaft nicht zu klagen. Während das Elektrizitätswerk von Warschau keinen großen Schaden erlitten habe, hätten die Überlandleitungen ungeheure Zerstörungen erfahren. Immerhin stelle der Stand von 50 % der Vorkriegsleistung für die Überlandleitungen eine erhebliche Leistung dar. Auf der elektrischen Straßenbahn würden zur Zeit nach amtlichen Feststellungen täglich wieder 425 000 Personen befördert, das entspräche 70 % des Vorkriegsstandes.

Oberregierungsrat Dr. Sohnrey berichtet über die Organisation der Abteilung Arbeit. Man habe rund 10 000 polnische Arbeiter nach Deutschland geschickt, was nicht dem Kontingent entspräche, das vom Distrikt Warschau hätte geleistet werden müssen. Die Schwierigkeiten im Distrikt Warschau seien auf diesem Gebiet größer als in anderen Distrikten. Aus diesem Gebiet seien auch früher keine Landarbeiter nach Deutschland gegangen. Man stehe also vor einem neuen Problem. Besonders schädlich sei die starke Gegenpropaganda, Vielfach werde behauptet, daß die Geistlichkeit in dieser Propaganda der führende Faktor sei. Mit der Freiwilligkeit werde man nicht zum Ziel gelangen. Es sei auch vielleicht nicht zweckmäßig, diese Freiwilligkeit jetzt noch in den Vordergrund zu stellen, weil sie unter Umständen für die Arbeiter selbst ein Hemmnis sei. Wenn die Leute eine Beorderung bekämen, dann wären sie vielleicht eher geneigt, nach Deutschland zu gehen. Ein gewisser Zwang müsse hier schon ausgeübt werden.

Die

Die Arbeitslosigkeit stelle im engen Zusammenhang mit der Entwicklung der Wirtschaft in Warschau ein besonderes Problem dar. Es bestehe die Absicht, eine besondere Zentralstelle aus dem früheren Ministerium zu Rate zu ziehen, um zu überlegen, wie man die Angehörigen gewisser Berufe umschulen könne. Auf dem Lande bestehe das Problem der Arbeitslosigkeit nicht. Man habe den Betrieben die Auflage gemacht, bevorzugt Volksdeutsche einzustellen. Bei den A-Betrieben spiele eine besondere Rolle die Lohnfrage. Die Wehrmachtbetriebe verlangten eine Erhöhung der Löhne. Eine Lohnerhöhung habe aber gar keinen Zweck, solange die Lebensmittelbeschaffung nicht gesichert sei. Übrigens habe sich hier gezeigt, daß die Betriebe für ihre Arbeiter auch durch Zahlung von Geld mehr sorgten, als man ursprünglich hätte annehmen können.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r hält es für besonders wichtig, daß die polnischen Arbeiter einigermaßen ausreichend ernährt würden. Das soziale Problem Polens sei einfach eine warme Mahlzeit am Tage für denjenigen, der intensiv arbeiten müsse.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs antwortet Oberregierungsrat Dr. Sohnrey, daß es in der Abteilung Arbeit 1 Abteilungsleiter, 4 Referenten, 1 Assessor und 1 Oberinspektor, ferner 1 Bürovorsteher, 1 Hilfskraft und 3 Schreibkräfte gebe.

Die Besprechung wird hierauf abgebrochen.

15[20] Besprechung mit Finanzpräsidenten Spindler und Gouverneur Dr. Fischer.

15[30] Besprechung mit Gouverneur Dr. Fischer, Leiter des Amtes Dr. Barth, Landrat Dr. Siebert, Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh und Amtsleiter Gauweiler.

In dieser Besprechung wird zu der Lage im Distrikt und in der Stadt Warschau eingehend Stellung genommen.

Gouverneur Dr. Fischer beantwortet verschiedene vom Herrn Generalgouverneur gestellte Fragen. Er führt u.a. aus, daß das Verhältnis zur Polizei im Distrikt hervorragend sei und er außerordentlich bedauern würde, wenn der Distrikt

seine

seine Ordnungspolizei verlieren würde.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r verweist in diesem Zusammenhang auf die hohen Polizeikosten des Generalgouvernements. Der Polizeihaushalt koste etwa 140 Millionen Zloty. Eine Steigerung dieser Summe wäre nur möglich, wenn sich die Etatlage einigermaßen günstig entwickele. Die Wegnahme der Ordnungspolizei würde zur Folge haben, daß die Autorität der deutschen Verwaltung außerordentlich erschüttert werde.

Gouverneur Dr. Fischer berichtet dann weiter, daß 250 bis 300 Beamte und Angestellte im Amte tätig seien. Selbstverständlich bestehe noch ein großer Personalbedarf in den einzelnen Abteilungen. Es sei z.B. unmöglich, in Warschau eine Wirtschaftsabteilung mit 4 Menschen weiterzuführen. Unter dem Druck der Verhältnisse habe er vor einiger Zeit ein Beschlagnahme- und Beschaffungsamt errichtet. In diesem Amte seien sämtliche Beschlagnahmen zusammengefaßt worden, sodaß sonst niemand ein Beschlagnahmerecht gehabt habe. Leider sei dann ein Gegensatz zur Wirtschaftsabteilung entstanden, und infolgedessen sei dieses Beschlagnahme- und Beschaffungsamt heute ein Teil der Wirtschaftsabteilung geworden.

Amtsleiter Gauweiler berichtet dann über die Organisation im Distrikt Warschau. Neben der Stadt Warschau gebe es 10 Kreise, die den früheren Starosteien entsprechen. In 3 Kreisen seien Außenstellen errichtet, die sämtlich mit besonders ausgesuchten Ordensjunkern besetzt seien, deren Tätigkeit sehr günstig beurteilt werde. Jeder Kreis habe neben dem Kreishauptmann, einem höheren Verwaltungsbeamten, noch 1 bis 2 mittlere Verwaltungsbeamte, ferner 1 oder 2 Justizangestellte. Von den 25 Ordensjunkern seien einige als Landkommissare, einer als Stadtkommissar, 3 als stellvertretende Kreishauptleute, 5 als persönliche Referenten und Adjutanten tätig. Ihre finanzielle Lage sei jetzt endgültig im günstigen Sinne geregelt.- Die Einwohnerzahl des Distrikts betrage ungefähr 3,8 Millionen, darunter 600 000 Juden, 27 000 Volksdeutsche, 8 000 Ukrainer, 6 700 Russen

und

und 10 500 Anderstämmige. Die Kreishauptleute seien zum größten Teil in den ehemaligen polnischen Starosteien untergebracht. In einigen Kreisen müßten trotzdem neue Häuser errichtet werden.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r hält es für notwendig, daß für solche Bauten ein außerordentlicher Etat geschaffen werde. Jedenfalls solle jeder Kreishauptmann und jede Behörde ein Dienstgebäude haben. Weiter müsse in jeder Kreishauptstadt ein unter der Kontrolle des Kreishauptmanns stehendes Deutsches Haus vorhanden sein.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet an, daß genaue Feststellungen darüber getroffen werden, welche eigentlich der Verwaltung gehörenden Gebäude im Besitz der Wehrmacht sind.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zu Grenzfragen Stellung genommen. Hier bemerkt Amtsleiter Gauweiler, durch die Grenzziehung im Kreise Sochaczew sei erreicht worden, daß eine Reihe von volksdeutschen Dörfern zum Deutschen Reich geschlagen worden seien, obwohl keine Verbindung nach der anderen Seite infolge der Zerstörung der Brücken bestehe. Das Innenministerium würde diese Gemeinden dem Distrikt geben; die Wehrmacht wehre sich aber dagegen. Infolge dieser Grenzziehung seien die Landwirte in dieser Gegend vollkommen vom Verkehr abgeschlossen und nicht in der Lage, ihre Produktionen abzusetzen. Das Innenministerium habe empfohlen, eine örtliche Auseinandersetzung mit Gauleiter Koch in die Wege zu leiten.

Amtsleiter Gauweiler bezeichnet es als notwendig, daß auf dem Gebiete des Personenstandes so schnell als möglich die deutschen Standesämter eingeführt würden.

Landrat Dr. Siebert teilt mit, daß demnächst 12 Standesämter errichtet würden, für jeden Distrikt 3.

Amtsleiter Gauweiler bittet dann um den Erlaß einer Verordnung über die Festsetzung von Kriegsschäden, welche Reichs- und Volksdeutsche erlitten haben.- In einer Reihe von Verordnungen sei für gewisse strafbare Handlungen das Sondergericht für zuständig erklärt worden. Praktisch sei es aber kaum möglich, diese Aufgabe den Sondergerichten zu übertragen.

Im

Im Zusammenhang mit dieser Frage wird kurz zum Problem der Rechtspflege überhaupt Stellung genommen, und der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r verweist auf das Verordnungsblatt, in welchem die gesamte Justizordnung enthalten sei.

Gouverneur Dr. Fischer hält es für zweckmäßig, wegen der Einheitlichkeit der Rechtsprechung ein Appellationsgericht in Krakau zu errichten.

Amtsleiter Gauweiler bringt einen allgemeinen Wunsch der Kreishauptmänner zur Sprache, daß durch eine Bekanntmachung des Generalgouverneurs die Einheitlichkeit der Verwaltung besser betont werde, und zwar in dem Sinne, daß alle Einzelwünsche der Sonder- und Fachverwaltungen beseitigt würden. Dazu sei notwendig, daß sich der Bereich aller Sonderverwaltungen mit dem Bereich der Kreise decke, und daß den Kreishauptleuten ein allgemeines Weisungsrecht zugestanden werde, unbeschadet der fachlichen Unterstellung unter eine Zentrale. In diesem Zusammenhang wird auch zu der Frage des Straßenbaues Stellung genommen und eine Regelung der Zuständigkeit im Bauwesen als notwendig bezeichnet.

Auf Anordnung des Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r s soll eine endgültige Regelung bis zum 31. März getroffen werden.

Amtsleiter Gauweiler berichtet dann weiter, daß es in Warschau 50wissenschaftliche Institute mit wertvollstem Material gebe. Darunter falle alles Mögliche, von der Sternwarte bis zur technischen Hochschule. An der Sternwarte seien noch einige polnische Wissenschaftler tätig, die jedoch kein Entgelt für ihre Arbeit erhielten.- Die Kirchenbücher sämtlicher evangelischen Pfarrgemeinden würden jetzt in Sicherheit gebracht.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r bezeichnet es als notwendig, daß für die Stadt Warschau, bei der man es mit ähnlichen Problemen wie etwa bei Hamburg oder Wien zu tun habe, ein besonderes Statut errichtet werde. Man könnte vielleicht einen Beauftragten des Gouverneurs zum Stadthauptmann machen oder eine Personalunion zwischen Gouverneur und Stadthauptmann schaffen. Jedenfalls müsse der Distriktchef irgendwie an der Verwaltung der Stadt Warschau beteiligt sein.

Im

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann noch zur Frage der Volksdeutschen, der Tätigkeit der NSV, den wilden Umsiedlungen Stellung genommen.

Zu der letzten Frage betont der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r, daß nach Anordnung des Herrn Generalfeldmarschalls Göring kein Umsiedlertransport in das Generalgouvernement hereingelassen werden dürfe, den nicht der Generalgouverneur persönlich genehmigt habe. Mit den zuständigen Reichsbahndirektionen Posen und Königsberg müsse die Ostbahn verhandeln, daß ohne Rücksicht auf Befehle örtlicher Stellen Züge nur hereingelassen würden, wenn von der Ostbahn die Freigabe solcher Züge gemeldet sei.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erklärt weiter, daß deutsche und polnische Juden gleichmäßig zu behandeln seien.

Zum Schluß wird noch kurz zum deutschen Schulwesen Stellung genommen. Hier marschiere, wie Amtsleiter Gauweiler sagt, der Distrikt Warschau an der Spitze. Bisher seien schon 29 deutsche Schulen eröffnet worden. In Warschau gebe es allein 400 deutsche Kinder, die dort eine Schule besuchten und auch einigermaßen ausreichend verpflegt würden. Zu beklagen sei nur der starke Lehrermangel. Die polnischen Fachschulen seien wieder eröffnet worden, ebenso die Gewerbe- und Berufsschulen. Außerdem sei 100 Medizinern die Erlaubnis gegeben worden, ihre Abschlußprüfung zu machen. Eine ähnliche Regelung sei für die technische Hochschule und die Handelshochschule getroffen.

19[55] Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs vom Warschauer Hauptbahnhof nach Berlin.

Berlin

Donnerstag, den 29. Februar 1940

Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs an der Reichsleiterbesprechung.

Freitag, den 1. März 1940.

11[35] Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf dem Hauptbahnhof in Warschau.

11[55] Besprechung mit Faßbaender.

12[25] Telefongespräch mit Reichsminister Seyß-Inquart, die deutsch- polnische Handelskammer betreffend.

Es ist zu erklären, daß über diese Frage abschließend Besprechung zu halten ist. Bevollmächtigter Dr. Heuber führt Klage, daß diese Handelskammer sich Zuständigkeiten anmaßt, die eigentlich beim Bevollmächtigten des Generalgouverneurs in Berlin liegen.

12[35] Besprechung mit Gesandten von Wühlisch.

14[40] Besprechung mit Reichsamtsleiter Frhr. Dr. du Prel.

15[00] Besprechung mit Oberregierungsrat Schulte-Wissermann.

Oberregierungsrat Schulte-Wissermann bemerkt auf Fragen des Herrn Generalgouverneurs, daß er seit 12 Jahren beim Preiskommissar tätig sei. Er habe die Preisbildungsstelle in Koblenz bis 1938 geleitet und dann die Preisbildungsstelle Wien übernommen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r führt Oberregierungsrat Schulte-Wissermann mit längeren Ausführungen in die Aufgaben seines Amtes ein. Er habe das Generalgouvernement seinerzeit im Zustand völliger wirtschaftlicher Unausgeglichenheit übernommen. Alle Werte seien schon mehr oder weniger verloren gewesen. Für ihn handele es sich jetzt darum, den Zloty-Kurs einigermaßen zu halten, damit er nicht in den Abgrund sinke, und ferner eine ganz rigorose Preissteuerungspolitik zu führen. In seiner Stellung werde Oberregierungsrat Schulte-Wissermann das unmittelbare Recht ihm gegenüber haben, auf Notstände aufmerksam zu machen, Verordnungen anzuregen, Vollmachten anzuordnen usw. Er werde an dem Prinzip nicht rütteln lassen, daß das Generalgouvernement am 1. April einen ausgeglichenen Etat habe. Es werde aber von ihm bewußt

eine

eine Inanspruchnahme der Emissionsbank für gewisse außerordentliche Ausgaben stattfinden, die dann ihren Platz im außerordentlichen Haushalt fänden. Weiter gehe sein Bestreben dahin, den Zloty etwa in seiner gegenwärtigen Höhe zu halten. Auch die Ernährungsfrage spiele hier insofern mit hinein, als ja das vom Reich gelieferte Getreide bezahlt werden müsse. Oberregierungsrat Schulte-Wissermann soll in allen diesen preispolitischen Ausstrahlungen der verantwortliche Mann sein. Er werde zu allen Abteilungsleitersitzungen zugezogen werden, werde das Recht haben, jede Auskunft zu verlangen. Vorbedingung für die Tätigkeit des Preiskommissars sei eine kameradschaftliche Zusammenarbeit mit allen anderen Dienststellen.

Die Eisenbahntarife, die inzwischen erhöht worden seien, müßten wieder etwas herabgesetzt werden, weil das Generalgouvernement sonst nicht die nötigen Kohlen bekommen könne. Wie schwierig die Situation auf manchen Gebieten sei, habe er kürzlich wieder in Warschau erfahren, wo von Seiten des Distrikts der Wunsch nach einer Erhöhung der Gehälter der Beamten und Angestellten geäußert worden sei. Man werde diese Frage auf dem Wege von Zulagen zur Beköstigung und Wohnung zu lösen suchen.

Oberregierungsrat Schulte-Wissermann gibt die Erklärung ab, daß er den Umfang der ihm gestellten Aufgaben durchaus richtig zu würdigen verstehe. Er glaube auch, daß er bei dieser schwierigen Aufgabe helfen könne. In seiner bisherigen Tätigkeit habe er Gelegenheit gehabt, mancherlei Erfahrungen zu sammeln. Für die Preispolitik gälten zwei Grundsätze: Einmal müsse die Richtschnur angegeben werden, nach welcher sich die Allgemeinheit richten solle, und zweitens müsse man erreichen, daß sich diejenigen, die nicht vonvornherein guten Willens seien, an diese Richtschnur hielten. Das erste sei bereits in großem Umfang geschehen, aber nach der Seite der Kontrolle scheine ihm doch noch manches zu fehlen. Er glaube nicht, daß man diese Kontrolle lediglich mit deutschen Kräften durchführen müsse, sondern daß man auch mit polnischen Kräften werde arbeiten können. Allerdings wäre dann die"Kontrolle" der Kontrolle durch deutsche Beamte auszuüben, und für diese Kontrolle bedürfe es etwa 200 geschulter

Beamter

Beamter. Mit jungen, im Einzeldienst nicht erfahrenen Beamten könne er nichts anfangen. Seines Wissens seien im Generalgouvernement auch ältere Kräfte vorhanden, auf die man gegebenenfalls zurückgreifen könnte. Die maßgebenden Stellen müßten sich dann eben mit einer gewissen Verschiebung des Personals innerhalb der Polizei einverstanden erklären. Seine Absicht sei ferner, eine Dienststelle beim Amt des Generalgouverneurs einzurichten, mit deren Leitung er dann betraut werden könnte. Ferner wünsche er gewisse selbständige Befugnisse auch gegenüber den Distriktchefs.

Der Herr Generalgouverneur macht demgegenüber nochmals auf die großen Schwierigkeiten aufmerksam, mit denen der Preiskommissar zu rechnen haben werde. Man könne keine Preispolitik treiben, wenn nach wie vor jene wilden Beschlagnahmen fortgesetzt würden, wenn man dem Arbeiter nicht garantiere, daß er für seinen Lohn auch etwas bekomme. Infolgedessen werde er auch für diese Dinge seine eigene Ordnung erlassen, er werde vor das Sondergericht auch die Deutschen bringen, die preistreibend wirken. Jedenfalls müsse der Preiskommissar die Totalität der Wirtschaftsentwicklung berücksichtigen.

Oberregierungsrat Schulte-Wissermann bemerkt, daß er sofort mit der Wehrmacht über die praktisch zu ergreifenden Maßnahmen verhandeln werde. Er werde selbstverständlich auch bis zu einem gewissen Grade die polnische Polizei in seine Arbeit einschalten.

Der Herr Generalgouverneur schließt die Besprechung mit der Versicherung, daß er die Arbeit des Preiskommissars als eine der wichtigsten ansähe; deshalb gebe er dem Oberregierungsrat Schulte-Wissermann auch den Rang eines Abteilungsleiters.

15[30] Besprechung mit SS- und Polizeiführer, Standartenführer Meisinger.

16[00] Erste Besprechung mit dem früheren polnischen Botschafter Wysocki in Gegenwart des Gesandten von Wühlisch.

In

In der Unterredung hat der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r den früheren polnischen Botschafter Wysocki gefragt, ob er irgendwelche Wünsche vorzubringen habe.

In seiner Antwort wies Herr Wysocki auf die Lage der Bevölkerung Warschaus hin und macht besonders auf gewisse Gerüchte aufmerksam, die im Augenblick kursierten und nach denen man hier besorgt sei, daß Frauen und junge Mädchen zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt werden sollten. Er sprach sodann über die Lebensmittelknappheit und meinte, daß die Höchstpreise zu hoch angesetzt seien und die Überwachung des Schleichhandels nicht tatkräftig genug durchgeführt werde. Für die Jugend sei es sehr schlecht, daß ein großer Teil der Volksschulen noch nicht wieder eröffnet und die Mittelschulen überhaupt geschlossen seien. Auch die soziale Fürsorge lasse sehr zu wünschen übrig. Die polnische Selbsthilfe funktioniere noch nicht so, wie es erforderlich sei. Zum Schluß weist er auch auf die vielen Verhaftungen hin, durch die die Bevölkerung beunruhigt werde, und spricht insbesondere von einer Anzahl katholischer Geistlicher, die noch in Warschau inhaftiert seien.

17^{00} Besprechung mit Ministerialrat Plodeck.

Gegenstand der Besprechung waren die von der Wirtschaftsabteilung herausgegebenen Richtlinien über die Tätigkeit und Aufgaben der Treuhandstellen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r weist darauf hin, daß diese Richtlinien in den Distrikten zu einer großen Unruhe geführt hätten. Es sei allgemein der Eindruck entstanden, als ob er, der Generalgouverneur, diese Richtlinien vorher gelesen habe. In den Richtlinien heiße es, daß die Außenstellen der Treuhandstellen keinerlei Weisungen der Distriktchefs zu befolgen hätten und ausschließlich den Weisungen der Abteilung Wirtschaft unterständen. Er ordne deshalb an, daß künftig solche Richtlinien vor iher Herausgabe dem Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh vorgelegt würden.

Ministerialrat Plodeck ist davon ausgegangen, daß die Richtlinien, wie er sie aufgezogen habe, den Beifall des Herrn Generalgouverneurs nach der grundsätzlichen Seite finden würden, weil im Rahmen der Beschlagnahmeordnung jeder irgendwie

abseitige

abseitige Fall nach dem Willen des Herrn Generalgouverneurs verfolgt werden solle. Im übrigen seien diese Außenstellen doch nur der verlängerte Arm des Amtes des Generalgouverneurs.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r zweifelt, ob die Außenstellen in dieser Form aufrecht erhalten werden können. Es gehe nicht an, daß einzelne Beamte im Amt des Generalgouverneurs die Struktur des Gouvernements dadurch umgingen, daß sie über die Abteilungen im Amt des Distriktschefs hinweg Außenstellen errichteten.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r hält gleichwohl seine Einwendungen gegen den Wortlaut der Richtlinien aufrecht, weil es nicht angehe, daß eine Dienststelle über die Distriktchefs irgend eine Weisungsbefugnis ausüben könnte. Es gebe ja doch intern allerhand Möglichkeit für eine Korrektur. Er halte es daher für richtig, daß Ministerialrat Plodeck sich mit den maßgebenden Herren bespreche und konkrete Vorschläge mache.

Ministerialrat Plodeck berichtet dann noch kurz über den Kurort Krynica, den er persönlich besichtigt, und für den sich auch der Gesundheitsführer Dr. Walbaum interessiert habe. Das große neue Kurhaus sei staatlicher Besitz und vollständig in Ordnung. Es sei mit einem Kostenaufwand von 15 Millionen Zloty erbaut worden.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r weist Ministerialrat Plodeck an, in seinem unmittelbaren Auftrage sofort die Verwaltung zu übernehmen. Es handele sich hier um eine Angelegenheit des Generalgouvernements. Er beabsichtige, selber nach Krynica zu fahren und sich in dem dortigen Kurhaus einige Räume zu reservieren. Die Finanzierung werde auf den Etat des Generalgouvernements übernommen werden. Für diesen Zweckkönne auch ein Kredit der Emissionsbank in Anspruch genommen werden.

17^{30} Besprechung mit Gouverneur Dr. Fischer und Ministerialrat Plodeck.

18^{00} Erste Besprechung mit dem Vertreter der früheren italienischen Gesandtschaft, Legationssekretär di Stefano im Beisein des Gesandten von Wühlisch.

18^{20}

18[20] Besprechung mit Gouverneur Dr. Fischer und Landgerichtsdirektor Brehm.

Landgerichtsdirektor Brehm berichtet über die Rechtspflege im Distrikt Warschau. Er führt aus, daß für die Übergangszeit angeordnet sei, daß für die anhängigen Strafverfahren eine Abgabe erfolgen müsse, bevor die polnischen Gerichte weiterarbeiten könnten. Die Zahl der anhängigen Strafverfahren betrage in Warschau 33 000. Es handele sich um ein großes Gericht, das früher mit 90 Richtern besetzt gewesen sei und jetzt 55 bis 60 Richter zähle, die im großen und ganzen einwandfrei arbeiten. Vor Erlaß der neuen Verordnung habe er es so gehalten, daß den polnischen Gerichten verboten worden sei, sich mit Strafsachen zu beschäftigen, die irgendwie nach eine Zuständigkeitkeit der deutschen Gerichte aussehen könnten. Die Staatsanwaltschaft sei angewiesen worden, alle diese Verfahren dem deutschen Gericht abzugeben. Hier müsse selbstverständlich die Auswahl dem deutschen Staatsanwalt überlassen bleiben. Ihm ständen zwei deutsche Staatsanwälte zur Verfügung. Er brauche aber mindestens 20 Staatsanwälte. Dazu trete weiter die Schwierigkeit, daß die polnischen Gerichte entweder keine oder nur mäßige Kräfte hätten, die dolmetschen könnten. Man müsse vielleicht 50 Dolmetscher anstellen.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß sich Landgerichtsdirektor Brehm mit Ministerialrat Wille in Verbindung setzen solle, um mit ihm alle Fragen zu besprechen.

18[30] Besprechung mit Gouverneur Dr. Fischer und Frhr. v. du Prel.

Gouverneur Dr. Fischer teilt mit, daß er inzwischen mit Ministerialrat Plodeck über die Frage der Richtlinien gesprochen und diesen bereit gefunden habe, nunmehr den gegebenen Weisungen zu folgen.

Der Herr Generalgouverneur spricht dann von seinen Eindrücken, die der Besuch des früheren polnischen Botschafters Wysocki auf ihn gemacht habe.

Der Herr Generalgouverneur erkundigt sich dann bei Dr. du Prel nach der Auflagenhöhe der Warschauer und Krakauer Zeitung, nach der Zahl der in Warschau laufenden Kinos und nach sonstigen kulturellen Möglichkeiten wie etwa auf dem Gebiete des Theaters.

Frhr.

Fr. Frhr. Dr. du Prel berichtet über diese Fragen und bemerkt dabei u.a., daß das frühere polnische philharmonische Orchester unter seinem Dirigenten, einem Schüler Humperdincks, in einem größeren Kaffee Warschaus auf künstlichem Niveau stehende Konzerte veranstalte, die zumeist überfüllt seien.

Der Herr Generalgouverneur gibt in diesem Zusammenhang bekannt, daß jetzt die Weisung ergangen sei, der polnischen Entwicklung, soweit es im Rahmen der Interessen des Deutschen Reiches möglich sei, freien Raum zu gewähren. Man gehe jetzt davon aus, daß das Generalgouvernement die Heimstätte des polnischen Volkes sei. Er würde dagegen auch kein Bedenken erheben, es sei denn, daß es auch nur einmal bei solchen Gelegenheiten zu einer politischen Demonstration komme.

Fr. Freiherr Dr. du Prel teilt dann weiter mit, daß die polnischen Zeitungen, soweit sie gegenwärtig erschienen, von einem polnischen Nachrichtendienst, der in Krakau herausgegeben werde, mit Stoff versehen würden. Die Wochenauflage betrage 80 000, die Sonntagsauflage 50 000 Stück. Es sei auch geplant, eine illustrierte Zeitung herauszubringen. - Die Juden hätten gebeten, daß ein Verordnungsblatt in deutscher und polnischer Sprache herausgebracht werden möchte, in welchem sämtliche die Juden angehenden Verordnungen bekannt gemacht würden.

18[40] Besprechung mit Ministerialrat Dressler-Andres und Freiherr Dr. du Prel.

Ministerialrat Dressler-Andres, der zur Zeit als Landesschütze seinen Militärdienst tut, berichtet von seinen Eindrücken, die er gewissermaßen von unten nach oben gewonnen habe. Er spricht namentlich von den Schichten der Intellektuellen, zu denen der einfache Mann heute immer noch mit einer gewissen Scheu emporblicke. Zu ihnen gehöre vor allem auch die polnische Studentenschaft, die die größte Tradition habe, die es überhaupt gebe. Solange die Gruppe der Großlandwirte, der Offiziere und aller anderen höheren Schichten eine gewisse Freizügigkeit habe, solange sie auch von den deutschen Intellektuellen in gewisser Weise respektiert würden, werde

sich

sich an diesem Zustand kaum etwas ändern. Leider müsse man auch feststellen, daß deutsche Offiziere hier und da einmal das Bedürfnis hätten, bei Gelegenheit einer militärischen Streife im Hause eines Gutsbesitzers eine Tasse Tee zu trinken. Selbstverständlich sei man dann gezwungen, vielleicht die Höflichkeit etwas zu übertreiben. Ein zweites Problem sei das der Volksdeutschen und des Selbstschutzes, in welchem man unter Umständen eine gefährliche Organisation sehen könne. Was die Polen im allgemeinen angehe, so hätten sie seiner Ansicht nach zu wenig zu tun. In erhöhtem Maße gelte das von den Juden. Das sei auch wieder gefährlich, denn je weniger ein Mensch beschäftigt sei, um so mehr könne er Mundpropaganda treiben. - Die Stimmung der Truppe sei viel besser, als man glaube. Die alten Mannschaften seien zwar die größten Meckerer, gleichwohl aber die besten Soldaten. Die Verpflegung sei an sich gut, es gebe oft Erbsen, Linsen, Bohnen, die Leute besorgten sich auch noch etwas daneben. Für notwendig halte er persönlich eine gewisse nicht geistige, sondern menschliche Führung der volksdeutschen Kreise, um ihnen eine Zielsetzung zu geben. Die besten Elemente finde man auf den hochkultivierten isolierten Gütern der Volksdeutschen, zu denen sich die polnische landwirtschaftliche Jugend dränge.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ersucht Ministerialrat Dressler-Andres, ihm über all diese Dinge noch ausführlich schriftlichen Bericht zu erstatten.

19[00]

Besprechung mit Oberregierungsrat Dr. Schepers.

Oberregierungsrat Dr. Schepers teilt mit, daß die Anlegung eines Schutzstreifens geplant sei, innerhalb dessen sämtliche Neubauten usw. der vorherigen Genehmigung der militärischen Dienststellen bedürfen. In diesen Schutzstreifen sei auch die ganze Stadt Warschau einbegriffen. Sämtliche Abholzungen und sonstigen wirtschaftlichen Maßnahmen seien ebenfalls von der Wehrmacht zu genehmigen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erklärt, daß er nicht in der Lage sei, diese Regelung ohne weiteres anzuerkennen, und ordnet an, daß an den Oberbefehlshaber Ost, Hauptquartier Spala, sofort folgendes Schreiben gerichtet wird:

In

In der Angelegenheit Schutzbereich gebe ich meine Zustimmung zu der übersandten Karte nicht. In meiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar muß ich verlangen, daß die Festlegung des Schutzbereiches nur nach vorheriger Besprechung mit mir stattfindet, entsprechend den mir vom Führer erteilten Vollmachten. Ich kann daher Ihre Mitteilung vom 26. Februar nicht wirksam entgegennehmen.

19[20] Geheimrat Dr. Zetzsche berichtet, daß er in seiner Abteilung 17 Mitarbeiter habe, die aus dem ganzen Reich gekommen wären. Darunter auch eine Reihe Nichtanwälte, die zufriedenstellend arbeiteten, und 2 Regierungsräte aus dem österreichischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit. Die Wirtschaftslage im Generalgouvernement sei im allgemeinen gut mit Ausnahme der Seifenwirtschaft. Hier reichten die Vorräte bis Ende Juni, dann müsse weitgehend rationiert werden. Diese Frage werde mit 3 Herren, die aus Berlin kämen, besprochen werden. Es sei auch zugesagt worden, daß ein Zuschuß von Fett aus dem Reich gegeben werden solle. So werde es möglich sein, über die Sommermonate hinaus den Seifenbedarf der Bevölkerung zu befriedigen. - Geheimrat Dr. Zetzsche weist weiter auf die Schwierigkeiten hin, geeignete Persönlichkeiten für den Dienst in seiner Abteilung zu finden. Vielfach scheitere die Einstellung einer Kraft daran, daß unerhörte Anforderungen gestellt würden. - Unbedingt in Angriff genommen werden müsse das Versicherungs- und das Bankproblem. Die Emissionsbank werde am 30. März eröffnet, dann kämen die ersten Noten heraus. Die beiden polnischen Direktoren hätten mit ihm alles nötige besprochen. Im übrigen laufe das Bankwesen sehr günstig, die Sparkassen verfügten über große flüssige Mittel, und es hätten sich sogar ganz erhebliche Reserven in den Banken und Sparkassen eingestellt. Nach den Unterlagen hätten die Sparkassen bis Kriegsausbruch einen Bestand von ungefähr 28 Millionen Zloty gehabt. Jetzt seien bereits über 70 Millionen Zloty eingezahlt, woraus sich ergebe, daß das Vertrauen der Bevölkerung zur Währung absolut im Steigen begriffen sei. Das könne man übrigens auch daraus entnehmen, daß an der schwarzen Börse der Zloty statt 5 : 1 jetzt schon auf die Relation 3 : 1 gestiegen sei. - Weiter bemerkt Geheimrat Dr. Zetzsche, daß eine Bewirtschaftungsstelle für Textilien eingerichtet werden soll. Die einschlägigen

Verordnungen

Verordnungen haben nur noch nicht vorgelegt werden können, weil die Angelegenheit eingehend mit Generalmajor Bührmann besprochen werden müsse. Bis Ende des Jahres und darüber hinaus werde man in der Lage sein, Vorräte an Spinnstoffen für die kommende Wintersaison zurückzuhalten. Wenn die Anzeichen nicht trügen, so werde man sogar eine bestimmte Menge von Tuchen and Webstoffen dem Reich zur Verfügung stellen können. Das Reich bedürfe dieser Stoffe, um damit ausländische Valuta erhalten zu können. - Das Reichswirtschaftsministerium teile in einem Schreiben mit, daß die Nickelmünzen durch Zinkmünzen ersetzt werden sollten; sie sollten nach Berlin gebracht und es sollten neue Münzen in Warschau geprägt werden. Dieses Experiment habe er noch nicht durchgeführt, er habe zunächst nur feststellen lassen, wieviel Nickelmünzen in Polen ausgegeben worden seien.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r kommt dann auf die deutsch-polnische Handelskammer zu sprechen. Hier scheine sich der neu in die Abteilung getretene Herr von Gregory sehr aktiv zu betätigen. Diese Aktivität müsse abgebogen werden, denn es gehe absolut nicht an, daß er allgemeine Verordnungen erlasse. Weiter wünsche er einen Überblick über verschiedene wirtschaftliche Beziehungen des Reiches zu Ungarn, Schweden, Dänemark zu haben. Hier liefen verschiedene Verträge internationaler Art. Er habe auf Vorschlag des Gesandten von Wühlisch den früheren Gesanten von Rümelin dazu ausersehen, im Rahmen der Abteilung Wirtschaft die internationalen Beziehungen des Generalgouvernements als Rechtsnachfolgers Polens zu bearbeiten. Herr von Rümelin werde dann dieses Referat übernehmen. Auch sei das für die Monopolverwaltung von Wichtigkeit. - Für die Zusammenarbeit der Wirtschaftsabteilungen bei den Distrikten mit den Treuhandstellen müsse eine Dienstanweisung ausgearbeitet werden.

Warschau.

Sonnabend, den 2. März 1940.

10^{30} Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses im Palais Brühl zu Warschau.

(Ausführliches Protokoll befindet sich in den Beiakten.)

16^{00} Fortsetzung der Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses.

Warschau.

Sonntag, den 3. März 1940.

10^{15} Vorbeimarsch einer Schwadron der Reiterstandarte auf dem Pilsudskiplatz.

10^{30} Tagung der Abteilungsleiter für Ernährung und Landwirtschaft im Palais Brühl zu Warschau.

(Protokoll der Sitzung siehe Beiakten.)

22^{20} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs im Eisenbahnzuge nach Lublin.

Montag, den 4.März 1940.

10 Uhr Ankunft in Lublin, anschließend Besichtigung des Stadttheaters und des Pilsudski-Heimes.

12 Uhr Feierliche Amtseinführung des Distriktschefs von Lublin, Gouverneur Zörner, durch Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r.

Der Herr Generalgouverneur richtete an den neu ernannten Gouverneur folgende Worte:

Herr Gouverneur, ich habe die ehrenvolle Aufgabe, Sie als Chef des Distrikts Lublin in Ihr Amt feierlich einzuführen. Mit der Berufung, die Ihnen durch den Führer zuteil wurde, wird erneut die Bedeutung dieses staatlichen Gebildes, des Generalgouvernements, betont, das als Ergebnis des unvergleichlich heroischen Siegeszuges unserer deutschen Soldaten nunmehr berufen ist, das Restgebilde Polen auf Befehl des Führers zu verwalten und organisatorisch auszubauen.

Die große Sendung des Deutschtums hier im Osten braucht an dieser Stelle nicht betont zu werden. Es ist klar, daß jeder, der hier im Dienst steht, weiß, worum es hier geht. Die Tatsache, daß dieser Distrikt Lublin nunmehr der östlichste Punkt der deutschen Machtsphäre ist, verpflichtet gerade die Repräsentanten des Reiches in diesem Distrikt zur besonderen Beachtung der politischen Notwendigkeiten des Reiches hier im Osten. Niemals wieder darf aus dem Osten dieses Bereiches dem deutschen Volk oder dem Deutschen Reich irgendwie eine Gefahr erstehen. Das Opfer der im Polenfeldzug gefallenen Soldaten verpflichtet uns, dafür zu sorgen, daß sie nicht umsonst gefallen sind. Das Opfer aber auch der 58 000 von den Polen hingemetzelten und hingemordeten Volksdeutschen dieses osteuropäischen Siedlungsraumes verpflichtet uns umsomehr, mit Entschlossenheit den Willen des nationalsozialistischen Reiches und seines Führers hier eisern durchzuhalten.

Das

Das Deutsche Reich ist seit je die Heimstätte der Höchstform eines gerechten Ausgleichs zwischen den Interessen der europäischen Völker. Durch die Jahrtausende schaut der Blick des Deutschen und immer wieder war es eine große tragende Gestalt, etwa die eines deutschen Kaisers des Mittelalters, die als höchstpersonifizierte Form der Gemeinschaftsordnung Europas allen Völkern dieses Erdteils voran leuchtete. Nunmehr ist es dieser Generation unter Adolf Hitler aufgegeben, das deutsche Weltreich durchzusetzen, Der Sinn dieses Krieges, den das sterbende Weltreich England dem nationalsozialistischen aufsteigenden Reich Adolf Hitlers aufgezwungen hat, ist ja gerade dieser, und als ersten stolzen Beitrag zu diesem kommenden Weltreich der deutschen Nation haben wir nunmehr eine ganze Nation, nämlich die polnische, unter die Führung des Deutschen Reiches übernommen. Sie müssen sich dieser geschichtlich erstmaligen Position auch in ihrem Wirken, in jedem Augenblick ihres Handelns bewußt bleiben. Wo nunmehr ein Weltreich erstehen soll, müssen Sie sich in allen Ihren Handlungen als stolze selbstsichere Repräsentanten dieses Weltreiches fühlen. Daher glaube ich, daß nunmehr nach dem einzigartigen Siegeszug unserer Armee der große Aufbauzug des deutschen nationalsozialistischen, staatlichen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Organisationsprinzips hier einsetzen wird.

Sie, Herr Gouverneur Zörner, sind auf Befehl des Führers von mir als Distriktschef hierher berufen worden. Ihnen kommt die hohe Ehre zu, der maßgebliche Repräsentant des Reiches hier in einem großen Distrikt des Generalgouvernements zu sein.

Lieber Parteigenosse Zörner, ich erinnere mich mit Freude unserer Zusammenarbeit in der Kampfzeit, und ich weiß, daß Sie als damaliger Landtagspräsident von Braunschweig den in der Geschichte unseres Reiches einzigartigen Akt vorgenommen haben, der die Einbürgerung Adolf Hitlers als deutschen Reichsbürger erst ermöglichte. Es ist das eine Tat von geschichtlicher Bedeutung gewesen, an der Sie führend und entscheidend An-

teil genommen haben. Das Reich und der Führer danken es Ihnen durch diese stolze Berufung, die Ihnen nunmehr zuteil wurde. Ich wünsche Ihnen für Ihr Werk jene mannhafte Tatkraft, die das charakteristische Kennzeichen des Wirkens dieser Zeit sein soll. In einem Zeitpunkt wo Hunderttausende von Männern zu Lande, in der Luft und auf den Ozeanen sich rüsten, die deutsche Flagge mit ihrem Leben zu decken und unter dem Opfer ihres Lebens siegreich vorwärts zu tragen, haben wir auch hier nicht friedliche, aktenmäßige, papierarchivalische Arbeiten zu verrichten. Es gibt für uns nur eine Pflicht in diesem Lande, alles so zu gestalten, daß alle Kraft und alle Energie dieses Gebietes in den Dienst des Entscheidungskampfes unseres nationalsozialistischen Reiches und seines Führers gestellt wird. Was hier produziert werden kann, muß produziert werden im Dienste des Reiches und was hier organisiert werden kann, muß organisiert werden im Dienste des Reiches! Es gibt nur einen Stolz, den dieses Gebiet haben kann: mit allen Kräften beizutragen zum Siege unseres Reiches.

Herr Gouverneur, die Vollmachten, die Sie haben, sind groß, die Verantwortung, die Sie tragen, ist nicht klein, aber die Zeit in der wir leben, ist so überragend, daß ein Strahl ihrer Größe in die Brust und den Geist jedes einzelnen Mitträgers dieser Gegenwart leuchtet.

Als alte Nationalsozialistien haben wir uns gekannt, und als Generalgouverneur begrüße ich heute in Ihnen den Gouverneur des Distrikts Lublin und beauftrage Sie im Namen des Führers mit der Führung dieses Distrikts.

Gouverneur Zörner dankte dem Herrn Generalgouverneur für das besondere Vertrauen, das er ihm durch die Berufung zum Distriktschef entgegengebracht habe, er erklärte, seine ganze Kraft dafür einsetzen zu wollen, dieses Vertrauen zu rechtfertigen und in kürzester Zeit eine schlagfertige und allen Aufgaben gewachsene Verwaltung im Distrikt Lublin zu schaffen.

schaffen. Der Gouverneur gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß es ihm vergönnt sei, unter der Führung des Herrn Generalgouverneurs, mit dem er auch in der Kampfzeit zusammengearbeitet habe, nunmehr bei einer so schönen und verantwortungsvollen Aufgabe mit tätig sein zu können. Er gab der Überzeugung Ausdruck, die ihm gestellten Aufgaben mit Unterstützung des Herrn Generalgouverneurs lösen zu können und dadurch mitzuhelfen an der Erfüllung der gewaltigen, dem Generalgouverneur vom Führer übergebenen Aufgabe im Osten.

16 Uhr Dienstversammlung der Kreis- und Stadthauptmänner. Auf das hierüber geführte Protokoll wird verwiesen.

Dienstag, den 5.März 1940.

15 Uhr Empfang der Vertreter der nationalsozialistischen Parteipresse auf der Burg in Krakau (anliegend die bei diesem Anlaß gehaltene Ansprache des Herrn Generalgouverneurs).

Ansprache des Gene[illegible]ters Reichsministers Dr. F r a n k vor d[illegible]etern der deutschen Presse am 5.März 194[illegible] Burg in Krakau.

~~Liebe Parteigenossen! Ich h[illegible] danke~~r, daß Sie sich der Mühe einer Reise in das neue [illegible]atsrechtliche Gebiet des Dritten Reiches, des General[illegible]ements, unterziehen. Sie werden, wie ich weiß, eine zi[illegible]schwierige Reise vor sich haben, aber ich glaube auch, [illegible]se Reise für Sie nachhaltige Eindrücke bringen wird[illegible] Ihnen auf diese Reise einige wichtige Leitmotiv[illegible]

Wie das immer im G[illegible]schichtlichen Ereignissen der Fall is[illegible]lge des deutsch-polnischen Krieges [illegible]etreten, in das Durcheinander [illegible]em Ostraum einige klar[illegible] Entscheidendste dabei is[illegible]der neu zum Reich gekommenen [illegible]preusen, Danzig, Westpreußen, [illegible]le zu Schlesien gekommen sind - zu fö[illegible]vernement eine Art Heimstätte, eine Restheimstätte des polnischen Volkes sicherstellen wollte, um 1) einmal ein Aufnahmebecken zu haben, in dem man die Polen unterbringen kann, die man aus den deutsch gewordenen Gebieten entfernen will, und 2) um eine Art geschichtliche Entwicklung vorzubereiten, die allenfalls dahin führen wird, daß die polnische Nation genau so, wie das bei der tschechischen der Fall ist, in der Form eines unter deutscher Oberhoheit stehenden Schutzstaates eine neue staatliche Heimstätte finden wird.

So ist das Generalgouvernement wohl ein Teil der deutschen Macht - denn wir regieren hier mit allen Funktionen absolut in Anwendung nationalsozialistischer Organisationsprin-

zipien

Ansprache des Generalgouverneurs Reichsministers Dr. F r a n k vor den Vertretern der deutschen Presse am 5. März 1940 auf der Burg in Krakau.

Liebe Parteigenossen! Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie sich der Mühe einer Reise in das neueste staatsrechtliche Gebiet des Dritten Reiches, des Generalgouvernements, unterziehen. Sie werden, wie ich weiß, eine ziemlich schwierige Reise vor sich haben, aber ich glaube auch, daß diese Reise für Sie nachhaltige Eindrücke bringen wird. Ich möchte Ihnen auf diese Reise einige wichtige Leitmotive mitgeben.

Wie das immer im Gefolge von großen geschichtlichen Ereignissen der Fall ist, so ist auch hier im Gefolge des deutsch polnischen Krieges zunächst die erste Pflicht aufgetreten, in das Durcheinander von Beziehungen und Aufgaben in diesem Ostraum einige klare Entwicklungslinien zu bringen. Das Entscheidendste dabei ist, daß man, um die Rückgliederung der neu zum Reich gekommenen Ostgebiete - Teile von Südostpreusen, Danzig, Westpreußen, Warthegau und jene Teile, die zu Schlesien gekommen sind - zu fördern, im Generalgouvernement eine Art Heimstätte, eine Restheimstätte des polnischen Volkes sicherstellen wollte, um 1) einmal ein Aufnahmebecken zu haben, in dem man die Polen unterbringen kann, die man aus den deutsch gewordenen Gebieten entfernen will, und 2) um eine Art geschichtliche Entwicklung vorzubereiten, die allenfalls dahin führen wird, daß die polnische Nation genau so, wie das bei der tschechischen der Fall ist, in der Form eines unter deutscher Oberhoheit stehenden Schutzstaates eine neue staatliche Heimstätte finden wird.

So ist das Generalgouvernement wohl ein Teil der deutschen Macht - denn wir regieren hier mit allen Funktionen absolut in Anwendung nationalsozialistischer Organisationsprin-

zipien und nationalsozialistischer Methoden -, es ist aber nicht Bestandteil des Deutschen Reiches. Staatsrechtlich gesehen sind wir also eine Art Schutzstaatgebilde mit eigener Gesetzgebung, eigener Verwaltung, eigener Zollhoheit und eigener Wirtschaftspolitik. Die wenigen Volksdeutschen, die wir in diesem Gebiet von 110 - 120 000 qkm Umfang und einer Gesamteinwohnerzahl von 14 Millionen haben - es werden höchstens 50 - 60 000 sein - sollen nun nach dem Willen des Führers noch im Laufe dieses Jahres in das Deutsche Reich zurückkehren, so-- daß wir dann tatsächlich wie ein fremder Eroberer in diesem Land regieren und eigentlich gar keine Verbindung mehr mit dem deutschen Volkstum an sich besitzen. Wir haben zunächst vom Führer nur den Befehl erhalten, den Polen eine Art Ordnung sicherzustellen, ohne uns dabei allzusehr in das innere polnische Leben und Treiben einzumengen, aber dafür zu sorgen, daß aus diesem Raum nicht die geringste Widersetzlichkeit gegen diese Ordnung entsteht, und dafür zu sorgen, daß dieser Raum mit eiserner Kraft in den Dienst des Deutschen Reiches tritt und seine ganze Wirtschaftskraft und seine Arbeitskraft in den Dienst des Reiches stellt. Ferner muß dafür gesorgt werden, daß dieses Gebiet auch eine Heimstätte werden kann für die aus Posen und Westpreußen zu uns hereinzutransportierenden Polen. Dabei ist dieser Umsiedlungsplan, wie Sie wissen, zum Teil abgeändert worden, denn es ist unmöglich, daß wir 5 - 7 Millionen Polen, die heute im Deutschen Reich leben, restlos in dieses Gebiet hereinpumpen können. Wir werden im Laufe dieses Jahres etwa 30 000 Zigeuner und ein paar Hunderttausend Juden aus dem Reich bekommen. Wir werden diese Juden in die Gebiete östlich der Weichsel bringen und sie dort zu Kultivierungsarbeiten verwenden.

Wir

Wir werden vor der ganzen Welt immer stärker den Anspruch erheben, daß wir allein die legalen Vertreter des polnischen Volkes sind. Vergessen Sie auch nicht, daß das was hier geschieht, der erste Schritt des Dritten Reiches in das kommende Weltreich ist. Hier sind wir zum ersten Mal wieder der alten deutschen geschichtlichen Tradition treu, imperial zu wirken, d.h. die Macht unseres Reiches einzusetzen zur Beherrschung von nicht eigentlich dem deutschen Volkstum zugehörigen nationalen Massen zur Sicherung des Reiches und zur Nutzbarmachung im Dienste des Reiches. Dieses Weltreich der deutschen Nation hat hier im Osten seine erste große Flagge aufgerichtet.

Wir haben in Erfüllung dieser imperialen Sendung nun eine Fülle von Einzelaufgaben durchzuführen. Wir müssen uns mit den ganzen inneren Verhältnissen der Polen beschäftigen. Es ist klar, daß dieses Volk hier im ganzen Generalgouvernement nun nicht einfach willfährig und demütig alles hinnimmt, sondern daß Tausende dabei sind, die versuchen das zu ändern. Wir müssen scharf hinter diesen Organisationen her sein und mußten hier zu Maßnahmen greifen, die natürlich von einem gewissen humanitären Standpunkt aus nicht gerade sehr liebenswürdig waren, die aber trotzdem die Gewähr gaben, daß hier kein ernst zu nehmender nach außen in Erscheinung tretender Versuch bis jetzt gespürt wurde unserer Herrschaft entgegen zu arbeiten. Wir haben durchgegriffen wo es notwendig war und werden das auch weiterhin tun. Bei diesen Problemen kommen uns die 600 000 Ukrainer, geborene Todfeinde der Polen, zu Hilfe. Wir werden sehr bewußt diese Ukrainer heranziehen und wir nehmen sie in die Polizei und in die öffentlichen Dienste.

Hier sind Falken unterwegs, die die Polen nicht schonen werden!

Sehr wichtig ist für uns die Sowjetgrenze. Wir stehen dauernd in freundnachbarlichen Beziehungen mit den Sowjetrussen. Die Öl- und Getreidetransporte auf dem Landweg gehen durch das Gebiet des Generalgouvernements. Die Sowjetrussen kommen herüber, unsere Herren fahren in Umsiedlungsangelegenheiten hinüber, sodaß hier ein reger gesellschaftlicher Verkehr sich entwickelt. Wir sind hier in dem am weitesten nach Osten vorgerückten Gebiet des deutschen Machtbereiches. In Lublin umfängt einen schon die ganze Ahnung der russischen Ebene und auch die Bevölkerung ist dort wesentlich anders geartet, als im früheren Westpolen. Die Beziehungen zur Sowjetunion lassen sich sehr günstig an. Sie werden vielleicht Gelegenheit haben, an die Grenze zu fahren, nach Przemysl, wo die großen Ölwagen der Russen heranrollen und wo die zahlreichen Getreidetransporte eintreffen. Ich kann Ihnen nur sagen, daß sich die Engländer noch nie so getäuscht haben wie hier; denn das was hier geliefert wird, ist eine effektiv spürbare Entlastung für unsere Wirtschaft.

Sehr wichtig sind auch die anderen Grenzen. Von Ungarn her weht uns kein günstiger Wind entgegen. Wir kommen in zunehmendem Maße dahinter, daß Ungarn die polnischen Flüchtlinge als Freunde aufnimmt und daß es durchaus möglich ist, daß viele Tausende junger Polen den Weg über Ungarn in die polnische Legion der französischen Armee nehmen. Dabei wird von den Ungarn beteuert, daß sie unschuldig sind!

Die Slawaken sind ein biederes, braves Gebirgsvölklein, versuchen aber mit Bauernschläue allerhand aus dem Generalgouvernement herauszuholen. Ich glaube, daß wir hier auch freundnachbarliche

Hier sind Falken unterwegs, die die Polen nicht schonen werden!

Sehr wichtig ist für uns die Sowjetgrenze. Wir stehen dauernd in freundnachbarlichen Beziehungen mit den Sowjetrussen. Die Öl- und Getreidetransporte auf dem Landweg gehen durch das Gebiet des Generalgouvernements. Die Sowjetrussen kommen herüber, unsere Herren fahren in Umsiedlungsangelegenheiten hinüber, sodaß hier ein reger gesellschaftlicher Verkehr sich entwickelt. Wir sind hier in dem am weitesten nach Osten vorgerückten Gebiet des deutschen Machtbereiches. In Lublin umfängt einen schon die ganze Ahnung der russischen Ebene und auch die Bevölkerung ist dort wesentlich anders geartet, als im früheren Westpolen. Die Beziehungen zur Sowjetunion lassen sich sehr günstig an. Sie werden vielleicht Gelegenheit haben, an die Grenze zu fahren, nach Przemysl, wo die großen Ölwagen der Russen heranrollen und wo die zahlreichen Getreidetransporte eintreffen. Ich kann Ihnen nur sagen, daß sich die Engländer noch nie so getäuscht haben wie hier; denn das was hier geliefert wird, ist eine effektiv spürbare Entlastung für unsere Wirtschaft.

Sehr wichtig sind auch die anderen Grenzen. Von Ungarn her weht uns kein günstiger Wind entgegen. Wir kommen in zunehmendem Maße dahinter, daß Ungarn die polnischen Flüchtlinge als Freunde aufnimmt und daß es durchaus möglich ist, daß viele Tausende junger Polen den Weg über Ungarn in die polnische Legion der französischen Armee nehmen. Dabei wird von den Ungarn beteuert, daß sie unschuldig sind!

Die Slawaken sind ein biederes, braves Gebirgsvölklein, versuchen aber mit Bauernschläue allerhand aus dem Generalgouvernement herauszuholen. Ich glaube, daß wir hier auch freundnachbarliche

nachbarliche Beziehungen halten können. Das gleiche freundnachbarliche Verhältnis hoffe ich auch mit dem mächtigsten Nachbar durchhalten zu können: mit dem Deutschen Reich. Hierbei bewegt mich hauptsächlich die Sorge, daß man in gewissen Zentralen in Berlin unglücklich darüber ist, daß hier ein Gebilde besteht, in das man nicht nach der Barockmethode ressortsmäßiger Zuständigkeiten hineinregieren kann. Wir sind hier mit Vollmachten des Führers so ausgestattet, daß wir der Mithilfe auch bewährter Ministerialzentralen gerne entbehren können, und wir müssen uns oft dagegen wehren, daß uns eine solche Hilfe aufgezwungen werden soll. Ich hoffe, daß von hier aus eine Schulung ins Reich hinausdringt in doppelter Hinsicht: Es ist ein großes Glück, daß wir hier eine Verwaltung aufbauen, die vollkommen frei ist von der Tradition des Verwaltungschemas im Reich. Wir schleppen hier nichts mit und lassen daher auch nichts einschleppen. Wir haben hier eine nationalsozialistisch logisch gedachte, präzise Verwaltung aufgebaut, die absolut bruchsicher funktioniert, mit den wenigsten Zuständigkeiten auskommt, aber überall Persönlichkeiten verlangt, niemals Zuständigkeitskrisen aufkommen läßt, sondern dafür sorgt, daß jeder stark und persönlichkeitsbewußt hier arbeiten kann. Wir haben ferner hier etwas, was in engstem Zusammenhang mit nationalsozialistischem Ideengut steht, was man leider aber im Reich sehr schwer durchsetzen kann, wir haben eine absolute Verjüngung des ganzen Verwaltungsapparates. Wir sind hier vollkommen ungebunden an Traditionen. Mit dem 12.10.1939, dem Erlaß des Führers, beginnt ein neues Kapitel im deutschen Verwaltungsaufbau. Man wird aus dem Generalgouvernement sehr viel lernen können, wie man manches

besser,

besser, einfacher und klarer erreichen könnte, als das bei der heute vielfach etwas barock überlagerten und nicht ganz klar gegliederten inneren Verwaltung im Reich möglich ist. Was bei uns in einer kurzen Besprechung von einer Stunde fertig ist - etwa eine Verordnung über die Errichtung eines ganz neuen Ernährungsverteilungsapparates - dazu braucht man im Reich Jahre und ich möchte bezweifeln, ob es dann auch wirklich besser ist. Sie sehen, daß ich im Kampf gegen überalterte bürokratische Formen entschlossen bin, hier im Osten ein nationalsozialistisches Verwaltungsgebäude zu errichten, in dem ehern, klar, sachlich aber doch menschlich regiert wird. Ich glaube aber auch, daß wir damit uns alle kameradschaftlich verbunden fühlen. Jeder der hier ist weiß, daß hier ein etwas härterer und rauherer Ton herrschen muß, als in den Dienststuben des Reiches, daß dafür aber dem Einzelnen die Möglichkeit gegeben ist, seine Persönlichkeit freier zur Auswirkung zu bringen. Auf den beiden Fundamenten von Autorität und Kameradschaft baut sich hier die Regierung auf.

Sie werden auf Ihrer Reise nicht nur diese allgemeine Verwaltung arbeiten sehen, sondern Sie werden auch Gelegenheit haben zu beobachten, wie sehr wir uns um die Wirtschaft kümmern. Sie werden Werke sehen, die in Gang sind, und Sie werden die Feststellung treffen können, daß ein Teil des polnischen Volkes sehr wohl sich mit dieser Ordnung abfindet und daß wir bewußt die Trennung machen zwischen denen, die im Dienst unserer Arbeit stehen, und denen, die sich abseits halten.

Die katholische Kirche hier im Land verhält sich durchaus passiv und hat noch keine offizielle Stellung bezogen. Sie fürchtet die Folgen, die aus dem geringsten Versuch, in eine

aktive Kampffront einzutreten, für sie entstehen könnten. Wir haben auch nicht zurückgeschreckt, Verhaftungen von aufwühlerischen Geistlichen vorzunehmen, aber im allgemeinen haben wir in die Kirche keine Eingriffe vorgenommen.

Sie werden auf einer anstrengenden Fahrt ein interessantes Stück eines neuen Experimentierfeldes unseres nationalsozialistischen Reichsaufbaues sehen. In diesem Saal hier tronten einmal die polnischen Könige, 4 Jahrhunderte hindurch, und sie haben von hier aus viel Unheil gegen deutsche Lebensrechte verübt. Es ist ergreifend, wenn man hier in der Ecke die Fahnen sieht, die einst den deutschen Ordensritterheeren von den Polen abgenommen wurden und die nun Anfang Mai feierlich in die Marienburg zurückgeführt werden. Diese Trophäen des polnischen Sieges über deutsche Ordensheere werden damit wieder ihren Gang in die Heimstätte antreten. Wenn Sie hier durch die Burg gehen, überall sehen Sie Zeugen deutscher Kunst deutscher Architektur, und Sie werden begreifen, wie stolz und glücklich wir sind, daß wir von hier aus die Herrschaft des Dritten Reiches auszuüben vom Führer berufen wurden. Von hier werden wir nicht wieder weichen, ganz gleich, was kommen wird! Das Deutsche Reich wird die Herrschaft über diesen Raum nicht wieder abgeben.

So bitte ich Sie, ins Reich zurückzukehren und zu sagen, daß hier Nationalsozialisten auf Wache stehen und daß wir uns bemühen, das Deutsche Reich würdig und stark hier zu vertreten.

Möge die Reise ein Erlebnis für Sie werden!

Mittwoch, den 6. März 1940.

10^{00} Besprechung mit Ministerialdirektor Dr. Bühler.

10^{50} Besprechung mit Bankdirektor Dr. Paersch.

11^{00} (Besprechung mit Reichshauptamtsleiter Dr. Frauendorfer.

Reichshauptamtsleiter Dr. Frauendorfer berichtet, daß jetzt 73 000 polnische Arbeiter ins Reich verschickt worden seien. Man habe zur Zeit immer noch einen täglichen Übergang von 4 000 Mann. Weiter berichtet Dr. Frauendorfer über die Organisation in den Betrieben. Sie sei so einfach wie möglich. Er habe am Montag einige Betriebe in Warschau besichtigt und könne nur feststellen, daß sie, auch was die maschinellen Einrichtungen angehe, ausgezeichnet liefen. Nunmehr seien auch überall Küchen eingerichtet worden. Ferner habe man für die notwendigen Portionen Seife gesorgt. 5 000 Garnituren Unterkleidung und Wäsche, 32 000 kg Mehl, 4 000 kg Rind- und Schweinefleisch und andere Waren seien verteilt worden.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet an, daß die genauen Ziffern in der Presse veröffentlicht würden. Er sei nach wie vor der Meinung, daß die täglich verabreichte Suppe eine der besten Lösungen des Problems der Arbeiterversorgung darstelle.

Reichshauptamtsleiter Dr. Frauendorfer bemerkt, daß diese Suppe mit einem Pfund Brot jetzt schon täglich verabreicht werde.

Dem Vorschlag, der Zweiten Verordnung über die Regelung der Sozialversicherung einen Vorspruch voranzustellen, will der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r aus grundsätzlichen Erwägungen nicht zustimmen, sondern hält es für besser, in geeigneter Form darauf hinzuweisen, daß der Leiter der Abteilung Arbeit dem Pressechef eine Erklärung darüber abgegeben habe.

In der Besprechung wird dann die Frage der Verschickung polnischer Landarbeiter ins Reich behandelt. Hier weist Dr. Fraudorfer darauf hin, daß aus dem Gebiet von Lublin früher niemals Arbeiter ins Reich gegangen wären, woraus sich selbstverständlich gewisse Schwierigkeiten ergeben. Im übrigen seien von den Landarbeitern schon zahlreiche an die Familien gerichtete Briefe aus dem Reich gekommen, in denen sich die polnischen Landarbeiter sehr anerkennend über ihre Behandlung in Deutschland aussprechen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet an, daß einige dieser Briefe in der Presse veröffentlicht werden.

12[30] Besprechung mit Präsident Kehrl.

An dieser Besprechung nahmen teil:

Reichsminister Dr. Seyß-Inquart,
Generalmajor Bührmann,
Bankdirektor Dr. Paersch,
Geheimrat Dr. Zetzsche,
Regierungsrat Dr. Bergmann,
Regierungsrat Katgin,
Dr. Köster,
Reichsbankrat Tetzner.

In dieser Besprechung werden vornehmlich die Fragen der Währung, des Warenverkehrs und des Zahlungsverkehrs mit dem Reich besprochen.

Präsident Kehrl erklärt, daß die auf dem Gebiete der Währung vom Generalgouvernement getroffenen Maßnahmen sich gut bewährt hätten. Er habe schon mit den maßgebenden Herren über alle einschlägigen Fragen gesprochen. Der Wert einer Währung hänge ~~xxxx xxxxx~~ ja im wesentlichen, abgesehen von dem Vertrauen zu ihr, das natürlich unterstützt werden müsse, vollkommen davon ab, daß irgendwelche Manipulationen unter allen Umständen unterbleiben. Maßgebend sei, daß die Bevölkerung für ihr Geld auch etwas kaufen könne. Zunächst sei deshalb auch ermittelt worden, was noch an Beständen im Gebiet des Generalgouvernements vorhanden sei. Erfreulicherweise habe sich ergeben, daß wesentlich mehr vorhanden sei, als man ursprünglich angenommen habe. Offenbar sei auch die Bevorrätung an Waren viel stärker gewesen. Allerdings sei vor allem die Lage auf dem Ledermarkt sehr schlecht, und hier werde man entsprechende Maßnahmen etwa in Gestalt der Verwendung von Holzschuhen ergreifen müssen. Soweit es im Generalgouvernement noch kostbare Stoffe gebe, werde man sie für den Export in Anspruch nehmen, was allerdings nicht ausschließt, daß gewisse Mengen nicht so wertvoller Stoffe freigestellt würden.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gibt dem Präsidenten Kehrl eine eingehende Schilderung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Generalgouvernement und nimmt dabei besonders zur Frage der Bauernwirtschaft Stellung. Die Tatsache, daß der Bauer heute in der Lage sei, die notwendigen Werkzeuge billig einzukaufen, habe ganz offensichtlich schon zu einer Steigerung der Ablieferung von Lebensmitteln usw. geführt. Die Steuereinnahmen flössen unerwartet gut.

Ergänzend

Ergänzend fügt Bankdirektor Dr. Paersch hinzu, daß die Stadt Warschau ursprünglich einen Kredit habe aufnehmen wollen; aber die Einzahlungen seien so groß, daß die Stadt wahrscheinlich für ein Jahr jeder finanziellen Sorge enthoben sei.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r betont, daß man im gewissen Sinne legislativ und wirtschaftspolitisch eine gewisse Autarkie besitze, die den Eigengesetzlichkeiten dieses Landes entspreche.

Präsident Kehrl bemerkt, daß zur Zeit eine ganze Menge von Waren vom Reich ins Generalgouvernement hereinkomme, und außerhalb des Warenverkehrs seien die Zahlungen der Arbeiter ziemlich beachtlich. Es werde auch dafür gesorgt werden, daß die in Deutschland befindlichen Landarbeiter nunmehr in erhöhtem Maße Geldüberweisungen nach dem Generalgouvernement vornehmen könnten. Zur Zeit sei die Lage so, daß nicht das Reich gegenüber dem Generalgouvernement, sondern dieses gegenüber dem Reich verschuldet sei, das Reich also gewissermaßen ein Guthaben habe.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gibt in diesem Zusammenhang seinem Befremden darüber Ausdruck, daß die Angestellten des Generalgouvernements ihren Frauen in der Heimat kein Geld überweisen könnten. Es sei schon vorgekommen, daß Ehefrauen dieser Angestellten von der NSV hätten verpflegt werden müssen.

Präsident Kehrl führt diese Schwierigkeiten auf technische Gründe zurück. Man werde aber dafür sorgen, daß hier Wandel geschaffen werde. Man sei allerdings im Reich davon ausgegangen, daß das Generalgouvernement beim Reich ein Guthaben haben würde; dann wäre der ganze Zahlungsverkehr völlig reibungslos vor sich gegangen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r betont, daß ja bei allen Maßnahmen das Interesse des Reiches im Vordergrund stehe, und daß das Generalgouvernement jetzt überhaupt nur die Aufgabe habe, das Interesse des Reiches zu wahren. Gerade im Interesse des Reiches müsse das Generalgouvernement ein gewisses Eigenleben führen können.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Kehrl, daß die Fragen des Zahlungsverkehrs usw. in Berlin nochmals besprochen werden sollten. Jedenfalls müsse alles geschehen, damit jeder Gedanke oder jedes Gerede darüber, ob der Wert des Zloty zweifelhaft werden könne, unter allen Umständen unterbleibe. Jede Form einer Währungsmanipulation sei ein Verbrechen, weil sie die Wirtschaft störe. Es handele sichdarum, den

Warenverkehr einigermaßen aufrecht zu erhalten. Außerdem wäre jede Art des Spielens mit der Währung immer nur ein Notbehelf.

Bankdirektor Dr. Paersch setzt große Hoffnungen auf die Ausgabe der neuen Noten. Wenn das Verhältnis von 1 : 2 aufrecht erhalten werden könne, werde das Problem schon wesentlich leichter. Dies hänge allerdings davon ab, ob die Konsumgenossenschaft tatsächlich gut funktioniere.

Regierungsrat Katgin hält es für notwendig, für den Fall, daß der Warenverkehr nicht den erhofften Weg gehe, die Möglichkeit einer währungsmäßigen Steuerung im Auge zu behalten. Weiter wäre zu prüfen, ob man nicht den allgemein für den 1. April vorgesehenen Umtausch der Noten zurückstellen könnte. Dann bestehe die Möglichkeit, später einmal, wenn sich die Notwendigkeit ergebe, den Austausch den Bedürfnissen entsprechend zu gestalten.

Präsident Kehrl ist nicht der Ansicht, daß man diesen Weg gehen könne. Der alte Zloty müsse verschwinden. Man wisse auch nicht, wo sonst noch Bestände lägen. Man sollte vielmehr den Anschein erwecken, als sei man überzeugt, die Sache funktioniere. Schließlich könnten ja auch die Reichskreditkassenscheine in den Verkehr gebracht werden.

Regierungsrat Katgin möchte die Frage dahin gestellt sein lassen, ob man das Verhältnis von 2 : 1 jetzt schon verankere. In der Verordnung über die Emissionsbank sei vorgesehen, daß als Deckung für den Zloty einmal Noten und weiter Forderungen an die Verrechnungskasse erscheinen sollten. Er würde aber vorschlagen, daß man von der anderen Möglichkeit möglichst keinen Gebrauch mache. Wolle man mit Mark decken, dann müsse man einen bestimmten Kurs zugrunde legen. Würde man später die Reichskreditkassenscheine zulassen, dann müßte in den Büchern alles geändert werden, und der Zloty würde seinen Wert völlig verlieren.

Präsident Kehrl betont, daß man auf dieses Deckungsfundament nicht verzichten könne, weil sich auf diesem Wege ein Zahlungsverkehr gut entwickele.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r geht von der Voraussetzung aus, daß man einigermaßen stabile berechenbare Währungsverhältnisse haben müsse. Anderenfalls könne man den Bauern gegenüber nichts erreichen, und neue Experimente würden zu den größten Schwierigkeiten führen.

Präsident Kehrl ist der Meinung, daß die Währung um so stabiler sein werde, je mehr geleistet werde.

Generalmajor

Generalmajor Bührmann weist darauf hin, daß Baumwolle im Generalgouvernement nicht mehr hergestellt werden könne. Sollte es möglich sein, einige Ballen zu bekommen, dann könnten sie ja in den einigermaßen modernen Betrieben verarbeitet werden.

Präsident Kehrl bemerkt weiter, daß man die Flachsspinnereien im Generalgouvernement weiterlaufen lassen wolle.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r nimmt dann noch kurz zur Tätigkeit der Treuhandstelle Ost und ihres Leiters Winkler Stellung.

16^{00} Empfang des Generals der faschistischen Miliz Melchiori.

Zugegen sind: Ministerialdirektor Dr. Bühler,
SS-Obergruppenführer Krüger,
Reichsamtsleiter Dr. Frhr. du Prel,
Italien-Referent Dr. Schaeffer vom Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda.

In der sich an den Empfang anschließenden Unterhaltung erkundigt sich der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r nach der derzeitigen Tätigkeit des früheren italienischen Justizministers Solmi.

General Melchiori teilt mit, daß sich der frühere Justizminister Solmi heute vornehmlich mit Literatur beschäftige und vor allem die Werke von d' Annunzio lese.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gibt seinem Gast eine Schilderung der Verhältnisse und der kulturellen Bedeutung Krakaus. Der Herr Generalgouverneur weist dann auf die von Dürer gemalten Friese hin. An Hand einer Karte werden ~~dann~~ dem General Melchiori die Grenzen der besetzten polnischen Gebiete gezeigt.

General Melchiori gibt seiner Bewunderung über den schnellen Sieg der deutschen Truppen über die polnische Armee Ausdruck.

Donnerstag, den 7.März 1940.

10^{00}Uhr Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r empfängt in seinen Diensträumen in der Bergakademie Herrn Staatssekretär Dr.Bühler zur Besprechung.

10^{30}Uhr Ministerialdirigent Dr. Möckel, der nach Berlin zurückberufen wurde, verabschiedet sich vom Herrn Generalgouverneur. Er berichtet bei dieser Gelegenheit über den Stand des Schulwesens im Generalgouvernement.

Das deutsche Schulwesen habe insbesondere unter der Schwierigkeit zu leiden, daß die volksdeutschen Kinder nicht deutsch können. Der Unterricht müsse daher ganz primitiv gestaltet werden. In Krakau bestehe eine höhere Schule, an der ebenfalls der Unterricht infolge mangelnder Sprachkenntnisse der Schüler sich schwierig gestalte. Die Schulverwaltung für die deutschen Schulen im Generalgouvernement sei aufgestellt; in Krakau seien bereits alle Kreisschulräte eingesetzt, in Radom, Lublin und Warschau stehe ihre Einsetzung noch aus. Die Lehrer für die volksdeutschen Schulen werden in einem dreimonatigen Lehrgang geschult; nach Umsiedlung der Volksdeutschen müßten diese Lehrer wieder zurück ins Reich, da dort ein kolossaler Lehrermangel herrsche.

10^{45}Uhr SS-Standartenführer Fegelein berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die vom Reichsführer SS verfügte Aufstellung von 2 SS-Reiterstandarten im Gebiet des Generalgouvernements mit dem Sitz in Krakau und Lublin, zusammengefaßt in eine Brigade mit dem Sitz in Warschau. Er bittet den Herrn Generalgouverneur um die Genehmigung, 200 Pferde, die noch benötigt werden, selbst ausmustern zu dürfen.

Der

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erteilt SS-Standartenführer Fegelein die erbetene Bewilligung und sichert ihm auch sonst jegliche Unterstützung bei seinen Arbeiten zu.

11^{00}Uhr Besprechung des Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r s mit Finanzpräsident Spindler und Oberregierungsrat von Streit.

Finanzpräsident Spindler teilt mit, daß der Herr Reichsfinanzminister zugesagt habe, die gesamten Kosten für 6 Polizeibataillone auf das Reich zu übernehmen. Das Generalgouvernement habe bezüglich dieser Bataillone für gar nichts aufzukommen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r hält es für notwendig, genau festzulegen, daß diese Bataillone denselben Anordnungen unterliegen, wie sie für die übrige Polizei gelten.

Hinsichtlich der Sicherheitspolizei sei dem Sicherheitshauptamt erklärt worden, daß das Generalgouvernement die Kosten für die Sicherheitspolizei nicht übernehme. Wenn der Reichsführer SS trotzdem darauf bestehe, werde es eben eine neue Debatte geben. Das Generalgouvernement stehe auf dem Standpunkt, daß das Reich, nachdem es auf dem Gebiet der Ordnungspolizei so freigebig gewesen sei, dies auch auf dem Gebiet der Sicherheitspolizei sein müsse. Über die im Polizeietat festgesetzte Summe werde keinesfalls hinausgegangen. Nur die Ausgaben werden für notwendig gehalten, die auch tatsächlich gedeckt werden können. Der Etat müsse absolut ausgeglichen sein.

Der

Der Herr Generalgouverneur erkundigt sich sodann nach dem Stand der Einnahmen.

Finanzpräsident Spindler erklärt, daß die Einnahmen im Monat Januar befriedigend waren, im Februar jedoch etwas nachgelassen haben. Es sei zu hoffen, daß eine Gesamteinnahme von 600 Millionen erreicht werde. Ein Bild über die zu erwartenden Isteinnahmen könne erst bis 1.August zu erwarten sein; zur Zeit sei der Überblick etwas gestört durch die Schließung der Geschäfte und die dadurch hervorgerufene Ungewißheit über den Eingang der Umsatzsteuern.

Finanzpräsident Spindler legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf einer Verordnung über die Haushaltführung vor.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erklärt den neuen Entwurf für lapidarer und weniger kompliziert als den früheren, wenn vielleicht auch die Selbstherrlichkeit der Finanzverwaltung noch etwas zu stark zum Ausdruck komme. Notwendig sei es, beim ersten Etat möglichst legal - legal im Sinne von einsehbar - zu sein. Zu einer nationalsozialistischen Verwaltung gehöre es, daß man den Etat einsehbar mache, wenigstens für die beteiligten Stellen. Zu erwägen sei auch noch die Frage des Rechnungshofes. Das Reich dürfe jedenfalls hier nicht hineinpfuschen.

Finanzpräsident Spindler teilt mit, daß der Präsident des Rechnungshofes des Deutschen Reiches erklärt habe, daß er sich auch für das Generalgouvernement für zuständig halte.

Der

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r bezeichnet diese Auffassung des Präsidenten des Rechnungshofes als unzutreffend und verbietet dem Finanzpräsidenten Spindler, dem Präsidenten des Rechnungshofes auch nur den geringsten Einblick in die Finanzwirtschaft des Generalgouvernements zu gewähren. Dagegen sei eine wirkliche Nachprüfung der Ausgabenwirtschaft des Generalgouvernements notwendig. Hierzu brauche man eine eigene unabhängige Instanz, etwa ein Rechnungsprüfungsamt oder etwas ähnliches.

Finanzpräsident Spindler bemerkt, daß anläßlich der neuen Einkommensteuererhöhung seitens des Höheren SS- und Polizeiführers gegen die Ausdehnung dieser Steuererhöhung auf die Volksdeutschen Bedenken erhoben und der Vorschlag gemacht worden sei, daß die Volksdeutschen besser behandelt werden sollen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r hält besondere Maßnahmen für die Volksdeutschen nicht für notwendig, da die Volksdeutschen im Laufe des Sommers das Generalgouvernement verlassen. Aus diesem Grunde könne auch die von der Abteilung Propaganda für Zwecke der Schulung der Volksdeutschen vorgesehene Summe nicht bewilligt werden. Im übrigen werde dieser Punkt noch einer gesonderten Besprechung vorbehalten.

Finanzpräsident Spindler teilt mit, daß für die Beamten und Angestellten in Warschau nunmehr eine Erhöhung des Mie zuschusses bis zu 48.- RM, eine entsprechende Senkung der Verpflegungssätze in den Kasinos und schließlich für die unteren Gruppen eine Erhöhung des Tagegeldes um 1.- RM vorgesehen worden sei. Die Regelung sei befristet für die Zeit bis zum 31. Mai.

Mai.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erklärt sich damit einverstanden und ordnet an, daß ihm bis zum 20. Mai erneut über die Lage der Beamten in Warschau zu berichten ist.

Der Herr Generalgouverneur erkundigt sich, wie weit die Aufstellung des Haushaltplanes fortgeschritten sei.

Oberregierungsrat von Streit erklärt, daß bis zum 1.April die Meldungen von den Abteilungsleitern hereinkommen und daß dann bis Ende April eine Zusammenstellung gemacht werden könne. Sodann erfolgen die Besprechungen mit den einzelnen Abteilungsleitern.

11^{50} Uhr Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r empfängt in Gegenwart von Herrn Reichsminister S e y ß - I n q u a r t und Geheimrat Zetzsche den Leiter der Handelskammer für Polen, Herrn von Gregory.

Von Gregory führt über die deutsche Handelskammer in Polen aus: Die deutsche Handelskammer in Polen gelte als deutsche Auslandshandelskammer. Die deutschen Auslandshandelskammern, auch die in anderen Ländern, hätten an sich sowohl Mitglieder, die im Ausland ansäßig seien, als auch Mitglieder, die im Reich ihren Sitz haben und mit dem betreffenden Land in Geschäftsverbindung stehen. In Polen habe es bis zum Krieg das nicht gegeben, weil die polnische Regierung eine solche freiwillige Beteiligung an einer deutschen Organisation aus politischen Gründen nicht zulassen wollte. Im Reich sei das damals als ein Mangel empfunden worden. Im übrigen habe es deutsche Firmen im eigentlichen Sinn in Polen nicht gegeben,

weil

weil nach der polnischen Gesetzgebung die Firmenbildung mit einem deutschen Vorstand verhindert wurde. Nach dem Krieg sei im Reich der Gedanke aufgetaucht, daß man, nachdem die Hemmungen durch den polnischen Staat weggefallen waren, den reichsdeutschen Firmen, die hier ansässig sind, die Möglichkeit geben sollte, in den Fragen, die den Handelsverkehr mit dem Deutschen Reich betreffen, sich freiwillig als Mitglieder der Kammer anzuschließen.

Herr Reichsminister S e y ß - I n q u a r t macht das Bedenken geltend, daß man auf diese Weise zu Kompetenzüberschneidungen komme. Schließlich sei Polen eine deutsche Verwaltung, für die allein der Generalgouverneur verantwortlich sei. Warum solle man darn hier eine Organisation schaffen, die von Berlin aus mitregiert werde? Die Einflußnahme des Reiches erfolge über den Generalgouverneur und sonst in keiner Weise. Dieser klaren Linie hätten sich schon andere Organisationen gefügt, es müsse verlangt werden, daß Organisationen, die auf dem Boden des Generalgouvernements entstehen, nur den Dienststellen des Generalgouvernements angegliedert werden. Es dürfe im Generalgouvernement keine Organisationsform geben, die nicht dem Generalgouverneur unterstehe. Die Tätigkeit der deutsch-polnischen Handelskammer im Reich müsse sich auf die im Reich befindlichen Firmen beschränken und denen die Möglichkeit wirtschaftlicher Beziehungen nach Polen geben. Es sei untragbar, daß die deutsch-polnische Handelskammer beim Propagandaministerium dahingehend interveniere, daß eine vom Bevollmächtigten des Generalgouverneurs in Berlin geplante Veröffentlichung verhindert werde.

Der

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erklärt, daß es sich in der vorliegenden Frage grundsätzlich darum handle, daß die absolut klare Linie der Verwaltung des Generalgouvernements nicht unterbrochen werden dürfe. Die Bezeichnung „Handelskammer für Polen" müsse gerügt werden. Eine offizielle Bestellung des Herrn von Gregory durch den Generalgouverneur sei überhaupt nicht erfolgt. Die Handelskammer für Polen könne daher im Bereich des Generalgouvernements überhaupt noch nicht als bestehend betrachtet werden. Die Abteilung Wirtschaft im Amt des Generalgouverneurs werde beauftragt, zunächst einmal festzustellen, was eigentlich diese Handelskammer bedeute, welche Statuten sie habe, was ihre Aufgaben hier und im Reich seien und wer sie leiten solle. Die Handelskammer für Polen könne auch im Reich nur arbeiten in engstem Einbau in die Dienststelle des Bevollmächtigten des Generalgouverneurs.

12^{20} Uhr Vorlage von Verordnungen durch Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh.

7.3.40. Krakau-Burg

16[45] Besprechung mit SS-Brigadeführer Streckenbach.

16[50] Dem Herrn Generalgouverneur wird durch Legationsrat von Grolmann der Attaché Dr. Albers vorgestellt.

17[00] Besprechung mit Generalmajor Bührmann, Stabsleiter Reichert, Reichshauptamtsleiter Dr. Frauendorfer und 2 Referenten. Gegenstand der Besprechung ist die Frage der Verschickung polnischer Landarbeiter ins Reich.

Generalmajor Bührmann bemerkt einleitend, daß der Stabsleiter Reichert vom Reichsernährungsministerium den Auftrag habe, dafür zu sorgen, daß polnische Arbeiter unbedingt ins Reich gebracht würden, und gegebenenfalls eine Dienstpflicht für sie eingeführt werden müsse. Generalmajor Bührmann möchte empfehlen, daß der Herr Generalgouverneur zunächst noch keine Entscheidung für die Einführung einer Arbeitspflicht oder Anwendung von Gewalt gegenüber den polnischen Landarbeitern fällen möge.

Stabsleiter Reichert betont, daß man in Berlin daran festhalte, daß die 1 Million Landarbeiter ins Reich geschickt würden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Reichshauptamtsleiter Dr. Frauendorfer, daß bis jetzt aus dem Gebiet des Generalgouvernements 81 477 polnische Landarbeiter ins Reich geschickt worden seien, davon 56 721 Männer und 24 756 Frauen. Es seien seit 12. Februar 154 Sonderzüge abgefertigt worden. Das sei das äußerste gewesen, was man in dieser Zeit habe schaffen können. Zu den eben genannten Zahlen kämen noch 42 000 Arbeiter, die schon im Reich gewesen seien, sodaß sich damit die Zahl auf etwa 130 000 erhöhe.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ist der Ansicht, daß die 480 000 Kriegsgefangenen in die Zahl von 1 Million ebenfalls hineingerechnet werden müßten. Mit Zwang vorzugehen, sei angesichts der Eisenbahn- und Wegeverhältnisse im Generalgouvernement vorläufig noch unmöglich; auch ständen für die Durchführung einer solchen Aufgabe keine genügenden Polizeikräfte zur Verfügung. Wenn Zwang ausgeübt werde, dann werde sich das auch auf die Arbeiter auswirken, die als Facharbeiter für die Betriebe in Betracht kämen.

Stabsleiter

Stabsleiter Reichert bittet, gegebenenfalls zu gestatten, daß höheren Orts die Entscheidung über diese Frage gefällt werde.

Der Herr Generalgouverneur betont, daß höheren Orts darüber keine Entscheidung gefällt werde. Die Entscheidung stehe ihm zu. Man müsse vorläufig versuchen, auf andere Weise zum Ziele zu gelangen. Man werde z.B. Briefe veröffentlichen, die von polnischen Arbeitern aus dem Reich an ihre Familien geschrieben worden seien. Gegebenenfalls dürfte eine solche Zwangsanordnung auch nicht öffentlich angekündigt werden.

Reichshauptamtsleiter Dr. Frauendorfer bestätigt auf Grund seiner Erfahrungen, daß vielfach überhaupt keine Möglichkeit bestanden habe, aus dem Reich entsandte Werber anzusetzen. Die Benutzung von Personenwagen sei angesichts der Schneeverhältnisse unmöglich gewesen, und mit den Feldschlitten hätten die Werber am Tage vielleicht höchstens 60 km zurücklegen können. Auch der Distrikt Warschau sei eigentlich niemals Emigrationsgebiet polnischer Landarbeiter gewesen. Leider müsse man jetzt auchdie Beobachtung machen, daß sich Landarbeiter ärztliche Zeugnisse oder Bescheinigungen von den Woids ausstellen lassen, die besagen sollen, daß sie für den Dienst nicht tauglich seien. Andere Arbeiter flüchteten sich in die Wälder. Vielfach werde auch darüber geklagt, daß die Woids die Aktion nicht genügend unterstützten, und man habe Fälle festgestellt, in denen arbeitsamtlichen Maßnahmen bewußt entgegengetreten worden sei. Die Tätigkeit des Werbers sei zudem nicht gefahrlos; vor einiger Zeit sei einer der deutschen Werber beschossen worden. Zu denken gebe auch der Fall, daß von 800 Arbeitern, die bereits eingeteilt worden seien, sich nur 69 auf der Station eingestellt hätten. Alles das sei darauf zurückzuführen, daß die Landbevölkerung von einer Angstpsychose befallen sei, abgesehen davon, daß sich die Polen inzwischen gut organisiert hätten.

Der Herr Generalgouverneur ist durchaus nicht abgeneigt, die äußersten Mittel zu ergreifen. Dann müsse aber die Autorität des Reiches voll eingesetzt werden. Solange der Schnee noch liege, sei an eine Änderung dieser Verhältnisse nicht zu denken.

18[30]

18^{30} Besprechung mit Verlagsleiter Strotzka

Krakau.

Freitag, den 8. März 1940.

10^{40} Abteilungsleitersitzung.in der Bergakademie.
(Protokoll der Sitzung siehe Beiakten.)

15^{00} Besprechung mit Oberregierungsrat Dr. Matthes, ~~und~~ Leutnant von Pufendorf und Ministerialrat Plodeck.

Oberregierungsrat Dr. Matthes ist gekommen, um sich bei den Herrn Generalgouverneur zu melden. Herr Winkler habe ihm gesagt, daß eine Reihe von grundsätzlichen Fragen zu klären wäre. Vor allem handele es sich um die Frage der durchschnittenen Betriebe, die sowohl im Generalgouvernement wie im Reich ihren Sitz hätten.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r hält es für notwendig, daß ein Treuhänder für die Papierfabrik in Tschenstochau gefunden werde. Der Verleger der Warschauer Zeitung habe ihm gegenüber über die schlechte Beschaffenheit des Papiers geklagt.

Auf den eigentlichen Zweck der Besprechung eingehend erklärt der Herr Generalgouverneur, daß er nichts dagegen habe, wenn in der Treuhandstelle Ost jemand die Verbindung mit dem Generalgouvernement pflege. Entscheidend sei jedenfalls, daß das Reich ein Interesse an der Regelung dieser Dinge habe und das Generalgouvernement an sich auf dem gleichen Standpunkt stehe.

Ministerialrat Plodeck hält es ebenfalls für notwendig, Verhandlungen einzuleiten.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r will im Interesse des Generalgouvernements aus diesen Beziehungen möglichst großen Nutzen ziehen. Weisungen gebe es aber nicht. Die Verordnung über das polnische Staatsvermögen habe Generalfeldmarschall Göring außer Kraft gesetzt, und die Treuhandstelle Ost habe im Generalgouvernement nichts zu melden. Immerhin gebe er zu, daß ein gewisses Interesse bestehe, mit dieser Stelle zusammenzuarbeiten.

Oberregierungsrat

Oberregierungsrat Dr. Matthes bemerkt, daß die Verordnung vom 15. Januar auf ein viel früheres Datum zurückgehe und schon im Oktober ausgearbeitet worden sei. Sie sei dann offenbar bei den Reichsressorts liegen geblieben.

Der Herr Generalgouverneur hält die Streitigkeiten für erledigt und will jetzt praktische Arbeit sehen. Von Schwierigkeiten und Unmöglichkeiten dürfe nunmehr keine Rede sein.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Oberregierungsrat Dr. Matthes, seine Dienststelle stehe durchaus auf dem Standpunkt, daß man, soweit es sich um größere Betriebe handele, einen kommissarischen Verwalter einsetzen sollte, der die Aufgabe habe, den Betrieb zu verpachten. Man könne es aber den Betrieben nicht zumuten, einen Treuhänder aufzunehmen, der kaum ein objektives Bild von den Dingen liefern würde. Geeignet wäre vielleicht ein Wirtschaftsprüfer oder ein sonstiger erfahrener Mann, der die Wirtschafts- und Bilanzfragen kenne. Ein solcher kommissarischer Verwalter hätte den Betrieb zu verpachten und dasjenige, was aus der Vergangenheit angefallen sei, abzuwickeln.

Leutnant von Pufendorf meint, daß bezüglich der Rüstungsbetriebe das Interesse an der Trennung zwischen Vermögensverwaltung und Wirtschaftsbetrieb sehr groß sei. Bei einer Verwaltung durch Treuhänder sei es sehr schwer, eine vernünftige Preisbildung durchzuführen, vor allem mit Rücksicht auf eine richtige Verwaltung des vorhandenen Vermögens.

Der Herr Generalgouverneur wünscht nachdrücklichst eine Beschleunigung der Dinge, vor allem will er die Frage beantwortet wissen, ob das Stickstoffwerk Mossicze einem Treuhänder übergeben oder verpachtet werden soll.

Ministerialrat Plodeck bemerkt, daß eine endgültige Regelung noch nicht getroffen sei.

Der Herr Generalgouverneur würde es sehr begrüßen, wenn man zu einem abschließenden Ergebnis in der Frage der Rüstungsbetriebe usw. kommen könnte. Mitte April müsse eine endgültige Regelung geschaffen sein.

15[15] Besprechung mit Distriktchef Dr. Wächter.

Gouverneur

Gouverneur Dr. Wächter weist darauf hin, daß seinerzeit in Verhandlung mit der Reichsgetreidestelle für den Distrikt Krakau eine gewisse Menge von Getreide je Monat zugebilligt worden sei. Davon habe man wohl einen Teil, aber längst nicht die ganze Menge bekommen. Zweitens handele es sich um die Frage der Bierversorgung. Die Brauerei habe nur noch für kurze Zeit Malz. Man brauche deshalb Gerstemengen vom Reich oder Protektorat. Die Lieferung von Malz durch das Protektorat sei durch das Reichsernährungsministerium aus devisenrechtlichen Gründen abgelehnt worden. Er habe deshalb die Biervorräte für die Verwaltung, Wehrmacht und Polizei sicherstellen lassen. Der Konsum sei übrigens außerordentlich gestiegen.

Gouverneur Dr. Wächter klagt dann über die geringe Belieferung des Distrikts mit Schweinen. Weiter weise er darauf hin, daß die Umsiedlungsaktion abgeschlossen sei. Bisher seien 5 447 Umsiedlungen vorgenommen worden, insgesamt sollten es 16 000 sein. Dazu komme nun noch die Flüchtlingsaktion, wodurch sich die Zahl auf 60 000 erhöhe. Angesichts der Evakuierungsaktion sei es doch eigentlich unökonomisch, in diesen übervölkerten Distrikt noch Polen hineinzuschieben.

Gouverneur Dr. Wächter nimmt dann noch kurz zur Theaterfrage Stellung. Ein Antrag auf Gewährung von Zuschüssen sei vom Reich abgelehnt worden. Man könnte nur in der Weise helfen, daß man eine Truppe im Generalgouvernement für 6 Wochen reisen lasse. Das sei aber keine Regelung des Gesamtzustandes, und man müsse deshalb wohl bei dem System der Gastspiele bleiben.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ersucht Gouverneur Dr. Wächter, dafür zu sorgen, daß Finanzpräsident Spindler eine entsprechende Summe in den Etat einsetze.

Gouverneur Dr. Wächter berichtet dann weiter, daß man für das "Deutsche Haus" einen Betrag von 450 000 zur Verfügung gestellt habe. Nach Ansicht des Finanzpräsidenten Spindler müsse diese Summe auf dem Darlehenswege aufgebracht werden. Die Verzinsung und Amortisation dieses Betrages würde monatlich einen Betrag von 4 000 RM ausmachen. Diese Summe sei zu hoch, und er bitte deshalb, zu genehmigen, daß die Verzinsung und Amortisation vom Generalgouvernement bzw. von der Stadt übernommen würde.

Der

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet an, daß der gesamte Finanzierungsplan zusammengestellt werde.

Gouverneur Dr. Wächter teilt weiter mit, daß sich Professor Norbert Gürke von der Münchener Universität mit der staatsrechtlichen Konstruktion des Generalgouvernements befasse und ihn gebeten habe, seine Arbeit dem Herrn Generalgouverneur zu übergeben.

Gouverneur Dr. Wächter erklärt dann, daß er gewillt sei, auf die Zurverfügungstellung einer Wohnung auf der Burg zu verzichten, da es ihm gelungen sei, in einer Villa außerhalb Krakaus eine Wohnung zu finden.

16^{30} Besprechung mit Präsident Lauxmann.

17^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Ministerialrat Wille.

17^{15} Ministerialrat Ville legt dem Herrn Generalgouverneur einige Todesurteile vor, und zwar

1. ein vom Sondergericht Krakau gegen Roman F l a c k gefälltes Todesurteil wegen schweren Raubes in 10 Fällen, Teilnahme an einer Räuberbande, Waffenbesitz und Gewaltverbrechen;
2. ein gegen den Landstreicher Jan R e b i s z gefälltes Todesurteil wegen Mordes und Raubes.

Nach Ansicht des Ministerialrats Wille bestehe kein Anlaß für einen Gnadenerweis.

Ministerialrat Wille legt dann noch 4 weitere standgerichtliche Todesurteile wegen Waffenbesitzes vor, die von dem Höheren SS- und Polizeiführer Krüger eingereicht sind.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r macht in allen Fällen von seinem Gnadenrecht keinen Gebrauch.

17^{30} Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur zur Unterschrift vor:

1. Einen Erlaß über die Ausübung des Gnadenrechts im Generalgouvernement.
2. Eine Verordnung über die Verwendung der ehemaligen polnischen Hoheitszeichen im Generalgouvernement.

3. Eine Verordnung über den Arbeitsfonds.
4. Eine Verordnung über die kulturelle Betätigung im Generalgouvernement.
5. Eine Verordnung über die Sozialversicherung bei Arbeitslosen Pflichtarbeitern.

Sämtliche Verordnungen werden von dem Herrn Generalgouverneur unterzeichnet.

18[24] Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs mit der Eisenbahn nach Berlin.

(In Berlin durch LGRat Dorn angefertigt)

190

N i e d e r s c h r i f t

Über die Besprechung des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete, Reichsminister Dr. Frank mit Staatssekretär Keppler in Anwesenheit von General Bürmann

am Freitag, dem 12.März 1940, 15 Uhr 30, Berlin, Regerstrasse.

Generalgouverneur Dr. Frank bemerkt, dass der Besuch des Staatssekretärs Keppler in Krakau sobald als möglich erfolgen solle, damit die Hebung der Bodenschätze im Gemeralgouvernement möglichst gefördert werde.

Staatssekretär Keppler richtet die Bitte an den Generalgouverneur, die Durchführung der Arbeiten der Reichsstelle für Bodenforschung im Generalgouvernement zu genehmigen und zu unterstützen.

Generalgouverneur Dr. Frank sagt die Erfüllung dieser Bitte nach Vorlage eines Planes zu und bemerkt, dass das Gebiet des Generalgouvernements nach dem Ausbau der Wasserkräfte und nach der Schaffung vernünftiger Rechtsverhältnisse eine beträchtliche wirtschaftliche Bedeutung für das Reich haben werde. An den Vorarbeiten zur Hebung der Bodenschätze sei die technische Hochschule Leoben beteiligt gewesen.

General Bürmann: In der Bergakademie in Krakau seien von polnischen und wohl auch von deutschen Soldaten die Apparate teilweise zerstört worden. Ursprünglich habe die Absicht bestanden, die Sammlung nach Leoben zu verbringen. Der Generalgouverneur habe dann angeordnet, dass nichts aus dem Generalgouvernement entfernt werden dürfe. Dr. Schwarz habe zusmamen mit Prof. Nowak eine eigene Bodenforschungsstelle aufmachen wollen. Das würde ein Fehler sein, weil die beiden Herren nicht über genügend Personal verfügten.

Generalgouverneur Dr. Frank betont, dass die Arbeit der Reichsstelle für Bodenforschung mit der Tätigkeit auf dem Gebiete des Vierjahresplans in richtiger Weise verbunden werden müsse.

Staatssekretär Keppler: Die Bodenforschung sei ursprünglich in den Vierjahresplan eingegliedert gewesen. Als dieser in die Ministerien hineingestellt wurde, habe auf Anordnung des Führers die Reichsstelle für Bodenforschung die Arbeiten übernommen, die ursprünglich als Landesangelegenheit in den einzelnen geologischen Landesanstalten betrieben worden seien. Er selbst sei aus dem Vierjahresplan in die ganze Sache hineingewachsen.

Die geologische Anstalt in Warschau sei bereits in Betreuung genommen. Er habe die Absicht, diese Anstalt bestehen zu lassen und wieder in Gang zu setzen. Dazu brauche man Personal, vor allem Leute, die seit langem am Boden gearbeitet haben. Es werde ähnlich vorzugehen sein wie im Protektorat, wo er im Auftrage des Reichsprotektors die Sache gemacht habe. Bei der Reichsstelle in Berlin seien die nötigen Fachleute vorhanden.

Generalgouverneur Dr. Frank: Es müsse im Amte des Generalgouverneurs in Krakau, etwa im Rahmen der Abteilung für Inneres oder für Wirtschaft, eine Stelle für Bodenforschung errichtet werden. Er bitte, eine geeigneten Mann zur Verfügung zu stellen. Wie dieser seine Behörde dann aufbauen wolle, sei ihm selbst überlassen.

General Bürmann: Diese Stelle sei am besten dem Vierjahresplan anzugliedern, zu dem auch die Abteilung Bergbau komme.

Generalgouverneur Dr. Frank warnt vor allzu grosser Ausweitung des Bereiches des Vierjahresplans.

Staatssekretär Keppler bemerkt, dass die Reichsstelle für Bodenforschung dem Reichswirtschaftsminister unterstellt ist.

Generalgouverneur Dr. Frank: Diese Eingliederung sei lediglich vom Etatstandpunkt aus zu betrachten; die Stelle für Bodenforschung würde demnach zur Abteilung Wirtschaft kommen. Nach der Verordnung des Führers müssten alle Dienststellen im Generalgouvernement im Amt des Generalgouverneurs zusammengefasst sein und Etatmässig untergebracht werden. Auch die Stelle für Bodenforschung werde ihren Etat kaum selbst übernehmen wollen.

Staatssekretär Keppler ersucht, den Etat auf das Amt des Generalgouverneurs zu übernehmen. Auch im Protektorat sei eine entsprechende Regelung erfolgt. Als Leiter der Stelle in Krakau schlage er Prof. Brinkmann - Hamburg vor, einen ausserordentlich tüchtigen Geologen.

Generalgouverneur Dr. Frank: Als Generalbevollmächtigter für den Vierjahresplan werde er dem Prof. Brinkmann dann die weitere Aufgabe übertragen, für den Vierjahresplan tätig zu sein.

General Bürmann bemerkt, dass sich diese Regelung in der Abteilung Bergbau nicht bewährt habe.

Generalgouverneur Dr. Frank erwidert, dass Generalfeldmarschall Göring selbst gewisse Bedenken [illegible], eine allzu grosse Ausweitung der Zuständigkeiten des Vierjahresplans könne Unklarheiten im Gefolge haben.

Staatssekretär Keppler hält eine Personalunion zwischen Wirtschaft und Vierjahresplan für wünschenswert.

Generalgouverneur Dr. Frank bezeichnet es als besonders Aktivum des Vierjahresplans, dass er mit wenig Verwaltungsarbeit belastet sei. Bei der Arbeit am Vierjahresplan sehe man deutlich den Pendelschlag der Entwicklung: zuerst Zentralisierung, dann allmähliche Loslösung und dann wieder die Sehnsucht nach der

Zusammenfassung. Verwaltungsgässig gesehen, stehe man mitten in einer Krise des sich gegenseitigen Lähmens. Der Führer habe ihm den Auftrag gegeben, eine Musterverwaltung aufzubauen. Der Begriff der Einheit der Verwaltung könne nur als Einheit unter dem politischen Führer verstanden werden. Im Generalgouvernement sei die gesamte Verwaltung, die Tätigkeit in allen Ausstrahlungen des Vierjahresplans und die Vollmacht der Partei in einer Hand.

Er sei bereit, die Arbeit der Stelle für Bodenforschung ungehindert vor sich gehen zu lassen. Er lade Staatssekretär Keppler ein, bei seinem Besuch einen Vortrag vor den massgebenden Beamten in Krakau zu halten.

Staatssekretär Keppler überreichte dem Generalgouverneur Dr. Frank 2 Karten, auf denen die festgestellten unvermuteten Vorkommen von Bodenschätzen eingezeichnet sind, und bemerkt dazu, dass die Erdölvorkommen sehr wahrscheinlich weiter nach Norden reichen. Die Eisenerzgewinnung könne wesentlich gesteigert werden. Auch Steinkohle(ähnlich der Donez-Kohle, 8 000 Wärmeeinheiten, teilweise jedenfalls Koksfähig) komme mit grösster Wahrscheinlichkeit im Gouvernement vor. Es seien Flöze bis in 400 Meter Tiefe festgestellt. Wichtig sei für die landwirtschaftliche Melioration, dass grosse steppenartige Gebiete sehr fruchtbar gemacht werden könnten, wenn die Raseneisenerze (0,6 Meter Tiefe) herausgeholt würden. Bedeutsam sei weiter die Kali- und die Salzförderung. Südlich von Tarnow seien reiche Bestände an feuerfester Tonerde und grosse Lager an Schwefelkies vorhanden.

Für die Beschaffung von Geräten müsse Zollfreiheit gewährt werden.

Generalgouverneur Dr. Frank stellt eine gemeinsame Reise mit Sachverständigen an die Stellen des Erdöl-, Erz- und Kohlenvorkommens in Aussicht. Der Distriktchef in Lublin müsse entsprechend benachrichtigt werden. Instrumente und Geräte für Bohrungen seien zollfrei.

Staatssekretär Keppler teilt mit, dass ein grosses Kartenwerk der Bodenkunde für das Reich geplant sei, das für die Ansiedlung im Warthegau von grösster Wichtigkeit sein werde.

Die Wasserversorgung liege in Polen zum Teil schlecht.

Generalgouverneur Dr. Frank erwähnt die Vorschläge, die Prof. Lawazek hinsichtlich der Verbindung der Weichsel mit der Donau und der Errichtung von Kraftwerken gemacht hat.

Staatssekretär Keppler bezeichnet diese Pläne als sinnvoll, sobald die Weichsel wieder schiffbar sei. Prof. Lawazek kenne er durch die Druck-Elektroanalyse.

Generalgouverneur Dr. Frank erklärt zusammenfassend: Im Amte des Generalgouverneurs in Krakau werde eine Dienststelle für Bodenforschung eingerichtet und mit dem Beamten besetzt werden, den Staatssekretär Keppler vorschlage. Dieser Beamte möge sich baldigst einfinden, damit die nötigen Besprechungen stattfinden könnten. Anlässlich des Besuches des Staatssekretärs Keppler werde dann diese Dienststelle eröffnet, und im Anschluss daran sei eine Besichtigungsreise in Aussicht genommen. Etatmässig werde die neue Dienststelle in der Abteilung Wirtschaft untergebracht. Ihr Leiter werde in Personalunion für den Vierjahresplan tätig sein. Zwischen dieser Bodenforschungsstelle und der Technischen Hochschule in Leoben müsse ein klares Verhältnis geschaffen werden.

Staatssekretär Keppler: Die Stelle für Bodenforschung werde voraussichtlich mit drei Leuten besetzt werden. Die Anstalt in Warschau werde beibehalten, wobei sich die Frage erhebe, ob in wichtigeren Stellen die Polen tätig bleiben könnten.

Generalgouverneur Dr. Frank bemerkt dazu, dass die Entscheidung darüber dem Leiter für Bodenforschung überlassen sei.

Die sachlichen Ausgaben müssten nach Möglichkeit von der Industrie getragen werden; unter Umständen könnten sie halbiert werden. Jedenfalls sage er ausdrücklich jede Förderung zu.

Staatssekretär Keppler teilt mit, dass sich hinsichtlich der Kohle die Reichswerke bereits als Interessenten gemeldet haben.

Generalgouverneur Dr. Frank: Im Generalgouvernement könne jeder arbeiten, der sich an die legalen Voraussetzungen halte.

Prof. Brinkmann möge in Bälde nach Krakau kommen, sich bei General Bürmann melden, an Ort und Stelle die ganze Angelegenheit besprechen und sich dann bei ihm vorstellen. Prof. Brinkmann werde dann die nötigen Vollmachten gegenüber den Kreishauptleuten erhalten.

Staatssekretär Keppler erklärt, er werde dem Generalgouverneur alsbald seine Vorschläge schriftlich übermitteln.

(Schluss der Besprechung um 16 Uhr)

(In Berlin durch LGRat Dorn angefertigt)

N i e d e r s c h r i f t

Über die Besprechung der Frage der polnischen Landarbeiter und deren Behandlung im Reich u.a.

am Freitag, dem 12.März 1940, nachmittags 16 Uhr in Berlin, Regerstrasse.

Anwesend: Generalgouverneur Dr. Frank
General Bürmann
Ministerialdirektor Harmening
Reichsobmann Behrendt
Referent im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft Reichart
Referent Matzke
der Bevollmächtigte des Generalgouverneurs, Dr. Heuber

Generalgouverneur Dr. Frank bezeichnet die Frage der Stellung von polnischen Landarbeitern nach Deutschland als eine ausserordentlich schwierige. Wenn sich die deutsche Landwirtschaft entschliessen könnte, auch Arbeiter aus den Städten zu übernehmen, würde eine bedeutende Erleichterung eintreten.

Referent Reichart: Als Einzelarbeiter für bäuerliche Betriebe könnten nur Landarbeiter Verwendung finden; dagegen könnten in grösseren Betrieben auch städtische Arbeiter gebraucht werden.

Reichsobmann Behrendt: Greise, schwangere Frauen und Krüppel dürfe man nicht schicken. Auch die Angehörigen bestimmter Berufe, wie Friseöre u. dgl. eigneten sich nicht zur Landarbeit. Vor allem dürften landwirtschaftliche Arbeiter nicht auf Bauernanwesen kommen, wo kein Mann auf dem Hofe sei.

Generalgouverneur Dr. Frank: Die Erfahrungen dieses Jahres müssten gesammelt werden, damit es im nächsten Jahre besser gemacht werden könne. Aus dem Gebiet des Generalgouvernements

seien früher im allgemeinen keine Landarbeiter nach Deutschland gekommen. In Warschau, Radom und Krakau sei es früher überhaupt nicht üblich gewesen, zur Ernte nach Deutschland zu gehen. Die polnischen Landarbeiter seien in Westpreussen, Posen und Kalisch zuhause gewesen. Der Distriktchef von Lublin habe bereits mitgeteilt, dass man dort nicht wisse, wie man es machen solle.

Reichsobmann Behrendt: Er habe nicht von einer Million polnischer Landarbeiter gesprochen, sondern von einer Million Polen zur Landarbeit.

Generalgouverneur Dr. Frank betont, dass man zwar mit Gewalt nach der Methode des Sklavenhandels bei genügendem Polizeiaufgebot und bei Aufbringung genügender Transportmittel eine entsprechende Zahl von Arbeitskräften zusammenbringen könne, dass aber aus einer Reihe von Gründen das Mittel der Propaganda unter allen Umständen den Vorzug verdiene. Das Wichtigste sei, dass die Leute an ihre Familien in Polen Geld schicken könnten. Die Briefe, in denen polnische Arbeiter ihre Zufriedenheit mit der Unterbringung usw. in Deutschland zum Ausdruck brächten, müssten veröffentlicht werden. Übrigens habe auch die Überweisung der Gehälter der deutschen Angestellten in Polen nach dem Reich nicht geklappt und viele Angehörige solcher Angestellter hätten von der NSV versorgt werden müssen.

Referent Matzke: Jetzt sei diese Angelegenheit in Ordnung: sie werde über die Arbeitsämter geregelt.

Referent Reichart: Man habe sich lange über die Zahlkarte gestritten.

Generalgouverneur Dr. Frank: Die Einflüsse der wahnsinnigen Umsiedlungsaktion machen sich äusserst ungünstig bemerkbar.

Angesichts der Züge aus Posen und Westpreussen habe die Bevölkerung gesagt: so werden wir in Deutschland behandelt!

Referent Reichart teilt mit, dass wegen der Propaganda schon das Entsprechende veranlasst sei. Es würden Plakate mit Bildern deutscher Bauernhöfe usw. herausgebracht.

Die Arbeiter-Transportzüge würden auf Mecklenburg, Mitteldeutschland und Schlesien verteilt. Die Zuweisung vollziehe sich so, dass vor Ankunft des Transportzuges das Arbeitsamt die Bauern verständige. Diese erkundigen sich dann bei den einzelnen Arbeitern nach ihren Fähigkeiten und dementsprechend erfolge dann die Anstellung.

Reichsobmann Behrendt: es müsse darauf gesehen werden, dass bei den ungelernten Kräften auch immer eine entsprechende Zahl wirklicher Landarbeiter sei.

Generalgouverneur Dr. Frank: Mit Rücksicht auf die Propaganda in den Vereinigten Staaten müsse nach Möglichkeit die Gewaltanwendung vermieden werden. Dagegen könne ein zarter Druck durch die Einstellung der Arbeitslosenunterstützung für die Kategorien erfolgen, die überhaupt in Frage kämen, allerdings dürfe die Landwirtschaft nicht gesunde, kräftige Arbeiter einfach zurückschicken, weil sie ungelernt seien.)

Reichsobmann Behrendt: Die Landwirtschaft brauche Gelernte und Ungelernte; auf 2 Gelernte könne ein Ungelernter treffen.

Referent Matzke: Die Leute müssten die notwendigen Kleidungsstücke und insbesondere Schuhwerk mitbringen.

Referent Reichart: Das stehe in der Anwerbung. Nachdem es aber häufig an der Fussbekleidung fehle, müssten Holzschuhe mit Leder hergestellt werden.

Generalgouverneur Dr. Frank betont die Zeitnot, unter der die ganze Aktion stehe.

Reichsobmann Behrendt: Was bis zum 1.April nicht da sei, habe keinen Sinn.

Referent Reichart: es werde immer wieder der Vorschlag gemacht, die polnische Geistlichkeit für die Werbung einzusetzen. Vielleicht könne darüber mit Fürstbischof Sapieha verhandelt werden.

Generalgouverneur Dr. Frank: Dieser werde ihn in der kommenden Woche besuchen.

Immerhin habe die im November eingeleitete Aktion bereits heute Erfolge gehabt.

Referent Reichart: Man könne den polnischen Arbeiter auch darauf hinweisen, dass er in Deutschland bessere Arbeitsmethoden kennenlerne.

Generalgouverneur Dr. Frank: Aus Posen und Westpreussen würden trotz des Protestes weiterhin polnische Bauern und Landarbeiter nach dem Gouvernement umgesiedelt. Das widerspreche dem Befehl des Generalfeldmarschalls, der erklärt habe, das Wichtigste sei die Hereinbringung der Ernte 1940.

Referent Reichart: 10- 20.000 Wolhynien-deutsche Familien rechneten auf ihre Ansiedlung als Bauern. Die Quarantäne sei am 1.April vorbei.

Referent Matzke: Die Entscheidung des Generalfeldmarschalls sei für die Ansiedlung der Wolhyniendeutschen auf polnischen Höfen gefallen, weil sie sonst nicht mehr glauben würden, auf Grund und Boden zu kommen.

Generalgouverneur Dr. Frank: Er habe angeordnet, dass die Ostbahn keine Evakuierungszüge mehr annehme. Der Generalfeldmarschall habe erklärt, dass diese Züge von der vorherigen

Genehmigung abhängig seien. Reichsstatthalter Greiser müsse angerufen werden.

Reichsobmann Behrendt: Man könnte diese Leute als verheiratete Landarbeiter einsetzen. 7.000 Wohnungen seien noch frei.

Referent Reichardt 170.000 Flüchtlinge aus Litauen, Russland und Ungarn sollten ins Generalgouvernement und dann weiter ins Reich kommen.

Generalgouverneur Dr. Frank: Was in das Generalgouvernement komme, werde registriert. Man könne aber mit dem Reich nicht ins reine kommen. Die Landräte an der Grenze wüssten von Berlin nichts. Die Methoden, mit denen im Warthegau regiert werde, seien nicht sehr sympathisch. Man müsse daran denken, dass, wer in diesem Jahre ins Reich gehe, auch im nächsten Jahre wieder hingehen solle.

Reichsobmann Behrendt: Ein Bauer sei ins Konzentrationslager gekommen, weil er einem polnischen Arbeiter Zigaretten gegeben habe. Es müsse eine klare Anweisung an die Partei hinsichtlich der Behandlung der polnischen Arbeiter ergehen.

Generalgouverneur Dr. Frank: Reichsminister Darré könne als Reichsleiter diese Anweisung herausgeben.

Reichsobmann Behrendt: Der Stellvertreter des Führers müsse dafür sorgen, dass die allgemeinen Anweisungen der Partei befolgt werden.

Generalgouverneur Dr. Frank: Wenn die Leute in Deutschland arbeiten sollten, dürften sie nicht gleichzeitig als Raubtiere hingestellt werden.

Man dürfe nicht vergessen, dass das Generalgouvernement von der Gesamteinwohnerzahl des ehemaligen Polen nur 1/3 umfasse.

Es sei zu hoffen, dass 300- 400.000 gelernte Landarbeiter gestellt werden könnten und dass der Rest aus den Städten herausgeholt sei. Im Warthegau wohnten fast 400.000 Polen.

Reichsobmann Behrendt: Von dort kämen auch etwa 180.000.

Referent Reichart: Die Einrichtung in Krakau sei vorbildlich. In Radom sei die Anlage noch nicht fertig. In Tschenstochau werde eine Entlausungsanlage gebaut.

Reichsobmann Behrendt: Ungelernte Arbeiter aus Radom seien in bäuerliche Betriebe der Lüneburger Heide geschickt worden, wo sie gerade nicht hingehört hätten.

Referent Reichart regt eine Erhöhung der an die polnischen Ärzte gezahlten Untersuchungsgebühr (RM -.10) an.

Generalgouverneur Dr. Frank fasst zusammen:

1. es seien Massnahmen zu treffen, um die einheitliche Behandlung der Polen im Reiche zu gewährleisten;
2. die Transferierung des Lohnes nach Polen sei sicherzustellen;
3. die für die Landarbeit einzustellenden Polen, die keine fachlich geschulten Landarbeiter seien, müssen so aufgeteilt werden, das auf 2 geschulte Arbeitskräfte ein ungelernter Arbeiter treffe.

Ferner müsse

1. in Radom der Ausbau der Anlage in Ordnung kommen,
2. eine wirksame Propaganda einsetzen (Veröffentlichung von Briefen aus Deutschland, Anschlag von Plakaten, Heranziehung der Kirche),
3. die Einziehung der Arbeitslosenunterstützung für in Frage kommende Kräfte angedroht werden.

Schliesslich sei für die Polen die Arbeitspflicht eingeführt und wenn die Propaganda nicht helfe, müsse zur Einberu-

fung geschritten werden. Die sinnlose Evakuierung von Landarbeitern ins Generalgouvernement müsse aufhören; diese müssten vielmehr unmittelbar ins Reich gebracht werden.

Referent Reichart: Vielleicht könnten die Bezirke Radom und Lublin entlastet und in Krakau eine grössere Zahl von Arbeitskräften aufgebracht werden.

Generalgouverneur Dr. Frank: Die Versorgung des Generalgouvernements und insbesondere der dort tätigen Arbeiter sei ebenfalls eine schwerwiegende Frage.

Referent Reichart: Landesbauernführer Körner sehe in dieser Richtung nicht so schwarz. Zuckerrüben- und Tabakbau hätten einen Saisonbedarf, der aus den Städten gedeckt werden könne.

Generalgouverneur Dr. Frank: Ein Minusertrag der Ernte im Generalgouvernement werde aus dem Reiche gedeckt werden müssen. Die Hauptsache sei freilich, dass Anbau und Ernte im Reiche bewältigt würden.

Wie stehe es mit dem Entgegenkommen der militärischen Stellen hinsichtlich der Unabkömmlichstellung von Bauern?

Referent Reichart: Die Besprechungen in Berlin verlören dadurch an Wert, dass die unteren Stellen machten, was sie wollten. Die Kompanieführer liessen häufig die Bauern als tüchtige Soldaten nicht weg.

Reichsobmann Behrendt: Das gehe alles auf Kosten der Landwirtschaft.

Generalgouverneur Dr. Frank: Das sei seit Jahrtausenden so. Eine Munitionsfabrik bekomme die nötigen Arbeiter, weil sie sonst keine Munition liefern könne. Wenn die Landwirtschaft sage, die Ernte sei gefährdet, so sei das kein so plastisches Argument.

Reichsobmann Behrendt: Wenn man die Arbeiterfragen einsetzen könnte, brauchte man die Polen nicht in dem Umfange.

Referent Reichart: Der Arbeitsverdienst solle nicht von der Unterstützung abgezogen werden.

Generalgouverneur Dr. Frank ersucht, diese Dinge an den zuständigen Stellen bekannt zu machen.

Das Generalgouvernement benötige dringend Gerste.

Referent Reichard: Staatssekretär Bake habe erklärt, er könne auf keinen Fall Gerste oder Malz liefern.

Generalgouverneur Dr. Frank: Vielleicht könne aus dem Protektorat Gerste beschafft werden.

Referent Reichart: Er werde das feststellen. Auch die Brauereien im Reiche seien wesentlich gekürzt wurden. Der Ausschank von Bier an die polnische Bevölkerung werde verboten.

Die Versorgung mit Brotgetreide sei auf dem laufenden. Das Gebiet von Dombrowa werde weiter beliefert.

General Bürmann: Dieses Gebiet wolle Gauleiter Wagner loshaben.

Generalgouverneur Dr. Frank betont, dass Wehrmacht und Polizei sich nicht aus Deutschland und aus Polen versorgen dürften.

General Bürmann: Durch die Einführung der fleischlosen Tage sei bereits eine Besserung erfolgt.

Generalgouverneur Dr. Frank: Es bestehe ein Bedarf nach landwirtschaftlichen Maschinen.

Referent Reichart: Es würden 15 Fabriken eingerichtet.

General Bürmann: Es werde mit Hochdruck gearbeitet. Die Landwirtschaft errichte eigene Betriebe.

Generalgouverneur Dr. Frank erwähnt noch den Uniformerlass, der an sich nicht durch den Innenminister für Polen in Kraft gesetzt werden könne.

General Bürmann weist auf die Metallsammlung hin. Die Glockenaktion werde durchgeführt werden. Es sei dem Generalgouverneur überlassen, allgemeine Richtlinien herauszugeben. Oberführer Zimmermann wolle nach Ostern ins Gouvernement kommen, um einen Vortrag zu halten.

. Generalgouverneur Dr. Frank: Er gebe einen Dienstbefehl an die Distriktchefs und Kreishauptleute heraus, der 1. eine grundsätzliche Metallsammlung, 2. die Glocken und 3. Spezialunternehmungen aus Anlass des Geburtstages des Führers betreffe. Die Einladung des Oberführers Zimmermann bitte er, General Bürmann, mit Staatssekretär Bü. Bühler vorzubereiten.

(Schluss der Besprechung um 17 Uhr 20).

Kattowitz.

Freitag, den 15. März 1940.

8[00] Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Kattowitz.

Der Herr Generalgouverneur begibt sich zu kurzem Aufenthalt in das Monopolhotel.

8[45] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Tagung des Kommunalpolitischen Amtes der NSDAP. im Stadttheater zu Kattowitz.

Rede des Herrn Generalgouverneurs auf der Tagung. (Ergänzungsband I a/40)

12[30] Mittagessen im Kasino der Stadtverwaltung zu Kattowitz.

14[10] Fahrt im Kraftwagen nach Krakau.

Während der Fahrt bespricht der Herr Generalgouverneur mit Reichshauptamtsleiter Dr. Frhr. du Prel u.a. die Frage des Rundfunks und gibt dabei dem Wunsche Ausdruck, daß die Sendeverhältnisse für den Sender Krakau verbessert werden.

Weiter legt der Herr Generalgouverneur dem Reichshauptamtsleiter Dr. Frhr. du Prel den Plan der Errichtung eines Instituts für deutsche Ostarbeit vor.

15[45] Ankunft auf der Burg zu Krakau.

Krakau

17[00] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler

18[00] Besprechung mit Brigadeführer Streckenbach

18[45] Ministerialrat Plodeck und Oberregierungsrat Mathes (Haupttreuhandstelle Ost) berichten dem Herrn Generalgouverneur, daß sich ihre Dienststellen in allen ihre Interessengebiete berührenden gemeinsamen Fragen geeinigt haben.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r begrüßt diese Einigung und hebt hervor, daß von seiten der Haupttreuhandstelle Ost in das Generalgouvernement nicht hineinregiert werden dürfe. Ferner erkundigt er sich nach dem Stand der Papierfabrik in Tschenstochau und gibt Anweisung, mit allem Nachdruck dafür zu sorgen, daß diese äußerst wichtige Fabrik schnellstens in Gang gebracht wird.

(Unterlagen sind vernichtet)

Samstag, den 16.März 1940.

10[00] Besprechung des Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r s mit Herrn Staatssekretär Dr.Bühler.

10[45] Besprechung des Herrn G e n r a l g o u v e r n e u r s mit Brigadeführer Streckenbach.

11[30] Ministerialrat Wille legt dem Herrn Generalgouverneur Urteile des Standgerichts, des Sondergerichts Tschenstochau und des Sondergerichts Krakau vor.

Anschließend daran wird die Frage besprochen, ob Strafverfahren von größerer Bedeutung gegen reichsdeutsche Beamte, die im Generalgouvernement straffällig geworden seien, hier oder im Reich durchgeführt werden. Im Protektorat sei es einmal unangenehm aufgefallen, daß ein großes Strafverfahren gegen reichsdeutsche Beamte zur Durchführung kam, und damals habe der Führer gewünscht, daß solche Verfahren in Zukunft nicht mehr im Protektorat durchgeführt werden sollen, sondern in Deutschland. Diesem Wunsch des Führers kann auch im Generalgouvernement in geeigneten Fällen Rechnung getragen werden. Eine Abgabe nach Deutschland komme dann nicht in Frage, wenn das Spezialrecht des Generalgouvernements auf den betreffenden Fall Anwendung finde (z.B. in Devisensachen).

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich damit einverstanden und ordnet an, daß alle Fälle, in denen eine Abgabe an das Reich erfolge, ihm vorzulegen seien.

Ministerialrat Wille bespricht dann noch den Entwurf eines Erlasses betreffend Ausübung des Gnadenrechts.

durch

durch den die Möglichkeit gegeben werde, die Ausübung des Gnadenrechts in Fällen von geringerer Bedeutung an den Distriktschef bezsw. an die Abteilung Justiz zu übertragen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erkundigt sich nach dem Verhältnis zwischen der Abteilung Justiz und den Militärgerichten.

Ministerialrat Wille bedauert, daß die Verbindung der Abteilung Justiz zur Militärgerichtsbarkeit leider abgerissen sei, da der neue Oberstkriegsgerichtsrat der Abteilung Justiz keinen Besuch gemacht habe. Früher habe man sher gut zusammengearbeitet.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r betont, daß es auf keinen Fall vorkommen dürfe, daß ein Militärgericht in einer zur Zuständigkeit der zivilen Gerichte gehörigen Strafsache entscheide.

Ministerialrat Wille teilt noch mit, daß der Abteilung Justiz ein Senatspräsident des Patentamtes zugeteilt worden sei. Er habe seinen Dienstsitz in Warschau und habe seine Tätigkeit bereits aufgenommen. Eine Verordnung über die Fragen des Patentrechts sei in Vorbereitung.

(Unterlagen sind vernichtet).

11[50] Besprechung mit Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh und Oberregierungsrat Schulte-Wissermann.

In dieser Besprechung berichtet Oberregierungsrat Schulte-Wissermann über die von ihm getroffenen Vorbereitungen für die Einrichtung einer Dienststelle der Preisüberwachung. Er weist auf gewisse Schwierigkeiten und Widersprüche hin, auch darauf, daß sich einige Abteilungen noch nicht zu seinem Plan geäußert hätten. Er habe versucht, sich nach der Richtung der Preisentwicklung einen Überblick über die Verhältnisse im Generalgouvernement zu schaffen, vor allem auch darüber, in welchem Umfang er auf die Hilfe der Polizei rechnen könne. Die Aufgabe der Preisüberwachung müsse entsprechend den besonderen Verhältnissen im Generalgouvernement anders aufgefaßt werden als im Reich. Man müsse zwischen den Maßnahmen für die großen Städte und denjenigen für die mittleren und kleineren Städt sowie das Flachland unterscheiden. In den Großstädten solle neben dem polnischen Apparat ein ansehnlicher deutscher Polizeiapparat eingesetzt werden, der als Kontrolle des polnischen Apparats gedacht sei. In den mittleren Städten werde vor allem die polnische Polizei zu arbeiten haben, unterstützt durch besondere Polizeikommandos, die er teils bei den Distriktchefs, teils im Gebiet der Distrikte unterbringen möchte. Auf dem Flachland solle die Preisüberwachung nur durch die örtlichen Instanzen bzw. Kommandos vorgenommen werden, die wiederum bei den Distriktchefs unterzubringen wären, und für die eine starke Motorisierung geschaffen werden müßte. Er glaube, mit einer Zahl von 200 bis 300 deutschen Polizeibeamten auskommen zu können, während der polnische Apparat natürlich weitaus größer sein würde.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh teilt mit, der Chef des Amtes lege vor allem Wert darauf, daß die Preisbildung im Einvernehmen mit der Dienststelle für den Vierjahresplan geregelt werde. Auch die Abteilung Finanzen erhebe einen Anspruch auf eine aktive Führung in diesen Dingen, während sich Post und Eisenbahn noch nicht abschließend geäußert hätten.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r hält es für notwendig, daß möglichst bald eine Gesamtbesprechung der Abteilungsleiter über diese Frage angesetzt werden müsse. Diese

Besprechung müsse für den 20. März anberaumt werden. Jedenfalls müßten nach dem 1. April die Vorbereitungen erledigt sein.

Oberregierungsrat Schulte-Wissermann gibt zu bedenken, daß er die Monopolpreise natürlich nicht festsetzen könne.

Der Herr Generalgouverneur will sich in allen wichtigen Fällen die Entscheidung über die Preisfestsetzung vorbehalten, selbstverständlich mit der Möglichkeit einer Delegation dieser Befugnis auf eine andere Persönlichkeit.

Im Anschluß an diese Besprechung legt Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh folgende Verordnungen vor:

1. Eine Verordnung über den Aufbau der Schulverwaltung.
2. Eine Verordnung zur Ergänzung der polnischen Bestimmungen über die Fleischbeschau.
3. Eine Verordnung über Beurkundung des Personenstandes der Deutschen.
4. Eine Verordnung über die Feiertage.
5. Eine Verordnung über den Aufbau der Abteilung Treuhandstelle im Generalgouvernement.
6. Eine Verordnung über die Erhöhung der Grundsteuer für das Steuerjahr 1940.
7. Durchführungsvorschriften zur Verordnung vom 22. Februar 1940 über die Änderung des polnischen Einkommensteuerrechts.
8. Durchführungsvorschriften zur Verordnung vom 15. November 1939 über die Beschlagnahme des Vermögens des früheren polnischen Staates.

Die Verordnungsentwürfe werden von dem Herrn Generalgouverneur unterzeichnet.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh bittet dann um die Genehmigung, zwei Gesetzsammlungen, systematisch geordnet, herausgeben zu dürfen, und zwar zunächst ohne Kommentar mit einfachen Verweisungen. In Warschau sei eine solche Arbeit von zwei polnischen Rechtsanwälten bereits in Angriff genommen worden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden und gibt dabei seiner Anerkennung für die Arbeit dieser polnischen Rechtsanwälte Ausdruck.

2[10] Besprechung mit Oberregierungsrat Jung und Oberregierungsrat Dr. Dahlgrün.

Oberregierungsrat Dr. Dahlgrün nimmt zu den Vorbereitungen für die Aufstellung des Etats Stellung und bemerkt dabei, daß

mit

mit den einzelnen Abteilungen schon Besprechungen stattgefunden hätten, daß demnächst ein Erlaß herausgehen und man die Voranschläge der einzelnen Abteilungen erwarten werde.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt in diesem Zusammenhang, daß hinsichtlich der Beschaffung der Landarbeiter für Deutschland manche Schwierigkeiten beständen. Er habe deshalb kürzlich mit dem Reichsernährungsministerium und Reichsarbeitsministerium verhandelt. Aus dem Haushalt des Generalgouvernements würden zur Zeit Arbeitslosenunterstützungen an die Polen gezahlt. Es sei aber nicht einzusehen, warum diese Unterstützungen weitergezahlt werden sollten, wenn sich polnische Arbeiter der Arbeit in Deutschland entzögen. Er halte es deshalb für richtig, hier einen gewissen Druck auszuüben, und zwar dahin, daß jugendlichen und unverheirateten Facharbeitern und Facharbeiterinnen keine Unterstützung mehr gezahlt werde, wenn sie sich nicht bereit fänden, nach Deutschland zu gehen.

Der Herr Generalgouverneur nimmt dann zur Uniformfrage Stellung und weist auf den Erlaß hin, den der Führer auf dringendes Verlangen der Wehrmacht herausgegeben habe. Er, der Generalgouverneur, habe sich entschlossen, für das Gebiet des Generalgouvernements eine eigene Uniformregelung durchzuführen. Danach hätten alle Beamte sofort die Schulterstücke abzulegen; zum Tragen der grauen Uniform sollten in Zukunft nur höhere Beamte des Generalgouvernements, also der Staatssekretär, die Distriktchefs und einige besonders herausgehobene Beamte berechtigt sein. Für die übrigen Beamten solle an Stelle der grauen Uniform die blaue treten, die graue solle aber erst abgelegt werden, wenn die blaue Uniform fertiggestellt sei. Er lege großen Wert darauf, daß die Beamten eine Uniform trügen, denn das erfordere die Autorität. Er ordne an, daß die Uniformfrage wie auch insbesondere die Frage der finanziellen Auswirkungen eingehend geprüft würden.

15[00] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Befehlshaber der Sicherheitspolizei, Brigadeführer Streckenbach.

Brigadeführer Streckenbach hält dem Herrn Generalgouverneur Vortrag über eine Reihe standgerichtlicher Todesurteile.

Der Herr Generalgouverneur ordnet die Herausgabe folgenden Erlasses an:

> Auf Vortrag des Chefs der Sicherheitspolizei im Generalgouvernement betreffend die Anwendung des Gnadenrechts in einer Reihe von standgerichtlichen

Todesurteilen verfüge ich in Anwendung des Erlasses über die Ausübung des Gnadenrechts vom 8. März 1940 (Verordnungsblatt GGP. Teil I S.99) wie folgt:

I. In folgenden Fällen habe ich mich entschlossen, von dem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch zu machen, sondern der Gerechtigkeit ihren Lauf zu lassen:
(Folgen die Namen)

II. In folgenden Fällen ordne ich vor Entscheidungsfällung die Vorlage der Akten an:
(Folgen die Namen)

III. Das Todesurteil gegen den Gontasczewski wandle ich im Gnadenwege im Hinblick auf die Jugendlichkeit des Täters in 15 Jahre Zuchthaus um.

IV. Mit dem Vollzug dieses Erlasses betraue ich den Befehlshaber der Sicherheitspolizei.
(vgl. GGSt. 5/40)

15[20]

Besprechung mit Landrat Dr. Siebert.

Landrat Dr. Siebert berichtet über den Eindruck, den er im Laufe der Zeit über die Verwaltungsführung gewonnen habe. Die Verwaltung als solche habe sich, auch was die Tätigkeit der Distriktchefs und Kreishauptleute angehe, bedeutend gebessert, und zwar auch insofern, als nunmehr die Berichte schon einigermaßen regelmäßig eingingen.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß ihm diese Berichte gesammelt um den 20. jeden Monats herum vorgelegt würden, und zwar geordnet nach Distrikten. In diesem Zusammenhang weist der Herr Generalgouverneur Landrat Dr. Siebert an, für die Beschaffung geeigneter moderner verschließbarer Aktenmappen, wie sie z.B. in der Reichskanzlei verwendet würden, zu sorgen.

Der Herr Generalgouverneur nimmt dann zur Uniformfrage Stellung.

Landrat Dr. Siebert berichtet ~~denn~~ von dem hervorragenden Eindruck, den die Rede des Herrn Genralgouverneurs auf der Kattowitzer Tagung des Kommunalpolitischen Amtes auf ihn und die übrigen Teilnehmer der Tagung gemacht habe.

Im weiteren Verlauf der Unterhaltung spricht der Herr Generalgouverneur über die neue Verwaltungsform des Generalgouvernements. Es sei zu hoffen, daß aus der lockeren Abteilungsleiterstruktur einmal eine günstige Gruppierung entstehen werde, die auch ihre Wirkung auf die Ministerien im Reich habe. Jede führende Persönlichkeit müsse auf

Grund

Grund einer weitgegliederten Zuständigkeit imstande sein, die Verhältnisse etwa eines Gaues zu überschauen; kein Reichsgau dürfe mehr Einwohner als 2 Millionen haben. Jedenfalls müßten die riesigen "Ministerialunternehmungen" liquidiert und ihre Arbeit ganz neu aufgebaut werden.

Landrat Dr. Siebert nimmt dann zu den Verhältnissen im Distrikt Warschau Stellung. Der Distriktchef habe die Absicht, für Warschau keinen Stadthauptmann zu bestellen, wenn Dr. Dengel seine Stellung verlassen habe.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r spricht dann von dem Versuch, die Stadt Warschau in den Distrikt einzubauen. Jedenfalls werde er zumindest darauf bestehen, daß ein Spezialreferent für Warschau beim Distrikt bestellt werde, bei dem die sämtlichen Fragen Warschaus als ein eigenes Referat vereinigt würden, sodaß bei allen die Stadt Warschau betreffenden Problemen dieser Referent gefragt würde, und zwar unter Mitverantwortung des Distriktchefs. Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß Landrat Dr. Siebert die Warschauer Verhältnisse an Ort und Stelle studieren möge. Weiter will der Herr Generalgouverneur festgestellt wissen, wieviel ausländische Diplomaten in Gestalt von Konsulen, Vizekonsulen usw. noch in Warschau säßen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r nimmt dann eingehend zur Frage des Verhältnisses zwischen Wehrmacht und Generalgouvernement Stellung.

Abschließend legt der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r seinen Plan der Errichtung eines Instituts für deutsche Ostarbeit in Krakau dar und weist Landrat Dr. Siebert an, die Vorbereitungen für die Schaffung dieses Instituts, das seinen Platz in der Universität Krakau finden soll, zu treffen. Er beabsichtige, die in diesem Institut gehaltenen Vorträge in einer Schriftenreihe zu sammeln und evtl. auch eine Zeitschrift herauszugeben.

Ferner wird noch die Frage der Umsiedlung gestreift.

Landrat Dr. Siebert bemerkt dann noch, daß das Verhältnis zwischen Polizei und Verwaltung nicht besonders gut sei. Der Höhere SS- und Polizeiführer Krüger gehe von der grundsätzlichen Auffassung aus, daß die polnische Polizei nicht den Kreishauptleuten unterstellt werden könne. Er schlage nun vor, daß aus dem Selbstschutz 20 tüchtige Leute jedem Kreishauptmann

persönlich

persönlich zur Verfügung gestellt würden, die ihm direkt unterständen als Angestellte des Kreishauptmanns.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r will für diese Mannschaften die Bezeichnung eingeführt wissen: "Sonderdienst Kreis ..... Stadt .....", und diese Bezeichnung müsse durch Armbinden sichtbar gemacht werden.

16^{00} Besprechung mit Generalmajor Bührmann und Oberregierungsrat Dr. Schepers.

In dieser Besprechung wird zu einigen Differenzen Stellung genommen, die zwischen Generalgouvernement und Oberbefehlshaber Ost bestehen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, daß Generaloberst Blaskowitz offenbar wenig Verständnis für eine Zusammenarbeit mit ihm, dem Generalgouverneur, habe. Mit dem Begriff Oberost verbinde sich anscheinend immer noch die Vorstellung einer gewissen Herrschaftsform, vielleicht in Erinnerung an die kurze Zeitspanne vom 25. September bis 25. Oktober 1939, wo tatsächlich eine Art Militärregierung bestanden habe, die aber niemals so richtig in Kraft getreten sei. Generaloberst Blaskowitz könne nicht andauernd darauf bestehen, daß ihm die Befugnisse zuständen, die aus dem Erlaß vom 19. Oktober hervorzugehen schienen. Seine, des Generalgouverneurs Stellung gründe sich auf den früheren Erlaß vom 12. Oktober. Er sei dem Führer direkt unterstellt, er habe das Gnadenrecht, und ein Zweifel über diese seine Stellung sei garnicht möglich.

Generalmajor Bührmann glaubt, die Bedenken des Herrn Generalgouverneurs zerstreuen zu können. Er habe selber bei Oberost Vorstellungen erhoben, man habe ihm aber entgegnet, daß alles absolut in Ordnung gehe.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r bemerkt demgegenüber, daß er noch immer auf einen offiziellen Gegenbesuch des Generaloberst Blaskowitz in Krakau warte. Wenn Generaloberst Blaskowitz zusammen mit Generaloberst von Brauchitsch zu ihm komme, so sei es damit nicht getan. Er könne sich auch nicht ohne weiteres damit abfinden, daß ihm in einem Schreiben des Generaloberst Blaskowitz bedeutet werde, er habe deutschen Soldaten Feigheit vorgeworfen. Was er gesagt habe, ergebe sich aus

dem

dem Protokoll. Jedenfalls halte er es für dringend notwendig, demnächst eine sachliche Besprechung zu halten, in der über folgende Themen gesprochen werde: Ernährung, Truppenübungsplatz (Garnisonen), Sicherheitszone bzw. Schutzzone, Rüstungsindustrie. Im übrigen müsse von nun an zwischen den Zivil- und Militärbelangen streng geschieden werden. Die Wehrmacht dürfe nicht ohne weiteres Entscheidungen in Angelegenheiten treffen, die auch die Zivilverwaltung angingen. Es dürfe die Wehrmacht nicht ohne weiteres über Gebäude verfügen, die ihrer ganzen Natur nach eigentlich der Zivilverwaltung vorbehalten bleiben müßten. Charakteristisch sei der Fall in Siedlce, wo der Militärrajon durch Stacheldraht abgezäunt sei und der Kommandant sich darauf berufen habe, daß diese seine Maßnahme auf einen Befehl des Divisionärs zurückzuführen sei.

Abschließend gibt dann der Herr Generalgouverneur den Inhalt des an Generaloberst Blaskowitz gerichteten Schreibens bekannt und ersucht Herrn Generalmajor Bührmann, dieses Schreiben persönlich dem Generaloberst zu übergeben.

17[30] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Reichshauptamtsleiter Schickedanz, der dem Herrn Generalgouverneur die Urkunde über die Ernennung des bisherigen Ministerialdirektors Dr. Bühler zum Staatssekretär überreicht.

In der anschließenden Unterhaltung weist der Herr Generalgouverneur auf die Schwierigkeiten hin, die sein Amt mich sich bringe, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Reichsminister Lammers und sein Amt dazu beitragen würden, daß endlich das Hineinregieren in das Generalgouvernement aufhöre und man sich daran gewöhne, daß das Generalgouvernement eben ein eigenes Gebiet sei und seine eigenen Befugnisse habe. Dasselbe gelte für das Verhältnis des Generalgouvernements zur Wehrmacht.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Reichshauptamtsleiter Schickedanz, daß es mit den Baltendeutschen schlecht stehe. Sie seien rigoros behandelt worden, und nur eine kleine Schicht habe ein anständiges Los, während für die übrigen ein Einkommen von monatlich 300 RM das Maximum darstelle.

17[45]

17[45] Empfang des aus seiner Tätigkeit ausscheidenden Hauptschriftleiters Vogel und des neuen Schriftleiters Zahrske, sowie einiger Schriftleiter und Mitarbeiter der Krakauer Zeitung.

Der Herr Generalgouverneur weist die Schriftleiter auf ihre Aufgaben im Generalgouvernement hin und bittet sie, sich bei ihm jegliche Informationen zu holen.

Auf eine weitere Frage des Herrn Generalgouverneurs wird erwidert, daß die Auflage der Zeitung gestiegen sei und die Kapazität der Produktion noch gesteigert werden könne.

Der Herr Generalgouverneur geht auf die Frage der Zensur ein, die im Generalgouvernement in der Hauptsache durch ihn ausgeübt werde.

Dann spricht der Herr Generalgouverneur noch von den neuen charakteristischen Zielen der Verwaltung im Generalgouvernement, die im gewissen Sinne ein Experiment darstellen, aus dem aber vielleicht einmal das ganze Reich seinen Nutzen ziehen könne.

18[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt Staatssekretär Dr. Bühler und überreicht ihm seine Bestallungsurkunde, indem er ihm gleichzeitig seine Glückwünsche zu dieser Beförderung ausspricht.

Staatssekretär Dr. Bühler dankt dem Herrn Generalgouverneur für das ihm bewiesene Vertrauen und verspricht, alles zu tun, um sich dieser Auszeichnung, die er vor allem dem Herrn Generalgouverneur und seinen Mitarbeitern verdanke, würdig zu erweisen.

18[30] Besprechung mit Gesandten von Wühlisch.

Gesandter von Wühlisch berichtet, daß die Arbeiten für die Abtransportierung des Veit Stoß-Altars nach Nürnberg nunmehr abgeschlossen seien. Die Kirche habe eigentlich räumlich dadurch ein besseres Aussehen erhalten.

Weiter teilt Gesandter von Wühlisch mit, daß der frühere Botschafter Wysocki gebeten habe, nochmals vom Herrn Generalgouverneur empfangen zu werden. - Der Gesandte z.D. von Rümelin sei ersucht worden, ein Gesuch wegen seiner Übernahme in den Dienst des Generalgouvernements einzureichen.

In der Frage des polnischen Hilfskommitees für die Notleidenden sei vom Sicherheitsdienst an Herrn Arlt geschrieben und

und darauf hingewiesen worden, daß der Leiter dieser Organisation, Fürst Radziwill, sich seinerzeit an dem schlesischen Aufstand beteiligt, daß er Korfanty unterstützt und abfällige Äußerungen über das Reich gemacht haben soll. Er, Gesandter von Wühlisch, habe Herrn Arlt gebeten, in dieser Angelegenheit sehr vorsichtig zu sein, bevor man Fürst Radziwill aus dem Hilfskommitee entferne, weil ein solches Vorgehen unter Umständen unangenehme Folgen haben könnte. Hier bedürfe es unter allen Umständen einer Genehmigung des Herrn Generalgouverneurs.

Die sogenannte polnische Regierung in Angers habe ein Weißbuch über die Erzdiözese Posen und Gnesen ausgearbeitet

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r bemerkt, daß er in Berlin über diese Frage mit dem päpstlichen Nuntius gesprochen habe. Aus dem Gespräch habe er entnommen, daß mancherlei über die Behandlung der Kirchen gesprochen werde und man offenbar vieles auf das Generalgouvernement abschieben wolle, was dieses garnicht zu vertreten habe.

Gesandter von Wühlisch hält es für zweckmäßig, daß diese und ähnliche Fragen in Berlin besprochen würden. Solche Verhandlungen müßten über das Auswärtige Amt gehen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r bemerkt, daß er in Berlin lange Verhandlungen mit den Vertretern des Finanzministeriums und Reichsernährungsministeriums gehabt habe. Man habe dort die dringende Forderung gestellt, daß die polnischen Landarbeiter in größerer Zahl nach dem Reich geschickt würden. Er habe in Berlin die Erklärung abgegeben, daß er, wenn man das von ihm verlange, selbstverständlich einen Zwang etwa in der Weise ausüben könne, daß er von der Polizei ein Dorf umstellen lasse und die in Frage kommenden Männer und Frauen zwangsweise heraushole und dann nach Deutschland bringe. Man könne aber auch, abgesehen von diesen polizeilichen Maßnahmen, damit arbeiten, daß man den in Frage kommenden Arbeitern die Arbeitslosenunterstützung einbehalte.

Gesandter von Wühlisch kommt dann auf gewisse Grenzverletzungen an der Sowjetgrenze zu sprechen. Auf Wunsch des Reichsfinanzministerium und des Oberkommandos der Wehrmacht seien in Moskau Vorstellungen erhoben worden, offenbar aus dem Grunde, weil die sowjetischen Grenzposten immer gleich von der Schußwaffe Gebrauch machten. Man habe vorgeschlagen, solche Zwischenfälle

fälle gleich an Ort und Stelle erledigen zu lassen. Der stellvertretende Außenkommissar Potemkin habe den Vorschlag gemacht, von beiden Seiten Verbindungsoffiziere für diese Aufgabe zu bestimmen. Als Zentralstelle solle der Verbindungsstab Rußland fungieren.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r hält diesen Weg nicht für zweckmäßig und meint, daß das Generalgouvernement hier auch eingeschaltet werden müsse. Er ersuche den Gesandten von Wühlisch, sich in dieser Frage mit Staatssekretär Dr. Bühler ins Benehmen zu setzen. Diese Frage berühre nicht nur die Wehrmacht, sondern auch z.B. die Zollverwaltung, deshalb müßten z.B. auch Vertreter des Finanzministeriums dabei mitwirken.

Gesandter von Wühlisch gibt zu bedenken, daß die Zollbeamten der Wehrmacht unterstellt seien. ——

Montag, den 18.März 1940.

10[00] Besprechung des Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r s mit Staatssekretär Dr.Bühler.

10[55] Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r empfängt Hauptschriftleiter Zarske.

11[45] Geheimrat Zetzsche legt dem Herrn Generalgouverneur eine Aufstellung über die Kreditinstitute im Generalgouvernement vor, ferner eine Karte, aus der die außerhalb des Generalgouvernements befindlichen Filialen und Niederlassungen von Banken, Sparkassen usw. ersichtlich sind, deren Zentrale sich im Gebiet des Generalgouvernements befindet. Hinsich tlich dieser Banken wird gemeinsam mit der Treuhandstelle Ost gearbeitet.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erklärt, daß er für den Ausbau der Burg in Krakau den Betrag von 5 Millionen Zloty benötige. Verzinsung, Gewährleistung und Tilgung dieses Betrages übernehme das Generalgouvernement. Geheimrat Zetzsche wird beauftragt, gemeinsam mit der Abteilung Finanzen eine entsprechende Vorlage vorzubereiten.

Geheimrat Zetzsche berichtet sodann über den gegenwärtigen Stand der Wirtschaftslage im Generalgouvernement. Die Preisentwicklung sei stabil, auch auf den sog. schwarzen Börsen seinkeine Preissteigerungen zu verzeichnen gewesen. Die Eröffnung der Textilläden sei für 15.April in

Aussicht

Aussicht genommen. Es werde dann nur mehr gegen Kleiderkarten verkauft; die vorhandenen Vorräte lassen erwarten, daß die Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigt werden können. Schwierigkeiten mache noch die Lederbewirtschaftung, weil die Abteilung Landwirtschaft die Sammlung der Häute für sich beanspruche. Nach dem Muster des Reiches sei eine Bewirtschaftung der Abfallprodukte geplant; es werde Altpapier, Gummi, Leder usw. gesammelt. Die Lage auf dem Brennstoffmarkt erfordere eine Drosselung des Kraftfahrzeugverkehrs.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r verfügt, daß mit sofortiger Wirkung alle nicht dienstlichen Fahrten mit Kraftfahrzeugen, insbesondere die Fahrten nach Zakopane, zu unterbleiben haben. Die Angelegenheit sei mit dem Herrn Chef des Amtes zu besprechen und auf dem Weg einer innerdienstlichen Anweisung zu regeln.

Ferner teilt der Herr Generalgouverneur mit, daß er in Berlin mit dem slowakischen Gesandten gesprochen habe. Dieser habe ihm erklärt, er sei bereit, ein Handelsabkommen zwischen dem Generalgouvernement und der Slowakei herbeizuführen auf der Grundlage, daß das Generalgouvernement Vieh, Milch und etwas Getreide bekomme gegen die Belieferung von Salz und Öl.

Geheimrat Zetzsche wird vom Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r beauftragt, mit seinen sämtlichen Mitarbeitern zu einer Sitzung zu Herrn Generalgouverneur zu kommen.

12^20 Dr. O h r l o f f berichtet über den Seuchenstand im Generalgouvernement. Fleckfieberfälle seien in Opatow und Ostrowice

wice zu verzeichnen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r verfügt folgende Anweisung an die Abteilung Arbeit:

Infolge Umsichgreifens von Flecktyphus ist die Anwerbung von Landarbeitern für Deutschland außergewöhnlich einzuschränken, vor allem in den von Flecktyphus befallenen Gebieten.

Dr.Ohrloff berichtet weiter, daß von der Krankheit in erster Linie Juden befallen seien. Unter den Reichsdeutschen habe die Seuche noch kein Opfer gefordert.

Der Herr G e n r a l g o u v e r n e u r verlangt schriftlichen Bericht der Abteilung Gesundheitspflege über folgende Fragen:

1) Wie steht es mit Irrenanstalten?
2) Welche Krankenhäuser im Generalgouvernement unterstehen der Aufsicht der Abteilung Gesundheitspflege?
3) Welche Ärzte sind an diesen Krankenhäusern? Nationalität dieser Ärzte?
4) Was soll mit den jüdischen Ärzten geschehen?
5) Wie steht es mit dem Problem der Abschlußprüfung der Medizinstudenten polnischer, ukrainischer, jüdischer Abkunft? Soll die Abschlußprüfung für diese Studierenden genehmigt werden?

12[40] Besprechung des Herrn G e n r a l g o u v e r n e u r s mit Major von Mittelstädt (Vertreter des Rüstungsinspektors Oberost, Generalleutnant Barckhausen), Geheimrat Zetzsche und Regierungsrat Bergmann über den vom Oberkommando der Wehrmacht auf Grund eines Berichtes der Rüstungsinspektion Oberost an Generalfeldmarschall Göring gerichteten Brief

vom

vom 24.2.40, in dem sofortige Maßnahmen zur Beseitigung der auf dem Gebiete der Ernährung der Rüstungsarbeiter im Generalgouvernement eingetretenen Zustände gefordert wird. Regierungsrat Bergmann wird vom Herrn Generalgouverneur mit der Abfassung eines entsprechenden Briefes an den Generalfeldmarschall beauftragt; in dem Brief soll hervorgehoben werden, daß seitens des Generalgouverneurs alle auf diesem Gebiet erforderlichen Maßnahmen bereits seit längerer Zeit getroffen worden seien.

13^{15} Dr. Gassner berichtet dem Herrn Generalgouverneur über politische Tagesfragen.

15^{15} Reichsamtsleiter Dr. Schickedanz wird vom Herrn Generalgouverneur zu einer Unterredung empfangen.

15^{40} Ministerialrat Plodeck, Oberregierungsrat Dahlgrün und Dr.Nave berichten dem Herrn Generalgouverneur über die Möglichkeit einer Wiederingangsetzung des Heilbades Krynica.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erklärt es für sehr begrüßenswert, den Betrieb in Krynica wieder aufzunehmen. Bei entsprechender Werbung werde es auch gelingen, die erforderlichen Kurgäste dort hinzubringen. Er schlägt vor, die Sache zunächst mit einem Aufwand von 500 000 Zloty zu versuchen; wenn die Summe nicht genüge, könne an die Möglichkeit einer Erhöhung gedacht werden.

16^{45} Der ehemalige polnische Botschafter Wisocki wird in Begleitung des Gesandten von Wühlisch vom Herrn Generalgouverner empfangen.

19⁰5 Besprechung mit Präsident Lehnke, Landrat Dr. Siebert, Oberlandesgerichtsrat Dr.Weh, Präsident Senkowsky.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage der Versorgung der polnischen Kriegsbeschädigten.

Präsident Lehnke berichtet, daß es im Gebiet des Generalgouvernements ungefähr 5000 Fälle von Schwerkriegsbeschädigten polnischen Soldaten gäbe. Würde man diesen Kriegsopfern eine entsprechende Fürsorge durch Beschaffung von Prothesen usw. angedeihen lassen, so würde das einen Kostenaufwand von etwa 800 000 Zloty zur Folge haben. Die Prothesen könnten verhältnismäßig billig hergestellt werden.

Landrat Dr.Siebert hält den Erlaß einer Verordnung im gegenwärtigen Zeitpunkt für verfrüht und schlägt vor, die Frage auf dem Wege einer dienstlichen Anweisung zu regeln.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erklärt sich mit dem Vorschlag einverstanden und behält sich für den Fall, daß sich Schwierigkeiten ergäben, seine noch malige Entscheidung vor.

19²5 Besprechung mit Präsidenten Senkowsky.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage der Verschickung von deutschen Kriegsbeschädigten zur Erholungskur nach Zakopane.

19³0 Besprechung mit Oberlandesgerichtsrat Dr.Weh.

Der

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gibt verschiedene Anregungen für die Gestaltung des Verordnungsblattes sowie die Fassung von Verordnungen, Verfügungen, usw. Vor allem wendet er sich gegen die häufigen Verweisungen und Zitierungen, durch die Verordnungen und Verfügungen oft völlig unübersichtlich würden. Außerdem hält der Herr Generalgouverneur es für nötig, daß dem Verordnungsblatt ein einheitlicher Charakter gegeben werde und und die Teilung in 2 Abschnitte aufhöre.

Oberlandesgerichtsrat Dr.Weh gibt zu bedenken, daß die Trennung des Verordnungsblattes in 2 Teile aus praktischen Gründen vorläufig noch bestehen bleiben müsse, zumindest noch für das laufende Haushaltsjahr.

19^{40} Besprechung mit Generalmajor Bühmann und Regierungsrat Dr.Bergmann.

Krakau.

Dienstag, den 19. März 1940.

15^{15} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet die Absendung folgenden Telegrammes an:

Herrn Dr. Max Frauendorfer, München.

Erwarte Sie unverzüglich in Krakau. Ich befehle Ihnen sofortige Rückkehr mit nächstmöglichem Verkehrsmittel. Dringlichste Angelegenheit; polnische Landarbeiterversendung ins Reich.

15^{40} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Notar Gutbrod.

Gegenstand der Besprechung:

Entwurf eines Erlasses über Berufung und Versetzung von Beamten.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r wendet sich dagegen, daß diese Verfügung in die Form eines Erlasses gekleidet wird, und beanstandet im übrigen einige Formulierungen des Entwurfs. Eine nochmalige Besprechung soll daher am Mittwoch, dem 20., vormittags 10^{30} Uhr unter Hinzuziehung von Landrat Dr. Siebert und Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh stattfinden.

Im weiteren Verlauf der Besprechung nimmt der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r zur der Wohnungsfrage Stellung und wendet sich in diesem Zusammenhang entschieden dagegen, daß Ehefrauen von Beamten und Angestellten sich länger als 3 Wochen im Generalgouvernement aufhalten. Der Herr Generalgouverneur weist Notar Gutbrod an, die Sachlage genauestens zu prüfen und dafür zu sorgen, daß am 1. Mai ds.Js. eine endgültige Regelung dieser Frage herbeigeführt wird. An eine Änderung dieser Verhältnisse könne erst gedacht werden, wenn die Ernährungs-, Gesundheits- und Wohnungsfrage endgültig geregelt ist.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r empfängt dann den Schachmeister Bogoljubow, der seine Tätigkeit als ukrainischer und russischer Dolmetscher aufgenommen hat.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Bogoljubow, dafür zu sorgen, daß in den Kreisen der Ukrainer nicht irredentistischen Bestrebungen entständen.

Bogoljubow

Bogoljubow bemerkt, daß es eigentlich unvernünftig sei, Urkainer und Russen gegeneinder auszuspielen. Jeder gebildete Ukrainer sei früher gleichzeitig auch Russe gewesen. Die Ukrainer hätten sich in dem großen Vaterland Rußland sehr wohl gefühlt, und ein Haß habe gegen Großrußland eigentlich garnicht bestanden.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gibt Bogoljubow die Aufgabe, die grundlegenden Bestimmungen von Verordnungen und Erlassen ins Ukrainische zu übersetzen, vor allem einige grundlegende Verordnungen über den Aufbau der Gerichte und des Verkehrs. Bogoljubow soll sich auch mit der ukrainischen Presse beschäftigen.

5.10 Besprechung mit Generalmajor Bührmann.

7.00 Besprechung mit Ministerialrat Wille.

Ministerialrat Wille berichtet über den Fall des ukrainischen Pfarrers Wladimir Ardan. Das Verfahren gegen Ardan hätte eigentlich niedergeschlagen werden sollen, und ihm sei es unerklärlich, wie das Gericht gegen ihn gleichwohl verhandeln und ein Todesurteil verhängen konnte. Die Verkündung des Todesurteils sei allerdings ausgesetzt worden. Er schlage vor, das Verfahren niederzuschlagen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erklärt sich damit einverstanden. -

Eine Veröffentlichung des Erlasses über die Ausübung des Gnadenrechts durch den Generalgouverneur im Verordnungsblatt und in der Krakauer Zeitung will der Herr Generalgouverneur unter allen Umständen vermieden sehen. Im übrigen ersucht er Ministerialrat Wille, sich mit dem neuen Hauptschriftleiter der Krakauer Zeitung Zaske in engstem Kontakt zu halten, da dieser einer der besten Kenner der Ostfragen sei.

10 Arbeitssitzung. (Betreff: Preisbildungsstelle)

(Protokoll siehe Beiakten Band I a/40.)

Mittwoch, den 20.März 1940.

10^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler.

10^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler, Oberlandesgerichtsrat Dr.Weh, Notar Gutbrod.

Gegenstand der Besprechung ist der Entwurf einer Verordnung über Berufung, Versetzung und Abberufung von Beamten.

Staatssekretär Dr.Bühler betont, daß diese Verordnung die disziplinären Verhältnisse überhaupt nicht berühre, sondern daß in ihr lediglich Verwaltungsgrundsätze aufgestellt würden. Einer der hauptsächlichen Grundsätze des neuen Beamtenrechtes sei der, daß sämtliche höheren Beamten vom Führer ernannt würden.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r sieht in der Einteilung der Beamten in höhere, gehobene mittlere, mittlere und Unterbeamten ein völlig unsozialistisches System. Er werde stets bestrebt sein, den augenscheinlich vom Innenministerium nicht zu beseitigenden Dünkel der verschiedenen Beamtenkategorien nach Möglichkeit nicht auf das Generalgouvernement zu übertragen.

Oberlandesgerichtsrat Dr.Weh weist demgegenüber darauf hin, daß für die Ernennung der Beamten verschiedene Zuständigkeiten beständen.

Der Herr Generalgouverneur will die Einteilung der Beamtenkategorien nach dem Gesichtspunkt des Verwaltungsdienstes, Befehls- bezw. Führungsdienstes, Buchhaltungsdienstes und des mehr mechanischen Dienstes vorgenommen wissen. Der Befehls-

bezw.

bezw. Führungsdienst wäre der der Leiter der einzelnen Behörden, der Verwaltungsdienst würde von den sog. gehobenen mittleren Beamten versehen und dazu käme dann noch der Kanzleidienst. Andernfalls könnte man auch die Besoldungsunterlagen zu Grunde legen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet an, daß die Verordnung einer nochmaligen Prüfung unterzogen werde.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zu einem Schreiben des Herrn Reichsprotektors von Neurath Stellung genommen, in welchem die Frage der Übersetzung durch Dolmetscher aufgerollt wird.

Oberlandesgerichtsrat Dr.Weh geht dann auf die Gestaltung des Verordnungsblattes ein und stellt in Aussicht, daß vom 1.Januar 1941 ein neuer Modus auch hinsichtlich der Veröffentlichung von Durchführungsvorschriften vorgesehen werde. Er werde sich bemühen, möglichst viele kennzeichnende Wörter in den Titel der Verordnungen zu bringen; auf eine Durchzählung werde man nicht verzichten können.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r wendet sich vor allem dagegen, daß zu einer bestimmten Verordnung zahlreiche Durchführungsvorschriften ergingen, durch die letzten Endes die Übersichtlichkeit sehr erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht werde.

Oberlandesgerichtsrat

Oberlandesgerichtsrat Dr.Weh geht dann noch auf die Verordnung über die Errichtung einer Preisbildungsstelle ein, die nunmehr ausschließlich für die Preisbildung und Preisüberwachung zuständig sein soll. Selbstverständlich sei es eine logische Konsequenz, daß die Preise von der betreffenden Ressortabteilung veröffentlicht werden würden. Man sei übrigens dem Oberregierungsrat Schulte-Wissermann sehr weit entgegengekommen, und man könne es nicht verantworten, noch weitere Zugeständnisse zu machen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r verfügt die Absendung folgenden Telegramms an Oberregierungsrat Schulte-Wissermann:

> Angesichts der dringlichsten Arbeitsnowendigkeit auf dem Gebiete des Preiswesens bin ich über Ihre Abreise sehr überrascht. Sollten Sie bis 23.dieses Monats nicht nach Krakau zurückgekehrt sein, und sich bei Staatssekretär Dr.Bühler gemeldet haben, nehme ich an, daß Sie auf weitere Arbeit im Generalgouvernement kein Gewicht mehr legen.

Ma

10^{45} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler, dem Höheren SS- und Polizeiführer Krüger und Polizeibefehlshaber Streckenbach.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r teilt mit, dass der Oberbefehlshaber Ost Generaloberst Blaskowitz an ihn ein Schreiben gerichtet habe, aus dem hervorgehe, daß man auf seiten der Wehrmacht bestrebt sein wolle, zu einer ersprießlichen Arbeit mit dem Generalgouvernement zu kommen.

11^{30} Archivdirektor Dr.Randt berichtet über die Verhandlungen zwischen dem Reich und Lettland wegen Freigabe baltendeutschen Kulturgutes. Die lettische Regierung habe kein besonderes

deres Entgegenkommen gezeigt und habe verlangt, daß Kompensationsstücke gegeben werden und zwar das im geheimen Staatsarchiv in Berlin untergebrachte Archiv der kurländischen Ritterschaft. Dessen Herausgabe komme aber nicht in Frage. Dagegen sei eine Befriedigung der lettischen Wünsche durch Hingabe von Stücken aus polnischem Besitz möglich. Es werde vorgeschlagen, die in Warschau vorgefundenen 10 Bände „Miscellanea Curlandica" sowie den Band „Curlandica 1793/94" an Lettland herauszugeben.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erklärt sich damit einverstanden und ordnet die Herausgabe der genannten Werke an.

Donnerstag, der 21.März 1940.

10^{00} Besprechung des Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r s mit Staatssekretär Dr.Bühler.

,12^{00} Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Präsident Senkowsky, Oberregierungsrat Dr.Dahlgrün, Gouverneur Wächter, Stadthauptmann Dr.Schmidt, Reichsamtsleiter Dr. du Prel und Hauptschriftleiter Zarske über Fragen des städtischen Theaters in Krakau.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r hebt die hohe kulturpolitische Aufgabe des deutschen Theaters und seine Bedeutung für die geistige und seelische Betreuung der hier befindlichen Soldaten und Beamten hervor. Es bestehe ein ungeheures Interesse an künstlerischen Darbietungen, was sich am deutlichsten darin zeige, daß sämtliche bisherigen Vorstellungen schon lange vorher ausverkauft seien. Wichtig sei natürlich die richtige Auswahl der aufzuführenden Stücke; was man brauche, seien lustige und leichte Stücke bester deutscher Art, die den Besuchern die gewünschte Entspannung bringen. An Opern würden 3 - 4 im Monat genügen; dazwischen könnte dann ab und zu ein Simfoniekonzert eingesetzt werden.

Der persönliche Apparat des Theaters solle möglichst niedrig gehalten werden; es genüge ein Direktor, ein Verwaltungschef, die nötige Anzahl von Unterabteilungsleitern, Regisseuren und technischen Leitern. Die Frage, ab ein eigenes Dauerensemble nötig sei, dürfte wohl zu verneinen sein. Wenn ein bestimmter Stab von Dauerpersonal aufgestellt sei, könnte der Betrieb mit Gastspielensembles durchgeführt werden.

den. Das Endziel der Entwicklung wäre, daß täglich eine Aufführung stattfindet.

In der an die grundsätzlichen Ausführungen des Herrn Generalgouverneurs sich anschließenden Aussprache wurde insbesondere die finanzielle Seite der Angelegenheit besprochen; die Kosten für Theaterbetrieb mit Dauerensemble wurden seitens der Finanzabteilung mit 380 000 RM und für Gastspielbetrieb mit 280 000 RM angegeben.

Gouverneur Wächter wurde vom Herrn Generalgouverneur beauftragt, für die Herbeibringung eines von ihm benannten Theaterfachmannes besorgt zu sein, dem dann die Bearbeitung der Einzelfragen übertragen werden soll.

12[45] Besprechung mit Präsidenten Senkowsky, Oberregierungsrat Dahlgrün, Reichsamtsleiter Dr. du Prel, Postrat Kuhndt und Dr.Wenzel.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r legt die Bedürfnisse auf dem Gebiet des Rundfunks dar. Es handle sich hierbei um 2 Gruppen von Aufgaben:

1) Fortlaufende aktive und passive Anteilnahme des Generalgouvernements am Nachrichtendienst. Aktiv in der Form, daß das Generalgouvernement in seinem eigenen Gebiet mit eigenen Sendern regelmäßig Sendungen am Nachrichtendienst geben kann; passiv in der Form, daß über das Generalgouvernement berichtet wird, auch im Nachrichtendienst des Reiches.

2) Übertragung von im Rahmen der dem Generalgouverneur vom Führer übertragenen Aufgaben nötigen Kundgebungen und Veranstaltungen. Für die Durchführung dieser Rundfunkaufgaben müßten die technischen, finanziellen und sonstigen Voraussetzungen geschaffen werden.

Der

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r beauftragt die erschienenen Herren, die sämtlichen damit zusammenhängenden Fragen zu prüfen und mit den zuständigen Berliner Stellen zu besprechen.

15^{00} Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r empfängt SS-Obergruppenführer Krüger und SS-Brigadeführer Globodnick zu einer Besprechung.

16^{00} Dr.Frauendorfer, Landwirtschaftsrat Kale und Oberregierungsrat Dr.Müller berichten über den Stand der Landarbeiterwerbung. Sie heben hervor, daß auf diesem Gebiet das Mögliche getan worden sei. Die Aktion gehe weiter, und es sei damit zu rechnen, daß in 4 - 6 Wochen die Zahl von 400 000 Arbeitern erreicht sei. Eine weitere Steigerung wäre nur unter Anwendung von Zwangsmitteln zu erreichen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r beauftragt Dr.Frauendorfer mit dem Entwurf eines die Verhältnisse auf dem Gebiet der Landarbeiterwerbung darlegenden Briefes an Generalfeldmarschall Göring.

16^{20} Vorlage von Urteilen durch Ministerialrat Wille.

Bergakademie.

Dienstag, den 26.März1940.

15^{00} Abfahrt zur Bergakademie.

15^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler, Gouverneur Dr.Lasch, Polizeibefehlshaber Streckenbach und Landrat Dr.Siebert.

In dieser Besprechung wird zu den Fragen der Schrottaktion, der vorübergehenden Einstellung der Landarbeiteraktion wegen Flecktyphus und der Einrichtung eines polizeilichen Sonderdienstes bei den Kreishauptmännern Stellung genommen, sowie zur Frage der Verschickung von Juden.

Im Zusammenhang mit der letzten Frage verfügt der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r die Absendung folgenden Schreibens an die zuständige Reichsdienststelle:

> Wie Ihnen bekannt ist, ist heute folgende Anordnung erlassen worden, die ich mir erlaube, Ihnen nochmals zugehen zu lassen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie Ihren Reichsdienststellen, die mit der Judendeportationsfrage dienstlich zu tun haben, mitteilen wollten, daß künftig die wilde Verschickung von Juden nicht mehr möglich sein wird. Ich bitte auch, entsprechend unserer doch so Erfolg versprechenden persönlichen Aussprache dafür Sorge zu tragen, daß nicht das gesamte so unendlich schwierige, mir vom Reich auferlegte Aufbauprogramm des Generalgouvernements durch derartig excessive wilde Deportationen gestört wird.
>
> Ich glaube jedoch, daß, wenn das Programm grundsätzlich so durchgehalten werden kann, wie wir es besprochen haben, auch künftig keinerlei Anlaß mehr bestehen wird, Klage zu erheben. Sie müssen sich aber immer die Situation im Generalgouvernement unter dem

Gesichtswinkel

Gesichtswinkel der Verantwortlichkeit des Kreishauptmannes vorstellen, dem plötzlich Tausende von Juden unerwartet in seinen Kreis geschickt werden und dem dann weder der Distriktschef noch der Generalgouverneur im geringsten helfen können.

Abschrift dieses Schreibens soll den Diestriktschefs, den Kreishauptmännern und Stadthauptmännern, sowie dem Präsidenten der Ostbahn mit einer Mitteilung an sämtliche Betriebsdirektionen und Grenzstationen zugehen, daß künftighin keinerlei Deportationszüge mehr die Grenze des Generalgouvernements überschreiten, widrigenfalls der Herr Generalgouverneur die Ostbahn verantwortlich machen muß. Im gleichen Sinne sollen auch Präsident Senkowsky, der Höhere SS- und Polizeiführer Krüger und Polizeibefehlshaber Streckenbach verständigt werden.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gibt dann die Verfügung des Herrn Generalfeldmarschalls Göring bekannt, die an sämtliche Verteidigungskommissare gerichtet ist und in der es heißt: Der Herr Generalgouverneur habe sich darüber beschwert, daß Deportationen immer noch durchgeführt werden, obgleich die Aufnahmemöglichkeiten für das Generalgouvernement noch nicht gegeben sind; er verbiete deshalb solche weiteren Deportationen ohne seine Genehmigung und ohne den Nachweis des Einverständnisses seitens des Generalgouverneurs; Entschuldigungen, daß solche Besprechungen durch untergeordnete Stellen vorgenommen worden seien, lasse er nicht gelten.

Polizeibefehlshaber Streckenbach betont, daß die

5 ooo

5 ooo Juden auf absolut ordnungsmäßigem Wege nach Lublin gekommen seien, und zwar im Rahmen der damals laufenden Evakuierung, die vorher angekündigt worden und deren Plan im Einvernehmen mit Gouverneur Zörner, Dr.Ar[illegible] und in Gegenwart des Reichsministers Dr.Seyß-Inquart aufgestellt worden sei.

Im Laufe der Besprechungen wird zur Seuchengefahr Stellung genommen, über die Gouverneur Dr.Lasch kurz berichtet.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r macht dann Mitteilung davon, daß er einen Kredit von 5 Millionen Zloty für den Ausbau der Anlagen bei der Bergakademie eröffnet habe. Es müsse dafür Sorge getragen werden, daß die Bauleitung in die Hand bewährter Fachmänner gelegt werde. Es werde deshalb auch notwendig werden, für alle diese Arbeiten ein besonderes Amt etwa in Gestalt eines Rechnungshofes zu errichten.

Polizeibefehlshaber Streckenbach berichtet, daß in Warschau ein Einbruch in die Chilenische Gesandtschaft stattgefunden habe. Er habe eine Untersuchung eingeleitet.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet an, daß solche und ähnliche Fragen, die ausländische Vertretungen beträfen, fortan über das Auswärtige Amt in Berlin zu leiten seien. Die Frage der ausländischen Diplomaten müsse bis 1.April erledigt sein, damit man von diesem Zeitpunkt an über die Häuser verfügen könne.

Es wird dann zur Grenzschutzfrage Stellung genommen. Polizeibefehlshaber Streckenbach hält den Erlaß einer Ver-

ordnung

ordnung für zweckmäßig, nach welcher die Sicherheitspolizei an den Grenzen des Generalgouvernements die grenzpolizeilichen Funktionen zu übernehmen habe, die sie auch im Reich ausübe.

Polizeibefehlshaber Streckenbach berichtet weiter, daß der erste Kursus der ukrainischen Hilfspolizisten zum Abschluß gebracht worden sei. Von den 128 Anwärtern seien nur 40 ausgewählt worden; die anderen hätten noch keine ausreichende Vorbildung gewonnen. Demnächst würden 100 Volksdeutsche in einem viermonatigen Kursus als Kriminalbeamte ausgebildet werden. Er habe zunächst um einen Zuschuß von 150 000 RM für diese Schule gebeten, da er ja noch nicht wisse, wie hoch sich die laufenden Kosten stellen würden.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r wirft dann die Frage auf, ob nicht von den Geiseln einige entlassen werden könnten.

Polizeibefehlshaber Streckenbach erwidert, daß eigentlich Geiseln kaum noch vorhanden seien. In Haft säßen noch 5o Professoren und Geistliche und etwa 35 Personen, die aber noch aus der früheren Zeit vorbelastet seien.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gibt nach Abschluß der Besprechung folgende Anordnung:

1) In der Verordnung betreffend die grenzpolizeilichen Aufgaben im Generalgouvernement ist die Mitwirkung der Sicherheitspolizei vorzusehen.

2) Im Polizeihaushalt sind die dadurch neu entstehenden Bedürfnisse zu berücksichtigen.

3) Für die Einrichtung des Instituts zur Heranbildung von Kriminalbeamten soll zunächst ein Teilbetrag von 150 000 RM in den ~~Pauschal~~ Polizei haushalt eingesetzt werden.

4) Die Frage einer etwaigen Freilassung von Geiseln soll im Einvernehmen mit Abteilungsleiter Landrat Dr.Siebert geregelt werden.

16^{30} Diktat eines Briefes an Staatssekretär Körner betreffend die Vereinigung des Dombrowagebietes mit dem Generalgouvernement.

17^{00} Besprechung mit Präsidenten Senkowski.

Gegenstand der Besprechung ist die Hergabe eines Darlehns von 5 Millionen Zloty seitens der Reichskreditkasse für das Generalgouvernement. Dieses Darlehn soll in Teilbeträgen in Anspruch genommen werden und mit 4 % verzinst werden. Der Zinsendienst von 200 000 Zloty soll in den Haushalt eingesetzt werden. Dieses Darlehn soll dem Ausbau von Wohnungen dienen.

Im Zusammenhang damit gibt der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r seiner Auffassung dahin Ausdruck, daß fürderhin sämtliche Bauvorhaben einer staatlichen Kontrolle ~~stelle~~ zu unterstellen seien.

17^{30} Besprechung mit Landrat Dr.Siebert und Reichsamtsleiter Freiherrn Dr.du Prel.

17^{50} Besprechung mit Freiherrn Dr.du Prel.

Gegenstand der Besprechung sind die Fragen der Gründung

dung einer Amtsdruckerei und eines Amtsverlages, der Erweiterung der polnischen Zeitungen, der Vorbereitung von Feiern zum 20.April, der Verschiebung des Konzerts Hösel auf Mitte Mai und der pressepolitischen Auswertung der polnischen Gerichtsbarkeitsverordnung.

18^{00} Besprechung mit Reichsminister Dr.Seyß-Inquart und Staatssekretär Dr.Bühler.

Mittwoch, den 27.März 1940.

10^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler und Oberlandesgerichtsrat Dr.Weh..

Oberlandesgerichtsrat Dr.Weh legt folgende Entwürfe vor:

1) Einer Verordnung über den Verkehr mit Grundstücken im Generalgouvernement.
2) Einer 1.Durchführungsvorschrift zu dieser Verordnung.
3) Einer Verordnung zur Vereinheitlichung des Zahlungsmittelumlaufs im Generalgouvernement.
4) Einer Verordnung über die Fürsorge für deutsche Volkszugehörige.
5) Einer Verordnung für die Kraftfahrzeugwirtschaft im Generalgouvernement
6) Einer 6. Durchführungsverordnung zur Verordnung über die Verwaltung des Post- und Fernmeldewesens.
7) Einer Bekanntmachung über die Regelung der Übernahmepreise für Rohspiritus aus landwirtschaftlichen Brennereien für das Betriebsjahr 1939/40.

Sämtliche Verordnungen werden vom Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r unterzeichnet bezw. genehmigt.

10^{30} Besprechung mit Reichsminister Dr. Seyß-Inquart, Staatssekretär Dr.Bühler und Oberlandforstmeister Eißfeldt.

Oberlandforstmeister Dr.Eißfeldt legt dem Herrn Generalgouverneur einen Plan über die Verteilung der Jagden (Staatsjagden) im Generalgouvernement vor, der die Billigung des Herrn Generalgouverneurs findet.

11^{20} Abfahrt des Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r s im Salonwagen nach München.

END OF

VOL. # 3

R.T.

END OF

VOL. # 3

R.I.

END OF

VOL. # 3

R.I.